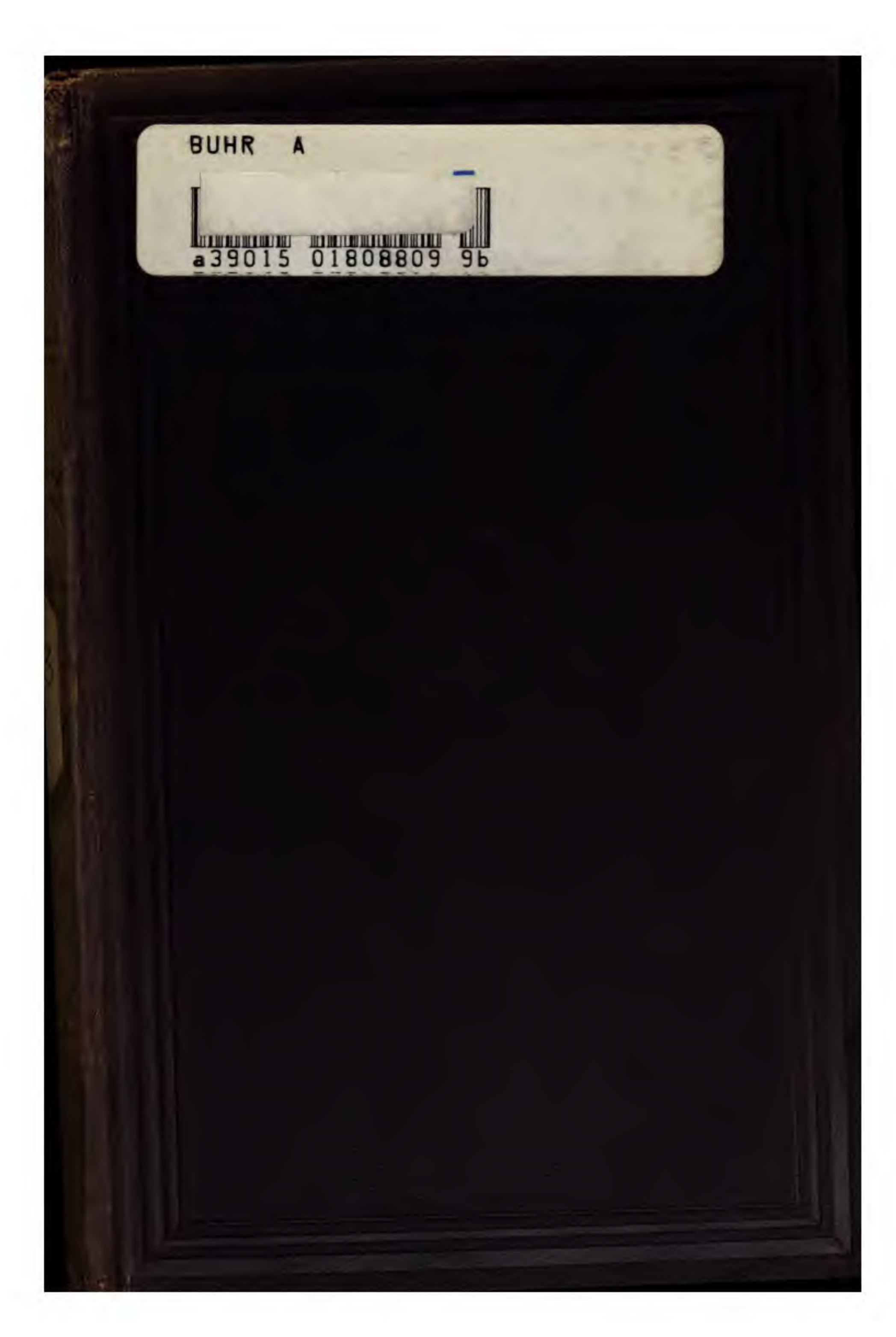
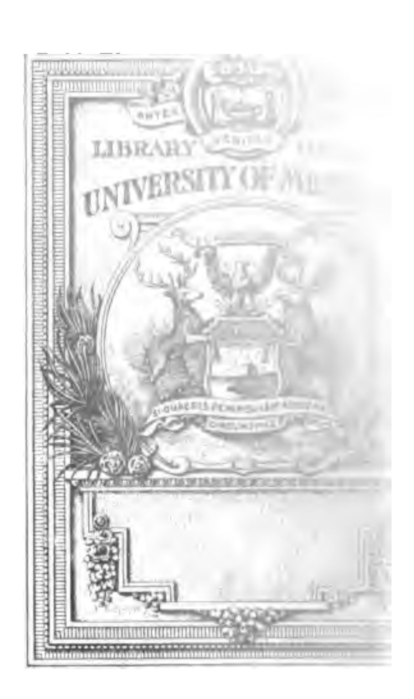


BUHR A
a39015 01808809 9b




ARTES
LIBRARY
VERITAS
UNIVERSITY OF



Reden des Fürsten von Bismarck.

Fünfter Band.

Reden aus den Jahren 1884–1885.

Mit Einleitungen, Anmerkungen, verschiedenen Aktenstücken und fünf Anlagen.

Auf Grund amtlicher Quellen herausgegeben von

Otto de Grahl.

(W. Wohlgemuth.)

Cöthen (Anhalt).

. und Verlag von Paul Schettler's Erben.

1888.

Reden des Fürsten von Bismarck.

Fünfter Band.

Reden aus den Jahren 1884—1885.

Mit

Einleitungen, Anmerkungen, verschiedenen Aktenstücken und fünf Anlagen.

Auf Grund amtlicher Quellen

herausgegeben von

Otto de Grahl

(W. Wohlgemuth.)

Cöthen (Anhalt).

Druck und Verlag von Paul Schettler's Erben

1888.

Vorrede zum fünften und sechsten Bande.

Die unterzeichnete Verlagshandlung übernahm aus dem Fr. Kortkampf'schen Verlag in Berlin käuflich die gesammten Vorräthe der „Reden des Fürsten von Bismarck" und da die ersten vier Bände des Sammelwerkes nur die Reden des Kanzlers bis zum Jahre 1884 enthielten, mußten wir darauf bedacht sein, dasselbe bis zum heutigen Tage zu ergänzen, um dem Publikum ein abgeschlossenes Ganze bieten zu können.

Zu diesem Zweck haben wir uns mit dem Herausgeber des vierten Bandes, Herrn Otto de Grahl (W. Wohlgemuth), in Verbindung gesetzt, dessen sorgfältige Bearbeitung der Reden aus den Jahren 1881 bis 1884 allgemeine Anerkennung und die günstigsten Beurtheilungen Seitens der in- und ausländischen Presse erfahr'n hat. Derselbe war bereits, in gleicher, ebenso praktischer wie übersichtlicher Form, mit der Bearbeitung der Reden aus den Jahren 1884—1886 beschäftigt, als die Gesammtvorräthe des Kortkampf'schen Verlages — darunter auch jene der „Reden des Fürsten von Bismarck" — in unseren Besitz übergingen.

Wie der Leser sich überzeugen wird, hat der Herausgeber auch in diesen beiden Bänden, des fünften und sechsten, sein besonderes Augenmerk darauf gerichtet, die Uebersichtlichkeit dadurch zu erleichtern, daß er in den Einleitungen zu den einzelnen Reden die voraufgegangenen Ausführungen der Abgeordneten ꝛc., auf welche sich des Fürsten-Reichskanzlers Worte beziehen, kurz skizzirte und außerdem sein Sammelwerk durch verschiedene, erläuternde Anmerkungen und Hinweise, sowie amtliche Aktenstücke vervollständigte.

Wir sind nun durch die Herausgabe des fünften und sechsten Bandes in der Lage, die Reden des Fürsten von Bismarck bis auf den heutigen Tag als nunmehr abgeschlossenes Werk dem Publikum darbieten zu können; obwohl uns nun der Erwerb der früheren vier Bände, sowie das Erscheinen des fünften und

sechsten Bandes, erhebliche Geldopfer auferlegt, haben wir doch, um unserer Ausgabe der „Reden des Fürsten von Bismarck" die größtmöglichste Verbreitung zu geben, die Preise der ersten vier Bände gegen früher bedeutend heruntergesetzt und wir haben auch diejenigen der vorliegenden beiden Bände so niedrig bemessen, daß die Anschaffung dieser Sammlung der Reden unseres leitenden Staatsmannes, die für Jeden, der sich ernsthaft mit Politik befaßt, besonders für Abgeordnete, für öffentliche und Privat-Bibliotheken u. s. w. geradezu unentbehrlich ist, allen in Frage kommenden Kreisen ermöglicht wird.

Diese beiden letzten Bände des nunmehr bis zum heutigen Tage abgeschlossenen Werkes sind in ebenso splendider, äußerer Ausstattung hergestellt wie die früher erschienenen, wir haben, um den Werth desselben noch zu erhöhen, dem sechsten Band ein vorzügliches Porträt unseres Fürsten - Reichskanzlers von Anton von Werner's Künstlerhand gezeichnet und in Lichtdruck vervielfältigt, beigegeben, welches allen unseren geehrten Abnehmern zugleich ein Erinnerungszeichen an den 8. Oktober, dem Tage, an welchem im Jahre 1862 Fürst von Bismarck definitiv zum Präsidenten des Königlichen Preußischen Staatsministeriums ernannt wurde, sein möge.

Auch diese beiden, sowie die bisher erschienenen vier Bände, allen Kreisen des deutschen Volkes angelegentlichst empfehlend, glauben wir mit der Uebernahme des Verlages dieses werthvollen Sammelwerkes eine patriotische Pflicht erfüllt zu haben, der wir uns, trotz der erheblichen Opfer, welche wir uns dadurch auferlegen mußten, gern in dem Bewußtsein unterzogen, mit diesem Werke dem deutschen Volke ein dauerndes Erinnerungszeichen an seinen unvergeßlichen Fürsten-Reichskanzler zu überliefern.

Cöthen im Herzogthum Anhalt, den 8. Oktober 1887,
am fünfundzwanzigjährigen Gedenktage der Ernennung des Fürsten von Bismarck zum Präsidenten des Königlichen Preußischen Staatsministeriums.

Die Verlagshandlung
Paul Schettler's Erben.

Inhalt des fünften Bandes.

Deutscher Reichstag.

VI. Legislatur-Periode. I. Session.

Vom 20. November 1884 bis 15. Mai 1885.

Anhang.

Anlagen zu den einzelnen Reden.

Reden

des

Fürsten von Bismarck

gehalten

in der I. Session

der

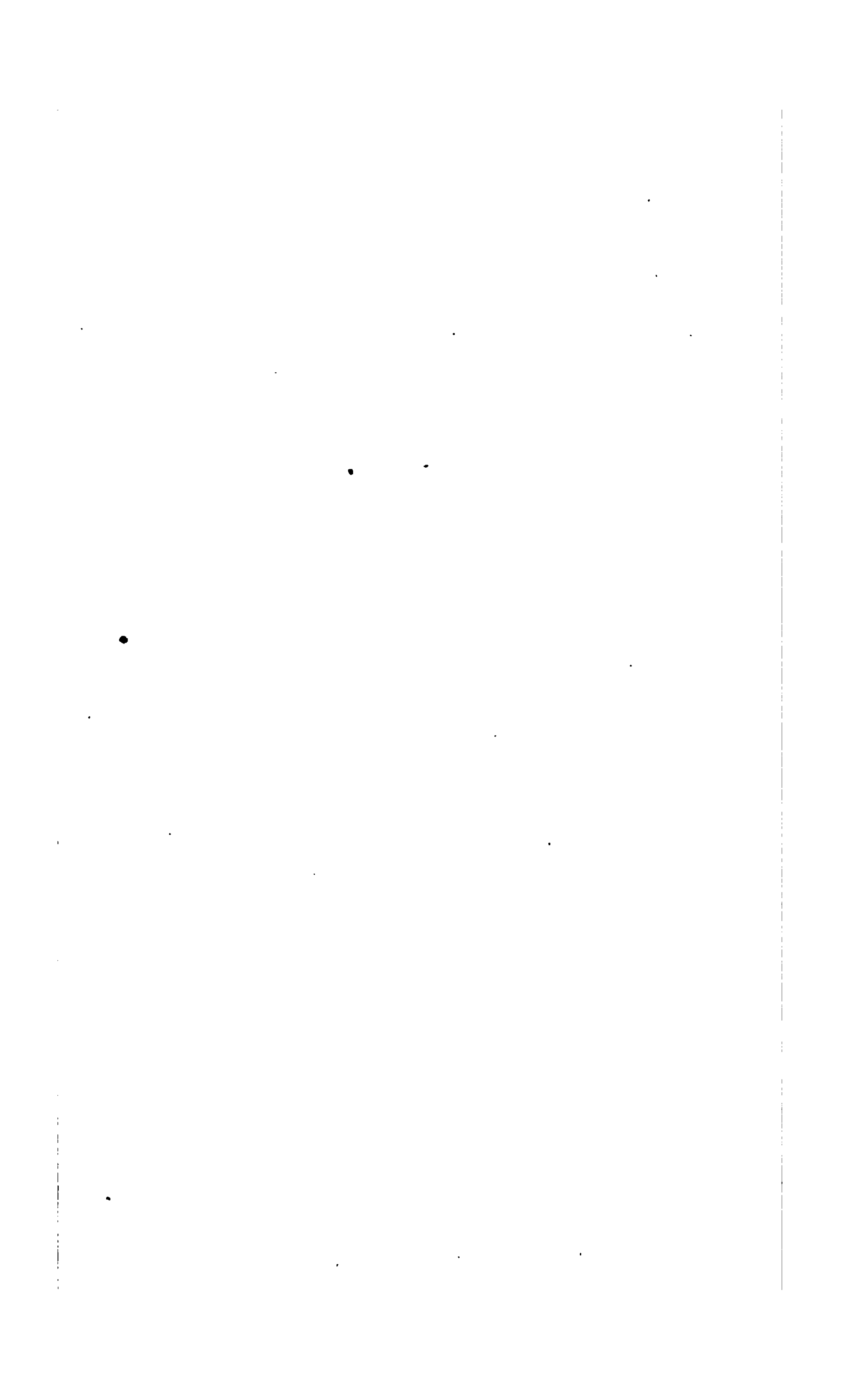
sechsten Legislatur-Periode

vom

20. November 1884 bis 15. Mai 1885.

des

deutschen Reichstags.



I.

Deutscher Reichstag.

VI. Legislatur-Periode. I. Session.

Vom 20. November 1884 bis 15. Mai 1885.

Die Reisekosten- und Diätenfrage im Reichstage.

(Sitzung vom 26. November 1884. Stenogr. Berichte, Seite 24.)

Die Abgg. Ausfeld und Genossen hatten einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Artikels 32 der Verfassung des Deutschen Reiches eingebracht, welcher die Aufhebung dieses Paragraphen verfügen und an Stelle desselben die Bestimmung setzen sollte, daß den Mitgliedern des Reichstages aus Reichsmitteln Reisekosten und Diäten zu gewähren seien. Ein Verzicht auf dieselben sollte unstatthaft sein und bis zum Erlaß des Gesetzes die Höhe der Reisekosten und Diäten durch den Bundesrath festgesetzt werden. In obiger Sitzung stand die erste und eventuell zweite Berathung dieses Gesetzentwurfes auf der Tages-Ordnung, und Namens seiner Partei begründete der Abgeordnete Dr. Frhr. Schenck von Stauffenberg denselben. Dieser Redner wollte in der Versagung von Diäten eine Beschränkung des freien Wahlrechts erblicken und wies darauf hin, daß dieselbe sich aus der Besorgniß erklären lasse, daß bei allgemeinem Wahlrecht die Umsturzpartei in bedenklicher Weise anwachsen könne. Er hob hervor, daß vielen Ständen der Eintritt in das Parlament nicht möglich sei, weil sie die Kosten nicht zu tragen vermöchten, welche die Annahme eines Mandats verursache. Die Beschränkung der Bahnkarten[1]) tadelnd, meinte Redner, daß diese Maßregel nur ein Glied in der Kette von Maßnahmen sei, die darauf abzielten,

---

[1]) Während früher den Abgeordneten Karten zur freien Fahrt auf allen Bahnlinien zugestellt wurden, war denselben von dieser Legislatur-Periode ab nur freie Fahrt auf den Linien gewährt worden, welche von ihrem Wohnorte nach der Reichshauptstadt führen.

das Ansehen des Parlaments immer mehr einzuschränken. Der Abg. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode trat diesen Ausführungen entgegen und widerlegte die von dem Vorredner vorgebrachten Bedenken. Nachdem noch der Abg. von Benda erklärt, daß ein Theil der Nationalliberalen für, ein anderer gegen den Antrag stimmen werde, gelangte der sozial-demokratische Abg. Auer zum Wort. Dieser Redner behauptete, daß der Reichskanzler das Fernbleiben der Armen aus dem Reichstage erstrebe; derselbe wolle im Reichstage nur Leute haben, die wohlgenährt und mit Glücksgütern gesegnet seien. Seine Partei wolle aber auch solche Talente im Reichstage sehen, die sich nicht im Besitze irdischen Gutes befinden. Das sei aber ohne Diäten nicht möglich, weil solche Männer nicht Jahre lang ohne materielle Unterstützung in dem theuren Berlin leben könnten. Auf die Beschränkung der Fahrkarten übergehend, meinte Redner: wenn der Gebrauch der Karte zu einer Privatreise ein Mißbrauch sei, so sei es auch ein Mißbrauch, wenn er einen Brief auf Reichstagspapier an seine Frau schreibe. Redner schloß mit der Erklärung, daß die sozial-demokratische Partei dem eisernen Kanzler in dessen Bestreben, das Ansehen des Reichstages herabzudrücken, stählernen Widerstand entgegensetzen werde. Hierauf ergriff der **Reichskanzler** das Wort:

Das Herunterdrücken der Würde des Reichstages durch die Beschränkung der Zirkulationsfreiheit auf den Eisenbahnen ist nicht von dem Herrn Vorredner zuerst behauptet worden, sondern, wenn ich nicht irre, von dem Hrn. Abg. von Stauffenberg, der die Diskussion eröffnet hat. Ich bin nun nicht der Ansicht, daß die Entziehung der Freiheit, nach Belieben, ohne Bezahlung auf privaten und öffentlichen Eisenbahnen hin und her zu fahren, die Würde des Reichstages irgendwie berühren, irgendwie beeinträchtigen sollte; ich bin vielmehr der Meinung, daß das, was der Herr Vorredner Gebrauch, was ich aber Mißbrauch dieser Karten nenne, dazu beitragen kann, den Reichstag in dem öffentlichen Ansehen, wenigstens in der Gestalt einzelner Mitglieder, die diesen Mißbrauch treiben, herunterzudrücken. Der Herr Vorredner hat gemeint, wo kein Gebrauch vorgeschrieben wäre, da fände auch kein Mißbrauch statt. Nun, der Gebrauch war nicht ausdrücklich vorgeschrieben, es war auch keine Strafbestimmung in Bezug auf die unrechtmäßige Benutzung dieser Karten gegeben, aber es waren die Karten doch nur in dem Vertrauen ausgestellt, daß sie wesentlich zur Ausgleichung der Ungleichheiten benutzt werden würden, die die Entfernung des Wohnsitzes des Abgeordneten vom Sitz des Parlaments mit sich bringe. Es war ausdrücklich darauf

gerechnet, und ich glaube mich auch aus den früheren Diskussionen, die darüber gepflogen sind, zu erinnern, daß diese Karten es den Abgeordneten möglich machen sollten, jederzeit kostenfrei und ohne große Schwierigkeiten in ihre Heimath zu gelangen. Ob nun die Gebrauchsvorschriften in den Jedermann bekannten vertrauensvollen Voraussetzungen liegen oder unter Strafandrohung erlassen sind, das, glaube ich, macht keinen Unterschied. Ein Mißbrauch, welcher zu einer Kritik, die auf den Reichstag und die Institution zurückfallen kann, im Volke Anlaß giebt, ist es jedenfalls, wenn ein Abgeordneter während einer Gültigkeitszeit von 8 Monaten mit dieser Freikarte über 17000 km auf den deutschen Eisenbahnen zurückgelegt hat — ein einziger, und zwar kein Sozialdemokrat —;

(hört! hört!)

wenn andere Abgeordnete dem nahe gekommen sind mit 10- bis über 12000 km — in der Zeit von 8 Monaten. — Ich glaube doch nicht, daß Sie behaupten wollen, daß das mit der Intention, in welcher die Karten verliehen wurden, im Einklang stände, und daß hier ein Mißbrauch nicht vorläge. Ich selbst gehöre zu den ursprünglichen Anregern dieser Freikarte, allerdings nur in dem Sinne, wie sie heute noch besteht, daß sie freie Hin- und Rückfahrt, so oft dies der Abgeordnete für nützlich hält, gewähren soll. Damals ist durch meinen Kollegen, den Minister Delbrück, die Sache bei mir angeregt worden, und ich habe mein Einverständniß soweit dazu gegeben. Die weitere Ausdehnung hat nie meiner Ansicht entsprochen, und ich würde sie eine Ungerechtigkeit, eine Verkürzung des Blöderen zu Gunsten Desjenigen nennen, dem die landesübliche Blödigkeit vollständig fehlt.

Ueber das Recht der Regierung, diese Sache aufzuheben, und den gänzlichen Mangel an Begründung in der Behauptung, daß damit das Budgetrecht verletzt würde, darf ich in einer Versammlung, worin so viele juristische und budgetkundige Leute sitzen, kaum ein Wort verlieren. Der Regierung ist die Berechtigung, die Befugniß ertheilt worden, bis zu einem gewissen Maximalbetrage Gelder für die freie Fahrt der Reichstags-Mitglieder auszugeben, aber es ist keineswegs festgestellt und ihr die Verpflichtung auferlegt, noch hat sie eine solche eingegangen, von diesem Recht in einem bestimmten Umfange für jeden Einzelnen Gebrauch zu machen. Wenn

das der Fall wäre, wenn hier das budgetmäßige Recht vorläge, so wären die Herren vollständig berechtigt, dieses Recht vor dem Richter einzuklagen, und jeder Richter würde die Klage annehmen; indessen ich sehe der Klage mit Ruhe entgegen und werde abwarten, ob Sie irgend ein obsiegendes Erkenntniß erwirken.

Also eine Verpflichtung der Regierung liegt nicht vor. Wenn Sie sagen: kleine Geschenke erhalten die Freundschaft, — ja, das ist ein anderes Gebiet, dazu muß die Freundschaft erst vorhanden sein.

(Heiterkeit.)

Dann komme ich auf die Diäten, und darin bin ich mit meinem politischen Freunde, dem Redner von der konservativen Seite, nicht einverstanden. Ich würde von dem Grundsatz ausgehen, daß die Budget- und Defizitfrage auf diesem Gebiet gar keine Rolle spielt. Wenn es überhaupt nützlich und gerecht wäre, Diäten zu geben, so würden die Summen, die hierfür oder für die freie Fahrt erforderlich sind, kein Hinderniß sein, auch wenn unsere Finanzen noch schlechter lägen, wie sie heute liegen; dann würde man sagen: was recht und billig ist, das zu bezahlen ist die deutsche Nation noch reich genug. Der Gedanke hat mir vollständig fern gelegen bei der Freikarten- und ebenso bei der Diätenfrage, die uns eigentlich beschäftigt; die erstere habe ich nur inzidenter berührt, weil ich die Verantwortlichkeit dafür zu tragen habe, daß die Karten nicht mehr in dem Umfange bewilligt werden wie früher.

Was die Diätenfrage selbst anbelangt, so hat mich zuerst überrascht, daß der Antrag, der uns hier beschäftigt, von so sehr viel Berlinern unterzeichnet ist.

(Heiterkeit.)

Es sind unter einigen 50 Antragstellern 24 Berliner.

(Heiterkeit.)

Es sind das die Herren Dr. Bamberger, Beisert, Broemel, Bunsen — ich nenne Berliner solche, die ihren üblichen Wohnort in Berlin haben — Greve, Hermes, Hinze, Hoffmann, Maibauer, Meyer, Munckel, Parisius, Richter, Rickert, Schenck, Siemens, Struve, Witt. Ich verlese die Namen, um, falls ich mich geirrt habe in der Ziffer und Jemand unter den Verlesenen seinen Wohnsitz nicht in Berlin hat, diesem Gelegenheit zu geben, zu reklamiren. Ich möchte glauben, daß

gerade die Berliner am wenigsten der Diäten bedürftig sein sollten. Dieselben haben keine Reisen zu machen, ihre Wohnung auch nicht aufzugeben, ihre Familien nicht zu verlassen, sie sind nicht genöthigt, ununterbrochen auf den Betrieb ihrer Geschäfte zu verzichten; sie können aus ihrem Redaktionsbureau oder aus ihrem industriellen Etablissement oder von ihrem Katheder einfach hierher in die Leipzigerstraße gehen, sie können sich zu den Abstimmungen oder zu den häuslichen Geschäften abrufen lassen. Kurz, das Abgeordnetersein ist für sie in keiner Weise ein Opfer von irgend einem Zeit- oder Geldwerth, sondern einzig eine Abwechselung in ihrem Leben, eine der vielen Annehmlichkeiten, deren sich die Berliner vor den Bewohnern der Provinz überhaupt erfreuen.

Also wenn überhaupt Diäten bewilligt werden sollten — und ich stehe gar nicht der Frage so verschlossen gegenüber, wie Sie glauben mögen — so würde die erste Bedingung sein, daß Derjenige, der in Berlin wohnt, keine Diäten bezieht und noch viel weniger freie Fahrkarten erhält.

Zu welchem Zweck die freien Fahrkarten benutzt werden, darüber hat der Abg. Bamberger in einem von ihm herausgegebenen Buch „Deutschland und der Sozialismus“ eine ganz richtige Ansicht ausgesprochen. Er sagte da: „So ist es gar keine Frage, daß die Einführung der freien Eisenbahnkarten zu Gunsten der Abgeordneten mit Erfolg verwandt wird zur Verkündigung der sozialistischen Lehren, und vielleicht dazu beigetragen hat, die Zahl ihrer Abgeordneten zu vergrößern.“ Der Herr Vorredner war nicht der Meinung, das mag er mit dem Hrn. Abg. Bamberger abmachen. Ich bin über diese Vergrößerung gar nicht unglücklich. Je größer die Zahl der sozialistischen Abgeordneten wird, desto mehr wird ihnen die Ehrenpflicht obliegen, doch bald mit positiven Plänen hervorzutreten und zu sagen, wie sich in ihren Köpfen die Zukunft der Welt und die Verfassung gestaltet. Bisher sind sie damit im Rückstand geblieben: Was besteht, ist Alles schlecht, das unterliegt ihrer Kritik, wird Alles verworfen. — Es ist gar leicht, zu sagen: alle menschlichen Einrichtungen sind unvollkommen im höchsten Maße, und am allermeisten die staatlichen Einrichtungen. Ja, weil so viel Leute dabei mitzuarbeiten haben, so kommen auch die Unvollkommenheiten der vielen Urheber dabei mit zur Geltung. Also die Kritik ist außerordentlich

leicht; aber das Bessermachen! Wenn ich doch endlich einmal eine Verfassung, eine solche Gesetzgebung sehen könnte, wie die Herren Führer der Sozial-Demokraten sie sich denken. Sie sind jetzt 25; das zweite Dutzend haben sie also; ich will ihnen noch das dritte geben, wenn sie aber 36 sind, erwarte ich mit Sicherheit, daß sie ihren vollen Operationsplan zur Verfassung, wie sie sein soll, entwerfen; sonst glaube ich, sie können nichts.

(Heiterkeit.)

Bisher liegt uns nichts vor. Stellen Sie Anträge, wie die Verfassung sein soll, legen Sie Ihr Eldorado doch auf den Tisch des Hauses hin, damit jeder Andere ein Urtheil darüber bekommt. Ich bin überzeugt, es wird Vieles darunter sein, von dem ich sagen kann, es steckt Richtiges darin, und worüber ich mit Ihnen verhandeln kann, aber nicht Alles. Namentlich wenn Sie genöthigt sind, Ihre Pläne erst vor Ihren Wählern vollständig klarzulegen, wird sich deren Urtheil klären;

(sehr richtig! rechts)

dann werden Sie dahinter kommen, daß nicht alle Leute, die sozial-demokratisch gewählt haben, dieserhalb alle Pläne der Führer billigen. Man unterschreibt Manches, was man nicht kennt; ich bin oft in der Lage. Die Leute, die jetzt für Sie stimmen, das ist die Summe Derer, die mit irgend etwas unzufrieden sind, die das Bedürfniß haben, ihre Lage zu verbessern, und die von den Zukunfts-Politikern, deren Pläne sie noch nicht übersehen können, die Aufbesserung alles irdischen Elends hoffen. Die Pläne des Alt-Liberalismus, der liberalen Partei, der Fortschritts-Partei — denen haben sie schon auf den Grund gesehen, von denen erwarten sie nicht mehr viel, aber die Sozial-Demokraten haben noch immer den Schleier des Propheten, den ich hier schon öfters citirt habe, der ein so häßliches Gesicht hatte, daß er sich Niemand zeigte, — den haben sie noch vor dem Gesicht, den hüten sie sich zu lüften, dort ist noch eine dunkle Hoffnung, die Leute könnten ein Geheimniß haben, was mich von all meinem Elend, meiner Qual und Armuth befreit, — kurz, die Zahl ihrer Wähler zeigt: wir sind materiell unzufrieden, wir sind solche Leute, die nicht blos eine Verbesserung ihrer Lage wünschen — wer thut das nicht? —, sondern auch von den politischen Maßregeln, von der Gesetzgebung eine solche erwarten. Man muß aber doch schon sehr kindlich und vertrauensvoll sein, um von der Gesetzgebung eine Verbesserung

der persönlichen Lage zu hoffen, alle diese kindlich Vertrauenden, diese Unzufriedenen stimmen mit ihnen, ohne eine Ahnung von dem zu haben, wohin sie wollen, es sind zum Theil sehr königstreue Leute, die mögen ja auch unter den Sozial-Demokraten sein, aber ich möchte zur Beruhigung auch aller Derer, — zu denen ich nicht gehöre, — die die Sozial-Demokratie als das größte Schreckbild der Zukunft betrachten, — ich möchte zur Beruhigung aller Dieser sagen, wenn die Herren erst mit positiven Plänen herauskommen, werden sie viel zahmer werden als sie sind, auch in ihrer Kritik, und die Zahl ihrer Anhänger wird sich ganz außerordentlich lichten. Ich wollte, wir könnten ihnen eine Provinz einräumen und ihnen in Entreprise geben, ich möchte sehen, wie sie wirthschaften; dann würde die Zahl ihrer Anhänger sich lichten, vielleicht über den Bedarf hinaus, denn die Sozial-Demokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die besitzenden Klassen dafür, daß nicht Alles so ist, wie es sein sollte, daß da Hand zum Bessern angelegt werden kann, und insofern ist ja die Opposition, wie der Herr Vorredner sagte, ganz außerordentlich nützlich. Wenn es keine Sozial-Demokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozial-Reform bisher gemacht haben, auch noch nicht existiren, und insofern ist die Furcht vor der Sozial-Demokratie in Bezug auf Denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element.

(Bravo! bei den Sozial-Demokraten.)

Ja, sehen Sie, in etwas sind wir doch einverstanden.

(Heiterkeit.)

Der Grund, warum ich die Diäten bekämpfe, liegt mehr darin, weil sie weit entfernt sind, eine Gleichheit herzustellen, weil sie erst recht eine Ungleichheit unter dem Schein der Gleichheit schaffen. Für den Berliner, wie gesagt, sind die Diäten eine reine baare Zulage, ein Taschengeld, was ihm dafür, daß er sich in seiner äußeren Würde und Annehmlichkeit seiner Beschäftigung als Reichstags-Abgeordneter gehoben fühlt, noch zufließt. Für die übrigen, die nicht in Berlin wohnen, sind es ja zum großen Theil doch nicht die Kosten des Aufenthalts in Berlin, die ihnen das größte Opfer auferlegen, sondern die Abwesenheit aus ihrem eigenen Beruf; sie verlieren zu Hause viel mehr, sie haben ihre Wohnung, ihre Familie zu verlassen;

ein Advokat ohne Praxis kann das mit Leichtigkeit, ein Arzt ohne Praxis mit noch größerer, für einen Arzt, der Praxis hat, ist es schon eine schwere Aufgabe, sich drei, vier Monate von seinem Domizil zu entfernen, ein Privatmann, der industrielle oder landwirthschaftliche Geschäfte hat, verliert vielleicht das Zehnfache der Diäten, die er bekommen kann, aber er wird als abgefunden angesehen, weil er hier 4 oder 5 Thaler Diäten bezieht. Das ist kein Vortheil. Die alleinigen Kosten des Aufenthaltes in Berlin sind so theuer nicht, das zeigen die Herren, die Partei-Diäten, ich möchte sagen, die verschämte Diäten beziehen, denn es hat sich noch keiner dazu bekannt, das Faktum, daß es geschieht, wird allgemein zugegeben, ich würde es für einen erfreulichen Beweis von Offenheit halten, wenn die Herren, die in der Lage sind, es offen erklärten und wenn die Herren Spender das auch sagten, damit man ungefähr beurtheilen kann: wird dadurch ein Abhängigkeits-Verhältniß eines Abgeordneten vom anderen geschaffen? Wird dadurch eine Nöthigung geschaffen, so zu stimmen, wie der zahlende Abgeordnete es will? Ja, meine Herren, dann, glaube ich, möchte doch, wenn die Sache klargestellt wird, die Beziehung der Situation zum Strafrecht zweifelhaft werden; jedenfalls glaube ich, daß der Abgeordnete, der Diäten aus irgend einer Quelle bezieht, wenn es amtlich konstatirt wird, die Eigenschaft als Abgeordneter dadurch ipso iure, auf Grund der Verfassung verliert, und wenn es bei der Wahlprüfung konstatirt wird, daß er Diäten bezogen hat, meines Erachtens die Wahl für nichtig erklärt werden muß, weil der Abgeordnete die Bedingung, welche die Verfassung in Bezug auf seine Stellung im Leben von ihm fordert, nicht erfüllt.

Ist es denn überhaupt in unserem Deutschen Reich und im preußischen Staat so unerhört, das Jemand gratis etwas leisten muß, ohne Diäten dafür zu beziehen? Welch ungeheuere Belästigung liegt in der Funktion als Geschworener, namentlich in dem übertriebenen Maße, in dem die Geschworenen citirt werden! In dreimal so großer Zahl wie erforderlich werden sie geladen und müssen wochenlang, fern von ihrem bürgerlichen Beruf, in dem Gerichtsort ihre Rekusation oder Citation abwarten, dem schärfsten richterlichen Verfahren ausgesetzt, wenn sie irgendwie ohne Urlaub sich entfernen. Wie nun, wenn sie Urlaub nicht bekommen? Wenn sie in dem Gasthof einer kleinen Stadt zu bleiben gezwungen sind, die Heimath am

Abend nicht erreichen können, wochenlang still liegen müssen, ohne einen Groschen zu beziehen? Und da hängt es nicht von Jemand ab, ob er Geschworener werden will, wie beim Abgeordneten; — wir haben ja Abgeordnete, die zwei Mandate haben und doch nicht genug beschäftigt sind. Ebenso steht es mit den unbesoldeten Ehrenämtern, auf denen unsere Provinzial-Verfassung beruht; das sind ungeheuere Aufgaben, während hier die meisten Herren, die nicht gerade Referate übernehmen, doch ein sorgenfreies Leben, otium cum dignitate genießen. Was aber den Geschworenen recht ist, warum soll das nicht den Abgeordneten billig sein?

Was ich hier vertrete, ist ausschließlich die Reichs-Verfassung und ihre Gültigkeit. Es ist schon mehrfach erwähnt, daß die Verfassung in diesem Punkte kompromißmäßig zu Stande gekommen ist und daß die Diätenlosigkeit ein Aequivalent für die weit ausgedehnte Wahlbefugniß, die unser Wahlgesetz verleiht, geben sollte. In wieweit das erreicht wird, das ist eine andere Frage, über die ich hier nicht zu entscheiden habe; es ist eine Frage der Erfahrung. Thatsache ist, daß die Verhandlungen über die Verfassung die Beabsichtigung des Aequivalents ergeben. Nun sind Sie seit Jahren bemüht, einen von diesen Steinen, aus denen das Gewölbe der Verfassung künstlich und nicht ohne Mühe gefügt ist, herauszukratzen aus der Wand. Sind sie sicher, daß nichts nachfällt? sind Sie sicher, daß von der anderen Seite, wo man vielleicht nicht mehr die Furcht vor der Bewegung von 1848, nicht mehr die Furcht vor einem in Waffen stehenden Preußen wie Anno 1866, nicht mehr das erhebende Nationalgefühl von 1871 nach den Siegen in Frankreich hat, — sind Sie ganz sicher, daß da überall noch die Bereitwilligkeit vorhanden ist, das Kompromiß, das man damals schloß, als das Eisen heiß genug war, um es zu schmieden, auch heute noch wieder einzugehen, wenn nicht von allen Seiten die Bedingungen gehalten werden, unter denen es zu Stande gekommen ist?

An der Verfassung zu rütteln, zu zerren, einzelne Stücke herauszureißen nach dem Bedürfniß der einzelnen Abgeordneten, ist für die Verfassung nicht ohne Gefahr, und ich glaube, es ist nicht Sache des Parlaments, gerade mit dem Beispiel voranzugehen, alle Jahre einen Sturm auf gewisse Verfassungsparagraphen zu erneuern. Was würden Sie sagen, wenn der

Bundesrath alle Jahre mit einer Vorlage wiederkäme, die Sie im vorigen Jahre abgelehnt hätten, etwa z. B. die Redefreiheit einzuschränken oder das Wahlgesetz zu ändern! Würden Sie da schließlich nicht in eine gewisse Verstimmung gerathen und sagen: wir haben das abgelehnt, und wenn man alle Jahre damit kommt, so sieht das aus, als wollte man uns vergewaltigen oder ermüden oder schließlich durch irgend eine unausgesprochene Drohung im Hintergrund etwas von uns erzwingen, von dem wir schon längst gesagt haben, daß wir es freiwillig nicht geben.

Bemühen Sie sich doch nicht, die Verfassung in irgend einer Weise ins Wackeln zu bringen! Denken Sie doch mal 20, 30 Jahre zurück. Wo war damals die deutsche Verfassung? Wir sind ziemlich neu in diesem Genuß, sehr altfundamentirt ist das Gebäude nicht. Früher habe ich sehr angesehene Politiker der ersten jungfräulichen konstitutionellen Tradition gekannt, die sprachen das Wort „Verfassung" fast nicht aus, ohne den Hut abzunehmen oder sonst ein Zeichen von Ehrerbietung zu geben, und bei einer Aenderung der Verfassung bekreuzten und segneten sie sich — für die war das Wort Verfassung ein Heiligthum. Das geht zu weit, die Verfassung kann geändert werden, namentlich da, wo die Gesetzgebung die eines einheitlichen oder national geschlossenen Staates ist; wo sie auf dem Bundesprinzip beruht, und wo die nationale Einheit doch sehr in den Parlamenten zerissen ist und durch Parlamente gelockert wird — absichtlich oder unabsichtlich, will ich hier nicht erörtern —, da möchte ich doch etwas mehr Achtung vor den Verfassungs-Bestimmungen haben und nicht empfehlen, daß Verfassungs-Aenderungen toto die mit Leichtigkeit beantragt und durchgesetzt werden können; die Regierungen würden sonst auch auf den Gedanken kommen, daß ihnen manches in der Verfassung nicht gefällt. Jedenfalls halte ich das Wahlgesetz mit der Diätenfrage für völlig solidarisch.

Ich stehe der Diätenfrage, wie gesagt, abgesehen vielleicht von den in Berlin wohnenden Abgeordneten, nicht feindlich gegenüber, aber nur nicht so unabhängig und an und für sich betrachtet. Wollen Sie eine Revision des Wahlgesetzes überhaupt, ja, dann wird vielleicht einer der Herren ein Amendement darauf stellen, — ich will überhaupt keine — aber wenn einer das will: darauf läßt sich handeln, ich gehöre zu dem kompromittirenden Theil der anderen Seite. Es giebt Kon-

zessionen, für die wir die Diäten unter Umständen geben; ich brauche sie nicht zu bezeichnen, ich will mein Pulver nicht vor der Zeit verschießen, aber doch müssen Sie sich klar machen, daß die Regierungen in eine Zahlung von Diäten nur willigen, wenn sie mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes verbunden ist, und da können wir uns leicht verständigen;

(hört! hört! links)

wir werden nichts fordern, was in anderen deutschen Staaten nicht längst existirte.

Ich möchte der Ueberschätzung der Wirkungen der Diäten entgegentreten, die mir von verschiedenen Seiten begegnet ist. Von der konservativen Seite legt man der Diätenlosigkeit eine größere Wirksamkeit bei, als sich bisher erfahrungsmäßig erwiesen hat, und von der anderen Seite muß ich annehmen, daß man diese politische Wirkung hochschätzt, da ich andere Motive für den Wunsch doch nicht annehmen kann. Ich sehe aber nach den bisherigen Ergebnissen nicht, daß die Frage, ob Diäten gezahlt werden oder nicht, in einer Zusammensetzung von Versammlungen einen erheblichen Unterschied macht. Ich habe in öffentlichen Blättern gesehen, daß man auf Frankreich provozirte, daß dort die Bourbonen durch eine diätenlose Kammer gestürzt worden wären. Das ist richtig. Indessen die Orleans und Napoleon wurden durch eine gut mit Diäten versehene Kammer gestürzt, — das ist eben dort die Sitte.

(Heiterkeit.)

In England hat das diätenlose Parlament bisher noch niemand vom Throne verdrängt. Aber der Vergleich liegt viel näher. Nehmen wir den preußischen Landtag; er tagt in demselben Orte wie wir, und die Zusammensetzung ist doch im großen und ganzen ziemlich dieselbe, namentlich sehe ich nicht, daß dort durch die Diäten die Fortschritts-Partei und die Sozial-Demokratie, die für dieses Gesetz besonders eintreten, gewonnen haben. Mir sind die Ziffern nicht gegenwärtig; aber wenn ich nicht irre, so sind im Landtag verhältnißmäßig weniger Vertreter der Fortschritts-Partei, und, ich glaube, keiner von der Sozial-Demokratie; gerade die Herren Antragsteller würden nach diesem Beispiele ihrem Ziele, ihre Zahl zu vermehren, nicht näher kommen.

Aber auch von der gemäßigten liberalen und konservativen Seite habe ich dieselben Motive ins Feld führen hören. Der

Herr Vorredner sagte, es würden manche tüchtige Elemente, welche ohne Diäten fern bleiben, durch Diäten der Versammlung zugeführt werden. Meine Herren, ohne Ihnen zu schmeicheln, ich kann den mit Diäten versehenen preußischen Landtag in seiner Begabung und Vorbildung unmöglich im Durchschnitt höher anschlagen, wie diesen diätenlosen Reichstag. Ich will meine Landsleute im Landtag nicht zurücksetzen; ich enthalte mich also das Fazit der Vergleichung zu ziehen, die ich im Innern anstelle. Ich finde die Intelligenz in dieser diätenlosen Versammlung, ohne daß sie gerade mit irdischen Gütern überschüttet würde, im Durchschnitt solchen, die mit Diäten ausgestattet sind, gleich; man überschätzt die Folgen der Verfassungs-Aenderung nach der einen und nach der anderen Seite. Ich bin der Meinung, daß man Verfassungsänderungen — und die Verfassung ist ja das einzige Band, welches uns die deutsche Einheit, die wir seit einem halben Menschenalter genießen, sichert, — daß man Aenderungen der Verfassung nicht ohne zwingenden Grund vornehmen soll.

Wenn es an Kandidaten für den Reichstag fehlen sollte, so weiß ich nicht, ob das ein zwingender Grund ist. Aber weit entfernt davon, haben wir nicht vielfach drei bis fünf Kandidaten für einen Wahlkreis und Stichwahlen zu hunderten gehabt? ein Beweis, daß im Gegentheil ein übermäßiger Andrang von Kandidaten stattfindet.

Es liegt also kein Bedürfniß vor, meine Herren, und ohne Bedürfniß sollte die Verfassung ein noli me tangere sein. Dazu rathe ich aufs dringendste, nicht bloß, weil ich bei ihrer Entstehung betheiligt bin, sondern, weil ich die Gefahr klar vor meinem politischen Auge sehe, wenn Sie anfangen an der Verfassung zu rütteln; aber die gesetzgebenden Körper sollen sich dieses Rüttelns enthalten. Es werden sich leider schon andere genugsam finden, die es besorgen; aber ich bitte, lehnen Sie diesen Antrag ab sowie jede andere Verfassungs-Aenderung, für die nicht ein zwingendes Bedürfniß vorliegt. Hegen Sie diese Achtung vor der Verfassung!

(Bravo!)

Nachdem dann noch der Abg. Dr. Frhr. von Schorlemer-Alst die Erklärung abgegeben, daß das Zentrum für den Antrag stimmen werde, weil dasselbe die Diätenlosigkeit für eine unberechtigte Einschränkung des Wahlrechtes erachte, wurde — da die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission nicht gestellt war — sofort in die zweite Berathung eingetreten und dem Abg. Hänel das Wort ertheilt. Derselbe suchte die Diätenlosigkeit als völlig unhaltbar hinzustellen und erklärte, daß seine Partei nichts haben wolle, weder vom Reichskanzler, noch von den Bundesraths-Mitgliedern, als auf Grund eines Gesetzes. Man habe sich auf Kleinlichkeiten, auf Paktiren, auf Versuche, etwa die Reisekarte zu retten oder auf diese oder jene Modalität einzugehen, nicht einlassen können, sondern hätte nur einfach das wiederholen müssen, was die konstitutionelle Forderung der großen Majorität des Reichstages sei und welches dem Rechtsgefühl, dem Billigkeitsgefühl weitaus der Majorität des deutschen Volkes entspräche. Der Reichskanzler erwiderte auf diese Ausführungen Folgendes (Stenogr. Ber., S. 30):

Mit der letzten Aeußerung des Herrn Vorredners, daß es der Würde des Reichstages, wenigstens der seinigen nicht entspräche, anders als auf Grund des Gesetzes irgend eine Freikarte oder sonst etwas anzunehmen, kann ich die Thatsache nicht ganz in Einklang bringen, daß früher Niemand diese Karte zurückgesandt hat, auch der Herr Vorredner nicht; er hat die Karte ganz ruhig benutzt. Ich kann doch nicht denken, daß er Jahre lang unter dieser Benutzung das Gefühl seiner eigenen Würde hat leiden lassen. Ich muß also annehmen, daß ihm der Gedanke, diese Würde sei dadurch verletzt, erst heute, seit der Beschränkung der Karte, gekommen ist. Vorher kann dieses Gefühl nicht vorhanden gewesen sein, — logischer Weise und nach der Ueberzeugung, die ich von dem Herrn Vorredner habe.

Ich habe mich dann gefreut, wenigstens in einem Punkt mit ihm einverstanden zu sein, in demjenigen nämlich, daß, wenn wir überhaupt dahin kommen, Diäten zu bewilligen, die Abgeordneten, die hier in Berlin ihr Domizil haben, keinen Anspruch darauf haben. Ich würde daraus weiter schließen, daß die in Berlin wohnenden Abgeordneten auch an den Landtags-Diäten zu Unrecht betheiligt sind; indessen es ist hier nicht der Ort, davon zu reden; ich nehme einstweilen Akt von dem Einverständniß mit dem Herrn Vorredner. Unrichtig ist, wenn er seiner Version die Theorie unterlegt, daß zwar keine Entschädigung, aber doch Ersatz der baaren Auslagen stattfinden sollte und daß das bei allen sonstigen kommunalen und konstitutionellen Einrichtungen bestände. Es ist das nicht der Fall; ich glaube

nicht, daß den Geschworenen, von denen ich vorhin sprach, irgend welche Baarauslagen ersetzt werden. Dem Herrn Vorredner wird auch bekannt sein, daß die Kreistags-Mitglieder weder auf Ersatz der Baarauslagen, der Reisekosten, noch auf Diäten Anspruch haben; ich will von Mitgliedern der Handelskammern gar nicht sprechen, aber der Fall kommt toto die vor, und die Allgemeinheit, mit der der Herr Vorredner die Behauptung aufstellte, daß das etwas Unerhörtes wäre, war also ein Irrthum, den ich für die Zukunft zu notiren bitte.

Mit der Berechnung, wie viel Einkommensteuerpflichtige es im preußischen Staat gäbe und wie viel Geld dazu erforderlich sei, um mit Annehmlichkeit in Berlin leben zu können oder nicht, trifft der Herr Vorredner meines Erachtens das punctum saliens der Sache gar nicht. Es hat sich bei dem Verfassungsgedanken, der dieser Bestimmung zu Grunde lag, durchaus nicht um die Möglichkeit, hier eine beliebige Zeit für ein bestimmtes Diätenquantum leben zu können oder nicht, gehandelt, sondern es hat sich um das Bestreben gehandelt, dem gewerblichen Parlamentarismus eine Schranke zu bauen, derjenigen Berufsthätigkeit, die damals anfing, sich auszubilden, daß nämlich Leute, die sonst ohne andere Beschäftigung waren, als in der Presse die öffentliche Meinung zu bearbeiten, sich ausschließlich dem Berufe des Abgeordneten widmeten. Der sozialdemokratische Herr Vorredner hat gesagt, daß die Politik seiner Meinung nach den Charakter nicht verdürbe. Ich glaube, er hat sie noch nicht lange genug getrieben, um darüber ein sicheres Urtheil zu haben; so ganz unterschreiben kann ich das Urtheil doch nicht. Aber auch davon ganz abgesehen, so haben wir nur ein Interesse daran, die Landesinteressen vertreten zu sehen durch solche Leute, die in ihrem Leben denselben nahe stehen, nicht durch Leute, die die Welt blos aus der Prosceniumsloge oder der Zeitungsredaktion auf der Bühne beobachten, ohne selbst darin mitzuleben. Es ist die Preßthätigkeit die eigentliche Basis des Abgeordneten von Beruf. Diese doppelte Thätigkeit unterstützt sie in einer wunderbaren Weise. Wenn Jemand einerseits Redakteur ist, anderseits Abgeordneter, so hat er die Annehmlichkeit schon am selben Tage seine eigene Rede zu loben, in seinem Blatte sie vollständig zu geben, die der Gegner mit der üblichen Verkürzung und der leichten Nüance, seine eigene unter Betonung der beigebrachten Gründe. Das ist ein

außerordentlicher Vorsprung. Außerdem ist gar kein Zweifel, daß die Einträglichkeit des Preßgewerbes durch die Stellung als Abgeordneter außerordentlich gehoben wird, denn man befindet sich in dem Zentrum von Nachrichten, von Mittheilungen, man weiß die Gerüchte, die Möglichkeiten, die die Zeitungen mehr füllen, als die wirklichen Thatsachen. Man weiß alles voraus. Die Couloirs des Hauses geben allem Möglichen, was die Welt bewegt, das beste Ursprungsattest.

Also das ist die eigentliche Grundlage, und wir halten sie für keine nützliche, einmal weil diese Herren schließlich auch mit dem besten Willen ganz außer Stande sind, die Landesinteressen zu vertreten; sie leben nicht in ihnen, sie haben sie nicht, sie theilen sie nicht, sie kennen sie nicht, sie vertreten schließlich ihre eigenen Interessen zum Zweck ihrer eigenen Herrschaft, ihres eigenen Einflusses.

Dann aber ist die unendliche Dauer der Session mit dem Berufsparlamentarier in der engsten Verbindung. Leute, die nicht Parlamentarier von Beruf sind oder nebenbei Professoren oder Geistliche, oder nicht gewohnt sind, Vorträge von längerer als einstündiger Dauer zu halten, können gar nicht in dem Maße die Sitzungen in die Länge ziehen, wie ein Berufsparlamentarier dazu im Stande ist, welcher lange Zeit, leicht fünf Stunden zu sprechen vermag, wenn es sein muß, um andere nicht herankommen zu lassen. Das Alles muß gelernt sein wie andere Künste. Das Land leidet aber darunter, das Land fährt am besten dabei, wenn die Sitzungen kurz sind, und das Parlament aus sachkundigen Mitgliedern besteht.

Das war der Gedanke, der dem Bundesrathe oder der Regierung vorschwebte, als sie diesen Satz in die Verfassung brachte. Sie wollten dadurch zur Abkürzung der Sitzungen beitragen, was um so nothwendiger ist, als wir so viele Parlamente in Deutschland haben, die ihrerseits sich auch Zeit nehmen, weil sie Diäten haben. Sie sind ja angenehm beschäftigt, namentlich auch die Beamten, die drin sind. Für diese ist die Theilnahme am Parlament eine Art von Ferien-Annehmlichkeit, und ich begreife das Gefühl — gerade dasselbe habe ich gehabt, wenn die Hundstagsferien im Gymnasium zu Ende waren —, wenn sie in die Stube des Richters zurückkehren und dort dieselben alten Wände, dieselbe langweilige Beschäftigung vor sich sehen und denselben Vorgesetzten, den sie

eben noch vom kurulischen Sessel des Abgeordneten von oben herunter beurtheilten, wieder vor sich haben. Also für die ist es immer eine Annehmlichkeit, aber das eigentliche Element des arbeitsamen und erwerbenden Volkes geht uns dabei verloren. Dagegen sollte die Bestimmung eine Kautel sein. Die Frage, ob jemand überhaupt reich genug sei, um in Berlin zu leben, kommt nicht in Betracht; man kann sehr wohlfeil hier leben, wir haben in dem 48er Parlamente hier Mitglieder gehabt, die für ihre Verhältnisse Schätze sammelten von den damals mäßigen Diäten, die sie bezogen, und die sogenannten Partei-Diäten sind zum Theil so gering, daß sie den Beweis liefern, wie wenig dazu gehört, um hier zu existiren, wenn man nur so bescheiden ist, sich auf die Lebensverhältnisse zu beschränken, an die man gewöhnt gewesen ist.

Also ist das gar nicht die Tragweite der Diätenlosigkeit, sondern wir haben gewünscht, dem Lande die zu langen Sessionen zu ersparen und Zeit zu gewinnen, hier die massenhaften Parlamente, mit denen wir fertig werden müssen, einfügen zu können.

Der Herr Vorredner hat mit dem ihm eigenen Pathos — ich fürchtete, ich würde in der gedruckten Rede die Punkte, auf die er so viel Gewicht legte, nicht genau wiederfinden, ich ziehe deshalb vor, auf einige davon, die mir gerade im Gedächtniß geblieben sind, gleich zu antworten —, der Herr Vorredner hat ganz besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Majorität dieses Hauses, die wachsende Majorität dieses Hauses wiederholentlich diese Forderung gestellt hätte. Ja, meine Herren, der Herr Vorredner erkennt doch die Gleichberechtigung der beiden gesetzgebenden Körperschaften an, und ich kann ihm nicht nur eine wachsende, sondern eine einstimmige Majorität des Bundesrathes für unendlich viele Verfassungs-Aenderungen anführen, die wir für sehr nützlich und zweckmäßig hielten, und für die Sie die Einstimmigkeit, nicht bloß eine wachsende, sondern eine konstante Majorität des anderen Faktors der Gesetzgebung hier schwerlich als Argument gelten lassen möchten, wenn Sie selbst sie für nützlich und zweckmäßig nicht einsähen. Sie werden sich vom Bundesrath nicht imponiren lassen, ich lasse mir von der Majorität des Reichstages nicht imponiren.

(Oh! Oh!)

— Nein, meine Herren, in keiner Weise, dazu sind Sie gar nicht die Männer; Sie werden doch wünschen, daß der Reichs-

kanzler eine kühle und ruhige Ueberzeugung hat; ich habe mir ja von ganz Europa nicht imponiren lassen, Sie werden nicht die ersten sein.

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Und, meine Herren, wie setzt sich denn diese Majorität zusammen? Wenn sie eine andere Genesis hätte, wenn sie aus übereinstimmender Ueberzeugung über die Richtigkeit oder Fehlerhaftigkeit der einzelnen Vorlagen hervorginge, gut, dann würde ich sagen: das sind mehr wie die Hälfte von 397 achtbaren, einsichtigen Leuten; das hat ein Gewicht. Das ist aber nicht der Fall; sie setzt sich nach den Partei-Tendenzen zusammen, je nachdem man entschlossen ist, taktisch gegen die Regierung zu stimmen oder für die Regierung. Das Schicksal aller Vorlagen dieser Session ist ja ganz klar vorauszusehen; die Parteien befinden sich in einem Kampf um die Herrschaft im Staat und im Reich. Und wie stellt sich da die Ziffer? Ein nationales Interesse — ich will nicht sagen, ein nationales, aber ein Kaiserliches, wird von drei Fraktionen vertreten, sie sind zusammen 157 Köpfe, sie kämpfen — ich will nicht sagen kämpfen, sie streben danach, die Herrschaft von Kaiser und Reich zu erhalten, wie sie ist. Sie haben nachher rund hundert Herren, die kämpfen für die Herrschaft der Geistlichen.

(Oh! Oh! Sehr richtig!)

Ja, meine Herren, Sie kämpfen für die Freiheit der Kirche. Was verstehen Sie aber unter Freiheit der Kirche? Unter Freiheit der Kirche verstehen Sie das Herrschen der Kirche; sobald diese Herrschaft irgend wie beeinträchtigt wird, dann reden Sie von diokletianischer Verfolgung, sklavischer Unterdrückung; das Herrschen ist Ihnen so angeboren aus alter Tradition.

(Widerspruch.)

Gestatten Sie mir, meine Ueberzeugung auszusprechen, ich drücke mich absichtlich milde aus. Nun glauben wir, der Geistlichkeit die Rechte, die für sie in Anspruch genommen werden, nicht einräumen zu sollen, aus theils taktischen, theils politischen Rücksichten, theils pro tempore nicht, theils überhaupt nicht, und das ist der Grund, weshalb Sie in Ihre Segelordre hineinschreiben: immer gegen die Regierung. Sie wollen uns mürbe machen, indem Sie Opposition machen; Sie kriegen uns nicht mürbe, es wird etwas Anderes mürbe, das ist der gemeinsame Boden, auf dem wir uns begegnen, aber wir werden es

nicht. Ich halte diese Taktik für verfehlt, aber item sie liegt vor; — ich beschäftige mich blos mit der Charakteristik der Konfiguration, die mir der Reichstag bietet.

Sie haben nachher — ich glaube etwa 98 — demokratische Abgeordnete; ich nenne sie dans mon fort intérieur-Republikaner; denn ob Jemand fortschrittlicher Royalist oder royalistischer Fortschrittler ist, ob er eine Republik mit einem erblichen oder einem ernannten Präsidenten will, das ist mir absolut gleichgültig. Ich rechne zu dem, was ich Demokratie nenne, die Fortschrittspartei, ich rechne dazu die Sozial-Demokraten, ich rechne dazu die Volks-Partei; das sind, wenn ich mich recht erinnere, 98 Abgeordnete als Gegner; die haben wir also auch schon nicht wegen eines grade vorliegenden Gesetzes und wegen seines Inhaltes, sondern prinzipiell aus taktischen Gründen.

Wir sind bisher im Besitz der Herrschaft für den Kaiser, und Sie wollen sie uns entziehen — auf gesetzlichem Wege natürlich; aber wir sind doch im Kampfe darum, und Sie stimmen nicht gegen unsere Vorlage, weil Sie dieselbe für schädlich halten, sondern weil die Regierung nicht in ihren Händen ist.

Wir kämpfen um die Herrschaft, die Einen für die des Kaisers, die Anderen für die der Geistlichkeit, die Dritten kämpfen für die eigene Herrschaft. Bald die Einen, bald die Anderen finden Unterstützung von den einigen 40 Elementen, die ich fremdländische nennen möchte, die überhaupt nicht blos das so regierte Reich, sondern das Reich an sich bekämpfen und nicht wollen; dazu gehören die Polen, die Franzosen — ich meine damit die franzosenfreundlichen Elsasser — und bis zu einem gewissen Grade als indirekte Mitarbeiter die Welfen.

Wir haben also gegen uns eine geborene Majorität von $^{5}/_{8}$, die voraussichtlich gegen uns stimmen werden, unabhängig von den Vorlagen, die wir bringen; die nur solche Vorlagen annehmen, gegen die sie nicht stimmen können, ohne ihre eigene Wiederwahl zu gefährden, darüber hinaus aber nicht. Also dahin haben wir unsere Rechnung gemacht. — Ja, wenn sie alle einig wären in einer objektiven Meinung, so wäre es eine Ueberhebung von mir, wenn ich klüger sein wollte als 199 mir Gleichgestellte. Aber die Majorität entsteht aus ganz anderen Gründen, die mit der Sache gar nichts zu thun haben; und deswegen sage ich: ob Sie die Diäten mit Einstimmigkeit votiren werden oder nicht, es wird mich doch nicht irre machen.

Der Abgeordnete hat nachher von mir eine Aeußerung citirt aus dem Jahre 1867. Es ist schon recht lange her, und ich könnte darüber sagen, was ich früher schon bei einer ähnlichen Gelegenheit, wo ich in einen viel flagranteren Widerspruch mit meinen Aeußerungen gekommen bin, dem Abg. Lasker gesagt habe: delicta iuventutis meae ne memineris; jeder bedarf dessen, unter Umständen. Hier liegt aber kein delictum vor. Wenn der Herr Abgeordnete den Sitzungsbericht vollständig gelesen hätte, so würde er doch noch nicht über den Zusammenhang klar geworden sein; denn es liegt Mehreres hinter den Coulissen in jener Sitzung. Aber er hat das, was ich gesagt habe, nicht vollständig vorgelesen. Ich habe in jener Sitzung mich zweimal geäußert: das erste Mal so, wie der Herr Abgeordnete vorgelesen hat. Damals hatten wir keine Verfassung; es handelte sich de lege ferenda; von einem noli me tangere der Verfassung war noch nicht die Rede, sie sollte erst entstehen. Ich war für eine weitergehende Berechtigung des Reichstages, wie meine Kollegen, — ich weiß nicht mehr, wie die Behörde damals hieß — die Vertreter der verbündeten Regierungen im Allgemeinen; ich hatte damals die Ueberzeugung, daß die festeste Grundlage des künftigen Reiches der Reichstag in der vollsten und breitesten Berechtigung sein würde, und daß die Gefahr, die dem Reiche etwa künftig drohen könnte, nicht von dem Reichstage, sondern von den Regierungen ausgehen würde. Meine Herren! Man hat oft geglaubt, ich sehe in der Politik weiter als ein Anderer; hier sehen Sie wieder, was das für ein Irrthum ist; meine damaligen Voraussetzungen waren irrthümliche, ich habe mich im Laufe von 18 Jahren überzeugt, daß dem Bestande des Reiches weit mehr vom Reichstage als von den Regierungen Gefahr droht, und ich bin deshalb lediglich im Interesse der Erhaltung der deutschen Einheit geneigt, mehr vom Reichstage und dessen wilden Parteikämpfen zu fürchten, wie sie sich in und nach den Wahlen gezeigt haben, als eine Störung durch die verbündeten Regierungen zu besorgen. Wir waren damals unmittelbar nach dem Kriege, den man mit Recht den „deutschen Bruderkrieg" genannt hat, wir waren noch im Gefühl des lebhaften Kampfes und in der Erinnerung an das, was diesen Kampf herbeigeführt hat. Es war also nicht unnatürlich, daß ich etwas stärker wie politisch richtig unter dem Druck der Befürchtung stand, daß gerade durch die

verbündeten Regierungen die künftige Einheit gefährdet werden könnte und daß ein in allen seinen Mitgliedern und all seinen Parteischattirungen von ausschließlich nationaler Begeisterung getragener Reichstag das festeste Band der künftigen deutschen Einheit sein würde. Diese Voraussetzung ist nicht eingetreten; ich habe einen Reichstag von dieser Beschaffenheit in den letzten zehn Jahren nicht mehr vor mir gesehen. Die Parteikämpfe sind stärker als das nationale Bewußtsein, die Neigung für die Partei-Interessen stärker als die Neigung, für nationale Interessen einzutreten und ihnen irgend ein Jota von Partei-Interessen zu opfern. In Folge dessen, kann ich sagen, ist meine Ueberzeugung überhaupt nicht mehr dieselbe, sondern steht denen meiner damaligen Kollegen in den verbündeten Regierungen näher als damals. Ich habe das ganze Wahlgesetz bei unseren Bundesgenossen, denen wir doch nicht Gewalt anthun wollten, durchgesetzt, indem ich ihren Ansprüchen auf Sicherheit der Regierungen gegenüber populärer Bewegung und auf partikularistische Interessen auch meinerseits Konzessionen machte. Zu diesen gehörte die Diätenlosigkeit; die allein hat mir die Zustimmung der Kollegen für die Verfassung gewonnen. Aus den Gründen, die ich vorher anführte, wegen des Vertrauens, das ich auf den künftigen Reichstag setzte, hatte ich mich etwas leicht und nachgiebig über die Diätenlosigkeit ausgesprochen, wie der Hr. Abg. Hänel das vorhin verlesen hat. Ich habe Vorhaltungen von meinen Kollegen erleben müssen wegen dieser Erklärung, Vorhaltungen von meinen Kollegen erleben müssen, welche, wenn man die Diätenlosigkeit fallen gelassen hätte, darin eine Konzession gesehen haben würden, die sie von den Konzessionen, die sie ihrerseits gemacht haben, entbunden hätte. Kurz und gut, ich überzeugte mich, daß ich in — nennen Sie es den Embryo des Bundesraths — auf der Regierungsseite die Sache kompromittirte. Ich habe meinen Kollegen von den verbündeten Regierungen die Konzession gemacht, daß ich an der Diätenlosigkeit unbedingt festhalten würde, und habe in Folge dessen, nachdem Hr. von Friesen gesprochen hatte, nach Schluß der Debatte — so dringend ist das Bedürfniß meiner Kollegen gewesen, die Aeußerung zu haben — eine Erklärung abgegeben, die ich nicht ganz verlesen will, Jeder kann sie nachsehen auf Seite 476 in der Sitzung vom 30. März 1867.

Ich schloß damit:

> **Die Erklärung, die ich Namens der verbündeten Regierungen gegeben habe, hat ihren Schwerpunkt in dem ersten Theil meiner Aeußerungen, wonach ich sagte, daß die hohen Regierungen dahin einig seien, daß sie unter keinen Umständen die Zulassung oder Bewilligung von Diäten glaubten acceptiren zu können.**

Das habe ich meinen Kollegen versprechen müssen, nachdem ich eine für den Reichstag entgegenkommende Aeußerung gemacht hatte. Damals existirte keine Verfassung, heute aber ist das, was meine Kollegen wollten, und was ich selbst heute für nützlich anerkenne, Verfassungsgesetz geworden. Ich verweigere, die Hand zu einer Abänderung zu bieten und befürworte, daß die Verfassungsänderung, die dadurch erstrebt würde, nur mit solcher Majorität im Bundesrath bewilligt werden kann, daß 14 Stimmen genügen, sie abzulehnen, daß Preußen über 17 Stimmen verfügt und daß diese 17 Stimmen im ablehnenden Sinne abgegeben werden. Die Majorität des Bundesraths ist dem Druck des Hrn. Abg. Hänel doch wohl gleichbedeutend, und votirt, gestützt auf die Verfassung, eben so frei wie der Reichstag.

(Bravo! rechts.)

Der Abg. Dr. Frhr. von Schorlemer-Alst erhob sich nach dieser Rede, um sich und seine Partei (Zentrum) gegen den Vorwurf zu verwahren, als kämpfe die Zentrums-Partei unter anderer Firma für die Herrschaft der Geistlichkeit. Der Redner protestirte ferner gegen die Aeußerung, daß nur drei Parteien im Reichstage mit dem Reichskanzler für die Herrschaft von Kaiser und Reich einträten. Richtiger sei es gewesen, wenn der Reichskanzler gesagt hätte: es seien drei Parteien, welche ihm unbedingt folgen. Das Ziel des Reichskanzlers sei: eine ihm unbedingt folgende Majorität, die nicht zu Stande gekommene Mittelpartei. Die Majorität gegen die Regierung im Reichstage sei eine von ihr selbst gemachte; der Reichskanzler habe bei der Wahloperation und bei seiner Thätigkeit in der letzten Zeit die Absicht gehabt, Nationalliberale zu säen, aber er habe Sozial-Demokraten geerntet. Nachdem hierauf der Abg. Frhr. Langwerth von Simmern, gegenüber der Thatsache, daß der Reichskanzler bei Aufzählung der fremdländischen Elemente des Reichstages hinzugefügt habe: „in gewissem Sinne gehörten die sogenannten „„Welfen““ auch dazu, da sie indirekt für das Ausland arbeiteten,“ erklärt hatte, daß er und der bei

weitem größte Theil des deutsch-hannöverschen Volkes gute Deutsche seien, nahm der Abg. **Rickert** das Wort, um eine Entgegnung an den Reichskanzler zu richten. In derselben protestirte Redner dagegen, daß der Reichskanzler sich das Recht zuschreibe, eine Kritik an dem Reichstage zu üben, wie dies in seiner oben gehörten Rede geschehen sei. Auch seine — des Redners — Partei (deutschfreisinnig) stehe zu Kaiser und Reich und er könne dem Reichskanzler nimmermehr das Recht zusprechen, daß er sich zum Richter über die Gewissen und Ueberzeugungen der deutschfreisinnigen Abgeordneten mache und über deren Empfindungen, über deren innersten Beziehungen zum Vaterlande und zum Herrscherhause in einer derartigen Kritik aburtheile. Der **Reichskanzler** trat diesen Ausführungen in folgender Weise entgegen (Stenogr. Berichte S. 37):

Der Herr Vorredner schloß damit, dagegen zu protestiren, daß ich eine Kritik über den Reichstag, seine Zusammensetzung und Parteien übe. Meine Herren, in verfassungsmäßigen Staaten beruhen alle Beziehungen auf Gegenseitigkeiten. Wollen Sie denn darauf verzichten, eine Kritik an meinen Ansichten und an meinen Ueberzeugungen zu üben, die ich hier offen zu Tage bringe? Ich glaube es kaum, und ich würde es auch nicht wünschen, denn meine eigenen Ansichten können ja durch Kritik geläutert werden. Der Herr Vorredner nimmt das von den Ansichten seiner Partei nicht an, er glaubt nicht, daß diese durch Kritik geläutert werden können, er nimmt für sie Unfehlbarkeit in Anspruch, vor der ich mich neigen soll, ohne meine Meinung darüber zu äußern. Meine Herren, das kann ich nicht acceptiren, ich werde fortfahren, mir die Freiheit des Worts in keiner Weise verschränken zu lassen und ich hoffe, stets in Ausdrücken, die nicht persönlich verletzen, meine Meinung über die Bestrebungen der einzelnen Parteien unumwunden auszusprechen; ich glaube das dem deutschen Volke schuldig zu sein, daß ich ein Urtheil darüber habe, und dieses Urtheil gebe ich ab, ich lasse mir den Mund nicht verbieten.

Der Herr Vorredner hat, um meine Worte einer Kritik zu unterziehen, seinerseits doch eine leise Verschiebung derselben für nothwendig gehalten. Er legte mir in den Mund, ich hätte drei Millionen Wählern die Treue für Kaiser und Reich abgesprochen. Das habe ich nicht gesagt, und ich erlaube mir, das richtig zu stellen. Ich habe gesagt, es giebt etwa 157 Abgeordnete von drei verschiedenen Fraktionen, die für die Herrschaft von Kaiser und Reich kämpfen, nachdem ich voraus-

geschickt hatte, jeder kämpfe hier für irgend eine Herrschaft. Bei der Partei des Herrn Vorredners scheint augenblicklich unterschieden zu werden zwischen früheren Parteien der Fortschrittspartei und den Sezessionisten. Ich glaube, das ist ein Begriff, ich halte mich berechtigt, das anzunehmen, denn ich glaube nicht, daß die eine Unterfraktion vor der anderen eine unabhängige Stellung hat. In wie weit überhaupt die ganze Fraktion sich eine unabhängige Stellung nach dem Wahlvorgange noch bewahrt hat, in wie weit sie sui iuris aus den Wahlen hervorgegangen ist, das will ich dahingestellt sein lassen.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie (nach links gewendet) existiren nur noch mit Unterstützung anderer Fraktionen, Sie haben keine selbstständige Stellung.

(Sehr wahr! rechts. Ruf links: Und die Konservativen? Ruf rechts: Wir nicht!)

Der Herr Vorredner weist nun als einen fast beleidigenden Vorwurf zurück — nicht geradezu beleidigend — daß ich behaupte, die Herren strebten nach der Herrschaft; er hat das für eine Fabel erklärt, da er ja selbst genannt worden wäre in einer Kombination mit dem Ministerium Stosch. Ja, meine Herren, ist er genannt worden? mir sind noch mehrere genannt worden, nicht blos Hr. von Stosch, sondern auch Leute, die damals meine Kollegen waren. Es ist ein on dit, auf das ich weiter kein Gewicht lege, aber daß die Partei des Herrn Vorredners nicht nach der Herrschaft streben sollte, steht mit ihrem eigenen Programm im vollständigen Widerspruch. Sie streben doch nach der parlamentarischen Regierung. Das ist Ihr offenes Programm, das ist in vielen Zeitungen von Ihnen kundgegeben bei den Wahlen. Sie streben danach, daß die Königliche und Kaiserliche Regierung sich der Majorität unterordnen soll. Die Majorität fällt natürlich den besten Rednern zu, und dazu rechne ich den Herrn Vorredner unter anderen; er ist ein ausgezeichneter Redner, ich mache ihm mein Kompliment und beneide ihn darum.

(Heiterkeit.)

Nun frage ich: ist das ein Streben nach Herrschaft oder nicht, wenn Sie die parlamentarische Regierung erstreben? Sie wollen natürlich eine parlamentarische Regierung für Ihre Partei oder ab und zu für Ihre Partei, Sie wollen gelegentlich herankommen; es ist unangenehm, wenn durch kaiserlichen Willen

ein und dieselbe Regierung über 20 Jahre am Ruder bleibt; es ist billig, daß auch andere einmal hereingelassen werden. — Ja, meine Herren, niemand wünscht das mehr als ich, und ich habe Seiner Majestät seit Jahren vergebens dahin Vorschläge gemacht, es doch einmal mit einer andern Partei zu probiren, bloß damit wir sehen — hic Rhodus, hic salta —, wie die Herren regieren werden; Seine Majestät haben kein Bedürfniß empfunden, diesen Versuch zu machen.

Der Herr Vorredner fand es wichtig genug, der Versammlung hier mitzutheilen, daß eine Aeußerung, die ich heute gethan habe, in der ich die Partei eine demokratische nannte, früher in der Norddeutschen Zeitung gestanden habe. Der Herr sagte, er läse sie nur gelegentlich. Ich, meine Herren, lese sie mit Vergnügen, und ich habe das vor einigen Wochen darin gelesen. Ich habe lange nach einer kürzeren Bezeichnung für die neue Partei gesucht. „Deutsch-freisinnig“ — das kann ich wirklich nicht über meine Lippen bringen, ich schäme mich der Unwahrheit, die ich jedesmal ausspreche, wenn ich das niederschreibe oder sage. Ich halte die Partei weder für deutsch, noch für freisinnig; ich halte sie für eine Gefahr für das deutsche Reich und für unduldsam, für den Gegensatz für freisinnig. Also sie werden mir die implizite Unwahrheit, die darin liegt, nicht aufzwingen. Auf der andern Seite möchte ich Ihnen gern den Willen thun. Jeder hat das Recht, sich einen Namen zu geben, und ich glaube, die Bezeichnung „demokratisch“ hat nichts verfängliches; ich glaube, Sie sind stolz darauf, Demokraten zu sein — ich habe das in mehreren Blättern gelesen —, nur nicht „sozial“; Sie sind Antisozial-Demokraten, aber Demokraten. Und was nun ein Republikaner ist, das ist eigentlich eine rein wissenschaftliche Definition. Ich habe mir darüber im Laufe meines Lebens und meiner langjährigen Thätigkeit auch eine Nomenklatur und eine Ansicht gebildet. Was ist denn das unterscheidende Kennzeichen zwischen Republik und Monarchie? Doch durchaus nicht die Erblichkeit des Präsidenten. Die polnische Republik hatte einen König und war unter Umständen erblich. Die englische aristokratische Republik hat einen erblichen Präsidenten, der König oder Königin ist; aber in den Begriff einer Monarchie nach deutscher Definition paßt die ganze englische Verfassung nicht. Ich unterscheide zwischen Monarchie und Republik auf der Linie, wo der König durch das Parlament gezwungen werden

kann ad faciendum, irgend etwas zu thun, was er aus freiem Antriebe nicht thut. Ich rechne eine Verfassung diesseits der Scheidelinie noch zu den monarchischen, wo, wie bei uns, die Zustimmung des Königs zu den Gesetzen erforderlich ist, wo der König das Veto hat und das Parlament ebenfalls. Das Parlament hat das Recht, zu verhindern, daß Gesetze, die ihm nicht gefallen, die schädlich, oder leichtfertig gemacht sind, zu Stande kommen; aber die monarchische Einrichtung hört auf, diesen Namen zu führen, wenn der Monarch gezwungen werden kann, durch die Majorität des Parlaments sein Ministerium zu entlassen, wenn ihm Einrichtungen aufgezwungen werden können durch die Majorität des Parlaments, die er freiwillig nicht unterschreiben würde, denen gegenüber sein Veto also machtlos bleibt. In der preußischen Verfassung ist die Uebereinstimmung des Königs und der beiden Häuser des Landtags nothwendig, um ein Gesetz zu Stande zu bringen, d. h. um den Rechtszustand des Landes zu ändern. Das nenne ich eine monarchische Verfassung. Da ist der König in der Exekutive, in der vollziehenden Gewalt vollständig frei; er kann in Betreff der gesetzgebenden Gewalt nicht gezwungen werden, er kann nicht gezwungen werden, Gesetze zu unterschreiben, die er für schädlich hält. Wo er gezwungen werden kann von Seiten einer abstimmenden Majorität, da ist die Verfassung republikanisch, mag der Präsident ernannt sein oder nicht. Das ist meine persönliche Auffassung. Ob sie in eine wissenschaftliche Theorie paßt, ist mir gleich; sie paßt in meine staatsrechtliche Auffassung, und ich werde in meiner Auffassung über den König, die vollziehende Gewalt und erbliche Monarchie dieser die Freiheit zu bewahren wissen, daß sie nicht wider Willen etwas zu thun gezwungen wird. In diesem Sinne lasse ich mir von der Majorität nicht imponiren und werde diese Auffassung vertreten, solange ich auf diesem Platze stehe.

Der Herr Vorredner hat mir eine gewisse Undankbarkeit vorgeworfen für das Entgegenkommen, welches das Parlament mir gezeigt hätte. Ja, meine Herren, in Worten ganz außerordentlich! Namentlich meine politischen Gegner haben sehr häufig, um den Angriffen, den Ablehnungen mehr Nachdruck zu geben, dies damit eingeleitet, daß sie eine Anerkennung mir gegenüber aussprachen, die ich nur auf eine Ueberschätzung meiner Person zurückführen kann. Damit ist mir aber nicht geholfen.

Sie haben mich in meiner Politik anhaltend und nachhaltig nicht unterstützt. Vorübergehend hat mich die Partei unterstützt, wie jede Partei mich vorübergehend unterstützt und im Stich gelassen hat. Der Gedanke, die Behauptung, daß ich überhaupt keine unabhängige Meinung neben mir dulden könnte, ist vollständig unrichtig. Jede der vorhandenen Parteien habe ich schon als Gegner gehabt, und jeder Partei habe ich die Hand gegeben, wenn ich gefunden habe, daß sie ihrerseits dem zustimmte, was ich im Interesse des Landes, der Nation, des Kaisers und Königs für richtig halte. Das ist meine Grenze. Finde ich dafür keine Unterstützung, dann natürlich lasse ich mich nicht zwingen. Ich wäre verdammenswerth wie eine Schildwache, die auf ihrem Posten nicht ihre Schuldigkeit thut, wenn ich dem nicht entgegenträte. Aber jeder, dem ich entgegentrete, sagt, es liege nicht daran, daß seine Meinung unrichtig sei, sondern an der Herrschsucht des Kanzlers, der keinen Widerspruch ertragen kann. Wenn ich keinen Widerspruch ertrüge — 23 Jahre stehe ich auf dieser Stelle —, müßte ich längst todt sein. Ich habe im Widerspruche, im Kampf von Anfang bis zu Ende gelebt, und wenn ich mich jedesmal der Majorität des Landtags und des Reichstags hätte fügen wollen, wo wären wir?!

(Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner sagte, er wolle nur, daß liberal regiert werde. Aber durch wen soll regiert werden? Doch durch die Liberalen! Ich glaube, daß ich mich sehr liberal, viel liberaler, als es häufig den konservativen Parteien angenehm gewesen ist, in vielen Richtungen bethätigt habe. Was der Herr Vorredner versteht unter „liberal regiert," heißt doch nur „durch die liberale Partei regiert." Anders kann ich es nicht auslegen. Und, meine Herren, mit dieser Behauptung steht in Widerspruch, wenn er sagt, daß er nicht nach Herrschaft strebe. Ich habe kaum geglaubt, daß gegen diese einfache Behauptung von dem Hauptverfechter der parlamentarischen Regierung, von dem Herrn Abgeordneten Rickert, eine Ableugnung stattfinden würde. Ich habe nicht geglaubt, daß er auf dem Boden des si fecisti nega stände; ich glaubte, er würde sich kühn dazu bekennen: „Ja, ich strebe nach der Herrschaft, nach der Spitze, da will ich das Land regieren, auch dann, wenn der König nicht mit mir einverstanden ist, und die Wahl wäre, mich zu entlassen oder mir Folge zu leisten; ich werde mich so einrichten oder einzurichten

wünschen, daß er mich nicht entlassen kann, daß er mir also Folge leisten muß.“ Das nenne ich nach der Herrschaft streben, und wenn der Abgeordnete Rickert in seinen Busen greift, wird das wohl das Ideal sein, was ihm vorschwebt.

Ich möchte doch davon abmahnen, manchen Beschuldigungen mir gegenüber durch starke Stimme, durch Unterstreichen, vielleicht durch fetten Druck besonderen Nachdruck zu geben. Der Herr Abgeordnete hat z. B. mit einer solchen Stimme, die ich mit fetter Schrift gleichbedeutend finde, gesagt: wir lassen uns keine Vorschriften machen. Wo befinde ich mich denn nun in der Lage, dem Herrn Abgeordneten Vorschriften zu machen? Er hat mir gerade Vorschriften machen wollen, ich solle die Hand bieten zu einer Verfassungs-Aenderung. Gerade umgekehrt wäre ich im Recht, wenn ich sagte: ich lasse mir von dem Abgeordneten Rickert nicht Vorschriften machen; da wird aber der Spieß umgedreht, und mit dem Tone sittlicher Entrüstung behauptet: wir lassen uns von dem Herrn Reichskanzler keine Vorschriften machen. Wird das angewandt auf den Fall, wo der Reichskanzler sich mit Mühe und Noth gegen die Majorität wehrt, die ihm als civium prava iubentium in meinem Sinne eine Verfassungs-Aenderung abfordert, — wo bleibe ich da als einer, der dem Abgeordneten Rickert Vorschriften macht, und wo bleibt die Berechtigung, mit dem Tone sittlicher Entrüstung es mir gegenüber zu sagen? Das ist etwas, was der Staatsanwalt dem Verbrecher gegenüber beobachten kann, aber nicht ein Abgeordneter gegenüber dem Reichskanzler.

Der Abgeordnete hat ferner meine Worte einigermaßen verschoben, indem er gesagt hat, ich hätte behauptet, die Majorität wäre republikanisch. Das ist ein Irrthum, ein Gedächtnißfehler, das ist unrichtig; ich habe das nicht gesagt, ich habe von der Majorität überhaupt nicht gesprochen, ich habe von der Art der Zusammensetzung gesprochen, aber ich habe der Majorität einen einheitlichen Charakter überhaupt nicht beigelegt. Das ist ja das Unglück; hätte sie einen einheitlichen Charakter, dann würde ja heute die Koalition der Parteien, der die beiden Herren Vorredner aus dem Zentrum und aus dem Fortschritt angehören, berufen sein, den Reichskanzler und Minister bei uns zu stellen, und wenn sie homogen wäre, eine dauernde Majorität, wäre ich der erste, der dazu

riethe; die Parteien sind zwar bei den Wahlen zusammengegangen, aber ob sie im Ministerium zusammengehen würden, ist mir noch zweifelhaft. Wenn ich darüber einige Sicherheit hätte, mache ich mich anheischig, Seiner Majestät den Vorschlag zu machen, Seine konstitutionelle Auffassung dadurch zu bethätigen, daß die Minorität von der Majorität abgelöst wird. Ich befinde mich in der Minorität einer negativen Majorität gegenüber, die nur in der Negation einig ist, aber nicht in dem ersten Schritt zu einem Vorschlage nach vorwärts. Das ist die Hoffnungslosigkeit, über die ich klage, mit der ich mich aber auch abfinden werde. Es sind nicht wir, die darunter leiden, und wenn das Land darunter leidet, so sind wir nicht schuld daran.

Der Abgeordnete hat gesagt, es sei meine Verpflichtung und die Verpflichtung des Ministers, sich in Einklang mit den gesetzgebenden Körpern zu setzen, und ich hätte das früher gesagt. Ja, meine Herren, ich werde das nur gesagt haben in derselben Richtung, in der ich gesagt habe: das konstitutionelle Leben besteht aus Kompromissen. Es ist allerdings meine Verpflichtung, mich nach Möglichkeit im Einklang mit den gesetzgebenden Körpern zu halten, es ist aber auch die Verpflichtung der gesetzgebenden Körper, sich nach Möglichkeit in Einklang mit der Krone zu setzen, und die Verpflichtung des Reichstags, sich nach Möglichkeit in Einklang mit dem Bundesrath zu setzen. Nur durch Uebereinstimmung kann ein Fortschritt in unserer Gesetzgebung entstehen. Der Abgeordnete Rickert ist also im Unrecht, wenn er mir bloß diese Lehre giebt; ich gebe sie ihm vollständig zurück, und in der Art, wie er diese Forderung seinerseits vorbringt, sehe ich immer wieder den Ausdruck eines Irrthums über die Gleichberechtigung der beiden Faktoren. Der Bundesrath repräsentirt die gesammten deutschen Regierungen. Meine Herren, schätzen Sie diesen Faktor nicht gering! er ist sehr mächtig, und ich rathe Ihnen dringend: suchen Sie ebenso, wie ich die Uebereinstimmung mit dem Parlament und seiner Mehrheit suche, die Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Bundesrathes und der deutschen Regierungen; wir werden uns dann beiderseits finden und auf dem Wege der Gesetzgebung fortschreiten können. Wenn aber einer dem anderen — was der Bundesrath noch niemals gethan hat — seinen Willen als Gesetz auferlegt, weil die

Majorität da ist, dann werden wir nicht vorwärts kommen, sondern werden die Gesetzgebung des deutschen Reiches lahmlegen; und das möchte ich verhütet sehen. Es wird aber folgen, wenn die Theorien, die der Abgeordnete Rickert eben über unsere inländische Verfassung entwickelte, jemals praktisch zur Wahrheit werden sollten. Zur Herrschaft werden sie nicht gelangen, davor ist mir nicht bange; aber lassen Sie nicht eine Ueberzeugung in die Wähler eindringen, als ob den Wählern an ihrem Rechte eine gewisse Verkürzung geschähe, wenn der Reichstag nicht die allein herrschende Körperschaft in diesem Lande ist; — das ist er nicht und wird er nicht werden.

(Bravo!)

Nach einer die Bemerkungen des Reichskanzlers kritisirenden Rede des Abg. Richter wurde die Debatte geschlossen und § 1 des Antrages Ausfeld und Genossen hierauf in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 99 Stimmen angenommen. Die §§ 2 und 3 des Antrages, sowie Ueberschrift und Einleitung des Gesetzentwurfs wurden ebenfalls genehmigt, worauf das Haus sich vertagte.

Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern.

(**Sitzung vom 1. Dezember 1884.** Stenogr. Berichte, Seite 142.)

In dieser Sitzung stand der Gesetzentwurf, betreffend Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern,[1]) zur ersten Berathung.[2]) An der Debatte hatte sich bereits eine große Zahl von Rednern betheiligt, als der Abg. Dr. Bamberger sich in ausführlicher Rede gegen die Vorlage aussprach. Dies veranlaßte den **Reichskanzler** zu folgenden Bemerkungen:

Wenn es überhaupt in meiner Absicht läge und nützlich wäre, in diesem Stadium der Berathung in eine ausgedehnte Ausführung einzugehen, so würde ich daran doch augenblicklich verhindert sein, da ich durch nothwendige andere Geschäfte abgerufen werde. Ich will deshalb die wenigen Minuten, die mir bleiben, nur benutzen, um einige Voraussetzungen, die der Herr Vorredner ausgesprochen hat, richtig zu stellen.

---

[1]) Vergl. Anlage I.

[2]) Bezüglich der zweiten Berathung siehe die Reden vom 12. März 1885, Seite 242.

Einmal hat er mit Vergnügen konstatirt, daß in der jetzigen Vorlage ein Zusammenhang mit der Kolonial-Politik nicht ausgesprochen sei. So viel ich mich erinnere, war ein solcher Zusammenhang auch in der vorjährigen Vorlage nicht ausgesprochen. Der Zusammenhang ist nur hergestellt worden durch meine Erklärung in der Kommission, daß ich zu einer Kolonial-Politik nicht den Muth haben würde, wenn die Sonde, die mit der damaligen Vorlage angelegt werde, den Beweis lieferte, daß ebensowenig Stimmung für überseeische Unternehmungen im Reichstag vorhanden sei, wie zur Zeit der Samoa-Vorlage. Um eine überseeische Politik mit Erfolg treiben zu können, muß jede Regierung in ihrem Parlament, soweit sie von ihm abhängig ist, soweit sie eine konstitutionelle Regierung ist, eine in nationalem Sinne geschlossene Majorität, eine Majorität, die nicht durch Parteien zerrissen und beeinträchtigt ist, die nicht von der augenblicklichen Verstimmung einzelner Parteien abhängt, hinter sich haben. Ohne eine solche Reserve im Hintergrunde können wir keine Kolonial-Politik und keine überseeische Politik treiben. Die nationale Energie, wenn sie von Parteikämpfen neutralisirt wird, ist gerade in unserem Volke nicht stark genug, um der Regierung den Muth zu machen, solche Wege zu betreten, wie wir sie bei Samoa zuerst versuchten. Ich bin durch die Niederlage der Regierung in der Samoa-Frage lange Zeit abgehalten worden, etwas ähnliches wieder vorzubringen. Vestigia terrent. Ich habe jetzt den Moment für gekommen und geeignet geglaubt, theils nach den Symptomen, theils auf Grund der Thatsachen, die sich mir aufdrängten, und die den überseeischen Schutz nicht von sich weisen ließen.

Wenn aber diese Frage der überseeischen nationalen Entwickelung nach dem Maßstabe aufgefaßt wird, wie der Herr Vorredner sie eben auffaßte, so erinnert mich das lebhaft an meine frühesten Beziehungen, die ich zu der preußischen Politik in meinen provinziellen Verhältnissen gehabt habe. Als der Bau einer Eisenbahn von Berlin nach Magdeburg projektirt wurde, — es lag damals das nachherige Berlin-Anhalter Projekt vor und gleichzeitig ein Berlin-Leipziger und Berlin-Magdeburger, — da erklärte die damalige preußische Regierung, unter dem Einfluß des älteren Ministers von Bodelschwingh, sie hätte ganz genau den gesammten Verkehr, den Post und Fracht zwischen

Berlin und Magdeburg und Berlin und Leipzig bisher lieferte, festgestellt und hätte sich überzeugt, daß das Quantum von Verkehr, wie er überhaupt zwischen Berlin und den genannten Städten bestände, nicht eine einzige Eisenbahnlinie ernähren könnte

(Heiterkeit rechts);

sie müßte das Almosen, das von dem Herzog von Anhalt durch den Bau der Roßlauer Brücke gewährt worden sei, dankbar annehmen und daher einen Umweg von 5 Meilen machen, um nicht das Unternehmen mit diesem Brückenbau zu belasten. Infolgedessen sind wir, die älteren Herren werden das alles noch wissen, jahrelang von Berlin nach Dresden über Wittenberg, Roßlau, Cöthen, Halle, Leipzig gefahren, den dreifachen Weg, — wir sind nach Magdeburg, der Hauptstadt meiner heimathlichen Provinz, über Wittenberg, Roßlau, Cöthen gefahren. Und doch ist die Berechnung, die der Minister von Bodelschwingh damals anstellte, ganz gewiß ebenso korrekt und vielleicht umfänglicher und genauer gewesen als diejenige, die der Herr Abgeordnete Bamberger uns vorhin aufgestellt hat.

(Heiterkeit rechts.)

Die Rentabilität des genannten Eisenbahnprojektes, die Geschichte und die Entwickelung unseres Eisenbahnwesens haben dem sehr patriotisch gesinnten und gewiß das Beste des preußischen Staates wollenden damaligen preußischen Minister Unrecht gegeben. So bin ich auch überzeugt, daß, wenn Sie die Vorlage bewilligen, die Geschichte den Voraussagungen des Herrn Abgeordneten Bamberger Unrecht geben werde.

Der Herr Abgeordnete hat ferner unter der Rubrik „Bemerkungen," deren Unrichtigkeit ich glaube gleich auf frischer That feststellen zu müssen, angegeben, daß die Verwendungen, die für die Gotthardbahn gemacht worden sind, wenn ich recht verstanden habe, aus militärischen Rücksichten geschehen sind. — Ich muß dabei hervorheben, daß das Organ des Herrn Abgeordneten, obgleich ich nicht zu den Schwerhörigen gehöre, mir nicht leicht verständlich ist, aber ich glaubte, verstanden zu haben, „militärische Rücksichten."

(Zuruf: ja!)

Dem Herrn Abgeordneten wird die Neutralität der Schweiz und der Gotthardterritorien unzweifelhaft im Gedächtniß sein, und ich halte es schon aus Rücksichten auf unsere Schweizer Nachbarn für nothwendig, zu erklären, daß der Herr Abgeordnete

nicht im Geheimniß der Regierungs-Politik sich befindet, wenn er militärische Rücksichten bei der Gotthardbahn voraussetzt.

(Heiterkeit.)

Wir sind fest entschlossen, die Neutralität der Schweiz zu achten und auch die der Gotthardbahn, und nicht die leiseste Spur von militärischen Rücksichten ist bei der fraglichen Subvention maßgebend gewesen, sondern man hat geglaubt, die wirthschaftliche Bedeutung der deutschen Nation nach außen hin zum Ausdruck zu bringen; man hat namentlich geglaubt — und das wird wahrscheinlich die Motivirung der damaligen Vorlage, deren Diskussion mir nicht erinnerlich ist, bestätigen — man hat namentlich geglaubt, dem deutschen Handel nach und von Italien eine außerordentliche Erleichterung durch diese Linie zu gewähren. Militärische Rücksichten kann man nur auf Umwegen, vielleicht insofern anführen, daß uns in einem etwaigen Kriege mit anderen Staaten andere Linien gesperrt sein könnten, und wir während des Krieges unseren Handel auf der Gotthardbahn durch das neutrale Schweizer Gebiet führen können. Dieser Handel mit Italien während des Krieges hat indeß nicht große Bedeutung, und um den allein hätten wir ganz gewiß nicht damals 20 Millionen Mark geopfert.

Der Herr Abgeordnete hat ferner von der augenblicklichen Hypertrophie und krankhaften Lage der Geschäfte gesprochen; es wäre jetzt nicht der Moment, mit solchen Vorlagen vorzugehen. Ich habe einmal dagegen einzuwenden, daß, wenn Sie heute die Vorlage ablehnen, Sie geraume Zeit, glaube ich, zu warten haben werden, ehe eine Regierung wieder eine ähnliche zu machen den Muth haben wird. Es ist auch ein erheblich abkühlender, erkältender Einfluß auf unsere ganzen überseeischen Beziehungen, einschließlich der Kolonial-Politik, davon zu gewärtigen. Im übrigen aber schien mir aus den Aeußerungen des Herrn Abgeordneten nach dieser Richtung hin eine Art pessimistischer Auffassung hervorzuleuchten, die ich nicht theilen kann. Er schien, ich will nicht sagen, nach dem Satze, alles bestehende wird ruinirt werden, aber er schien, doch zu vermuthen, daß vieles zu Grunde gehen könne, daß aus den Ruinen neues Leben erst erblühen werde, und daß man sich erst bei diesem neuen Leben betheiligen solle.

(Heiterkeit rechts.)

Ich hoffe, meine Herren, diese Zeit des neuen Lebens wird noch so weit liegen, daß wir gar keinen Grund hätten, erst abzuwarten, bis die verschiedenen Krisen und Zusammenbrüche überstanden wären, welche niedrige Zuckerpreise und andere Kolonial-Kalamitäten etwa haben könnten; und wenn wir dann erst wieder mit der Vorlage kommen würden, dann würde der Herr Abgeordnete Bamberger wahrscheinlich wieder andere Gründe haben, die wir heute noch nicht kennen,

(sehr wahr! rechts)

um unserer Sache zu widersprechen.

Ich kann überhaupt hier nicht die Absicht haben, jemanden zu meiner Meinung und der der Regierung zu überreden, ich würde es nicht wagen, in dieser Beziehung den Fraktionsbeschlüssen vorgreifen zu wollen, die uns nachher mit Macht, ich möchte sagen felsenartig, entgegentreten, in Form der kurzen Mittheilung „die Fraktion hat beschlossen,“ — damit ist die Sache abgethan. Wir sind dann ja hier vollständig überflüssig; was können wir gegen den Fels der Fraktionsbeschlüsse anders, als wie kraftlose Wellen abprallen? Das ist kaum würdig. Wozu die Diskussion? zählen wir ab und ohne Diskussion; wozu sollen wir dem Lande noch unsere Zeit vergeuden? Es wird sich auch gewiß etwas anderes im Sinne der Fraktionstaktik finden, um der Regierung einen Korb zu geben, wenn sie mit einer anderen Vorlage kommt; und ich muß sagen, ich würde den Muth nicht haben, diese Vorlage zu erneuern, ich würde das anderen überlassen.

Wenn der Herr Abgeordnete ferner das Defizit, in dem wir uns augenblicklich befinden, als Motiv für seine Stellungnahme angeführt hat, so muß ich sagen, daß ein Defizit im Reichshaushalt nicht vorhanden ist, und daß ich gegen diesen unbestimmten, unberechtigten, ungesetzlichen Ausdruck protestire. Der Reichshaushalt kennt kein Defizit, es treten die Umlagen ein, und da ist ein Defizit nicht möglich. Ein Defizit ist, was durch Anleihen gedeckt werden muß; ein solches Defizit ist in den einzelnen Staaten möglich, aber der Reichshaushalt kennt kein Defizit, er kennt nur höhere Matrikularbeiträge. Im übrigen hoffe ich, daß das, was Herr Bamberger Defizit nennt, jedenfalls nur eine vorübergehende Situation ist, die ich ganz ausschließlich der Obstruktions-Politik der Oppositions-Partei in den Finanzen zuschreibe. Die Mittel, die die Regierungen

vorschlagen konnten und vorschlugen, sind schon vom Hause aus vom Parteistandpunkte, vom Fraktionsstandpunkt aus durch die Wahlreden verurtheilt und absolut abgeschnitten, — die Regierung mag kommen mit was sie will, es wird abgelehnt. Wenn das Defizit ein Produkt der Armuth der deutschen Nation wäre, wäre es etwas anderes, aber keiner von Ihnen wird in nachweislicher Weise bestreiten können, daß, seitdem die neue Wirthschafts-Politik, die Schutzzollpolitik, die Nation von ihrer Blutarmuth befreit hat

(sehr richtig! rechts),

was 1879 seinen Anfang nahm, die Wohlhabenheit der Nation, Handel und Wirthschaft, das Wachsen von Privatvermögen in erfreulicher und steigender Zunahme begriffen sind: überall sehen wir vermehrten Import, vermehrten Export, vermehrte Schifffahrt in allen Häfen, wir sehen trotz der gedrückten Verhältnisse, in denen sich die bei der Landwirthschaft betheiligte Bevölkerung befindet, steigenden Luxus und Verbrauch, steigenden Verkehr und Export. Also die Gründe, aus denen ein Defizit ein Hinderniß abgeben könnte, um für das Wohl des Landes nützliche Maßregeln zu verwerfen, liegen hier nicht vor, das Defizit — ich gebrauche den Ausdruck, den ich verurtheile — das Bedürfniß nach größeren Matrikularbeiträgen ist das Ergebniß der Obstruktionspolitik der Oppositionspartei, die der Regierung überall gegenübertritt. Verzichten Sie darauf, so werden wir ein Defizit nicht mehr haben, halten Sie dieselbe aufrecht, nun, dann entsteht zwischen uns die Frage, wer die Kalamitäten, die Unfähigkeit, die Impotenz des Landes am längsten aushält. Wer aber die Schuld daran trägt, das wird bei den Wählern nicht zweifelhaft sein.

(Bravo! rechts.)

Die Stellung des Reichskanzlers und des Bundesrathes zu dem Antrage Windthorst, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874.

(**Sitzung vom 3. Dezember 1884.** Stenogr. Berichte, Seite 155.)

Nach dem Antrage Windthorst sollten das Gesetz vom 4. Mai 1874 aufgehoben werden und die auf Grund desselben ergangenen Verfügungen von Landes-Polizeibehörden ihre Gültig-

keit verlieren. Der Antragsteller, welcher bei Beginn der ersten Berathung in obiger Sitzung das Wort erhielt, wies zunächst darauf hin, daß der Antrag wiederholt vom Parlamente angenommen, aber vom Bundesrath stets abgelehnt worden sei, wodurch das katholische Volk schmerzlich berührt, das Ansehen des Parlamentes schwer geschädigt worden sei. Redner behauptete, daß das Gesetz schlimmer als das Sozialistengesetz sei, da letzteres doch die Vertreibung aus dem Vaterlande nicht kenne. Der Antrag bezwecke, eine Beruhigung der Gemüther herbeizuführen; er komme eben aus der Heimath, unter dem frischen Eindruck der Aufregung, welche der Beschluß des Bundesraths dort hervorgerufen habe. Ein fernerer Grund liege darin, daß die Zentrumspartei bei den Wahlen die Weisung erhalten habe, für die verletzten Rechte der Kirche einzutreten. Die Autorität der Kirche müsse gestärkt werden und wer die Autorität der Kirche stärke, der stärke zugleich die Autorität des Staates. Namens der Konservativen erklärte darauf der Abg. Graf von Behr-Behrenhoff, daß dieselben, nach der erst vor Kurzem erfolgten Ablehnung des Antrages Seitens des Bundesraths, die Wiedereinbringung desselben als Demonstration betrachten müßten, an der sich zu betheiligen die konservative Partei keine Veranlassung habe. Nach einigen Bemerkungen des Abg. Blos ergriff der Reichskanzler das Wort:

Es sind nur wenige Wochen vergangen, seit der Bundesrath den gleichen Antrag, der uns heute vorliegt, und der im Juni d. J. gestellt worden war, mit einer großen Mehrheit abgelehnt hat. Wenn nun heute, wenige Wochen nach dieser Ablehnung, derselbe Antrag dem Bundesrath zur nochmaligen Erwägung, wie meinem Vernehmen nach der Hr. Abg. Windthorst vorhin gesagt hat, zugestellt und ihm zu diesem Behufe der Anknüpfungspunkt eines neuen Antrages gewährt werden soll, so liegt darin doch eine Stellungnahme des Reichstages dem Bundesrath gegenüber, die ich nicht anders als mit dem Ausdruck der „Mißachtung der verbündeten Regierungen" bezeichnen kann.

(Widerspruch im Zentrum.)

Ich bin hierzu um so mehr berechtigt, als, wie ich eben höre, der Hr. Abgeordnete Windthorst denselben Ausdruck in Bezug auf das Verhalten der Bundesregierungen gegenüber dem Reichstage gebraucht hat. Er hat, wenn ich recht unterrichtet bin, von einer Mißachtung des Reichstages gesprochen. Die Mißachtung ist ganz auf Ihrer Seite, meine Herren, indem Sie den Antrag wieder stellen, mit dem Sie in väterlicher Milde dem Bundesrath Gelegenheit geben wollen, von seinem übereilten Beschlusse noch zurückzukommen. Es ist das ein Maß

von Geringschätzung, das der Bundesrath dem Reichstage gegenüber sich niemals erlauben würde. Wenn Sie sich das Maß davon klar machen wollen, so denken Sie nur, daß die verbündeten Regierungen Ihnen eine Vorlage — ich nehme an eine Steuervorlage — gemacht hätten. Sie lehnen Sie ab nach sorgfältiger Erwägung, und 8 Tage darauf wird dieselbe Steuervorlage hier eingebracht, als hätten Sie die erste gar nicht abgelehnt. Wenn das nicht eine Mißachtung des Reichstages wäre, dann weiß ich nicht, was man so bezeichnen soll. Nun stehen aber in dieser Beziehung sich die beiden Faktoren der Gesetzgebung vollkommen gleich, und ich halte es nicht für nützlich und auch nicht für eine Anerkennung dieser Gleichheit, wenn Sie jetzt den Versuch machen, durch wiederholte massenhafte Mehrheits-Demonstrationen die verbündeten Regierungen gewissermaßen einzuschüchtern, eine Pression auf sie zu üben, damit sie wohlerwogene Beschlüsse, drei Wochen nachdem sie gefaßt sind, zurücknehmen. Sie würden dadurch die verbündeten Regierungen in die Lage bringen, ihrerseits an dem Ansehen, dessen sie sich bisher in der Oeffentlichkeit erfreut haben, merklich einzubüßen, und ich weiß nicht, ob es im Interesse der Antragsteller liegen kann, das Ansehen der verbündeten Regierungen durch ein solches Wiedervorsetzen eines von ihnen geschmähten Gerichts unter Pression zu nehmen.

Man sollte glauben, es wäre Gefahr im Verzuge, es wäre eine besondere Eile, um einem Nothstande abzuhelfen, vorhanden.

(Jawohl! im Zentrum.)

Worin besteht denn der Nothstand? Dieses Gesetz ist nur unter dem Ministerium Falk in Preußen angewendet worden, so viel ich habe ermitteln können; in den außerpreußischen Bundesstaaten ist es überhaupt nicht angewendet worden, und auch in Preußen ist es unter den Ministerien Puttkamer und Goßler, also seit 5 oder 6 Jahren, überhaupt nicht mehr zur Anwendung gekommen, es ist gar kein Gebrauch mehr davon gemacht, es ist als reponirt betrachtet. Die 200 und etwa 80 Geistliche, die unter dem Ministerium Falk den Wirkungen dieses Gesetzes ausgesetzt gewesen waren, sind, so weit sie darum eingekommen sind, oder die Bischöfe es gewünscht haben, sämmtlich — ich will nicht sagen begnadigt worden, aber die Wirkung des Gesetzes ist in Bezug auf sie aufgehoben.

(Hört! hört! rechts.)

Es sind nur noch 27 geblieben, verschollene Geistliche, für die niemand das Wort ergriffen hat, die aber wahrscheinlich auch der Wohlthat der Repatriirung theilhaftig geworden wären, wenn sie darum nachgesucht hätten, oder wenn die Bischöfe der betreffenden Herren dies gewünscht hätten. Ob die 27 Herren noch leben, das wissen wir nicht; es mögen zum Theil alte Leute gewesen sein, die gestorben sind, sie haben vielleicht auch in anderen, angenehmeren Stellungen im Auslande Unterkommen gefunden oder in anderen geistlichen oder weltlichen Verhältnissen, — aber die Regierung weiß nichts davon. Es ist also das Gesetz von den beiden letzten preußischen Kultusministerien, mit einer großen Zurückhaltung gegen das ganze System, absolut nicht zur Anwendung gebracht worden, kein einziger Fall liegt vor, — und nun kommen Sie mit einer Sturmpetition gegen den Bundesrath: er soll dieses Gesetz außer Kraft setzen. Nachdem der Bundesrath von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, diesem Antrage die Zustimmung zu versagen, wird drei Wochen darauf der Antrag erneuert. Ist das etwas anderes — als daß Sie im Namen der Reichstagsmajorität, ich möchte sagen, eine Art von Geßlerschem Hut vor dem Bundesrath aufrichten, den er grüßen soll? Eine andere Wirkung und einen anderen Zweck kann der Antrag nicht haben, als die verbündeten Regierungen zu demüthigen.

(Sehr wahr! rechts.)

Das wird Ihnen nicht gelingen, meine Herren!

Aber warum Sie diesen — um mich in der Weise des Herrn von Schorlemer auszudrücken — Schlag ins Gesicht der verbündeten Regierungen überhaupt geführt haben, das ist mir heute noch ein Räthsel. Ich hatte geglaubt, Sie suchten die Verständigung mit den verbündeten Regierungen, wenn ich auch bei verschiedenen Gelegenheiten dadurch irre geworden bin, daß in Momenten, wo ich glaubte, der Verständigung in Rom nahe zu sein, stets hier in Deutschland irgend eine stürmische Bewegung, eine Pression in Gang kam, ein Streit entstand, und wenn er mit meiner Person auch nur über häusliche Beziehungen gesucht wurde

(hört! hört! rechts),

— der uns für den Augenblick die Verständigung unmöglich machte, die Hoffnung auf eine Verständigung mit Rom stets wieder täuschte. Es ist das eine eigenthümliche Erscheinung,

die mich irre gemacht hat in manchen Beziehungen, ob nicht hier in Deutschland irgend einflußreiche Kräfte thätig sein könnten, die das Bedürfniß haben, daß der Kampf fortgesetzt werde, und daß die Verständigung mit Rom mißlinge; ich weiß es nicht

(ja wohl! rechts),

aber jedenfalls hat dieser Sturmlauf für eine zur Verständigung und zum Entgegenkommen geneigte Reichsregierung kaum eine andere Erklärung.

Ob die große Majorität dieses Hauses — ich glaube nicht, daß sie unter dem Druck des bestehenden Gesetzes sich erzeugt haben kann, — ob die Herren, von denen damals das Zentrum in seiner Taktik unterstützt worden ist, und die sonst gewohnheitsmäßig die Regierung unterstützen, gerade in Kenntniß dieses Gesetzes und mit der Ueberzeugung, daß es mit Mißbrauch oder Härte angewendet worden wäre, die Sache unterstützt haben, ist mir sehr zweifelhaft. Ich glaube, daß damals die große Majorität sich zusammengefunden hat, weil andere Fraktionen bei den bevorstehenden Wahlen die Unterstützung der Antragsteller erwarteten, daß diesem Antrage zugestimmt worden ist in der Hoffnung, das Zentrum würde für die anderen stimmen und seine in der Diaspora lebenden Mitglieder oder Wähler, die es selbst nicht brauchte, dem einen oder anderen zur Verfügung stellen.

Nun, diese Rechnung hat, glaube ich, einige Derer, die sie aufgestellt haben könnten, vollständig getäuscht. Die Fortschrittspartei oder, wie sie sich selbst nennt, die deutschfreisinnige Partei hat ja erheblichen Vortheil von dem Hof, den sie dem Zentrum gemacht hat. Inwieweit das bei den Konservativen der Fall ist, weiß ich nicht, aber ich gebe mich der Hoffnung hin, daß, wenn dieser Grund, für einen solchen Antrag zu stimmen, heute wegfällt, da wir eben Neuwahlen gehabt haben und Niemand weiß, was bei den nächsten geschieht, die Herren, welche das vorige Mal dafür gestimmt haben, ohne objektiv und sachlich von der Nothwendigkeit ihrer Abstimmung überzeugt zu sein, welche lediglich die Demonstration mitgemacht haben, sich darauf beschränken werden, kundzugeben, nicht daß sie ihre Meinung geändert haben — das verlangt kein Mensch —, aber daß sie es nicht für opportun halten, schon jetzt nach einigen Wochen die Regierung wiederum in dieser stürmischen Weise zu mahnen und unter Pression zu

nehmen. Ich hoffe, daß die Herren den Schritt, den ich als eine Geringschätzung des Bundesraths und seiner Beschlüsse charakterisire, heute nicht mitmachen werden.

Was nun die Gründe anbelangt, aus denen der Bundesrath den Antrag des Reichstags abgelehnt hat, so bin ich ja nicht berufen, die Motive zu erforschen und kundzugeben, die die einzelnen Regierungen dabei geleitet haben. Der Bundesrath stimmt in sich über Motive nicht ab, er stimmt mit Ja und Nein, gerade wie der Reichstag, über die Thatsache, ob ein Antrag die Majorität gefunden hat. Ich stehe aber gar nicht an, diejenigen Motive anzugeben, durch welche die preußische Regierung, die ihrerseits zu der ablehnenden Majorität gehörte, veranlaßt worden ist, dieser Majorität des Reichstags und ihrem Votum nicht beizutreten. Es liegen die Gründe auf dem Boden verschiedener Ressorts. So weit sie auf dem des preußischen Kultusministerium liegen, bin ich zu einer Kritik und Darlegung derselben nicht berufen; ich weiß nicht, ob für die Zwecke, die das preußische Kultusministerium im preußischen Staat zu verfolgen hat, der Fortbestand dieses Gesetzes, die Möglichkeit, es nach fünf oder sechs Jahren Ruhezeit wieder zu benutzen, von erheblichem Werth ist, — ich möchte glauben, daß das in Betreff der rein deutschen Gebiete des preußischen Staates wahrscheinlich nicht der Fall sein wird, ich weiß es jedoch nicht, ich bin nicht verantwortlich für das Kultusministerium, und ich bin froh, daß ich es nicht bin. Meine Herren, ich kann mich nur um den politischen Theil kümmern. Wenn ich also sage, ich weiß nicht, ob das Kultusministerium seinerseits noch Werth darauf legt oder es für nothwendig hält, das Gesetz aufrecht zu erhalten, so kann ich immer nur meine persönliche Ansicht mit allem Vorbehalt geben, daß ich nicht weiß, ob der Herr Kultusminister sie theilt. Ich würde überhaupt, wie in vielen anderen Konzessionen, gar nicht abgeneigt sein, wenn mir die Bemühungen geglückt wären, in unserer Gesetzgebung eine Scheidelinie zwischen jenen Landestheilen einzuführen, welche polnische Zunge reden, und denen, welche deutsche Zunge reden. Nach meiner Ueberzeugung kann dieses Gesetz im Ganzen, so weit die deutsche Zunge reicht, einfach zurückgenommen werden, — ich würde nichts dagegen haben. In den polnischen Bezirken liegt die Frage aber doch etwas anders. Ob da dies Gesetz

nicht noch einmal Anwendung finden kann, das weiß ich nicht, das hängt von der Zukunft ab. Die polnische Bewegung hat uns mit der Losreißung von preußischen — man kann jetzt schon sagen altpreußischen — Provinzen, ehe sie polnisch wurden, wie Westpreußen, bedroht. Diese Bewegung ist nicht so sehr gefährlich zu einer Zeit, wo der Friede ringsum vollständig gesichert ist. Wenn das aufhört — woran ich nicht glaube, so lange die jetzige Regierung an Haupt und Gliedern am Ruder ist — aber sie ist nicht unsterblich, und die Politik ist auch genöthigt, auf weitere Zeiträume hinzublicken —, so könnten doch Momente eintreten, wo eine polnisch-nationale Bewegung für den preußischen Staat sehr unbequem werden kann.

Wenn ich sage, diese Eventualität, die eine Friedensstörung voraussetzt, liegt uns fern, so muß ich Ihnen doch daneben einen Theil unserer gemeinsamen Erlebnisse vergegenwärtigen. Wenn Sie 20, 21 Jahre zurück denken, an das Jahr 1863, zur Zeit der damaligen polnischen Bewegung, als ein Vertrag zwischen Preußen und Rußland geschlossen wurde, der bekannt war unter dem Namen „Seeschlange", zur Zeit, wo die Herren Grabow und Behrend Präsidenten des Abgeordnetenhauses waren, da war die Bewegung außerordentlich mächtig, und sie wurde hier in Berlin unterstützt von einer sehr lebhaften, ja, ich kann fast sagen, drohenden Interzession derjenigen Mächte, welche für Polen gegen Rußland Partei nahmen. Wir hatten außer von Rußland in der damaligen Lage gegenüber dem gesammten übrigen Europa, welches in Gestalt seiner mich fast täglich besuchenden Botschafter fast drohend auf mich einwirkte, im Kriegsfall kaum Beistand zu erwarten; und wenn es zum Kriege gekommen wäre, wie es damals im Wunsche der russischen Regierung — nicht der preußischen — lag, so wäre es sehr ins Gewicht gefallen, ob die preußische Regierung in ihren polnischen Ländern vollständig Herr und zwar auch dann Herr gewesen wäre, wenn sie mit Oesterreich nicht einig gewesen wäre. Wenn Sie sich die damalige Situation vergegenwärtigen: ist einer unter Ihnen — ich bin es ganz gewiß nicht —, der 1863 die Situation vorhergesehen hat, in der wir 1870 waren, die Ereignisse, die inzwischen eintraten, der Jahre 1864, 1866? hat das einer vorausgesehen? Ich führ[illegible] an, um Ihnen zu beweisen,

wie wenig man in der Politik auf die Zukunft, die man augenblicklich übersieht, und die kaum über 24 Stunden reicht, rechnen darf. Wir können ebenso, wie wir damals durch mehrere glückliche Kriege in eine ganz neue und glänzendere Lage gekommen sind, durch einen oder mehrere unglückliche Kriege — ich hoffe, wir sind davor bewahrt — in eine Lage kommen, wo wir die Anstrengung aller Kräfte brauchen, um uns zu halten, und alle Gesetze brauchen, um die Bewegungen, die dem Reiche feindlich und schädlich sein können und dem preußischen Staat — ich spreche jetzt immer nur von Preußen —, niederzuhalten. Dies wäre allenfalls ein Grund zu sagen: wir können nicht wissen, ob wir dieses Gesetz nicht noch einmal brauchen, und jedenfalls umsonst wollen wir es nicht weggeben und darauf verzichten.

Aber, wie gesagt, ich will mich nicht einmal ganz bestimmt zu dieser Ueberzeugung bekennen, doch will ich die Gründe zu derselben, die ich eben andeutete, noch weiter entwickeln, und zwar ganz sine ira et studio — ich spreche darüber mit der Ruhe eines Schachspielers – ; aber ich muß dabei doch wieder von der Konstellation unserer Parteien reden, auf die Gefahr hin, Herrn Richter damit wieder zu langweilen; es sollte mir das leid thun; ich bitte jedoch auch einmal zu erwägen, daß ich eigentlich dazu nicht hier bin, ihn zu amüsiren, und daß, wenn ihn die Langeweile übermannt, es ihm ja frei steht, für die Zeit, wo ich rede, anderen Beschäftigungen sich hinzugeben. Ich bitte ihn auch, mir nicht den Vorwurf zu machen, als brauchte ich dieselben Argumente, aus der Kritik der Parteisituation entnommen, zu häufig, sondern doch einen Rückblick auf seine eigenen Reden einmal zu halten, dann wird er zu der Ueberzeugung kommen, daß, wenn ihm die Wiederholung sehr oft gebrauchter Argumente untersagt gewesen wäre, er überhaupt seit mehreren Jahren absolut hätte schweigen müssen.

(Heiterkeit.)

Ich muß also diese Parteifrage berühren. Eine Regierung, wie die preußische, die verfassungsmäßig regieren will, hat doch nothwendig das Streben, sich eine Majorität zu schaffen, und zwar eine Majorität, auf die sie möglichst dauerhaft rechnen kann, um die Wechsel des Systems, nach dem regiert wird, glücklich zu vermeiden, so viel an ihr liegt. Bei diesem Streben, sich eine Majorität zu schaffen, kann sie sich ver-

schiedene Kombinationen denken. Wenn es möglich wäre, eine Majorität zu bilden, welche die konservative Partei, das Zentrum und die Nationalliberalen umfaßt, so wäre das ja eine schöne Sache, dann wäre die konstante Majorität gegeben. Ich appellire aber an Ihr eigenes Urtheil: sind unter diesen Elementen nicht solche, die unter einander inkompatibel sind, die es absolut ablehnen, in einer gemeinsam die Regierung unterstützenden oder führenden Majorität zusammenzubleiben? Ich glaube nicht, daß das möglich ist, die Zentrumspartei mit den Nationalliberalen, ja vielleicht kaum mit den Freikonservativen, in dieser Weise zu verschmelzen; es ist vielleicht möglich mit den Deutschkonservativen, das weiß ich nicht, — die sind ja für das Zentrum von einer großen Hingebung beseelt, aber ob das dauernd ist? — wir haben auch schon recht heftige Scharmützel erlebt, und Worte sind gefallen, die sich ehemalige Freunde, die es noch einmal wieder werden wollen, öffentlich kaum sagen sollten oder nicht zu sagen pflegen. Also ich weiß nicht, ob das möglich ist. Ich will aber einmal annehmen, es ginge, und die Regierung wollte ihr System auf eine Unterstützung durch die Konservativen und durch das Zentrum dauernd einrichten, so würde sie das nicht können, ohne darauf zu rechnen, daß die Unterstützung des Zentrums, an die sie sich nun anlehnt, und um derentwillen sie andere Freunde, die bereit wären, sie zu unterstützen, nur nicht in Gemeinschaft mit dem Zentrum, von sich stößt, — daß diese Unterstützung auch eine dauernde und die ersten Bedingungen des Zusammengehens, den status quo festhaltende sein wird: da kann ich mich nun von der Befürchtung nicht ganz frei machen, daß ein konfessionell gemischtes Staatswesen deutscher Nation, welches mit Ausschließlichkeit oder Unentbehrlichkeit auf die Unterstützung des Zentrums und der römischen Kurie angewiesen wäre, auf die Dauer nicht haltbar ist, daß ein solches Staatswesen nur dann haltbar ist, wenn es zeitweise auch in die Lage kommt, der Unterstützung, die ihm von der römischen Geistlichkeit gewährt wird, vorübergehend entbehren zu können.

(Sehr gut! rechts.)

Ich bin sehr weit entfernt, vielleicht weiter, als Sie glauben, von der Neigung, dem Zentrum entgegenzutreten. Die Partei hat Vieles an sich, was mich, im Vergleich mit den anderen,

im hohen Grade anzieht und besticht. Sie hat eine sehr strenge Disziplin,

(Heiterkeit,)

sie hat eine bestimmte Führung in einer bestimmten Person, sie hat monarchische Einrichtungen in sich; sie ist weder eine aristokratische noch eine demokratische Republik. Viele ihrer Grundsätze sind mir vollständig sympathisch, und ich theile sie. Man kann mit ihr rechnen; sie hat für mich nur die Gefahr: man kann sich mit ihr nicht einlassen, ohne sich dem Geist, der in ihr lebt, mit Leib und Seele zu verschreiben; man wird auf die Dauer davon erfaßt, und es kommt immer wieder der Moment, wo es heißt: willst Du jetzt fechten, oder willst Du weiter mit mir gehen? Das ist die Perspektive, die ich fürchte; — es mag Mangel an Muth sein;

(Heiterkeit rechts,)

aber ich kann mich davon auf Kosten des Reichs nicht vollständig losreißen. Wenn man nicht mit dem Papst, sondern mit einer dauernden inländischen Vertretung des Katholizismus ein „bis hierher und nicht weiter" abschließen könnte, gewissermaßen ein der preußischen Gesetzgebung unterworfen bleibendes Konkordat, das nicht überschritten werden soll, — ja, davon ließe sich reden; aber vorläufig sind wir von einer solchen Möglichkeit ziemlich weit entfernt. Ich sehe auch gar nicht die Möglichkeit einer praktischen Ausführung der Sache, aber es würde mir außerordentlich lieb sein, nicht für meine persönliche Bequemlichkeit, sondern im Interesse des Landes, wenn ich einen modus vivendi mit dem Zentrum wüßte, ohne mich und den Staat ihm mit Haut und Haar zu eigen zu geben.

Die Befürchtung, daß der Kampf immer wieder erneuert werden wird, auch nach jeder Konzession, daß die Konzession nur ein Ausgangspunkt für neue Forderungen sein würde von Seiten des Zentrums, hat Niemand eifriger und bedrohlicher genährt, als der absolute Leiter des Zentrums, der Abg. Windthorst. Er hat uns, wie sie sich erinnern werden, in Aussicht gestellt, daß es mit diesem jetzigen Kampf nicht vorbei sein werde; es würden andere von noch viel größerer Tragweite kommen; nur die Schule wollte er beispielsweise nennen — also tief eingreifend in unsere bürgerlichen Verhältnisse —; ich weiß nicht was noch.

Ich fürchte nur, es würde mit diesem Streben ein Frieden nicht möglich sein, so lange nicht alles in Deutschland vernichtet ist, was an das ehemalige Corpus Evangelicorum erinnert.

(Widerspruch im Zentrum.)

Es wäre mir lieb, wenn ich mich darin täuschte, es wäre mir lieb, wenn das Maßhalten in den Ansprüchen von Seiten der Zentrumspartei — ich will keinen verletzenden Ausdruck gebrauchen, deshalb bleibe ich bei diesem, erlauben Sie mir, vollständig unzureichenden — einen modus vivendi finden ließe, wenn ich ein Geheimniß wüßte, das das Zusammenleben mit der Zentrumspartei möglich machte, so würde ich darin eine große Verbesserung sehen, aber bedingungslos kann ich mich nicht unterwerfen und ich kann auch keine Konzessionen machen, so lange ich der Gegenkonzession und des Werths davon nicht sicher bin; das do ut des haben Sie selbst in die Politik hineingebracht, und daran müssen wir festhalten. Hier verlangen Sie eine Kleinigkeit, das gebe ich zu, aber Sie verlangen sie ganz ohne Gegenleistung und ganz intempestiv und stürmisch. Dem können wir in der Folge nicht nachgeben. Wir fürchten uns außerdem, in eine Lage zu gerathen, in der wegen Verstimmung aller anderen Parteien die Unterstützung des Zentrums uns ganz unentbehrlich sein würde, weil die hauptsächlichste Direktion, die das Zentrum in seinem politischen Verhalten zu empfangen hat, in ihrem Schwerpunkt außerhalb des deutschen Reiches liegt.

(Widerspruch im Zentrum.)

Ich kann es der römischen Kurie nicht verargen, wenn Völker, die rein katholisch geblieben sind, wie die Franzosen und Polen, ihrem Herzen näher stehen als das durch den Kirchenstreit zerrüttete und ihr zum Theil entfremdete Deutschland. Es ist auch wohl nicht unnatürlich, wenn sich in Rom die Tradition forterhält des alten Bundes mit den Welfen unter den Hohenstaufen, wobei ich unter Welfen nicht blos die paar Hannoveraner verstehe, die den Namen führen, sondern Alles, was antighibellinisch, was ein Gegner der Reichseinheit aus weltlichen Gründen und Partikularismus ist. Diese Beziehungen, die politischen Intimitäten zwischen Rom und den Welfen in diesem erweiterten Sinne sind sehr alte, von der Schlacht von Legnano

her — sechshundertjährige; sie haben sich von Zeit zu Zeit immer wieder erneuert.

Alle diese natürlichen und historisch berechtigten Reminiszenzen der Kurie würden gegen eine Regierung ins Gewicht fallen, die auf die Unterstützung des Zentrums, also indirekt auf das Wohlwollen der Kurie angewiesen wäre. Wir können nicht verlangen, daß der oberste Priester der römischen Kirche auf einen evangelischen Deutschen Kaiser mit demselben Wohlwollen blicken solle, als wie auf den erstgeborenen Sohn der Kirche in Frankreich oder auf die um jeden Preis getreuen Polen.

Sie sehen, ich setze, ohne irgend Jemand verletzen zu wollen, alle Gründe auseinander, die Jemand in meiner Stellung in Erwägung nehmen muß,

(Bravo! rechts,)

wenn er eine Konzession machen will. Daß Sie doch darauf verzichten, dies Alles als einen Ausfluß von Willkür und Rechthaberei anzusehen, wenn wir zu dergleichen Nein sagen! Das ist eine Frage von sehr ernster und großer Tragweite, namentlich aber um deshalb, weil die Freundschaft zwischen Regierung und Zentrum für Kleinigkeiten und Einzelheiten, wie die kleine Münze, um die es sich hier handelt, nicht zu haben ist. Entweder ganz oder gar nicht! und das Ganze können wir ihm nicht anvertrauen. Nun schien außerdem vorher ein Ausdruck von Mißbilligung vorgekommen zu sein, als ich sagte, daß der Schwerpunkt der Zentrumspartei außerhalb Deutschlands gelegen sei. Ich bestehe nicht darauf; es ist mein Eindruck. Aber jedenfalls ist die preußische Regierung genöthigt, den modus vivendi mit den preußischen Unterthanen am Rhein, in Westfalen und im Großherzogthum Posen in Rom zu suchen, und in Rom darüber zu unterhandeln, wie es möglich ist, sich mit den katholischen Unterthanen des Königs hineinzufinden in einen modus vivendi, der die Billigung des Papstes hat. Da ist nun ein weites Feld, wo die Frage, ob dieses Gesetz im Reichstage angenommen oder abgelehnt werden soll, sich ablöst und es zu einer rein praktischen Frage auf dem Gebiete der Diplomatie wird, ob sie den Zeitpunkt für gekommen hält, Konzessionen zu machen oder mit solchen zurück zu halten, wovon sie sich einen besseren Erfolg verspricht. Die Unterhandlungen mit der römischen Kurie schweben nunmehr über sechs Jahre. Es war im August 1878, wenn ich nicht irre, wo ich mit dem Nuntius

Masella unterhandelte, damals auf einer Basis, die bereits weit hinter uns liegt, die durch die Konzessionen, welche die preußische Regierung der Kirche gemacht hat, seitdem weit überholt ist. Damals wurde die Ernennung eines preußischen Gesandten in Rom noch als ein erhebliches Objekt der Konzession behandelt; es war in der strengsten Maigesetzgebung, mit allen ihren Konsequenzen, die ich meinerseits nie gebilligt habe, — ich bin in den ganzen Kampf nur durch die polnische Seite der Sache hineingezogen worden. Ich habe vor 20 Jahren ebenso gedacht wie heute, daß man in deutsch redenden Gegenden eine große Latitüde lassen kann; aber ich bin in den Kampf damals hineingezogen worden, weil mir der überzeugende Beweis geliefert wurde, daß unter der Leitung der Geistlichkeit in Westpreußen namentlich, aber auch in Schlesien polonisirt wurde,

(hört!)

in Westpreußen mit dem Erfolge, daß die Enkel von Großeltern, die zweifellos Deutsche waren, deutschen Ursprungs, deutschen Namens, schon nicht mehr wußten, daß sie Deutsche waren, nicht mehr deutsch sprechen konnten und sich für Polen hielten. Ich habe mich damals, wo ich mehr Zeit hatte, der Sache mehr widmen können und habe den Eindruck gewonnen, daß diese ganz polonisirende Thätigkeit der Geistlichkeit ihren Ausgangspunkt hier in Berlin hatte, bei der damaligen katholischen Abtheilung, die ihrerseits unter dem Einfluß von polnischen Magnaten stand.

(Hört! hört!)

Und das ist der Grund, weshalb ich Front gemacht habe, und schließlich, da es unmöglich war, die Polonisirung abzuschneiden, ohne die Wurzel, die katholische Abtheilung, zu beseitigen, habe ich den Antrag gestellt, diese abzuschaffen, und erst auf diese Weise bin ich in den Kampf hineingerathen, der sich in seinen ersten Anfängen im Jahre 1873 ja ganz ohne meine Mitwirkung vollzogen hat. Ich war damals weder Kultusminister noch Ministerpräsident, noch war ich gesund genug, thätig zu sein; Ministerpräsident war der Graf Roon, und ich war wegen Krankheit beurlaubt.

Also die Unterhandlungen vom Jahre 1878 konnten noch in Aussicht nehmen, daß man sofort eine Art von zweiseitigem Abkommen schließen würde, und ich war damals mit dem päpstlichen Nuntius so gut wie einig, bis plötzlich die Nachricht

ankam, daß unerwarteter- und auffälligerweise der Kardinal Franchi gestorben sei.

(Hört! hört!)

Von dem Augenblick an dauerten die Verhandlungen noch 10 bis 14 Tage und fingen dann auf einem anderen Fuße wieder an, der ihnen keinen Fortgang brachte. Dann ist der Versuch, ein gleichzeitiges Entgegenkommen herbeizuführen von weltlicher und kirchlicher Seite, ein reines do ut des — zu sagen: wir wollen dies geben, wenn ihr das gebt —, mehrere Jahre hindurch fortgesetzt worden, und hat, — wie es bei einem so weiten Felde natürlich ist, — zu keinem anderen Ergebniß geführt als zu dem oft — und vielleicht zu oft — wiederholten gegenseitigen Briefwechsel, wo immer die Abneigung, etwas zu thun, in den mögligst liebenswürdigsten Redensarten von beiden Seiten verbrämt wurde. Aber man kam damit nicht über höfliche fins de non recevoir hinaus. Darauf habe ich versucht, einen Weg, den ich für einen praktischeren hielt, einzuschlagen, indem ich unsererseits mit Konzessionen vorausging, gewissermaßen einen Vorschuß darauf leistete in der Hoffnung und Ueberzeugung, daß von Seiten der Kurie dem mit gleicher Münze würde entgegengekommen werden, und daß, wenn sie nur sehe, daß es uns aufrichtig darum zu thun sei, wir auch auf Gegenleistungen rechnen könnten, besser als wenn wir uns verklausulirten. Es ist auf diese Weise doch — wie die Herren mir zugeben werden — eine erhebliche Aenderung und Besserung geschaffen: alle diese kleinlichen Verfolgungen seelsorgender Priester, das Verfolgen des Spendens von Sakramenten, dieses ganze Aufbieten der Gendarmerie mit ihrer schwerfälligen Rüstung gegen leichtfüßigere und gewandte Herren im Zivil, die geistliche Funktionen ausüben — das findet gegenwärtig nicht mehr statt. Es sind Bisthümer in erheblicher Anzahl besetzt, es sind die Sperren aufgehoben worden, kurz, wir haben an Konzessionen eine recht anständige Summe von Vorschüssen geleistet; es fehlt aber noch jede Gegenleistung bis zu diesem Augenblick. Und wie wir nun dahin gelangen wollen, diese Gegenleistungen herbeizuführen — das ist eine Sache, die müssen Sie der Diplomatie schon überlassen, die geht durch die Gesandtschaften, und die kann durch das Einbringen von Sturmpetitionen und Anträgen hier nur gestört und beirrt werden, wie das mehrmals schon der Fall gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Wir glaubten im vorigen Sommer, unsere Hauptaufgabe sei für jetzt, die Bischofsstühle in Posen und Köln wieder zu besetzen, — nicht als ob die Regierung ein Bedürfniß an Bischöfen an sich hätte, aber die katholischen Einwohner in der Posener Diözese entbehrten der Wohlthaten einer geordneten Diözesanverwaltung, und nach allem, was hier berichtet wurde, haben wohl die Geistlichen selbst das Bedürfniß gefühlt, namentlich in der Diözese Posen, daß die bischöfliche Zucht fühlbarer werde, als sie bisher war. Wir glaubten mit Rom im vorigen Sommer vollständig geeinigt zu sein, sodaß ich auch damals von dem Antrage, wie er jetzt wiederholt worden ist, meinerseits wenig Notiz nahm. Wir glaubten, daß die Situation sich wesentlich geändert habe, und daß wir einer Einigung über die Wiederbesetzung des Posenschen Stuhles nahe wären. Inzwischen aber machte sich ein Einfluß geltend, der nur zum Theil polnischer Natur war, aber nicht gerade den dortigen Prälaten angehörte, und dieser Einfluß arbeitete darauf hin, in Rom die Hoffnung zu erwecken, daß die Regierung nachgeben würde, wenn man nur fest auf sie drücke, sich im Parlamente recht unentbehrlich mache, das do ut des recht scharf und schneidig durchführte, bei den Wahlen Stimmen gewönne und die feindlichen Parteien gegen die Regierung unterstütze.

Also es ist damit nichts gewonnen worden, — mit den Konzessionen und dem Abwarten. Wir lassen uns dadurch nicht verstimmen; aber ich habe als Diplomat, der gar manche Verhandlungen in diesem Leben schon geführt hat, die nicht ohne Erfolg gewesen sind, den Eindruck, daß weitere Konzessionen uns das Spiel nur verderben, und daß wir jetzt in der Lage sind, ruhig abzuwarten, ob endlich eine Spur von Gegenkonzessionen von Rom geboten wird. Wir werden sie dann freundlich und wohlwollend entgegennehmen und uns freuen, wenn uns Gelegenheit gegeben wird, sie weiter zu entwickeln. Bis wir aber die Farbe und das Gepräge der ersten päpstlichen Konzession, die uns gemacht werden könnte, deutlich und faßlich in der Hand haben, so lange wird mit meinem Willen auch nicht um ein Haar breit nachgegeben werden.

(Bravo! rechts. Unruhe im Zentrum.)

Unsere Mitwirkung wird jederzeit offen sein, und wir werden vollständig bereit sein, in die Verhandlungen einzugehen, die uns entgegengebracht werden; aber wir sind dazu augenblicklich

nicht in der Möglichkeit, und aus diesem Grunde wollen wir auch diese kleine Konzession gratis nicht geben, — wir würden das Prinzip damit durchbrechen, und ich weiß ja nicht, ob das preußische Staatsministerium nicht der Meinung ist, in Posen dies Gesetz auch unter Umständen gebrauchen zu müssen. Die Verhandlungen über die Wahl des künftigen Kirchenfürsten von Posen und Gnesen sind ja noch immer im Gange. Die preußische Regierung läßt sich dabei von dem Grundsatze leiten, daß sie nur einem solchen Prälaten ihr Placet geben kann, von dem sie ganz sicher ist, daß er keine Sympathie für Bestrebungen hat, die darauf hinausgehen können, die polnisch sprechenden Landestheile Posen, Westpreußen und Oberschlesien jemals von Preußen loszureißen. Einem solchen Prälaten würde sie ihr Votum nicht geben können. Aber das ist auch die einzige Bedingung, die wir stellen. Wir wollen und können in Posen keinen Erzbischof zulassen, der das, was wir Revolution nennen, der das, was die Polen Herstellung der Republik Polen nennen, mit wohlwollendem Auge ansieht. Wenn uns diese Bedingung nicht erfüllt werden kann, wird Posen vakant bleiben, und so lange, wie die jetzige Regierung am Ruder ist, werden wir um kein Haar breit nachgeben.

Auf deutschem Gebiete liegt, wie gesagt, mein Bedenken weniger, als Sie glauben. Da wüßte ich kaum etwas, was ich von dem, was bisher gefordert wird, zu versagen für absolut nothwendig hielte; nur glaube ich, daß wir die Konzessionen, die wir überhaupt noch auf Lager haben — es sind ja gar nicht so ungeheuer viele — uns aufsparen müssen, um sie als Aequivalent zu verwerthen, wenn künftig der große Kampf losgeht, den der Hr. Abg. Windthorst uns in Aussicht gestellt hat.

(Heiterkeit.)

Dann werden wir darauf eingehen, wir werden dann sehr viel mehr nachgeben, um den Frieden zu gewinnen, der uns bisher sorgfältig, überlegter und berechneter Weise, in der Hoffnung, mehr von uns herauszudrücken, versagt wird, sehr zu unserem Bedauern. Wir werden fortfahren, ihn nicht mehr in der bisherigen Weise zu erwarten und dann werden wir zu solchen Unterhandlungen bereit sein.

(Lebhaftes Bravo! rechts. Vereinzeltes Zischen im Zentrum.)

Nach dieser Rede bemerkte der Abg. Dr. Meyer (Jena), daß er, so sehr er auch die Aufhebung des Expatriirungsgesetzes herbeiwünsche, doch den Moment für eine solche erst für gekommen erachten könne, wenn die Kirchenfrage in Preußen definitiv gelöst sein werde, worauf dann der Abg. Dr. Windthorst nochmals zum Worte gelangte und zunächst erklärte, daß ihm die Ruhe wohlgethan habe, mit welcher der Reichskanzler heute gesprochen. Redner ging ferner auf die Ausführungen des Reichskanzlers näher ein und betonte, daß das Zentrum den Status zur Zeit Friedrich Wilhelms IV. wiederhergestellt wissen wolle, der durch Wilhelm I. in Königsberg bestätigt sei. Würde die Regierung die Freiheit der Kirche nach dem System Friedrich Wilhelms IV. zurückgeben, würde sie den jetzigen Kampf beendigen, dann stehe das Zentrum rein politisch da und habe nichts mehr von einer kirchlichen Partei an sich; dann würde es auch eine große Reihe von Berührungspunkten geben, in denen das Zentrum den Reichskanzler aufs wärmste unterstützen werde. Aber auch diese Unterstützung würde seine Partei dem Reichskanzler nur als freie Männer gewähren können, nicht als bloße Nachtreter des Willens der Regierung. In dieser Weise habe das Zentrum auch die Schutzzollpolitik des Kanzlers unterstützt. Das Zentrum habe für diese Unterstützung nichts verlangt und nichts bekommen. Trotzdem sei von der Regierungspresse eine Fluth von Angriffen bei der Wahl gegen das Zentrum gerichtet worden und auf Kosten derselben habe man sogar regierungsseitig sozialistische Kandidaten empfohlen. Am Schlusse seiner Ausführungen hob der Redner hervor, daß man erst nach Beendigung des Kulturkampfes zu gesunden Verhältnissen im Parlamente kommen könne. Die Herstellung des kirchlichen Friedens sei ein Akt der Gerechtigkeit und der Klugheit. Der Reichskanzler möge darüber sich nicht täuschen; es sehe vielfach bös aus im Deutschen Reich. Die Regierung unterschätze, was es bedeute, daß das Volk zufrieden sei; sie verlasse sich in letzter Linie auf die Bayonette, vergesse aber dabei, daß dieselben von Männern getragen würden, die zum Volke gehören. Nach dem Abg. Dr. Windthorst erhob sich der **Reichskanzler** zu folgenden Ausführungen (Stenogr. Ber., S. 165):

Der Herr Vorredner hat damit begonnen, mich zu loben wegen des ruhigen Tones, in dem ich heute gesprochen hätte; ich kann ihm dieses Lob nicht zurückgeben; es machte mir namentlich der Anfang seiner Rede den Eindruck, als ob er innerlich dächte: „Ich bin des trockenen Tones satt" u. s. w., und daß er in eine andere Tonart hinüberspielen wollte, daß er das Bedürfniß gehabt habe, mit großen, unterstrichenen Worten zu sprechen, die er mit zorniger Stimme vorgebracht hat. Er sprach von der „Möglichkeit des Interdikts", von „Tyrannen, die die Religionsfreiheit vernichten", und zum Beleg für das Alles hat er ausgeführt, daß diese Tyrannei sich so

weit vergißt, unter Umständen einer persona minus grata im Erzbisthum Posen das Königliche „placet“ zu verweigern, was ein vollkommen vertragsmäßiges Recht ist, das unbestrittene Recht des Königs von Preußen, nicht jeden ihm verdächtigen polnischen Geistlichen zum Bischof einsetzen zu lassen. Das hat der Herr Abgeordnete — wie es scheint — unter der Rubrik „Tyrannei“ und der Unterdrückung der Religionsfreiheit“ verstanden, was er mit dem — wenn er will — ihm eigenen Pathos hier vorgetragen hat. Er hat es gewissermaßen als eine öffentliche Anklage erhoben. Es sind uns allerdings einige polnische Prälaten von Rom vorgeschlagen worden, darunter aber auch solche, die, nachdem wir die uns bekannt gewordenen, in Rom aber nicht bekannten Antezedentien zur Kenntniß gebracht hatten, sofort zurückgezogen worden sind, und ich habe nie daran zu erinnern für nützlich gehalten, daß sie uns überhaupt jemals vorgeschlagen worden sind. Ich kann nur wiederholen: den Erzbischof von Posen, der unter Umständen seinen Segen zur Losreißung Posens von der Krone Preußens giebt, diese persona minus grata auszuscheiden, hat man das Recht, und die Ausübung desselben ist keine „Tyrannei“ und keine „Bedrückung der Religionsfreiheit.“ Da übertreibt der Herr Redner. Er hat von mir gesagt, daß ich im preußischen Landtage früher mit großer Lebhaftigkeit diese Dinge vertheidigt hätte. Meine Herren, die „Lebhaftigkeit“ — mit anderen Worten: die Erregung im Sprechen steckt einigermaßen an. Wir sind damals von den Herren Rednern, die noch heute mitunter im Namen der Fraktion sprechen, mit so beleidigenden, beschimpfenden Worten und Wendungen angegriffen worden — ich kann mich auf die stenographischen Berichte von damals berufen —, es sind uns „Lügen“ ins Gesicht geworfen worden und andere Ausdrücke, daß es nicht zu verwundern ist, wenn es aus dem Walde herausschallt, wie man in den Wald hineinschreit, und wenn ich einmal lebhaft werde, so kann ich Ihnen versichern, es ist mir wirklich so zu Muthe, die Sache bewegt mich. — Ich kann es von Denjenigen, die mir gegenüber lebhaft werden, nicht immer glauben.

(Hört!)

Ich glaube es nicht — es ist ein Pathos, der vielleicht zum Eindruck der Sache erforderlich ist, dem aber die innere Ueberzeugung des Redners anscheinend wenigstens nicht zur

Seite steht. Es mag nützlich sein; noch nützlicher aber, wenn man den Ton so drucken könnte, wie er gesprochen wird.

(Zustimmung.)

Der Herr Abgeordnete hat von „Annahme dieses Antrags“ gesprochen, — ich kann mir nicht denken, daß er darauf würde rechnen können, daß es möglich sei, daß der Bundesrath nun gleich das Gegentheil von dem beschließt, was er vor drei Wochen beschlossen hat, — und hat gesagt, wir hätten uns damals die Sache nicht recht überlegt, wir wären eben leichtfertig vorgegangen. Der Herr Abgeordnete Windthorst, seine Fraktion und alle, die verpflichtet sind, ihm Heeresfolge zu leisten, bleiben immer bei dem Gedanken — drei Wochen lang, da freilich bitte ich um Entschuldigung —, wir würden jetzt pater peccavi sagen und würden die Sache anerkennen. Glauben Sie wirklich, daß dem Bundesrath das möglich ist? Die Herren können sich das nicht sagen und wenn sie wirklich dran glaubten, warum wollen sie nicht, wo jetzt, wie ich voraussehe, die Ablehnung sich wiederholt, nach acht Tagen nochmals diesen Antrag bringen, —

(Zuruf im Zentrum)

und so in infinitum? Wir können uns doch lieber mit der Ruhe, in der ich vorhin gesprochen habe, als in der Erregtheit, in der der Herr Vorredner sprach, immer de rebus omnibus et quibusdam aliis unterhalten; wir haben ja Zeit, wir haben ja die ganze nächste Zeit vor uns. Geniren Sie sich nicht, schweigen Sie nicht

(Bravo! rechts)

und besorgen Sie nicht, daß der Bundesrath sich blamiren wird.

Dann hat der Herr Abgeordnete daran erinnert, daß, wenn wir ein Defizit im Reiche hätten, in den einzeln Bundesstaaten höhere Steuern erhoben werden müßten, und daß wir uns doch darüber nicht täuschen möchten, daß zuletzt der Steuerzahler verdrießlich wird, wenn er mehr Steuern zahlen muß. Steuerzahler ist ja der Wähler; er hat es in der Hand, wie viel Steuern er zahlen will. Wenn er soviel nicht zahlen will, wie es für den Geschäftsbetrieb des Reiches gebraucht wird, so muß das Reich seinen Betrieb einschränken.

Ich will nicht übergreifen in Themata, die uns heute nicht vorliegen; aber wenn Sie uns die Ausgaben des Reiches verkürzen und zu weiteren nöthigen Ausgaben die Mittel nicht gewähren, dann werden natürlich diese Ausgaben unterbleiben,

und die verkürzten Etatspositionen werden die Folge haben, daß die Arbeit derjenigen Beamten, deren Arbeitskräfte damit bezahlt werden sollen, nicht geleistet wird. Es wird dann weniger geschehen. Wir können uns nicht verdoppeln; wir können es aushalten, wenn das Land will, daß die Personen, die dazu nöthig sind nach dem Urtheil sachverständiger und ihr Geschäft gut verstehender Leute, nicht angestellt werden sollen. Meine Herren, damit geniren Sie uns gar nicht. Streichen Sie uns die Hälfte des ganzen Personals, dann werden wir sie nicht besolden; wir werden dann nur die Hälfte der Arbeit thun und die Sachen, die wir nicht arbeiten können, nicht besorgen. Damit imponiren Sie mir gar nicht, Sie beschränken mich auch nicht. Je weniger Personen, desto weniger Arbeit haben wir.

Dann muß ich darauf kommen: der Herr Abgeordnete spielte wieder auf die Auflösung an. Das ist immer ein Mittel, eine gewisse Unruhe und Aufregung im Lande zu erhalten, und ich will deshalb die Gelegenheit benutzen, zu erklären, daß davon gar nicht die Rede ist. Nach dem, was ich eben sagte, können Sie ohne jede Hoffnung auf Auflösung

(Heiterkeit)

Ihren Geschäften ruhig nachgehen. Wenn der Bestand des deutschen Reiches und der Regierung davon abhängig wäre, ob einmal in einer Session mit weniger Wohlwollen das Budget behandelt wird, ob die Gesetze abgeändert werden, dann wäre das deutsche Reich überhaupt nicht auf die Dauer zu halten. Dergleichen Perioden werden in jeder Session vorkommen; z. B. glaubte man zu Anfang der vorigen Session allgemein, es würde in den drei Jahren gar kein Gesetz weiter zu Stande kommen. Das war der Eindruck nach den Wahlen, die unter der Einwirkung einer geschickten technischen Agitation zu einer großen fortschrittlichen Majorität geführt hatten. Nachher sind auch eine Menge ganz hübscher Gesetze zu Stande gekommen, recht nützlicher Gesetze, und so ist es vielleicht auch diesmal. Es knüpften sich an diese Wahlen große Hoffnungen, viel größere, als ich sie getheilt habe, und da ist vielleicht gerade das Umgekehrte möglich, daß wir ein Jahr erleben, wo kein einziges Gesetz zu Stande kommt; dann plectuntur Achivi, die Achäer thun mir leid, aber ich kann es nicht ändern; wir in der Regierung, wir können mit den bestehenden Gesetzen gerade so

leben und fortwirthschaften wie jetzt; nur manches muß unterbleiben und manches darunter leiden.

Ich will auf das nicht zurückkommen, was ich schon vollständig durch meine erste ohnehin längere Aeußerung widerlegt habe, und was der Herr Vorredner von neuem aufgestellt hat, als ob ich es nicht widerlegt hätte. Ich überlasse es den Lesern, es richtig zu stellen. Nur ein paar irrthümliche Behauptungen möchte ich doch noch widerlegen.

Er hat vorhin gesagt, es würde, wenn nur die Regierung sich dazu verstehen wollte, zu dem status quo ante, wie er unter Friedrich Wilhelm IV. gewesen, zurückzukehren, alles gut und vortrefflich werden. Nun, meine Herren, ich appellire an Sie alle, die damals in der ganzen parlamentarischen Zeit jenes Königs mit mir in der preußischen Kammer gesessen haben: hat nicht das damalige Zentrum, bekannt unter dem Namen „Fraktion Reichensperger," ganz ebenso wie heute das Zentrum, in allen prinzipiellen Fragen, die geeignet waren, der preußischen Regierung Verlegenheiten zu bereiten, ihr Zugeständnisse abzuringen, ganz genau so gestimmt, ja viel schlimmer als das heutige Zentrum? Das heutige ist mir in seiner Gesammtheit viel sympathischer als die Fraktion Reichensperger, vielleicht wegen der Personen, vielleicht auch, weil sie weniger zahlreich war — es waren nur 40, und heute sind es über 100; es wächst ja der Mensch mit seinen größeren Zwecken, und auch mit der größeren Zahl wachsen die Zwecke. Die Fraktion Reichensperger ist mir in der Erinnerung als die Fraktion, die immer ganz sicher als Opposition in Ansatz gebracht wurde, und damals lebten wir unter König Friedrich Wilhelm IV., unter einem Zustand, den der damalige Papst als einen solchen bezeichnete, wie ganz Europa nur wünschte, seine Beziehungen wären mit keiner Macht so gut wie mit Preußen. Nichtsdestoweniger hat die Regierung an den 40 spezifisch katholischen Abgeordneten der damaligen Fraktion Reichensperger viel weniger Unterstützung gefunden, als wie die jetzige Regierung vom Zentrum; sie war ein konstanter Faktor der Opposition. Also darin liegt schon der Beweis, daß uns mit der Rückkehr zu dem status quo ante noch nicht geholfen ist.

Der Herr Abgeordnete hatte heute wieder — sein kampflustiger Sinn hat ihm keine Ruhe gelassen — das Bedürfniß, offen zu bekennen, daß Kämpfe bevorständen, vielleicht im

Hinblick auf die seiner Meinung nach nahe bevorstehenden Wahlen. Ich lege Werth darauf, ihn zu beruhigen; er braucht diese Meinung nicht zu haben, es stehen keine Wahlen, meines Wissens, bevor

(Heiterkeit),

keine Auflösung. Wir werden, soviel ich voraussehe, mit Ihnen heute über zwei Jahre wieder an dieser Stelle sein. Eine Auflösung ist immer ein Eingeständniß der Regierung, daß sie ohne die Hilfe dieser Majorität überhaupt nicht weiter wirthschaften könne. Wenn der Regierung die Möglichkeit gegeben wäre, ruhig zurückzutreten und der Majorität mit stummer Verbeugung zu sagen: seien Sie so gut und führen es weiter! — dann wäre es ganz schön und leicht zu machen, und dann möchte ich die jetzige Majorität, die für diesen Antrag stimmen wird, zusammengesetzt aus Zentrum, Konservativen, Fortschritt und Sozialdemokraten, bitten, ein Koalitionsministerium zu machen

(Bravo! rechts),

dessen Bau an Künstlichkeit doch mindestens das Ministerium Gladstone, wie es früher war, noch bei weitem überragen würde.

(Bravo!)

Was das für Folgen haben wird, können Sie leicht einsehen. Es gehört eben zu den Unmöglichkeiten. So liegt denn auch für uns die Auflösungsversuchung gar nicht nahe; eine Auflösung hat doch nur den Sinn für die Regierung: ich will sehen, ob das Land diese Opposition, die mich nichts zu Stande bringen läßt, hält und bestätigt; dann will ich zurücktreten. Wenn ich aber nach einer Auflösung meinerseits zurückträte, dann würde es bloß ein Bundesrathsmitglied weniger geben, und dann würde der Herr Vorredner sehen, daß der Reichskanzler nicht der Bundesrath ist, sondern daß immer noch, ich weiß nicht, nahezu 16 preußische Mitglieder im Bundesrathe bleiben, wenn der Reichskanzler draußen ist. Diese Möglichkeit ist mir leider durch Umstände, die ich nicht berühren will, nicht geboten; ich bin durch meine persönliche Anhänglichkeit an die Person meines Herrn an den Posten gegen meinen Willen geschmiedet; ich weiß, daß ich in Güte und Gnade nicht davon loskomme; ich weiß, ich muß bleiben.

Also mit dem status quo ante unterschätzt der Herr Vorredner seine eigenen Ansprüche oder seine Bescheidenheit und

Zufriedenheit. Damit würden die Herren nicht zufrieden sein; dann würde erst noch ein neuer Anlaß vorhanden sein für weitere Kämpfe, die der Herr Vorredner noch in petto hat. Also damit kommen wir nicht darüber hinweg.

Nun hat der Herr Vorredner es seinerseits für nothwendig gehalten, das Zentrum zu loben und von der Regierung eine Anerkennung des Zentrums zu erwarten. Ich habe nicht geglaubt, daß er nach den ersten Anerkennungen, die ich für das Zentrum aussprach, das Bedürfniß danach empfinden würde; ich glaubte, das würde genügen, und er sei befriedigt. Nachdem dies aber nicht der Fall ist, will ich noch hinzufügen, daß ich nicht bloß die Disziplin, die Stärke, die Geschicklichkeit, die Zuverlässigkeit, das Worthalten des Zentrums, kurz und gut eine Menge Vorzüge anerkenne, sondern daß ich es im höchsten Maße beklagen würde, wenn sich das Zentrum auflösen würde; es würde daß die übelsten Folgen haben für die jetzige Parteikonstellation, es würde ein erheblicher Prozentsatz von Ihnen die fortschrittlichen Reihen verstärken; von dem anderen würden, wenn die geistliche Unterstützung wegfällt, wahrscheinlich gerade die Herren, deren historische Namen heutzutage eine Zierde der Fraktion sind, nicht wieder unter uns erscheinen; wir würden die Freude, sie zu sehen, entbehren müssen, und es würde sich die größte Verheerung in unserer Parteikonstellation einstellen. Deshalb wünsche ich dringend, das Zentrum zu erhalten in seinem Bestande; ich halte es für nützlich, so wie die Dinge einmal liegen.

Nun frage ich die Herren, ist dazu nicht ein kleines residuum von Kulturkampf unentbehrlich? Würden Sie nicht befürchten, daß das starke Band, welches diese Partei zusammenhält, schlaff und schwach werden würde, wenn die Vertheidigung gegen Tyrannei und Unterdrückung der Religion auf einmal überflüssig erschiene? Ich glaube, es würde eine gewisse Verlegenheit eintreten über das, was man nun ergreifen soll. Ich möchte also die Flamme des Kulturkampfes nicht ganz ausblasen im Interesse des Zentrums, und weil ich wünsche, das Zentrum zu erhalten,

(Heiterkeit rechts)

und ich habe, wenn ich mich besinne, wahrscheinlich noch Vieles, was ich zum Lobe des Zentrums sagen könnte. Wenn das, was ich gesagt habe, den Herrn Vorredner noch nicht befriedigt,

so will ich es zu Hause schriftlich aufsetzen, um zu seinem Lobe in der Oeffentlichkeit beizutragen.

Dann hat der Herr Vorredner meine angedeutete Stellung zu den Maigesetzen bestritten und behauptet, daß ich doch nicht so unbetheiligt dabei gewesen. Ich glaube, der Herr Vorredner hat wichtigeres zu thun gehabt in der Zeit, als sich um meine persönlichen Verhältnisse zu kümmern. Ich war, als die Maigesetze entstanden, ja nicht in Berlin anwesend, ich war nicht Ministerpräsident, Sie werden finden, daß unter den Gesetzen meine Unterschrift ex post erfolgte. Sie steht hinter der des Ministerpräsidenten Grafen Roon; er steht als Ministerpräsident unterschrieben, und meine Unterschrift wurde von mir zum Theil unter dem Druck der Kabinetsfrage verlangt. Es gilt dies auch von dem Zivilstandsgesetz, welches mir am meisten gegen den Strich ging, das ich nothgedrungen unterschreiben mußte; ich selbst war krank, mehrere Minister waren bereit, abzugehen, und ich war nicht im Stande, sie zu ersetzen. Ich war auch nicht geneigt, den Kampf überhaupt aufzugeben. Ich kann nicht leugnen, daß ich über die Details, über die juristische Ausführung der Gesetze verwundert und nicht angenehm überrascht war; aber ich mußte die Gesetze nachher nehmen, wie ich sie fand. Etwas anderes sind die Junigesetze von 1875, die ein paar Jahre später erlassen wurden. Bei diesen bin ich vollständig betheiligt gewesen und übernahm die volle Verantwortung für die Verfassungsänderung, zu der ich meine damaligen Kollegen, die vor dem Worte „Verfassung" eine Scheu empfanden, die über meine damalige Empfindung hinausging, nur schwer bewegen konnte; — namentlich mein damaliger Kollege Dr. Falk machte am längsten Opposition gegen alles, was Verfassungsänderung hieß. Also da übernahm ich die Verantwortlichkeit; und selbstverständlich auch für dieses Gesetz, welches jetzt vorliegt, und das unter meiner Betheiligung gemacht worden ist.

Wenn der Herr Vorredner sagte, ich hätte dieses Gesetz gering geachtet, als von wenig Bedeutung bezeichnet, und deshalb wäre es besser, daß ich dieses Opfer für die Religionsfreiheit bringen sollte, so mag dies in Bezug auf dieses einzelne Gesetz zutreffen; aber das Gesammtprinzip, keine Konzession mehr ohne Aequivalent zu machen, halte ich nicht für so unbedeutend. Ich habe auch nicht gesagt, daß die Rechte, die

entzogen werden, das Heimatrecht, das Recht Messen zu lesen in der Heimat, gering wären. Ich habe nur gesagt, daß die Zahl derjenigen Personen eine geringe ist, die noch nicht begnadigt sind. Ich glaube, daß außer den 27 Verschollenen niemand mehr da ist, der keine Begnadigung erfahren hat. Ich wäre sehr dankbar, wenn mir jemand solche Personen namhaft machen würde; aber so lange mir das nicht nachgewiesen wird mit Namen, unter welchen Bedingungen und warum solche existiren, bestreite ich, daß irgend ein Mensch in der Welt existirt, der darunter leidet.

(Abgeordneter Dr. Windthorst: Herr von Goßler hat das ganze Verzeichniß!)

— Dessen Nachrichten habe ich; das sind 27, er weiß sonst keinen mehr.

(Abgeordneter Dr. Windthorst: Herr Behn!)

— Das muß ich bestreiten; die Personen, für die der Herr Vorredner unser Mitleid mit so bewegter Stimme angerufen hat, existiren nicht. Es giebt keine solchen mehr; ich habe trotz der angestellten Forschungen keinen ermitteln können, der augenblicklich noch betroffen wäre. Das mindert die Wichtigkeit und Bedeutung der Demonstration, die mit so großer Majorität im Juni gemacht worden ist, gegenüber dem Bundesrathe. Es handelt sich auch nicht um das Messelesen für die Frage, ob wir etwa wider Wunsch und Erwarten in Polen in die Lage kämen, von dem Gesetz Gebrauch zu machen. Es ist nicht das Messelesen, was wir verbieten wollen, sondern die politische Agitation, und die kann gerade von der Kanzel herab erfolgen, wie es in Polen bekanntlich gerne geschieht, wo das Nationale mit dem Religiösen vermischt wird. Da kann das Reich im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Ruhe und des inneren Friedens nicht anders als einen polnischen Nationalfanatiker, der den geistlichen Rock trägt, aus dem Kreise, in dem er seine Wurzel hat und in den seine Thätigkeit gestellt ist, zu entfernen und irgendwo zu interniren. Er kann dann irgendwo Messe lesen, aber nicht politisch agitiren. Daß die Polen im Kriege und im Steuerzahlen und sonst ihre Pflicht erfüllt haben, das bestreite ich garnicht, aber wir wünschen eben, daß sie das auch ferner und ohne Unterbrechung thun. Der Herr Vorredner wird mir aber doch wohl nicht bestreiten können, daß wenigstens ein Theil unter ihnen außer dem Militärdienst

und dem Steuerzahlen doch auch ein erhebliches Maß von Insurrektionen zu unserer Lebenszeit geleistet hat, die für das Land sehr kostspielig und nach einem unglücklichen Kriege auch gefährlich werden können. Diese Insurrektionen müssen wir verhindern; daran ist in Polen der Bauer und der kleine Mann auch außerordentlich wenig betheiligt. Nur insoweit, als er im Dienst der Edelleute ist, wird er, wenn er seine Stelle nicht verlieren will, genöthigt, mitzugehen, und nur als Hausdiener geht er vielleicht mit Vergnügen mit, aber den polnischen Bauer und Arbeiter halte ich nicht für gefährlich. Die ganze Gefahr beruht allein in dem intelligenten und thätigen Theil der polnischen Bevölkerung, in dem polnischen Adel, unterstützt von dem national-polnischen Geistlichen, und daß wir nicht die Hand dazu bieten, diese Unterstützung der höheren Stände durch das Prälatenthum zu fördern, daß wir von den Mitteln, die wir haben, sie zu verhindern, sorgfältig Gebrauch machen, das sind wir der Ruhe und dem Frieden des Landes schuldig, davon werden Sie uns mit allen Deduktionen nicht abbringen.

Die ganze Wiederholung des Antrags wird ein Schlag ins Wasser bleiben, denn ich kann mir nicht denken, daß sich im Bundesrath heute eine andere Majorität finden sollte wie vor drei Wochen. Aber wenn Sie den Antrag nachher nochmal stellen, dann können wir ja den Puls des Bundesraths in jedem Monat einmal fühlen, dann bitte ich aber, mich davon zu dispensiren, daß ich mich dagegen wehre, und ein für alle Mal anzunehmen, daß ich oder die Regierung dem Antrage widersprechen. Früher war ich auch nicht so sehr dagegen.

Es kommt bei solchen Angelegenheiten sehr darauf an, welches Maß von politischem Vertrauen man zu den Antragstellern hat und welche Hoffnung man daran knüpft, und dieses Maß von Vertrauen zu den Antragstellern, was bei mir erheblich gewachsen war, das kann ich nicht leugnen, hat während der Wahlen, bis zu der Verkündigung, nicht gerade zugenommen, im Gegentheil. Ich bedauere das, aber ich kann nicht mehr mit demselben Vertrauen der Fraktion entgegenkommen wie vorher, nachdem sie diese kleine Pandorabüchse in der Hand hat und aus derselben nach rechts und links hin alle möglichen Uebel, unter Umständen auch nach anderen Richtungen als konfessionellen, loszulassen im Stande ist. Leute, die diese Wirksamkeit kennen, könnten für richtig halten,

was der Nuntius Megli gesagt haben soll, nämlich daß „uns nur die Revolution helfen könne" und daß die Unterstützung jener rein politischen und weltlichen Oppositionspartei der erste Anfang dieses Programms sei.

(Unruhe im Zentrum.)

Sie brauchen nicht zu widersprechen, ich führe es nur an, welchem Verdacht Sie sich aussetzen und wie sehr ich wünschte, daß Sie diesen Verdacht vermieden, sich rein an den ihnen angeborenen konfessionellen und sonstigen Standpunkt des Zentrums hielten und auf die Unterstützung lehnbarer Nebenfraktionen verzichteten; Sie würden ihr ganzes Verhältniß zu der Regierung reiner erhalten, wenn Sie ihr nur mit eigenen Wünschen und nicht verquickt mit anderen Fraktionen gegenüber ständen.

(Bravo! rechts.)

Es sprachen hierauf noch die Abgg. von Graeve (Pole), von Helldorf, Dr. Frhr. von Schorlemer-Alst, Stöcker, Magdzinski, Richter (Hagen) und — nach Schluß der Diskussion — als Antragsteller Dr. Windthorst. Das Haus trat dann in die zweite Berathung des Antrages ein und genehmigte — nachdem der Abg. Dr. von Heydebrand und der Lasa die Erklärung abgegeben, daß er seinen Wählern durch Wort verpflichtet sei für den Antrag zu stimmen, und nachdem der Abg. Richter (Hagen) an diese Erklärung noch einige Bemerkungen geknüpft hatte — darauf den § 1 des Antrages in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 93 Stimmen. Die §§ 2 und 3 wurden ohne weitere Debatte angenommen, nachdem der Abg. v. Vollmar die Behauptung, daß die Sozialdemokraten mit den Nationalliberalen in München ein Bündniß geschlossen hätten, für unwahr erklärt hatte.

Besoldungs-Aufbesserungen für Subaltern-Beamte der Reichskanzlei.

(**Sitzung vom 4. Dezember 1884.** Stenogr. Berichte, S. 199.)

Bei der zweiten Berathung des Reichshaushaltsetats, und zwar bei dem Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzler hatte der Abg. Richter die Nichtbewilligung der im Kap. 3 Tit. 3 und 4 verlangten Besoldungsverbesserungen für Beamte die Reichskanzlei empfohlen, worauf der Bundeskommissar, Kaiserlicher Oberregierungsrath Dr. Rottenburg, die Mehrforderung durch die enorme Belastung der betreffenden Beamten mit Geschäften und durch die in quantitativer wie qualitativer Beziehung an dieselben gestellten erhöhten Ansprüche rechtfertigte. Der Abg. Frhr. von Huene beantragte die Ueberweisung der beiden Titel

an die Budget-Kommission und begründete diesen Antrag damit, daß bei den Kapiteln, welche bisher der Budget-Kommission überwiesen worden, eine ganze Anzahl ähnlicher Erhöhungen sich befunden hätten und daher eine gleichmäßige Behandlung dieser Erhöhungen geboten erscheine. Nachdem sodann der Abg. Graf von Bismarck-Schönhausen sehr warm für die Beamten der Reichskanzlei eingetreten war und der Abg. Frhr. von Maltzahn-Gültz darauf hingewiesen hatte, daß es sich bei der in Rede stehenden Mehrforderung nur um eine Summe von 2700 Mark jährlich handle, die auf den Gesammt-Etat doch keinen wesentlichen Einfluß ausüben und eben so gut nach der erfolgten Begründung gleich vom Plenum als erst auf den Bericht der Budget-Kommission bewilligt werden könne, nahm der **Reichskanzler** zu nachstehender Darlegung das Wort:

Ich glaube, ich habe in meiner amtlichen Thätigkeit nie Anlaß zur Kritik dadurch gegeben, daß ich verschwenderisch in der Verwendung von Hülfsmitteln, in der Verwendung von Personen gewesen bin; ich muß wenigstens hervorheben, daß von Seiten der Ausländer, mit denen ich zu thun habe, stets die Verwunderung darüber ausgesprochen wird, daß unsere Centralmaschine mit so wenigen und geringen Kräften überhaupt auskommt und mit so wenigen Mitteln. Vergleichen Sie alle übrigen, auch nur das Sekretariat eines jeden der französischen und anderer Ministerien damit, so werden Sie finden, daß die Zahl der Personen und Besoldungen eine erheblich höhere ist als bei uns. Daß wir überhaupt mit so wenig Personen auskommen, liegt in der Qualität der Persönlichkeiten, die ich mit der Zeit mir habe heranbilden können; es liegt vielleicht auch daran, daß ich einen größeren Theil der Arbeit selbst übernehme, als von jemand in meiner Stellung überhaupt dauernd erwartet werden kann. Ich sehe voraus, daß unter einem künftigen Ministerium die Zahlen und Kosten mindestens verdoppelt und verdreifacht werden müssen, wenn dieselbe Einrichtung wieder beibehalten werden soll. Ich kann meinen Dienst im Auswärtigen und in den Verbindungen mit allen inneren Behörden nicht auf bestimmte Stunden beschränken; ich muß von acht Uhr Morgens an bis zehn Uhr des Abends, ja selbst in der Nacht Leute zur Verfügung haben, die sofort da sind. Es vergeht von früh an bis ziemlich spät kaum eine Viertelstunde, zu manchen Zeiten nicht fünf Minuten, wo meine Thür nicht geöffnet, und ein neues Papier, eine neue Mittheilung hereingebracht wird, über die ich mich entschließen muß, ob sie eine sofortige geschäftliche

Behandlung erfordert; und wenn dies der Fall ist, oder auch wenn die Sache nur zu den Akten gehen soll, so muß ich die Reichskanzlei — etwas anderes habe ich nicht zur Verfügung — dort haben; es ist also ganz unmöglich, daß die Stelle unbesetzt bleibt. Daraus folgt also ein Arbeitstag von acht Uhr Morgens bis zehn Uhr Abends. Ja, die Erledigung dessen, was nachher zum andern Morgen fertig sein muß, hält die Herren doch gewöhnlich bis elf Uhr Abends auf. Daß eine solche Arbeitslast von vier Beamten nicht dauernd besorgt werden kann, zeigt die häufige Wiederholung der Erkrankungen: es ist keiner von den jetzigen Beamten, der nicht schon durch Ueberarbeitung bis zu Jahr und Tag dienstunfähig gewesen wäre und dann ersetzt werden mußte.

Was nun die Finanzlage anbelangt, so muß ich da befürworten, daß der Ersatz, der bei der Unzulänglichkeit der regelmäßigen besoldeten Kräfte eintritt, ja sehr viel theurer ist; er muß durch Diätare und herangezogene Hilfsarbeiter beschafft werden. Die kosten sehr viel mehr als die Zulagen, die hier gefordert werden. Die Herren in der Reichskanzlei und dem Chiffrirbureau des Auswärtigen Amtes leisten mehr, als durchschnittlich selbst in der anspruchsvollen altpreußischen Verwaltung von den Einzelnen gefordert werden kann, für ein Gehalt, das sehr viel geringer ist, als mit der Leistung und Pflichttreue und Zuverlässigkeit, wie sie da erforderlich sind, in jedem anderen Erwerbszweige gewonnen werden könnte; daß sie dafür eine Entschädigung bekommen, ist billig. Ich kann ja nichts dagegen haben, wenn Sie diese Frage ungeachtet meines, wie ich glaube, auf Erfahrung und Sachkunde beruhenden Zeugnisses nochmals in einer Kommission prüfen wollen. Immerhin ist mir eine Verweisung an die Kommission lieber als die Ablehnung, die mich in die Lage setzen würde, die Geschäfte, soweit ich sie nicht vermindern und liegen lassen kann, durch Hilfsarbeiter, die mehr als 2700 Mark kosten werden, besorgen zu lassen. Ich muß diese Hilfsarbeiter dem Auswärtigen Amte und anderen der höchsten Reichsämter entziehen; die werden wiederum in die Lage gesetzt, das Manko, das ich ihnen verursache durch Heranziehung bei mir, durch kostspielige Heranziehung ihrerseits zu decken.

Aber ich möchte die Bemerkung, die Herr von Huene über die Verweisung machte, daß in der Kommission die Gleichartigkeit der ganzen Forderung geprüft werden sollte, doch noch von meinem

Standpunkte aus beleuchten. Die Anforderungen und Leistungen sind nicht gleichartig. Es gibt, wie ich glaube, keine einzige Stelle im preußischen wie im Reichsdienst, wo von Subalternbeamten für die mäßigen Besoldungen, die ihnen überhaupt zugänglich sind, eine solche Summe von Arbeit, eine solche Sicherheit in der Diskretion, eine solche Genauigkeit zu jeder Tageszeit verlangt werden. Das Chiffriren der Depeschen — und leider ist ja seit der Erfindung der Telegraphie das eingerissen, daß der schriftliche Verkehr sehr zurücktritt im Vergleich zu dem telegraphischen und nothwendigerweise chiffrirten – das Chiffriren von drei bis vier Folioseiten mitten in der Nacht, sowie die Geschäfte ein klein wenig anschwellen, reißt ja niemals ab. Aber ich will von dem Maße von Arbeit, welches dazu erforderlich ist, gar nicht sprechen, sondern nur von dem Maße von Bildung und Genauigkeit: es haben die meisten von den Herren studirt, sie sind zum Theil Assessoren, es sind Referendare, und sie stehen insofern über den Ansprüchen der großen Mehrzahl der Subalternbeamten nach ihrer Vorbildung, die dort unentbehrlich ist; aber ich spreche von der Wichtigkeit ihrer Diskretion, von ihrer Genauigkeit. Ein einziger Irrthum, eine falsche Kollationirung einer telegraphischen Depesche, die zwischen Mächten in ihrer schwierigen Situation gewechselt wird — welches Unheil kann das anrichten! Dann, meine Herren, welche Versuchungen können an Leute in dieser Stellung herantreten, — ich bin davon überzeugt, fruchtlos; aber man soll doch auch die Festigkeit auf keine übermäßige Probe stellen. Ich weiß aus den Erfahrungen der anderen Länder und aus Erfahrungen, die ich mitunter auch selbst gemacht habe, wie hoch der Werth der Wissenschaft von Leuten dieser Stellung mitunter für einen anderen Staat anzuschlagen ist, und was man, ohne sich Vorwürfe darüber zu machen, ausgeben kann; ein Zurückschrecken vor dem Geben findet bei dieser Frage in keinem Kabinet statt, sobald man Leute findet, die nehmen wollen; und das zu vermeiden, daß man bei uns Leute in dieser Stellung fände, die nehmen wollen, halte ich doch für den obersten Zweck. Wenn die größere Wahrscheinlichkeit nach dem Zeugniß eines Mannes, der 22 Jahre lang auswärtiger Minister gewesen ist, hier vorliegt, so sollten Sie mir doch das nicht beschneiden, was ich glaube für die Dienste, die ich dem Lande leiste, zu gebrauchen.

(Bravo! rechts.)

Als nach diesen Ausführungen der Abg. von Benda erklärte, nach den neuen wichtigen Aeußerungen des Reichskanzlers könne er im Interesse einer sachlichen Berathung dem Antrage von Huene auf Ueberweisung der Titel 3 und 4 an die Budget-Kommission nur beistimmen, und der Abg Frhr. von Huene seinen Antrag nochmals kurz begründet hatte, sah sich der Reichskanzler zu folgender Entgegnung veranlaßt (Stengr. Berichte, S. 200):

Ich bin mit dem Hrn. Abg. von Huene vollständig gleicher Meinung nicht über die Kommission, sondern über die Gleichheit dieser Beamtenkategorien, und ich muß mich unvollkommen ausgedrückt haben, wenn dies vorhin nicht verstanden ist. Das Chiffrirbüreau des Auswärtigen Amtes und die Beamten der Reichskanzlei stehen in dieser Beziehung vollständig pari passu; und wenn ich Ihnen die Genesis dieser Anträge darlege, so werden Sie noch klarer erkennen, daß ich nie eine andere Ueberzeugung gehabt habe. Die Nothwendigkeit, Zulagen zu geben, ist zuerst im Chiffrirbüreau des Auswärtigen Amtes nahe getreten, weil wir die Leistungen, die wir dort verlangen, für den Betrag überhaupt nicht mehr bekommen; wer uns das leistet, geht überhaupt nicht mehr in den mageren Dienst. Nun geht alles, was an das Chiffrirbüreau gelangt, vorher auch durch die Reichskanzlei, und deshalb sind die Anforderungen an die Diskretion ganz dieselben. Nur in Bezug auf die Arbeitslast, die von dem einen oder dem anderen gefordert wird, besteht der Unterschied darin, daß in der Reichskanzlei 365 Tage, und zwar ohne Sonntag, — ein Sonntag ist dort nicht bekannt, wenn man dort im Garten nicht die Glocken läuten hört, — die Arbeitslast dieselbe ist, während sie im Chiffrirbüreau, je nachdem die politische Fluth steigt oder fällt, zu Zeiten noch größer wird, indem sie die Nacht in Anspruch nimmt, zu Zeiten aber, wo gewissermaßen diplomatische Ferien sind, auch geringer ausfällt; aber die Nothwendigkeit, die Beamten so zu bezahlen, daß sie gegen Noth und Sorgen und somit gegen jegliche Versuchung einigermaßen gesichert sind, ist bei dem Chiffrirbüreau in derselben Höhe vorhanden, und ich bitte den Herrn Abgeordneten von Huene, meine Entschuldigung darüber anzunehmen, daß ich mich in meiner vorigen Aeußerung nicht klar genug ausgedrückt habe, um ihm jeden Zweifel darüber zu nehmen, daß ich zwischen diesen Beamten gar keinen Unterschied machen kann. Aber für beide beanspruche ich bloß eine Ausnahmestellung vis-à-vis der Ansprüche, die für andere Dienstzweige

gemacht werden können. Es bezieht sich das auf meine Erfahrungen im preußischen Dienste, wo ich schon vor 20 Jahren, 18 Jahren, 10 Jahren immer dieselben Ansprüche gestellt habe und immer an der Ueberzeugung von der Gleichheit der Beamtenkategorien meinen Kollegen im preußischen Staatsministerium gegenüber gescheitert bin, so daß ich schließlich ganz extraordinäre Mittel habe aufwenden müssen, um überhaupt den Arbeitsbedarf in der gewollten Qualität in diesen Kreisen zu bestreiten, und um nur den Kollegen nicht Anlaß zu geben zur Klage über die Verletzung der imaginären Gleichheit der Ansprüche bei gleichem Rang. Darauf bezog sich mein Protest gegen die Gleichheit. In jedem Ministerium, im landwirthschaftlichen, im Justizministerium, im Finanzministerium wurde behauptet, ein Rath von der und der Klasse und dem und dem Dienstalter, mag er etwas zu thun haben oder nicht, muß das gleiche Gehalt haben, während er bei uns so viel zu thun hat und so wichtiges, daß er es gar nicht mit den gewöhnlichen Kräften zu leisten vermag. Gegen diese Gleichheit habe ich protestirt. Aber zwischen Chiffrirbüreau und Reichskanzlei ist kein Unterschied.

Nachdem der konservative Abg. von Helldorff-Bedra die Bewilligung der geringfügigen Summe empfohlen und noch besonders betont hatte, daß nach so sachlicher Begründung der Reichstag und die Budget-Kommission desselben kein anderes besseres Zeugniß für die Nothwendigkeit der geforderten Summe mehr hören könne, fiel bei der Abstimmung die Majorität dennoch dem Antrage von Huene zu und die Titel 3 und 4 wurden demgemäß der Budget-Kommission überwiesen.[1])

Die Ablehnung eines zweiten Direktors im Auswärtigen Amte.

Sitzung vom 15. Dezember 1884. (Stenogr. Berichte S. 359).

Die Geschäfte der zweiten Abtheilung des Auswärtigen Amtes waren derart gewachsen, daß die Uebersicht derselben für einen einzelnen Beamten nicht mehr in dem Bereiche der Möglichkeit lag, weshalb im Reichshaushaltsetat und zwar im Kap. 4 Tit. 2 für den Direktor einer neu zu bildenden Abtheilung 20,000 Mk. gefordert wurden. Namens der Budget-Kommission begründete

[1]) Die Budget-Kommission erledigte beide Titel sehr rasch und bereits in der Sitzung vom 15. Dezbr. 1884. (Stenogr. Ber. S. 356) wurde die Mehrforderung auf Antrag der genannten Kommission bewilligt.

nun in obiger Sitzung der Abg. Dr. von Bunsen den Antrag, diese Position nicht zu bewilligen, worauf der Bevollmächtigte zum Bundesrath, Unter-Staatssekretär Dr. Busch hervorhob, daß die Organisation des Auswärtigen Amtes trotz der vermehrten Arbeitslast, welche demselben im Laufe der Jahre zugefallen, noch dieselbe sei, wie sie im Jahre 1810 für das preußische Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten geschaffen worden. Es rechtfertige sich deshalb wohl, die oberen Beamtenstellen im Auswärtigen Amte zu vermehren. Während im weiteren Verlaufe der Debatte der Abg. Graf von Dönhoff-Friedrichstein für die Bewilligung der Forderung eintrat, vertheidigte der Abg. Löwe die Beschlüsse der Budget-Kommission, indem er u. A. der Meinung Ausdruck gab, daß von der zweiten (handelspolitischen) Abtheilung des Auswärtigen Amtes vielleicht einige Angelegenheiten abzulösen und der ersten (politischen) Abtheilung zuzulegen seien. Wenn dieser Redner auch zugeben mußte, daß sowohl der jetzige Inhaber der zweiten Abtheilung als auch dessen Vorgänger im Amte nach einigen Jahren schon von schwerer Krankheit heimgesucht worden, so glaubte er doch hervorheben zu müssen, daß der nächste Vorgänger achtzehn Jahre lang dem Amte vorgestanden habe, und betonte, daß man in der Budget-Kommission der Ansicht gewesen sei, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Verhältnisse nochmals prüfen zu lassen, ehe er an der Forderung von 20,000 Mk. nebst zugehörigen Kompetenzen festhalte. Aus diesen Gründen habe die Budget-Kommission empfohlen, diese spezielle Forderung in diesem Jahre abzulehnen. Demgegenüber ließ sich der **Reichskanzler**, wie folgt, aus:

Der Herr Abg. Löwe hat die sachlichen Anführungen der beiden Herren Redner, die der Eine im Namen, der Andere im Sinne der Regierung vor ihm gemacht haben, dadurch zu widerlegen gemeint, daß er sagte, die Sache wäre nicht so schlimm, und die Arbeit könnte recht gut geleistet werden, wenn man sich nur mehr Mühe geben wollte; er hat mir auch einige sehr beachtenswerthe Rathschläge über richtige Vertheilung der Geschäfte

(Heiterkeit)

an die Hand gegeben, und ich bin ja überzeugt, daß er dieses wie alles andere sehr viel besser versteht als ich; ich würde ihm gern meinen Platz cediren und ihm überlassen, mit dem, was vorhanden ist, die Geschäfte zu betreiben.

Außerdem bestreitet er, daß die Arbeitslast sich bisher in eben dem Maße, wie der Herr Unter-Staatssekretär es anführte, hätte fühlbar gemacht. Es waren ihm, wenn ich ihn richtig verstand, doch noch nicht genug Leute auf dem Platze unter der Arbeit geblieben. Er führte den einen an, Herrn

von Bojanowski, einen der ausgezeichnetsten Beamten, die wir gehabt haben, an dem ich einen vorzüglichen General-Konsul in London verloren habe und der Kaiserliche Dienst mit mir, und der mit der ganzen ihm innewohnenden Arbeitslust in die Geschäfte hineingegangen, in sehr kurzer Zeit aber diesen, und ausschließlich nur diesen, erlegen ist.

Dem Herrn Abg. Löwe genügt dies eine Opfer aber nicht. Ich verweise ihn auf weitere. Die Schwierigkeit, die Geschäfte mit dem Vorhandenen zu bestreiten, hatte ja schon früher nicht nur für den einen Reichskanzler, wie der Herr Abgeordnete anzudeuten beliebte, bestanden, sondern auch für den Staatssekretär Herrn von Bülow, welcher schon vor Jahren ein Bedürfniß neben mir geworden war, weil ich die Arbeit nicht leisten konnte. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß ich im Jahre 1877 meinen Abschied erbeten habe wegen Unzulänglichkeit meiner Gesundheit, den Dienst in der bisherigen Weise zu leisten. Er ist mir abgeschlagen worden und, um meine Thätigkeit dem Dienst zu erhalten, ist das Stellvertretungsgesetz votirt worden. Vermöge dieses Stellvertretungsgesetzes habe ich ein Recht auf einen Staatssekretär als Vertreter, als vollen Vertreter meiner Person; die Person des Reichskanzlers ist berechtigt, ganz auszufallen vermöge des Stellvertretungsgesetzes. Es fällt also schon $1/3$ von den drei Männern, die Herr Löwe plötzlich aus mir gemacht hat, weg, sobald ich das mir durch das Stellvertretungsgesetz verliehene Recht wirklich in Anwendung bringe, und den auswärtigen Geschäften vollständig entsage. Ich bin nach dem Stellvertretungsgesetz dazu berechtigt, und um Ihnen das, was vielleicht in Vergessenheit gerathen ist, anschaulich zu machen, dem zufolge ich vertreten werden kann, nicht nur in der Gegenzeichnung, sondern in allen sonstigen, mir durch die Verfassung und die Gesetze des Reiches übertragenen Obliegenheiten. Ich bin nun durch Königliche Ordre in den auswärtigen Sachen vertreten, soweit ich mir die Geschäfte nicht nach §. 3 vorbehalte; ich habe sie mir im Auswärtigen ausschließlich bisher vorbehalten. Wenn mir aber die Mittel dazu nicht gewährt werden, sie zu leisten, so muß ich auf diesen Vorbehalt verzichten, und so kann ich in die Lage gebracht werden, allen inländischen Behörden und auswärtigen Vertretern anzuzeigen, daß ich mich genöthigt sehe, wegen Mangel an Mitteln das Geschäft so, wie ich es erkenne,

nicht durchzuführen, von dem Stellvertretungsgesetz den vollen Gebrauch zu machen und meinerseits die fernere Verantwortung für die Führung der auswärtigen Angelegenheiten abzulehnen. Reichskanzler kann ich deshalb doch bleiben, ich kann mich dann nur mit mehr Muße den angenehmen Unterhaltungen im Reichstage und im Bundesaath widmen, aber den auswärtigen entsagen. Wenn Sie mir die Mittel, die ich für nothwendig halte, versagen, so besorgen Sie es doch selbst, wenn es Ihnen einerlei ist, was daraus wird, wie es mir einerlei ist, ich kann es ja aushalten.

Herr von Bülow war bekanntlich ein sehr arbeitsfähiger und arbeitslustiger Mann und ging mit dem ihm eigenen Eifer an die Geschäfte; er konnte dieselben aber doch auch nicht allein bestreiten, sondern war, wie dem Herrn Vorredner bei der genauen Kenntniß des Budgets, welche ich bei ihm voraussetze, sicher bekannt sein wird, in kurzer Zeit schon genöthigt, sich einen anderen, gleich tüchtigen Amanuensis in der Person des jetzigen Botschafters in Konstantinopel — damals Gesandter in Griechenland — Herrn von Radowitz zur Seite zu stellen, der ja Jahre lang neben Herrn von Bülow, der Staatssekretär war, die Stelle eines Unter-Staatssekretärs verwaltet hat, eine der besten Arbeitskräfte, ein vorzüglicher Redacteur. Wenn Sie die Rechnungen nachsehen, so werden Sie sehen, daß diese Einrichtung dem Reich noch theurer geworden ist als die einer Anstellung eines weiteren Direktors. In Griechenland war er als Gesandter pro tempore entbehrlich, aber es war seine volle Berechtigung, daß er im Genuß seiner amtlichen Bezüge blieb, auch während der Zeit, während welcher er in Kaiserlichen Diensten abkommandirt war. Ungeachtet dieser Beihülfe ist Herr von Bülow der Last seiner Geschäfte erlegen. Fragen Sie jeden Arzt, der ihn behandelt hat, er ist zu Schanden gearbeitet worden und ist schließlich in seinem amtlichen Sessel, sozusagen unter Feuer, geblieben. Er war erheblich jünger als ich, ein arbeitskräftiger, rüstiger Mann; er hat die Sache auf die Dauer nicht durchführen können.

Nach ihm habe ich die Gefälligkeit des jetzigen Herrn Botschafters in Paris, Fürsten Hohenlohe, in Anspruch genommen, um eine Zeit lang die Geschäfte zu versehen. Der Fürst hat sich mit der ihm eigenen Zuvorkommenheit und Hingebung für den Dienst dazu bereit finden lassen; aber schon nach einem

halben Jahre mußte er erklären, daß die damit verbundene Geschäftslast seine Kraft und Gesundheit überstiege, und hat demnächst abgelehnt.

Nun, meine beiden jetzigen Beistände, Graf Hatzfeldt und der neben mir stehende Herr Unterstaatssekretär, sind ebenfalls von dem Uebermaß der auf ihnen ruhenden amtlichen Pflichten derartig geschädigt, daß jeder von ihnen in ziemlich kurz aufeinanderfolgenden Fristen absolut nothwendig einen Urlaub zur Herstellung seiner Gesundheit haben muß, und daß der Herr Unterstaatssekretär auf die ihm liebgewordene Arbeit hier glaubt für die Zukunft verzichten zu müssen, um einen Gesandtschaftsposten zu übernehmen, wodurch seine Arbeitskraft, seine Befähigung und Kenntniß dem Kaiserlichen Dienst werden erhalten bleiben.

Dem Herrn Abgeordneten Löwe genügt die Zahl der Opfer, die ich aufzähle, nicht; er will weitere abwarten. Wir sind aber nicht entschlossen, ihm dies Vergnügen zu machen; und wenn keine Erleichterung stattfindet, so können eben die Geschäfte in dem bisherigen Maße und mit der bisherigen Wirksamkeit nicht besorgt werden.

Aus den Aeußerungen, die im Namen der Kommission hier fielen, und aus denen des Herrn Abgeordneten Löwe schließe ich, daß man sich doch keine recht klare Vorstellung macht von dem, was ein Direktor in einem Ministerium eigentlich sein soll, und weshalb seine Existenz ein Bedürfniß ist; seine raison d'être ist eigentlich nur schematisch und büreaukratisch aus dem Budget nachgewiesen. Der Ursprung dieser Stellung liegt aber in dem Umstande, daß ein Minister außer Stande ist, die Gesammtheit der Nummern zu übersehen, für welche er die Verantwortung zu tragen hat.

In den Ministerien, wo dies der Fall ist — es gab früher in Preußen solche —, da ist auch gar kein Direktor nothwendig; da kann der Ministerialchef selbst in einer Person Minister und Direktor sein. Es gibt Ministerien, und es gab solche, wo der Chef vollständig im Stande ist, mit Muße alle seine Eingänge und Ausgänge zu lesen und die Verantwortlichkeit dafür zu tragen. Wo das aufhört, wird es für den Ministerialchef nothwendig, jemand zu haben, auf dessen Unterschrift er, gewissermaßen de credulitate, in fidem, unterschreibt, ohne die Sache zu lesen. Es gehen im Auswärtigen Amt

etwa 70000 Nummern durch, und allein in der zweiten Abtheilung täglich etwa 160 Konzepte. Die Zahl in der politischen Abtheilung ist so groß nicht; dafür sind die Konzepte aber länger, manchmal ein einziges 20 Bogen stark. Es ist mir schon in der politischen Abtheilung ganz unmöglich, alle Sachen zu lesen. Auch wenn ich die volle Arbeitskraft noch hätte, mit der ich in den Staatsdienst getreten bin, und die ich seitdem auf dem Altare des Vaterlandes mit Vergnügen geopfert habe, so wäre ich doch nicht im Stande, auch nur im Auswärtigen Ministerium die Verantwortlichkeit für die Geschäfte desselben in der Weise zu tragen, daß ich für jede Nummer einstehen könnte.

Wie schon erwähnt, beläuft sich die Zahl der Nummern der zweiten Abtheilung auf 58000; das macht, wenn man im Jahr auf 300 Arbeitstage, wie im Unfallgesetz, rechnet und den Arbeitstag etwa zu 10 Stunden, beinahe auf eine Minute eine Nummer, und es sind Nummern darunter, deren Lesen und Bearbeiten mehrere Tage erfordern. Jede dieser Nummern, auch die kleinste, kann den Keim einer Verwickelung in sich tragen; es ist oft sehr schwer, bei einer politischen Verwickelung das πρῶτον ψεῦδος aufzufinden, wo der falsche Weg, der eingeschlagen ist, von dem richtigen, der hätte eingeschlagen werden müssen, sich getrennt hat. Es ist deshalb nothwendig, auch die kleinen Sachen im Auge zu behalten, weil sehr leicht eine Verletzung oder eine unberechtigte Inanspruchnahme darin enthalten sein kann. Der Auswärtige Minister muß also entweder selbst alles sehen oder er muß so viele Leute, wie nothwendig ist, haben, die von der Beschaffenheit sind, daß er sich sagt: wo dessen Paraphe steht, setze ich meine Unterschrift auch hin — in fidem, ich glaube, daß er ein richtiges Urtheil hat. Man kann natürlich nicht jedem jüngeren und älteren Rath diesen Grad von Vertrauen schenken, und deshalb sage ich: der Direktor einer Abtheilung ist der Vertrauensmann des Ministers, auf dessen Unterschrift hin er die seinige hinsetzt, auf dessen Urtheil, auf dessen Takt, auf dessen sorgsame Arbeit und Aktenlesung er rechnet, wenn er, der Minister selbst, persönlich nicht im Stande ist, dies alles in jedem einzelnen Falle zu leisten.

Nun fragt es sich, wie viel solcher ausgesuchten Vertrauensmänner, die alle diese Eigenschaften besitzen müssen, braucht ein Ministerium nach der Zahl seiner Nummern und der

Wichtigkeit seiner Arbeiten? Ich bin bisher mit zweien der Art ausgekommen, aber doch nur, indem ich selbst ein Uebermaß von Arbeit übernommen habe, was ich auf die Dauer nicht mehr kann. Der Herr Abgeordnete Löwe hat gesagt, es wäre doch früher mit weniger gegangen, damals hätte man einen auswärtigen Minister gehabt, jetzt gewissermaßen drei. Worin diese Trinität besteht, habe ich Ihnen schon auseinander gesetzt; aber kann denn der Herr Abgeordnete Löwe sich selbst und den früheren auswärtigen Ministerien das Zeugniß ausstellen, daß alle Geschäfte dort so besorgt wurden, daß die Zufriedenheit des Landes ihre Erfolge begleitet hätte? Ich darf wohl ohne Ueberhebung sagen, daß in den letzten 20 Jahren die auswärtigen Geschäfte des Landes zur Zufriedenheit der öffentlichen Meinung

(Bravo! rechts)

und des Landes geführt worden sind. Können Sie nun behaupten, daß das vor mir geschehen ist? Können Sie behaupten, daß das auch nur in der kurzen Zeit der neuen Aera geschehen ist? Der Herr Abgeordnete Löwe wird geschichtskundig genug sein auch in der neueren Geschichte, um das beurtheilen zu können. Ist der Herr Abgeordnete Löwe der Meinung, daß das unter dem Ministerium Manteuffel geschehen sei, daß das vor dem Ministerium Manteuffel geschehen sei? Ist er der Meinung, daß es auf dem Wiener Kongreß geschehen sei, daß unsere Geschäfte überall zur Zufriedenheit geführt worden sind? Ohne Ueberhebung sage ich: sie werden jetzt besser geführt, als sie vor dieser Zeit geführt worden sind; sie werden aber wiederum schlechter geführt werden, wenn Sie der Geschäftsleitung die nöthigen Arbeitskräfte in dieser Art versagen wollen und sich selbst mit Ihrem Urtheil an deren Stelle setzen über das, was nöthig ist und was nicht nöthig ist.

(Bravo! rechts.)

Wenn ich Ihnen nach nun bald 23jähriger Erfahrung, und re bene gesta, auf mein Wort und meinen Diensteid hier versichere: diese Geschäfte sind nothwendig, — und Sie sagen: nein, das ist nicht wahr, — so bin ich entweder unglaubwürdig oder unwissend und unfähig.

(Oh! oh! links.)

Tertium non datur. Im ganzen Ausland — kann ich mit einer gewissen Befriedigung sagen, die mir in der Heimat leider versagt ist — werden die Richtigkeit, die Zweckmäßigkeit, mein Verständniß zur Sache und meine Gewissenhaftigkeit allgemein anerkannt; — hier werden sie in Zweifel gezogen, so oft ich amtlich dafür eintrete.

(Bravo! rechts.)

Ich werde mich darüber zu trösten wissen, ich bedarf Ihrer Anerkennung nicht.

Also immer annehmend, daß ich weder unwissend noch unglaubwürdig sei, will ich für die Sache noch weiter einige Worte sagen. Ich habe schon erwähnt, daß ich selbst früher mehr leisten konnte; und wer mit mir gearbeitet hat, wird mir nicht das Zeugniß versagen, daß ich immerhin mindestens einen Ablatus erspart habe durch die Arbeitsamkeit, die ich in die Sache gebracht habe, so lange meine Gesundheit das mir gestattete. Sie gestattet es mir jetzt nicht mehr, und ich muß eine weitere Hilfe in Anspruch nehmen, wenn ich nicht von den Benefizien, die mir das Stellvertretungsgesetz gewährt, Gebrauch machen will. Die Scheidung, die Trennung der verschiedenen Ressortverhältnisse ist bei der Sache ja gar nicht die Hauptsache; die ist überhaupt so strenge nicht durchzuführen. Es wird immer eine Menge Geschäfte noch geben, die, wenn drei Abtheilungen wären, zweien davon — vielleicht allen dreien — zum Korreferat zuzuschreiben sein werden. Darauf kommt es mir auch gar nicht an; die Vertheilung kann eine ziemlich willkürliche sein. Was ich absolut brauche, wenn die Geschäfte wie bisher weiter geführt werden sollen, das ist mehr als ein Direktor, mehr als eine Persönlichkeit von der Art, auf deren vorgesetzte Unterschrift ich, so weit ein Mensch einen Menschen beurtheilen kann, die meinige dreist hinzufügen kann, ohne Gefahr zu laufen, daß durch das, was wir gemeinsam unterzeichnen, eine Ungeschicklichkeit begangen oder durch Mangel an Aktenkenntniß eine unrichtige Situation geschaffen wird. Da brauche ich nothwendig mehr als das Vorhandene; und wenn Sie mir das nicht bewilligen, so bin ich eben in der Nothwendigkeit, die Geschäfte schlechter werden zu lassen, was ich ungern thue, oder Hilfsarbeiter einzuberufen auf die Gefahr hin, daß mir die Kosten von der Oberrechnungskammer monirt

werden. Bis zur Regelung der Sache werde ich ohnehin dazu genöthigt sein.

Was der Herr Abgeordnete Löwe über den Gesandten Herrn von Philipsborn anführte, daß der die Sache so lange allein geführt hätte, ist nicht richtig. Ich habe sie mit ihm geführt, ich habe einen großen Theil der Last getragen. Nichtsdestoweniger ist Herr von Philipsborn unter dem, was für seine Schultern blieb, doch auch so weit erkrankt und geschwächt worden, daß er um seinen Abschied eingekommen ist, weil er sich außer Stande fühlte, dem an ihn von Seiner Majestät dem Kaiser ergangenen Ruf, zeitweise wenigstens die Vertretung des erkrankten Herrn von Bojanowski zu übernehmen, Folge zu leisten. Er erklärte, er fühle sich nicht gesund genug dazu; und daraus wird der Herr Abgeordnete Löwe wohl entnehmen, daß auch dieser Beamte, den er als einen anführte, der alle diese Strapazen doch siegreich überdauert hätte, nicht zu seinen Gunsten spricht und ihm selbst das Zeugniß nicht geben würde, daß er als Beispiel dafür spräche.

Meine Herren, schon daß ich heute überhaupt hierher komme, ist ein Exzeß meines Pflichtgefühls gegen meinen Arzt, der mir streng geboten hat, zu Hause zu bleiben und mich jeder geistigen Anstrengung namentlich zu enthalten. Ich bin hergekommen in dem Gefühl einer wieder erhöhten Rüstigkeit, und ich habe geglaubt, eine Zeit lang, daß ich wieder — wie in alten Zeiten — ein volles Arbeitsmaß thun könne. Wenige Wochen dieses Versuches haben mich davon überzeugt, daß es nicht möglich ist, und daß in meiner Arbeitskraft eben bei diesem Maße in meinem Alter die Ausgaben größer sind als die Einnahmen, und daß meine Leistungsfähigkeit dabei nicht vorhält. Also: der Herr Graf Hatzfeldt liegt heute im Bett, der Herr Unterstaatssekretär steht vor Ihnen krank, ebenfalls eine pflichtmäßige Anstrengung machend; ich stehe vor Ihnen, um ankündigen zu müssen, daß ich längere Zeit den Geschäften werde fern bleiben müssen, — in diesem Zustande verlangt der Abgeordnete Löwe noch mehr Opfer der Pflichtthätigkeit. Ich will hoffen, daß er seinen Fabrikarbeitern gegenüber eine andere Sprache führt, daß er nicht sagt: es kann immer noch mehr gearbeitet werden mit eigener Anstrengung! Aber das will ich nicht kritisiren, — er ist ja als ein vortrefflicher Fabrikherr bekannt; ich möchte ihn nur bitten, daß er doch gegen die Beamten des Staats und

des Kaisers, die ihre Gesundheit und ihre Pflichttreue dem Vaterlande zum Opfer bringen, nicht härter in seinen Experimenten verfährt, als seinen eigenen Fabrikarbeitern gegenüber!

(Bravo!)

Mit großer Wärme erklärten sich sodann die Abgg. Dr. von Lenz und Frhr. von Hammerstein für die Forderung der Regierung, während der Abg. Dr. Hänel sich bestrebte, Namens seiner (der deutschfreisinnigen) Partei dieselbe zu bekämpfen. Er habe — so führte er u. A. aus — nicht den Eindruck erhalten, als ob eine starke sachliche Nothwendigkeit, im Auswärtigen Amte zu neuen Organisationen zu gelangen, vorläge; die Art der Vertheidigung dieser Forderung habe auf seine Partei vielmehr den Eindruck gemacht, als ob der Reichskanzler dieselbe um jeden Preis durchsetzen wolle und darum alle Mittel anwende, um den Reichstag in die schlechteste Position zu versetzen. Er erkenne gern die Erfolge an, die der Reichskanzler im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu verzeichnen habe. Aber er könne nicht annehmen, daß nun mit einem Male eine Aenderung eintrete, die gesammte auswärtige Politik gestört werden sollte, wenn der Reichstag diese Forderung nicht bewillige. Diesen Eindruck habe der Reichskanzler hervorzurufen gesucht, aber die Ausführungen desselben seien nicht überzeugend gewesen, sie hätten den Glauben erwecken müssen, daß sachliche Gründe nicht genügend vorhanden seien, und die Budget-Kommission also Recht gehabt habe, wenn sie diese Forderung ablehnte. So betrachte seine Partei die Sache. Die Wirkungen der Finanzen machten sich auch im Auswärtigen Amte geltend, auch der Reichskanzler vermöge sich dem nicht zu entziehen. Weiter gingen seine Deduktionen nicht, aber seine Partei bleibe auch bei der Ansicht stehen, daß man mit Rücksicht auf die jetzige Finanzlage die äußerste Sparsamkeit in dem Budget walten lassen müsse. Nach dieser Ausführung nahm der **Reichskanzler** das Wort (Stenogr Ber. S. 363):

Der Herr Abgeordnete hat kein anderes Moment als das der Nothwendigkeit der Sparsamkeit gegen mich ins Feld geführt. Nun, gerade aus demselben Motive der Sparsamkeit muß ich wünschen, daß die auswärtige Politik im Stande bleibe, vermöge der Kräfte, die ihr gewährt werden, mit den bisherigen Erfolgen fortzuwirthschaften. Nehmen Sie an, daß anstatt der 20 000 Mk. oder lassen Sie es 50 000 sein —, die hier von Ihnen gefordert werden, Sie auch nur die Kosten — ich will gar nicht sagen, eines Krieges — sondern nur einer Mobilmachung zu bezahlen gehabt hätten! Wie stellt sich denn das? In wie viele Millionen Unkosten wäre dadurch der Staat gestürzt worden?

Nun wollen Sie sich erinnern, daß seit 1862, seit ich Minister bin, nicht eine einzige Mobilmachung ohne darauf folgenden Krieg stattgefunden hat. Wenn Sie weiter zurückdenken in die Zeit hinein, welche das Ideal des Herrn Abgeordneten Löwe war, so werden Sie finden, daß fast auf jedes Jahr, fast auf jede zwei Jahre eine erfolglose Mobilmachung kam. Was haben die dem Lande gekostet? Wie fällt dem gegenüber die Position ins Gewicht oder vielmehr in gar kein Gewicht, die ich hier fordere, um die auswärtigen Geschäfte so, wie ich es nach gewissenhafter Ueberzeugung für unentbehrlich halte, besorgen zu können? Wenn Sie mir die Mittel, d. h. die nothwendige Zahl von Beamten, verweigern, um den Dienst in der bisherigen Weise fortzuführen, — ja, meine Herren, Sie können es zum Glücke nicht, denn ich kann mir Hilfsbeamte heranziehen, um so, wenn auch mit größeren Kosten, für das Reich, wie ich es schon vorhin anführte, die Lücke zu decken, und ich werde sie decken ohne Rücksicht auf die Folgen; denn ich kann das Reich den Gefahren, die aus einer unzulänglichen und unvollkommenen Besetzung des Auswärtigen Amtes hervorgehen, nicht aussetzen. Wenn ich das müßte, so würde ich lieber doch von meinem Rechte Gebrauch machen und sagen: ich bekümmere mich um die auswärtigen Geschäfte gar nicht mehr, denn der deutsche Reichstag bewilligt mir nicht die Mittel, die nothwendig sind, um die deutsche Reichspolitik zu besorgen.

Ich habe vorhin gesagt, unsere Politik hat den Krieg vermieden; ich erinnere Sie daran, wie vor 10 Jahren, so um die Zeit von 1872 bis 1875, ein nächst bevorstehender Krieg — mit Bewilligung Rußlands — ohne Bewilligung Rußlands — von mehreren Parteien, und zwar von denen, die der Regierung gewohnheitsmäßig gegenüberstehen, stets in Aussicht gestellt wurde, und wie selbst regierungsfreundliche Leute daran zweifeln konnten, ob der Friede sich so lange würde erhalten lassen, wie es geschehen ist. Wir haben inzwischen auch nicht einmal eine Drohung zu vollziehen gehabt, eine Demonstration, die sicher kostspielig gewesen sein würde. Das ist deshalb möglich gewesen, weil die nöthigen Arbeitskräfte für die Besorgung der Geschäfte vorhanden waren, theils durch Ueberanstrengung meiner eigenen Person, theils durch Ueberanstrengung derjenigen, die neben mir standen, und die theils, wie ich vorhin auseinandergesetzt habe, dabei gänzlich daraufgegangen sind oder schwer geschädigt wurden an ihrer Gesundheit.

Der Herr Abgeordnete Hänel thut, als ob er meine Rede von vorhin gar nicht gehört hätte, oder als wenn er diese Zeit nicht selbst durchlebt hätte. Er sagt: wie soll mit einem Mal heute denn dieses Bedürfniß entstanden sein, das gestern nicht vorhanden war? Hat denn der Herr Abgeordnete aus meinen Aeußerungen vorhin nicht — wenn ich nicht irre, gehört er dem Fache des Staatsrechtes an, er hat also doch einen gewissen Beruf, sich um die Dinge zu bekümmern, die auf diesem Gebiete passiren

(Heiterkeit),

— hat er denn nicht selbst wahrnehmen können, daß seit dem Tode des Herrn von Bülow diese Noth schon eingetreten ist, und daß wir seitdem herumtappen und suchen und uns anstrengen, die Lücken zu decken, und schließlich zu der erfahrungsmäßigen Ueberzeugung gekommen sind, daß es nicht anders geht als auf diese Weise, und daß die Geschäfte so nicht fortzuführen sind?

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er wollte die Hand nicht dazu bieten, die Beamten des Auswärtigen Ressorts vor Ueberlastung zu hüten.

Meine Herren, davor werden sie noch immer nicht behütet sein, auch bei Bewilligung der Vorlage; darauf kommt es auch gar nicht an. Es kommt lediglich darauf an, die Kräfte zu schaffen, ohne welche die Geschäfte des Auswärtigen Amts überhaupt nicht besorgt werden können. Und wenn Sie mir darin nicht glauben wollen, wenn ich versichere, sie können ohne das nicht erledigt werden, wenn der Herr Abgeordnete Hänel sagt, ich setzte das Gewicht meiner Persönlichkeit und meiner Vergangenheit ein für eine kleine Position, während ich Ihnen sachlich das Bedürfniß nicht nur ziffermäßig nachweise — ich glaube mit 58 000 Nummern, die ich allein nicht lesen kann und ein einzelner Direktor auch nicht —, wenn ich Ihnen meine amtliche Versicherung darauf gebe, ich kann die Geschäfte unter dem nicht leisten: wie will der Herr Abgeordnete denn nun dem Dilemma entgehen, daß er mich entweder für unglaubwürdig oder für unwissend oder für urtheilslos hält und für sich selbst und seine Freunde, Herrn Löwe eingeschlossen, das höhere Urtheil in der Bedürfnißfrage beansprucht? Ich begreife ja, daß die Herren das Militärfach besser verstehen, als die Spitzen unserer Armee

(Heiterkeit rechts),

als der Feldmarschall Moltke und der Kriegsminister! Ich begreife, daß Sie die Finanzsachen besser verstehen als die sämmtlichen Finanzminister des Bundes und ihnen darin überlegen sind! Aber bisher haben Sie mein spezielles Auswärtiges Ressort in dieser Beziehung mit einer gewissen Schonung und Rücksicht behandelt. Heute geben Sie mir zum ersten Mal die Versicherung, daß Sie auch die auswärtigen Geschäfte besser verstehen als ich, nachdem ich sie 20 Jahre lang geführt habe, und daß das Urtheil darüber, mit wieviel Kräften und Beamten ich auskommen kann, bei Ihnen ein kompetenteres ist als bei mir. Meine Herren, ich will darüber mit Ihnen nicht streiten; ich erkenne die große Begabung, die den Herren nach allen Richtungen hin beiwohnt, an.

(Heiterkeit rechts.)

Ich kann aber die Sache doch hier nur von meinem Gesichtspunkte aus beurtheilen, und ich sage Ihnen: die Geschäfte lassen sich mit weniger nicht besorgen.

Der Herr Abgeordnete beschuldigt mich, ich wollte dies jedenfalls durchsetzen. Ja, es giebt Dinge, die man jedenfalls durchsetzen muß. Wenn ich in meiner Duldung, in meiner Hingebung für den Dienst, unterstützt von der gleichen Hingebung für den Dienst von allen meinen Mitarbeitern das Glas bis zum Ueberlaufen habe voll werden lassen: das Gefäß dessen, was wir zu tragen hatten, bringt schließlich der Tropfen zum Ueberlaufen, und innerhalb des Auswärtigen Ministeriums habe ich bisher die Vorwürfe zu tragen gehabt, daß ich nicht längst mit etwas derartigem vor den Reichstag getreten bin. Es ist nur meine Sparsamkeit, die ich für eine größere halte als die des Herrn Abgeordneten Hänel, weil ich das Reich vor solchen Ausgaben behüten will, die ein mangelhafter auswärtiger Dienst herbeiführen kann. Das scheint dem Herrn Abgeordneten Hänel aber ganz gleichgültig zu sein. Entweder hält er uns für Hexenmeister, die auch ohne die nöthigen Arbeitskräfte das Nöthige besorgen können, oder es ist ihm vollständig gleichgiltig, wie unsere auswärtige Politik besorgt wird; er denkt: wir wollen doch sehen wie in dem Urtheil Salomonis, ob die richtige oder die unrichtige Mutter es schließlich besser ertragen kann, daß Reich und Staat Schaden leidet und zu Grunde geht; darauf wollen wir es ankommen lassen. Den Eindruck macht mir Ihre Politik. Er hat Recht, wenn er

annimmt: **wir** werden den Schaden nicht zulassen, wir werden das Kind nicht zu schaden kommen lassen mit oder ohne Ihre Hilfe.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat die Versicherung gegeben, dies solle kein Mißtrauensvotum weder für meine Vergangenheit noch für meine Zukunft sein, sondern es wäre eine rein budgetmäßige Ueberzeugung, daß Sie diese 20000 ℳ dem Deutschen Reich nicht aufbürden wollen. Meine Herren, ich habe auch gar nicht erwartet, daß der Herr Abgeordnete mir ein Mißtrauensvotum geben wollte, es wäre das das Ueberflüssigste von der Welt. Daß er kein Vertrauen zu mir hat, ist weltbekannt, das weiß ich, das braucht er mir gar nicht zu versichern; ich könnte sagen, das ist auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vollkommen gegenseitig bei uns der Fall.

Aber ich bitte den Herrn Abgeordneten, die Versicherung entgegen zu nehmen, daß ich ein Mißtrauensvotum **hierin** nicht sehe, sondern daß ich bei ihm so viel Mißtrauen oder so viel Abneigung, mich überhaupt an dieser Stelle ferner zu sehen, voraussetze,

(Unruhe links,)

wie es ja in dem Ausspruch gelegen hat: „Fort mit diesem Ministerium, fort mit diesem Reichskanzler!“ Sie schweigen jetzt bei Wahlen darüber; es hat der Ausspruch im Lande nicht den Anklang gefunden, den Sie erwartet hatten;

(sehr richtig! rechts;)

aber die Grundlage Ihres ganzen Thuns und Treibens, die Grundlage dieser kleinen — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, denken Sie ihn sich dazu! — dieser kleinen Abstriche, die Sie mir machen, ist doch nichts Anderes, als daß Sie mir das Leben sauer machen wollen.

(Sehr wahr! rechts.)

Das steht Ihnen vollständig frei. Ich stehe und fechte hier im Namen des Königs als Soldat und deutscher Unterthan meines angestammten Herrn und ob ich dabei zu Schaden komme oder ungesund dabei werde, das ist mir so gleichgültig wie Ihnen.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Nach dem Reichskanzler erklärte der Abg. von Vollmar (Sozialdemokrat), daß es nach den Beifallsbezeugungen der Rechten so scheinen wolle, als ob der Reichstag für gar nichts mehr da wäre. Er und seine Freunde aber wollten die Parlamentsherrschaft, seine Partei halte dafür, daß die Regierung weder über noch neben, sondern unter dem Reichstage stehen solle. Der Reichskanzler nehme die Nothwendigkeit der neuen Stelle auf seinen Diensteid; der Reichskanzler möge doch gleich das ganze Budget auf seinen Diensteid nehmen, dann habe man hier nichts mehr zu reden. Er meine, in Deutschland habe man schon schlechte Erfahrungen gemacht, so daß man alle Ursache habe, sich vorzusehen. Diese Worte riefen auf der rechten Seite des Hauses große Unruhe hervor und der Präsident (von Wedell-Piesdorf) sah sich veranlaßt, den Redner mit der Bemerkung zu unterbrechen, er nehme an, daß der Abg. von Vollmar die Beamten nicht habe herabsetzen wollen. Letzterer erklärte, er habe weiter nichts gesagt, als daß man mit dem Diensteide schlechte Erfahrungen gemacht habe. Neue Unruhe und Rufe: „Zur Ordnung!" erhoben sich auf der Rechten. Der Präsident sah sich zu dem Ordnungsrufe aber nicht veranlaßt, sondern bemerkte, er könne nicht dulden, daß der Redner in dieser Weise die Beamten, welche den Diensteid geleistet, angreife; er bitte, das zu unterlassen, worauf der Abg. von Vollmar darauf aufmerksam machte, daß Beamte vor Gericht des Mißbrauchs überführt worden seien, und mehr habe er nichts gesagt! Zum Schluß meinte Redner: Wenn seine Fraktion erst einmal mehr mitzureden haben werde, wenn sie erst einen maßgebenden Einfluß erlange, dann würde man bald erfahren, daß die Sozialdemokraten sich nicht lange über solche Kleinigkeiten streiten, sondern ins Größere gehen werden. Nach der Rede des Abg. von Vollmar gab der Präsident von Wedell-Piesdorf folgende Erklärung ab: „Ich will noch konstatiren, daß ich die Aeußerung des Herrn Abg. von Vollmar bezüglich des Diensteides nur dahin habe verstehen können, daß er auf solche Beamte hat Bezug nehmen wollen, die wegen Verletzung ihrer Eidespflicht vor Gericht zur Verantwortung gezogen sind. Wenn ich irgend eine andere Deutung in seinen Worten hätte finden können, würde ich ihn zur Ordnung gerufen haben." Hierauf führte der Reichskanzler folgendes aus (Stenogr. Ber. S. 366):

Der Herr Abgeordnete hat angedeutet, ich hätte diese Position gewissermaßen „auf meinen Diensteid genommen." Er hat darauf gesagt: man weiß ja, was man auf den Diensteid zu geben hat. Er hat darauf Bezug genommen, daß Beamte vor Gericht ihren Diensteid falsch gegeben haben. Ich kann deshalb die begütigende Erklärung des Herrn Präsidenten meinerseits nicht für diejenige ansehen, die das Publikum diesen Aeußerungen unterlegen wird, und ich gebe doch dem Herrn Abgeordneten zu bedenken: wenn wir solche ehrenrührigen Injurien, wie sie

in seiner Aeußerung liegen, uns einander zuschleudern, wohin kommen wir dabei in dieser Versammlung? Ich erinnere an Beispiele in ausländischen, transozeanischen Versammlungen, wo einer dem andern die Lüge vorwirft, und darauf nennt der, den der Vorwurf trifft, den Beleidiger einen meineidigen Schurken, und so geht das sich steigernd in der gegenseitigen Beschimpfung weiter, bis es zu Handgreiflichkeiten kommt. Das kann unmöglich in der Absicht, auch selbst nicht der Absicht des Herrn Vorredners liegen, bei uns eine solche Tonart einzuführen der persönlichen Beleidigung und Verdächtigung. Ich stehe über dieser Verdächtigung, das darf ich wohl annehmen; aber ich stehe nicht über der Nothwendigkeit, mir gegenüber die Anwendung der Formen der gesitteten Gesellschaft zu fordern, und dies liegt außerhalb derselben und wenn ich darauf meinerseits nicht mit stärkeren Schimpfworten und gleichen Vorwürfen des Eidbruchs antworte, so schreiben Sie das meiner Erziehung zu

(Bravo! rechts);

sie schweben mir auf der Zunge, aber ich unterdrücke sie.

Der Herr Abgeordnete hat gefolgert, ich könnte ebenso gut ja das ganze Budget auf meinen Diensteid alsdann nehmen. Ja, ich thue es aber doch nicht; ich habe es auch mit dieser Position nicht gethan, ich habe eine so feierliche Erklärung nicht abgegeben, ich habe meine Ueberzeugung in der strengsten Form ausgesprochen, die ich ihr geben kann, aber ein Unterschied ist doch dabei, ein sehr erheblicher. Im ganzen Budget ist ein sehr großer Spielraum für die Herren, ihre Meinung auszusprechen, hier aber in diesem einzelnen Falle glaube ich, daß Sie das Zeugniß des betheiligten Ressortchefs in voller Klarheit und Bestimmtheit haben müssen, und das setze ich dafür ein, daß das Bedürfniß vorliegt. Daraus zu folgern, daß man damit die ganzen Reichstagsverhandlungen überflüssig machte, daß das in jedem Ressort geschehen könnte, — ja, das ist doch ein vollständiger Mangel an Logik, wie ihn sich die Herren in ihren Volksreden angewöhnen, wo so genau nicht geprüft wird. Das würde doch erst dann eintreten, wenn irgend jemand einen größeren Theil des Budgets als nothwendig auf seinen Diensteid nähme. Es ist auch nicht wahr, daß ich mit dieser Bekräftigung die Forderung unterstützt habe, daß Sie bewilligen müssen; ich bekräftige nur meine Ueberzeugung, daß ich dies für dienstlich unentbehrlich und den Dienst ohne das nicht zu

leisten für möglich halte; eine solche Ueberzeugung habe ich noch für keine Position ausgesprochen.

Was ist es also für eine unberechtigte und weitschweifige Logik, daraus zu folgern: ja, dann sind wir hier vollständig überflüssig und haben gar nichts mehr zu sagen! Das Recht, Kritik zu üben, das ich bestritten haben soll, das besteht ja ganz zweifellos, das bestreite ich nicht; unser Streitpunkt ist nur der, ob es im Interesse des Landes liegt, gerade an dieser Stelle von dem Recht des Reichstags zur Ablehnung Gebrauch zu machen. Wenn wir darüber nicht mehr streiten dürfen, dann, sage ich umgekehrt, dann ist der ganze Bundesrath überflüssig, und dann brauchen wir nicht mehr herzukommen. Das wäre eine Erklärung in Vollmarscher Logik. Hier vertritt jeder seine Meinung; über das, was in dem auswärtigen Dienst nothwendig ist, halte ich aber meine Meinung für kompetenter als irgend eine andere, und ich habe sie nur wiederholt bekräftigt, weil der Abgeordnete Hänel die Aufrichtigkeit derselben bezweifelt zu haben schien.

Der Abgeordnete hat ferner angedeutet, als ob hier die Unterbeamten vernachlässigt würden, und nur für die höheren Beamten etwas gefordert würde; aber mit Ausnahme dieses einzelnen Direktors sind ja alle die Erhöhungen, die wir sonst gefordert haben, und die in der Reichskanzlei gefordert wurden, Erhöhungen nur für Unterbeamte, und der Abgeordnete ist darin wohl der Diskussion nicht gefolgt, oder es fehlt ihm die Unterscheidung; er hält die alle für Räthe I. Klasse, für die etwas gefordert wird.

Der Herr Abgeordnete geht überhaupt, wie mir scheint, von dem Grundirrthum sozialdemokratischer Theorien aus, daß jede Arbeit an und für sich objektiv überall gleichwerthig sei, und daß kein Unterschied sei in der Qualität und im Werthe der Arbeit, und daß der eine so viel Recht hat wie der andere, der Ungeschickte so viel wie der Geschickte, der Unwissende so viel wie der Wissende, der Träge so viel wie der Arbeitsame, der Unredliche so viel wie der Redliche, — also soll auch alle Besoldung gleich sein; es darf danach nur Unterbeamte geben — denke ich mir. — Das ist ein einfacher, ein kindlicher Irrthum, den Sie anderen Zuhörern weismachen können. Hier werden wir doch, so lange wir menschlich und unter Menschen leben, nach dem Grundsatz handeln müssen, daß verschiedene

Leistungen verschiedene Werthe haben, und daß die eine Arbeit objektiv einen höheren Werth hat als die andere. Zu diesem Exzesse von Freiheit und Gleichheit werden Sie einen vernünftigen und ehrlich bestehenden Staat niemals bringen; das kann wohl einmal auf acht Tage irgendwo gelten, bis sie sich unter einander die Hälse abschneiden.

(Heiterkeit rechts.)

Die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten geben mir zu weiteren Erwiderungen keinen Anlaß; nur bitte ich ihn, doch einigermaßen den Grundsatz zu beherzigen im Sinne seiner Partei, der ich im großen und ganzen nicht so feindlich gegenüberstehe, daß ich hier auf Rohheiten mit Rohheiten erwidern möchte, — im Sinne seiner Partei möchte ich ihn bitten: Sie sind eine starke und wachsende Partei; beherzigen Sie den Grundsatz: noblesse oblige! — und wenn Sie in der Politik eine Geltung überhaupt haben wollen, so lernen Sie die Formen der anständigen Gesellschaft respektiren und sich danach richten, und insultiren Sie nicht Ehrenmänner auf eine ehrlose Weise!

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Nachdem dann noch der Abgeordnete Prinz zu Carolath-Schönaich in warmen Worten der Verdienste des Reichskanzlers gedacht und den Vorstoß des Abg. von Vollmar gegen die Reichs- und preußischen Beamten zurückgewiesen hatte, machte der Abg. von Vollmar den Versuch, seine Worte so zu deuten, als seien sie nicht in beleidigender Weise gegen den Reichskanzler gerichtet gewesen, indem er sich hierbei auf den nicht erfolgten Ordnungsruf Seitens des Präsidenten berief. Nach ihm sprachen noch die Abgg. von Helldorff-Bebra, Richter und Dr. Sattler. In namentlicher Abstimmung wurde die Mehrforderung hierauf mit 141 gegen 119 Stimmen abgelehnt.[1])

---

[1]) Ein Sturm des Unwillens ging durchs Land. Private und Corporationen erboten sich, die entsprechende Summe dem Reichskanzler zur Verfügung zu stellen. Zahlreiche Adressen gelangten an den Fürsten Bismarck. Die öffentliche Meinung errang schließlich den Sieg, denn in dritter Lesung wurde auf besondern Antrag die Position für einen zweiten Direktor bewilligt.

Auswanderungs-Wesen.

(Sitzung vom 8. Januar 1885. Stenogr. Berichte, S. 471.)

Der Reichstag setzte an diesem Tage die zweite Berathung des Reichshaushaltsetat fort. Beim Etat des Reichsamts des Innern, und zwar bei Kap. 7b Tit. 1 (Auswanderungs-Wesen) hatte der Abg. Dirichlet die steigende Auswanderungsziffer mit den Zollverhältnissen in Verbindung gebracht und der Ansicht Raum gegeben, daß ein Kausalnexus zwischen der Auswanderung und der Einführung des Zolltarifs bestehe. Nach der letzteren, in den Jahren 1880, 1881, 1882 und 1883, sei die Auswanderung durchschnittlich fünf- bis sechsmal so groß gewesen, als in den vier Jahren vor 1880 und daraus schließe er, daß die Leute durch den im Jahre 1879 geschaffenen Zolltarif von der heimathlichen Scholle nach fremden, überseeischen Ländern getrieben würden. Der Reichskanzler erwiderte darauf Folgendes:

Ich kann — wie Jedermann — die Anführungen des Herrn Vorredners über die Ziffern der Auswanderung in den verschiedenen Jahren ja nur für richtig anerkennen, nur über den Kausalnexus bin ich ganz verschiedener und entgegengesetzter Meinung wie er. Er nimmt an, daß die Auswanderung eine Folge des Druckes sei, den das 1878 eingeführte Schutzzollsystem auf unsere Wohlhabenheit geübt habe — so habe ich wenigstens verstanden das Resumé der früheren Diskussion, der ich nicht beigewohnt habe. Ich erwidere ihm darauf: die Ziffer der Auswanderung ist ein ganz genauer Maßstab für das Steigen unseres Wohlstandes; je besser es uns geht, desto höher ist die Ziffer der Auswanderung, und daß die Ziffer der Auswanderung 1880/81 höher war, ist der Beweis, daß der Schutzzoll seine Wirkung auf unsere Industrie gethan hat, und daß es viel mehr Leute in dem Jahre gab, die das Geld für die Ueberfahrt und den Landankauf drüben besaßen. Das ist allein der Maßstab, nach dem sich die Auswanderung richtet. In den Jahren der Anämie, des Blutmangels, in dem wir uns unter dem Freihandel befanden, schwand die Ziffer der Auswanderung, sie ging herunter, weil die Leute das Geld der Ueberfahrt und des Ankaufs drüben nicht erschwingen konnten. In dem Jahre 1871/72, wo ja bei uns alles im Golde der Milliarden sich reich fühlte, fanden sich wiederum sehr viel mehr Leute, die bereit waren, auszuwandern.

Ich gebe zu, daß unter Umständen die Neigung, sich dem Militärdienst, bei den Bauern die Neigung, sich den Grund-

Der Herr Abgeordnete Hänel thut, als ob er meine Rede von vorhin gar nicht gehört hätte, oder als wenn er diese Zeit nicht selbst durchlebt hätte. Er sagt: wie soll mit einem Mal heute denn dieses Bedürfniß entstanden sein, das gestern nicht vorhanden war? Hat denn der Herr Abgeordnete aus meinen Aeußerungen vorhin nicht — wenn ich nicht irre, gehört er dem Fache des Staatsrechtes an, er hat also doch einen gewissen Beruf, sich um die Dinge zu bekümmern, die auf diesem Gebiete passiren

(Heiterkeit),

— hat er denn nicht selbst wahrnehmen können, daß seit dem Tode des Herrn von Bülow diese Noth schon eingetreten ist, und daß wir seitdem herumtappen und suchen und uns anstrengen, die Lücken zu decken, und schließlich zu der erfahrungsmäßigen Ueberzeugung gekommen sind, daß es nicht anders geht als auf diese Weise, und daß die Geschäfte so nicht fortzuführen sind?

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er wollte die Hand nicht dazu bieten, die Beamten des Auswärtigen Ressorts vor Ueberlastung zu hüten.

Meine Herren, davor werden sie noch immer nicht behütet sein, auch bei Bewilligung der Vorlage; darauf kommt es auch gar nicht an. Es kommt lediglich darauf an, die Kräfte zu schaffen, ohne welche die Geschäfte des Auswärtigen Amts überhaupt nicht besorgt werden können. Und wenn Sie mir darin nicht glauben wollen, wenn ich versichere, sie können ohne das nicht erledigt werden, wenn der Herr Abgeordnete Hänel sagt, ich setzte das Gewicht meiner Persönlichkeit und meiner Vergangenheit ein für eine kleine Position, während ich Ihnen sachlich das Bedürfniß nicht nur ziffermäßig nachweise — ich glaube mit 58 000 Nummern, die ich allein nicht lesen kann und ein einzelner Direktor auch nicht —, wenn ich Ihnen meine amtliche Versicherung darauf gebe, ich kann die Geschäfte unter dem nicht leisten: wie will der Herr Abgeordnete denn nun dem Dilemma entgehen, daß er mich entweder für unglaubwürdig oder für unwissend oder für urtheilslos hält und für sich selbst und seine Freunde, Herrn Löwe eingeschlossen, das höhere Urtheil in der Bedürfnißfrage beansprucht? Ich begreife ja, daß die Herren das Militärfach besser verstehen, als die Spitzen unserer Armee

(Heiterkeit rechts),

als der Feldmarschall Moltke und der Kriegsminister! Ich begreife, daß Sie die Finanzsachen besser verstehen als die sämmtlichen Finanzminister des Bundes und ihnen darin überlegen sind! Aber bisher haben Sie mein spezielles Auswärtiges Ressort in dieser Beziehung mit einer gewissen Schonung und Rücksicht behandelt. Heute geben Sie mir zum ersten Mal die Versicherung, daß Sie auch die auswärtigen Geschäfte besser verstehen als ich, nachdem ich sie 20 Jahre lang geführt habe, und daß das Urtheil darüber, mit wieviel Kräften und Beamten ich auskommen kann, bei Ihnen ein kompetenteres ist als bei mir. Meine Herren, ich will darüber mit Ihnen nicht streiten; ich erkenne die große Begabung, die den Herren nach allen Richtungen hin beiwohnt, an.

(Heiterkeit rechts.)

Ich kann aber die Sache doch hier nur von meinem Gesichtspunkte aus beurtheilen, und ich sage Ihnen: die Geschäfte lassen sich mit weniger nicht besorgen.

Der Herr Abgeordnete beschuldigt mich, ich wollte dies jedenfalls durchsetzen. Ja, es giebt Dinge, die man jedenfalls durchsetzen muß. Wenn ich in meiner Duldung, in meiner Hingebung für den Dienst, unterstützt von der gleichen Hingebung für den Dienst von allen meinen Mitarbeitern das Glas bis zum Ueberlaufen habe voll werden lassen: das Gefäß dessen, was wir zu tragen hatten, bringt schließlich der Tropfen zum Ueberlaufen, und innerhalb des Auswärtigen Ministeriums habe ich bisher die Vorwürfe zu tragen gehabt, daß ich nicht längst mit etwas derartigem vor den Reichstag getreten bin. Es ist nur meine Sparsamkeit, die ich für eine größere halte als die des Herrn Abgeordneten Hänel, weil ich das Reich vor solchen Ausgaben behüten will, die ein mangelhafter auswärtiger Dienst herbeiführen kann. Das scheint dem Herrn Abgeordneten Hänel aber ganz gleichgültig zu sein. Entweder hält er uns für Hexenmeister, die auch ohne die nöthigen Arbeitskräfte das Nöthige besorgen können, oder es ist ihm vollständig gleichgiltig, wie unsere auswärtige Politik besorgt wird; er denkt: wir wollen doch sehen wie in dem Urtheil Salomonis, ob die richtige oder die unrichtige Mutter es schließlich besser ertragen kann, daß Reich und Staat Schaden leidet und zu Grunde geht; darauf wollen wir es ankommen lassen. Den Eindruck macht mir Ihre Politik. Er hat Recht, wenn er

annimmt: wir werden den Schaden nicht zulassen, wir werden das Kind nicht zu schaden kommen lassen mit oder ohne Ihre Hilfe.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat die Versicherung gegeben, dies solle kein Mißtrauensvotum weder für meine Vergangenheit noch für meine Zukunft sein, sondern es wäre eine rein budgetmäßige Ueberzeugung, daß Sie diese 20 000 ℳ dem Deutschen Reich nicht aufbürden wollen. Meine Herren, ich habe auch gar nicht erwartet, daß der Herr Abgeordnete mir ein Mißtrauensvotum geben wollte, es wäre das das Ueberflüssigste von der Welt. Daß er kein Vertrauen zu mir hat, ist weltbekannt, das weiß ich, das braucht er mir gar nicht zu versichern; ich könnte sagen, das ist auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vollkommen gegenseitig bei uns der Fall.

Aber ich bitte den Herrn Abgeordneten, die Versicherung entgegen zu nehmen, daß ich ein Mißtrauensvotum hierin nicht sehe, sondern daß ich bei ihm so viel Mißtrauen oder so viel Abneigung, mich überhaupt an dieser Stelle ferner zu sehen, voraussetze,

(Unruhe links,)

wie es ja in dem Ausspruch gelegen hat: „Fort mit diesem Ministerium, fort mit diesem Reichskanzler!“ Sie schweigen jetzt bei Wahlen darüber; es hat der Ausspruch im Lande nicht den Anklang gefunden, den Sie erwartet hatten;

(sehr richtig! rechts;)

aber die Grundlage Ihres ganzen Thuns und Treibens, die Grundlage dieser kleinen — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, denken Sie ihn sich dazu! — dieser kleinen Abstriche, die Sie mir machen, ist doch nichts Anderes, als daß Sie mir das Leben sauer machen wollen.

(Sehr wahr! rechts.)

Das steht Ihnen vollständig frei. Ich stehe und fechte hier im Namen des Königs als Soldat und deutscher Unterthan meines angestammten Herrn und ob ich dabei zu Schaden komme oder ungesund dabei werde, das ist mir so gleichgültig wie Ihnen.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Nach dem Reichskanzler erklärte der Abg. von Vollmar (Sozialdemokrat), daß es nach den Beifallsbezeugungen der Rechten so scheinen wolle, als ob der Reichstag für gar nichts mehr da wäre. Er und seine Freunde aber wollten die Parlamentsherrschaft, seine Partei halte dafür, daß die Regierung weder über noch neben, sondern unter dem Reichstage stehen solle. Der Reichskanzler nehme die Nothwendigkeit der neuen Stelle auf seinen Diensteid; der Reichskanzler möge doch gleich das ganze Budget auf seinen Diensteid nehmen, dann habe man hier nichts mehr zu reden. Er meine, in Deutschland habe man schon schlechte Erfahrungen gemacht, so daß man alle Ursache habe, sich vorzusehen. Diese Worte riefen auf der rechten Seite des Hauses große Unruhe hervor und der Präsident (von Wedell-Piesdorf) sah sich veranlaßt, den Redner mit der Bemerkung zu unterbrechen, er nehme an, daß der Abg. von Vollmar die Beamten nicht habe herabsetzen wollen. Letzterer erklärte, er habe weiter nichts gesagt, als daß man mit dem Diensteide schlechte Erfahrungen gemacht habe. Neue Unruhe und Rufe: „Zur Ordnung!" erhoben sich auf der Rechten. Der Präsident sah sich zu dem Ordnungsrufe aber nicht veranlaßt, sondern bemerkte, er könne nicht dulden, daß der Redner in dieser Weise die Beamten, welche den Diensteid geleistet, angreife; er bitte, das zu unterlassen, worauf der Abg. von Vollmar darauf aufmerksam machte, daß Beamte vor Gericht des Mißbrauchs überführt worden seien, und mehr habe er nichts gesagt! Zum Schluß meinte Redner: Wenn seine Fraktion erst einmal mehr mitzureden haben werde, wenn sie erst einen maßgebenden Einfluß erlange, dann würde man bald erfahren, daß die Sozialdemokraten sich nicht lange über solche Kleinigkeiten streiten, sondern ins Größere gehen werden. Nach der Rede des Abg. von Vollmar gab der Präsident von Wedell-Piesdorf folgende Erklärung ab: „Ich will noch konstatiren, daß ich die Aeußerung des Herrn Abg. von Vollmar bezüglich des Diensteides nur dahin habe verstehen können, daß er auf solche Beamte hat Bezug nehmen wollen, die wegen Verletzung ihrer Eidespflicht vor Gericht zur Verantwortung gezogen sind. Wenn ich irgend eine andere Deutung in seinen Worten hätte finden können, würde ich ihn zur Ordnung gerufen haben." Hierauf führte der **Reichskanzler** folgendes aus (Stenogr. Ber. S. 366):

Der Herr Abgeordnete hat angedeutet, ich hätte diese Position gewissermaßen „auf meinen Diensteid genommen." Er hat darauf gesagt: man weiß ja, was man auf den Diensteid zu geben hat. Er hat darauf Bezug genommen, daß Beamte vor Gericht ihren Diensteid falsch gegeben haben. Ich kann deshalb die begütigende Erklärung des Herrn Präsidenten meinerseits nicht für diejenige ansehen, die das Publikum diesen Aeußerungen unterlegen wird, und ich gebe doch dem Herrn Abgeordneten zu bedenken: wenn wir solche ehrenrührigen Injurien, wie sie

für die die Staatshülfe dringend nothwendig ist, die Wegebaulast, die Grundsteuer — ich will blos von den Lasten sprechen, die in den letzten Zeiten aufgelegt worden sind — kurz Alles das, was der Staat für gut findet aus Nützlichkeitsgründen oder aus Popularitätsbedürfniß im Allgemeinen dem Säckel der Unterthanen aufzulegen — es ist das außerordentlich bequem und einfach, diese Lasten auf die Kommune abzuschieben, da braucht man nicht für jedesmal die Bewilligung des widerstrebenden Landtages und Reichstages. So sind alle die drückenden Lasten, die im Grunde Staatslasten sind, weil unsere Gesetze sie geschaffen haben, auf die Gemeinden abgeschoben neuerdings, und in den alten landwirthschaftlichen Provinzen ebenso gut wie in den industriellen. Nehmen Sie die Armenpflege. Dieselbe ist geschaffen durch Staatsgesetze, sie liegt also in der Hauptsache dem Staate ob, der Staat kann sie durch die Gemeindeorgane, durch die Gemeinden als seine staatlichen Organe ausüben lassen, aber er hat sie ganz ausschließlich und in einzelnen Fällen bis zu der drückendsten Ungerechtigkeit den Gemeinden in die Schuhe geschoben. Ebenso die Schullast; der Staat hat befohlen, es soll Jedermann lesen und schreiben können; die Gemeinden haben dafür zu sorgen, wie das auszuführen ist, einige mit Bequemlichkeit, andere mit Kummer und Sorgen. Es ist meines Erachtens ein Fehler in der Gesetzgebung: der Staat müßte einen größeren Antheil daran tragen und die Gemeinden entlastet werden, und darin liegt der Kern des Steuerdruckes im Bauer- und im Arbeiterhause, der unter Umständen die Leute zur Auswanderung bringt und den sie glauben in Amerika nicht wiederzufinden. Das wird zum Theil Irrthum sein, sie wissen es aber nicht vorher, und die Agenten sagen es ihnen auch nicht. Es sind dann die neuesten Einrichtungen, die wir gehabt haben, also die lokalen Verwaltungsbehörden, die Amtsverwaltung, die Standesbuchführung, mit ihren neuen Lasten, mit einer zahlreichen kleinen Schreiberwirthschaft — das Alles ist abgeschoben auf die kleinen Gemeinden, die das nun noch als Zuschläge zu ihren sonstigen Ausgaben aufbringen müssen. Daß alle diese Sachen zusammen auch in den landwirthschaftlichen Provinzen eine Kommunallast bilden, die den zum Theil kärglichen Grundstücken, auf denen die Landwirthschaft betrieben wird, nicht abzudrücken ist, daß in Folge dessen Einer leichter wie früher bei der Leichtigkeit des Transports auf den Gedanken

kommt: ich wills über See versuchen, ob ichs da besser haben kann, das liegt wohl außerordentlich nahe.

Wir kommen aber dadurch, daß jeder folgende Redner — ich natürlich auch — mehr auf den Vorredner antwortet, als sich an die Sache, an das thema probandum hält, gänzlich ab von der Frage, die uns hier ursprünglich beschäftigte: ist die Zollgesetzgebung von 1879 ein Grund, daß die Auswanderung sich gesteigert hat oder nicht? Und ich sage: sie ist unter Umständen Grund, aber dadurch, daß sie die Wohlhabenheit vermehrt und mehr Leute in den Stand gesetzt hat, auswandern zu können. Wenn Sie das behaupten, haben Sie ganz Recht, wenn Sie aber sagen: deshalb, weil die Leute, durch den Schutzzoll bedrückt, zur Verzweiflung an den heimischen Zuständen getrieben werden, greifen sie zum Wanderstabe — wenn Sie das behaupten — ich kann kaum annehmen, daß Sie selbst daran glauben, was Sie sagen, aber wenigstens bezeuge ich, und die Meisten im Lande werden es mit bezeugen: daß es durch und durch objektive Unwahrheit ist.

(Bravo! rechts.)

Der Abg. Dirichlet nahm nun nochmals das Wort, um den Reichskanzler darauf hinzuweisen, daß, da im letzten Jahre die Auswanderung hinter der der früheren Jahre zurückgeblieben sei, auch folgerichtig nach den Ausführungen des Reichskanzlers ein Rückgang in unserer Wohlhabenheit eingetreten sein müsse. Er wisse aber nicht, was für Veränderungen in unserem Zolltarif vor sich gegangen seien, die einen solchen Rückgang rechtfertigen könnten. Daß der Reichskanzler mit seiner Auffassung der Auswanderung übrigens allein dastehe, beweise auch ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung," die der Kanzler oft und mit Nutzen zu lesen pflege und die vor Kurzem in einem längeren Artikel den Rückgang der Auswanderung als Zeichen unseres Wohlstandes angeführt habe. Der Reichskanzler äußerte sich darauf, wie folgt (Stenogr. Ber., S. 475):

Um zunächst an die letzten Worte des Herrn Vorredners anzuknüpfen, so bemerke ich, daß ich Landwirthschaft seit bald 50 Jahren treibe, aber noch nie in meinem Leben 6 Prozent Zinsen bezahlte, sondern früher $4^1/_2$ und jetzt, so weit ich Schulden habe, 4 Prozent bezahle; also der Unterschied ist so sehr groß nicht, und die Erleichterungen, die er uns dabei ins Buch schreibt, fallen in keiner Weise ins Gewicht gegen die Zunahme der Lasten. In Bezug auf diesen Fall thut der Herr Vorredner, als ob die Gegenwart ihm ganz unbekannt

wäre, und nur mit der Vergangenheit ist er vertraut. Von der Zeit Friedrich Wilhelm I. weiß er, was man an Kommunallasten bezahlt hat. Wenn er jetzt die Ausschreibungen unter dem Minister von Goßler vergleichen wollte, so glaube ich, daß er auf etwas wie 1000 Prozent und darüber hinaus kommen würde, namentlich in den letzten Jahren. Ich verweise Sie auf die erhöhten Anforderungen an Lehrergehältern. Ich finde dieselben ganz berechtigt; aber der einzelnen Gemeinde sie aufzuerlegen, das finde ich unberechtigt, der Staat sollte sie bezahlen; dazu müßte der Staat aber Geld haben, und das verweigern Sie ihm. Ebenso ist es mit den Armenlasten; wie hoch beliefen sich die Armenlasten früher, und wie hoch belaufen sie sich jetzt. Der Herr Vorredner schiebt mir unter, als hätte ich den Grund der Auswanderung bei uns in den seit 200 Jahren bestehenden Lasten gesucht. Ich habe ihn aber nicht einmal in dem Anwachsen gerade dieser Lasten gesucht. Ich habe angeführt, daß täglich neue auf Kosten der Gemeinden zugefügt werden, und da kommt schließlich der Moment, wo das orientalische Sprichwort gilt: es kommt der Strohhalm, der dem Kameel den Nacken bricht, das heißt, der den Bauer zur Auswanderung zwingt. Wir haben den Fall gehabt, daß in Folge der Lasten, welche nuperrime auferlegt wurden, ganze Gemeinden ohne Ausnahme eines einzigen Bauern — ich glaube es war im deutschen Theile von Posen, sich zur Auswanderung entschlossen haben, weil sie allein durch die Schullasten zum Konkurse gebracht waren. Also so ganz unberechtigt war diese Ausführung doch nicht. Ich möchte doch den Herrn Vorredner bitten, wo wir von der Gegenwart sprechen, doch nicht mit so reaktionären Reminiszenzen

(Heiterkeit)

von Friedrich Wilhelm I. zu kommen. Es könnte ihm bei seinen Wählern schaden, wenn er vorzugsweise in die Zeit sich einleben will.

Der Herr Vorredner hat ferner gemeint, ich müßte in der Konsequenz meiner Ansicht aus der Thatsache, daß in den allerletzten Jahren die Auswanderung zurückgegangen, nun wieder den Schluß ziehen, daß unsere Wohlhabenheit wieder gesunken sei. Es ist ja möglich, daß sie einen kleinen Rückschritt gemacht hat in den letzten Jahren — ich will darüber nicht entscheiden. Die statistischen Ermittelungen werden das

ja ergeben. Aber das würde den Herrn Vorredner doch noch nicht berechtigen, mir eine solche Konsequenz meiner Aeußerung unterzuschieben, daß nun in jedem Jahre, vielleicht in jedem halben Jahre, vielleicht in jeder Woche mit der steigenden Wohlhabenheit die Auswanderung sofort gleichen Schritt halten soll. Außerdem ist die Wohlhabenheit auch nicht das einzige Moment, was zur Auswanderung treibt. Ich kenne eine Menge reicher Leute bei uns, die gar nicht an Auswanderung denken

(Heiterkeit),

und auf diese Weise meinen Worten eine Deutung unterzulegen, die sie gar nicht gehabt haben können, ist doch nicht ganz geradsinnig verfahren von Seiten des Herrn Vorredners. Außerdem können auf die Vermehrung oder Verminderung der Lust zur Auswanderung doch die Zustände in Amerika auch erheblich zurückwirken. Oder ist es dem Herrn Vorredner denn noch gar nicht eingefallen, daß die Leute sich doch einigermaßen befragen bei ihren zurückkehrenden Kameraden, die dort nicht gefunden haben, was sie gesucht haben, nicht das Eldorado, was ihnen von den Agenten vorgespiegelt ist, daß Einzelne kopfscheu werden, wenn sie hören, daß Amerika doch auch Zeiten hat, wo dort das Unterkommen nicht so leicht ist, wie es vielleicht noch vor zehn Jahren oder noch vor vier Jahren war? Also es ist doch nicht ganz fair von dem Herrn Vorredner mir gegenüber gehandelt, wenn er gar keine anderen Auswanderungsmotive außer dem einen, das ich hier in der Geschwindigkeit gerade angeführt habe, gelten lassen und mich nun beim Worte halten will, daß, ich möchte sagen mit jedem Kurszettel, der bei uns zurückgeht, auch gleich die Auswanderung zurückgehen muß. Das ist doch eine Uebertreibung, gegen die ich mich verwahren muß vor dem Publikum; hier in diesem Raume wird sie keinen Anklang finden.

Ich finde weiter in den Aeußerungen des Herrn Vorredners keinen Anlaß zur Erwiderung.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Diskussion abgelehnt worden, wandte sich der Abg. Lingens gegen die Bemerkung des Reichskanzlers, daß die Auswanderung mit der gesteigerten Wohlhabenheit der Bevölkerung im Zusammenhange stehe. Der Grund für dieselbe sei aber richtiger in unseren schablonenhaften Einrichtungen, vor allem in dem unseligen Kulturkampf zu suchen, der eine große Zahl glaubenstreuer Katholiken vaterlandslos

gemacht habe. Der **Reichskanzler** entgegnete darauf (Stenogr. Ber., S. 476):

Ich erwidere dem Herrn Vorredner, daß ich durchaus nicht gesagt habe, bei den Irländern sei die Wohlhabenheit der Antrieb zur Auswanderung gewesen, die ja bekanntlich massenhaft stattgefunden hat. Ich habe hier nur von Deutschen gesprochen. In Irland mögen die Sachen anders liegen. Ich gebe aber dem Herrn Vorredner doch zur Erwägung — es wird ihm ebenso gut wie mir bekannt sein —, daß die Irländer im großen und ganzen weniger ausgewandert sind, als ausgewandert worden sind. Sie sind auf fremde Kosten über See geschickt und würden heutzutage von den Amerikanern zum großen Theil als paupers, obwohl sie anständige Leute sind, zurückgewiesen werden.

Die übrigen Bemerkungen des Herrn Vorredners gehören nicht zur Diskussion; über den Kulturkampf mich heute auszulassen, lehne ich ab.

Im weiteren Verlaufe der Debatte ergriff nach dem Abg. von Kardorff nochmals der Abg. Richter das Wort und beschuldigte den Reichskanzler, daß dessen ganze Politik dahin gehe, die Besitzlosen zu belasten zu Gunsten der Besitzenden. Dies sei der Kern der Kanzler-Politik. Daraus folge aber, daß man wohl verhindern könne, daß der billige Weizen aus Amerika hereinkomme, aber man könne bei Fortsetzung einer solchen Politik zuletzt nicht verhindern, daß die armen Leute, welche man verhindere billige Lebensmittel zu kaufen, dorthin gingen, wo die billigen Lebensmittel wachsen. Auf diese Weise würde sich die Auswanderung nach Amerika steigern und zuletzt auch zum Nachtheil des Grundbesitzes führen. Nach diesem Redner nahm der **Reichskanzler** das Wort (Stenogr. Ber., S. 477):

Der Herr Vorredner hat damit geschlossen, daß er die Regierung beschuldigte, bei ihren Steuervorlagen die Absicht zu haben, den Besitzlosen zu belasten zum Vortheil des Besitzenden. Es ist dies eine der großen Unwahrheiten, die im Interesse der Fraktionspolitik

(Unruhe links)

und der Bekämpfung der Regierung

(Bravo! rechts)

durch das Land gehen, und deren häufige Behauptung und Wiederholung mit dem emphatischen Ton der Ueberzeugung den Behauptenden von jeder Beweislast dispensiren. Wenn man

das in einer öffentlichen Versammlung recht fest mit der nöthigen Stimme ausruft und das täglich mehrmals wiederholt, so semper aliquid haeret. Es ist aber gerade das Gegentheil wahr; die Bemühungen der Regierung sind nicht darauf gerichtet, den Besitzlosen zu belasten, sondern darauf, den Besitzlosen mitsammt dem Besitzenden vor dem Ruin zu schützen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Ruin zu Gunsten des Auslandes tritt bei uns dann ein, wenn wir die Majorität der Bevölkerung, die von der Landwirthschaft lebt, — wie die statistischen Nachrichten das zeigen, — in die Lage setzen, die Landwirthschaft nicht mehr betreiben zu können; dann verliert diese Majorität die Kaufkraft gegenüber der städtischen Minorität, und die städtische Minorität geht auch zu Grunde; der Arbeiter mit seinem wohlfeilen Brod verhungert, während wir ihn durch Lohnerhöhung und durch Hebung der Wohlhabenheit des Gesammtstaates in die Lage setzen wollen, zu leben, und wohl zu leben. Das ist die Kehrseite von der Unwahrheit, die aus politischem Agitationsbedürfniß unter den urtheilslosen Leuten verbreitet wird, und ich bedaure, daß der Herr Vorredner dieser Ansicht wieder Ausdruck giebt; es ist mir aber lieb, weil es mir Gelegenheit giebt, auch die Kehrseite dem entgegenzustellen.

Wenn der Herr Abgeordnete sagt, womit wir denn dem Landwirth, der wegen Ueberlastung durch Abgaben auswandert, helfen wollen, so antworte ich darauf ganz einfach: durch Verminderung dieser Lasten und durch Erleichterung des Absatzes seiner Produkte, also mit einem Wort: durch Getreidezölle, — und ich weiß, was ich damit ausspreche, und ich weiß, daß ich damit den Handschuh aufnehme, den der Herr Vorredner mit seiner Andeutung hinwirft; wir werden Ihnen weitere Vorlagen in Bezug auf die Erhöhung der Getreidezölle bringen

(hört! hört! links — Bravo! rechts)

und sind uns vollständig bewußt, daß wir damit uns um das deutsche Land und um seine Majorität, die aus Landwirthen und bei der Landwirthschaft Interessirten besteht, wohlverdient machen.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner sagte, die Besitzenden wanderten nicht aus, sondern nur die Arbeiter wanderten aus. Die Mehrzahl der Auswanderer sind Arbeiter, solche Arbeiter, die sparsam

und fleißig gewesen sind, die etwas verdient haben, die die Ueberfahrt bezahlen können und den Kaufschilling für drüben übrig behalten. Wenn er aber sagt, die Besitzenden wanderten nicht aus, so zeigt er eben, daß er im Lande nicht um sich weiß; er kennt eben nur die großen Städte. Ich weiß z. B. in dem Kreise, dem ich ja sehr nahe stehe — als ich nach Varzin kam, waren dort, ich weiß nicht, ob 11 oder 12 Bauernhöfe, jetzt sind es noch 2 Vollbauernhöfe und etwa 4 Halbbauern; die übrigen haben verkauft und parzellirt, um auszuwandern, weil sie drüben glaubten, bessere Geschäfte zu machen, und sind sehr froh gewesen, daß ich ihnen zum Theil ihre Höfe zu einem höheren Preise, als sie von der Parzellirung erwarten konnten, abgekauft habe, nachdem sie zur Auswanderung entschlossen waren. Mit mir grenzt das Kirchdorf Wussow: das hatte 7 Bauern, als ich hinkam; es hat jetzt noch 2; 5 davon haben parzellirt und sind ausgewandert. Es mag vielleicht in diesem Winkel der Erde allein so aussehen; aber der Herr Abgeordnete Richter wird es ja besser wissen, — er sagt, der Besitzer wandere nicht aus. Nun ist es wunderbar, daß bei mir von 19 Besitzern gerade 9 in der kurzen Zeit von 18 Jahren ausgewandert sind. Den Herrn Vorredner wird das ja nicht abhalten, seine Behauptung aufrechtzuerhalten.

Der Herr Vorredner hat sich wiederum darüber beschwert, daß ich Persönlichkeiten — sagen wir: Spitzen — in die Diskussion mische. Ja, er versteht unter Persönlichkeiten immer, wenn man ihn widerlegt, ihm widerspricht. Der Herr Vorredner ist das gar nicht gewöhnt, daß ihm widersprochen wird in den Kreisen, in denen er sich bewegt; sowie einer anderer Meinung ist, so nimmt er das für eine verletzende Persönlichkeit.

Wenn der Herr Vorredner mir Aeußerungen und Meinungen unterschiebt, die ich gar nicht gesagt habe, wie die z. B., daß nur die Besitzer verkauften, und noch einige andere, auf die ich kommen werde, — wie soll ich das anders widerlegen als damit, daß ich dem Herrn Vorredner sage: er hat meine Aeußerungen entweder nicht verstanden oder nicht verstehen wollen oder sie so zurecht gelegt, wie er sie für sein Auditorium brauchen kann; für das hiesige Auditorium nicht — denn Sie wissen ja ebenso gut, was ich sage, wie der Herr Vorredner —, aber für die Presse. Der Herr Vorredner steht ja an der Spitze sehr bedeutender Preßunternehmungen; darin wird er natürlich seine

Aeußerungen so, wie er sie hier gesagt hat, wiedergeben und mit großer Schnelligkeit verbreiten; die meinigen werden darin wahrscheinlich nicht zu finden sein.

Der Herr Vorredner hat z. B. mir in den Mund gelegt, ich hätte von Getreidezöllen in Amerika gesprochen. Die habe ich mit einbegriffen; aber ich habe — und ich berufe mich auf den stenographischen Bericht und mein Gedächtniß — von Schutzzöllen im allgemeinen gesprochen. Ich habe gesagt; die Auswanderer flüchten sich unter das Dach der Zölle, die die inländische Arbeit schützen, in Amerika. Das Wort „Getreidezölle" habe ich in Bezug auf Amerika gar nicht gesagt, obwohl ich mich in dem Augenblick, wo ich sprach, sehr wohl erinnerte, daß ich bei einer früheren Gelegenheit in der Lage war, dem Herrn Vorredner etwas Neues zu sagen, was ihm gewiß selten im Leben passirt ist, daß es nämlich in Amerika wirklich Getreidezölle gäbe. Ich glaube, es war der Herr Vorredner, der das bestritt, oder einer seiner Freunde; das thut nichts zur Sache, denn ich glaube nicht, daß seine Freunde das Recht haben, Meinungen zu äußern, die er nicht billigt.

(Widerspruch links.)

Der Herr Vorredner hat mir ferner die Insinuation des Herrn Abgeordneten Dirichlet wiederholt, als hätte ich behauptet, daß alle Wohlhabenden auswandern müßten. Meine Herren, ich habe nicht behauptet, daß Größen wie Hansemann und Bleichröder durch Wohlhabenheit zur Auswanderung gezwungen werden würden, im Gegentheil, ich habe das schon vorhin berichtigt; ich habe nur gesagt: der Arbeiter wandert nicht aus, wenn er nicht zu den wohlhabenden gehört; er wandert nur aus, wenn er so viel erworben hat, und die Zeiten, wo es uns in Deutschland gut geht, sind solche, wo die Arbeiter so viel erwerben, daß sie auswandern können. Und deshalb rechne ich das, was der Abgeordnete Richter positiv bestritt, und wovon er sagte, es würde allgemein mit Kopfschütteln beantwortet werden, in dieselbe Rubrik, als wenn der Herr Vorredner Deutschland und den Kongo in Bezug auf Handelsfreiheit vergleicht. In den Zuständen dieser beiden Länder sind wirklich noch einige Unterschiede, und da die Kongokommission gerade hier ist, so bin ich in der Lage, etwas genauere Kenntniß zu haben, als dem Herrn Vorredner vielleicht zu Gebote steht. Aber das Kongogebiet ist doch etwas anders bevölkert und organisirt als

Deutschland; das wird der Herr Vorredner vielleicht zugeben; und wenn der Herr Vorredner sagt, meine Meinung, daß die Auswanderung ein Wohlhabenheitsmesser für Deutschland sei, würde im Lande überall Kopfschütteln erregen, so sage ich ihm, seine gegentheilige Behauptung wird einfach die Ueberzeugung erregen, daß er sein Land und seine Zeit nicht versteht.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Der Abg. Richter konnte es sich nicht versagen, noch einmal das Wort zu ergreifen. In seiner Rede wiederholte er im Großen und Ganzen seine früheren Ausführungen, nämlich, daß die Politik des Reichskanzlers dahin gehe, die nothwendigen Lebensmittel durch Erhöhung der Zölle zu Gunsten des Großgrundbesitzes zu vertheuern. Dies sei, wenn es zur Auflösung des Reistages komme, der Preis der Neuwahlen. Der deutschfreisinnige Redner schloß mit den Worten: „Den Handschuh nehmen wir auf, Herr Reichskanzler! Das ist die Frage, die uns immer geschieden hat in den letzen Jahren so heftig, und wir danken dieser Debatte, daß nun im Lande die Aufmerksamkeit von allen Seiten gerichtet werden wird auf das, was wahrhaft verdient in diesem Augenblicke Mittelpunkt des politischen Kampfes zu sein. Der Reichskanzler erwiderte auf diese Provokation (Stenogr. Ber., S. 481):

Ich möchte zuerst den Herrn Abgeordneten Richter bitten, mich nicht hier mit „Herr Reichskanzler“ anzureden. Das ist eine Sitte, die manche seiner — ich will Namen nicht nennen — seiner heutigen Fraktionsgenossen eingeführt haben, die ich aber nicht für parlamentarisch halte, — ohne deshalb dem Herrn Präsidenten ins Ressort greifen zu wollen. Ich verwahre mich nur persönlich dagegen; ich werde nie sagen „Herr Richter, Sie haben,“ sondern „der Herr Abgeordnete Richter hat.“ Ich glaube, daß man hier zur Versammlung spricht oder zum Präsidenten; aber mit „Herr Reichskanzler“ redet man mich nicht an, das ist nur eine rhetorische Form, um einem Ausdruck mehr Nachdruck und, wenn der Inhalt darin ist, mehr persönliche Beleidigungskraft zu geben. Deshalb schlage ich vor, diese Ausdrucksweise zu unterlassen. Wenn Sie sagen: „Herr Graf so und so, Sie haben u. s. w.,“ so wird das der Herr Präsident sogleich releviren. Ich begreife es, daß der Herr Präsident sich in meine Beziehungen zu dem Herrn Abgeordneten Richter nicht einmischt, und es würde mir auch nicht lieb sein, wenn er es thun wollte. Ich bin nach den Privilegien, die mir die Verfassung giebt, in der Lage,

meine Rechte dem Herrn Abgeordneten Richter gegenüber selbst wahrzunehmen, und der Herr Abgeordnete Richter wird mich darin auf dem Platze finden. Ich verzichte darauf meinerseits, ihn mit dem „Herr Abgeordneter Richter“ zu apostrophiren; aber ich würde auch glauben, daß er sich mehr in den Traditionen der guten Gesellschaft und des Parlamentes bewegte, wenn er mich nicht mit „Herr Reichskanzler, Sie haben“ und mit erhobener Stimme anrufen würde.

(Sehr gut! rechts.)

Das gehört in andere Versammlungen, als in diese, hinein.

Der Herr Abgeordnete sprach im Anfang so laut, daß ich mit dem besten Willen nicht verstanden hatte, was er sagte

(Heiterkeit rechts);

er machte nicht den vollen Gebrauch von dem Organ, was ihm sonst zu Gebote steht. Ich weiß nicht, ob er in Abrede stellte, daß er in irgend einem Verhältniß zur Presse stand. Ich kann mir das indessen kaum denken und nehme auch an, daß er es nicht gethan hat. Ich habe nur von da ab verstanden, wo er sagte, er mache Gebrauch davon, auch nur seine Reden reproduziren zu lassen, da gouvernementale Zeitungen dasselbe in Bezug auf mich thäten. Ich habe ihn deshalb nicht getadelt; ich habe bloß assertorisch zur Unterstützung der Thatsache, daß ich überhaupt auf dergleichen eingehe, gesagt, daß ich in den Zeitungen des Herrn Abgeordneten Richter auf keine Vertretung meiner Ansichten zu rechnen hätte. Ich neide ihm ja seine Herrlichkeit gar nicht.

Dann habe ich nur noch eins zu berichtigen, was auch mehr um das Land, als hier den Reichstag zu überzeugen, gesprochen ist. Der Herr Abgeordnete sagt, es handle sich bei den Kornzöllen nur um den Großgrundbesitzer. Wenn irgend etwas mir die schlagende Unwissenheit der Großstädter in Bezug auf landwirthschaftliche Dinge beweist

(sehr gut! rechts),

so ist es der Gedanke, daß der Bauer sein Korn nicht verkauft, sondern alles selbst ißt. Was müßte der Mann für einen Magen haben, wenn er die Erträgnisse eines Bauernhofes von 100 Morgen — so sind sie durchschnittlich — persönlich verzehren wollte und nicht dabei interessirt wäre, ob er das Korn theuer oder wohlfeil verkaufen kann. Schon ein Besitzer von drei Morgen, wenn er einen Morgen mit Winter-

korn baut und auf demselben auch nur 5 Zentner Getreide produzirt, müßte eine ziemlich zahlreiche kornessende Familie haben, — denn daneben werden noch Kartoffeln gebaut, — um diese 5 Zentner selbst zu essen. Alle, die so viel bauen, sind also sicherlich bei den Kornpreisen interessirt, und ein vergeblicher und für den inneren Frieden des Landes nicht dienlicher Versuch, der wiederum zu den Vorfrüchten der Sozialdemokratie, zum Hetzen des Armen gegen den Reichen, gehört

(sehr richtig! rechts),

ist es, zu behaupten, daß bei solchen Maßregeln, die lediglich zum Wohle und zur Erhaltung der Lebensfähigkeit des Ganzen von der Regierung gebracht werden, die Regierung doch den Großgrundbesitz im Vergleich zu dem kleinen und armen Mann begünstige. Dieser Unwahrheit, dieser auf einer gänzlichen Unbekanntschaft mit der Landwirthschaft überhaupt beruhenden Behauptung zu widersprechen, halte ich hier durchaus noch für geboten, wenn ich damit auch die Diskussion noch mehr, als ich wünschte, verlängere.

Der Herr Abgeordnete hat sich ferner darauf berufen, daß er ja nur den Standpunkt vertrete, den ich früher selbst vertreten hätte. Ja, es thut mir leid, den Herrn Abgeordneten auf dem Standpunkte wiederzufinden; denn ich muß eingestehen, daß ich damals in diesen wirthschaftlichen Dingen vollständig unerfahren war und sie nach meinem jetzigen reiferen Urtheil für falsch halte, falsch aus Mangel an Erfahrung. Ich hatte bis dahin gar nicht Zeit und habe das schon öfter auf dieser Stelle gesagt, daß ich, bis ich der deutschen Nation im Ganzen Frieden nach außen und Einheit geschaffen hatte, überhaupt gar nicht die Zeit gehabt habe, mich um innere und wirthschaftliche Dinge zu bekümmern, sondern die jemanden überlassen habe, von dem ich glaubte, er verstände sie besser als ich. Wenn ich auf den Gang meiner geistigen Entwicklung von damals zurückblicke, so muß ich sagen, daß ich selbst bei meinem hohen Alter in diesen zehn bis fünfzehn Jahren erheblich gelernt habe; dasselbe wünsche ich auch von dem Herrn Abg. Richter; und wenn er sich jetzt auf meinen vergleichungsweise jugendlichen, unerfahrenen Standpunkt von damals beruft, so wünsche ich ihm nur dieselbe Belehrungsfähigkeit, von der ich Zeugniß abgelegt habe, — ich, von dem man immer behauptet, ich wäre jeder fremden Meinung und Belehrung unzugänglich,

den man im Ganzen als einen eigensinnigen Menschen schildert; da thut man mir äußerst Unrecht. Ich hoffe, daß der Herr Abgeordnete Richter denselben Bildungsgang, den ich seit meiner wirthschaftlichen Kindheit zurückgelegt habe, seinerseits noch durchmachen wird, und ich glaube vorhersagen zu können, daß er, wenn er vielleicht in späterer Zeit an dieser Stelle stehen wird

(Heiterkeit rechts,)

sich als ein ganz resoluter Verfechter des Prinzips erweisen wird, daß vor allen Dingen die Getreidepreise bei uns auf der Höhe erhalten werden sollen, daß Getreide im Lande überhaupt noch gebaut werden kann

(sehr richtig! rechts,)

und daß wir nicht nothwendig und zwangsweise auf überseeische Verproviantirung angewiesen sind. Es würde das dieselben Erfolge in höherem Maße haben, wie die bekannte kleine Panik, die vor wenigen Tagen in England stattfand, wo man an das angebliche Auslaufen der Kanalflotte kriegerische Gerüchte knüpfte — ich glaube, von Seiten der Börse —, und wo die Operation den Erfolg hatte, daß die Papiere einigermaßen fielen, die Kornpreise aber, wenn die Telegramme richtig sind, um 12 bis 15% auf der Stelle stiegen,

(hört, hört! rechts,)

weil man sich fragte: wie wird sich England, im Falle Krieg ausbricht, verproviantiren? Gebe Gott, daß diese Frage niemals für Deutschland vorgelegt werden wird, sondern daß Deutschland immer in der Lage bleibe, das Korn, welches die deutsche Nation ißt, auch selbst bei sich zu Hause zu bauen,

(Bravo! rechts,)

und daß wir niemals dahin kommen, daß die Kornpreise niedriger sind, als der Kostenpreis, für den der Zentner Roggen überhaupt bei uns gebaut werden kann. Mag der Hr. Abg. Richter es auch dem Kopfschütteln des Landes empfehlen — ich wiederhole wiederum: er versteht seine Zeit und sein Land nicht, wenn er dem widerstrebt.

(Lebhaftes Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Dem Abg. Rickert, der sich in ähnlicher Weise, wie der Abg. Richter, äußerte und dem Reichskanzler vorhielt, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die deutschfreisinnige Partei „Demagogen" nenne, auch besonders betonte, daß er mit immer steigender

Kraft gegen die Politik kämpfen werde, die nach seiner Ueberzeugung die wenigen Reichen reicher mache, dagegen die große Masse des Volkes aufs Schwerste schädige, erwiderte der **Reichskanzler** (Stenogr. Ber., S. 483):

Ich will nach meiner Gewohnheit in der Erwiderung bei dem anfangen, was der Herr Vorredner gegen den Schluß sagte, wo er meine Behauptung anfocht, daß ein Besitzer von drei Morgen unter Umständen — wenn seine Familie nicht zahlreich wäre, glaube ich gesagt zu haben — durch seinen Besitz ernährt werde. Der Herr Vorredner hat nur von einem Ertrag von fünf Zentner Roggen, den ich beispielsweise anführte, gesprochen. Ich habe angenommen, daß ihm als Kenner der Landwirthschaft — denn sonst würde er doch über deren Interessen nicht urtheilen — vorschwebe, daß, wer Roggen baut, auch Sommerkorn baut, er baut höchstwahrscheinlich auch Kartoffeln und in einzelnen Fällen Kohl. Daß eine Familie von fünf Köpfen von fünf Zentner Roggen allein satt werden soll, behaupte ich nicht. Die Familien haben gewöhnlich nicht 5 Köpfe, sie schwanken zwischen 4 und 5; Knechte, von denen er sprach, haben solche Familien überhaupt nicht, sondern sie wirthschaften selbst. Der Herr Vorredner kennt das nicht; wenn er mich mal besuchen wollte auf dem Lande, dann würde ich ihm zeigen, wie die Leute leben. Sie bauen also, wenn Sie 5 Ztr. Roggen gewinnen, doch mit ziemlicher Sicherheit auch 4 bis 5 Ztr. Sommerkorn daneben und mit großer Wahrscheinlichkeit ca. 60 Ztr. Kartoffeln, das macht also bei 360 Tagen auf 6 Tage einen Zentner Kartoffeln. Wenn der Herr Vorredner sich den Nahrungswerth, der darin steckt, vergegenwärtigt, 16 Pfund Kartoffeln auf den Tag, und diesen zu fünf Zentnern Roggen und zu dem betreffenden Gewicht an Sommerkorn addirt, so wird er vielleicht doch meine Meinung nicht so ganz ungereimt finden, wie er sie vorhin schilderte, daß die Besitzer von über 3 Morgen im ganzen zu den Kornverkaufenden gehören würden und nicht, wie er behauptet, daß nur die Latifundien Kornverkäufer wären; ja es ist sogar wahrscheinlich, daß der Besitzer von 3 Morgen vielleicht noch einen Theil seines Roggens verkauft, wenn er irgendwie durch Naturalverpflegung in seinem Arbeitsverhältniß — denn er wird gewöhnlich nebenher noch arbeiten im Dienst Anderer — einen Ersatz für die eigene erbaute Nahrung findet.

Der Herr Vorredner hat dann gesagt, ich hätte im Namen der Bundesregierungen hier Kornzölle angekündigt. Ich spreche im Namen der Bundesregierungen nur dann, wenn sie eine Vorlage haben. Ich habe meine persönliche Ansicht und, wie ich hinzufügen kann, die der Königlich preußischen Regierung hier ausgesprochen; ich darf aber voraussetzen, daß die Bundesregierungen, wenigstens in ihrer Mehrheit, den Vorlagen, die wir ihnen über eine Tariftabelle zu machen beabsichtigen, beitreten werden.

Der Herr Vorredner hat ferner meine Ausführungen über die Auswanderung bestritten und zu diesem Behufe sogar das Arsenal der Bibliothek in Kontribution gesetzt, aus welchem er eine alte Rede von mir vor einigen Jahren herangezogen hat. Ja, ich will mal annehmen, der Herr Vorredner hätte mich mit diesem Zitat geschlagen; aber der Herr Vorredner sowohl wie ich sind beide in der Lage, doch mehr zu sprechen, als andere Leute. Wenn man dem Herrn Vorredner die ganze Bibliothek der Reden, die er in seinem Leben gehalten hat, vor Augen bringen könnte, glaubt er nicht, daß man darin Sätze finden würde, die man ohne große Gewaltthat als Widerlegung dessen, was er heute gesagt hat, benutzen könnte? Ich glaube, er ist nicht so glücklich gewesen, das bei mir zu finden, und ich habe vorhin schon angedeutet, daß es nicht fair play sei — ich vermied den Ausdruck, daß es nicht ehrlich ist, ich bin genöthigt, ihn zu wiederholen, wenn mir die Sache öfter gebracht wird —, ausschließlich die Wohlhabenheit als die von mir bezeichnete Ursache der Auswanderung über See anzuführen. Ich habe das dem Herrn Dirichlet geantwortet, ich habe das dem Abgeordneten Richter geantwortet, und ich bin in derselben bedauerlichen Nothwendigkeit dem Herrn Vorredner gegenüber, als ob er meine frühere Antwort gar nicht gehört hätte — ich kann ja nicht verlangen, daß er Gewicht legt auf das, was ich sage —, aber es ist mir unerfreulich, dieselbe Sache dreimal zu sagen, aber ich will sie dahin fassen: es gibt in der großen Masse der Auswandernden zwei Sorten. Zunächst diejenigen, die auswandern, weil sie das Geld dazu noch haben, und dazu würde ich die Unzufriedenen rechnen, von denen ich im Jahre 1882 bei Bekämpfung der Klassensteuer gesprochen habe. Ich habe damals den geschildert, der überhaupt noch wegkommen kann, der nur zusieht, daß er wegkommt, daß er

über See kommt, um sich dem Druck der direkten Steuern zu entziehen. Die Klassensteuer ist ja noch lange nicht vertilgt, sie ist immer noch als Kommunalsteuer da, und darin macht der gemeine Mann keinen Unterschied. Ich bin hier im Felde beim Reiten Leuten begegnet, die mich anklagten wegen der Kommunalsteuer, die sie noch immer zahlen müßten, indem sie zwischen der Kommune und dem König von Preußen keinen Unterschied machen; daß der König so hart mit ihnen verführe, daß sie noch immer Kommunalsteuern zu bezahlen hätten. Ich hoffe, es wird mit der Zeit der Exekutor auch aus der Kommunalverwaltung verschwinden, so weit er aus dem Staatshaushalt bisher verschwunden ist, und der Herr Abgeordnete hat mich ja daran gemahnt, — ich werde auch der Mahnung folgen.

Also, es giebt zwei Sorten: solche, die zufrieden sind, ihre Unzufriedenheit niederschlucken müssen, wenn sie das Geld nicht mehr haben, um auszuwandern; haben sie es noch, dann werden sie auswandern; ein solcher schwebte mir vor, der durch die Klassensteuerschraube dahin gedrängt worden ist, daß er sagt: in diesem Lande ist nicht zu leben, ich sehe voraus, daß ich hier zu Grunde gehe, ich will das Letzte benutzen, um auszuwandern. Weit größer ist aber die Kategorie derer, die in den letzten Jahren so viel erworben haben, daß sie auswandern können. Das sind also diejenigen, die auswandern, weil sie das Geld noch dazu haben, und diejenigen, welche auswandern, weil sie das Geld dazu schon erworben haben, vielleicht auf Grund der Ueberschätzung dessen, was sie dazu bedürfen. So lange der Mensch jung ist, unter 30 Jahren, wirkt die Hoffnung, das Unbekannte noch immer verführerischer, als das Bekannte, in dem er lebt, und das ist die Zulage, die er zu seinem Kapital macht, wenn er hinausgeht. Die Hoffnung täuscht manchen; manche verkommen drüben, manche kommen zurück, wenn andere so gut sind, sie zurückzubringen. Ich protestire also gegen die Art, meine Worte auszulegen, wie der Herr Vorredner dies seinerseits wieder für angebracht gehalten hat; man reißt etwas heraus von dem, was ich hier unvorbereitet vor Ihnen spreche, und was mir nachgerechnet wird fünfzehn Jahre lang. Ich habe gefunden, daß das, was ich vor zwanzig Jahren gesprochen habe, mir hier wieder vorgeklaubt wird. Ich bin nicht in der Lage, meine Reden erst zu überlegen und auszustudiren in Gedanken, was ich sagen will.

Ich habe nicht geglaubt, daß ich heute in die Lage kommen würde das Wort zu nehmen anders, als über Kamerun, — dazu bin ich hergekommen. Indessen Sie mögen immerhin Gelegenheit nehmen, alles, was ich heute unüberlegt gesagt habe, mir nach fünfzehn Jahren wieder vorzuhalten, wenn wir das noch erleben. Es ist mir das vollständig gleichgiltig, denn ich sage nichts, als was ich denke, und was ich denke, bin ich immer bereit zu vertreten.

Also ich akzentuire nochmals den Unterschied: es giebt noch andere Kategorien von Auswanderern; solche, die auswandern, weil eine Tochter Anderer auswandert, die sie heirathen wollen, solche, welche dort einen Bruder haben, welche ihren Verwandten wiedersehen wollen. Es giebt hundert andere Gründe dafür. Was ist das für eine Art zu diskutiren, wenn ich einen Hauptgrund der Auswanderung anführe, mir unterzuschieben, daß ich alle diejenigen Gründe nicht anerkennte, die ich im Augenblick vergessen und übersehen habe? Es kann aus kindlicher, aus elterlicher Liebe sein, daß einer auswandert, aus Verdruß, aus Aerger; es giebt noch tausend Gründe. Aber ich protestire dagegen, daß mir das unterschoben wird.

Der Herr Abgeordnete, der vor mir sprach, hat auf die Getreidezölle noch einen Rückblick geworfen, und da kann ich nur bedauern, daß es ungeachtet aller Bemühungen — da sieht man, wie der Einfluß der Regierung auf die Wahlen überschätzt wird — nicht gelungen ist, zu bewirken, daß der frühere Abgeordnete Mommsen gewählt wurde. Ich bin überzeugt, ich würde keinen beredteren und keinen historisch durchgebildeteren Vertreter meiner Ueberzeugung haben, die ich vorher aussprach, daß es nämlich nothwendig ist, die Getreidepreise auf einer Höhe zu halten, daß der Landwirth bestehen kann, als den Herrn Mommsen, der zu meinem Bedauern mit mir ab und zu in Mißverständnisse gerathen ist, mit dem ich aber im Grunde vollständig einverstanden bin. Ich kenne ihn mehr aus seiner römischen Geschichte als aus seinem Auftreten im Parlament, und ich bin überzeugt, der würde, wenn er hier wäre, Herrn Rickert in einer Weise widerlegen, daß er es nicht wieder wagen würde, dieses Thema zu berühren.

Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, daß ich es immer wäre, der Persönlichkeiten in die Sache hineinbrächte. Ja, meine Herren, Sie greifen die Gesetzgebung,

unsere Verhältnisse, die Politik der Regierung an. Wen greifen Sie denn dabei an, als die Persönlichkeit? Wen meinen Sie überhaupt, wenn Sie die Politik der Regierung in einer Weise schildern, daß kein gutes Haar an ihr bleibt, und daß sie im ganzen eigenen Lande und im Auslande in Mißkredit gerathen muß, — als wenn wir, die wir an der Spitze der Regierung stehen, eine Versammlung von Leuten wären, die nur ihre eigenen Interessen nach dem klassischen Wort „Schnapspolitik" verfolgen, oder die unwissend sind und von dem, was im Lande vorgeht, keine Ahnung haben? Wen trifft denn das sonst? Meinen Sie denn einen anderen als mich damit? Ich stehe 23 Jahre an dieser Stelle, wer ist also damit gemeint? Meinen Sie etwa Se. Majestät den Kaiser damit? Das haben Sie oft genug abgelehnt, Sie können also nur mich damit meinen; und ich kann nicht zugeben, daß Sie mir solche Injurien unter der Rubrik „Staat" an den Hals werfen, ohne daß ich berechtigt sein sollte, zu erwidern. Deshalb nehme ich dieses Recht in Anspruch, und es ist eine ganz künstliche Fiktion, als ob ich, Herr von Bismarck, nicht zugleich der Reichskanzler wäre, den Sie hier mit allen Ihren anonymen Angriffen meinen und den Sie treffen in seinem Ehrgefühl viel öfter, als in seiner Ueberzeugung; und deshalb, bis Sie mir angegeben haben, wen Sie mit Ihrer Beschimpfung der bestehenden Gesetzgebung anders meinen als mich, werden Sie mir erlauben müssen, daß ich auf persönliche Injurien unter der Rubrik „Staat" unter Umständen persönlich erwidere.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Noch einmal nahm hierauf der Abg. Richter das Wort, um eine Widerlegung der Ausführungen des Reichskanzlers zu versuchen. Im Allgemeinen brachte derselbe bereits Gehörtes vor, indem er sich meist hierbei an die Landwirthe unter den Mitgliedern des Hauses wandte und denselben durch Zollerhöhung eine künstliche Erschwerung der Zunahme der Bevölkerung und der Ernährung derselben, sowie die Schuld an der Auswanderung beimaß. Darauf entgegnete der Reichskanzler folgendes (Stenogr. Ber., S. 486):

Der Herr Abgeordnete schloß damit, daß er irgend jemand aus der Versammlung apostrophirte: „Sie dürfen sich nicht wundern wenn." Ich glaube, er sprach damit zu den Landwirthen: „Sie dürfen sich nicht wundern, wenn wir u. s. w." Unter „wir," denke ich, hat er die fruges consumere nati

gegenüber den fruges colere nati verstanden. Ich möchte ihn noch darauf aufmerksam machen, daß die letzteren in diesem Lande die Mehrheit bilden, und daß er alle die, deren Wohlsein von dem Gedeihen der Landwirthschaft abhängt, — und das, meine Herren, ist die Mehrheit — einigermaßen respektiren möge. Er ist zu dieser Gleichstellung der beiden Parteien nicht berechtigt, daß er sagen könnte: „Sie gewinnen Vortheile, und wir —. Ich verstehe unter dem „wir“ die Großstädter, — wenn er nicht etwa wieder vom Fraktionsstandpunkt gesprochen hat.

Ich muß ferner widersprechen, wenn der Herr Abgeordnete behauptet hat: wir bedürfen einer zunehmenden Einfuhr des Getreides. Was wir selbst essen, bauen wir drei- und viermal im Lande. Wir haben eine Menge anderer Verwendungen der Getreide als zur menschlichen Nahrung, zu denen wir das eingeführte Getreide benutzen. Diese Verwendung wird sich modifiziren und ermäßigen können; aber es ist mir ganz unzweifelhaft, daß Deutschland im Stande ist, nicht nur das Getreide, welches das deutsche Volk ißt, sondern auch dasjenige, was das deutsche Volk zu anderen Zwecken verbraucht, selbst zu bauen, wenn die Bedingungen des Getreidebaues einigermaßen günstiger gestaltet werden, als sie in diesem Augenblick liegen.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, der Kartoffelbau habe einen Rückgang des Getreidebaues veranlaßt. Das ist ein ebenso großer Irrthum wie der in großen Städten gewöhnlich verbreitete, daß der Zuckerrübenbau einen Rückgang des Getreidebaues veranlasse. Beide Hackfrüchte haben eine sehr viel stärkere Produktion von Getreide in ihrem Gefolge, indem sie die Intensität der Landwirthschaft verbessern und erhöhen. Wer mehr Hackfrüchte baut, baut auch mehr Roggen und andere Halmfrüchte, und es wäre Zeit, daß die Herren von den großen Städten, wenn sie über die Schicksale der Landwirthe hier mit Majorität entscheiden wollen, sich etwas mehr über die thatsächlichen Verhältnisse der Landwirthschaft informirten.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Herr Abgeordnete gesagt hat, der Kornbau sei zurückgegangen, so ist das die ganz natürliche Folge davon, daß der bisherige Kornzoll zu niedrig ist; es ist nicht möglich, den Scheffel Roggen und namentlich den Scheffel Weizen zu dem Preise, zu dem er heute verkauft wird, innerhalb des ge-

sammten Deutschland zu bauen. In Folge dessen geht der Anbau zurück, und er wird noch viel weiter zurückgehen, wenn Sie die Kornzölle nicht erhöhen; dann werden Sie die Folge davon sehen, daß unsere Ernährung mehr und mehr vom Auslande abhängig wird, und daß der inländische Landwirth und Grundbesitzer mehr und mehr außer Stande kommt, seinen Verpflichtungen zu genügen, und die Kaufkraft dem nicht-landwirthschaftlichen Landsmann gegenüber verliert; dann werden die Herren, die jetzt leben, die jetzt das große Wort haben und die Kalamität verschulden, wahrscheinlich nicht mehr vorhanden sein. Man wird darüber streiten unter den Gelehrten, woher der Rückgang gekommen ist, und erst nach zweitausend Jahren wird sich vielleicht ein Mommsen finden, der sagt: es hat an den niedrigen Kornpreisen gelegen, daß der Staat zu Grunde gegangen ist.

(Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat ferner wiederum darüber geklagt, daß ich Persönlichkeiten in die Debatte hineingebracht habe. Nun frage ich ihn: ist das nicht eine Persönlichkeit, wenn er früher seinerseits von Schnapspolitik, von Schweinepolitik mir gegenüber in öffentlichen Aeußerungen gesprochen hat? Ist das nicht eine Persönlichkeit, die in diese Debatte nothwendig hineinschlägt, und gegen die ich mich allein auf dieser Stelle hier rechtfertigen kann, daß der Herr Abgeordnete mich beschuldigt hat, aus Interesse für mein persönliches Budget irgend eine Politik zu befolgen? Weil ich vielleicht irgendwo Schweine züchte? — Es ist wenig! — Weil ich Branntweinbrennereien habe? — Ist das nicht eine vollständig ehrenrührige Beschuldigung, die der Herr Abgeordnete mit dem einen Wort „Schnapspolitik“, „Schweinepolitik“ gegen mich schleudert?

(Sehr richtig! rechts.)

Er reduzirt dies nun auf das Wort „Zuckerpolitik“ und schiebt mir die Zuckerpolitik in die Schuhe — ich berufe mich auf den stenographischen Bericht von vorher.

Als ich zum ersten Mal den Vorzug gehabt habe, den Kaiser Napoleon zu sehen, und zu meinem Allergnädigsten Herrn — der vordem regierte — zurückkam, fragte mich dieser nach meiner Meinung über ihn, und ich antwortete: er hat das Unglück, daß jede Kalamität, die irgendwo in der Tartarei oder in Frankreich passirt, ihm ins Konto geschrieben wird; es mag

passiren, was will, man bringt seinen Namen damit in Verbindung, und wenn in China schlechtes Wetter ist, so hat der Kaiser Napoleon es gemacht. So komme ich nachgerade darauf hinaus, daß man im Inlande und Auslande alles, was den Leuten unangenehm ist, schließlich auch die niedrigen Zuckerpreise und die schlechten Zuckererträge mir aufs Konto schreibt, weil ich an der Spitze der deutschen Reichsverwaltung stehe und von dort aus allerdings einen gewissen Einfluß übe; aber die Elemente und die Entwickelung der Welt beherrsche ich dabei nicht; denn ich kann für die „Zuckerpolitik" nichts, und es ist ungerecht, daß der Herr Abgeordnete mir das Wort „Zuckerpolitik" entgegenwirft, um jedem Zuckerinteressenten und jedem Rübeninteressenten, der in diesem Jahre Unglück gehabt hat, den Eindruck zu machen: daran war wieder dieser abscheuliche Reichskanzler schuld, der weder etwas versteht, noch ehrlich wirthschaftet. In dem Ausdruck „Schnapspolitik" liegt die Verdächtigung meiner Ehrlichkeit, und in allen übrigen Vorwürfen wenigstens die Verdächtigung meines Verständnisses.

Aber die persönlichen Angriffe gegen mich beschränken sich ja darauf nicht. Der Herr Abgeordnete hat vorhin seine Betheiligung an der Presse — in welcher Form, habe ich nicht hören können — in Abrede gestellt; aber ich erinnere mich sehr wohl, daß ich in meinem Privatleben von denjenigen Zeitungen, die aus der hier bekannten Fabrik ihre Leitartikel und ihre politischen Artikel beziehen, in meinem Privatleben in einer Weise beobachtet und verleumdet worden bin, wie ich es ehrloser niemals erlebt habe; ich wurde auf Schritt und Tritt beobachtet, es wurden mir Prozesse angedichtet, die ich verloren haben sollte, und mir Rohheiten gegen Damen angelogen, die bei mir zur Miethe gewohnt hätten, — das alles in Zeitungen, die Leitartikel Richterscher Färbungen an der Spitze tragen, und die man die „Richtersche Presse" nennt. Man nennt sie im Lande so! Wenn mit Unrecht, dann müßte der Herr Abgeordnete doch energisch von diesem Verleumdungsschwindel sich lossagen! Wenn jemand in einem anonym geschriebenen Briefe verleumdet, so hält man das im allgemeinen für eine ehrlose Beschäftigung; wenn jemand aber in gedruckten Blättern verleumdet, ebenso anonym, so ist es „Freiheit der Presse", für die einzutreten ist gegen jedermann, der sich gegen diese Verleumdung wehren will! Die Herren beklagen sich über persönliche Angriffe von mir;

aber dies alles hängt wie ein Netz zusammen mit dem Richterschen Worte „Schnaps- und Schweinepolitik“! Sie brauchen nur an einem Faden zu ziehen, so zittert das ganze Netz der Richterschen Presse über das Land hinaus, die nur dazu da ist, mein persönliches Privatleben — ich will nicht sagen: zu kränken, denn das kränkt mich nicht — aber zu beobachten und zu diskreditiren; aber es wird ihr nicht gelingen.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, die Presse des Reichskanzlers thäte dasselbe. Es gibt keine „Presse des Reichskanzlers.“ Ich habe Zeitungen, die unter Umständen mir weißes Papier zur Verfügung stellen — ich habe es hundertmal von dieser Stelle aus gesagt —, und in denen ich mich ausspreche, wenn ich keine andere Gelegenheit habe; aber mich deshalb für alle Artikel verantwortlich zu machen, die darin stehen, das ist doch eine sehr weit getriebene Sache, nnd ich kann es gewohnheitsmäßig — ich möchte sagen: „sportmäßig“ — nicht lassen, daß, wenn ich gerade hier bin, ich mich gegen derartige Angriffe wehre. Im Grunde ist es eine Verschwendung meiner abnehmenden Kraft, daß ich mich überhaupt hier vertheidige. Ich rufe das Land und das deutsche Volk zum Richter auf zwischen mir und dem Herrn Richter, wer in dieser Meinung das Urtheil des Landes über seine Aufrichtigkeit für sich hat; — ich bin überzeugt, in dem Streite nicht zu kurz zu kommen.

(Lebhafter Beifall rechts. Zischen links.)

Nachdem noch die Abgg. Dr. Frege und Richter gesprochen, schloß die Debatte, welche sich theilweise auf ein anderes, als das auf der Tagesordnung stehende Gebiet hinausgesponnen hatte. Der betreffende Etatsposten wurde bewilligt.

Die Unterstützung der wissenschaftlichen Bestrebungen auf Erschließung Zentral-Afrikas.

(**Sitzung vom 9. Januar 1885.** Stenogr. Berichte, S. 506).

In Kap. 3. Tit. 3 der einmaligen Ausgaben des Etats des Reichsamts des Innern waren außer den bis dahin für wissenschaftliche Bestrebungen auf Erschließung Zentral-Afrikas gewährten 100 000 Mk. noch 50 000 Mk. gefordert. Die Budget-Kommission empfahl, erstgenannte Summe wieder zu bewilligen, dagegen die weiter geforderten 50 000 Mk. abzulehnen. Demgegenüber beantragte der Abg. von Massow die Bewilligung dieser Summe,

während der Abg. Dr. Witte die Angelegenheit nochmals an die Kommission zurückverwiesen wissen wollte. In der Diskussion erklärte sich der Abg. Dr. Windthorst für den letzteren Antrag, nachdem er betont hatte, daß er gern bereit sei, für geeignete Kolonien Geld zu bewilligen, für die in Rede stehenden wissenschaftlichen Bestrebungen aber die Summe von 100 000 Mk. insolange für genügend erachte, bis nicht direkte und spezielle Gründe für die Erhöhung um 50 000 Mk. angegeben würden. Der Reichskanzler entgegnete hierauf Folgendes:

Der Herr Vorredner hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, für Mehrkosten stimmen und wirken zu wollen, wenn dieselben dadurch bedingt würden, daß man eine bestimmte Kolonisation ins Auge faßte, und für diese Kosten verwendete, und daß dann, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte, wir — worunter also vielleicht die Kommission des Reichstags in Vertretung mit zu verstehen sein würde — das Terrain näher darauf hin untersuchten, ob dasselbe zur Kolonisation geeignet wäre.

(Abgeordneter Dr. Windthorst meldet sich zum Wort.)

Ich würde diesen Weg ja sehr gerne betreten und bin für dieses theilweise Entgegenkommen dem Herrn Vorredner schon sehr dankbar; wenn ich ihn nicht betrete, so bin ich genöthigt, die Gründe, die mich davon abhalten, doch wenigstens anzudeuten.

Wenn wir ein solches Terrain näher bezeichneten: glaubt der Herr Vorredner und glaubt der Reichstag, daß andere Nationen, die unsere Kolonisationsversuche nicht mit dem Entgegenkommen aufgenommen haben, wie es ihnen meines Erachtens leicht und unschädlich gewesen würde, — daß die warten würden, bis wir einen bestimmten Punkt erforscht und erreicht haben? Wenn wir ihn hier andeuten, so reicht das meines Erachtens hin, daß eine fremde Flagge morgen dort aufgezogen wird

(sehr richtig! rechts),

— telegraphisch —, und andere Nationen haben viel bereitere und nähere Kräfte. Sie können hierüber ebenso wenig genauere Auskunft verlangen, wie über manche diplomatische Dinge, deren Erfolg man dadurch nur schädigt, daß man sie vorzeitig veröffentlicht, — andere kann man ja dadurch fördern, daß man sie rechtzeitig veröffentlicht, indem man die öffentliche Meinung dafür zu Hülfe nimmt.

Ich möchte dann noch darauf aufmerksam machen, daß die ganzen Kolonialbestrebungen, die wir seit zwei Jahren in Angriff genommen haben, in der deutschen Nation über meine Art, ich

glaube, über unser Aller Erwartungen Anklang und entgegenkommende Aufnahme gefunden haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Regierung hat daraus eine Mahnung genommen, daß sie für den Fonds, der gewissermaßen die Vorbereitung, im amerikanischen Kolonisationssinn das Pionierwesen, den Pionierdienst für künftige koloniale Ausdehnungen zu leisten hat —, in dieser Position Ihnen eine kleine Verstärkung vorschlug. Sie war der Ueberzeugung, in der Voraussetzung, daß natürlich der Reichstag die öffentliche Meinung der deutschen Bevölkerung vertritt, daß die Regierung hier ein bereitwilliges und freundliches Entgegenkommen finden, ja, daß sie getadelt werden würde, wenn sie die Möglichkeit, die Kolonien, die an der Küste von uns gegründet werden, nach dem Innern hin für den Absatz unserer Industrie, für den Abzug unserer überschüssigen Bevölkerung nutzbar zu machen, wenn sie diese Möglichkeit irgend wie auch nur der Zeit nach versäumte, und wenn sie von Ihnen nicht die Mittel verlangte, die wenigstens eine vorläufige Vorbereitung und Ermittelung möglich machen, ob und nach welcher Richtung unsere Küstenkolonien Aussicht haben, Handelsverbindungen anzuknüpfen und dieselben auszudehnen. Es hat in der ganzen Welt Erstaunen erregt, welche Erfolge einzelne englische und amerikanische Reisende, beispielsweise Mr. Stanley, der vor kurzer Zeit uns hier besucht hat, — welche Erfolge diese einzelnen energischen Leute in der Anknüpfung neuer Verbindungen im Interesse ihrer Auftraggeber gehabt haben, so daß einer anonymen Gesellschaft, die erst allmählig sich die Anerkennung der bestehenden Staaten erwirbt und erkämpft, gewaltige Strecken, größer als das ganze Zentrum des europäischen Kontinents, zur Verfügung, und wenn eine staatliche Macht dahinter stände, zur Gesetzgebung und Vorbereitung für die Ausdehnung des eigenen Handels geöffnet worden sind. Diese Oeffnung ist natürlich nur dann möglich, wenn man zuerst die Erforschung des Innern betreibt, wenn man das Terrain rekognoszirt. Wollen Sie uns nun zu dieser Rekognoszirung die Mittel die wir im gesteigerten Betrage glaubten fordern zu müssen, um der öffentlichen Meinung genug zu thun, nicht bewilligen, ja, meine Herren, so entmuthigen Sie von Hause aus unsere Kolonisationsbestrebungen. Ich habe schon einmal bei einer anderen Gelegenheit gesagt, eine Kolonial-

politik lasse sich von Deutschland nur betreiben, wenn die Regierung eine sichere und mit einem gewissen Schwung und Enthusiasmus national gesinnte Reichstagsmajorität hinter sich hat

(sehr richtig! rechts),

und darum wird die Regierung sich vergewissern müssen, ob sie die Reserve hinter sich hat oder nicht. Hat sie sie, so wird sie mit dem Maßhalten, welches unsere bisherigen Schritte kennzeichnet, auch vorwärts gehen

(Bravo! rechts);

hat sie diese Reserve nicht hinter sich, so wird es eben heißen: contenti estote, seien wir zufrieden mit dem Kommisbrote, das wir selbst bauen!

(Bravo! rechts.)

Als der Abg. Richter sich darauf für die Verweisung der Position an die Kommission im Sinne des Antrages Witte aussprach, und dabei hervorhob, daß vom Reichskanzler im Plenum ganz andere Motive für eine Vorlage angeführt würden als vorher von seinen Kommissarien in der Kommission, erhob sich der Reichskanzler zu folgenden Ausführungen (Stenogr. Ber., S. 507):

Die letzten Worte des Herrn Vorredners veranlassen mich lediglich, eine Verwahrung gegen die Voraussetzung einzulegen, daß die Kommissarien in den Kommissionen von mir irgend welche Instruktionen empfingen. Ich würde mich ja dadurch sehr in Nachtheil setzen, wenn ich meine Ueberzeugung — was der Kommissar in meinem Namen amtlich erklärt, das bindet mich — festlegen wollte, ehe im Plenum überhaupt noch verhandelt ist, und ehe ich weiß, ob sie eine Billigung von den verbündeten Regierungen, von denen ich ja nur einen Theil darstelle, hinter sich hat. Die Kommissarien in den Kommissionen sind meines Erachtens dazu da, Erläuterungen und Aufklärungen über solche Punkte zu geben, welche die Vorlage dunkel läßt, unter Umständen, wenn sie sie nicht selbst in promptu haben, diese durch Rückfrage bei der Regierung zu beschaffen. Aber bindende Erklärungen für die verbündeten Regierungen abzugeben, dazu ist nicht einmal ein Kommissar der einheitlichen preußischen Regierung in den preußischen Landtagskommissionen berechtigt; er würde sich einer disziplinarischen Ahndung aussetzen, wenn er dies thäte. Am allerwenigsten aber existirt eine solche Berechtigung hier, wo der Vollmachtgeber ein beschließender gesetz-

gebender Körper ist, dessen Vollmacht nicht von jedem Kommissar über jede in der Kommission zu Tage kommende Frage vorweg genommen werden kann. Es kann sehr wohl vorkommen — mitunter, es wird nicht die Regel sein, aber es kann mitunter vorkommen —, daß ein Regierungskommissar in der Kommission Ansichten äußert, die nicht die meinigen sind. In der Regel hat er gar nicht mit mir darüber gesprochen, sondern er ist ein sachkundiger Mann und hat seinerseits als ein ehrlicher Anwalt die Interessen der Regierung wahrzunehmen, noch mehr aber, den Mitgliedern der Kommission in zuvorkommender Weise diejenigen Aufklärungen zu geben, die etwa noch nicht geliefert sind, und deren sie oder ein einzelnes Mitglied der Kommission bedarf. Weiter geht die Machtvollkommenheit eines Kommissars nicht, und ich muß mich dagegen verwahren, die Regierung oder gar die verbündeten Regierungen durch das gebunden zu halten, was ein einzelner Kommissar in der Kommission erklärt hat.

Nach einer abermaligen Rede des Abg. Dr. Windthorst, in welcher er seinen Standpunkt zu dieser Frage noch einmal präzisirte und hierbei betonte, daß derselbe seiner Ansicht nach ein durchaus loyaler, ein durchaus korrekter sei, gegen den niemand sich erheben solle, erwiderte der **Reichskanzler** (Stenogr. Ber., S. 510):

Ich weiß nicht, was dem Herrn Vorredner in meinen Worten Anlaß gegeben haben kann, hier mit einer gewissen Entrüstung eine Verwahrung für seine monarchische Gesinnung und für sein Nichtübergreifen einzulegen und einen verdächtigenden Seitenblick auf andere, weniger monarchisch gesinnte Leute zu werfen. Ich verstehe das gar nicht. — Ich halte mich ganz genau an seine Worte. —

Ich habe auch gar nicht geglaubt, daß er mit dem „wir“ etwas anderes bezeichnete als die Mitglieder der Kommission, wie er jetzt auch wieder von mir verlangt, daß ich denen gegenüber die Dinge klarlegen soll. Ich habe schon vorher den Grund angedeutet, warum es nicht nützlich ist, sie so offen klarzulegen. Außerdem aber muß ich sagen: was die Herren mir hier nicht glauben, das werden sie mir auch in der Kommission nicht glauben.

(Große Heiterkeit.)

Ich habe ja unter Umständen Kredit gehabt, — Dispositionsfonds von 50 000 Mark und von sehr viel höheren Beträgen, und es ist mir auch ohne die Kontrole der Afrikanischen Ge-

sellschaft, wie sie hier vorhanden ist, getraut worden, daß sie verständig verwendet werden würden. Warum Sie nun gerade über diese 50 000 Mark, falls Sie sie bewilligen sollten, einer vorgängigen Rechnunglegung bedürfen, wozu sie auf Heller und Pfennig verwendet werden sollen, das verstehe ich nicht recht. Wenn Sie koloniale Zwecke überhaupt nicht wollen, ja, meine Herren, dann setzen Sie uns bei Zeiten in den Stand, darauf zu verzichten, indem Sie alles, was dafür gefordert wird, einfach ablehnen, damit wir nicht noch größere Kosten und Mühe darauf verwenden; dann ist eben opera et oleum verloren. Aber wegen 50 000 Mark, ob die für die Erforschung von Afrika in dem Moment, wo die Küsten sich mit neuen Kolonien bedecken, verwendet werden sollen! — wenn Sie dafür nach allem, was darüber gesagt ist, noch von mir verlangen, daß ich über meine Kräfte hinaus spät nächtlichen Kommissionssitzungen beiwohnen, soll, — ja, meine Herren, ich erfreue mich leider nicht des rüstigen Alters des Herrn Vorredners; es ist für mich schon eine Schwierigkeit, hier den Sitzungen beizuwohnen, und ich würde, wenn der Herr Vorredner sich in ähnlichem leidenden Zustande befände, meinerseits nicht die Grausamkeit haben, ihm zuzumuthen, in einer Zeit, wo ich sonst schon schlafe, zwei steile Treppen in die Höhe zu steigen, um der Kommission beizuwohnen. Ich habe es auch schon gethan bei außerordentlichen Gelegenheiten; ich habe es zu bereuen, und mein Arzt hat es zu beklagen gehabt; und ich bedaure, daß ich für diesen Fall dem Herrn Vorredner nicht den Gefallen thun kann, die Unterhaltung in der Kommission fortzusetzen. Hier aber, wo ich stehe, bin ich vollkommen dazu bereit.

Alle Auskunft, die ich geben kann, habe ich gegeben, d. h. ich habe Ihnen angedeutet -- es ist mir schon nicht ganz lieb, daß Sie mich in die Nothwendigkeit dazu versetzt haben —, daß wir eine gewisse Vorsicht zu beobachten haben. Wenn Sie mehr von mir darüber verlangen, — nun, dann muß ich mich in das Schicksal ergeben, daß ich keine Chancen habe, bei Ihnen diese Sache durchzusetzen.

Dann möchte ich aber fragen: wozu noch das Spiel verlängern? wozu noch in der Kommission? Neues werden Sie nicht mehr erfahren.

(Sehr wahr! rechts.)

Wenn der Herr Vorredner bestimmte Fragen, über die er noch beunruhigt ist, an mich zu richten hätte, so würde ich bitten, das gegenwärtig zu thun. Die Kommission hat dieselbe Oeffentlichkeit, — alles, was ich da sagen kann, kann ich auch hier sagen; und dazu bin ich hergekommen mit einiger Anstrengung und Ueberwindung meiner Schwäche, aber mit dem Gefühl, daß es meine Pflicht ist. In der Kommission zu erscheinen ist meine Pflicht nicht. Ich bin gesetzlich nach dem Stellvertretungsgesetz vertreten. Es ist überhaupt nicht der Platz der Minister, in der Kommission zu sein; denn die Minister sprechen in letzter Instanz, und die Kommission spricht nicht in letzter Instanz, sondern das Plenum allein. Dazu bin ich zu alt in diplomatischen Verhandlungen, um mit Unterhändlern ohne Vollmacht definitiv unterhandeln zu können. Die Kommission ist die Stelle für Kommissarien, die Aufklärungen zu geben haben, und nur in seltenen Fällen wird es sich empfehlen, daß Minister, die das letzte Wort in einer Sache zu sprechen haben, schon in der Kommission ihr Pulver verschießen und nachher erleben, daß die Kommission vom Plenum desavouirt wird, und das Plenum anders abstimmt. Auf diesen taktischen Irrweg werden Sie mich nicht verleiten, — es gehören andere Fälle und andere Nothwendigkeiten dazu, um mein Erscheinen in der Kommission politisch und taktisch zu rechtfertigen. Diesen Fall rechne ich nicht dazu. Aber ich bitte Sie nochmals dringend, im Interesse unserer Kolonialbestrebungen im allgemeinen, und um dieselben nicht zu entmuthigen und von Hause aus eine Hand voll kalt Wasser darauf zu schütten — ich bitte Sie: bewilligen Sie diese Forderung und verzögern Sie die Bewilligung nicht durch eine weitere Kommissionsverhandlung.

Es knüpfen sich mehrere provisorische Forderungen auch an diese: auch der Nachtragsetat von 1884, den wir Ihnen zu bringen haben, ist nur deshalb Nachtragsetat, weil die Sache eilig ist. Es sind das alles ganz unentbehrliche Vorausgaben und gleichzeitige Ausgaben für das Kolonisationssystem überhaupt, und wir präjudiziren die Sache durch diese Entscheidung im Kleinen und entmuthigen den Enthusiasmus, der augenblicklich dafür vorhanden ist. Ob das in der Absicht liegt, ob das nützlich ist, das will ich nicht in Ihrem Sinne entscheiden; in meinem Sinne halte ich es nützlich, jeder begeisterten Anregung der Nation, die nicht oberflächlich und keine Schützen-

feststimmung ist, sondern die in den gebildetsten Kreisen unserer Nation tief wurzelt, die Berücksichtigung nicht zu versagen.

(Bravo! rechts.)

Die betreffende Position wurde nach längerer Debatte, dem Antrage Witte gemäß, in namentlicher Abstimmung mit 135 gegen 128 Stimmen an die Budget-Kommission zurückverwiesen.

Kolonial-Politik.

(**Sitzung vom 10. Januar 1885.** Stenogr. Berichte, S. 524).

Zur Berathung stand die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1884/85 (Küstendampfer &c. für Kamerun). Nachdem die Abgg. Langwerth von Simmern, Dr. Freiherr Schenk von Stauffenberg und Dr. von Bunsen sich zur Sache geäußert und die Forderung der Regierung befürwortet hatten, führte der **Reichskanzler** Folgendes aus:

Wenn ich zu dieser Frage das Wort ergreife, so geschieht es nicht ohne ein gewisses Zagen und unter dem Eindruck, dem ich gegenüber stehe, daß es den Regierungsvorlagen im Ganzen nicht nützlich ist, wenn sie von mir persönlich lebhaft befürwortet werden. Ich habe das Gefühl gehabt in der Abstimmung am 15. vorigen Monats, daß die billigen und unentbehrlichen Ansprüche des öffentlichen Dienstes vielleicht leichter durchgegangen wären, wenn ich nicht zu erkennen gegeben hätte, daß ich mich persönlich dafür sehr lebhaft interessirte. Ich bin gestern von gleichen Betrachtungen impressionirt worden und habe bereut, daß ich überhaupt die gestrige Sache befürwortet habe. Ich muß fast befürchten, daß es bei dem jetzigen Stande der Reichstagsmehrheit, wie ich sie mir gegenüber kennen lerne, den Regierungsvorlagen vielleicht nützlicher ist, wenn ich schweige und ungewiß lasse, ob ich mich überhaupt dafür interessire.

Es ist ja überhaupt ein Nachtheil für den Minister, wenn er an den Geschicken seines Vaterlandes einen zu lebhaften Antheil nimmt. Es leitet das ja sehr leicht zu der Berechnung, daß der Mann es in seinem Posten vor Sorge und Bekümmern nicht aushalten wird, wenn die vaterländischen Interessen einigermaßen periklitiren und sich nicht einer besonderen Berücksichtigung erfreuen. Man betrachtet ihn gewissermaßen wie die rechte

Mutter des salomonischen Kindes, die lieber ihre Ansprüche aufgiebt und lieber persönlich darunter duldet, als die Interessen des Vaterlandes benachtheiligen zu lassen. In diesem Sinne beabsichtige ich auch, mir in Zukunft mehr Schweigen und Zurückhaltung aufzuerlegen und die Frage, ob ich persönlich gekränkt werden kann durch eine Ablehnung, wenigstens im Unklaren zu lassen.

Ich will zu dem, was einer der Herren Vorredner gesagt hat, indem er die Kolonialbildungen aus dem Gesichtspunkt der Auswanderung besonders befürwortete, doch hinzufügen, daß mir vor der Hand und nach der Genesis unserer Kolonien fast noch wichtiger die Gewinnung neuer Absatzmärkte für unsere Industrie ist, auch selbst für die kleinsten Industrien, wie sie gestern an dieser Stelle ein Abgeordneter aus Sachsen geltend machte, die ja kleinlich in ihrer äußerlichen Bezeichnung erscheinen können, die aber doch zu Hause, wo sie etablirt sind, eine ganze Menge Deutsche ernähren und mit lohnender Arbeit versehen.

Aus diesem Grunde bitte ich auch, die Kolonien nicht außer Augen zu lassen, die für Ansiedelungen deutscher Ackerbauer — ich meine also die tropischen Kolonien — nicht unmittelbare Aussicht bieten, sondern nur dafür, daß wir von den Küstenpunkten aus, die wir okkupirt haben, Wege nach Absatzgebieten finden und Verbindungen für Absatz unserer deutschen Industrieprodukte aller Art anzuknüpfen im Stande sind. Dazu müssen wir ganz nothwendig aber die Länder, mit denen wir Verbindungen anknüpfen wollen, und die Stämme und Völker, welche unsere Abnehmer werden sollen, einigermaßen kennen lernen. Das können wir nur durch Erforschung des Innern von Afrika, indem wir diejenigen Mittel gewähren, über die wir gestern diskutirt haben. Ich will in die gestrige Diskussion nicht zurückgreifen, sondern nur wiederholen, daß ich nach genauer Prüfung und Wiederlesung alles dessen, was vorgebracht und angezweifelt worden ist, nicht die Möglichkeit sehe, daß von Seiten der Reichsregierung, sei es in der Kommission, sei es hier im Reichstage, irgend ein Novum über die gestrige Frage noch beigebracht werden könnte, und daß ich bitte, in den Kommissionsverhandlungen dergleichen neue, bisher noch unbekannte Mittheilungen nicht zu erwarten, weil überhaupt kein Stoff und keine Möglichkeit dazu vorliegt.

Was wir wissen, ist schon erschöpft; es hat aber nicht hingereicht, Sie zu befriedigen. Wir müssen also den Erfolg abwarten.

Ich möchte nur in Betreff der Kolonialfrage — oder nach ihrer Entstehung will ich sie lieber so bezeichnen: des Schutzes unserer überseeischen Ansiedelungen, wie sie der Handel mit sich gebracht hat — ich möchte Ihnen also nochmals ans Herz legen, daß für die Kaiserliche Regierung eine wirksame Unterstützung dieser Unternehmungen, eine wirksame Fruktifizirung der Bewegung, welche die deutsche Nation in der Richtung erfaßt hat, ganz unmöglich ist, wenn sie nicht vom Reichstage eine freie, von einer gewissen nationalen Begeisterung getragene Unterstützung hat.

(Sehr richtig! rechts).

Wenn wir den Reichstag bitten, quälen, beweiskräftig demonstriren müssen, und doch jede Mark, die wir verlangen, vom Plenum in die Kommission und von der Kommission ins Plenum geschickt wird, wenn wir sehen, daß der Reichstag für diese Dinge kein Herz hat überhaupt in seiner Majorität, daß er der Regierung die spontane, freiwillige Unterstützung nicht gewährt, die sie bedarf, daß er die Regierung nicht trägt, sondern sie zurückhält, wo er sie zurückhalten kann, — dann müssen wir das aufgeben.

Wir haben schon einmal an der afrikanischen Küste zur kurbrandenburgischen Zeit Ansiedelungen gehabt. In der Zeit der Gamaschen und Perrücken sind sie aufgegeben und verkauft worden, und wenn Sie der Regierung nicht mehr Unterstützung entgegenbringen, so ist es besser, wir schreiten zu demselben Liquidationsverfahren so früh wie möglich und machen dem Lande keine unnützen Kosten und Hoffnungen, die wir ohne Ihr freiwilliges Entgegenkommen mit [illegible] [illegible] nicht erfüllen können.

Um dort eine koloniale Aufsicht — will ich es einstweilen nennen — zu etabliren, ist ein Gouverneur [illegible] unentbehrlich. Dieser Gouverneur bedarf der [illegible], er bedarf eines kleinen flachgehenden Dampfers, der ihm zu seiner Verfügung steht, und eines anderen [illegible]. Das ist die Frage, die uns heute beschäftigt; sie ist [illegible], aber sie ist doch in Verbindung mit der Frage, [illegible], entscheidend für das [illegible], wie man [illegible]

politik überhaupt stellen darf. Wenn man die Kolonialpolitik will, so müssen diese vorbereitenden und unentbehrlichen Ausgaben bewilligt werden. Wenn man diese Ausgaben abschlägt, so soll man auch von der Regierung nicht verlangen, daß sie sich einer unmöglichen Aufgabe weiter widme. Es ist ein Gouverneur ohne Fahrzeug zu seiner Disposition in jenen Gegenden nicht denkbar. Es ist eine Ordnung in jenen Gegenden nicht denkbar, ohne daß ein Gouverneur da ist. Wir haben einen Gouverneur bisher nicht ernannt, lediglich aus Achtung vor dem Reichstage, vor der parlamentarischen Mitwirkung, weil wir ihn nicht ernennen können, bevor Sie das Gehalt dazu nicht bewilligt haben. Für die Dampfschiffe, deren er bedarf, für die haben wir die Bewilligung von Ihnen in der Form eines Nachtragsetats von 1884 erbeten, weil das der Weg war, um am schnellsten eine Entschließung von Ihnen zu erlangen. Diese Dampfschiffe bedürfen, so klein wie sie sind, doch mindestens einer Frist von 6 Monaten, um erbaut zu werden. Wenn sie daher in diesem Sommer fungiren sollen, so muß der Anfang mit der Kiellegung sofort gemacht werden, und er wird gemacht werden, sobald wir Ihre Bewilligung in Händen haben. Wenn Sie uns aber wieder damit in die Kommissionsberathungen zurückschicken, so weiß ich nicht, wann diese Dampfer in Thätigkeit treten, und wann in Folge dessen ein Gouverneur dort seinen Bezirk bereisen kann.

Wie nothwendig dort eine strenge Aufsicht und eine Ordnung der Dinge ist, werden Sie aus den Ereignissen der neuesten Zeit und der jetzigen Lage entnommen haben; ich glaube, Sie werden in den Zeitungen das Telegramm gelesen haben, das mir durch Vermittelung der Admiralität zugegangen ist. Das gestern Abend vom Contre-Admiral Knorr eingegangene Telegramm, welches sagt:

„Bismarck" —

das Schiff nämlich —

und „Olga" haben am 20., 21. und 22. Dezember aufrührerische Negerparteien in Kamerun mit Waffengewalt niedergeschlagen. Mehrere Häuptlinge und größere Zahl ihrer Krieger gefallen, bezw. vertrieben oder gefangen. Ortschaften vernichtet. Autorität der Flagge und Ruhe am Ort wieder hergestellt. Unsere fernere Anwesenheit erforderlich. Proklamationen an Einwohner erlassen, darin Waffenkauf untersagt.

Es wird Ihnen vielleicht das Telegramm schon vor Augen gekommen sein, was die „Kölnische Zeitung“ über diese Vorgänge hat, was sehr viel ausführlicher ist, was ich hier aber nicht vorlese, weil ich nicht die amtliche Bürgschaft für alle darin vorkommenden Einzelheiten besitze, sondern abwarten werde, bis ich die amtliche Nachricht habe. Von diesem an sich bedauerlichen Vorfall, der einem unserer Matrosen das Leben gekostet hat und bei dem andere und ein Offizier verwundet sind, erlaube ich mir, Ihnen die Genesis einigermaßen zu vergegenwärtigen, weil Sie daraus entnehmen werden, wie nothwendig es ist, daß wir entweder das Geschäft dort aufgeben oder unsere Autorität bald herstellen.

Ich habe am 24. November folgenden Vortrag erhalten:

Das Syndikat für Westafrika in Hamburg überreicht eine Beschwerde über das den Frieden in Kamerun gefährdende Verhalten der Vertreter der englischen Firma John Holt u. Co. und des englischen Vizekonsuls Mr. Buchan.

Es wird darauf hingewiesen, das der Vertreter derselben englischen Firma in Gabon neuerdings wegen Friedensstörung von dort ausgewiesen worden sei, —

— Gabon ist französisch —

und vorgeschlagen, eine ähnliche Maßregel auch unsererseits ins Auge zu fassen.

Die englischen Behörden pflegen in derselben Weise gegen die den Frieden in ihren Kolonien gefährdenden Personen vorzugehen, wie die von dem Kaiserlichen Konsul in Lagos eingereichte Proklamation des dortigen deputy governor ergiebt.

Es fragt sich, ob unser kommissarischer Vertreter in Kamerun, Dr. Buchner, oder etwa der Geschwader-Chef ermächtigt werden soll, eine ähnliche Proklamation zu erlassen. Außerdem empfiehlt sich vielleicht, in London darauf hinzuwirken, daß der englische Vize-Konsul Buchan auf die Verpflichtung hingewiesen werde, zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens mit dem deutschen Vertreter zu kooperiren.

Darauf ist an die Botschaft in London geschrieben worden:

Nach Mittheilungen aus Kamerun wird der öffentliche Friede daselbst durch das Verhalten einzelner Engländer bedroht, indem dieselben bei den Eingeborenen das Vertrauen an die Dauer der deutschen Schutzherrschaft zu erschüttern versuchen.

— Das ist aus den Spezialbriefen gezogen, welche das Syndikat in Hamburg als Beilage zu seiner Vorstellung eingesandt hat. —

Es wird in dieser Beziehung besonders der Vertreter der englischen Firma John Holt u. Co. genannt. Ein Vertreter derselben Firma ist kürzlich wegen Friedensstörung aus Gabon ausgewiesen worden

— ich bitte, die Stenographie nicht zu unterbrechen; ich kann diese Aktenstücke nachher nicht zur Abschrift geben. —

Mit Rücksicht hierauf ist uns vorgeschlagen worden, eine ähnliche Maßregel unsererseits ins Auge zu fassen. Die englischen Behörden pflegen gegen die den Frieden in ihren Kolonien gefährdenden Personen in gleicher Weise vorzugehen, wie dies eine jüngst von dem Deputy Governor in Lagos erlassene Proklamation ergiebt.... Auch der englische Vize-Konsul, Mr. Buchan, soll den Umtrieben gegen die Befestigung des deutschen Einflusses im Kamerungebiet nicht fernstehen.

(Hört! hört!)

Wir werden deshalb die Frage zu prüfen haben, in welcher Weise derselbe die Anerkennung zur Ausübung konsularischer Befugniß in den unter deutschem Schutz stehenden Gebieten erhalten hat. Sollte sein Verhalten gerechten Anstoß geben, so würden wir in Erwägung nehmen müssen, ob diese Anerkennung zu versagen beziehungsweise zurückzuziehen sein würde.

(Bravo!)

Ew. 2c. beehre ich mich zu ersuchen, Lord Granville dies mit der Bitte mitzutheilen, daß der genannte britische Vertreter auf die Verpflichtung hingewiesen werde, zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens mit dem deutschen Vertreter zu kooperiren.

Dem Bericht über die Erledigung dieses Auftrages sehe ich entgegen.

Ich will gleich, ehe ich weiter gehe, befürworten, daß ich die englische Regierung bei diesem Vorgange für vollständig unbetheiligt und ex nexu halte. Der Bereich des englischen Kolonialnetzes rund um den Erdball ist kaum zu übersehen, geschweige denn zu beherrschen; es ist für die englische Regierung weniger möglich als für jede andere, sowohl nach der Ausdehnung, wie nach der Organisation ihrer Kolonien, eine straffe Beherrschung der Menschen und Verhältnisse, ja selbst der eigenen Beamten überall auszuüben. Die Kommunikationen

sind auch nicht so rasch, daß die höheren Autoritäten schnell genug informirt werden könnten. Kurz, ich bin überzeugt, daß die englische Regierung diese Vorkommnisse, wenn sie richtig geschildert sind — was ich ja einstweilen dahingestellt lassen muß, aber glaube — ganz ebenso mißbilligen und beurtheilen wird. Durch die Unabhängigkeit der englischen Kolonialverwaltung vom Mutterlande und wiederum der Oberaufsicht im Mutterlande von den auswärtigen Geschäften Englands wird ja die Reaktion gegen dergleichen von England ebenso wie von uns gemißbilligte Vorkommnisse verzögert und erschwert.

Es ist darauf unter dem 3. Dezember ein Bericht von London eingegangen, der sagt:

> Ich habe der mir ertheilten Instruktion gemäß Granville mitgetheilt, daß der öffentliche Friede in Kamerun durch das Verhalten einzelner Engländer, namentlich u. s. w., bedroht werde, und der englische Vizekonsul Mr. Buchan diesen Aufwiegeleien nicht fern zu stehen scheine, und habe im Sinne des hohen Erlasses gesprochen. Lord Granville versprach, sofort die nöthigen Erkundigungen einziehen zu wollen; er habe schon früher die nöthigen Instruktionen ertheilt, nach denen von englischer Seite alles geschehen solle, um ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschen und Engländern zu erhalten.

— Das ist richtig; es hat aber nicht gewirkt.

(Bewegung.)

> Lord Granville hofft, daß die Besprechung des deutschen Geschwaderkommandanten mit den englischen Behörden alle Differenzen für die Zukunft beseitigen wird.

Dann ist ein weiterer Bericht vom 15. Dezember eingegangen:

> Euer beehre ich mich, im Anschluß an meinen Bericht vom 3. d. Mts., das Verhalten gewisser Engländer in Kamerun betreffend, anliegend Abschrift einer Note Lord Granvilles vom 11. d. Mts. einzureichen, aus welcher sich ergiebt, daß der zuständige englische Konsul angewiesen worden ist, umgehend zu berichten, ob die Gerüchte über das Treiben des interimistischen Vizekonsuls Buchan begründet sind.

Diese Note ist in englischem Text, und der Inhalt lautet — die Note ist gerichtet an den Grafen Münster —:

> Mit Bezugnahme auf Eurer Excellenz Besprechung vom 3. d. Mts. mit Sir Pauncefote über den Gegenstand des Verhaltens britischer Unterthanen am Kamerun habe ich die Ehre, Eurer Excellenz mitzutheilen, daß John Holt, der jetzt in London ist und kürzlich von Berlin zurückgekommen, ein britischer Kaufmann mit großer Geschäftsausdehnung auf der Westküste von Afrika, aber ohne irgend welchen amtlichen Charakter ist. Mr. Buchan ist lange Jahre hindurch Resident in Kamerun gewesen und ist ein Handelsmann von Respektabilität. Er handelt augenblicklich als britischer Vizekonsul in Erwartung der Ankunft des regelmäßigen Konsularbeamten, und sein ihn beaufsichtigender Konsul ist instruirt worden, Bericht zu erstatten mit der ersten Gelegenheit, ob er irgend eine Bestätigung der Gerüchte, welche Eurer Excellenz zu Ohren gekommen sind, geben kann.

So lautet der englische Text nach oberflächlicher Uebersetzung.

Inzwischen sind mir von Seiten des Hamburger Komitees anderweite Mittheilungen zugegangen vom 30. Dezember:

> Euer beehrt sich das unterzeichnete Syndikat unter Bezugnahme auf die Anlage über die Verhältnisse in Kamerun zu berichten.
>
> Seit der Besitzergreifung hat der dortige englische Konsul aufgehört, irgend welche Autorität über die Eingeborenen, wie sie bisher gelegentlich zur Geltung gebracht wurde, auszuüben, und haben die letzteren, da der deutsche Vertreter Dr. Buchner nicht die erforderlichen Vollmachten oder aber nicht die erforderlichen Machtmittel besitzt,

— wir haben dort natürlich definitive Anstellungen noch nicht machen können —

> um sie im Zaume zu halten, sich wiederholt Uebergriffe gegen die Europäer erlaubt und sogar einen englischen Kapitän gefangen genommen, dabei einen seiner Leute verwundet und einen anderen getödtet. Es ist daher dringend zu wünschen, daß in kürzester Frist seitens Deutschlands energisch eingeschritten, und

eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen herbeigeführt werde, wozu das in nächster Zeit zu erwartende deutsche Geschwader besonders geeignet sein dürfte. Während die englischen Konsularbeamten sich formell jeder Einwirkung in dem deutschen Gebiete enthalten haben, haben unter der Hand sowohl der englische Konsul Hewett wie auch der Konsularagent Buchan, über den wir bereits in unserer Eingabe vom 17. November d. J. Beschwerde geführt haben, der Befestigung und Ausdehnung der deutschen Autorität Schwierigkeiten bereitet, einerseits durch Aufhetzung der Eingeborenen, andererseits durch Versuche, das die deutschen Besitzungen umgebende Gebiet unter englische Autorität zu bringen

— sie sind also mit der Erforschung früher aufgestanden als wir —

und damit die ersteren zu isoliren und ihre weitere Entwickelung zu unterbinden.

— Ist dieser Besitzung die weitere Entwickelung unterbunden, so hat sie wenig Werth, nur den Werth, den ihr der Besitzer des Hinterlandes, der es vorher okkupirt hat, gestatten will, indem er uns Transit gewährt oder nicht. —

Hierüber geht aus den Anlagen über die auf Anstiften des englischen Konsuls von Herrn Rogozinski unternommenen Schritte das Nähere hervor. Das Syndikat erlaubt sich daher, Eure Durchlaucht ergebenst zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß baldmöglichst ein mit der nöthigen Vollmacht versehener Gouverneur,

— aber kein Gouverneur ohne Barkasse —

als welcher sich aus Rücksicht auf die geschilderten Verhältnisse in erster Linie ein Marineoffizier empfehlen dürfte, nach Kamerun geschickt werde, daß das in kurzem in Kamerun zu erwartende deutsche Geschwader zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der deutschen Autorität daselbst, sowie zur Bestrafung der Schuldigen die erforderlichen Maßregeln treffe, und daß ferner in Zukunft regelmäßig in kurzen Zwischenräumen deutsche Kriegsschiffe dort erscheinen.

Das Syndikat für Westafrika.

Die Anlage davon ist ein Auszug aus Briefen deutscher Firmen in Kamerun, welcher lautet:

> Da von Seiten des englischen Konsuls versucht wird, den Innerhäuptlingen Verträge abzulocken, so ist eine schleunige Erklärung der Grenzen geboten. Es ist mir vertraulich mitgetheilt worden, daß Herr Rogozinski vom englischen Konsul ermächtigt worden ist, mit den Häuptlingen von Bacunde Verträge abzuschließen, und daß derselbe zu dem Zwecke von Victoria aus die Landwege nach dort benutzen sollte; ferner richtete der englische Missionar in Bacunde an den englischen Kolonialminister Lord Derby mehrere Briefe, so daß wir befürchten, daß wirklich da oben im Lande wir Deutsche umzingelt werden sollen.

Das ist also die Stimmung in der Kolonie.

Darauf ist in diesen Tagen folgender Erlaß an den Grafen Münster in London ergangen:

> Mit Bezug auf meinen Erlaß vom 27. November und Euer rc. Berichte vom 3. und 15. Dezember v. J., betreffend das Verhalten englischer Beamten und Unterthanen im Kamerungebiete, beehre ich mich, Euer auszugsweise eine Eingabe des Syndikats für Westafrika in Hamburg vom 30. v. M. und deren Anlage sowie Uebersetzung aus Nr. 278 des „Kuryer Poznanski"

— das bezieht sich auf Rogozinski —

> zur gefälligen Kenntnißnahme und gesprächsweisen Verwerthung des Inhalts zu übersenden. Euer werden darin ausreichendes Material finden, um Lord Granville davon zu überzeugen, daß die von uns angebrachten Beschwerden über Versuche englischer Beamten und Unterthanen, die Ausdehnung der deutschen Besitzungen von Kamerun nach dem Innern und die Befestigung des deutschen Ansehens daselbst zu erschweren, auf bestimmte Thatsachen gegründet waren. Wir hoffen um so mehr, daß englischerseits alles geschehen wird, um den von Lord Granville uns ausgedrückten freundlichen Absichten durch die That zu entsprechen. Euer wollen zugleich Lord Granville mittheilen, daß der Kaiserliche Geschwaderchef angewiesen worden ist, wegen eines uns gemeldeten und auch schon in der Presse erwähnten

Exzesses von Eingeborenen gegen den Kapitän eines englischen Handelsschiffs und dessen Leute nachdrücklich einzuschreiten und die Schuldigen zu bestrafen.

Dieser in Bezug genommene Auszug aus einem polnischen Blatt, einer Quelle, die auf einem großen Umweg uns das unter Augen bringt, was in Fernando Poo gesponnen und schließlich in Kamerun zur Ausführung gekommen ist — also die Uebersetzung aus dem „Kuryer Poznanski" vom 2. Dezember 1884 — ist überschrieben: „Wichtiges Dokument. Rogozinskis Expedition nach Afrika!" Unter dieser Ueberschrift theilt der „Kuryer Poznanski" aus dem „Kuryer Warszawski" Folgendes mit:

> Die gestrige Abendpost brachte uns — so schreibt der „Kuryer Warszawski" — ein Schreiben, welches wir in wörtlicher Uebersetzung aus dem Französischen mittheilen, und das unzweifelhaft geeignet ist, lebhaftes Interesse bei unseren Landsleuten zu erwecken, und zwar nicht bloß wegen der für uns hochinteressanten Expedition unseres Landsmannes Rogozinski nach Afrika, sondern auch wegen der Verbindung dieser Expedition mit der afrikanischen Angelegenheit, welche gegenwärtig auf der Tagesordnung der europäischen Politik steht, datirt Santa Isabel de Fernando Poo den 29. September 1884:
>
> Herr Redakteur, da ich seit der Zeit meiner Ankunft in der hiesigen Gegend, in der gegenwärtig Ihr Landsmann Herr S. Rogozinski weilt, als Vermittler zwischen der Redaktion des „Kuryer Warszawski" und der Expedition bin und die beiderseitigen Korrespondenzen entgegennehme, so pflege ich mit dem größten Interesse alles zu verfolgen, was in Verbindung mit Ihren Forschungen steht.

— Also auch die Polen haben, wie es scheint, Mittel zur Erforschung des Innern von Afrika. —

> Aus diesem Grunde beeile ich mich, Ihnen diese kurze Korrespondenz zu übermitteln, welche, wie ich glaube, Ihr Blatt im höchsten Grade interessiren wird, erstens deshalb, weil die hier stattgehabten politischen Ereignisse eine ungeheuere Tragweite haben, und dann auch, aus dem Grunde, weil Herr Rogozinski bei diesen Ereignissen die Hauptrolle spielt.

Seit einigen Monaten hat die deutsche Regierung den Beschluß gefaßt, hier in der Biafra-Bai eine Kolonie zu gründen, und zu diesem Zweck hat ein deutsches Kanonenboot, an dessen Bord sich Dr. Nachtigal in der Eigenschaft als Kommissar des deutschen Reiches befand, das Gebiet Batanga, den Fluß Kamerun und Bimbia annektirt. Es war auch die Absicht Dr. Nachtigals, die Gebirge von Kamerun in Besitz zu nehmen, in denen die jetzt schon ziemlich ausgedehnten Besitzungen der Station des Herrn Rogozinski belegen sind; jedoch die Absichten der Deutschen in Bezug auf die Gebirge, das heißt in Bezug auf die ganze Küstenlinie bis Kalabar, sind durch Herrn Rogozinski paralysirt und vereitelt worden. Nachdem er von Gabun, wohin er sich mit Janikowski nach dem Tode des Reisegefährten Klemens Tomaczeck begeben, und wo er von den deutschen Projekten gehört hatte, zurückgekehrt war, beschloß Rogozinski, der mit dieser Nation nicht sympathisirte,

— ich glaube, das sind wir, diese Nation —

seinen ganzen Einfluß unter den Häuptern der einheimischen Stämme aufzubieten, um die deutsche Herrschaft von den Gebirgen fernzuhalten. Da er aber vermuthete, daß Dr. Nachtigal schnell handeln werde, so sah er, daß er diesen Zweck nicht auf andere Weise erreichen könne, als dadurch, daß er eine andere Nation bestimmte, den Deutschen zuvorzukommen. Die nächsten waren die Engländer, deren Vertreter in Bonny residirt. Herr Rogozinski stellte daher demselben die Lage der Dinge vor, überzeugte ihn, daß es seine und der englischen Regierung gemeinschaftliches Interesse sei, die Gebirge unter englisches Protektorat zu nehmen, forderte ihn auf, schnell zu handeln, wenn er dieses Gebiet nicht verlieren wolle, und bot ihm überdies seine Mitwirkung und seinen Einfluß auf die Häupter der einheimischen Stämme an, wenn das englische Kanonenboot noch zur Zeit eintreffen werde.

Ich bemerke dazu, daß wir außerhalb der amtlichen Korrespondenz von englischer Seite die Zusicherung bekommen haben, daß die englische Regierung in keiner Weise die Absicht hege,

unsere Kolonien auf Biafra durch Annektirung des Hinterlandes zu umgehen und vom Innern abzuschneiden. Das widerspricht also ihren Absichten. Das hindert aber nicht, daß englische Unterthanen und Organe unabhängig und im Widerspruch mit dieser Absicht, dieser uns kundgegebenen Absicht des Lord Granville, vorgehen.

> Während Rogozinski und Ihr Korrespondent Janikowski auf Antwort warteten, erlangten sie, die aus dem Verkehre mit den einheimischen Stämmen gewonnene Erfahrung benutzend, von denselben die Abtretung eines Landestheiles als eigenes Eigenthum und bestimmten die übrigen Stämme, einen unmittelbaren Vertrag mit England zu schließen. Inzwischen ging die Antwort des englischen Konsuls ein. Es überbrachte sie das Kanonenboot „Forward," dessen Befehlshaber Herrn Rogozinski benachrichtigte, daß Herr Hewett seine Propositionen annehme und um Ausführung derselben bitte. In Folge dessen unterzeichnete Herr Rogozinski den Vertrag, durch welchen die von ihm erworbenen Länder unter englisches Protektorat gestellt, und deren Unantastbarkeit und eigene innere Verwaltung ihm garantirt wurden. Hierauf begab er sich auf dem Kanonenboot nach der an der Küste belegenen Gebirgskette, und die Häupter der einheimischen Stämme, die schon vorher gewonnen waren, unterzeichneten einen gleichen Vertrag in Bezug auf ihre Territorien. Auf diese Weise sind die ganzen Berge

— so sagt nämlich das polnische Blatt —

> und die Küste zwischen Victoria und Kalabar dem Wunsche des Herrn Rogozinski gemäß von der deutschen Oberhoheit eximirt worden.
>
> Kaum war dies vollbracht worden, so begegnete das bereits zurückkehrende englische Kanonenboot den deutschen Kriegsschiffen „Leipzig" und „Möve", an deren Bord sich Dr. Nachtigal befand. Sie richteten ihren Lauf gerade auf diese Küste, aber sie trafen zur großen Befriedigung Ihres Landsmannes post festum ein. Das Werk war zur rechten Zeit ausgeführt worden,

denn einen Tag später hätten die Deutschen das Vorrecht gehabt.

Ja, Herr Rogozinski ist eben durch keine parlamentarischen Nothwendigkeiten und Rücksichten gebunden

(Große Heiterkeit)

in seiner Politik.

(Zuruf.)

Herr Rogozinski wird jeden Tag hier erwartet; denn er soll die für ihn gesendeten Gegenstände für die neue Expedition in das Innere des Landes in Empfang nehmen. Alsdann wird er Ihnen jedenfalls selbst noch vor seiner Abreise, die wegen der nahen Regenzeit bald wird erfolgen müssen, Nachricht von sich geben. Ich versichere Sie, daß wir alle hier mit Ungeduld und mit dem höchsten Interesse seine weiteren Schritte verfolgen werden.

Genehmigen Sie 2c.

Antonio Borges Silva,
Schuldirektor in Fernando Póo.

— der mit den polnischen Emissären dort eng vertraut und befreundet sein muß, — wir haben in Madrid über seine Bedeutung Erkundigungen eingezogen; wenn dieser spanische Lehrer oder Geistliche, ich weiß nicht, was er ist, sich an einer Agitation gegen Deutschland betheiligt hat, so wird er schwerlich im Sinne der uns eng befreundeten spanischen Regierung gehandelt haben.

Ich habe, meine Herren, diesen Mittheilungen weiter nichts hinzuzufügen; ich hoffe aber, sie werden zur Beleuchtung der Situation und der Bedürfnißfrage dort an der afrikanischen Küste Einiges beitragen und Sie möglicherweise auch ohne Kommissionsberathung vielleicht überzeugen, daß es nützlich ist, hier bald praktisch und entschieden vorzugehen oder die Hand davon zu lassen. Ich bin ad utrumque paratus, wie Sie darüber befehlen; aber die Verantwortung für den Fall, daß Sie uns weitere Hindernisse schaffen, lehne ich vollständig von uns ab, und ich weise sie der Majorität, die uns einen Hemmschuh anlegt, zu.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Woermann entwickelte nach dieser Rede die Grundzüge einer gesunden Kolonialpolitik, während Abg. Dr. Windthorst nach längerer Rede zu dem Schlusse kam, daß der Schritt, den

Deutschland zu thun im Begriffe stehe und den zu genehmigen der Reichstag aufgefordert werde, einer der ernstesten sei, der geschehen könne; er (Redner) thue den Schritt nicht, ohne ihn vollständig und ganz geprüft zu haben und daher beantrage er eine kommissarische Prüfung dieser Angelegenheit. Der **Reichskanzler** sah sich zu folgender Erwiderung veranlaßt (Stenogr. Ber., S. 531 ff.):

Der Herr Vorredner hat als Hauptbasis seiner Entwickelungen den Satz genommen, daß die Bewilligung dieser Position ein außerordentlich wichtiger Schritt sei, wichtiger als die Summe, die dahinter steht. Meine Herren, ich gebe das vollkommen zu; aber sehr wichtig nach beiden Seiten. Sowohl die Annahme wie die Ablehnung, wie die Verzögerung wird Konsequenzen nach sich ziehen.

Die Annahme wird vor der Hand, soweit ich sie übersehen kann, die Konsequenz nach sich ziehen, daß wir überhaupt bei der Absicht, Kolonialpolitik in dem bisher übersichtlichen Umfange zu betreiben, stehen bleiben, daß wir zu diesem Zweck Ihnen in kürzester Zeit einen Nachtragsetat nicht zu 1884, wie er heute diskutirt wird, sondern zu 1885 einbringen, der die Kosten für den Gouverneur, für seinen Kanzler und für ein paar andere Beamten, die Kosten für ein Gebäude für diesen Gouverneur, von Stein oder von Holz, ich weiß es nicht — enthält. Das wird Ihnen in kurzem vorgelegt werden, — es wäre Ihnen schon vorgelegt, wenn wir rechtzeitig die Informationen über das Minimum, für welches diese Erfordernisse herzustellen sein würden, hätten beschaffen können; aber die Entfernungen sind weit, und wir sind eben auf das sachkundige Urtheil (die Regierung nämlich hat Vertrauen auf Sachkundige), auf das sachkundige Urtheil des Syndikats in Hamburg angewiesen, das seinerseits an Ort und Stelle über manche Dinge noch Rückfragen hält. Es hat lange gedauert, aber ich habe doch im Konzept für den Bundesrath die Forderung für den Gouverneur und das, was daran hängt, schon gezeichnet.

Das also sind die Konsequenzen, die die Bewilligung vorläufig nach sich zieht. Der Herr Vorredner hat sie sehr viel weiter ausgesponnen, als sie in der natürlichen Entwickelung der Dinge begründet sind. Er hat dazu eine Situation zu Grunde gelegt, die gar nicht vorhanden ist, und hat sie mit den Worten geschildert: wir sind von Feinden umgeben. Meine Herren, das waren wir vielleicht im Anfang der 70er Jahre, von

Feinden oder von unsicheren Freunden; aber mit der jetzigen Situation ist diese Behauptung des Herrn Vorredners doch kaum verträglich, und bei der politischen Intelligenz, die ihm beiwohnt, kann ich mir wirklich kaum denken, daß das etwas anderes als eine rhetorische Figur von ihm gewesen ist, die ihm entschlüpft ist — so wie eine andere Aeußerung, bei der er auch nicht gleich wünschte, festgenagelt zu sein — ich weiß nicht mehr, welche.

Wo sind denn die Feinde, von denen wir umgeben sind? Ich sehe rundum nur befreundete Regierungen, mit denen wir in den engsten vertrauensvollen Beziehungen stehen.

(Bravo!)

Vielleicht können Sie mir eine nennen, die Sie besonders fürchten? Ich würde für diese Belehrung in meinem Fache und auf diesem Gebiet sehr dankbar sein; vielleicht ist mir irgend eine Ecke der europäischen Politik, aus der ein Ungewitter über uns losbrechen könnte, vollständig entgangen.

(Heiterkeit.)

Daß wir mit den beiden östlichen Mächten, den beiden Kaiserreichen, in intimen und sicheren Verhältnissen leben, dürfte auch von dem Herrn Vorredner nicht in Zweifel gezogen werden, und diese Verbindung an sich bildet ein starkes Dach und eine starke Wölbung, von der gestützt jedes von den drei Kaiserreichen schon manches aushalten kann, was ihm von anderer Seite kommen könnte.

Wir leben mit Italien in intimer und guter Freundschaft, in sicheren Verhältnissen; das Gleiche ist mit Spanien der Fall. Wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren — ich kann wohl sagen, seit der Zeit vor 1866 — nicht in so guten Beziehungen gestanden wie heute.

(Hört! hört!)

Es ist das das Ergebniß einer weisen und gemäßigten Regierung in Frankreich, die die Wohlthaten des Friedens ihrerseits ebenso hoch zu schätzen weiß wie wir: beide Regierungen wissen, daß es auf dem Kontinent kaum eine größere Kalamität giebt als einen deutsch-französischen Krieg. Wir haben das einmal gegenseitig durchgemacht, und für den Sieger und Besiegten ist es ein schweres Unglück, nach beiden Seiten hin; selbst ein siegreicher Krieg von diesen Dimensionen ist ein Unglück für das Land, das genöthigt wird, ihn zu führen, und

ich glaube, daß auf keiner von beiden Seiten eine Versuchung dazu besteht. Minoritäten, die rerum novarum cupidae sind, und die jetzige Regierung um jeden Preis stürzen wollen, auch um den, ihr Vaterland in auswärtige Kriege zu stürzen, — ja, meine Herren, die finden Sie in jedem Lande. Sie sind nicht in jedem gleich groß — vorhanden sind sie wohl überall, denke ich mir.

(Bravo! rechts. Zuruf links.)

Ich weiß nicht, ob sich eine dort meldet von den Minoritäten; ich hörte eine unverständliche Stimme, habe aber kein Bedürfniß, sie kennen zu lernen.

Mit England leben wir in gutem Einvernehmen. Daß England in dem Bewußtsein: „Britannia rules the waves," etwas verwunderlich aufsieht, wenn die Landratte von Vetter — als die wir ihm erscheinen — plötzlich auch zur See fährt, ist nicht zu verwundern; die Verwunderung wird indeß von den höchsten und leitenden Kreisen in England in keiner Weise getheilt. Die haben nun eine gewisse Schwierigkeit, den Ausdruck des Befremdens bei allen ihren Unterthanen rechtzeitig zu mäßigen. Aber wir stehen mit England in althergebrachten befreundeten Beziehungen, und beide Länder thun wohl daran, diese befreundeten Beziehungen zu erhalten. Wir würden, wenn die englische Regierung sich die Beurtheilung mancher ihrer Unterthanen in Betreff unserer Kolonialpolitik vollständig aneignen sollte, in anderen Fragen, die England nahe interessiren, kaum im Stande sein, ohne Mißbilligung von Seiten der deutschen Bevölkerung die englische Politik zu unterstützen. Wir würden vielleicht genöthigt sein, diejenigen, die, ohne es zu wollen, Gegner von England sind, zu unterstützen und irgend ein „do ut des" herzustellen; aber ich glaube, daß wir auch mit der englischen Regierung in Beziehungen leben und leben werden, die den Satz des Herrn Vorredners, den er brauchte, um die Folgen der Bewilligung recht schrecklich darzustellen, den Satz, daß wir von Feinden umgeben sind, vollständig unanwendbar machen auf diese augenblickliche Situation.

(Sehr richtig! — Bravo! rechts.)

Wir sind von Freunden umgeben in Europa —

(Bravo!)

d. h. deshalb will ich den Spruch meines verehrten Freundes, des Grafen Moltke, nicht invalidiren und nicht bekämpfen.

Wir sind von Regierungen umgeben, die mit uns das gleiche Interesse haben, den Frieden zu erhalten; es giebt keine einzige Regierung, die einen Krieg besser vertragen könnte, als die deutsche ihn vertragen kann, und wenn eine andere glaubte, ohne Schädigung ihrer sonstigen Interessen den Frieden Europas brechen zu können, so würde Deutschland immer sagen: wir können das noch eher, wir sind nur gewissenhafter und nehmen mehr Rücksicht.

(Bravo! rechts.)

Also ich bin es der öffentlichen Beruhigung schuldig, zu erklären, daß der Herr Abgeordnete Windthorst im Irrthum ist, wenn er meinte, wir wären von Feinden umgeben. Wichtig bleibt der Schritt deshalb doch; denn er zieht immer die weitere Bewilligung eines Gouverneurs nach sich. Die ganze Forderung ist begründet auf der Voraussetzung, daß Sie den Gouverneur bewilligen werden. Denn ohne Gouverneur ist keine Barkasse nothwendig; ich wüßte sonst niemand, der sonst darauf fahren sollte. Herr Woermann hat seine eigene.

(Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner hat es nun so dargestellt, daß er uns nur die Wahl stellte, entweder auf unsere Kolonialpolitik zu verzichten oder unsere Seemacht auf eine Höhe zu erheben, daß wir überhaupt zur See niemand zu fürchten haben, — ich will also einmal sagen: auf die Höhe der Seemacht von England; dann hätten wir immer noch ein Bündniß von England und Frankreich zu fürchten. Die sind immer noch stärker, als eine einzelne Macht jemals in Europa sein kann und sein wird. Dies ist daher ein Ziel, das nie erstrebt werden kann. Ich gebe zu, daß das Fahren zur See immer eine gefährliche Sache für Kaufleute, aber noch mehr für Kriegsschiffe ist; es ist von allerlei Gefahren und von allerlei Kosten umgeben. Aber wie machen es denn andere Mächte? Frankreich also ist zur See vielleicht weniger stark als England, und es fürchtet sich doch nicht, seine Kolonien, die so weit entlegen sind, daß der Seeweg ihm an verschiedenen Stellen unterbunden werden kann, ruhig im Vertrauen auf sein Geschick, seine Tapferkeit und sein Ansehen, sowie auf die Gerechtigkeit und Friedensliebe anderer Staaten durchzuführen. Ich will indeß bei Frankreich gar nicht stehen bleiben; auch eine Seemacht wie die französische halte ich gar nicht für Deutschland indizirt. Aber sollte es wirklich für uns

unmöglich sein, uns auf die Höhe von Portugal aufzuschwingen, von Holland, von Spanien, von Nordamerika, ja selbst von Rußland? Sollte Deutschland wirklich außer Stande sein, eine Seemacht zu halten, die allen übrigen Mächten außer England und Frankreich gegenüber die See halten kann, letzteren gegenüber sie auch halten wird nach dem Geiste, den ich in unseren Seeleuten kenne

(Bravo! rechts),

entweder über der See oder unter der See?

(Erneutes Bravo.)

Also das ist ja eine außerordentliche Uebertreibung.

Wenn der Herr Vorredner verlangt, um die Frage zu erörtern, ob der Marineminister, wie er den Herrn Chef der Admiralität nannte, in einer Kommission — das ist das Lieblingsfeld des Herrn Vorredners —

(Heiterkeit rechts)

im Stande sein würde, auf seine Ueberzeugung hin die Versicherung abzugeben, daß Deutschland unter allen Umständen allen Gefahren gewachsen sein könne, die aus Kolonialbesitz überhaupt entstehen mögen, ohne Schwächung der Landarmee, — ja, dann verlangt der Herr doch von dem Marineminister eine absolute Unmöglichkeit, wie er sie auch von mir auf einem kleineren Gebiete verlangt: ich soll in Kommissionen erscheinen. Meine Herren, was soll ich da? Ich habe in der That schon mehr Geschäfte außerhalb der Kommissionen, als ich überhaupt besorgen kann, und ich bin in der Hauptsache doch nicht im Dienste des Parlaments, noch weniger im Dienste der Kommissionen und des Herrn Abgeordneten Windthorst, ich bin in der Hauptsache im Dienste Seiner Majestät des Kaisers

(lebhaftes Bravo rechts);

dessen Geschäfte habe ich zuerst zu besorgen, die rufen mich nicht in die Kommission. Wenn Sie mir hier oder den Organen der Regierung in der Kommission keinen Glauben schenken wollen, so daß ich bloß ad audiendum verbum dort erscheinen soll, so sage ich Ihnen einfach: ich komme nicht.

(Lebhaftes Bravo rechts. Zischen und Heiterkeit links.)

— Meine Herren, erregt das Ihre Heiterkeit? Würden Sie anders handeln an meiner Stelle? — Ich bin ein großer Feind anonymer Kundgebungen; wenn einer mir in artikulirten Tönen kundgibt, daß ich etwas seiner Meinnng nach Unhaltbares

gesagt habe, so habe ich es gern, daß die Darstellung gezeichnet wird mit der Unterschrift; dann werden wir uns ja verständigen können.

Also wichtig ist der Schritt ja im höchsten Grade, aber nach zwei Seiten hin. Es ist aber auch wichtig, meine Herren, daß er schnell geschehe. Wenn Sie überhaupt keine Lust haben zu der Sache, wenn Sie entschlossen sind, durch Verschleppung der Sache in Kommissionen die Entwickelung unserer Kolonien zurückzuhalten und abzuwarten — interim fit aliquid —, ob man die Regierung nicht aus diesem Geleise herausdrängen kann durch irgend eine andere Frage, — wenn Sie das wollen, meine Herren, so möchte ich wirklich bitten, daß Sie Ihr ablehnendes Votum schärfer und klarer aussprechen, als es durch die thatsächliche Rückverweisung der Sache in eine Kommission der Fall ist, damit auf diese Weise die Sache nicht verschleppt werde.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich habe außer den Nachrichten, die ich Ihnen vorhin mittheilte, gerade an demselben Tage noch ein paar andere erhalten, von denen eine schon gedruckt ist, ein Telegramm aus Wellington:

> Die Regierung von Neuseeland hat den Antrag gestellt, die Samoainseln zu annektiren

(Hört! hört! rechts)

— während wir bisher mit der englischen Regierung das stillschweigende, unausgesprochene Abkommen haben, daß keine der beiden Regierungen eine Veränderung des status quo dort vornehmen soll ohne Zustimmung der anderen, und daß wir die Unabhängigkeit der Samoainseln erhalten wollen.

> Ein Dampfer hält sich also in Neuseeland bereit, abzugehen, sobald die Entscheidung Lord Derbys eingetroffen sein wird.

Eine andere Nachricht, die mir ebenfalls gestern zugegangen ist, und die in ihrem Lakonismus mir noch nicht vollständig verständlich ist, ist: daß die Eingeborenen in Neu-Guinea die dortigen deutschen Okkupationen hinausgeworfen haben. Das Telegramm hat nur fünf bis sechs Worte, ich kann mir das weiter noch nicht erklären. Es ist mir nur merkwürdig die Koinzidenz des Widerstandes der Eingeborenen gegen die deutsche Okkupation, die an den verschiedenen Küsten stattfindet. Auch

in Samoa sind es die Eingeborenen, die diese Annexionen seitens der englischen Kolonien beantragt haben.

Kurz, wir sehen andere überall beim thätigen Handeln; währenddessen berufen wir Kommissionen und zitiren den Reichskanzler dorthin. Das kommt mir doch etwas vor wie der Hof-Kriegsrath in alten Zeiten in Wien. Ich würde mich, wenn ich Abgeordneter wäre, für verantwortlich halten nicht den Wählern, aber dem ganzen Lande gegenüber, wie es der Verfassung entspricht. Der Herr Vorredner hat gestern von den Aufträgen, die er von seinen Wählern erhalten hätte, gesprochen. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß das verfassungswidrig ist.

(Heiterkeit im Zentrum.)

Alle die Herren sind Abgeordnete des ganzen Volkes und sind an Mandate seitens einzelner Wähler oder Wählerkreise nicht gebunden.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie haben die Interessen des ganzen Landes hier sorgsam zu erwägen und zu berathen. Der Herr Vorredner knüpfte daran die gewöhnliche Aeußerung: wozu sind wir denn überhaupt hier, wenn wir das nicht genau prüfen und verwerfen können? Ja, das können Sie jeder Sache gegenüber, bei jedem einzelnen kleinen Gegenstande. Wenn Sie da immer sagen: wozu sind wir denn überhaupt hier? — so muß ich daraus schließen, Sie sind dazu überhaupt hier, um Alles zu verwerfen, Alles aufzuhalten, Alles zu hemmen, was geschehen kann.

(Oh! im Zentrum.)

Indessen geht die Uhr der Welt vorwärts und Sie sitzen hier als Hof-Kriegsrath und ich als Feldmarschall Daun.

(Heiterkeit rechts.)

Unterdessen werde ich geschlagen, wenn ich mich dazu hergebe, Ihr Daun zu sein. Das werde ich aber nicht.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Kurz und gut, ich muß meinerseits die Mitwirkung an diesen weiteren Hof-Kriegs-Berathungen in den Kommissionen ablehnen. Ich will die Mitschuld daran nicht tragen.

Der Herr Vorredner hat so mannigfaltige Fragen berührt, daß ich nicht weiß, ob ich sie alle beantwortet habe. Eine fällt mir noch ein. Er stellte am Eingang seiner Rede die Meinung auf, als hätten wir am 15. Dezember die Direktor-

stelle im Auswärtigen Amte nur wegen der Kolonialverhältnisse gefordert. Ja, das ist ein vollständiger Irrthum. Da hat der Herr nicht die Güte gehabt, meinen Reden mit derselben Aufmerksamkeit zu folgen, die ich den seinigen zu widmen pflege, wenn ich sie überhaupt verstehen kann von der Stelle, wo er zu stehen pflegt. Auch wenn Ihr Verdikt so ausfällt, daß wir die Kolonialpolitik ganz aufgeben müssen und daß wir darüber „Schwamm drüber" sagen müssen,

(Heiterkeit.)

so ist es doch unmöglich, ohne eine neue Direktorstelle im Auswärtigen Amte auszukommen, ohne einen Beamten mehr, der von der prima plana ist und der unter Umständen in meiner Vertretung unterzeichnen und mir die Gewißheit geben kann, daß ich neben seine Paraphe die meinige setzen kann. Den müssen wir doch haben, und wenn Sie mir den ablehnen, so bin ich genöthigt, zwei höhere Beamte aus dem Auswärtigen Dienste einzuberufen, und das kostet dann leicht dreimal so viel, als wenn Sie diese Stelle bewilligen. Der Dienst kann darunter nicht leiden. Er geht schon jetzt schlechter. Seit wir darüber diskutirt haben, ist der Graf Hatzfeldt vollständig erkrankt und für Wochen aus dem Dienste vollständig ausgeschieden. Er kann die Arbeit, die ihm zugemuthet ist, nicht mehr leisten, und ich habe jetzt schon einen Gesandten heranziehen müssen. Sie müssen doch bedenken, daß ich nicht mehr wie in alten Zeiten meine 12 bis 16 Stunden des Tages arbeiten kann. Ich habe 3—5 Stunden Arbeitszeit am Tage, und mit so wenig Leistungsfähigkeit würde ich ja im Dienste nicht bleiben, wenn nicht zwingende Gründe für mich da wären. Ich habe meinerseits das Gefühl gehabt, daß ich damit nicht tanti bin, aber wenn ich einmal darin bin, so verlangen Sie, daß ich von diesen wenigen Stunden noch einige in Ihren Kommissionen verbringen soll. Auch wenn ich das ablehne, so kann ich doch den Arbeiten nicht die Spitze bieten, die da sind. Ich muß — und selbst, wenn ich dem Lande Kosten mache, die ich bedaure, — Hülfe dazu heranziehen, oder die Geschäfte gehen so schlecht und so langsam, daß ich die Verantwortung überhaupt nicht dafür tragen kann: 56 000 Nummern im Jahre kann ein einziger Beamter nicht bewältigen.

Der Herr Abgeordnete hat in Aussicht gestellt, daß wir irgend eine Garnison in Afrika haben müßten und hat sich

darauf berufen, daß ich früher gesagt habe — oder wenigstens darauf angespielt —, daß eine solche nicht erforderlich sein würde. Ja, meine Herren, dabei bleibe ich auch noch. Haben denn die anderen Nationen dort Garnisonen? Sie sehen, daß die Mannschaft, die die Engländer, die Franzosen dort auf ihren einzelnen Kolonialpunkten haben, — Leute, die viel strengere Begriffe von dem Kolonialregiment haben, wie wir — aus einem Konsul und ein paar Leuten von der Kategorie besteht, die man im Oriente Kawassen nennt, und die dort anders heißen: Krooneger oder Haussa oder Zanzibarsoldaten, die sie um sich haben. Sie sehen, daß einzelne Engländer unter Umständen gefangen genommen, in Verlegenheit gerathen, und daß keine englische Streitmacht sofort zur Hand ist, um dem abzuhelfen. An vielen Stationen — wenn Sie die Blaubuchmittheilungen aufmerksam gelesen haben, so werden Sie das darin gefunden haben — haben unsere Bevollmächtigten beispielsweise einen französischen Zollsoldaten gefunden oder Douanier — unter der Rubrik ist er bezeichnet —, er ist natürlich respektirt worden, er ist eine Autorität, das heißt, er ist nicht etwa ein Franzose und ein Mann von höherer Bildung, sondern ein Neger mit einem gewissen Anzuge

(Heiterkeit)

und einem gewissen Gürtel, der eine französische Legitimation hat, und der steht an Stelle der französischen Flagge da und wird respektirt. Und deshalb zeugt dieser Gedanke, den der Herr Vorredner in Ihnen anzuregen suchte, als wenn wir dort große Garnisonen anlegen müßten, davon, wie wenig die Herren die Verhältnisse dort kennen; Sie können Sie auch nicht kennen; aber wenn ich die Verhältnisse nicht kennte, dann würde ich in solchen Dingen, wie Guinea und die afrikanische Küste, doch immer noch eher geneigt sein, Herrn Woermann zu folgen als Herrn Windthorst.

(Bravo! rechts.)

Ich glaube, daß Herr Woermann die Sachen genauer kennt als Herr Windthorst, während Herr Windthorst gewiß sonst uns Allen an mannichfachen Kenntnissen überlegen ist, aber in Bezug auf Afrika habe ich keinen Glauben an ihn. Die Regierung hat Autoritäten, wie denen der Herren Woermann, von Jantzen und Thormählen dieser Hamburger Firmen, dieser angesehenen fürstlichen Kaufhäuser, die mit ihren eigenen

Interessen, mit ihrem ganzen Vermögen für den Erfolg der Unternehmungen engagirt sind, denen hat sie volles Vertrauen geschenkt, sie ist denen in fidem nachgegangen, — sie kann ja darin irren, aber es ist nicht wahrscheinlich. Wenn die kaufmännische Aristokratie eines großen Handelsemporiums, des ersten in Deutschland, des ersten auf dem Kontinent, diese Wege aus freier Wahl eingeschlagen hat, nicht etwa genöthigt durch irgend eine Regierungsinitiative, und sie steht nachher dafür ein, setzt ihr Vermögen dazu ein: hat denn Deutschland zu dem kaufmännischen Geschick seiner ersten Handelsstadt nicht so viel Zutrauen, daß es ihr da mit 50 000 *M.* oder einer Barkasse zu folgen im Stande ist?

(Bravo! rechts.)

Sind die Hamburger so einfältig, daß sie nicht wissen, was ihnen frommt?

(Bravo! rechts.)

Haben wir gegen Hamburg, den eigentlichen Führer unseres deutschen Exportes nach überseeischen Ländern, ein solches Mißtrauen, daß wir glauben, die Leute werden die deutschen Interessen falsch behandeln? Ja, meine Herren, dann verzichten wir auf die Aktion, dann kriechen wir auf unsere thüringer Berge zusammen und sehen das Meer mit dem Rücken an. Das ist das Beste, was wir thun können.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Meine Herren, ich habe für meine Kräfte heute genug geredet, obwohl mein Herz von dieser Sache voll genug ist; aber ich fürchte, ich möchte schließlich in Unmuth übergehen, nachdem ich auch heute denselben Kommissionsturm wieder wie gestern gehört habe.

Also ich kann Ihnen nur empfehlen, nehmen Sie diese Vorlage an und entscheiden Sie sich damit für Beibehaltung und Befolgung der Kolonialpolitik in dem Sinne, wie sie von den hanseatischen Pionieren unseres Handels begonnen und von der Regierung unter ihren Schutz genommen ist! Wenn Sie die heutige kleine Position ablehnen, so nehme ich an, Sie haben „nein“ gesagt, und dann fallen die Folgen auf Ihre Verantwortung, aber nicht auf meine.

Auf eine nun folgende Rede des Abg. Richter replicirte der **Reichskanzler** kurz wie folgt (Stenogr. Ber. S. 537):

Es ist mir nicht erinnerlich, in meiner ersten Aeußerung heute etwas gesagt zu haben, was so ausgelegt werden könnte, oder von mir so gemeint worden wäre, als hätte ich auf polemische Vorreden aus der Fraktion des Herrn Abgeordneten Richter antworten wollen. Es hat das nicht in meiner Absicht gelegen; ich habe nur den Schluß der Rede des Freiherrn von Stauffenberg gehört, ohne über die Tragweite der ganzen Rede ein Urtheil zu gewinnen, und habe die ganze Rede des Herrn von Bunsen gehört, die mich in ihrer Gesammtrichtung nur sympathisch angesprochen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn ich irgend etwas richtig gestellt habe von dem, was mir über den Inhalt früherer Aeußerungen zugekommen ist, so hat kein polemisches, sondern nur ein sachliches Bedürfniß mich dazu veranlaßt, wie ich das z. B. auch gegenüber der Aeußerung des Herrn Abgeordneten Richter in Anspruch nehme, welcher sagte, ich wäre zurückgekommen auf die Abstimmung vom 15. Dezember. Ich würde das nicht gethan haben, wenn nicht der Herr Abgeordnete Windthorst darauf zurückgegriffen hätte, indem er sagte, die damalige Forderung sei durch die Kolonialbedürfnisse motivirt — die nämlich einer dritten Abtheilung im Auswärtigen Amt —. Es war für mich nothwendig, das zu berichtigen; ich würde sonst nach Lage der ganzen Dinge meinerseits die Abstimmung vom 15. Dezember nicht erwähnt haben.

Im übrigen kann ich mich nur freuen, daß ich ausnahmsweise einmal das Vergnügen habe, mich mit dem Herrn Abgeordneten Richter in Uebereinstimmung zu bewegen.

(Bravo! links. Heiterkeit.)

Das Wort erhielt hierauf der Abg. Frhr. von Hammerstein und nach demselben der Abg. Dr. Windthorst. Dieser meinte, der Reichskanzler habe die Debatte persönlich zugespitzt und führte des Weiteren aus: er habe den Eindruck, daß die Erregung, welche sich jetzt der Nation bemächtige, dazu benutzt werde, um das Haus zu einem schnellen Votum zu veranlassen. Er wolle auf der Kommissionsberathung nicht bestehen, erkläre aber, daß er bei seinem Votum für die Position sich für die Kolonialpolitik des Reichskanzlers nicht engagire. Es werde vielleicht einst der Tag

kommen, wo man sagen werde, er, der Redner, habe ruhig warten wollen, ehe er das Land in eine Verwickelung hineingeführt habe. Der **Reichskanzler** trat diesem Redner in nachstehender Weise entgegen (Stenogr. Ber S. 541 ff.):

So ungern ich die Debatte verlängere, die ja nutzlos scheint, so bin ich doch durch die Bedeutsamkeit des Herrn Vorredners und durch die Stellung, die er als Redner in unseren parlamentarischen Kreisen sich erworben hat, genöthigt, auf das, was er in seiner jüngsten Aeußerung Neues gesagt hat, mit einigen Worten zu antworten, schon im Interesse meiner persönlichen Reputation als friedfertiger und verträglicher Mensch; denn der Herr Vorredner hat damit begonnen, daß er sein Bedauern darüber aussprach, daß die ruhigste und sachlichste Diskussion gar nicht stattfinden könnte, ohne daß von meiner Seite Persönlichkeiten hineingebracht würden. Nun rufe ich die ganze Versammlung zum Richter an, ob das heute von meiner Seite der Fall gewesen ist. Ich glaube ruhig und sachlich gesprochen zu haben, und am allerwenigsten bin ich geneigt, dem Herrn Vorredner gegenüber Persönlichkeiten einzuflechten, mit dem ich auf keinem gleichen Standpunkte stehe. Ich kann von mir sagen: Von Zeit zu Zeit hör' ich ihn gern und hüte mich, mit ihm zu brechen,

(lebhafte Heiterkeit;)

aber ich finde da durchaus keine Gegenseitigkeit, er schont mich durchaus gar nicht. Er ist ja gewiß in seinen hohen Jahren, bei seiner Stellung wahrheitsliebend mit der größten Genauigkeit; aber ich finde, daß er mir gegenüber einen kleinen Hang zur Uebertreibung hat, — Jäger ist er nicht, aber der Hang zur Uebertreibung ist da.

(Heiterkeit.)

Er sagte im Beginn seiner Rede, — und er hört so fein, wie wir Alle wissen, daß er mich kaum mißhört haben kann, — daß ich behauptet hätte, alle anderen Menschen wüßten gar nichts außer mir. Das hat mir doch sehr fern gelegen; ich habe blos behauptet, daß Herr Woermann und Genossen in dieser Sache mehr wüßten, als Herr Windthorst und ich zusammen. Das behaupte ich auch noch. Das ist doch aber durchaus verschieden von der Art von Ueberhebung, die der Herr Vorredner mir Schuld giebt — ich habe unter Umständen viel Selbstgefühl, aber ich halte mich im ganzen für einen

bescheidenen Menschen und möchte mich gegen dieses falsche Licht, das in der öffentlichen Meinung durch ein so angesehenes Urtheil auf mich fällt, einigermaßen salviren. Und das kann ich nur wiederholen, daß ich wirklich ein gewisses Vertrauen auf die hanseatische Kaufmannschaft habe; und wenn der Herr Vorredner sagt, diese — ich weiß nicht, ich verstand so, daß er sie Handelskönige oder etwas ähnliches nannte; ich bin des Ausdrucks nicht ganz sicher, aber ein „König" war dabei —

(Heiterkeit)

sie seien plötzlich aufgetaucht, wir hätten sie früher nicht gekannt und ohne sie sehr glücklich gelebt, — ja, das war in der Zeit, als Deutschland überhaupt so zerrissen war, daß das Königreich Hannover, in dem der Herr Vorredner Minister war, von den Handelsinteressen Hamburgs, seines Nachbarstaates, sehr wenig oder gar nichts wußte

(lebhafte Heiterkeit),

sonst würde der damalige hannöversche Minister doch auch diese Handelskönige, wie er sie, glaube ich, nannte, schon einigermaßen wahrgenommen haben. Daß die in Folge der Konsolidation des deuschen Volkes, in Folge der Errichtung des deutschen Reiches größer geworden sind, daß sie angeschwollen — im besten und wünschenswerthesten Sinne — seitdem sind, das glaube ich gern; aber eine Ahnung sollte der frühere hannöversche Minister von dieser Zukunft Hamburgs doch immer damals schon gehabt haben.

(Heiterkeit rechts. Abg. Dr. Windthorst: Ganz gewiß!)

Ich kann das nicht als eine ganz ephemere und unerwartete Erscheinung betrachten, daß Hamburgs Handel seine Fühlfäden nach überseeischen Ländern unter dem Schutze des deutschen Reichsadlers ausstreckt da, wo er früher mit dem Hute in der Hand bei Fremden bettelnd sich durchzuschlagen suchte

(Bravo! rechts)

oder, wie Herr Woermann die Sache aus seinen und seines Herrn Vaters Erfahrungen kennt, den Schutz fremder Mächte anrufen mußte, und daß jetzt der deutsche Schutz dafür eintritt. Natürlich, das hat Hamburg ein gewisses Selbstgefühl gegeben; aber das gönne ich ihm.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner ist ferner in einen eigenthümlichen Widerspruch mit seiner ersten Rede gerathen. Zuerst sprach

er von „Feinden ringsum"; wir waren kleine, ängstliche, unvermögende Leute, die sich zur See und zu Lande nicht in dem Maße wie Portugal wahren könnten, und die jedem Ehrgeiz über See entsagen müßten, weil sie nicht stark genug wären, sich auf beiden Elementen zugleich zu vertheidigen; jetzt sagt er in seiner Rede: es ist gar keine Kunst, an der Spitze von zwei Millionen Soldaten

(Heiterkeit rechts)

europäische Politik mit Erfolg zu treiben. Nun, zwei Millionen — ich hoffe für die Zukunft, daß darin eine Vorbedeutung liegt für die Bewilligung von Seiten der Zentrumspartei —

(Heiterkeit)

so weit gehen unsere Prätensionen noch nicht; aber Andere haben eben auch Millionen von Soldaten. Ich bin ja weit davon entfernt, das Verdienst der auswärtigen Politik Seiner Majestät des Kaisers im Vergleich mit dem viel größeren der militärischen Leistung in der preußisch-deutschen Politik irgend wie zu überschätzen. Ich habe mich meiner Leistung nie gerühmt, und ich bin überzeugt, daß jeder an meiner Stelle, gestützt auf die preußische Armee, namentlich aber der Herr Vorredner, es gerade so gut gemacht haben würde wie ich.

(Heiterkeit.)

Kurz ich bin nicht ruhmbegierig, ich gönne den — nicht zwei Millionen, aber, sagen wir, einer Million deutscher Soldaten, zu denen ich selbst im geistigen Sinne mich zuzuzählen, mir immer zur Ehre rechne, — denen gönne ich das Verdienst in unserer ganzen Entwickelung nicht nur des deutschen Reiches, sondern auch der Politik, die seitdem getrieben worden ist. Ohne diese Basis hätten wir die nicht treiben können, darin hat der Herr Vorredner ganz Recht; aber er behauptet etwas, was ich nie bestritten habe, oder vielmehr er bestreitet etwas, was ich nie behauptet habe, nämlich als ob das diplomatische Verdienst in der deutschen Politik über das militärische hinausgehe. Das ist nicht der Fall. Da sitzt der Herr

(auf den Abgeordneten Grafen von Moltke deutend),

dem wir die Einheit des deutschen Reiches nächst Seiner Majestät dem Kaiser verdanken; nicht mir.

(Bravo!)

Ich habe über diesen Punkt schon öfter gesprochen, und ich will alte Geschichten von Schlachtfeldern hier nicht wiederholen;

aber ohne die Armee kein Deutschland: weder wäre es geworden, noch ist es zu halten.

Dann möchte ich doch den Herrn Vorredner bitten, auch selbst einer so befreundeten Macht gegenüber, wie England, nicht in der leichten Weise von der Tribüne her den Frieden — ich will nicht sagen — zu stören, aber das Vertrauen auf den Frieden, indem er darauf hindeutet in dieser mehr oder weniger politischen Debatte, daß die Möglichkeit vorhanden sei, daß wir England einmal in Waffen gegenüberstehen könnten. Diese Möglichkeit bestreite ich absolut, die liegt nicht vor, und alle diejenigen Fragen, die jetzt zwischen uns und England streitig sind, sind nicht von der Wichtigkeit, um einen Friedensbruch zwischen uns und England weder drüben noch auf dieser Seite der Nordsee zu rechtfertigen, und ich wüßte nicht, was sonst zwischen uns und England für Streitigkeiten entstehen könnten; sie sind nie gewesen. Wir sind, soviel ich mich rückwärts erinnere, einmal im Leben mit England im Kriege gewesen, das war im Jahre 1805 bis 1806. Ich will die Data hier nicht präzisiren, aber das war eine vollständig unnatürliche Situation, indem das damalige Preußen in einer Zwangslage dem übermächtigen Frankreich gegenüber sich befand. Ich kann nach meinen diplomatischen Erfahrungen keinen Grund absehen, warum ein Friedensbruch zwischen uns und England möglich sein sollte, es müßte denn irgend ein unberechenbares Ministerium in England, das weder da ist noch nach der politischen erblichen Weisheit der englischen Nation wahrscheinlich ist, in der ruchlosesten Weise uns angreifen und beschießen — ja, mein Gott, dann werden wir uns wehren — aber abgesehen von dieser Unwahrscheinlichkeit ist gar kein Grund für eine Friedensstörung, und ich bedauere, daß der Herr Vorredner mich in die Nothwendigkeit versetzt hat, durch seine Andeutung dieser Möglichkeit meine Ueberzeugung entgegensetzen zu müssen. Unsere Meinungsverschiedenheiten gegenüber England werden in menschlich absehbarer Zeit niemals die Tragweite haben, daß sie nicht durch ehrlichen guten Willen und geschickte vorsichtige Diplomatie, wie sie von unserer Seite sicherlich getrieben wird, erledigt werden könnten.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mehrmals mit größter Emphase wiederholt, wir müßten uns diese Frage außerordentlich sorg-

fältig überlegen, wir müßten sehr vorsichtig darin urtheilen, und wir liefen die größte Gefahr, ins Verderben zu gerathen, wenn wir diese Vorsicht nicht in dem Maße übten, wie er es uns vorführte. Nun, ich weiß nicht, sind wir so unvorsichtig und leichtfertig in diese Sachen hineingegangen? Es ist seit Jahren vorbereitet, es sind große auswärtige Correspondenzen darüber geführt — die liegen Ihnen allen vor —, es ist in einer Kommission geprüft, endlich aber kommt der Moment, wo man sagen muß: hic Rhodus, hic salta! jetzt muß der Herr Vorredner zahlen oder protestiren: tertium non datur.

(Heiterkeit.)

Und daß er seinerseits eine Kolonialpolitik überhaupt nicht will, ja das ist uns klar aus dem Ganzen. Das ist eine Meinung, deren Berechtigung ich weit entfernt bin zu bestreiten. Er befindet sich da auf demselben Boden, wie früher der Herr Abgeordnete Bamberger. Und die Herren werden ja darüber einig sein, aus welchen Gründen sie die Kolonialpolitik nicht wollen. Das braucht uns der Herr Abgeordnete nicht zu versichern. Wir haben das aus seinen ganzen Deduktionen und aus der Weise, wie er die Entscheidung darüber hinzuhalten sucht — wenn er das ihm Unerwünschte nicht verhindern kann, so will er doch wenigstens einen Aufschub —, gestern und heute gesehen, und daraus mache ich ihm keinen Vorwurf. Es wird seine tiefinnerste Ueberzeugung sein, daß eine Kolonialpolitik uns schädlich ist. Aber Vorsicht in der Erwägung haben wir nachgerade genug geübt, und ich möchte nur sagen: Worte sind über diese Frage genug gewechselt, lassen Sie uns jetzt die That einer Abstimmung sehen.

Nach kurzer Debatte wurde sodann, da der Antrag auf kommissarische Berathung vom Abg. Dr. Windthorst zurückgezogen worden war, die Position in der, der ersten sofort folgenden zweiten Berathung bewilligt.

Sozialpolitische Anträge.

(Sitzung vom 15. Januar 1885. Stenogr. Ber. S. 630 ff.):

Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Berathung des Antrages der Abgg. Dr. Frhr. von Hertling und Genossen wegen Vorlegung eines Arbeiterschutzgesetzes (Sonntagsarbeit, Frauen- und Kinderarbeit, Maximalarbeitszeit erwachsener

männlicher Arbeiter) in Verbindung mit der ersten Berathung des von dem Abg. Lohren eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Ergänzung des § 136 der Gewerbeordnung und der ersten Berathung des von den Abgg. Dr. Kropatscheck, Freiherr von Göler, von Kleist eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883. Als erster Redner trat der Abg. Dr. Baumbach auf, welcher nur einen Maximalarbeitstag für diskutabel erklärte, indem er darlegte, daß ein Normalarbeitstag nur möglich sei, wenn er Hand in Hand mit einem Normalarbeitslohn stehe, und dieser wieder nur, wenn man auch einen Normalarbeitsmenschen einführen könnte, den es natürlich nicht gebe. Redner ging am Schlusse seiner Ausführungen auf die vom Bundesrathe beabsichtigte Vorlage, betreffend die Erhöhung der Getreidezölle, über und schilderte dieselbe als eine nicht arbeiterfreundliche. Der **Reichskanzler** erwiderte hierauf folgendes:

Ich hatte nicht geglaubt, daß bei dieser Gelegenheit die Frage der Getreidezölle von dem Herrn Vorredner in die Diskussion gezogen und in der Art und Weise gekennzeichnet werden würde, wie es am Schluß seiner Rede geschehen ist. Ich habe ihm darauf nur in kurzem zu erwidern, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie Ihnen Vorlagen wegen Erhöhung der Getreidezölle machen, dabei eben von den arbeiterfreundlichen Gesinnungen, von denen sie beseelt sind, geleitet werden. Diese Vorlagen sind gemacht einmal im Interesse der Arbeiter, die bei der Landwirthschaft thätig und die vom Gedeihen derselben abhängig sind — ich glaube, daß in keinem einzigen Gewerbe mehr Arbeiter betheiligt sind als in der Landwirthschaft —, dann aber auch im Interesse aller Geschäfte, die überhaupt Arbeit und Brot geben; sie alle werden gedeihen. Es ist ein altes Sprichwort: Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt. Retten Sie die Landwirthschaft vor Dürftigkeit, vor der Nothwendigkeit, ihre Intensität, ihre Arbeiterzahl zu vermindern und immer mehr Arbeiter nach den Städten hineinzuwerfen, die auf dem Lande ihr Brot nicht finden können, weil es nicht mehr lohnt, die Landwirthschaft in dem Umfange zu betreiben wie bisher; erhalten Sie den Landwirthen und dem großen Grundbesitz, also der Majorität — ich meine nicht den Großgrundbesitz, sondern die große Masse des Grundbesitzes, den bäuerlichen sowohl wie den ausgedehnten — die Kauffähigkeit, von der allein die übrigen Arbeiter leben, und Sie werden die ganze Industrie und die ganze Arbeiterbevölkerung dadurch unterstützen und ihr Gelegenheit zu dauerndem Ver-

dienste geben. Thun Sie das Gegentheil, wie der Herr Vorredner es zu meinem Bedauern am Schlusse seiner Rede gethan hat, die sonst viel ansprechendes für mich hatte, — fassen Sie es von der Seite auf, so kommen Sie dahin, durch Verarmung der Landwirthschaft die Industrie zu schädigen, weil ihr die Abnehmer fehlen. Wird die Industrie geschädigt, so ist der erste, der darunter leidet, der industrielle Arbeiter, weil ihm die Henne, die ihm die Eier legt, stirbt oder ausgeschlachtet wird. Es gibt keine größere Kalamität für die Arbeiter als den Niedergang der Industrie überhaupt, mag er herbeigeführt sein, auf welche Weise man will.

Ich bin mit dem Herrn Vorredner über die Unmöglichkeit eines Normalarbeitstages ganz einverstanden. Ich will darauf nicht eingehen, weil ich wiederholen müßte, was der Herr Abgeordnete Dr. Buhl gestern gesagt hat.

Was der Herr Vorredner, ehe er auf die Irrthümer seiner Partei über Getreidezölle gerieth, auch seinerseits gesagt hat, das will ich nicht hier wiederholen, sondern nur in kurzen Sätzen zusammenfassen.

Ein Maximalarbeitstag hat die Gefahr, daß nun ein jeder Arbeitgeber sich berechtigt hält, bis auf das Maximum heraufzugehen, auch der, welcher es früher nicht gethan. Wenn es heißt: „14 Stunden — was ich für einen ungeheuerlichen Arbeitstag und für unzulässig halte — dürfen nicht überschritten werden," so wird auch der Arbeitgeber, der bisher nur 10 oder 12 Stunden arbeiten ließ, sich sagen: bis 14 Stunden kann ich gesetzlich gehen! Darin liegt die Gefahr für eine Maximalbestimmung.

Ein Normalarbeitstag, wenn er sich erreichen ließe, wäre ja außerordentlich wünschenswerth. Wer empfindet nicht das Bedürfniß, zu helfen, wenn er den Arbeiter gegen den Schluß des Arbeitstages müde und ruhebedürftig nach Hause kommen sieht, wenn er ihn mißmuthig unter der Zumuthung von Ueberstunden, erbittert darüber findet, daß ihm die Ruhe nicht gestattet ist, die ihm lieber wäre als das Geld, was er für die Ueberstunden noch verdient! — der müßte kein Herz im Leibe haben, der nicht den dringenden Wunsch hätte, dem Arbeiter aus dieser Nothlage herauszuhelfen. Wie dies aber gemacht werden soll, — ja, da hoffe ich, daß, wenn es dahin kommt, daß die Regierung sich mit den Arbeiten beschäftigt, die Herren, welche

den Antrag auf Normalarbeitstag gestellt haben, auch ihrerseits die Leitung der Thätigkeit der Regierung dabei übernehmen werden; denn die Herren, welche diesen Antrag gestellt haben, wissen offenbar ein Mittel, wie es zu machen sei

(Heiterkeit);

sonst würden sie den Antrag doch nicht gestellt haben.

(Heiterkeit.)

Sie würden der Regierung einen außerordentlichen Gefallen thun, wenn sie über die Art, wie das zu machen ist, sich näher aussprechen und die Weisheit, in deren Besitz sie bisher sind und in deren Besitz sie den Antrag gestellt haben, der Regierung mittheilen wollten, damit wir uns danach richten könnten. Wir würden sehr dankbar sein.

Bisher stoßen wir uns immer an dem ersten Satz. Den will ich kurz nur reassumiren und zwar dahin, daß ein Normalarbeitstag nothwendig einen Normallohnsatz bedingt; sonst laufen wir Gefahr, daß, wenn Sie den Arbeitstag um durchschnittlich 20 Prozent heruntersetzen, der Lohnsatz unaufhaltsam, ohne daß die Regierung es hindern kann, allmählich oder schnell ebenfalls um 20 Prozent fällt. Wer soll nun diesen Ausfall tragen? wer ersetzt das? wollen Sie das aus Staatsmitteln dem Arbeiter ersetzen, was er durch Lohnverminderung erleidet? Der Arbeiter hat in den meisten Fällen jetzt gerade so viel, wie er bei seinen Bedürfnissen braucht; sinkt der Lohn, so hat er weniger. Also das muß ihm auf irgend eine Weise ersetzt werden. Wollen Sie es dem Arbeitgeber auferlegen, wie ich aus dem Tenor der Rede des Herrn von Hertling schließe, so ist es möglich, daß eine Anzahl Industrien das tragen können; ob sie es tragen wollen, ob sie sich nicht zurückziehen, ob nicht dadurch, wie ich vorhin sagte, der Tod der eierlegenden Henne eintritt, die Arbeit absolut aufhört, und der Arbeiter gar keine Arbeit mehr findet, — das ist eine Frage, die kann durch Enqueten ermittelt werden, und ich bin gegen keine Enquete. Vergegenwärtigen Sie sich doch, daß sich im Augenblick in der Umgebung von Paris Zeitungsnachrichten nach 300 000 brotlose Arbeiter konzentriren, weil die französische Industrie sich nicht mehr in der Lage befindet, sie zu beschäftigen. Könnte es mit irgend welchem Gewinne geschehen — daß sich irgend ein Fabrikant aufopfert und mit Verlust arbeitet, das erwarten Sie doch wohl selber nicht — könnte also die Industrie in Paris und in Frankreich mit Gewinn

betrieben werden, so würden diese 300000 Leute Arbeit haben; sie würden vielleicht kümmerlich und im Schweiße ihres Angesichts Brot haben und es vielleicht mit einer gewissen Verbitterung genießen, aber sie würden überhaupt Brot haben. Was jetzt daraus werden soll, das weiß ich noch nicht.

Also auch nach der Seite liegt ein Extrem, dem man nicht zu nahe treten muß. Die Konkurrenz im Inlande kann durch allgemeine Bestimmungen beschränkt werden; aber die Spitze unserer Industrie ist die Exportindustrie; lassen Sie die Exportindustrie konkurrenzunfähig werden mit dem Auslande, und unsere ganze Industrie wird darunter leiden; die Möglichkeit, die Arbeiter zu beschäftigen, wird sofort erheblich zurückgehen, wenn die Exportindustrie geschädigt und nicht mehr mit dem bisherigen Erfolge zu arbeiten im Stande ist. Das sind Klippen, Scylla und Charybdis auf der einen und auf der anderen Seite; ein allgemeines Rezept, bei jedem Sturm, bei jedem Wetter zwischen Scylla und Charybdis richtig durchzufahren, wird keiner geben können. Es ist ganz unmöglich, das in genereller Weise zu reglementiren. Es ist überhaupt, wie ich schon vor einigen Wochen oder Monaten von dieser Stelle bemerkt habe, eine ganz außerordentlich gefährliche und, ich glaube, undankbare Aufgabe, die Illusion zu nähren, daß sich ein allgemeiner Normalarbeitstag überhaupt festlegen läßt. Die Fiktion, die der Herr Vorredner auch schon berührte, daß Arbeit Arbeit sei, gleichviel wie viel werth sie ist, welchen Ertrag, welchen Lohn sie bringt, — daß da gleiche Bezahlung, gleicher Lohn, gleiche Arbeitszeit nothwendig sein sollen, das ist ein Irrthum, und es würde in der Praxis sofort sich mit dem größten Schaden für unsere Wohlfahrt bestrafen, wenn wir uns diesem Irrthum hingeben wollten. Ich bedaure, daß der Antrag Hertling in dieser Richtung überhaupt gestellt ist; er macht den Eindruck, als ob er darauf berechnet wäre, den Arbeitern zu sagen: wir alle, die ihn unterzeichnen, haben die Ueberzeugung, daß hier zu helfen ist, und die Regierung soll es machen: in zwei Monaten soll sie ein Gesetz der Art vorlegen; sie kann es, sonst würden wir es ihr nicht zumuthen; es liegt also bloß an ihrem bösen Willen, wie einer der polnischen Herren schon gestern sagte: „Cherchez le chancelier!“, der ist allein schuldig, daß den Arbeitern diese Wohlthat, die ihnen zu gewähren in der Hand der Regierung lag, nicht längst gewährt ist. Durch

Ihren Antrag kündigen Sie öffentlich an: Die Regierung kann das leisten! Das ist Ihre Ueberzeugung. Können Sie diese Ueberzeugung rechtfertigen, dann ist es wirklich eine Härte gegen die Regierung und eine Lieblosigkeit gegen Ihr Vaterland, daß Sie das Rezept, mit dessen Kenntniß Sie der Regierung diese Zumuthung stellen, nicht offenkundig hergeben. Sie haben ja das Recht der Initiative der Gesetzgebung; so schlagen Sie uns durch ein Gesetz vor, wie das ungefähr zu machen sei. Mein Latein ist dabei zu Ende, ich gestehe aufrichtig, daß ich nicht weiß, wie diese Schwierigkeiten, die Sie in wenigen Monaten, in dieser Session für überwindbar halten und deren Lösung Sie von der Regierung verlangen — wie die gelöst werden sollen; ich bitte Sie auf das Dringendste darum, unterrichten Sie mich, wie das zu machen ist, und wenn Sie das nicht vollständig in den Wind geredet haben wollen, so legen Sie in diesen acht Tagen noch einen Gesetzentwurf hier vor, der das verwirklicht, was Sie von der Regierung wollen, wenigstens in der Skizze oberflächlich andeutet, wie diese Schwierigkeiten, die ich anführe, zu umgehen sein würden.

So kommt mir die Sache vor, wie ich wohl von Souveränen gehört habe, die sagten: „Mein Wille ist, daß Jeder in meinem Staate glücklich, zufrieden, frei und gehorsam sei; wie das zu machen ist, das ist Sache der Schreiber von Ministern; darum habe ich mich als Fürst nicht zu bekümmern." Das ist ungefähr die Stellung, die das Centrum mit diesem Antrage einnimmt. Wir Schreiber von Ministern sollen uns etwas ausdenken, was Sie selbst nicht wissen.

(Bewegung im Zentrum.)

Wenn Sie es wissen, so wiederhole ich meine dringende Bitte: Sagen Sie, wie das zu machen ist. Behalten Sie Ihre Weisheit nicht für sich als ein Patent, was geheimgehalten werden soll. Können Sie die Möglichkeit schaffen, daß ein Normalarbeitstag in einer für Alle annehmbaren Länge — sagen wir 10 Stunden — geschaffen werde, ohne daß der Arbeiter an Lohn verliert und ohne daß eine Industrie leistungsunfähig wird; dann thun Sie es.

Aber wenn Sie diese Aufgabe für Deutschland allein erfüllt haben, dann haben Sie noch das Wenigste gethan; es sei denn, daß Sie Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben könnten und daß wir uns in Konsumtion und Produktion gegen-

seitig vollständig genügten, die Nation in allen ihren Ständen und Abtheilungen. Das ist aber nicht der Fall. Die ganze Sache wäre nur dann ausführbar, wenn wir durch ein Abkommen mit der ganzen Welt so, wie der General-Postmeister einen Weltpostverein gestiftet hat, einen Weltarbeitstagsverein herstellen könnten zugleich mit einem Weltlohnsatzverein, der Amerika, England und alle, die Industrien haben, kurz: alle Welt umfaßte, und daß auch Keiner sich unterstände, seinen Beamten und seinen Aufsichtsbeamten — oder diese ihren Arbeitern zu gestatten, im Interesse der Konkurrenz von diesem Satze im Mindesten abzuweichen. Daß das nicht möglich ist in der Welt, in der wir leben, das werden Sie selbst mir zugeben.

Wenn wir aber allein auf diese Bahn uns begeben werden, dann haben wir auch allein die Folgen unseres Experiments zu tragen, und ich glaube nicht, daß es uns gelingen wird, auch nur einen einzigen unserer Nachbarn zur Nachfolge zu bewegen. Diejenigen, die es gethan haben, haben es nur anscheinend möglich machen können. Nicht überall wird das Befolgen der Gesetze so genau überwacht wie bei uns, und in Folge dessen ist nicht überall dieselbe Gewissenhaftigkeit vorhanden. Der Arbeitstag ist thatsächlich nirgends durchgeführt, angeblich noch am genauesten in der Schweiz. Daß er auch dort umgangen wird und toto die umgangen wird, daß von den kontrollirenden Beamten überall die Unmöglichkeit eingesehen wird, das gegebene Versprechen zu halten, das ist Ihnen Allen bekannt und ist hier von den Rednern auch schon gesagt worden.

Wir, die verbündeten Regierungen, wollen aber keine Versprechungen geben, die wir nicht glauben halten zu können; je mehr wir von dem dringenden Wunsche beseelt sind, für die arbeitenden Klassen nicht blos, sondern für alle Nothleidende und den unteren Steuerklassen Angehörige durch den Staat zu thun, was irgend in den Kräften und der Möglichkeit des Staates ist: um so weniger werden wir uns dazu hergeben, nach Popularität zu haschen dadurch, daß wir Dinge versprechen, die wir nicht für realisirbar halten.

(Bravo rechts.)

Nach längerer Debatte wurde die weitere Berathung der Anträge vertagt.

Die Abänderung des Zolltarifs.

(Sitzung vom 10. Februar 1885. Stenogr. Ber., S. 1194 ff.)

Der Reichstag beschäftigte sich an diesem Tage mit der ersten Berathung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879. Als erster Redner trat der Abg. Rickert gegen die Vorlage auf. Er wollte derselben eine wichtige Bedeutung, nicht so sehr in finanzpolitischer als in sozialpolitischer Beziehung beilegen und meinte, wenn die Vorlage vor den Wahlen gekommen wäre, so würde das Resultat der letzteren ein ganz anderes gewesen sein. Durch die Erhöhung der Getreidezölle würde man der Sozialdemokratie eine mächtige Waffe in die Hand geben. Bezüglich der Holzzölle sich in ähnlichem Sinne aussprechend, warnte der Redner davor, weiter auf der Bahn einer Wirthschaftspolitik vorzuschreiten, die zum Unheil für unser Land ausschlagen müßte. Der preußische Staatsminister Dr. Lucius und der Abg. Dr. Frege traten diesen Ausführungen entgegen, und nach letzterem ergriff der Abg. Holtzmann das Wort, um im Namen eines Theils der Nationalliberalen die Gründe darzulegen, weshalb diese sich mit den projectirten Zöllen nicht befreunden könnten. Der **Reichskanzler** vertheidigte den Standpunkt der verbündeten Regierungen durch nachstehende Rede:

Die Diskussion hat sich heute wesentlich auf dem Gebiete der Spezialfragen über Korn- und Holzzölle bewegt. Ich würde daher mit einer Aeußerung abwarten, bis die Spezialdiskussion über diese beiden Punkte herankommt, um mich zu äußern; aber die Rede des letzten Herrn Abgeordneten enthielt doch einige Irrthümer, die ich nicht so lange unwidersprochen möchte in der Welt bestehen lassen, wie vielleicht Zeit vergeht, bis wir nach der Gangart, die die Diskussion heute nimmt, in die Spezialdiskussion gelangen werden.

Ich will mit den letzten Aeußerungen des Herrn Abgeordneten beginnen, ohne mich aber auf das mir gänzlich unbekannte Gebiet der Spitzenklöppelei einzulassen; ich will also bei dem mir vertrauteren der Holzzölle einsetzen. Da hat der Herr Abgeordnete gesagt, wir würden, wenn wir die schwedische Konkurrenz aus Deutschland ausschließen, den schwedischen Holzhändler zu unserem Konkurrenten in Holland und Belgien machen. Dem Herrn Abgeordneten muß nicht bekannt sein, daß diese Konkurrenz längst besteht. Die Herren Abgeordneten aus Ostfriesland und Westfalen werden mir bezeugen, daß das schwedische Holz die Ems aufwärts geht und in den Emshäfen mit dem westfälischen Holze konkurrirt. Die Herren vom Ober-

rhein werden mir bezeugen, daß noch heute, obschon die vor 6 Jahren, glaube ich, beschlossenen Holzzölle die Konkurrenz sehr erschwert haben, das schwedische bearbeitete Holz den Rhein aufwärts geht bis ins badische Oberland. Also diese Konkurrenz ist schon längst vorhanden, und die Befürchtung des Herrn Abgeordneten, wir möchten uns dieselbe zuziehen in unserem Holzhandel in Holland und Belgien, ist eine illusorische und ohne Begründung.

Er hat ferner die Besorgniß ausgesprochen, daß schwedische Bretter, deren wir nothwendig bedürften, bei uns nicht mehr eingeführt werden könnten. Ja, meine Herren, es ist allerdings mit der Zweck der Vorlage, die Einfuhr schwedischer Bretter zu vermindern; wir wünschen, daß die Schweden ihr Holz im rohen Zustande einführen und dem Deutschen wenigstens die Verarbeitung überlassen. Ueberhaupt hat der Herr Vorredner die Holzzölle in seiner Deduktion aus einem Gesichtspunkte aufgefaßt, der nicht der der Regierung ist, wenigstens nicht der meinige. Der Herr Vorredner schien als den ausschließlichen Zweck der Holzzölle anzusehen, die Forsten und die Holzzucht an sich zu schützen. Ja, das ist einer der Zwecke; aber der am nächsten liegende ist doch auch hier der Zweck, die Arbeit zu schützen, welche am Holz und im Walde stattfindet. Vor der jetzigen Zollgesetzgebung habe ich beispielsweise aus Schlesien von Augenzeugen vielfach die Klage gehört, daß die Arbeiter, die der schlesische Wald sonst zu nähren, und die Spannkräfte, die er sonst zu beschäftigen pflegte, feierten, daß die Fuhrleute und die Arbeiter mit trübem Blick an der Eisenbahn ständen und die verarbeiteten galizischen Hölzer durchfahren sähen durch die Wälder, welche ihnen selbst vollauf Beschäftigung gewährt hatten.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist ganz unzweifelhaft, daß ein Wald, der in gutem Bestande ist und in vollem Betriebe und seinen Absatz hat und ausgebentet wird, namentlich, wenn man dahin gelangt, daß man auch die Veredelung des Waldproduktes im Walde oder in dessen Nähe selbst betreibt, beinahe so viel Hände beschäftigt wie der Ackerbau. Ich kann aus meinen eigenen Erfahrungen sagen, daß etwa 50 Hektare gut bestandener und gut betriebener Wald eine Familie beschäftigen. Die Anzahl der Waldarbeiter, die ich thätig sehe, entspricht ungefähr diesem

Verhältniß. Wenn die Wälder, in welchen diese Familien beschäftigt sind, in welchen diese Pferde, Fuhrleute und Pferdehalter arbeiten, wenn die plötzlich, wie das damals in Schlesien die Klage war, todt und leer ständen, und die Leute unbeschäftigt wären, dann entständen Kalamitäten und Gefahren derart, wie der Herr Vorredner sie befürchtet hat von dem Steigen der Holz- und der Kornpreise; dann entsteht die Unzufriedenheit der Arbeiter. Die Waldarbeiter und die landwirthschaftlichen Arbeiter sind auch Arbeiter. Es handelt sich nicht bloß um Fabrikarbeiter in den sächsischen Fabrikbezirken; es handelt sich um den gesammten Arbeiterstand in ganz Deutschland, und von dem bilden die landwirthschaftlichen und Forstarbeiter bei weitem die Mehrzahl

(sehr richtig! rechts);

für diese zu sorgen ist unsere Aufgabe. Wenn wir einen so wesentlichen Theil der nationalen Arbeit, wie denjenigen, der an dem in Deutschland gekauften und verbrauchten Holz stattfindet, rein dem deutschen Arbeiter sichern können, so ist das einer der Hauptvortheile, die ich mir von einem Holzzoll verspreche. Daß nebenher die Möglichkeit, Wald zu halten, Wald zu pflegen, aus Wald eine Rente zu ziehen, gefördert wird, ist ein Nebenvortheil, immer einer, der sowohl für die Staatsrevenüen wie für den Privatwohlstand und die klimatischen Verhältnisse hoch genug anzuschlagen ist.

Der Herr Vorredner hat auch das unbegründete Bedenken wieder vorgebracht, daß hohe Holzpreise die Waldverwüstung befördern würden. Einmal sind die meisten Wälder in sicheren Händen, im Staats- und im Kommunalbesitz; der Privatbesitz aber von Wald wird gewiß dadurch nicht gefördert, und es werden keine wüsten Wälder, die heruntergehauen sind, aufgeforstet werden, wenn man das Holz möglichst wohlfeil macht. Eine Prämie auf den Waldbesitz, auf die Holzzucht kann doch nur darin bestehen, daß man theure Holzpreise schafft; dann wird sich der Wald von selbst wieder anbauen. Jetzt ist es nicht rentabel, Wald anzulegen, nicht einmal rentabel, heruntergeschlagenen Wald wieder aufzuforsten, und es gehört besondere Liebhaberei und Interesse des Privatbesitzers dazu, wenn er überhaupt Wald, nachdem er ihn verkauft hat, wieder aufforstet; er kann sich mit Hilfe der Zinsaufzinsrechnung vollständig klar machen, daß ein Sparkassenbuch dem Walde, den

er anlegen will, schon in den ersten 50 Jahren vorausläuft, und bei 100 Jahren ganz unerreichbar wird. Rentabel ist die Sache bisher nicht, sie wird indessen dennoch gepflegt. Der Herr Vorredner ist also im Irrthum, wenn er unserer Vorlage hauptsächlich die Tendenz zuschreibt, die Holzpreise zu steigern. Die Skala der Verzollung weist nach, daß die Höhe genau mit dem Maße der Arbeit, das in dem Holze steckt, steigt, und meines Erachtens noch nicht in dem ausreichenden Maße.

Ich habe in den Zeitungen Berichte über Verhandlungen von Gegnern der heutigen Vorlage gelesen, wonach dieselben von dem Holzzoll Nachtheile in Bezug auf die Vertheuerung der Kohlen fürchten. Das zeigt, mit welcher Unwissenheit über diese Dinge geurtheilt und gesprochen wird. Jedermann weiß, daß Brennholz zollfrei ist und zollfrei bleibt. Ich habe in denselben Berichten Aeußerungen gefunden, daß der Getreidezoll nur einigen Großgrundbesitzern zu Gute komme. Nun, davon spreche ich nachher; es ist dies eine ganz phantastische Anschauung, die die Herren, wenn sie wirklich im Lande lebten, nicht theilen könnten. Ich werde gleich darauf zurückkommen; ich will nur erst die Frage von dem Holzzoll absolviren.

Also wir wünschen in der That, daß schwedische Bretter zu uns nicht hereinkommen, daß aber schwedisches Holz zur Nährung der Holzindustrien, die längs der Ostseeküste, in Holstein und längs der Nordseeküste vorhanden sind, so viel wie möglich und noch mehr als bisher hereinkommt; wir wollen nur dem Inlande die Arbeit sichern, die an diesem Holze zu verrichten ist, von der ersten rohesten Arbeit des Behauens und des zum Brett Schneidens bis zum Behobeln. Das ist die Tendenz. Es wird uns nicht ganz gelingen; denn selbst die jetzigen hohen Zölle decken uns noch nicht einmal am Oberrhein vollständig.

Der Herr Vorredner hat ferner darüber geklagt, daß manche Holzindustrien durch die Steigerung des Holzzolles wesentlich leiden würden. Das glaube ich nicht; ich glaube, wenn nur das Zerkleinern diesseits der Grenze übertragen und das Rohholz nach wie vor eingeführt wird, so wird das in geringem Maße der Fall sein. Er hat zum Belege angeführt, daß die Zellulosefabriken, mit denen er genauer bekannt ist, das Holz zu — ich glaube 12 oder 13 Mark führte er an — den Raummeter bezahlen müssen.

(Zuruf links: Festmeter!)

Das ist ein außerordentlich hoher Preis. Ich kenne dieses Geschäft auch ziemlich genau aus eigener Erfahrung; ich verkaufe meinem Mühlenpächter das Holz zur Bereitung von Zellulose für 3 Mark weniger 25 Pf. der Raummeter,

(Zuruf links: Festmeter!)

es wird nach Raummeter gehandelt; Sie haben Festmeter genommen, dann kommt der Raummeter statt auf 13 auf etwa 10 Mark in Sachsen. Sie haben ferner gefürchtet, daß dadurch viel mehr Nutzholz Brennholz wird. Die Holzqualität ist bei uns noch gar keine verschiedene. Meine Kontrakte, nach denen ich der Zellulosefabrik Holz zu liefern habe, besagen nach dem technischen Ausdrucke: „Klobenbrennholz habe ich zu liefern", also der Begriff wird ziemlich identisch sein und die Qualität des Nutzholzes wird dadurch nicht vermindert werden. Sie können meines Erachtens, wenn sie nicht Knüppelbrennholz unter 3 Zoll Durchmesser nehmen, jedes Brennholz zur Zellulosefabrikation verbrauchen, Kiefer sowohl wie Fichte, und ich kann dem Herrn Vorredner nur vorschlagen, wenn ihm das Holz in Sachsen zu theuer ist, so bitte ich ihn, nach Pommern zu kommen. Ich werde ihm billigeres Holz nachweisen und ihm mit 3 Mark den Raummeter verschaffen. Die Industrie ist dort nur am unrechten Platze. Warum siedelt sie sich gerade da an, wo das Holz am theuersten ist? Sachsen ist also nicht der rechte Platz für eine solche Industrie. Sie werfen der Forstverwaltung vor, daß sie ihr Geschäft nicht richtig betreibt. Diesen Vorwurf gebe ich dem Herrn Vorredner zurück. Er würde sein Geschäft richtiger betreiben, wenn er dahin ginge, wo die Wasserkräfte reichlich vorhanden sind — ich weiß wirklich nicht, was diese Industrie nach Sachsen zieht — aber wo das Holz doch nur den vierten Theil des Preises hat wie in Sachsen.

Ich komme nun auf eine weitere, sehr wichtige Wirkung der Waldindustrie. Der Wald steht ja ruhig fort, auch wenn das Holz unverkäuflich ist; aber wenn kein Holzverkauf in einer Gegend ist, so stehen die Pferde, die sonst mit der Abfuhr beschäftigt sind, unbeschäftigt im Stalle, der Bauer ist nicht mehr im Stande, Pferde zu halten. Der Bauernstand in der Umgegend eines großen Waldes, der thätig ausgebeutet wird, hat den außerordentlichen Vortheil für seine Pferde, namentlich im Winter, aber auch im Sommer, während der unbeschäftigten

Zeit volle Beschäftigung zu haben. Der Fehler der kleinen bäuerlichen Wirthschaften ist der, daß sie nicht groß genug sind, um zwei Pferde, ja selbst kaum ein Pferd dauernd das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen. Die kleinen Wirthschaften prosperiren deshalb nach meiner Erfahrung nur da, wo sie für ihr Zugvieh Nebenbeschäftigung haben während der Zeit, wo sie das eine oder beide Pferde auf dem Acker nicht brauchen und bei dem heutigen Mangel an Naturweide theuer füttern müssen. Seitdem ich in Varzin eine Waldindustrie von einiger Erheblichkeit angelegt habe, hat sich der Bauernstand in der ganzen Umgegend gehoben, er ist zahlreicher geworden in seinen Ansiedlungen. Und was nährt die Leute? Das Frachtfuhrwerk. Auf zwei Meilen weit fahren sie zu den dortigen Schleifmühlen etwas wie 17- oder 18 000 Raummeter im Jahre heran. Nun, ein Raummeter ist auf unchaussirten und zum Theil schlechten Wegen reichlich eine Pferdeleistung. Es sind also ca. 17 000 Pferdetage, die auf diese Weise von der Waldindustrie beschäftigt werden. Dieselben fallen fort und mit ihnen die Beschäftigung aller der Menschen, die dazu gehören und die ihr vergnügtes Brot haben, sobald die Waldindustrie ausgedehnt wird. Ich führe das Beispiel nur an, um zu zeigen, daß der Herr Vorredner im Irrthum ist, wenn er meint, nur die Forstbesitzer sollten geschützt werden. Der Forstbesitzer ist aber nicht im Stande, die Tausende von Arbeitern, die um den Forst herumleben, zu beschäftigen, wenn es ihm nicht möglich gemacht wird, in den Waldprodukten mit dem Auslande zu konkurriren.

Ich komme dann zu der Frage von den Kornzöllen, mit der der Herr Vorredner begonnen hat. Er hat die Befürchtung ausgesprochen, daß in Folge des gesteigerten Zolles die Kornpreise bei uns erheblich in die Höhe gehen, und daß dadurch soziale Gefahren entstehen würden. Auf diese Warnung ist er noch am Schlusse seiner Rede bedeutsam zurückgekommen. Nun, meine Herren, Sie wollen sich erinnern, daß vor sechs Jahren in diesem selben Saale dieselben Prophezeiungen uns zum Theil von denselben Rednern, die heute gesprochen haben oder sprechen werden, gemacht worden sind: die Preise werden eine Höhe erreichen, sie werden den Arbeiter in seinem Erwerb und in seinem Brote beschränken müssen, und wir werden sozialen Gefahren entgegengehen, die wir gerade bekämpfen und beschränken wollen. Alle diese Prophezeiungen sind falsch gewesen, es hat

sich nichts davon bestätigt. Die damalige Zollgesetzgebung hat wohlthätig überall gewirkt; nur in der einen Richtung war sie unwirksam, die von ihr vielleicht damals erwartet worden ist — von mir nicht —, im Gegentheil, ich habe es bestritten, daß sie kommen würde: eine Verbesserung der Preise für landwirthschaftliche Produkte, — diese Wirkung hat sie nicht gehabt. Im Gegentheil, das Korn ist wohlfeiler, als es seit sehr langen Zeiten war, und nach dem Verhältniß des jetzigen Geldwerthes wohlfeiler, als es jemals in diesem Jahrhundert gewesen ist. Diese Folge also, die die Herren vorhergesagt haben, ist in keiner Weise eingetroffen. Ob sie eintreffen würde, wenn der Zoll nunmehr verdreifacht wird, ja, meine Herren, das will ich nicht mit derselben Sicherheit vorhersagen; es ist mir kaum wahrscheinlich. Es kann aber sein; wenn sie eintritt, gut, so wird eine Preisverbesserung dem Landwirth zu Gute kommen; wenn sie nicht eintritt, so wird der Zoll sicher vom Ausland bezahlt sein, und warum soll der Finanz-Minister des Deutschen Reiches die Zölle nicht annehmen, die das Ausland, wie Amerika und Rußland, ihm zu zahlen bereit ist?

(Sehr richtig! rechts.)

Also den Vortheil hätten wir doch jedenfalls sicher. Wäre daneben noch der andere Vortheil, daß die landwirthschaftlichen Preise sich etwas heben, so würde ich den sehr hoch anschlagen. Denn, meine Herren, die Idee, daß niedrige Kornpreise überhaupt glücklich machen und zur Basis eines glücklichen Lebens erforderlich sind, habe ich vor 5 oder 6 Jahren — heute habe ich es nachgelesen, um dasselbe nicht zu wiederholen —, mit einer Breite hier bekämpft, die mich davon entbindet, das heute nochmals zu thun. Denn die meisten von den Herren sind noch heute hier. Ich habe mich darauf berufen, daß in dem Falle der Littauer, der die wohlfeilsten Preise bei uns hat, sehr viel glücklicher sein müßte als der Rheinländer, daß der Südrusse und der Rumänier mehr prosperiren müßten in ihren ganzen wirthschaftlichen Verhältnissen, als der Franzose und der Belgier. Das alles ist ja eine wunderliche Behauptung, daß der Zweck des wirthschaftlichen Lebens und der wirthschaftlichen Gesetzgebung sei, wohlfeiles Korn herzustellen. Warum wollen Sie denn einen solchen Zweck gerade auf das Korn beschränken? Warum wollen Sie denn dann nicht weiter gehen? Also beispielsweise Kleidung, Stiefel, Wohnung sind ja eben so unentbehrliche

Bedürfnisse für den Arbeiter wie Brot; warum wollen Sie denn nicht darauf hinausgehen, die Fabrikation von den Gegenständen der Bekleidung, kurz aller Bedürfnisse, die der Arbeiter irgend haben kann, so wohlfeil herunterzudrücken, wie irgend möglich, indem Sie alle Schranken der Einfuhr öffnen, indem Sie diesen unentbehrlichen Bedürfnissen des gewöhnlichen Lebens jeden Schutz versagen? Was hilft dem Arbeiter wohlfeiles Brot, wenn er unendlich theurere Kleidung hat und dafür bezahlen muß? Also ist die Billigkeit für die Kleidung gerade so nöthig. Was geht Sie der deutsche Schneider an, wenn der Arbeiter sich von dem amerikanischen Schneider in fertigen Kleidern wohlfeiler kleiden lassen kann? Was geht Sie der deutsche Schuhmacher an, die deutsche Lederarbeit? Ja, meine Herren, noch weiter; wenn wir dies System verfolgen, wäre es für alle diejenigen, die von ihrem Gelde, vom Honorar oder Gehalt leben, kurz und gut für die ganzen inproduktiven Klassen der Gelehrten und Ungelehrten

(Heiterkeit)

außerordentlich angenehm, wenn alle Gegenstände des menschlichen Lebensbedürfnisses auf einen Preis herabgedrückt würden, für den sie im Inland gar nicht erzeugt werden könnten, wenn sie so wohlfeil werden könnten, daß sie womöglich gar nichts kosteten. Ja, dann würde vielleicht denen, die ich im allgemeinen als Rentiers bezeichnen will, — ich meine solche, die nicht produziren, die bei Preisverhältnissen nicht interessirt sind, die noch bei uns die maßgebende Majorität vielleicht in den gesetzgebenden Verhältnissen bilden, — denen würde zuerst der Zustand sehr behaglich sein.

Das erinnert mich an einen sehr trivialen Vorgang. Es gibt Köchinnen, die grausam genug sind, die Krebse kalt an Feuer zu setzen; wenn dann das Wasser zuerst warm wird, dann geben die Thierchen alle Zeichen des Behagens von sich, es ist ihnen sehr wohl; aber das Ende ist sehr übel.

(Heiterkeit.)

So würde es auch hier sein; der ganze Staat, das ganze Volk würde zu Grunde gehen. Ziehen Sie doch Ihre Konsequenzen bis zum Extrem: wenn es Ihnen gelingt, den Preis des Zentners Roggen auf 5 Silbergroschen herabzudrücken, so ist das vielleicht für Sie der Gipfel der Glückseligkeit; nichtsdestoweniger werden Sie mir zugeben, daß unter solchen Um-

ständen das deutsche Reich und seine ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse einen Zusammenbruch erleiden würden, von dem es sich nie wieder erholen könnte. Wenn es aber ein Glück ist, für Getreide und Brotfrüchte niedrige Preise zu haben, warum wollen Sie dann nicht das Eisen, das Leder, — das sind auch ziemlich unentbehrliche Bedürfnisse, — Glas, Gewebe, Garn, alles auf die möglichst geringen Preise drücken? dann müssen Sie alle Schutzzölle abschaffen.

Wenn irgend ein Gewerbe ein Recht auf Schutz hat, so ist es doch in unseren konstitutionellen Verhältnissen, wo die Majorität entscheidet, dasjenige, an dem die Majorität hängt, das der Landwirthschaft.

(Sehr richtig! rechts.)

Für 25 bis 27 Millionen von den 45 Millionen des deutschen Reichs hängt das Gedeihen von dem Gedeihen der Landwirthschaft gerade so gut ab, wie das Gedeihen der Arbeiter der Textilindustrie von der Möglichkeit des Absatzes der Gewebe. Nehmen Sie nicht bloß den Grundbesitzer, am allerwenigsten bloß den Großgrundbesitzer zum Gegenstand Ihrer Erwägungen, sondern sämmtliche Arbeiter, die bei der Landwirthschaft mit beschäftigt sind; sie werden möglicherweise nicht das ganze Jahr hindurch beschäftigt, weniger beschäftigt, wenn die Landwirthschaft keinen Betrieb hat; es werden einige von ihnen überflüssig, es werden einige von ihnen entlassen, oder man ist auch genöthigt, die Löhne herunterzusetzen, weil man sie nicht mehr zahlen kann. Ich habe in den Verhandlungen der städtischen Abgeordneten, auf die ich vorhin schon anspielte, gelesen, daß die Getreidezölle lediglich im Interesse der gegenwärtigen Großgrundbesitzer lägen.

(Sehr richtig! links.)

Es ist also da schon vorausgesehen, daß eine Bewegung vielleicht nützlich sein werde, die die gegenwärtigen Grundbesitzer mit einer Welle wegschwemmt und statt ihrer wohlfeile Ankäufer derselben Güter bringt, die dann vielleicht mit weniger auskommen können. Ja, meine Herren, die werden auch nicht mit weniger auskommen; sie werden eben ihre Zinsen nicht bezahlen können.

Das Experiment ist ja gemacht worden zur Zeit der ersten Einführung der Hardenbergschen Gesetzgebung, die vorhin, wie

ich höre, der Herr Abgeordnete Rickert im Gegensatz zu uns unwürdigen Schächern

(Heiterkeit)

gerühmt hat, worauf ich dem Abgeordneten Rickert nur erwidere, daß die Hardenbergsche Gesetzgebung den Bauern von dem Druck der damaligen Gesetzgebung befreite; wir bestreben uns, ihn von dem Druck der jetzigen Gesetzgebung zu befreien.

(Sehr richtig! rechts.)

Also das ist ganz dieselbe Geschichte. Damals wurde schon der Versuch gemacht — es war unter dem Oberpräsidenten von Schön —, die zeitigen Besitzer der großen Güter als eine unhaltbare Race zu betrachten, und der Grundsatz aufgestellt, es müßten diese Güter wohlfeil in andere Hände gebracht werden, damit die Besitzer wieder leben könnten. In Folge dessen wurden von der väterlichen damaligen Regierung 800 Rittergüter in der Provinz Ostpreußen auf einen Tag und eine Stunde zur Subhastation angesetzt von der damaligen landschaftlichen Verwaltung, an deren Spitze der Oberpräsident stand, mit der Anordnung, auf jedes Gebot zuzuschlagen. Es kauften Schäfer; das sind gewöhnlich die Banquiers auf dem Dorfe. Ehemalige Gastwirthe und Bauern, die das Ihrige zurückgehalten hatten, Viehhändler, in Ostpreußen besonders Pferdehändler

(Heiterkeit),

kauften damals Güter; mir sind Beispiele genannt worden, daß für 60 Thaler ein Gut zugeschlagen wurde, welches heute weit über 100 000 und 200 000 Thaler werth sein mag.

Was hat denn das gefruchtet? Ich habe noch in Pommern, wo nicht ganz so streng, aber doch ähnlich verfahren worden ist, in meinen Kinderjahren ähnliche Erwerber großer Güter gesehen. Ich erinnere mich, daß mein Vater Nachbarn hatte, die früher eben in einer der Eigenschaften, die ich vorher bezeichnete, bekannt gewesen waren, die ich selbst gesehen habe, daß sie in Holzpantoffeln und in bäuerlichen Kostümen ihrer großen Wirthschaft vorstanden. Das ist ja kein Unrecht und kein Uebel; aber auf einen grünen Zweig kamen sie nicht. Sie hatten kein Betriebskapital, um die Arbeitskräfte zu bezahlen, die von der Gesetzgebung beseitigt waren, und sie sind zum großen Theil wieder eingegangen; es sind wenige von den

damaligen Erwerbern im Besitz geblieben. Diejenigen, die im Besitz geblieben sind, haben die ganze Zeit hindurch nach ihrer früheren Eigenschaft bäuerlich gelebt, was durchaus achtbar ist; aber verdient hat von ihnen auch keiner etwas. Sie haben keinem Handwerker in der Nachbarschaft etwas zu verdienen gegeben und keinen Luxus getrieben — das brauchen sie ja nicht; aber der Luxus ernährt manchen Verkäufer —, und sie haben so wenig wie möglich Arbeiter beschäftigt und dieselben hart behandelt. Das ist ja eine natürliche Folge von solchen Zuständen und jeder, der auf dem Lande gelebt hat, weiß es.

Aber es handelt sich nicht bloß um die Arbeiter; nehmen Sie die Handwerker auf dem Lande! Es heißt ja im alten Liede: es ist kein Dörfchen so klein, ein Hammerschmied muß darinnen sein. Aber es ist nicht bloß der Hammerschmied, es ist der Stellmacher, der Rademacher, es ist ein Schneider und Schuhmacher jedenfalls in jedem Dorf, wenn es auch nur ein Schuhflicker ist. Ich will auf die übrigen Handwerker gar nicht eingehen, die im Dorfe sind; sie sind in der Statistik nicht unter der Rubrik Landwirthschaft verzeichnet, aber all ihr Gedeihen hängt unbedingt von dem Gedeihen der Landwirthschaft ab. Der Bauer läßt sich keinen neuen Rock machen, wenn er nichts übrig hat; der Bauer hat den großen Vorzug vor dem Großgrundbesitzer, daß er sich immer nach der Decke streckt; wenn sein Ueberschuß an baarem Geld das kalte Fleisch zum Frühstück nicht mehr abwirft, so läßt er es weg und nimmt Käse, und wirft er nicht mehr Käse ab, so nimmt er Butter, und wenn er die nicht hat, so ißt er sein Brod trocken, und er bleibt — ich will nicht sagen, ebenso vergnügt, aber ebenso ruhig in seinem Geleise und drückt und wintert sich durch. Es hat das aber die Folge, daß der Handwerker auch etwas von dem Bauer verdient, wenn er Geld hat. Ist der Bauer in der Lage, daß er weder Käse noch Fleisch zu seinem Brod ißt, so läßt er sich weder einen neuen Rock machen, noch setzt er den Schmied in Nahrung, sondern hilft sich mit seinem alten Zeuge und läßt sich auch keine Stiefel anmessen, und so zieht sich das Sprüchwort, das ich neulich anführte: „hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt“ — durch alle Zweige hindurch.

Also ich verlange nur Schutz für einen Erwerbszweig der großen Majorität der Mitbürger; — Sie haben ja, wenigstens die meisten Herren, eine so große Achtung vor der Majorität,

Ihnen imponirt die Majorität; warum imponirt sie Ihnen in der Landwirthschaft nicht, in den landwirthschaftlichen Arbeitern? Das ist mir unverständlich. Ist das nicht eine Geringschätzung der „Majestät des Volkes," wie mir neulich vorgeworfen ist, weil ich mir von einer Majorität, die nicht aus dem gleichen Gedanken des Volkes hervorgegangen ist, sondern aus einer zufälligen Uebereinstimmung in der Negation — weil ich mir von der nicht imponiren lassen wollte? Es ist mir in der ungerechtesten Weise von der Welt vorgeworfen, daß ich mir — von der Majestät des Volkes will ich nicht reden — aber von dem Volk nicht imponiren lassen könne. Majestät hat für mich der Kaiser, sonst Niemand.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat also über neue Belastung gesprochen. Da will ich die Erfolge abwarten. Ich sage, wir gehen versuchend vor. Theoretisch, mit sicheren, schlagenden Schlußfolgerungen ist auf diesem Gebiete kein Mensch im Stande zu operiren; das ist wie ein ärztliches Gutachten über innere Krankheiten, dasselbe wird immer seinen Irrthümern unterworfen sein, und da traue ich meinem eigenen Urtheil nicht, und einem andern Urtheil etwas mehr.

(Heiterkeit.)

Jedenfalls, wenn das Gesetz den Erfolg hätte, daß es die Preise etwas steigerte, so würde ich mich darüber freuen; denn eine Verbesserung der Lage der Landwirthe würde der ganzen Bevölkerung ebenso zu Gute kommen und weit entfernt sein, Anderen zu schaden.

Der Herr Vorredner hat nachher eine Anzahl sehr künstlicher Berechnungen über die Zukunft und die Möglichkeit der Zukunft in Bezug auf die Rentabilität und hohen Bodenwerth angeführt. Da will ich ihm nicht folgen. Ich habe mich von Konjekturen niemals leiten lassen, sondern uns steht die nackte Realität des Rückganges, des möglichen Zusammenbruches eines großen Theiles unserer Landwirthschaft gegenüber. Da kann ich mich mit Konjekturen weder abschrecken noch trösten lassen.

Der Herr Vorredner hat ferner auf die Möglichkeit verwiesen, daß die Preise wieder steigen könnten. Ja, meine Herren, er hat geglaubt, die gegenwärtige würde eine vorübergehende Konjunktur sein. Ich fürchte, das wird nicht der Fall sein; denn die auswärtige Produktion ist weder in ihren alten

Hülfsquellen erschöpft, noch ist sie verlegen um Aufsuchung von neuen. Nach den neuesten Nachrichten, die wir haben, ist die indische Weizenproduktion sogar der amerikanischen gefährlich, und zwar in Folge der Wohlfeilheit der Arbeit und der Entwickelungsfähigkeit nach Maßgabe des Bodens in gewissen Bezirken Indiens. Die Schutzzölle auf Korneinfuhr in Amerika, die der Abgeordnete Richter mir vor Jahren bestritt, und die ich an dieser Stelle genöthigt war, aus dem amerikanischen Tarif als bestehend nachzuweisen, — werden also doch praktische Wirksamkeit haben, damit der amerikanische Raubbau in den Steppen Schutz gegen den indischen Weizen findet.

Ich kann mich darin irren, ich habe schon gesagt, daß ich nicht prophezeien will, denn ich habe mit zuviel falschen Propheten in parlamentarischen Verhältnissen zu thun gehabt;

(Heiterkeit.)

ich will nicht prophezeien, aber ich fürchte im Interesse unserer Landwirthschaft, daß die auswärtige Konkurrenz eher steigen als fallen wird. Es ist ja möglich, daß Mißernten kommen, viel leichter im Auslande als bei uns. In einem Lande von alter Kultur wie Deutschland, von der Beschaffenheit der Oberfläche, die zwischen Wald, Wiesen, Berg und Thal in einer Weise wechselt, daß die Niederschläge immer noch ziemlich regelmäßig fallen, sind die Mißernten nicht so häufig wie in großen Ebenen, zum Theil waldlosen Ebenen in den Ländern, die unsere Hauptkonkurrenten in der Erzeugung von Getreide sind. Im südlichen Rußland, in den Steppen dieses Landes und in denen von Amerika, ja selbst noch an der unteren Donau und in Ungarn — diese Länder leiden unter Umständen — da können große Mißernten vorkommen. Es kann auch sein, daß das Getreide einmal sehr theuer wird; dann, meine Herren, glauben Sie nur nicht, daß der Nachlaß von Zoll, der in dem Falle vielleicht eintreten wird — das will ich nicht bestreiten —, daß der etwas an der Theuerung ändern wird, denn die Theuerung besteht nicht darin, das der Zoll zu hoch ist; der Zoll liegt ja innerhalb der Preisschwankung von circa 60 bis 80 ℳ, in dem sich unsere Preise bewegen. Wenn der ganze Zoll auf Roggen selbst nach dem weitgehendsten Vorschlage bewilligt würde, so würde er etwa 30 ℳ für die Last, die Tonne, den Wispel sein; und die Schwankungen finden ja in einem Jahre von 130 bis 200 ℳ gelegentlich statt. Also

der Zoll macht da nichts; und kein Zollnachlaß kann Roggen oder Weizen aus der Erde rufen, der in dem Jahre nicht gewachsen ist. Die Ursache wird eben eine ganz unabänderliche sein. Es ist aber eine Hungersnoth nicht wahrscheinlich, weil die Getreide-Erzeugungsländer unter zu verschiedene Himmelsstriche und Klimate vertheilt sind. In der Regel aber — und mit der Regel allein können wir rechnen — wird Deutschland das Quantum Getreide, was es braucht, annähernd selbst bauen. Der erste Herr Redner, den ich hörte, Herr Frege, meinte, die Zölle wären noch lange nicht hoch genug. Ja, ich will einmal sagen, Sie verbieten die auswärtige Getreideeinfuhr absolut — ein Fall, welcher nicht in der Absicht liegt, aber ich will ihn einmal supponiren —, so bin ich überzeugt, daß Deutschland im zweiten Jahre, ja schon in demselben Jahre die ca. 30 bis 40 Millionen Zentner Getreide, die wir durchschnittlich einführen, selbst gebaut haben würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir können noch mehr Getreide bauen, als wir jetzt bauen, sobald es lohnt; wir bauen außerdem sehr viel mehr Getreide, als wir essen, wir verzehren durch menschliche Nahrung bei Weitem nicht die Hälfte des Getreides, das wir bauen, und eine Noth wird immer zuerst nur den Erfolg haben, daß das Thier, das gefüttert wird mit Getreide, Noth leidet, daß die Verwendung des Getreides zu Fabrikzwecken, zu Brennereien nachläßt. Kurz und gut, nicht der essende Mensch wird der Entbehrende sein, wenn uns einmal ein paar Millionen Zentner fehlen sollten, sondern die übrigen Verwendungen des Getreides werden verkürzt oder vermindert werden.

Ich fürchte also auch die zu hohen Preise nicht, aber wenn sie eintreten, so erinnere ich daran, daß eine Zollermäßigung nicht mehr Roggen schaffen kann, als in der Welt gewachsen ist.

Der Herr Vorredner hat ferner einen Irrthum — in der Allgemeinheit ist es ein Irrthum — behauptet, indem er sagte, daß das auswärtige Getreide höher im Werth wäre als das inländische. Er mag dabei gewisse böhmische Getreidegattungen im Verhältniß zu gewissem Getreide aus dem sächsischen Erzgebirge im Auge haben; er mag an mährische Gerste, wie die Brauereien sie gern haben, gedacht haben; aber in der Regel ist unser deutsches Getreide hochwerthiger, und der Vorredner

wird sich von jenen freihändlerischen Gesinnungsgenossen der Ostseehäfen Aufklärung darüber verschaffen können, daß der russische Roggen im ganzen stets 5 bis 10 Mark wohlfeiler ist als der deutsche, und daß der deutsche benutzt wird, den schlechteren russischen aufzubessern, um nachher das Produkt als russischen Roggen — nicht zur Reputation unseres Roggens — zu verkaufen. Ich glaube also: da ist der Herr Vorredner im Irrthum.

Ich möchte noch gleich einen anderen Irrthum berichtigen. Der Herr Vorredner nahm an, daß Amerika nicht zu den meistbegünstigten Staaten gehöre. Faktisch gehört es dazu, nicht in Folge von Reichsverträgen, aber in Folge von Verträgen mit Preußen und mit mehreren deutschen Staaten, die sich aus dem Reich nicht aussondern lassen. Praktisch behandeln wir uns mit Amerika gegenseitig als meistbegünstigt, was für uns z. B. den Anlaß bildet, wenn der Vertrag, den Spanien für Kuba und Portorico mit Amerika geschlossen hat, sich verwirklicht, für uns, für Deutschland, in Amerika dieselben Vortheile — beispielsweise für die Zuckereinfuhr — zu beanspruchen, die der spanischen Kolonie gewährt werden, und in Spanien ähnliche Vortheile, wie sie Nordamerika und Kuba gewährt werden.

Der spanische Vertrag ist ja unbedingt eine Unbequemlichkeit für die Steigerung des Roggenzolls; denn durch den Vertrag ist er auf vier Jahre — die vier Jahre laufen, wenn ich nicht irre, im Sommer 1887 ab — gebunden. Wir werden also bis dahin genöthigt sein, dem spanischen Roggen, was blutwenig ist, aber auch dem Roggen derjenigen Staaten, die mit uns Meistbegünstigungsverträge haben, die Einfuhr zum alten Zoll gegen Ursprungszeugnisse zu gestatten. Daß mit diesen Ursprungszeugnissen die Verschiebung betrieben werden kann, auf die der Herr Vorredner aufmerksam machte, daß man dafür russischen Roggen einführt, das können wir nicht verhindern; aber diese kostspielige Verschiebung — es wird das etwas sehr bedeutsames nicht sein, und wo Holz gehauen wird, da fallen eben Spähne — kann man nicht ändern. Das Ganze dauert ja übrigens nur noch über das Jahr 1886 hinaus, und dann werden wir unter dieser Bedingung den spanischen Handelsvertrag sicher nicht erneuern. Ich würde diese Bedingung überhaupt nicht eingegangen sein, obschon ich bei Annahme derselben nicht den Gedanken

Bedürfnisse für den Arbeiter wie Brot; warum wollen Sie denn nicht darauf hinausgehen, die Fabrikation von den Gegenständen der Bekleidung, kurz aller Bedürfnisse, die der Arbeiter irgend haben kann, so wohlfeil herunterzudrücken, wie irgend möglich, indem Sie alle Schranken der Einfuhr öffnen, indem Sie diesen unentbehrlichen Bedürfnissen des gewöhnlichen Lebens jeden Schutz versagen? Was hilft dem Arbeiter wohlfeiles Brot, wenn er unendlich theurere Kleidung hat und dafür bezahlen muß? Also ist die Billigkeit für die Kleidung gerade so nöthig. Was geht Sie der deutsche Schneider an, wenn der Arbeiter sich von dem amerikanischen Schneider in fertigen Kleidern wohlfeiler kleiden lassen kann? Was geht Sie der deutsche Schuhmacher an, die deutsche Lederarbeit? Ja, meine Herren, noch weiter; wenn wir dies System verfolgen, wäre es für alle diejenigen, die von ihrem Gelde, vom Honorar oder Gehalt leben, kurz und gut für die ganzen inproduktiven Klassen der Gelehrten und Ungelehrten

(Heiterkeit)

außerordentlich angenehm, wenn alle Gegenstände des menschlichen Lebensbedürfnisses auf einen Preis herabgedrückt würden, für den sie im Inland gar nicht erzeugt werden könnten, wenn sie so wohlfeil werden könnten, daß sie womöglich gar nichts kosteten. Ja, dann würde vielleicht denen, die ich im allgemeinen als Rentiers bezeichnen will, — ich meine solche, die nicht produziren, die bei Preisverhältnissen nicht interessirt sind, die noch bei uns die maßgebende Majorität vielleicht in den gesetzgebenden Verhältnissen bilden, — denen würde zuerst der Zustand sehr behaglich sein.

Das erinnert mich an einen sehr trivialen Vorgang. Es gibt Köchinnen, die grausam genug sind, die Krebse kalt an Feuer zu setzen; wenn dann das Wasser zuerst warm wird, dann geben die Thierchen alle Zeichen des Behagens von sich, es ist ihnen sehr wohl; aber das Ende ist sehr übel.

(Heiterkeit.)

So würde es auch hier sein; der ganze Staat, das ganze Volk würde zu Grunde gehen. Ziehen Sie doch Ihre Konsequenzen bis zum Extrem: wenn es Ihnen gelingt, den Preis des Zentners Roggen auf 5 Silbergroschen herabzudrücken, so ist das vielleicht für Sie der Gipfel der Glückseligkeit; nichtsdestoweniger werden Sie mir zugeben, daß unter solchen Um-

ständen das deutsche Reich und seine ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse einen Zusammenbruch erleiden würden, von dem es sich nie wieder erholen könnte. Wenn es aber ein Glück ist, für Getreide und Brotfrüchte niedrige Preise zu haben, warum wollen Sie dann nicht das Eisen, das Leder, — das sind auch ziemlich unentbehrliche Bedürfnisse, — Glas, Gewebe, Garn, alles auf die möglichst geringen Preise drücken? dann müssen Sie alle Schutzzölle abschaffen.

Wenn irgend ein Gewerbe ein Recht auf Schutz hat, so ist es doch in unseren konstitutionellen Verhältnissen, wo die Majorität entscheidet, dasjenige, an dem die Majorität hängt, das der Landwirthschaft.

(Sehr richtig! rechts.)

Für 25 bis 27 Millionen von den 45 Millionen des deutschen Reichs hängt das Gedeihen von dem Gedeihen der Landwirthschaft gerade so gut ab, wie das Gedeihen der Arbeiter der Textilindustrie von der Möglichkeit des Absatzes der Gewebe. Nehmen Sie nicht bloß den Grundbesitzer, am allerwenigsten bloß den Großgrundbesitzer zum Gegenstand Ihrer Erwägungen, sondern sämmtliche Arbeiter, die bei der Landwirthschaft mit beschäftigt sind; sie werden möglicherweise nicht das ganze Jahr hindurch beschäftigt, weniger beschäftigt, wenn die Landwirthschaft keinen Betrieb hat; es werden einige von ihnen überflüssig, es werden einige von ihnen entlassen, oder man ist auch genöthigt, die Löhne herunterzusetzen, weil man sie nicht mehr zahlen kann. Ich habe in den Verhandlungen der städtischen Abgeordneten, auf die ich vorhin schon anspielte, gelesen, daß die Getreidezölle lediglich im Interesse der gegenwärtigen Großgrundbesitzer lägen.

(Sehr richtig! links.)

Es ist also da schon vorausgesehen, daß eine Bewegung vielleicht nützlich sein werde, die die gegenwärtigen Grundbesitzer mit einer Welle wegschwemmt und statt ihrer wohlfeile Ankäufer derselben Güter bringt, die dann vielleicht mit weniger auskommen können. Ja, meine Herren, die werden auch nicht mit weniger auskommen; sie werden eben ihre Zinsen nicht bezahlen können.

Das Experiment ist ja gemacht worden zur Zeit der ersten Einführung der Hardenbergschen Gesetzgebung, die vorhin, wie

beigebracht wird, — die können ja nicht mit der Sicherheit, wie wir hier, unterscheiden, daß das alles nur zur Schädigung der Regierung und aus Parteipolitik und aus Taktik so dargestellt wird, daß es aber von Grund aus erfunden und unwahr ist.

(Zischen links. Bravo! rechts.)

— Ja, meine Herren, zischen Sie; es bleibt doch wahr!

(Bravo! rechts.)

Sie bestätigen nur durch Ihr Zischen, daß sie sich getroffen fühlen. Sehen Sie, das Geschöpf Gottes, von dem das Zischen herkommt, zischt ja nicht, wenn es sich nicht beunruhigt fühlt.

(Bewegung.)

Meine Herren, ich schließe für heute, indem ich mir vorbehalte, bei der Spezialdiskussion auf das von mir nicht erschöpfte Thema zurückzukommen; ich schließe für heute von neuem mit dem Protest gegen die Unwahrheit, als wenn durch diese Gesetzesvorlage irgend etwas anderes bezweckt würde als Schutz der nationalen Arbeit, Schutz des nationalen Gesammtvermögens, des Armen so gut wie des Reichen.

(Lebhaftes Bravo rechts. Zischen links.)

(**Sitzung vom 12. Februar 1885.** Stenogr. Ber., S. 1228 ff.)

Die erste Berathung der Abänderung des Zolltarifgesetzes wurde in dieser Sitzung fortgesetzt und zunächst hielt der Abgeordnete Bamberger eine fast anderthalbstündige Rede, in welcher er seine bekannten Ansichten über theures Brot kundgab und u. A. meinte, daß der Zoll auf Brot ein Zoll auf Blut sei, denn Brot mache Blut. Entweder würde nach der Erhöhung der Getreidezölle weniger Brot gegessen werden oder schlechteres. Wenn nicht dem Ansinnen auf Zollerhöhungen, wie sie jetzt Jedermann, der sich melde, zugestanden würden, eine Schranke gesetzt werde, so habe man in Deutschland einer maßlosen Steigerung dieser Tendenz entgegenzusehen. Er aber werde an dem Berufe festhalten, gegen diese Bestrebungen vollen Widerstand zu leisten. Er erfülle damit nicht bloß einen wissenschaftlichen, sondern auch einen hochpolitischen Beruf. Dem Abg. Bamberger trat der **Reichskanzler** folgendermaßen entgegen:

Der Herr Abgeordnete, der soeben sprach, hat für sich den Vorzug in Anspruch genommen, nicht von einem faktiösen Standpunkte, nicht faktiös zu reden. Ich gebe ihm gerne zu, daß er ruhiger gesprochen hat als die Herren, die gestern und vor-

gestern die Regierungsvorlage kritisirten, und daß er die Diskussion auf eine höhere, wissenschaftlichere, lehrreichere Linie gehoben hat als die, auf der sie sich früher bewegt hat. Dabei spricht er in einem angenehmen und friedlichen Tone, so daß ich nicht leugnen kann, daß ich die erste Stunde hindurch mit Vergnügen zugehört habe.

(Heiterkeit.)

Nachher, muß ich bekennen, ist meine Aufmerksamkeit etwas erlahmt, und ich bin auf die letztere Hälfte seiner Rede nicht im Stande, ohne sie vorher gelesen zu haben, einzugehen.

Was mich weniger sympathisch berührt, das ist eine gewisse Kaltherzigkeit, mit der der Herr Vorredner nach seinen Aeußerungen den Leiden seiner Mitmenschen im allgemeinen gegenüber steht; er betrachtet sie mehr vom wissenschaftlichen Standpunkte, — ich will nicht sagen, wie ein Vivisektor, aber doch wie ein Sektor.

(Heiterkeit rechts.)

Er legt uns die Schmerzen, welche der Körper unseres Volkes empfindet, auseinander als ganz natürliche, denen man leider nicht abhelfen kann; er theilt uns mit, wie es ganz natürlich ist, daß wenn man auf diesem Theil des Körpers einen Schmerz hervorruft, der eine Nervenkontraktion auf der anderen Seite bewirke, wie man das im Auditorium an lebenden Kaninchen ja beobachten kann. Aber der Schluß seiner Rede ist trostlos: er hat keine Hilfe als das ruhige Abwarten; er legt dem Staate und der Gesetzgebung auch nicht das Recht bei, zu prüfen, zu versuchen, ob geholfen werden kann, und mit Ihnen zu berathen, wie das etwa geschehen könne. Er ist in einer traurigen Resignation; das Kismet ist eben: die Ueberproduktion; es muß ausgestanden und muß abgewartet werden, es kann vieles darüber verhungern, es kann vieles darüber zu Grunde gehen, aber der Staat ist hilflos.

Der Herr Abgeordnete hat gerade, wie ich eintrat, ein Gleichniß gebraucht, um die Hilflosigkeit und Thorheit der Bestrebungen, die inländische und nationale Arbeit zu schützen, in das hellste Licht zu setzen. Er sagte, es käme ihm vor wie die Klage des Lichtziehers, der verlangt, daß das Tageslicht abgeschafft werde, damit die Talglichter Absatz finden. Ja, meine Herren, so ganz unzutreffend ist dieser Vergleich nicht, wenn man ihn nur umkehrt, wenn man sagt: im Interesse des Kornhandels soll die deutsche

Landwirthschaft ruinirt werden; dann paßt das ziemlich genau darauf.

(Heiterkeit rechts.)

Es soll ein ganz unverhältnißmäßiger Schaden angerichtet werden, um einen mäßigen Vortheil zu erhalten. Wieviel Kornhändler giebt es, und wieviel Landwirthe giebt es; selbst wenn es blos die Großgrundbesitzer beträfe, sind sie immer noch zahlreicher als die mit der Zufuhr des ausländischen Kornes und des ausländischen Holzes nach Deutschland Beschäftigten, und wer der reichste von beiden ist, — ich glaube, da wird der Großgrundbesitzer doch immer noch zu kurz kommen. Entbehren kann eher der andere noch etwas; ich gönne aber beiden ihren Verdienst und will keinen berauben; nur möchte ich, wenn man immer von der Benachtheiligung des Armen zu Gunsten des Reichen spricht, darauf aufmerksam machen, daß die Reichen auf beiden Seiten dieser Sache zu finden sind, und daß diejenigen Industrien, die von den Leiden der Landwirthschaft und der inländischen Holzindustrie ihrerseits Vortheil ziehen, vielleicht sehr viel gewinnreicher noch sind, als die Landwirthschaft und die Forstzucht. Indessen, ich würde mich in derselben Art versündigen, wie das von der anderen Seite geschehen ist, wenn ich darauf Werth legen wollte. Ich gönne jedem Seines, aber was dem Einen Recht ist, das ist dem Andern billig. Ist der Eine geschützt und hat er seinen Vortheil, so soll das der Andere auch, und die Arbeiter in der einen Branche sind des Schutzes ihrer Thätigkeit ebensowohl würdig, wie in der anderen, namentlich weil sie um das Tausendfache zahlreicher sind.

Was mich bei der Rede des Herrn Abg. Bamberger in dem unsympathischen Eindruck gerade bestärkte, das waren einige Aeußerungen, wie z. B. die, daß die Landwirthschaft nicht allein nothleidend sei. Es fiel mir unwillkürlich dabei das Wort im Faust ein: „sie ist die erste nicht."

(Heiterkeit.)

Sie werden wissen, wo das steht, — die zu Grunde geht nämlich. Aber die Landwirthschaft ist in höherem Maße nothleidend, als alle anderen. Ich gebe übrigens nicht zu, daß alles andere nothleidend ist. Wie kommt der Herr Abgeordnete darauf, dies vorauszusetzen? Ueberproduktion ist gewiß in allen Branchen und wir bemühen uns, unser Vaterland gegen die Folgen dieser Ueberproduktion nach Möglichkeit zu schützen, indem wir ihm

wesentlich den inländischen Markt zu wahren suchen, damit wir nicht auch den noch mit anderen zu theilen haben. Aber diese Ueberproduktion hindert nicht, daß in den meisten Branchen der nationalen wirthschaftlichen Thätigkeit ein entschiedener Fortschritt und ein größeres Beharren, als zur Zeit vor der letzten Zollgesetzgebung bemerkbar ist und daß auch — was vorhin von irgend Jemandem, ich weiß nicht, ob heute oder gestern, bestritten wurde — die Löhne ganz unbedingt steigen. Es ist ja ein Abstreiten dessen, was in jedem amtlichen Register und in den Kundgebungen aller betheiligten Industriezweige zu lesen ist, daß nämlich die Löhne gestiegen sind — nicht so, daß der Arbeiter sofort reich und behäbig wird, aber doch ganz erheblich, ich weiß nicht, um welchen Prozentsatz. Also es prosperirt fast alles, außer der Landwirthschaft, außer den circa $^5/_9$ der Deutschen, die sich der Landwirthschaft widmen. Den übrigen $^4/_9$ geht es gut. Diese $^5/_9$ klagen und verlangen von der Minorität, durch welche sie regiert werden, Abhülfe. Die Abhülfe wird ihnen wiederum von einer Minorität in diesem Reichstage versagt und von der Majorität, hoffe ich, gewährt werden. In allen Lebensbedürfnissen sind die Preise in den 50 Jahren, die ich zurückdenken kann, um das Dreifache gestiegen. Nehmen Sie nur die Gegenstände, die jeder von uns an seinem Körper trägt, vom Kopf bis zum Fuß, in der Kleidung, im Schuhzeug, in den Handschuhen; wir bezahlen das Dreifache. Nur die landwirthschaftlichen Produkte sind durchschnittlich auf demselben Preise, ja niedriger als sie vor 50, 30, 20 Jahren gewesen sind; bei der Landwirthschaft sind nur gestiegen die Produktionskosten und die Steuern, — die ganz erheblich. Wie sollte man da nicht sagen, daß der schweigende, von den Verbindungen mit Zeitungen und Behörden entfernter lebende Landwirth mit der Zeit ins Hintertreffen gekommen ist? Er ist geduldig, er hat geschwiegen, er ist vergessen worden. Artige Kinder fordern nichts, artige Kinder kriegen nichts.

(Heiterkeit rechts.)

Also die Landwirthschaft ist vergleichungsweise in der That allein nothleidend; insofern widerspreche ich dem Herrn Vorredner. Nichts ist in dem Maße nothleidend, wie die Landwirthschaft, der nur ihre Lasten und nicht ihre Einnahmen nach Verhältniß des sinkenden Geldwerthes gestiegen sind.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, der Staat könne der Landwirthschaft blutwenig helfen, das heißt, er sagt mit Achselzucken: sie muß eben zu Grunde gehen, nicht nur die jetzigen Besitzer, sondern die Landwirthschaft im Allgemeinen, denn gegen die wohlfeile Konkurrenz, der wir ausgesetzt sind, können auch künftige Besitzer, wenn sie nach Art der Vorgänge in Ostpreußen, von denen ich vorgestern sprach, die jetzigen wohlfeil ausgekauft haben, so daß die Gläubiger dahinter ausfallen, — werden auch die künftigen Besitzer nicht bestehen können. Was ist nun aber das, was der Staat thut, wenn er blutwenig helfen kann? Er legt der Landwirthschaft seit 30 Jahren ununterbrochen steigende Lasten auf

(sehr richtig! rechts)

an Steuern, an Leistungen jeder Art, für den Staat, im Fuhrwesen, in Wegebauten, im Gemeindedienste u. s. w. Der Staat bürdet immer mehr Anstrengungen, die er selbst zu leisten hätte, auf die Gemeinden ab; das Alles, weil er der Landwirthschaft blutwenig helfen kann — oder trotzdem. Ist gegenüber dieser stiefmütterlichen oder stiefväterlichen Behandlung der Landwirthschaft Seitens des Staates denn wirklich gar keine Reparation und gar keine Ausgleichung möglich? Ich meine, doch wenigstens darin, daß der Staat einen Theil der Lasten, die er der Landwirthschaft auferlegt hat, in der Zeit, wo er ihr blutwenig helfen kann, wieder rückgängig macht, und daß er nicht dieselbe Ungerechtigkeit, die einmal damit begangen ist, täglich und jährlich sich erneuern läßt dadurch, daß die Grundsteuer und die Häusersteuer, die Lasten auf dem Grundbesitz den Hauptmaßstab für alle kommunalen Zuschläge bilden. Die einmalige ungerechte Lastenvertheilung, die in diesen feststehenden Steuern, in dieser Konfiskation eines Theiles der Häuser und des Grundbesitzes zu Gunsten des Staates lag, wird dadurch verewigt und vervielfältigt, daß die stets wachsenden Gemeindelasten nur diesen Zuschlagsmaßstab haben und keinen anderen. Ich bekämpfe deshalb in meiner Eigenschaft als Minister des preußischen Landes so viel wie möglich jeden Versuch, auf diese feststehenden, an und für sich zu dem Vermögen in keinem Verhältniß stehenden Lasten neue Zuschläge zum Nachtheil des Grundbesitzes einzuführen.

(Bravo! rechts.)

Also so ganz blutwenig kann der Staat doch nicht helfen, er kann sogar einen Theil der Lasten, die er der Landwirthschaft aufgebürdet hat, mit Leichtigkeit abbürden, sogar auf das Ausland, indem er durch die Kornzölle dem ausländischen Getreideproduzenten wenigstens eine annähernde, wenn auch noch sehr viel geringere Last auflegt wie diejenige, die die Staatsregierung und ihre Gesetzgebung seit 30 Jahren der inländischen Kornerzeugnng aufgebürdet hat. Sind denn alle die Grundsteuern, alle die Lasten, die ich vorher andeutete, ohne sie aufzählen zu können — ich habe sie nicht im Gedächtniß — sind denn die nicht alle ein nothwendiges Mittel der Vertheuerung des inländischen Getreidebaues, Lasten, die die 3 bis 400 Millionen Centner treffen, die wir im Lande bauen, im Vergleich mit den 30 bis 40 Millionen Centnern, die wir vom Auslande importiren? Es sind die Lasten, die auf der Landwirthschaft haften, allein in Preußen auf über 100 Millionen Mark zu veranschlagen, die aus den Produkten der Landwirthschaft bezahlt werden müssen, — einige 60 Millionen Staatslasten und mindestens 40 Millionen Zuschläge dazu. Wenn ich die übrigen deutschen Bundesstaaten auch nur im Verhältniß ihrer Volkszahl hinzurechne, was aber nicht ausreicht, da sie im Verhältniß wohlhabender sind, so komme ich auf 160 bis 170 Millionen Mark, die auf dem inländischen Körnerbau ruhen, und die doch auch sicherlich nicht den Zweck und die Wirkung haben können, das Getreide für den armen Mann und den Arbeiter wohlfeiler zu machen. Ebenso gut kann ich sagen: schaffen Sie im Interesse des Arbeiters, damit er wohlfeileres Brot zu essen bekommt, die Grundsteuer ab! Ich verlange das nicht, aber ich sage, es wäre gerade so berechtigt, wie Ihre Forderung, das ausländische Getreide mit dem inländischen gleichzustellen. Wenn Sie den Zoll, den das inländische Getreide tragen soll, auf die zirka 400 Millionen Zentner, um die es sich überhaupt handelt — denn wir dürfen nicht bloß mit den rund 40 Millionen importirten rechnen, sondern mit den 3 bis 400 Millionen, die in Deutschland überhaupt in Verbrauch kommen — wenn Sie einerseits den Zoll auf diese 400 Millionen vertheilen, und andererseits den Zoll die Steuern, welche die inländische Landwirthschaft zu tragen hat, so werden Sie bei der letzten Vertheilung auf mindestens 50 Pfennige pro Zentner produzirtes Getreide kommen. Der Zoll dagegen von bisher 20 Millionen Mark, auf die ganzen

400 Millionen Zentner verrechnet, wird vielleicht auf den zehnten Theil oder jedenfalls — ich kann es im Augenblick nicht ausrechnen — auf einen geringen Theil dieser Belastung kommen, sodaß der inländische Getreidebau sicher etwa fünf bis sechs mal so hoch besteuert ist wie der fremdländische Import.

Die Behauptung des Herrn Vorredners, daß der Staat dem Landwirth blutwenig helfen könne, ist doch nur eine andere Form für die Erklärung: ich will nicht helfen. Es ist ja höflicher und wohlwollender, daß man sagt: ich kann nicht. Das sagt jeder, der nicht geben will. Ich bin der Meinung, daß wir die Last, die unsere Landwirthschaft trägt, lieber auf das Ausland abwälzen sollen, als daß wir fortfahren, es im Inland durch Steuern aufzubringen.

Daß das Ausland diesen Zoll trägt, darüber sind alle im Auslande vollständig einig, — davon kommen die Reklamationen und die Proteste der Kornländer, und ich bedaure aufrichtig unsere Freunde in Ungarn, in Rußland und in Amerika, daß wir ihnen den Schaden zufügen müssen, daß wir ihr Korn besteuern mit einem Zoll, den sie werden tragen müssen, wenn sie nicht auf den Import verzichten wollen. Aber jeder ist sich selbst der Nächste, und wir müssen zunächst für unsere Landwirthschaft sorgen, ehe wir für die befreundete ungarische sorgen können. Das ist eine Pflicht, der sich eine nationale Regierung nicht entziehen kann. Diese Klagen des Auslandes beweisen am besten, daß die Herren da draußen den Zoll tragen werden, und deshalb ist es sehr wahrscheinlich, wenigstens sehr möglich, daß trotz des erhöhten Zolles das Getreide nicht theurer werden wird, was ich nicht wünschen würde, — ich komme auf diesen Punkt nachher noch zurück, — es ist sehr wahrscheinlich, daß sich der russische, ungarische und amerikanische Produzent einfach den Abzug des Zolles gefallen lassen wird, wenn er sein Getreide los sein will; namentlich wird es der Fall sein, wenn die Getreideproduktion in Deutschland, durch den Zoll einigermaßen ermuthigt, sich steigern wird und die fehlenden 30 bis 40 Millionen Zentner auch noch liefert. Dann wird das Angebot stärker sein als die Nachfrage, und werden die auswärtigen Getreideländer gar keinen anderen Kunden haben. Beim Holz ist das unzweifelhaft, — ich muß das gleich vorweg nehmen, da es in der ganzen Generaldiskussion gleichmäßig mit dem Korn behandelt worden ist. Wo soll denn das russische

Holz anders hin als nach Deutschland? Die Ströme und die Kanalverbindungen fließen einmal nicht anders, es muß zu uns kommen. Das russische Holz kann nicht aus den Flüssen und Strömen herausgehoben und die ganze Strecke, die es zurückzulegen hat, per Axe gefahren werden, wenigstens nicht mit demselben Vortheil; und des Absatzes, den das russische und polnische Holz nach überseeischen Ländern hat, dessen erfreut es sich auch jetzt schon. Das Holz, was es bis jetzt uns schon verkauft, wird es für wohlfeilere Preise uns auch weiter verkaufen müssen, bevor es nicht den oberen Dniepr und Düna und Niemen ableitet und von den Kanalverbindungen löst, vermöge deren jetzt das russische Holz in Thorn und Berlin einmündet.

Der Herr Abgeordnete hat uns einen kleinen Trost konzedirt, er hat gesagt, das Bedürfniß eines gewissen Repartirens gebe er zu. Nun möchte er doch die Gefälligkeit haben, das Bedürfniß der deutschen Landwirthschaft, daß sie sich diese 40 Millionen Zentner in Deutschland auch noch nach Möglichkeit sichert, in seine Bereitwilligkeit des Repartirens aufzunehmen. Weiter verlangen wir ja gar nichts; wir stehen — wir, da spreche ich von den Landwirthen, ich gehöre dazu und freue mich, dazu zu gehören — wir stehen als Bittende vor Ihnen. Wenn er uns blutwenig helfen kann, so möchte er uns doch wenigstens dieses kleine Almosen nicht versagen, das in der Bereitwilligkeit dieser mäßigen Forderung liegt.

Der Herr Abgeordnete hat ferner, was ich namentlich im Interesse der Zeit des Reichstags beklage, einen erheblichen Theil seiner Rede dazu verwandt, um mir Widersprüche mit irgend welchen früheren Reden oder Aeußerungen nachzuweisen oder dieselben in Widerspruch mit der Vorlage zu bringen. Meine Herren, das ist ja ein ganz unfruchtbares Beginnen, das ändert den Werth der Vorlage in keiner Weise. Ich habe das schon oft gesagt: ich könnte ja die größten Thorheiten gesagt haben, ich könnte meine Meinungen geändert haben. Es ändert an dem objektiven Werth der Vorlage für das Reich und seine Interessen nicht das Mindeste, wenn mir der Herr Abgeordnete nachweist, daß ich mit früheren Aeußerungen in Widerspruch getreten bin. Es ist das aber hier nicht der Fall, — ich werde das gleich darthun; und wenn es der Fall wäre, was ist damit gewonnen? Ich kann darauf antworten: es giebt eine Menge

Leute, die haben ihr ganzes Leben hindurch nur einen einzigen Gedanken, und mit dem kommen sie nie in Widerspruch.

(Große Heiterkeit.)

Ich gehöre zu denen; ich lerne vom Leben, ich lerne, so lange ich lebe, ich lerne noch heute. Es ist möglich, daß ich das, was ich heute vertrete, in einem Jahre oder in einigen, wenn ich sie noch erlebe, als überwundenen Standpunkt-ansehe und mich selbst wundere, wie habe ich früher dieser Ansicht sein können. Wenn Sie, meine Herren, das nicht mit sich erlebt haben, wenn Sie sich nie fragen, wie habe ich vor 30, 20, 10 Jahren diese Ansicht eigentlich haben können, und nie mit dem überlegenen Lächeln dessen, der es jetzt besser weiß, zurücksehen auf Ihre eigenen Thorheiten, dann kann ich nur empfehlen: fangen Sie, so spät es sein mag, fangen Sie mit diesem Selbststudium an; dann sind Sie in Bezug auf das bekannte *γνῶθι σαυτόν* doch noch weiter zurück, als es jemand sein sollte, der über die wichtigsten Interessen des Reiches mitreden will. Unfehlbar darf doch niemand sein.

(Bravo! rechts.)

Es ist damit außerdem ein ganz erheblicher Zeitverlust für den Reichstag verbunden; der Reichstag, alle meine Gegner, können einen gewissen Triumph darüber empfinden, daß ich nicht jeden Tag dasselbe sage; ich sollte doch meinen, es müßte Ihnen das auch angenehm sein; ich wenigstens empfinde es mitunter peinlich, daß meine Gegner alle Tage dasselbe sagen

(große Heiterkeit),

sich stets wiederholen. Ich sehne mich mitunter nach Abwechselung; und wenn ich genöthigt bin, um zu rechter Zeit das Wort zu ergreifen, zwei Stunden eine Rede zu hören, die ich mehrmals schon gehört habe, so ist mir das peinlich; variatio delectat.

Der Widerspruch, in den mich der Herr Abgeordnete hier zu verwickeln suchte, war der, ich hätte vor sechs Jahren behauptet, es handle sich hierbei bloß um einen Finanzzoll, und jetzt wollte ich einen Schutzzoll. Aber das ist ja ganz zweifellos richtig, der bisherige Zoll hat sich als reiner Finanzzoll bewährt; er hat 20 Millionen eingebracht und das ist ja ganz außerordentlich erfreulich. Seien Sie doch froh, daß Sie das nicht mit Klassensteuer aufzubringen brauchen. Wer es bezahlt, das weiß noch

niemand; es ist ja sehr erfreulich, wenn man solche anonymen Geschenke bekommt.

(Heiterkeit.)

Also ein Finanzzoll ist es gewesen. Nun hat sich gegen mein Erwarten, das habe ich schon neulich gesagt, die Unzulänglichkeit der früheren Zölle — der lediglichen Finanzzölle — so rasch herausgestellt, die Erkenntniß ist schnell in weite Schichten der Bevölkerung durchgedrungen; und jetzt bin ich entschieden für einen Schutzzoll.

Der Herr Abgeordnete hat unter anderem auch gesagt, es werde bestritten, daß der Preis des Getreides steigen würde. Ja, meine Herren, ich bestreite das nicht gerade, ich bin nicht sicher; aber diese Unsicherheit ist eine solche, mit der ein gewisses Bedauern verknüpft ist, wenn ich finde, daß das Ziel nicht erreicht ist; ich wünsche, daß der Preis gesteigert werde, ich halte es für ganz nothwendig, daß er gesteigert werde.

(Hört! hört! links.)

— Ja, hört! Ich bitte Sie, das auch ganz deutlich zu hören.

(Heiterkeit.)

Es ist das nothwendig. Denn es gehört das zu den Sätzen, die ich vorgestern hier ausgesprochen habe, ohne daß einer der Herren Redner darauf zurückgekommen ist. Ich sagte, daß es nothwendig eine Grenze geben muß, wo der Staat mit dem Versuch, den Preis zu steigern, eintreten muß. Ich habe das so ausgedrückt, daß ich Sie bat, den Fall zu denken, daß der Preis des Roggens auf 50 Pfennig sänke; oder ich will den Preis nennen, der in der Wirklichkeit in inneren russischen Gouvernements ab und zu vorhanden ist, den Preis von einer Mark. Ist dann nicht ganz klar, daß dann unsere Landwirthschaft vollständig ruinirt würde, nicht weiter bestehen könnte und mit ihr alle Arbeiter, alle Kapitalisten, die von ihr abhängen? Vom Landwirth ganz abgesehen — das ist ja ein corpus vile, an dem man experimentiren kann von Seiten der Herren Städter; also von dem abstrahire ich; aber die Herren Städter würden an den Landwirthen keine Käufer mehr haben, die Arbeiter würden nicht mehr beschäftigt werden können, die Arbeiter würden nach den Städten strömen, kurz und gut: eine nationale Kalamität ist es ganz unzweifelhaft, wenn der Preis des Getreides, der

täglichen Lebensmittel unter den Satz sinkt, für den es bei uns überhaupt noch gebaut werden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Geben Sie das zu, rufen Sie jetzt auch: „hört! hört!" damit ich mal die Ueberzeugung habe, daß Sie auch für unwiderlegliche Argumente des Gegners eine gewisse Empfänglichkeit haben. Vorhin war Ihr „hört! hört!" sehr laut, — jetzt schweigen Sie; ich nehme also an, Sie geben zu, es giebt eine Grenze. —

(Rufe links: Nein!)

— Sie schweigen nicht?

(Pause. Heiterkeit.)

— Gut! Dann erlauben Sie mir, darüber stillschweigend hinwegzugehen. Aber für die anderen Herren — ich glaube es wird immer das Auditorium minus 1 wahrscheinlich sein — werde ich den Satz als zugegeben betrachten können, daß es eine Grenze giebt, unter welche ohne den Ruin unseres ganzen wirthschaftlichen Lebens die Getreidepreise nicht fallen dürfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Frage ist also nur: ist diese Grenze schon erreicht, oder ist sie noch nicht erreicht? Der preußische Herr Minister Dr. Lucius hat neulich Data hier vorgetragen, nach denen wir zugeben müssen, sie wäre schon erreicht. Sie darf aber nicht erreicht werden; denn, wenn sie erreicht ist, ist es schon zu spät, und wir haben schon die ungeheuersten Verluste erlitten. Sobald es aber eine solche Grenze giebt, dann ist Ihr vorheriges „hört! hört!" — als ich sagte, die Preise sollen steigen, — ein erfreuliches Anerkenntniß der Wahrheit beim Gegner; Sie machen das Volk und die Leser aufmerksam darauf, daß ich die Wahrheit gesagt habe: es giebt eine Grenze, die der Staat innehalten muß, wenn er große Kalamitäten verhüten will. Da hört jede andere Rücksicht auf. Wenn der Roggen bei uns auf einen Preis kommt, für den er nicht mehr gebaut werden kann, so leben wir in verrotteten Zuständen und gehen zu Grunde; das kann durch die aufgespeicherten Kapitalien, von denen wir leben, aufgehalten werden, aber wir schaffen einen unhaltbaren Zustand; das ist so klar, wie $2 \times 2 = 4$, — daran ist nicht zu zweifeln. Nun, ich komme auf diesen Punkt vielleicht noch zurück, ich bin noch nicht fertig mit den Aeußerungen des Herrn Vorredners. Ich möchte ihn und auch

alle Herren bitten, dieses Suchen in alten stenographischen Berichten — mir ist ja bis zum Vereinigten Landtage vorgehalten worden, was ich da sagte — aufzugeben. Es werden in diesem Jahre nun 40 Jahre, daß ich parlamentarisch thätig bin, wenn ich den pommerschen Provinzial-Landtag von 1845 mit hinzurechne. Wenn man dieses ganze beschämende Konvolut, das ich seitdem gesprochen haben kann, zusammenhält und reißt aus diesem Jahrgange ab und zu drei Zeilen heraus und hält die zusammen, — ja, würde der Herr Abgeordnete Bamberger, der, glaube ich, noch reicher an Elaboraten ist

(Heiterkeit),

ganz stichfest in der Beziehung sein? Würde er nicht glauben, daß man drei Zeilen von ihm auftreiben kann, mit denen drei andere im Widerspruch stehen? Es hat ein berühmter französischer Staatsmann gesagt: gebt mir drei Zeilen, geschrieben von dem unschuldigsten, ehrbarsten Menschen, und ich will ihn damit an den Galgen bringen. Warum sollte man nicht mit drei gedruckten Zeilen jemand an den Galgen bringen können!? Das ist aber unfruchtbares Bemühen. Mir tönen immer die Stimmen aus der Konfliktszeit entgegen: der Herr Minister-Präsident hat gesagt. Das ist ja ganz einerlei, was ich gesagt habe

(Heiterkeit);

damit schlagen Sie nur unsere und Ihre Zeit todt.

Der Herr Vorredner sagte, unser Export würde geschädigt, wenn wir den Import verhinderten. Ja, wenn es gewisse Nationen gäbe, mit denen wir in einem Verhältniß, das in einander greift, von Export und Import ständen, wenn z. B. die Getreide exportirenden Nationen, wie Amerika, ihrerseits freihändlerisch wären und unsere Produkte bereitwilligst als Tausch entgegennähmen, dann würde ich ihm bis zu einem gewissen Grade Recht geben; wenn Rußland dem Ideal des Herrn Vorredners, seine Grenze dem freien Handel zu eröffnen, bereits gefolgt wäre! Aber was wollen Sie denn in Rußland absetzen und in Amerika bei den jetzigen hohen Zollsätzen? Unsere Export- und Importländer decken sich eben nicht, und das ist ein Hiatus in der Argumentation des Herrn Vorredners, den er ganz übersehen hat. Wenn die Redensart so allgemein hingeworfen wird: ohne Import kein Export, so klingt ja das plausibel; aber es ist doch nur wahr insoweit,

als der bei uns Importirende zugleich derjenige ist, der unseren Export in Empfang zu nehmen bereit ist, und das ist eben nicht der Fall. Also die ganze Argumentation, die der Herr Abgeordnete daran knüpfte, der ganze Rückgriff, den er auf die Debatte über Kolonial- und Dampfersubvention dabei that, war eigentlich ganz unmotivirt; er fällt mit der fallenden Prämisse, daß die Export- und Importländer dieselben sind. Wir wollen eben Beides nicht aufgeben, weder den inländischen Markt — wir wollen den inländischen Markt der inländischen nationalen Arbeit sichern — noch den ausländischen, so weit wir dazu nicht gezwungen sind. Was ich früher gesagt habe, daß im Auslande der Absatz beschränkt ist und mühsam erworben, erkämpft und vorbereitet werden muß, das bestreite ich heute ja nicht; wie groß die Mühe ist, ihn zu erkämpfen, beweist schon die Schwierigkeit, die wir bei dem Bischen Kolonialgesetzgebung zu überwinden gehabt haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mich ferner falscher Prophezeiung beschuldigt, weil ich vorgestern gesagt habe, der indische Weizen werde schließlich eine Ausdehnung der Produktion erreichen, gegen die selbst Amerika nicht gepanzert wäre. Das ist doch etwas zu viel verlangt, daß eine Prophezeiung, die ich vorgestern ausgesprochen habe, heute schon in Erfüllung gegangen sein soll, namentlich in Bezug auf Amerika und Indien. Da ist der Herr Vorredner nicht von seinem gewöhnlichen billigen Wohlwollen für meine Aeußerungen erfüllt gewesen. Ja noch mehr, die Thatsachen, die er anführte, um mich zu widerlegen, trugen das Datum von 1883, da mögen die Herren sie ganz anders gelesen haben; es werden wahrscheinlich Thatsachen aus den Jahren 1881/82 sein, die referirt wurden. Nun wird der Herr Abgeordnete, der so schätzbare Kenntnisse über den Handelsverkehr der ganzen Welt hat und uns leider die nützlichsten davon gerade für die wichtigsten Vorlagen vorenthielt — der wird mir doch zugeben, daß diese ungeheuerliche Vermehrung der indischen Produktion erst gerade in den letzten zwei Jahren stattgefunden hat, ich kann ihm darüber, wie ich glaube — ich habe nicht die Zeit, alle Berichte zu lesen — Konsularberichte vorlegen, bei denen er gewiß bei seiner Liebe zur wissenschaftlichen Erörterung dieser Dinge seine, wie ich glaube, irrthümliche Auffassung gern berichtigen wird. Außerdem kann

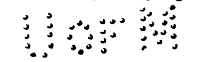
ich mir denken, daß diese Angaben nicht gerade von unseren Freunden herrühren, sondern von solchen, die im Sinne des großen Cobden Glaubensgenossen des Herrn Vorredners auf den ganzen Gebieten sind, die unsere ganze Wirthschaftspolitik als Chimäre behandeln. Vor 20 Jahren stand die Kornproduktion von Amerika auf einem ganz anderen Fuße, und kein Mensch hat damals und noch weniger vor 30 Jahren erwarten können, daß von dort so ungeheure Massen Korn kommen würden; auch von Rußland hat vor Vollendung des Eisenbahnnetzes Niemand diesen Export erwarten können. Warten Sie alle doch noch einmal 20 Jahre! — Der Herr Abgeordnete ist ein junger Mann, er wird es erleben, und dann wird er vielleicht an mich denken und sagen: „Der verstorbene Reichskanzler hat doch Recht gehabt!"

(Heiterkeit.)

Weshalb ich an die unbeschränkte Ausdehnung des indischen Exports glaube, das ist wegen der Bodenbeschaffenheit Indiens und wegen der erstaunlichen Wohlfeilheit der Arbeit, die bekanntlich in keiner Gegend der Welt in dem Maße vorhanden ist wie im englischen, und zum Theil auch im niederländischen Indien. Deshalb kann auch die dortige Zuckerproduktion noch immer Konkurrenz halten mit dem Rübenzucker.

Der Herr Abgeordnete gab auch Preissätze an für indischen Weizen und dessen Transport nach England, die ich nach allen amtlichen Berichten, die mir vorliegen, für unrichtig halten muß, und zwar für weit übertrieben unrichtig. Mir ist gesagt worden — und der Satz ist ja so einfach, daß jeder, der mit dem Kornhandel vertraut ist, ihn wird berichtigen können —, ich kann ihn nicht beschwören, aber mir ist gesagt worden, daß der indische Weizen heute nach London geliefert würde einschließlich Fracht per Zentner 6 *M.* und einem kleinen Bruchtheil von Pfennigen, und bei größerem Zufluß wird das noch wohlfeiler, und wenn die Einrichtung der Verschiffung durch regelmäßige Organisation noch besser wird, so können w i r nicht mehr Weizen bauen und auch England nicht.

Aehnliche Verschiebungen in den Angaben, die wie Proben aus meinen älteren Reden herausgepflückt sind, wie man sie gerade braucht, hat gestern einer der Herren Redner gegeben. Ich hatte ihn nicht gehört, sonst würde ich das gleich gesagt haben; es war Herr Dirichlet, der sich der Illusion hingab,



daß er von dort sprechend, hier vollkommen verstanden würde; ich bestreite nicht, daß er eine klare wohltönende Stimme hat,

(Heiterkeit.)

aber es waren doch mitunter die Hauptworte, auf die gerade die Bedeutung seines ganzen Satzes ankam, hier verloren, was mir sehr leid thut, und auch namentlich das Wort „Lindau" hatte ich nicht gehört. Lindau ist bekanntlich der Stapelplatz für das ungarische Exportgetreide, und die dortigen Preise stehen in gar keinem Verhältniß zu den regelmäßigen Preisen im Lande, wie Herr von Kardorff das nachher bei Besprechung der Remontekäufe ausführte. Aber aus ähnlicher Quelle wie dieses Datum von Lindau können auch mehr oder weniger die wirthschaftlichen Angaben des Herrn Bamberger fließen; das lasse ich unentschieden, denn man verdankt solchen vereinzelten Sätzen mehr Dunkelheit als Aufklärung.

Ich habe vorher schon erwähnt, daß der Satz, daß es einen so niedrigen Stand der Getreidepreise giebt, daß dessen Eintritt eine Kalamität und einen Zusammenbruch unserer ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse bedingt, mir weder widerlegt noch ernstlich bestritten worden ist, daß also, wenn er zugegeben wird, damit das Prinzip der Kornzölle, der Anwendbarkeit der Kornzölle, ja der Nothwendigkeit der Kornzölle als rettende That für die Erhaltung des wirthschaftlichen Lebens gegeben ist, und daß wir uns nur darüber zu fragen haben: ist diese Grenze eingetreten und liegt sie heutzutage vor? Darüber werden wir ja diskutiren können.

Ich habe einen anderen Satz aufgestellt, der ebenfalls gar keine Beachtung und Widerlegung gefunden hat, weil er unbequem ist, nämlich den, daß, wenn es überhaupt volkswirthschaftlich angezeigt ist, die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse und aus diesem Grunde das Brot auf einen möglichst niedrigen Preis herunterzudrücken, — daß dann diese Aufgabe der Gesetzgebung und des Staatslebens nicht beschränkt sein kann auf das Brot, weil es andere Gegenstände giebt, die ebenso unentbehrlich als Brot für den Armen, wie für den Reichen sind. Dazu gehört in erster Linie die Kleidung von Kopf bis zu Fuß mit allen Stoffen, aus denen sie beschafft wird, also: das Handwerk, der Schneider, der Schuhmacher, das Gewerbe, was Tuch, was Leinwand, was Baumwolle erzeugt und verarbeitet, was zum nothdürftigen Schutz des Armen gegen

Witterung dient: warum muß das nicht mit derselben Konsequenz auf den möglichst niedrigen Standpunkt ohne Rücksicht auf die Produzenten heruntergedrückt werden wie das Getreide?

(Zuruf links: Gewiß!)

Die Herren sagen: Gewiß. Nun gut, machen Sie das mit den Schustern und den Schneidern aus, die dabei betheiligt sind. Ich habe mir bisher eingebildet, Sie hätten nicht den Muth, denen denselben Handschuh hinzuwerfen, vor dem die Landwirthschaft sich 30 Jahre lang ganz ruhig gebückt hat, weil sie eben auf dem Lande wohnt und nicht die Zugänge zu den Behörden, zu den großen Zeitungen, zu den liberalen Parteien hat wie die Handwerker. Wenn Sie aber auf diese Weise mir mit „gewiß" antworten, das heißt also: der Schuhmacher, der Schneider, alle Handwerker, der Weber, sollen ebenso im Preise heruntergedrückt werden, daß möglicherweise die Grenze gesucht werden muß: kann er dabei noch bestehen? Daß sie möglicherweise überschritten wird, daß, selbst wenn sie überschritten wird, gar keine Rücksicht genommen werden kann, ob diese zahlreichste aller Gewerbsklassen leben oder sterben kann, — ja, meine Herren, dann finden Sie sich mit diesen Gewerbsklassen ab, die wohnen in den großen Städten, die werden Ihr Ohr schon zu finden wissen und Ihr Auge in den Zeitungen. Es ist mir lieb, daß Sie mir mit diesem „gewiß" — wenn ich nur die Unterschrift dafür hätte, wer das „gewiß" gesagt hat, dann würde ich dafür sehr dankbar sein.

(Herr Dirichlet meldet sich mit einer Verbeugung.)

Ah, Herr Dirichlet!

(Große Heiterkeit.)

Nun dann habe ich mich vielleicht umsonst gefreut. Sie glauben das Recht zu haben, vom Landwirth zu fordern, daß er zu Grunde geht, daß 25 Millionen sich opfern, und etwa — ich weiß nicht, wie viel Millionen landwirthschaftliche Arbeiter, ich habe die Ziffer nicht im Kopfe, aber es ist bei Weitem die Mehrzahl — mit geopfert werden, um den sehr viel geringeren, vielleicht 1 bis 2 Millionen städtischen Arbeitern um einen Pfennig das Brot wohlfeiler zu schaffen, daß sie deshalb sich ausschlachten sollen, sich wie Curtius in den Abgrund des Vaterlandes stürzen — das sind die Konsequenzen, zu denen Sie kommen; die können Sie dem Landwirth gegenüber vielleicht 30 Jahre halten, wenn der Bauer sich aber darüber einmal

klar wird, daß er die dupe und der Ambos so viel Jahre lang gewesen ist, dann kriegen Sie das aus seinem Kopf auch nicht mehr heraus, die Landwirthe fangen jetzt an — Dank der Bauervereine, die gebildet sind — sich darüber aufzuklären, daß sie gut thun, ihre Interessen selbst zu vertreten, selbst sie in die Hand zu nehmen und das nicht den Herren Schriftgelehrten aus den großen Städten zu überlassen, die hinkommen auf das Land, um an den Verfolgungswahn — der ja in unserer Nation statistisch stärker grassirt wie anderswo — an den Verfolgungswahnsinn mit dem Geschrei „Reaktion" zu appelliren: „Hütet Euch vor der Reaktion! Es ist diese verruchte Kaste," die dann weiter bezeichnet wird: „die jetzt wieder nach der Herrschaft strebt." Wir kennen das ja aus Ihren Wahlverhandlungen, theils aktiv, theils passiv. Der Ausdruck „Reaktion" ist nur ein Appell an den Verfolgungswahnsinn, der sich Gefahren einbildet, die nicht bestehen. Aber wenn der Landwirth und namentlich der kleinere und mittlere Landwirth erst einsieht, daß er genarrt worden ist von diesen Herren lange Zeit, — dann, meine Herren, fangen Sie ihn nicht wieder; der verbrennt sich einmal, aber nicht zweimal. Und ich glaube, es wird dahin kommen, daß die Erkenntniß sich mehr und mehr Bahn bricht — dazu hat namentlich die Berufsstatistik außerordentlich viel gewirkt —, und daß der Landwirth auch sich dadurch ermuthigt fühlt, daß er sieht, er hat die Majorität in der Hand, wenn er nur einig sein und geschlossen gegen Diejenigen stimmen will in den Wahlen, die ihn bisher ausgebeutet, die aus seiner Haut die Riemen geschnitten haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Die verbündeten Regierungen werden schwerlich darauf eingehen, den Handel mit Kleidern, Stiefeln, Tuch, Leder ebenso zu ruiniren, wie die Landwirthschaft ruinirt werden würde, wenn die Fortschrittspartei bei uns am Ruder wäre.

Ich habe unter den nothwendigen Bedürfnissen noch vergessen das der Häuser. Der Mensch muß doch wohnen in unserem Klima. Nun, die vollständigen Häuser werden importirt; ich habe selbst davon Gebrauch gemacht. In den Nordstaaten, in Schweden, Norwegen, Finnland werden die Häuser, die in Deutschland bewohnt werden sollen, im Walde vollständig zurecht gemacht; ich kenne das Geschäft, in Pommern betreibe ich es selbst. Diese Häuser, auf Verkauf gearbeitet, werden im Walde

gezimmert, zusammengesetzt und von dort verfahren. Dann lassen Sie doch auch alles verzimmerte Holz zollfrei eingehen. Der Handel damit ist ebenso gewinnreich und der Abg. Dirichlet wird dann zu seinem Protektorat der Handwerker auch noch die Zimmerleute zählen können, denen ich ihn ebenfalls empfehle.

Daneben steht nun die Argumentation, daß bei diesen Zöllen der Reiche auf Kosten des Armen Vortheile gewinnen sollte — ich habe das vorher schon obiter berührt —, es ist eine Argumentation, die sich in Bezug auf die landwirthschaftlichen Zölle namentlich in der Behauptung konzentrirt, daß nur der Großgrundbesitz Vortheil davon habe. Es ist den Herren in der Stadt, die vorzugsweise mit Fraktionsgeschäften und Presse beschäftigt sind, ja nicht zuzumuthen, daß sie die Verhältnisse auf dem Lande so genau kennen; ich bin deshalb in der Nothwendigkeit, darauf nochmal zurückzukommen.

Zunächst mache ich darauf aufmerksam, daß die ganze Agitation, die ganze Bewegung zu Gunsten der Getreidezölle vorzugsweise vom Westen und vom Süden Deutschlands ausgegangen ist, insbesondere auch vom Elsaß, also von lauter Landstrichen, in denen der Großgrundbesitz ganz unbedeutend ist, gar keinen Einfluß hat, ja kaum in nennenswerther Weise nach unseren Begriffen vorhanden ist, und daß dort gerade der mittlere und kleinere Bauernstand der überwiegende ist. Bildet sich dort der Bauer nun seinen Nothstand blos ein? Sind das alles imaginäre Begriffe? Oder ist auch der Bauer generell in der Lage, wie es Ihnen der Abg. Dirichlet gestern schilderte, daß er in jugendlichen Jahren als verwöhnter Jüngling aus dem elterlichen Hause in den landwirthschaftlichen Besitz hineinkommt, noble Passionen pflegt?

(Heiterkeit.)

Ja, ich habe aus dem parlamentarischen Kalender entnommen, daß der Abg. Dirichlet selbst seinerseits in diese Lage gekommen ist: er ist mit 24 Jahren bereits selbständiger Wirth geworden und nach dieser Lebensbeschreibung, die er ja ohne Zweifel selbst geliefert hat, doch kaum mit der genügenden Vorbereitung zu einer so schwierigen Beschäftigung, wie die Landwirthschaft es ist.

(Heiterkeit rechts.)

Er hat uns also gestern sein eigenes Schicksal erzählt und wollte uns dies als das eines reichen ostpreußischen oder pommerschen Junkers glaubhaft machen; es ist aber „de te fabula narrata,“

er hat seine eigene Lebensgeschichte erzählt. Daß der Abg. Dirichlet nun seinerseits annimmt, daß alle ostpreußischen Junker ebenso gelebt haben würden wie er,

(Heiterkeit),

das will ich nicht annehmen; das mag ja gern sein, aber von den schwäbischen, bayerischen, thüringischen, hessischen, elsässischen Bauern wird er doch nicht annehmen, daß sie ebenso wie der Herr Abgeordnete in einem zu jugendlichen Alter und so mangelhaft vorbereitet — daß sie vielleicht Gerste und Roggen nicht von einander unterscheiden konnten — auf das Land gekommen sind. Die Leute werden doch wohl ungefähr wissen, was sie wollen und können? Oder ist der ganze Bauernstand wirklich so einfältig wie der Städter sich einbildet? Da würden die Herren sich doch irren, und mit der Zeit, wenn nur hier im Reichstag der Bauernstand erst einigermaßen zahlreich vertreten wäre, werden die Herren Städter erleben, daß er klüger ist, als sie ihn brauchen können.

(Große Heiterkeit rechts.)

Der Großgrundbesitzer leidet unter der Kalamität sehr viel weniger als der kleine. Es sind auch bei den Petitionen die Provinzen, in denen die Latifundien vorzugsweise zu finden sind, die preußischen Ostseeprovinzen, viel weniger rührig gewesen, und wo sie es waren, ist es nur auf Antrieb des Bauern geschehen. Der Großgrundbesitzer kann sich helfen, er kann seinen Betrieb verändern, ganz abgesehen davon, ob er Reserven hat. Er kann übergehen aus dem Ackerbau zur Viehzucht, zu anderen Kulturen; er kann Fabriken anlegen, die rentiren. Das alles kann der Bauer nicht, und ich höre so viele Großgrundbesitzer heute sagen: wer keine Fabrik hat, der geht zu Grunde; lediglich die Fabriken rentiren noch. Ist das nicht auch ein Zeugniß, daß auch die Großgrundbesitzer den Stachel sehr wohl fühlen, der sie drückt? Aber sie sind noch nicht zur Klage gekommen. Die Klagen gehen ganz ausschließlich von den Landestheilen des deutschen Reiches aus, in denen der mittlere und kleine Besitz vorherrschend ist.

Der Abgeordnete Dirichlet hat uns gestern die Unmöglichkeit nachgewiesen, daß ein kleiner Grundbesitzer — ich glaube, er sprach von 20 Morgen beispielsweise — überhaupt Korn verkaufen könne; ja der hätte eigentlich gar nichts. Das zeigt nur, wie die reichen landwirthschaftlichen Erfahrungen, die der

Herr ohne Zweifel früher im Kreise Darkehmen gesammelt hat, in dieser Wüste von Mauersteinen und Pflastersteinen und Zeitungen hier in Berlin vollständig verloren gegangen sind.

(Heiterkeit rechts.)

Er hat es vergessen, wie es auf dem Lande aussieht, und ist jetzt wohl im Fraktionsdienst auch, glaube ich, zu ausreichend beschäftigt

(Heiterkeit),

um der Landwirthschaft mehr als einen gelegentlichen Blick widmen zu können. Es ist nicht so, wie er gesagt hat. Der kleine Landwirth verkauft alles, was er baut, mit Ausnahme dessen, was er mit seinem Vieh verfüttert — das ist natürlich. — Aber er kann doch sein Getreide, seinen Roggen, den er gebaut hat — — ja, bei der Gelegenheit komme ich nochmals darauf zurück, weil ich im stenographischen Bericht, wie ich das früher mal gesagt habe, die Bemerkung „Heiterkeit" — ich vermuthe, in der Region Dirichlet — gefunden habe. Die Herren kennen das Geschäft eben nicht. Glauben Sie denn, daß der Landwirth seinen Roggen in Körnern, in natura kaut und ißt

(Heiterkeit),

oder daß er ihn, wie die Alten, zu Hause zwischen Steinen zerreibt? Er muß doch wenigstens seinen Roggen an den Müller verkaufen, um ihn gemahlen zu bekommen. Das kennt man nicht mehr, daß er mit dem Sack dabeisteht und wartet, bis der Müller den Roggen mahlt, sondern er bringt seinen Roggen zu einem bestimmten Preise auf die Mühle und nimmt sein Mehl zu einem bestimmten Preise. Also das ist auch ein längst überwundener Standpunkt! Wenn die Herren sagen: der kleine Landwirth verzehrt sein Korn direkt, da bitte ich doch, gehen Sie auf das Land, da will ich es Ihnen zeigen. Wenn einer der Herren mir die Ehre erweisen will, mich zu Hause zu besuchen, werde ich ihn die Parteiverschiedenheit gewiß nicht entgelten lassen, sondern ich werde es mir zur Ehre gereichen lassen, einen deutschen Reichstagsabgeordneten einen Kursus über Landwirthschaft durchmachen zu lassen. Denn es sollte niemand hier sitzen, der nichts davon versteht!

Auch für den Arbeiter, meine Herren, ist doch die schwerste Krisis, die ihn treffen kann, die, daß der Produktionszweig, in dem er beschäftigt ist, zu Grunde geht. Schlimmer kann es

ihm nicht gehen, als wenn er beschäftigungslos, arbeitslos wird, als wenn die Branche, in der er arbeitet, sich einschränken muß. Das vergessen manche Arbeiter im Kampfe mit der Branche selbst; aber die meisten sind sich doch bewußt, daß, wenn sie sie todt machen, sie eben die Henne abschlachten, von deren Eiern sie leben. So ist es auch mit der Landwirthschaft! Die landwirthschaftlichen Arbeiter wissen es — und bei weitem die meisten der Arbeiter stehen in der Landwirthschaft; ihnen nahe kommen höchstens noch diejenigen, die mit der Landwirthschaft sich derartig durchsetzen, daß sie von einander leben. Und ebenso wissen der Grundbesitzer und der industrielle Arbeiter mit der Zeit, wenn sie alt genug sind, daß sie Schaden leiden, wenn es dem Landwirth schlecht geht, wenn sie den Wohlstand dieser ganzen zahlreichsten Branche des Hauptgewerbes des deutschen Volks verkommen und verkümmern lassen! Es ist eine ganz andere Kalamität, als wenn in irgend einer neu aufgetauchten Industrie eine Kalamität auftritt; die ist zwar auch groß, aber sie ist lokal, ihr kann durch Unterstützung geholfen werden; aber die Kalamität der Landwirthschaft fühlt der ganze Körper des Volkes, und ein annäherndes Zugrundegehen, ein Krankwerden in der Landwirthschaft läßt den ganzen Körper des Volkes kranken; wenn die Krankheit eine sehr ernsthafte ist, so geht er zu Grunde; das Volk geräth in Verfall, wenn seine Landwirthschaft verfällt. Daß dann der Arbeiter nichts zu leben hat, weil das Produkt, an dem er in dieser Fabrik arbeitet, keinen Gewinn für den Inhaber mehr bietet, das zeigen die Beispiele der kultivirtesten Länder! Man zerbricht sich vielfach den Kopf über die Kalamitäten, die heutzutage in Frankreich sehr viele Arbeiter beschäftigungslos machen; ich bin überzeugt, daß ein Hauptgrund der Arbeiterkrisis in Frankreich, wo — ich weiß nicht — ungezählte Hunderttausende augenblicklich brodlos sind, darin liegt, daß der französische Landwirth die Kaufkraft verloren, sich einzuschränken hat; er ist der Hauptabnehmer weit über den Export hinaus; der inländische Handel ist doch immerhin noch größer in seinem ganzen Umfange; und wenn der inländische Käufer in der Masse, wie ihn der Landwirth darstellt, in der Majorität erlahmt, dann müssen nothwendig die Produktionsmuskeln des Landes nachlassen, weil der Verkäufer keinen Abnehmer mehr findet. Ich glaube, daß Frankreich nicht unter den Wirkungen der Kriegskalamität, die ein so reiches

und arbeitsames Land, wie Frankreich, längst überwunden hat, — sondern unter dem Rückgange seiner Landwirthschaft leidet, unter der Ueberbürdung der Landwirthschaft mit Steuern und der Wohlfeilheit seiner Produkte, die aus überseeischen Ländern, wo kostenlos produzirt wird, nach Frankreich hineinströmen, und daß Frankreich uns auf dem Wege der Schädigung, die ein Land durch den Ruin seiner Landwirthschaft erfahren kann, bereits um ein halbes Menschenalter voraus ist. Hüten wir uns, dem nachzufolgen, und remediren wir bei Zeiten!

(Bravo! rechts).

Außerdem aber, wenn eine Vertheuerung der Lebensbedürfnisse stattfände, so muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß der Arbeiter in Feld und Wald geradeso berechtigt ist zu seinem Lebensunterhalt wie der Arbeiter in der Stadt.

Ich habe Ihnen neulich das Beispiel zitirt, wie ein Wald das wirthschaftliche Leben in seiner Umgebung kräftigt, und in welchem Maße er Arbeiter beschäftigt. Wenn dasselbe Verhältniß im ganzen Lande stattfände, was nicht stattfindet, — denn es sind nicht alle Wälder gut bestanden, es erfreuen sich nicht alle Wälder einer richtigen Ausbeutung, — so könnte man annehmen, daß auf je 50 Hektar immer eine Familie und ein Pferd Beschäftigung finden, die beschäftigungslos werden, sobald dieser Wald betrieblos wird, sobald er, durch die ausländische Konkurrenz in seinem Absatze erdrückt wird. Ich weiß nicht auswendig, wie viel Quadratmeilen Wald wir in Deutschland besitzen, ich vermuthe, es werden um 2000 Quadratmeilen herum sein, ich weiß es nicht,

(Zuruf)

— 2500 sogar. Nun, wenn das überall zuträfe, daß auf 50 Hektar eine Familie leben kann, so würden damit auf die Quadratmeile, die über 5000 Hektar hat, 100 Familien leben können; also wenn es 2500 Quadratmeilen sind, so würde das 250 000 Familien geben, die im Walde leben können. Nehmen Sie aber auch an, daß die Zahl sehr viel geringer ist. Nun erwägen Sie, wie viele von importirtem Holze leben. Es sind das die Brettschneider und andere, die längs des Bromberger Kanals sich etablirt haben, bis hier nach Berlin heran; ihnen gönne ich ihren Verdienst; aber ich glaube, daß an Kopfzahl schwerlich 10 000 herauskommen werden, — ich kenne sie nicht. Aber selbst, wenn sie ebenso zahlreich wären wie diejenigen,

welche in unseren Wäldern arbeiten, so sind sie doch nicht höher berechtigt. Der Industrielle, der in ausländischem Holze arbeitet, ist nicht höher berechtigt als der inländische Holzbesitzer und seine Arbeiter; der eine soll nicht gegen den anderen bevorzugt werden; aber bevorzugt ist einstweilen der, der in ausländischem, in russischem Holze arbeitet, weil er sein Rohmaterial fast umsonst und auf den Wasserstraßen, die der Staat gebaut hat, hingefahren bekommt.

Man soll nicht sagen, daß das Brettschneiden überhaupt nicht rentirt, wenn es nicht am Kanal geschieht; das weiß ich besser, es rentirt auch noch an der Eisenbahn, es rentirt nur außerordentlich viel mehr an der Wasserstraße, und deshalb haben diejenigen, welche fremdes Holz an unseren Wasserstraßen schneiden, ganz unverhältnißmäßige Vortheile augenblicklich, sie sind reiche Leute, sehr viel reicher als die Großgrundbesitzer und die Forstbesitzer und haben ganz andere Revenüen. Wenn Sie nun den Großgrundbesitzer und den Forstbesitzer den Arbeitern gegenüber stellen, so können Sie ihn doch nur denjenigen gegenüber stellen, die aus fremdem Holz arbeiten, und ich stelle dagegen die sehr viel größere Masse der inländischen Arbeiter den wenigen reichen und glücklichen Unternehmern gegenüber, die rein aus fremdem Holze arbeiten. Die Holzfrage wird uns ja noch später beschäftigen; ich vermuthe, daß Sie die wenigstens an die Ausschüsse verweisen werden, möchte aber dringend bitten, die Getreidefrage nicht an die Ausschüsse zu verweisen, wenn Sie nicht in der Zwischenzeit noch einen gewaltigen und wahrscheinlich die Berechnung aller, die hier sind, noch übersteigenden Massenimport aus den Ländern haben wollen, in denen das Getreide schon jetzt anfängt verladen zu werden, ja schon vor Weihnachten zum Theil verladen worden ist unter der Berechnung der Möglichkeit, daß bei uns die Zölle erhöht werden würden. Helfen Sie also wirklich und ersparen Sie wenigstens dem Fiskus in seiner Steuer einige Millionen. Sie, meine Herren, die Sie geringfügige, nothwendige Ausgaben aus Sparsamkeit versagen, sollten die Millionen nicht wegwerfen, die in der Zwischenzeit an Kornzoll gewonnen werden können. Sie sollten die Zölle rechtzeitig einführen oder, sobald die Wahrscheinlichkeit ist, daß sie eingeführt werden, ein Sperrgesetz erlassen, womöglich noch im Laufe dieses Monats, damit dem Lande einige von den Millionen

eingebracht werden, zumal Sie über die Abwesenheit derselben in anderen Verhandlungen ja so schwer klagen und folgenreiche Beschlüsse in Folge des Mangels an Geld fassen. Hier ist der Schlag zu Geld, wenn rasch verfahren wird; also ich möchte dringend bitten, dies nicht an den Ausschuß zu verweisen.

Außerdem möchte ich noch an eine gestrige Aeußerung ein paar Worte anknüpfen. Der Herr Abgeordnete Dirichlet ist empfindlich geworden darüber, daß ich gesagt habe: „deshalb sind die Behauptungen in der Presse und in Reden, die davon ausgehen, daß die ganze Zollgesetzgebung in Bezug auf Getreide und Holz das Mittel wäre, den Großgrundbesitz zu erleichtern auf Kosten des armen Mannes, einmal verlogene Entstellungen der Wahrheit, dann in zweiter Linie u. s. w." Nun, ich glaube nicht, daß sich mit diesen Worten irgend jemand getroffen fühlen kann, wenn er sich nicht bewußt ist und einräumt, daß er die Behauptungen gemacht hat. Aber auch selbst dann möchte ich ihn doch bitten, sich nicht getroffen zu fühlen. Wenn ich starke Ausdrücke derart gebrauche, so bitte ich das immer unter der Benefiz des englischen Sprüchwortes zu akzeptiren „present persons always excepted", d. h. die Anwesenden sind ja jedenfalls davon ausgenommen

(Heiterkeit),

wie die Unteroffiziere bekanntlich von den Herren Freiwilligen sagen. Ich würde mich in Bezug auf die hier anwesenden Herren ja nie eines so unfreundlichen Ausdrucks bedienen, ich würde vielleicht nur von Verschiebung gesprochen oder ich würde einen milderen Ausdruck gebraucht haben, wenn ich dabei an die Herren hier irgendwie gedacht hätte. Ich habe wesentlich an die Presse gedacht und an die Reden, die außerhalb dieses Saales gehalten werden; über die habe ich mich zu beklagen. Ich habe z. B. an Aeußerungen gedacht, wie Schnapspolitik und Schweinepolitik,

(oh! links)

die notorischerweise in Bezug auf meine Thätigkeit, für die Landwirthschaft einzutreten, angewandt worden sind. Ja, meine Herren, wenn Sie einen Minister in meiner Stellung einen Schweinepolitiker nennen

(oh! links; Heiterkeit)

in dem Augenblick, wo er zum Schutz der deutschen Landwirthschaft auftritt, oder einen Schnapspolitiker — die beiden Aus-

drücke sind, so viel ich weiß, gebraucht —, so werfen Sie ihm doch damit vor, daß er in einer unredlichen Weise und wider besseres Wissen seine Stellung dazu ausbeutet, um sich persönlich zu bereichern in eigennütziger Art. Kurz und gut, es ist ein vollständig ehrenrühriger Vorwurf, der damit gemacht wird. Verlangen Sie denn, daß ich es stillschweigend hinnehme, wenn dergleichen hier in milderen Worten reproduzirt wird, wenn es heißt: das ist wiederum das Bestreben, den Reichen auf Kosten des Armen noch reicher zu machen und den Armen noch ärmer? Ich leugne gar nicht, daß ich zu den Reichen und zu den Großgrundbesitzern gehöre; aber ich behaupte, daß ich diesen Vorwurf nicht verdient habe; — und wenn ich in meiner Stellung als Minister zufällig der Majorität meiner Landsleute als Landwirth angehöre und deren Interessen zu vertreten habe, ja, dann ist das ein Vorzug meiner Stellung, und es hat Völker gegeben, wo der Ackerbau gesetzlich privilegirt war. Ich will nicht sagen, daß man von dem leitenden Staatsminister immer verlangen sollte, daß er der zahlreichsten Klasse seiner Mitbürger, den Landwirthen, angehören soll, obgleich es so ganz unvernünftig noch nicht wäre, ein Gesetz zu geben: „in Preußen darf niemand Ministerpräsident sein, der nicht Landwirth ist."

(Bravo!)

Aber es wäre vielleicht nützlich, wenn die Herren, die auf die Gesetzgebung Einfluß hätten, überall auf Revenüen angewiesen würden, die aus irgend einer gewerblichen Thätigkeit fließen, damit sie fühlen, wie es ist; daß man also beispielsweise, wie das ja in alten Zeiten auch war, jedem Minister eine Präbende gäbe, aus deren landwirthschaftlichen Erträgen er die 12 000 Thaler, die er jetzt baar erhält, herausschlagen kann oder nicht, damit er nicht so ganz gleichgültig gegen das Ergehen der Landwirthschaft wird,

(Heiterkeit),

sondern damit er an seinen eigenen Einnahmen es empfindet, wenn dieses erste Gewerbe des Deutschen prosperirt, und wenn es Noth leidet. Soll ich nun aus der Thatsache, daß ich nicht nur Minister, sondern auch Landwirth bin, einen Anlaß entnehmen, um gegen jeden Vorschlag, der dahin zielt, der Landwirthschaft zu nützen oder Schaden von ihr abzuwenden, mich kühl wie der Herr Abgeordnete Bamberger zu verhalten und zu sagen: ich bitte, laßt mich in Ruhe, das würde meine Uneigen-

nützigkeit verdächtigen, das ist Landwirthschaft, damit habe ich nichts zu thun? Im Gegentheil, die zu schädigen, und auf ihre Kosten alle andern wirthschaftlichen Branchen nach Möglichkeit zu fördern, das ist für mich eine Ehrenpflicht, das bin ich meiner Reputation schuldig? Das würde eine ganz elende Eitelkeit von mir sein, und ich würde meine Pflichten gegen die Mehrheit dieses Landes verletzen. Ich führe dies nur an, um meine Berechtigung nachzuweisen, wenn bei den unwürdigen — ich kann wohl sagen — niederträchtigen und infamen Angriffen, denen ich in der Presse ausgesetzt gewesen bin in Bezug auf die Verdächtigung meiner Thätigkeit, mitunter mir die Galle überläuft und ich auch einen harten Ausdruck gebrauche, und ich will nur ein für allemal erklären: wenn ich in Zukunft noch einmal hier im Reichstage von Lügen sprechen sollte, so meine ich in Bezug auf Minister und Abgeordnete immer nur Irrthümer. (Heiterkeit. Lebhaftes Bravo rechts.)

(**Sitzung vom 14. Februar 1885.** Stenogr. Berichte S. 1298 ff.)

Die Tagesordnung bildete die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes. Sie begann mit § 2 Nr. 5 der Vorlage: a. Weizen, b. Roggen 2c. Nachdem die Abgg. Broemel, Racke und Flügge sich zur vorliegenden Frage geäußert, nahm der Abg. Rohland das Wort, um gegen die Zollerhöhungen zu plaidiren. Er resümirte sich am Schlusse seiner Rede dahin, daß man den kleinen Besitzern durch die Erhöhung des Zolles auf Roggen und Weizen nicht werde helfen können, die mittleren Besitzer aber vielleicht einigen Nutzen von derselben haben würden. Aber den Rahm von der Milch würden die Großgrundbesitzer abschöpfen. Die Rechte habe die Majorität; sie könne den Getreidezoll auf 2, 3 und 5 Mk. erhöhen, aber sie könne nicht bestimmen, ob dieser 10, 5 oder 3 Jahre fortbestehen solle. Er lebe der Hoffnung, daß dieser Zoll nur kurze Zeit bestehen werde und wenn diese Zeit vergangen sei, dann werde die Rechte ihm zugestehen müssen, daß seine Partei damals Recht gehabt habe. Der Reichskanzler erwiderte hierauf:

Ich bin leider außer Stande, dem Herrn Vorredner direkt zu antworten, weil er zu meinem Bedauern hier nicht verständlich war. Das Wenige, was ich im Zusammenhang habe verstehen können, gibt mir zu einer Beantwortung keinen Anlaß. Ich habe nur ermessen können aus der häufigen Wiederholung der Worte „der Herr Reichskanzler," daß von

mir die Rede war, und aus den Beifallsbezeugungen und dem „Sehr wahr!“ in der Nachbarschaft des Herrn Redners, daß es in keinem wohlwollenden und einverstandenen Sinne war. Es thut mir um so mehr leid, daß ich außer Stande bin, das zu widerlegen. Ich glaube außerdem, es sind schon theoretische Argumente genug von beiden Seiten vorgebracht, und sowohl der Herr Vorredner wie auch ich werden etwas Neues nicht vorbringen können.

(Abgeordneter Richter: Es ist kein Wort zu verstehen!)

— Ich werde etwas lauter sprechen. Ich spreche wenigstens von einer Stelle, die höher steht; die Herren aber, die dort von unten herauf sprechen, sind gar nicht zu verstehen, weil die Köpfe dazwischen sind. Ich bin überzeugt, daß das Organ des Herrn Vorredners gerade so deutlich ist wie andere. Das von unten herauf Sprechen ist bequemer, es ist bequemer, vom Platze aus zu sprechen; aber für uns hier nicht; man erschwert es uns jedesmal, wenn wir antworten sollen. — Es war dies mehr ein Monolog, und ich werde deutlicher sprechen, damit dem Herrn Abgeordneten Richter nichts entgeht.

Ich habe nur das Wort ergriffen, um bei den Einwohnern von Danzig und anderen Ostseestädten doch nicht in der schlechten Reputation zu bleiben, die uns einige der Herren Vorredner gemacht haben. Es war gestern der Herr Abgeordnete Möller, nach dessen Aeußerung man annehmen mußte, daß in Danzig eine Art von Noth der Arbeiter und ein Zurückgehen der Geschäfte stattfinde. Er bezog sich darauf, daß er diese Thatsache nur obiter erwähnen wollte, weil der Herr Abgeordnete Rickert ausführlicher darüber gesprochen habe. Ich habe darauf die Rede des Herrn Abgeordneten Rickert nachgelesen, habe aber das nicht gefunden, worauf sich der Herr Abgeordnete Möller bezog. Ich muß deshalb annehmen, daß der Herr Abgeordnete Möller sich damit begnügte, Danzig als nothleidend darzustellen, weil es der Herr Abgeordnete Rickert gesagt hat. Wenn der Herr Abgeordnete Rickert es wirklich gesagt hätte in einer Weise, die die Bezugnahme des Herrn Abgeordneten Möller rechtfertigte, so würde ich ja ihm, der die Danziger Verhältnisse so genau kennt, sehr viel Glauben beimessen. Herr Rickert hat aber nur ganz im allgemeinen über den nothleidenden Handel der Ostseehäfen und Danzigs gesprochen. Die Details darüber, die ich nach der Rede des Herrn Abgeordneten Möller

in der von mir nicht gehörten Rede des Herrn Abgeordneten Rickert suchte, fehlten auch da. Es werden indessen dieselben sein, die vor ungefähr sechs Jahren angeführt worden sind.

Nach den Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Möller mußte man jedenfalls glauben, daß Danzig sich unter der Wirkung der jetzt bestehenden Zollgesetze in einer rückläufigen Bewegung seines Handels befunden hat. Um zu beweisen, daß dies ein großer Irrthum ist, und daß diejenigen Herren, die das andeuten, den Irrthum künstlich erregen, erlaube ich mir, einige amtliche Angaben über den Danziger Handel, über Danzigs gesammten Schiffsverkehr vorzutragen.

Ich erspare Ihnen die Unterscheidung von Dampfern und Segelschiffen; aber es ist doch interessant — obwohl es nicht in unsere Diskussion gerade hineingehört — daß 1860 in Danzig nur 147 Dampfschiffe einkamen und 2388 Segelschiffe, im Jahre 1883 aber 1068 Dampfschiffe und nur 974 Segelschiffe. Ich führe das in Parenthese an, weil das ein interessanter Beitrag dazu ist, wie unsere Segelschifffahrt allmählich in die Dampfschifffahrt übergeht. — Ich gehe also auf die Unterscheidung zwischen Segel- und Dampfschiffen nicht ein und erwähne nur den Raumgehalt der Schiffe, die eingekommen sind.

Es sind Schiffe eingekommen: 1877 610 986 Tonnen; 1878 679 592 Tonnen; diese Zahl bleibt ungefähr konstant in den Jahren 1879, 1880 und 1881. 1882 steigt sie auf 805 634 Tonnen

(hört! hört! rechts);

1883 auf 867 382 Tonnen.

(Hört! hört! rechts.)

Also unter der Wirkung unserer Zollgesetze hat sich die einkommende Schifffahrt Danzigs wesentlich gehoben.

Die ausgegangenen Schiffe waren im Jahre 1877 604 584 Tonnen, 1878 665 960, 1882 786 551

(hört! hört! rechts.)

1883 875 664.

(hört! hört! rechts.)

Also ganz im Widerspruche mit den Andeutungen der Herren Redner, von denen man glauben sollte, daß, weil sie dort zu Hause sind, sie die Sache sehr genau kennen

(Heiterkeit rechts),

befindet sich der Handel Danzigs in einem wesentlichen Fortschritt.

Außerdem hat Danzigs Getreidehandel 1876 an Einfuhr betragen 191180 Tonnen, 1883 302000 Tonnen

(hört! hört! rechts);

Danzigs Einfuhr im Getreidehandel: 1876 122700 Tonnen, 1883 246000 Tonnen.

(Hört! hört! rechts.)

Von Danzigs Holzhandel ist der Export seewärts gewesen: 1877 260000 Schiffstonnen, 1883 264541 Schiffstonnen.

Der Holzexport ist also doch mindestens sich noch gleich geblieben, während die Herren behaupten, er wäre wesentlich zurückgegangen.

Danzigs Waarenverkehr betrug dem Werthe nach anno 1878 168482000 Mark, 1879 161344500 Mark, 1882 184714000 Mark; also ist eine Zunahme von 16 Millionen Mark gegen das Jahr 1878 zu verzeichnen.

Der Waarenausgang von Danzig betrug 1878 140 Millionen Mark, 1882 160 Millionen Mark.

Nun könnte man ja glauben, daß die Bewegung im Waarenverkehr eine unfruchtbare gewesen ist; aber ich habe hier auch einen Beweis dafür, daß der Handel von Danzig ein gewinnreicher war, — zu unserer großen Freude; ich gönne den Danzigern das, — nur bitte ich die Herren Danziger, uns Landwirthen doch auch etwas zu gönnen, wenn auch nur die Brosamen, die von dem Tische ihres russischen Handels fallen. Dieser Beweis liegt in der Dividende der Danziger Privatbank. Der Bankverkehr pflegt ein Maßstab dafür zu sein, ob der Handel lebhaft ist und zunimmt oder nicht; namentlich wenn der Bankverkehr sich in steigender Progression bewegt, darf man annehmen, daß das handeltreibende Publikum, was an der Bank gerade betheiligt ist, sich ebenfalls prosperirend und in steigenden Geschäften bewegt. Die Danziger Privatbank zahlte 1877 überhaupt keine Dividende, 1878 $5^1/_5$ Prozent, 1879 5 Prozent, 1880 5 Prozent, 1881 $5^1/_2$ Prozent, 1882 $6^2/_3$ Prozent, 1883 9 Prozent. Für 1884 ist die Dividende noch nicht notirt. Ich glaube nicht, daß diese Bank unserer großen Seestadt so gute Geschäfte gemacht haben würde, wenn seit dem neuen Zoll ihr Handelsverkehr ein dauernd rückläufiger gewesen wäre.

Ich habe noch einige andere Angaben über Danzig, wie ich glaube, — ich werde sie noch finden.

Man könnte nun glauben, daß vielleicht die Nachbarhäfen an der Ostsee unter den Zöllen gelitten haben. — Doch, ich kann zunächst noch eine Angabe über Danzig nachholen, das ist der Bericht über Danzigs Handel.

Es betrugen an Getreide- und Hülsenfrüchten die Zufuhren 1877 332132 Tonnen, 1878 und 1879 je ca. 400000, 1880 236193, 1881 259170, 1882 411196, 1883 340474 Tonnen. Wenn Sie die erste und die letzte Zahl betrachten, also 332000 und 340000, so werden Sie finden, daß die Zufuhr dieselbe geblieben ist.

Der Export seewärts bewegt sich mit gleichem Auf- und Abwärtssteigen von 227000 Tonnen im Jahre 1877 auf 246000 im Jahre 1883. Also auch dort ist eine Abnahme nicht vorhanden.

Von Danzig sind seewärts exportirt 1881 an Mehl 3735886 Kilogramm, 1882 7686549, 1883 7711534. Also wenn selbst weniger Getreide exportirt worden wäre, so würde dieser außerordentliche Zuwachs von über 4 Millionen Kilogramm Mehl den Ausfall decken; da aber nicht weniger Getreide exportirt ist, so repräsentirt dieser Mehlexport einen Zuwachs.

Außerdem wurden Kleie und Malzkeime $1^1/_2$ Millionen Kilogramm exportirt im Jahre 1881, dagegen 1882 4428434, 1883 4254473.

Ferner betrug in Rohspiritus und Sprit die Zufuhr 1881 40680 Hektoliter, 1882 63130, 1883 131800 Hektoliter; die Ausfuhr 36000, — 57000, — 121000.

Also in allen Branchen sehen wir zu unserer aller Freude und im Widerspruch mit den besorglichen Nachrichten, die die eingeborenen Herren Abgeordneten hier verbreitet hatten, eine erfreuliche Zunahme des Danziger Handels und ein Aufblühen dieser großen und wohlverdienten Seestadt unter dem Regime der bestehenden Zollgesetzgebung. Hoffen wir also, daß sie unter dem neuen Regime, wenn wir es einführen, noch einen stärkeren Ansprung zu weiterer besserer Entwickelung nehmen wird!

Bei Königsberg betrug an Getreide, Hülsenfrüchten, Sämereien im Jahre 1878 die Einfuhr 602000 Tonnen, 1883 606000; die Ausfuhr 608000 und 596000, — sie ist also im wesentlichen sich gleich geblieben. Der Gesammt-

handel Königsbergs hat 1878 1 091 000 Tonnen betragen, 1883 1 117 000 Tonnen, ist also auch im wesentlichen konstant geblieben. In Königsberg zeigt sich so wenig wie in Danzig eine Abnahme.

Nun aber wie ist es mit Memel? Das soll ja ganz besonders gelitten haben, wie — ich weiß nicht welcher — von den Herren Rednern behauptet hat, — wahrscheinlich der Herr Abgeordnete Möller, der ja dort sachkundig und heimatsberechtigt ist.

(Heiterkeit rechts.)

Namentlich soll der Holzhandel sehr zurückgegangen sein.

In Memel sind, was zunächst die Schifffahrt im allgemeinen anbelangt, zur See eingegangen: 1877 972 Schiffe — Dampfer und Segelschiffe — mit einem Gesammtinhalt von zirka 495 000 Kubikmeter, nach denen hier gerechnet wird; etwa 3 Kubikmeter, denke ich mir, gehen auf die Registertonne; — 1879 493 000, 1883 552 000 Kubikmeter. Also auch der Handel Memels befindet sich in fortschreitender Bewegung. Die letzte Ziffer ist nur sehr selten erreicht worden, zweimal in Vorjahren, zum Theil weit zurückliegend. So viel ich obiter berechnen kann, — ich will aber dafür nicht aufkommen, — würden diese 552 000 Kubikmeter einem Betrage von etwa 10 Millionen Scheffel Roggen entsprechen; das wäre also immer noch ein recht hübscher Ertrag, wenn der Import wesentlich in Getreide bestanden hat, — das kann ich aber hier nicht angeben, ich führe das nur beiläufig an.

Das war der Eingang, den ich eben erwähnte.

Ausgegangen von Memel sind mit Segel- und Dampfschiffen 1877 477 000 Kubikmeter, 1878 507 000, 1883 648 000 Kubikmeter. Auch hier ist eine Zunahme des Ausfuhrhandels von 477 000 anf 648 000 Kubikmeter, also — ich weiß nicht genau — eine Zunahme von zwischen 30 und 40 Prozent.

Außerdem aber passirten den König-Wilhelm-Kanal Schockhölzer im Jahre 1878 8573, im Jahre 1883 23 770, an Schiffen passirten 1878 1319, 1883 1921.

Meine Herren, ich bedaure, daß ich Ihnen so viel Ziffern vorlesen muß; aber — man hat oft gesagt: um einen falschen Gedanken zu widerlegen, muß man ein Buch schreiben, — um eine unrichtige Ziffer mit Angaben zu widerlegen, muß man tausend Ziffern der richtigen Angaben bringen; sonst wird jedermann glauben, man hat sie einzeln herausgerissen.

Was über Memel noch weiter anzuführen wäre, das ist, daß die Zahl der dortigen Dampfmühlen sich unter dem Drucke der heutigen Zollgesetze von 15 auf 18 vermehrt hat, und daß daneben der Betrieb einiger Windmühlen vorhanden ist.

Dann komme ich noch auf die Frage der Entwickelung von Libau. Ich weiß nicht, welcher von den Herren Rednern sich darauf berufen hat, ich hätte vor 6 Jahren über Libau mich geringschätzig geäußert und wäre nun durch die große Entwickelung von Libau glänzend widerlegt. Ich muß zu diesem Behufe wiederholen, was ich damals gesagt habe: —

Die Besorgniß, daß wir die Zufuhr von Getreide von unsereren Ostseeprovinzen ablenken, ist, wie mir gesagt wird, von dem Herrn Vorredner mit Angabe der zunehmenden Schiffszahl in Libau unterstützt worden, die sich seit 1872 von 367 bis auf 1268 im Jahre 1878 gesteigert hat,

— Also so groß war es schon damals. —

Ja, meine Herren, das ist ganz natürlich, daß auch der Verkehr von Libau sich gesteigert hat, daß die russische Ausfuhr auch über Libau eine stärkere ist, seitdem das russische Eisenbahnnetz vollendet ist,

— und namentlich, seitdem die jüngste Eisenbahn gebaut ist, die Libau in direkte Verbindung mit dem Hinterlande, in ein System mit den Gouvernements Minsk und Wilna gebracht hat —

seitdem viele Pferdeweiden, Viehweiden und Steppen, die sonst unkultivirt lagen, durch die Nähe der Bahn und der Bahnhöfe zu einträglichen Gütern geworden sind, seitdem die russische Getreideproduktion in dem Maße sich gemehrt hat, daß in den westlichen Provinzen Rußlands eine Wohlhabenheit besteht, die diese Provinzen sonst in Jahrzehnten nicht gekannt haben —

— auf der Basis des deutschen Geldes —

Es ist sehr wunderbar, daß sie sich nicht viel stärker vermehrt hat.

— Also ich habe mich schon damals darüber gewundert. —

Wenn es für die russischen Produzenten gleichgiltig wäre — wenn nicht andere Gründe wären, die sie nach Preußen zögen — müßte Libau noch viel mehr aufgeblüht sein, denn wenn Sie die Karte ansehen, so werden Sie finden, daß alle diejenigen russischen Getreidehändler, welche östlich von Grodno oder, ich will sagen, von Wilna liegen, daß die näher, zum Theil viel näher nach Libau haben, als nach Preußen herein-

zufahren. Von Wilna geht die Eisenbahn direkt nach Libau und von Dünaburg geht sie die Düna entlang nach Riga zu, also die Verbindung mit jenen Häfen fehlt nicht, und das ganze weite Gebiet, was vielleicht drei Viertel, wenn nicht neun Zehntel des russischen Exportes liefert, hat schon immer viel näher nach Libau und Riga zu fahren als nach Preußen.

Also das Aufblühen von Libau, das wir ihm gönnen können, ist kein Ergebniß unserer Zolleinrichtungen, sondern das Ergebniß der russischen Eisenbahneinrichtungen und der sehr guten Ernten und der großen Exporte, die Rußland mehrere Jahre hintereinander geliefert hat, und die seinen Häfen zu Gute kommen; darum ist der Export über Libau, namentlich in Hafer, außerordentlich gestiegen. Aber diese Fortschritte Libaus sind nicht auf Kosten Königsbergs, Danzigs und Memels erreicht; wenn das der Fall wäre, — und man sollte es fast glauben nach dem Gewichte, das auf das Aufblühen Libaus gelegt wird, — dann müßte sich das als Manko bei Königsberg und Danzig wiederfinden, was bei Libau zugewachsen ist. Das ist in keiner Weise der Fall, wie ich Ihnen soeben dargelegt habe, sondern der gesammte Korn- und Schiffsverkehr ist auch in unseren Ostseeprovinzen gestiegen, ebenso wie in Libau. Das kann liegen in der Vermehrung des Exportes überhaupt, zum Theil auch daran, daß Libau durch die letzten Abschlüsse seiner Eisenbahnverbindungen einen Theil des Handels von Riga und St. Petersburg an sich gezogen hat. Von St. Petersburg aus wird das durch die Wahrnehmung unterstützt, daß der Haferexport aus St. Petersburg von 409 000 Zentner im Jahre 1880 auf 73 000 Zentner im Jahre 1883 heruntergegangen ist und schon in den Zwischenjahren auf 180 000 Zentner gefallen war. Das sind keine Effekte, die ihre Ursache in Ernteverhältnissen finden, sondern lediglich in den Verkehrsverhältnissen liegen. Riga liegt als Hafen ungünstiger wie Libau, sobald der Hafen von Libau eine hinreichende Tiefe hat. Die Küste bei Libau ist eisfreier, der Rigaer Meerbusen thaut später auf; die Schiffe aus Riga können des Eises wegen erst später im Jahre ausfahren als die Libauer; außerdem müssen sie das ganze Kap Domesnäs in Kurland umsegeln, bevor sie in die Ostsee kommen; es ist also sehr natürlich, daß auch ein Theil des Rigaer Handels

sich nach Libau hin domizilirt. Ich zweifle sogar nicht, daß die Betriebsamkeit der Königsberger Kaufleute diese vortheilhafte Gelegenheit, russisches Korn über Libau zu exportiren, reichlich benutzt hat. Das, was ich vor 6 Jahren an Libau vermißte, um einen Hafen daraus zu machen, nämlich Kapital und unternehmende und geschäftskundige Kaufleute, das haben Danzig, Königsberg und namentlich Stettin den Libauern geliefert, und der Libauer Kornhandel wird vielfach von deutschen Häusern, welche dort Faktoreien oder Korrespondenzen errichtet haben, betrieben und nährt zum großen Theil deutsche Schifffahrt. Bei Weitem das meiste Libauer Korn wird auf deutschen Schiffen verfahren, und von dem großen Export von Libau geht ein erheblicher Antheil nach deutschen Häfen. Dieser Export mag früher, ehe Libau einen fahrbaren Hafen hatte, auf dem Landwege und auf unseren fiskalischen Eisenbahnen zu uns gekommen sein; jetzt wird er auf deutschen Schiffen von Libau zur See nach den deutschen Ostseehäfen verfahren. Ich habe in meinem amtlichen Register gefunden, daß im Jahre 1883 von Libau aus 346 Schiffe mit 127 000 und einigen Registertonnen nach deutschen Häfen gefahren sind. Das hat also der deutsche Handel nicht verloren. Diese zirka, wenn ich richtig rechne, $7^1/_2$ Millionen Scheffel, die von Libau nach Deutschland zur See gegangen sind, und großentheils mit Kapitalien von Königsberger und Stettiner Häusern, die sind dem deutschen Import nicht verloren gegangen; blos anstatt, daß sie früher vielleicht — vielleicht auch nicht — über Königsberg importirt worden wären und von dort mit der Eisenbahn, sind sie jetzt großentheils über Stettin und Lübeck importirt worden. Von Libau nach Memel und Danzig sind nur wenig Schiffe mit Getreide gegangen, dagegen nach Stettin schon 155 Schiffe mit 54 600 Registertonnen. Das ist schon ganz erheblich. Wenn Sie die Registertonne — ich glaube so ungefähr — mit 60 Scheffeln rechnen, so macht das 3 Millionen Scheffel. Nun, die sollten die Herren in Königsberg und auch der Herr Abgeordnete Möller doch den Stettinern gönnen, damit diese auch ihren Antheil an dem russischen Exporthandel über Libau nehmen. — Ein erheblicher Theil des letzteren ist ferner nach Geestemünde gegangen, und nach Lübeck 99 Schiffe mit 26 000 Registertonnen. Der ganze Export aus Libau nach unseren Ostseehäfen beträgt 127 000 Tonnen.

Wenn Sie nun über diesen beträchtlichen Theil des Libauer Handels Beschwerde führen wollen, dann ist das doch nur eine Abgunst von einer deutschen Handelsstadt gegen die andere; der Handel ist in Stettin und in Lübeck auch in guten Händen, und Sie können nicht von uns verlangen, daß unsere Gesetzgebung darauf eingerichtet ist, der Stadt Königsberg das Monopol des russischen Kornhandels zu bewahren; ich glaube auch nicht, daß der Herr Abgeordnete Möller mächtig genug in seinem Einfluß ist, um dies durchzuführen. Der Werth des Exports von Libau nach Deutschland hat in seiner Gesammtheit 6 Millionen Rubel im Jahre 1881, 8 Millionen im Jahre 1882 betragen. Das Jahr 1883 ist noch nicht bekannt. Diese Werthe müssen Sie doch — wenn Sie Ihren Landsleuten dasselbe gönnen wollen, wie sich selbst — von dem Quantum abziehen, welches Sie dem Libauer Handel mißgönnen. Denn die kommen dem deutschen Handel, der deutschen Schifffahrt zu Gute.

Mir kam es blos darauf an, daß die Danziger und unsere übrigen dortigen Landsleute, die, wenn ich mich nicht mit amtlichen Aktenstücken bewaffne, wahrscheinlich ihrem Abgeordneten mehr glauben als mir — daß die doch darüber aufgeklärt würden, daß der Herr Abgeordnete sich in einem Irrthum befindet. Er wäre wohl im Stande gewesen, ihn aufzuklären, wenn er diese Jedermann zugänglichen Listen seinerseits nachgesehen und sich überzeugt hätte, daß unser baltischer Handel sich nicht in dem elenden Zustande befindet, den er andeutete.

(Sehr richtig! rechts.)

Da ich einmal das Wort habe, und ich nicht weiß, ob ich hier bleiben kann, so möchte ich noch eine Thatsache berichtigen, die ich bei meinem heutigen Suchen nach den Details des Herrn Rickert über den Niedergang von Danzig zufällig fand in einer Rede, die damals der Herr Abgeordnete Bebel gehalten hat. Er hat da Bezug genommen auf die von mir ausgeführte Thatsache, daß in Varzin Bauernhöfe verkauft werden, und die Leute ausgewandert wären, und daran die Voraussetzung geknüpft, daß natürlich diese Bauernhöfe in meinen Besitz übergegangen wären. Ich muß dieser seiner Voraussetzung widersprechen; sie ist thatsächlich unrichtig. Von den ca. 8 oder 9 Höfen, die ganz oder theilweise verkauft wurden, habe ich zwei erworben; die anderen, die zu meiner Zeit verkauft wurden,

wurden mir ebenfalls angeboten, weil die europamüden Bauern lieber an mich als an einen Güterschlächter verkaufen wollten. Aber ich hatte im Augenblicke das Geld nicht übrig und hielt das Geschäft nicht für rentabel. Ich lehnte es ab. Der Abgeordnete Bebel kann sich also beruhigen, daß durch diese Varziner Bauernhöfe das von ihm so gefürchtete System der Latifundien keinen Zuwachs erhalten hat. Sie sind parzellirt worden, was mir auch sehr angenehm ist; denn ich theile den vorhin geäußerten Wunsch, daß die Zahl der Grundbesitzer bei uns wesentlich vermehrt werde.

(Sehr richtig! rechts.)

Daß man Domänen verkauft, das ist ein Palliativmittel, welches in Vorpommern versucht ist; das hilft aber nicht. Wenn Sie die Erbpacht nicht aufgehoben hätten, wenn die gestattet wäre,

(sehr richtig!)

so würden Sie sehr viele kleinere erbliche Besitzer noch entstehen sehen. Aber das war ja damals eine von diesen demokratischen Befürchtungen; sie knüpfte sich an die Neigung, die leider in unseren Landsleuten steckt, — wenn es auch nur ein kleiner Prozentsatz ist, der überhaupt dieser geistigen Verirrung verfällt, — an die Neigung zum Verfolgungswahnsinn, welche allerdings bei uns viel häufiger ist als bei anderen Nationen. So hat auch die Angst vor der Reaktion und die Angst vor der Aristokratie, die das mißbrauchen würde, den gradezu thörichten Beschluß veranlaßt, die Erbpacht aufzuheben und die vorhandenen mit solchen Sätzen abzulösen, daß es sehr schwer sein wird, heutzutage einen Erbverpächter zu ermuthigen, daß er sich darauf einläßt, gegenüber der Möglichkeit, daß die Gesetzgebung ihm mal wieder das, was er damit im Dienste der wirthschaftlich besseren Vertheilung des Grundbesitzes sich gesichert zu haben glaubte, für eine unzulängliche Entschädigung entzieht. Indessen die Richtung, glaube ich, sollte man doch begünstigen; namentlich bin ich Gegner aller Hindernisse der Parzellirung

(Bravo! links),

die unsere Gesetzgebung leider immer noch aufrecht erhält. Ich freue mich, wenn große Besitzungen zusammenbleiben. Aber die Zahl der Grundbesitzer ist bei uns nicht genügend. Wenn wir einmal Kopfzahlwahlen haben, so sollten die Grundbesitzer auch darauf halten, daß ihrer mehr werden. Im ganzen sind die Nichtgrundbesitzer viel leichter dazu geneigt, sich unter sich

zu einigen, als die Grundbesitzer, und der Grundbesitzer, der kleine wie der große, wird von dem im Vermögen gleichstehenden Nichtgrundbesitzer mit keinem Wohlwollen angesehen. Also möchte ich, daß die Gesetzgebung darauf hinwirkt, daß der Grundbesitzer im Lande mehr werden, als bisher vorhanden sind. Wir werden das auch bei den Wahlen als nützlich empfinden, — nicht gleich, aber vielleicht unsere Söhne oder Enkel, wenn dann überhaupt noch gewählt wird.

(Heiterkeit.)

— Nun meine Herren, so lange ich Einfluß auf unsere Geschäfte habe, wird es nicht anders werden; denn ich weiß die Sache nicht anders zu machen. Aber es ist sehr leicht möglich, daß die Art, wie das Wahlrecht heutzutage geübt und ausgebeutet wird, ihm selbst mit der Zeit Schaden bringt. Ich würde es bedauern, denn ich weiß nichts besseres an die Stelle desselben zu setzen augenblicklich; aber ich werde gewiß auch nicht in der Nothwendigkeit sein, mir den Kopf darüber zu zerbrechen, — er wird mir dann nicht mehr wehe thun.

Aber ich möchte dabei nur wiederholt darauf aufmerksam machen — und deshalb habe ich an diese Aeußerung des Herrn Abgeordneten Bebel angeknüpft —, daß die Latifundien, die er fürchtet, durch nichts mehr begünstigt werden als durch den Ruin der Landwirthschaft, durch zu wohlfeile Preise.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich muß von neuem bedauern, daß ich die Unterstützung des Professors Mommsen hier zu vermissen habe

(Heiterkeit),

dieses ausgezeichneten und geistreichsten Alterthumsforschers, der dabei so außerordentlich wenig Verständniß für die Gegenwart hat, zu meinem Bedauern.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, hier würde er mich unterstützen müssen. Er hat so schlagend nachgewiesen, daß dieselben Ursachen immer dieselben Folgen haben würden, daß gerade diejenigen Herren, die die Wiedergeburt der Latifundien fürchten, doch suchen müßten, die kleinen Güter von dem Druck der Abgaben zu befreien, der auf dem Grundbesitz, auch auf dem kleinsten, lastet in Gestalt von Häusersteuern und von Grundsteuern. Die Klassensteuer haben wir ihm in Preußen zu erleichtern gesucht; aber der kleinste Grundbesitzer zahlt Grundsteuer, der kleinste Haus-

besitzer zahlt Häusersteuer. Wenn Sie ihm die nicht abnehmen, so werden die Latifundien immer häufiger werden.

Der Abg. Bebel hat außerdem den Herrn Dr. Friedenthal in Schlesien und die gräflich Schönburgsche Familie in Sachsen angeführt und hat dabei den eigenthümlichen Vorwurf erhoben, daß diese die Grundstücke zu theuer bezahlt hätten, mit ungeheuren Preisen. Er sollte doch den kleinen Besitzern diese hohen Preise gönnen. Bei den Ankäufen von Höfen, die ich gemacht habe, sind mir die Verkäufer sehr dankbar gewesen, daß ich ihnen überhaupt so viel gegeben habe, und so wird es auch bei dem Grafen Schönburg sein. Wenn jemand eine kleine Parzelle verkaufen muß oder will, dann soll er froh sein, wenn sich ein Käufer findet, der theuer bezahlt. Wenn der Herr Abgeordnete Bebel dazu mitwirken will, das zu verhindern, so muß er für die Vorlage, für die Kornzölle stimmen und muß suchen, daß auch der Bauer, der doch ganz gewiß zu den Kornverkäufern gehört, in die Lage komme, für seine Arbeit und seinen Aufwand derart bezahlt zu werden, daß er das Grundstück halten kann. Wenn Sie den Bauern in die Lage bringen, daß er verkaufen muß, dann erzeugen Sie nothwendig Latifundien. Der große Besitzer ist so reich, daß er eine Kalamität überdauern kann; zu leben behält er immer noch, — er denkt, es kommt eine Zeit, wo es umschlägt, und es ficht ihn so nicht an; eine augenblickliche Lust, der Anblick seiner Gutskarte — die Karten sind bekanntlich der Ursprung jedes Eroberers —

(Heiterkeit)

erwecken in ihm den Wunsch, sich eine Parzelle zu annektiren; es kommt ihm nicht darauf an, er hält die Kalamität länger aus, er bleibt über Wasser, und alle die Kleinen, die matt werden, die sammelt er auf, und damit ist das Latifundium da mit allen seinen üblen Nachtheilen. Zum großen Theil bilden sie sich in den Händen der Kapitalisten, und das ist das Gefährlichste. Der Grundbesitzer, der auf dem Lande wohnt, ist noch nicht der schlimmste, der schlimmste ist der Großgrundbesitzer, der in der Stadt wohnt, sei es in Paris, Rom oder Berlin, und der von seinen Gütern und Verwaltungen nur Geld verlangt, der sie auch nicht vertritt im Parlament und sonstwie, auch nicht weiß, wie es ihnen ergeht. Darin liegt das Elend der Latifundien. Latifundien, deren Besitzer auf

dem Lande wohnen, sind unter Umständen ein großes Heil und sehr nützlich, und wenn England seine Großgrundbesitzer durch Beibehaltung der jetzigen Korngesetzgebung allmählich zu Grunde gehen läßt, so glaube ich nicht, daß das für die Zukunft von England und für das Wohlsein der gesammten ländlichen Bevölkerung nützlich sein wird, die Großgrundbesitzer werden dann Rentiers werden, die in der Stadt wohnen, Sommers und Winters, die das Landleben nicht mehr kennen und höchstens auf einer fashionablen Jagdpartie mal von der Stadt herauskommen. Ich halte es für einen der wesentlichsten Vorzüge unseres Lebens in Deutschland, daß ein großer Theil unserer wohlhabenden Klassen das ganze Jahr hindurch, jahraus jahrein auf dem Lande lebt, die Landwirthschaft selbst und direkt betreibt, und, man kann sagen, wenn man die braungebrannten Herren des Morgens um 5 Uhr auf ihren Feldern umhergehen und reiten, im Schweiße ihres Angesichts das Feld bebauen sieht: wolle Gott uns noch lange solche Grundbesitzer erhalten, die das Jahr hindurch auf dem Lande bleiben!

(Bravo! rechts.)

Solche, die dauernd in der Stadt wohnen — ich bin leider dazu gezwungen, freiwillig würde ich es wahrhaftig nicht thun —, die von dort aus ihre Güter verpachten und verwalten und blos Geldsendungen von dort erwarten, — nach denen frage ich nicht so viel; und daß in deren Händen der große Grundbesitz sich nicht sammele, dafür bin ich mit Herrn Bebel gern bereit, mitzuarbeiten. Aber die Großgrundbesitzer, die wirklich Landwirthe sind und aus Passion für dieses Gewerbe Land ankaufen, die halte ich für ein Glück unseres Landes und namentlich der Provinzen, in denen sie zu Hause sind. Und wenn es Ihnen jemals gelänge, diese Rasse zu vertilgen, so würden Sie das in der Lähmung unseres ganzen wirthschaftlichen und politischen Lebens, nicht blos auf dem Lande, merken; Sie selbst würden sie bald zurücksehnen in derselben Weise, wie es nach dem vereinigten Landtag geschah. Da war mein Hauptgegner ein sehr verdienstvoller, aber sehr liberaler schlesischer Bauer, Namens Krause. Den sah ich wieder zur Zeit des ersten preußischen Parlaments hier im Sommer 1848 auf der Straße — und das erste, was er sagte, war: Mein Gott, wie bitte ich um Entschuldigung für alles, was ich gethan und gesagt habe im Sinne dieser Freiheit,

wie sie sich hier entwickelt; so habe ich mir das nicht gedacht; diese Leute sind ja — er brauchte einen so harten Ausdruck für die damalige Versammlung

(Heiterkeit),

daß ich ihn gar nicht öffentlich wiederholen will, obschon der Erfinder des Ausdrucks längst todt ist; er brauchte einen Vergleich, der mehr aus seinen landwirthschaftlichen Erfahrungen als aus seinem parlamentarischen Verkehr abgeleitet war.

(Heiterkeit.)

Diese Sorte Parlament scheinen die Herren zu erstreben, die vorzugsweise auf die Bekämpfung des intelligentesten und potentesten Theiles der Landwirthe und der Grundbesitzer bedacht sind. Aber, meine Herren, so lange Gott überhaupt noch im Sinne hat, das deutsche Reich und das Königreich Preußen zu erhalten, wird Ihnen dieser Kampf gegen den Grundbesitz, auch wenn Sie noch so viel Verbündete finden, nicht gelingen. — Ich verstehe unter Grundbesitz, was man im Allgemeinen den Ersatz der Ritterschaft im alten Sinne nennt, der sich mehr und mehr mit dem bäuerlichen Grundbesitz verschmilzt, der ja auch, wie die Statistik zeigt, groß ist. Die Bauern und die früheren Rittergüter bilden nach der Kopfzahl immer eine Minorität, aber Gott wird uns diese beiden Klassen erhalten, so lange er uns ein geordnetes Regiment im Lande erhalten will; wenn sie wirklich zu Grunde gehen sollten, so, fürchte ich, wird das letztere mit zu Grunde gehen.

(Bravo! rechts).

Nachdem dann noch die Abgg. Frhr. von Hornstein und Dr. Sattler gesprochen, wurde die weitere Berathung vertagt.

(Sitzung vom 16. Februar 1885. Stenogr. Berichte, Seite 1334 ff.)

Der Reichstag setzte an diesem Tage die zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 fort. Der Abg. Günther trat für die Zollerhöhungen ein und betonte, daß er eine Vertheuerung des Brodes von denselben nicht befürchte. Seiner Meinung nach würden die Zollerhöhungen aber die Wirkung haben, dem Landwirth den inländischen Markt zu sichern. Der Abg. Wiemer vermochte in der beabsichtigten Erhöhung der Getreidezölle dagegen nur eine Belastung des armen Mannes zu erkennen, während der Abg. von Fischer in längerer Ausführung die Vortheile der Zollerhöhung darzulegen suchte. Nachdem dann noch der Abg.

Lorenzen sich, unter Hinweis auf die Lage der Landwirthschaft in seiner Heimath Schleswig, gegen die Getreidezölle erklärt, der Abg. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode jedoch dieselben vertheidigt hatte, sprachen noch der Abg. Thomsen, der Staatssekretär des Reichsschatzamts von Burchard, sowie die Abgg. Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg und Rickert. Letzterer wiederholte seine bereits in einer früheren Sitzung gegen den Kornzoll gemachten Ausführungen und bezeichnete denselben als einen solchen, der zu Gunsten der wohlhabenderen und reichen Klassen die Aermsten am meisten schädige. Die Rede dieses Abgeordneten veranlaßte den Reichskanzler zu folgender Entgegnung:

Meine Herren! Ich bedaure, daß ich nochmals in der Nothwendigkeit bin, Ihre vielgeprüfte Geduld — mit anderen Worten, Ihre Zeit — in Anspruch zu nehmen zu einer Erwiderung. Aber wenn sie dem Herrn Vorredner es nachgesehen haben, ohne Zeichen von Ungeduld, daß er in dieser an Rednern und an langen Reden reichen Debatte zweimal das Wort ergriffen hat, daß er uns in der zweiten Rede die erste in einer anderen Form, etwas anders zusammengesetzt und vielleicht auch in etwas anderer Betonung wiedergegeben hat, ohne den Inhalt wesentlich zu ändern, daß er Ihnen nicht nur seine, sondern auch meine Rede noch einmal gehalten hat,

(Bravo! rechts),

um sie recht im einzelnen, in der Weise, wie er sie sich denkt und wie er sie auslegt, durchzuhecheln und zu zerpflücken, — ja, meine Herren, wenn Sie das ruhig mit angehört haben, ohne einen Augenblick — wie es in alten parlamentarischen Zeiten üblich war bei Sachen, die man oft genug gehört hatte, „Schluß“ zu rufen, dann, hoffe ich, werden Sie auch mich in Ruhe anhören.

Der Herr Vorredner hat an die Wahrheiten der Geschichte appellirt; sie sollen bestätigen, was er hier angeführt hat von den verderblichen Wirkungen der Vertheuerung der Kornzölle. Ich weiß nicht, welchen Historiker er dabei im Sinne gehabt hat. Ganz sicher nicht den Professor Mommsen, einen der anerkanntesten unter uns. Jedenfalls muß ich die Geschichte, an die der Herr Vorredner mit einer solchen Feierlichkeit appellirt, als eine tendenziöse, unwahre Entstellung der Weltgeschichte bezeichnen.

(Bravo! rechts.)

Und das hat gerade so viel Autorität und Berechtigung in meinem Munde wie das Gegentheil im Munde des Herrn Vorredners. — Ich hebe absichtlich auch die Stimme etwas, weil ich fand, daß es bei dem Herrn Vorredner immer einen günstigen Eindruck auf Sie machte, wenn er lauter sprach.

(Heiterkeit.)

Durch das Lautersprechen wird aber eine Sache nicht wahrer, als sie an sich ist und als sie sich liest, wenn sie gedruckt ist.

Der Herr Vorredner hat ferner, indem er mit scharfen Waffen den Vorwurf der Verhetzung des Armen gegen den Reichen von seiner Darstellung abzuwehren suchte, mir vorgeworfen, ich hätte ja auch den Bauer aufgehetzt, ich hätte daran erinnert, daß die Gesetzgebung bisher aus der Haut des Bauern Riemen geschnitten hätte, um sich andere Klassen zu verbinden; und er hat damit meine Behauptung in Vergleich gestellt, daß in den Reden der Opposition die besitzlosen Arbeiter gegen den Grundbesitz aufgehetzt worden seien. Ja, meine Herren, das ist ganz etwas Anderes. Der Bauer gehört nicht zu den Besitzlosen; der Bauer gehört zu der Klasse der Besitzenden. Ja, wenn Sie nach der Kopfzahl rechnen, so zählt er weitaus zu der reicheren Klasse. Auf dem Lande kommt noch lange nicht auf jeden Kopf oder Familie ein Bauernhof, noch nicht der zehnte Theil davon.

Also wenn ich den Bauern darauf aufmerksam mache, daß seine Interessen in den Händen und dem Munde der Städter schlecht gewahrt sind, so liegt darin für den Staat keine Gefahr. Wenn Sie aber die Millionen von besitzlosen Arbeitern, die in der That in noch viel schlimmerer Lage sind als der Bauer in Nothjahren, — wenn Sie die mit Worten wie „Brotzoll“, wie „Blutzoll“ aufhetzen gegen die Regierung, — ja, meine Herren, dann säen Sie eine Saat, die Sie nicht mehr beherrschen können. Der Arbeiter hat nicht Viel zu verlieren, der Bauer hat aber Etwas zu verlieren. Und wir haben noch nicht bei uns im Lande gesehen, daß der Bauer sich gegen die Obrigkeit zusammenrottet aus freien Stücken. Das letzte Mal, wo wir erlebt haben, daß der Bauer freiwillig aufstand, das war zur Zeit, wo die Schweden im Lande waren und wo die Bauern zusammentraten unter der Fahne:

Wir sind Bauern von geringem Gut
Und dienen unserem Kurfürsten mit unserem Blut!

Es waren aber immer Bauern von Gut, — der Bauer ist Gutsbesitzer.

Ich habe, als ich vorgestern meine Rede schloß in dem Bedürfniß, sowohl meine Kräfte als Ihre Geduld nicht zu weit zu ermüden, den Gedanken, der mir vorschwebte, kurz und undeutlich ausgesprochen. Was Sie kränkt und was Ihnen unbequem ist und was Sie veranlaßt, hauptsächlich den Großgrundbesitz aussondern zu wollen aus der Menge, damit Sie eine geringe Kopfzahl gegenüber haben, die Sie bei allgemeinen Wahlen überstimmen können — was Sie bekümmert, das ist die Thatsache, daß Bauer und Großgrundbesitzer immer mehr und mehr erkennen, daß sie ein und derselbe Stand, der Stand der Grundbesitzer, sind,

(sehr wahr! rechts),

und ein und dasselbe Gewerbe der Landwirthschaft betreiben. Ich habe vorgestern darauf aufmerksam machen wollen, daß der Begriff der Großgrundbesitzer heutzutage gar nicht mehr paßt, und habe beim Lesen meiner Rede gefunden, daß ich das nur sehr unvollkommen gethan habe. Sehen Sie sich die Listen durch von der neuen preußischen Kreisordnung, und sehen Sie, welches da die Wähler vom Großgrundbesitze sind. Sie werden, glaube ich, wenigstens in allen mittleren Provinzen viel mehr Bauern als Rittergutsbesitzer finden.

(Sehr wahr! rechts.)

Mir sind Bauernhöfe bekannt — selbst in den mittleren, in den gesegneten Provinzen von Deutschland —, die bis zu 2000 Morgen groß sind, und ich glaube, daß es in Ostpreußen und in einigen Gegenden Pommerns mit schlechtem Boden noch größere giebt; dagegen giebt es eine Menge Rittergüter, die wenig über 100 Morgen groß sind.

Die Grundbesitzer sind im Ganzen eine Stütze der Monarchie und der bestehenden Regierung nach ihrer ganzen Gesinnung; und in der Tendenz, Zwietracht unter sie zu säen, da genirt es Sie, daß diese Verschmelzung allmählich und unaufhaltsam vor sich geht. Es sind das die heilsamen Folgen der Gesetzgebung, die im Anfange von vielen der Bevorrechtigten peinlich empfunden wurde, die Abschaffung aller rechtlichen und prinzipiellen Prärogative des größten Grundbesitzes und namentlich der früheren Ritterschaft. Wir größeren Grundbesitzer sind heutzutage in unserem Gewerbe nichts weiter als die größten

Bauern, und der Bauer ist nichts weiter als der kleinere Gutsbesitzer. Auch die meisten Bauern nennen sich Gutsbesitzer, einige nennen sich Ackerleute, andere nennen sich Landleute. Ich habe mit Mitleid gesehen, wie Sie aus zwei oder drei von den vielen bäuerlichen Petitionen ihre Wolle herauszupflücken suchen; ich kann sie Ihnen zu mehreren Tausenden und zentnerweise geben; unter den Unterzeichnern sind sehr viele Bauern und die bezeichnen sich vielfach als „Gutsbesitzer," so daß sich in einem Dorfe 20—30 Gutsbesitzer fanden.

Ich glaube diese Einigung, dieses Verständniß aller derer, die das landwirthschaftliche Gewerbe treiben, daß sie zusammengehören und gemeinsame Interessen der bisherigen Ausbeutung gegenüber zu verfechten haben, den Fortschritt dieser Einigung werden Sie nicht erschüttern, obschon ich begreife, daß es Ihnen außerordentlich unbequem ist, die Gesammtheit der Landwirthe und der Grundbesitzer in absehbarer Zeit geschlossen und unbeeinflußbar für politische Hetzereien und für all dergleichen Bangemachen mit Reaktion, und was die sonstigen Phrasen sind, unzugänglich zu sehen und gewärtigen zu müssen, daß all Ihre Agitation und selbst die berühmte Wahlmache, wie sie jetzt üblich ist, an der Masse der ländlichen Besitzer ablaufen werde, wie das Wasser am Entenflügel.

Der Herr Vorredner wird diese Wahrheit nicht gleich mir erkennen, denn er hat über das, was auf dem Lande vorgeht, doch nur sehr dürftige Vorstellungen; ich habe eigentlich geglaubt, er wäre auf dem Lande geboren, aber er muß seit lange davon weg sein; wenn er sagt: „hat der Städter Geld, so hat es auch der Bauer", so hat er sicher lange nicht auf dem Lande gelebt, sonst würde er wahrgenommen haben, daß eben ein Städter nichts abgiebt. Ich gönne dem Städter das Seinige; aber Herr Rickert verwechselt Stadt und Industrie und thut als ob Beides dasselbe wäre; das zeigt eben, daß wir mit dem Worte verschiedene Begriffe verbinden.

Die Industrie ist nicht einmal innerhalb der Städte bequem heimisch; es giebt ja Industriestädte. Aber dort wird sie sich doch immerhin mehr in die Vorstädte ziehen, wo sie freiere Bewegung hat: ihr natürlicher Sitz würde eigentlich auf dem Lande sein. Sie hat außerdem mit der Landwirthschaft das gemeinsam, daß sie produzirt, und daß sie ausländische Konkurrenten

hat. Parlamentarische Gelehrte, die in Presse, Fraktion und Parlament mit Reden thätig sind, die produziren nichts, bei dem sie die Konkurrenz des Auslandes zu fürchten hätten

(sehr gut! rechts),

und können es mit philosophischer Ruhe ansehen, wenn der Produzent zurückgeht, wenn er keinen Absatz mehr findet, wenn seine Preise so wohlfeil werden, daß er sein Gewerbe nicht mehr betreiben kann, ja, sie können sogar, wie der Herr Abgeordnete Rickert, wenn dieser Produzent wie der getretene Wurm sich krümmt und sich einmal aufbäumt, mit einer sittlichen Entrüstung von der Tribüne herab uns den Text lesen; das ist alles menschlich thunlich.

Aber Herr Rickert verwechselt Industrie und Städte, und das punctum saliens, was die Verwandtschaft zwischen Landwirthschaft und Industrie bildet, und was ihr Bündniß für Schutzzölle zu einem natürlichen macht, das hat Herr Rickert denn doch noch nicht durchschaut in diesen letzten 6 Jahren. Sie produziren beide und verlangen beide für ihre Produkte Schutz, welchen der Städter im engeren Sinne, sowie wir ihn verstehen, nicht braucht, oder doch nur so weit er Gewerbe treibt; ich komme gleich darauf zurück. Ich will nur einige Irrthümer erst berichtigen.

Herr Rickert giebt also zu, daß der Drescher ein Interesse hat, daß das Korn, das er in natura als Lohn empfängt, theuer sei; er tröstet sich aber damit, daß die wenigsten Leute, nur ein ganz kleiner Theil der ländlichen Arbeiter, Drescher wären. Nun, da ist er wieder in vollständigem Irrthum und weiß auf dem Lande in seiner eigenen Provinz, in Westpreußen und dem benachbarten Pommern nicht Bescheid. Die Drescher sind bei Weitem die Mehrzahl, und die Minderzahl, Diejenigen, die am Dreschen, also an der Kornlohnung in natura, nicht theilnehmen, das sind eben Deputanten, die auch wieder ihr Korn in natura geliefert bekommen und einen wesentlichen Theil davon verkaufen, weil dieses Deputat meist reichlich bemessen ist. Das sind Leute wie der Schmied, der Stellmacher, der Rieselmeister und der Müller, wenn eine Mühle da ist. Die dreschen nicht immer. Sonst dreschen die, welche das ganze Jahr auf dem Lande arbeiten, Alle ohne Ausnahme, und es wäre eine schwere Zurücksetzung für Jemand, wenn er nicht zum Dreschen zugelassen würde; denn es ist das mit die gewinnreichste Thätigkeit, die

der ländliche Arbeiter überhaupt hat. Es geht das so weit, daß in denjenigen Arbeiterstellen, die augenblicklich von Wittwen besetzt sind und so lange übergehalten werden, bis die Wittwe entweder einen anderen Mann oder einen erwachsenen Sohn hat, für die Wittwe durch die Nachbarn gedroschen wird. So allgemein ist es, und es ist gewissermaßen ein Grundrecht jedes ländlichen Arbeiters, der auf einem Gute Jahr aus, Jahr ein, Winter und Sommer lebt, daß er zum Dreschen zugelassen wird; er würde seinen Posten sehr bald kündigen und wo anders hinziehen, wenn er vom Dreschlohn ausgeschlossen wird.

Also auch hier findet sich wieder beim Herrn Abgeordneten Rickert die Wahrheit bestätigt, die der Herr Abgeordnete Möller neulich mit so vielem Nachdrucke verkündete: „Es reicht hin, eine Behauptung mit Sicherheit auszusprechen, um sie für Wahrheit ausgeben zu dürfen."

(Sehr richtig! links.)

So ist es auch mit seiner Behauptung über die Drescherlöhne.

Der Herr Vorredner hat dann meine Gleichstellung der Landwirthschaft in der Berechtigung mit den anderen Gewerben, welche der ärmeren Klasse und den Arbeitern im Allgemeinen die sonstigen unentbehrlichen Lebensbedürfnisse liefern, bemängelt, indem er dabei in einer vollständigen Verschiebung aller Begriffe die Rohstoffe hineinzog. Um die handelt es sich gar nicht; ich habe nur die gleiche Gerechtigkeit für die Landwirthschaft wie für jedes andere Gewerbe verlangt, wie für das Gewerbe der Schuhmacher und Schneider. Wenn Sie glauben, die Landwirthschaft mit ihren Produkten schutzlos lassen zu dürfen, im Falle sie Noth leidet, so nehmen Sie zugleich das Recht in Anspruch, den Schuhmacher, Schneider und den Weber schutzlos zu lassen, im Falle, daß sie Noth leiden. Das ist es, was ich gesagt habe; von Rohstoffen ist gar nicht die Rede gewesen. Wie kann der Abgeordnete Rickert meine Worte so entstellen, nur um das Vergnügen zu haben, es so darzustellen, als hätte ich eine Thorheit hier gesprochen! Die Thorheit liegt nicht auf meiner Seite.

(Heiterkeit rechts.)

Beide sind Gewerbe und brauchen wohlfeiles Rohmaterial; die Landwirthschaft ist ebenso gut ein Gewerbe.

Es ist vorgestern hier schon von den Produktionskosten gesprochen worden, aber dem Herrn Abgeordneten Rickert ist es

entgangen; ich darf es also wohl wiederholen, wenn auch nur für ihn; die Versammlung hat so lange auf ihn gewartet, vielleicht gönnt sie ihm auch diese Wiederholung. Es wurde, glaube ich, gestern oder vorgestern hier von — wenn ich nicht irre — dem Herrn aus Süddeutschland, der für den Zoll sprach, näher nachgewiesen, wieviel deutsche Arbeit an jedem Scheffel Korn klebt; ich glaube, sie wurde auf 5 bis 6 ℳ pro Centner ausgebracht — ich erinnere mich nur noch, daß sie etwas höher war, als ich sie selbst einschätzte; — aber 5 ℳ Arbeitskraft kleben höchstwahrscheinlich an jedem Centner Korn. Soll denn diese Arbeit nun nicht geschützt werden? Was ist denn deren Rohmaterial?

Da hat der Herr Abgeordnete Rickert ein Wort in die Welt geworfen, was sich eben bereitwillig eingestellt hat, wo der Gedanke fehlte, um mich zu widerlegen: Das Gewerbe der Landwirthschaft, die Ernährung, und das Gewerbe der Bekleidung, das eine zu 60 Prozent, das andere, wie er sagte, zu 40 Prozent, stehen dem Arbeiter gegenüber ganz gleich nothwendig da. Es handelt sich bei beiden um die Befriedigung von Bedürfnissen. Der Arbeiter kann eher noch einen Tag mal hungern als einen Tag unbekleidet über die Straße gehen oder eines der nothwendigsten Kleidungsstücke auf seinem Leibe dauernd entbehren. Kleidung und Ernährung sind also gleich nothwendig. Ob dem Arbeiter zum Erscheinen im Arbeitssaal nur die 40 Prozent fehlen oder die ganzen 60, — das ist gleichgültig; er muß immer gekleidet sein. Also auch hier hat der Herr Abgeordnete Rickert gar nichts bewiesen. Wir wollen nicht nur, wie der Herr Abgeordnete Rickert sagte, dem Landmann höhere Preise sichern, obschon das auch nebenher geht — ich bestreite das ja gar nicht — sondern dem ländlichen Arbeiter seine Arbeit und namentlich auch dem kleinsten Produzenten den unverkürzten Ertrag der Produktion seines Ackerbaues sichern.

Ich habe in dem Bericht über die vorgestrige Sitzung gelesen, daß einer der Herren Abgeordneten, den ich hier nicht verstehen konnte — weshalb, wie mir schien, der Herr Abgeordnete Richter mich dort wiederum nicht verstehen wollte — daß der gesagt hat, mit einer Klasse der Landwirthe und Grundbesitzer habe er Mitleid; das seien die unter 10 Morgen. Meine Herren, auf die Bauern war er nach dem, was ich gelesen habe, nicht so gut zu sprechen. Er vertritt bekanntlich die

Gegend von Zeitz, wo der reiche altenburgische Bauernstand noch zu Hause ist; der ist ihm, wie es scheint, zu wohlhabend, aber die Leute von 10 Morgen und darunter haben sein Wohlwollen. Vielleicht gehört die Mehrzahl seiner Wähler gerade dieser Kategorie an. Es ist zu vermuthen, daß die unter 10 Morgen zahlreich sind; und um die Mehrzahl — Zeitz bleibt immer ein landwirthschaftlicher Kreis — nicht ganz zu verlieren, so hat er die herausgeschnitten, er will sie zu Freunden behalten. Es ist im einzelnen dasselbe Manöver, wie es im allgemeinen uns gegenüber immer probirt wird. Es heißt immer: der Großgrundbesitzer macht alles; und wenn wir ihn, den Gegenstand der besonderen politischen und persönlichen Abneigung der Opposition, nur aussondern könnten, so wollten wir ihn schon kurz kriegen, und er sollte einmal erleben, wenn wir den Kleinen in der Masse auf unsere Seite bringen, wie wir ihn in der Gesetzgebung verarbeiten würden.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat die Klasse der Großgrundbesitzer, die er heute der öffentlichen Abneigung zu überliefern suchte, noch enger definirt; er hat von denen gesprochen, die Quadratmeilen besitzen. Nun, meine Herren, das sind allerdings noch weniger; aber selbst diese wenigen haben Anspruch auf gleiche Gerechtigkeit mit allen und auf gleiche Behandlung; und es ist nicht die Aufgabe einer besonnenen Zukunftspolitik, wie ich sie vor einem Jahre noch dem Herrn Abgeordneten Rickert zugemuthet habe, gerade diese Leute, die Quadratmeilen besitzen, mit „hic niger est“ der öffentlichen Abneigung auf diese Weise zu denunziren. Ich halte das für ein ganz gewöhnliches sozialistisches Hetzmanöver gegen die reicheren und die reichsten Klassen; die Armen gegen die Reichen, die kleineren Besitzer gegen die großen — kurz: divide et impera.

Jede herrschsüchtige Minorität strebt dahin, die Majorität zu sprengen und zu theilen, und dem Herrn Abgeordneten Rickert schweben offenbar die verschiedensten Richtungen vor, wie bei den phonetischen Figuren auf einer Glasscheibe, nach denen er die jetzige Majorität zu zerschneiden, zu zerlegen wünscht, was die Stützen der jetzigen monarchischen Regierung erschüttern hieße; aber ich hoffe, daß die Phalangen sich auf der anderen Seite in Folge dessen um so fester schließen werden; denn wir verlangen nur gleiche Gerechtigkeit für alle. Wir

haben noch nie so verfahren wie Herr Rickert; wenigstens erinnere ich mich nicht, daß wir die reichen Kornhändler ganz besonders bezeichnet und denunzirt hätten, sodaß sie jedermann erkennen kann als diejenigen, die von dem Schweiße der Landwirthschaft sich mästeten, oder die reichen Holzhändler. Sie sind mir sehr gut bekannt, und ich könnte Ihnen eine Liste vorführen. Der Herr Abgeordnete Rickert weiß sie auch; auf die zeigt er aber nicht so mit Fingern hin!

(Zuruf links.)

— Der Herr Abgeordnete Rickert hat seine Rede noch nicht vollendet. Ich würde die Fortsetzung davon gern anhören, wenn er die Güte haben wollte, sie mir zu wiederholen

(Heiterkeit);

ich bin überzeugt, er gibt mir noch breiteren Stoff zu Widerlegungen, als er mir schon gegeben hat.

Der Herr Redner hat eine Konzession im Namen des Kornhandels gemacht; ich weiß nicht, ob er dazu Vollmacht und Ermächtigung besitzt, und ich übersehe auch im Augenblick nicht vollständig das Resultat davon. Er hat gesagt: „Der Import ist uns ganz gleichgiltig, wir gönnen der Landwirthschaft die Preise; der Transit ist die Hauptsache!" Nun, ich weiß nicht, ob dem Kornhandel damit gedient wäre, wenn der Transit vollständig freigegeben würde, sodaß er verschlossen von dem einen Ende zum andern durchgehen könnte, ohne Kontrole irgend welcher Art als diejenige, welche nothwendig ist für die Sicherheit, daß er aus dem Lande hinausgeht! und wenn auf der anderen Seite der Import ganz verboten oder so hoch besteuert würde, daß er überhaupt unmöglich wäre. Für die Landwirthschaft ist das ja fraglich; sie würde jedenfalls die 40 Millionen Zentner fremdes Korn, die den deutschen Markt überschwemmen, dadurch los werden. So ganz unschädlich für die deutsche Landwirthschaft ist der Transit aber doch nicht!

Unsere Ostseehäfen sind hauptsächlich die Exporteure Rußlands geworden. Das russische Getreide — auf dem beruht der Handel, und den gönnen wir den Seestädten. Früher führten unsere Ostseeprovinzen von ihrem eigenen Getreide mehr aus als jetzt; jetzt können sie mit Rußland nicht mehr konkurriren. Namentlich aber ist der Transit quer durch Deutschland mit dem russischen wie mit dem österreichischen Getreide sehr nachtheilig gewesen für den Absatz, den unsere Landwirthschaft früher

nach Westen, nach Belgien, Frankreich und Holland hin hatte. Ich fürchte, das ist eine von den utopischen Anweisungen, die uns der Herr Vorredner auf die Zukunft gegeben hat, hinter der aber auch weiter nichts steckt.

Der Herr Abgeordnete hat dann angeführt, daß seit 1857 das jetzige Jahr in den Roggenpreisen erst das siebzehnte an Wohlfeilheit wäre und in den Weizenpreisen das dritte. Nun ist daran so viel richtig, daß der Weizen noch mehr Noth leidet als der Roggen, und die Weizenproduzenten mehr als die Roggenproduzenten; aber der Herr Abgeordnete hat ganz dabei übersehen, daß seit 1857 fast alle anderen Produkte unserer Gewerbethätigkeit und der fremden um das Doppelte und Dreifache im Preise gestiegen sind, —

(hört!)

namentlich alle diejenigen, deren der Landwirth bedarf, um sein Gewerbe zu betreiben; insbesondere ist auch die Arbeit, deren der Landwirth bedarf, im Preise gestiegen. Wenn es dem Herrn Abgeordneten Rickert seine literarischen Mittel erlauben, die üblichen Arbeitslöhne von damals und heute zu vergleichen, wenn er seine eigenen Schuhmacher- und Schneiderrechnungen vielleicht nachsehen will und feststellen, was er 1857 für ein Paar Stiefel gezahlt hat, und was er jetzt zahlt — und der Landwirth chaussirt sich eben auch —, dann wird er zugeben, daß nach diesem Verhältniß, nach dem Sinken des Geldwerthes, nach dem Reicherwerden die jetzigen Preise, wenn nicht die Landwirthschaft stiefmütterlich behandelt worden wäre, mindestens das Doppelte von denen im Jahre 1857 im Durchschnitt sein müßten. Also auch diese Deduktion ist hinfällig.

Der Herr Abgeordnete ist ferner auf die fable convenue wieder zurückgekommen, als wenn ich mich ganz besonders vor allen Menschen dadurch auszeichnete, daß ich alle zwei Jahre meine Ansichten diametral wechselte: „das können wir Catonen von der Opposition nicht; was wir einmal gesagt haben, das ist unumstößlich; das glauben wir bis ans jüngste Gericht, bis ans Ende, davon gehen wir nicht ab; selbst wenn uns hundertmal nachgewiesen würde, daß es nicht wahr ist, unsere Ehre erfordert, daß wir dabei bleiben!“ — Ein Abgeordneter kann sich den Luxus des einen einzigen Gedankens erlauben; ein Minister würde verrätherisch an seinem Lande handeln, wenn er ebenso sich der besseren Einsicht verschließen wollte. Ich bin

mir darin stets gleich geblieben, daß ich immer darüber nachgedacht habe, was im Dienste meines Königs und im Dienste meines Vaterlandes augenblicklich das Nützlichste und Zweckmäßigste wäre. Das ist nicht im jedem Jahre dasselbe gewesen; es gibt eine Menge Sachen, die heutzutage sehr annehmbar sind, mit denen man aber vor 20 Jahren nicht hätte kommen dürfen, und es gibt andere, die vor 20 Jahren sehr leicht waren und nützlich, die damals versäumt wurden, und die heute kein Mensch mehr annehmen würde. Also das ist eine todte Abstraktion, wenn man sich, zufrieden mit der eigenen Anerkennung, mit dem Gefühle der eigenen Unwandelbarkeit, gegen die Bedürfnisse und den Nutzen seiner Mitbürger absolut verschließt. „Pereat mundus, aber ich bleibe konsequent; das ist meine innere Ueberzeugung; ob mein Vaterland darüber Schaden hat oder zu Grunde geht, ist mir ganz einerlei; aber ich bin nicht wie der Kanzler ein Mensch, der alle Jahre seine Meinung wechselt."

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete ist ja insofern noch gütig gegen mich gewesen, als er mir auf dem Gebiete der deutschen Einheit einige Verdienste zuerkannt hat.

(Abgeordneter Rickert: Einige?)

Wenn er „nebenher" sagte, so war das ein lapsus linguae, will ich annehmen. Ich glaube nicht unbescheiden zu sein und bitte mir den Ruhm zu gestatten, daß ich das nie in meinem Leben gewesen bin

(sehr richtig rechts);

ich bin im Innersten meines Herzens bei allem Erfolg vor Gott und Menschen stets demüthig geblieben und habe mir denselben nicht zugeschrieben.

(Bravo! rechts.)

Aber gesteht der Herr Abgeordnete mir gar keinen Antheil an der Thatsache zu, daß wir jetzt seit 6 Jahren einen mäßigen Schutzzoll haben? Ich halte es für eines meiner größten Verdienste

(Bravo! rechts),

dazu mitgewirkt zu haben; ich habe es ja nicht allein machen können, aber die Initiative kann ich mir ganz allein vindiziren. Den Dank des Herrn Abgeordneten werde ich allerdings dadurch nicht erworben haben; dazu müßte er erst zu der Erkenntniß kommen, daß seine Freihandelsüberzeugungen todt-

geboren und irrthümlich sind. Das wird er ja nie, so lange er lebt.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, daß ich auf diesem Gebiete der inneren Politik das Verdienst in Anspruch nehmen kann, die Kur angeregt zu haben, durch die Deutschland vor Entkräftung, vor Anämie, vor wirthschaftlichem Untergang geschützt worden ist. Hätten wir diese Schutzzölle vor sechs Jahren nicht eingeführt, so würden wir nicht nur den wirthschaftlichen Zusammenbruch der Landwirthschaft, wie er jetzt gekommen ist, weil die Schutzzölle unzulänglich gewesen sind, sondern zuerst den der Eisenindustrie und all der Industrien, die wir in Schutz genommen haben, erlebt haben. Hätten wir nicht die große französische Kontribution, die Milliarden gehabt, so würde der Zusammenbruch durch Blutleere ein paar Jahre früher gekommen sein; die Milliarden sind ein Palliativmittel gewesen, das uns noch eine Zeitlang vorwärts geholfen hat.

(Sehr richtig!)

Also dieses Verdienst möchte ich den Herrn Abgeordneten Rickert bitten, mir auch in mein Guthaben zu schreiben, wenn er wieder von mir spricht.

Er wird nun wahrscheinlich nicht zugeben, daß unsere wirthschaftlichen Verhältnisse seit 1879 im allgemeinen besser geworden sind; indessen die Zeugnisse dafür liegen außerhalb der fortschrittlichen Partei mit einer solchen Allgemeinheit und Einstimmigkeit vor, daß ich hier auf die Zustimmung der Herren, die nun absolut einmal wollen, daß ich Unrecht gehabt haben muß, und daß von mir nichts gutes kommen kann, verzichten kann. Es gehen heutzutage im Ganzen doch fast alle Geschäfte ihren guten Gang; die Arbeiterzahl ist gestiegen, und der Verdienst des einzelnen Arbeiters ist gestiegen. Ich will Sie nicht wieder mit statistischen Nachweisungen langweilen, aber sie stehen jedermanns Einsicht offen; und wenn einer meinen Behauptungen widerstreitet, so werde ich noch heute abermals für eine Stunde ums Wort bitten, um Ihnen einige Seiten statistischer Zahlen darüber vorzulesen; ich glaube, Sie schenken das uns beiden.

Es ist ganz unzweifelhaft, daß seit 1879 Fortschritte gemacht sind, und mit am allermeisten hat trotz aller Ableugnungen des Herrn Abgeordneten Rickert der Handel von

Danzig Fortschritte gemacht, der hat sich ganz besonders der Wohlthaten der neueren Gesetzgebung erfreut. Ich höre, der Herr Abgeordnete Rickert hat die von mir gegebenen Ziffern einigermaßen bemängelt. Es sind die amtlichen Ziffern, die auf den Angaben der Zollbehörden, der Hafenbehörden und der Handelskammern beruhen, die ich hier verlesen habe, und die vom statistischen Büreau zusammengestellt und mir aus den amtlichen Akten gegeben sind.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat bemängelt, daß das Jahr 1884 noch nicht dabei wäre: in diesem wäre der Schaden ganz besonders an den Tag gekommen. Worauf stützt sich denn der Herr Abgeordnete Rickert? Er ist wieder in der Lage des Herrn Abgeordneten Möller, etwas mit Sicherheit zu behaupten; aber ich frage: wo sind denn seine Listen, die er den meinigen gegenüberstellen könnte? Er ist doch so gut wie Danziger, er hat alles viel näher; warum bringt er es uns nicht? Während der Zeit, wo er zu uns gesprochen hat, hätte er uns Hunderttausende von Zahlen bringen können. Er besitzt sie aber nicht. Daß ich das Jahr 1884 nicht habe, ist sehr natürlich. Die Zahlen des Jahres 1884 sind noch nicht einmal in denjenigen Verwaltungen abgeschlossen, welche direkt an Ort und Stelle zählen. Wie soll das statistische Büreau schon eine Zusammenstellung darüber haben? Das wäre ganz unmöglich; da müßte man fingiren, „mit Dreistigkeit behaupten," — dann könnte ich Ihnen auch über das Jahr 1884 etwas geben, gerade so, wie der Herr Abgeordnete Rickert Ihnen über das Jahr 1884 schon etwas gibt. Aber es würde weiter nichts als eine Behauptung sein.

Die Zahlen sind unumstößlich dieselben. Die Zufuhr ist gestiegen von 322000 auf 340000, und der Export von 227000 auf 245000, und der Mehlexport ist gestiegen von 3735000 auf 7711000.

(Hört, hört! rechts.)

Der Export von Kleie und Malzkeimen ist gestiegen von 1528000 auf 4428000. Das sind die amtlichen Ziffern, und gegen die wird der Herr Abgeordnete Rickert mit keiner Behauptung und mit keiner Bestreitung, mit keiner — wie ist doch der Kunstausdruck des Herrn Möller? — „mit Dreistigkeit" ausgesprochenen Behauptung aufzukommen vermögen.

An Sprit, habe ich auch schon angegeben, stieg die Zufuhr von 40680 hl auf 131800 und von 36000 die Ausfuhr auf 121000. Also Steigen in allen Verhältnissen! ich würde in Herrn Rickerts Stelle, wenn ich mit einer Behauptung so schlagend und amtlich und ziffermäßig abgeführt worden wäre, doch die geschickte Taktik gehabt haben, darauf nicht zurückzukommen, und würde den Reichskanzler nicht in die Lage gesetzt haben, noch einmal in dieselbe Kerbe die Axt einzusetzen.

Wäre selbst seine Behauptung richtig, daß im Jahre 1884 mit einem Male alles anders geworden sei, so muß ich dagegen anführen: wenn ein ganz konstanter, regelmäßiger Fortschritt fünf Jahre hindurch stattgefunden hat unter der Wirkung desselben Zollgesetzes, und dann mit einem Male für das Jahr 1884 wirklich die unerwiesene Behauptung des Herrn Abgeordneten Rickert ausnahmsweise richtig wäre, so könnte das nur die Folge ganz besonderer einmaliger Zufälle, gewissermaßen ein Extraordinarium, sein, aber niemals die Wirkung des Zolles, welcher hintereinander 5 fette Jahre gemacht hat. Wie sollte die günstige Wirkung desselben nach Verlauf von 5 Jahren plötzlich in das Gegentheil umschlagen?

(Sehr richtig! rechts.)

Daß Herr Rickert die Zuckerkalamität auf die Zollgesetzgebung schiebt, — ja, die ist überall gleich. Hat denn Danzig in Zucker besonders mehr gelitten als Magdeburg? Das wüßte ich nicht. Ebenso ist es bei der Rhederei mit den Folgen des allgemeinen Uebergangs vom Segelschiff auf Dampfschiff, auf den ich vorgestern schon aufmerksam machte —: die schiebt er auch den unschuldigen Zollgesetzen in die Schuhe.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, wir sollten doch lieber die Landwirthschaft in Nothstand erklären — so, wie einzelne Provinzen, denen früher geholfen ist. Einmal möchte das eine recht schwierige Aufgabe sein für die Minorität, einer im Nothstande befindlichen Majorität durch extraordinaire Staatsmittel auszuhelfen, dann aber wollen wir ja gerade diesen Nothstand verhüten; ein Nothstand von 25 oder 27 Millionen Einwohnern unter 45 ist eine Kalamität, meine Herren; eine Regierung, die es dazu mit offenen Augen kommen läßt, während sie vielleicht die Möglichkeit gehabt hat zu helfen, die verdient viel Tadel; wir werden es ganz bestimmt nicht dazu kommen lassen, wir bauen zur rechten Zeit vor.

Der Herr Abgeordnete hat ferner behauptet, in den Schiffslisten, die ich hier angeführt habe, wären auch die Schiffe in Ballast und die Nothhafen suchenden aufgeführt. Das ist aber in allen 30 Jahren der Fall, die hier vorhanden sind, das wird immer derselbe Prozentsatz gewesen sein; ich bestreite, daß die Zahl gestiegen ist. Wenn der Herr Abgeordnete Rickert behauptet, die Zahl der Schiffe in Ballast sei gestiegen, dann bin ich des Beweises gewärtig; aber mir einfach darin zu widersprechen oder von der Tribüne herunter zu behaupten: das ist so! — dazu ist der Herr Abgeordnete Rickert nach den Angaben, die er uns vorher gemacht hat und nach dem Widerspruch, in dem sie mit den amtlichen Listen stehen, für mich keine ausreichende Autorität mehr und ich fürchte, für die Majorität des Reichstags auch nicht.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Rickert ist über die Zustände des Handels in Danzig in großem Irrthum gewesen, er beharrt bei diesem Irrthum trotz amtlicher Widerlegung; wir müssen ihn dabei belassen und uns darüber trösten. Ich will meine Erwiderung damit schließen, daß ich die Herren nochmals bitte, nicht zu glauben, daß sie nicht sozialistisch hetzen, wenn sie den Großgrundbesitz immer als Ziel, nach dem zu schießen ist, hinstellen, sondern doch wenigstens dann den Muth ihrer Meinung zu haben und zu sagen: ja, unsere parlamentarische Taktik macht es uns wünschenswerth, Zwist zwischen den verschiedenen Klassen der Landwirthe und ihrer Arbeiter zu säen, und deshalb behaupten wir die Verschiedenheit der Interessen.

(Oh! Oh! links.)

Ja, wenn Sie sagen: wir thun das aus parlamentarischer Taktik — die Antwort ist mir manchmal schon recht unerwartet zu Theil geworden, wo ich überzeugte Gegner vor mir hatte, die sagten: die parlamentarische Taktik gestattet uns nicht, unserer Ueberzeugung zu folgen —, so würden Sie vollkommene Klarheit schaffen. Sie antworten indessen mit einer sittlichen Entrüstung, die Ihrem Herzen und Ihrem Ehrgefühl alle Ehre macht.

(Lachen rechts.)

Aber wenn Sie recht tief hineingreifen, sollten Sie nicht auch eine verborgene Kammer in Ihrem Herzen finden, in der

herzliche Freude sein würde, wenn es gelänge, einige Unruhen und einige Verstimmung herbeizuführen?

(oho! links; sehr wahr! rechts.)

und einen Bruch zwischen den kleinen und großen Landwirthen?

(Sehr wahr! rechts.)

Würden Sie es nicht mit Freuden begrüßen, wenn z. B. bei der Einführung des Getreidezolles auch nur in Danzig — ja, wie heißen diese kräftigen Arbeiter, die Sackträger? ich weiß es nicht — wenn diese auch nur einen kleinen Lärm machen würden? Würden Sie da nicht sagen: Seht, wir haben es vorausgesagt, das Volk kann das nicht ertragen, daß auf diese Weise der Blutzoll, der Brotzoll auf seine Kosten erhöht wird? Meine Herren, Sie geben durch — wenn auch unartikulirte, aber immerhin verständliche — Töne zu erkennen, daß Sie diesen Verdacht weit von sich weisen, aber lassen wir es doch einmal auf eine Probe ankommen, ob ich Ihnen nicht einige Blätter nachweisen kann, die, wenn auch nur verschämt, in einem solchen Falle — er kann ja kommen — ihre Freude darüber haben. In Ihr Inneres, in die Kammer Ihres Herzens kann ich ja nicht hineinsteigen, das überlasse ich Ihrer eigenen Ehrlichkeit; aber ich glaube auch, was ich glaube, und lasse mir von Ihnen nicht das Gegentheil beweisen.

(Stürmischer wiederholter Beifall rechts; wiederholtes Zischen links).

Nachdem sodann noch der Abg. Richter zum Worte gelangt war, sich gegen die Ausführungen des Reichskanzlers wandte und die Behauptung aufstellte, daß die Erhöhung der Getreidezölle ein Unrecht gegen die armen Leute im Lande und eine Vergewaltigung, wenn auch in gesetzlicher Form, sei, weshalb die Partei des Redners sich verpflichtet fühle, gegen die Ausübung dieses Unrechts die Monarchie und das Vaterland zu schützen, wurde die Debatte geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen in namentlicher Abstimmung die Position „Roggen 3 Mark" mit 192 gegen 151, die Position „Weizen 3 Mark" mit 229 gegen 113 Stimmen angenommen.

Gleichzeitiges Tagen des Deutschen Reichs- und Preußischen Landtages.

(**Sitzung vom 21. Februar 1885.** Stenogr. Berichte, S. 1485 ff.)

Der Abg. Dr. Windthorst hatte, nachdem die Vertagung beschlossen worden war, beantragt, die nächste Sitzung des Reichstages nicht am Montag den 23. Februar, sondern erst am Montag

den 2. März stattfinden zu lassen. Er motivirte diesen Antrag durch die Unzuträglichkeiten, welche ein gleichzeitiges Tagen des Reichstages und des preußischen Landtages im Gefolge habe, und meinte, daß eine kurze Pause um so mehr geboten erscheine, als man der Frage der Vertagung des preußischen Landtages auf einige Zeit nicht näher getreten sei. Der Abg. von Helldorff trat dem Windthorst'schen Antrage entgegen und führte aus, wie gerade jetzt eine Vertagung der Sitzungen, bei dem reichlich vorliegenden Berathungsstoffe, nicht rathsam erscheine. Darauf äußerte sich der Reichskanzler über den Antrag des Abg. Dr. Windthorst, wie folgt:

Die Frage, ob gegenwärtig der preußische Landtag zu vertagen sei, ist von der preußischen Regierung erwogen worden. Aber nachdem der preußische Landtag mit Rücksicht auf den Reichstag, um demselben die volle Zeit seit dem Oktober bis jetzt zu lassen, ziemlich spät berufen worden ist, befindet er sich nicht in der Lage, seine Budgetarbeiten fertig stellen zu können vor der nothwendigen Zeit, wenn er jetzt vertagt werden würde. Wir sind deshalb außer Stande, den preußischen Landtag zu vertagen in diesem Augenblick. Die preußische Regierung würde ja die erste sein, die das Beispiel gäbe, daß die Landesinteressen hinter den Reichsinteressen zurückzutreten haben. Aber sie glaubt diese ihre Gesinnung dadurch bekundet zu haben, daß sie dieses Mal, dem Wunsche beider Versammlungen entsprechend, den Reichstag mehrere Monate vor dem Landtag berief, während es sonst in mehreren Jahren umgekehrt gewesen ist.

Der Herr Antragsteller hat als Motiv seines bei der jetzigen Lage der Geschäfte im Volke gewiß auffälligen Antrags nur angeführt, daß das Zusammentagen der beiden größten parlamentarischen Körperschaften in Deutschland augenblicklich nicht möglich sei. Nun, ich glaube, die Erfahrung hat gezeigt, daß unsere Institutionen überhaupt nicht darauf berechnet sind, daß ein Abgeordneter zwei Mandate gleichzeitig übernimmt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn er es aber dennoch thut, so thut er es gewiß in der Ueberzeugung, daß er dadurch die fundamentalen Institutionen unseres Reichs und des Landes in ihrer Wirksamkeit nicht hemmen wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich kann mir nicht denken, daß ein Abgeordneter, indem er ein zweites Mandat noch zu seinem ersten übernimmt, dabei darauf rechnen kann, daß das Reich sich nach seiner Doppel-

stellung, die er annehmen und ablehnen kann, seinerseits in seiner Wirksamkeit, in seiner Gesammtthätigkeit, in seinen Verhandlungen wird richten müssen.

Jeder von den versammelten Herren kennt die Nothlage, in der wir sind. Es ist für die Reichsregierung ganz unmöglich, eine Zeit zu wählen, in welcher nicht Konkurrenz mit einem oder mehreren Landtagen wäre, und das Recht, das der preußische Landtag hat: berücksichtigt zu werden, hat der bayerische, der sächsische, der württembergische, und haben die anderen Landtage vollständig in demselben Maße.

(Sehr richtig! rechts.)

Daß dieses Recht für alle nicht durchführbar ist, wird mir jedermann zugeben. Wir leben jedes Jahr unter der Noth, — die Regierungen haben häufig erklärt, daß das Jahr nicht lang genug ist, und daß es ihnen unmöglich ist, den Reichstag und den preußischen Landtag zu verschiedenen Zeiten zu berufen, sodaß sie einander nicht berühren.

Man sollte nun glauben, daß es den Herren, die ein Doppelmandat für den Reichstag und für den preußischen Landtag, der ja auch in Berlin tagt, übernommen haben, noch am leichtesten sein würde, die freiwillig übernommene Last zu tragen. Wenn der Antrag zu Gunsten des bayerischen oder sächsischen Landtags gestellt würde von den Herren, die nicht gleichzeitig in Berlin und in München oder in Berlin und in Dresden sein können, so hätte es mich weniger überrascht; aber wenn er hier hauptsächlich im Interesse des preußischen Landtags gestellt wird, so muß ich doch als Vertreter dieses Landes im Bundesrath hier in dieser Versammluug dagegen protestiren, daß wir in diesem Maße anspruchsvoll wären, daß wir einen Vorrang für den preußischen Landtag vor der Vertretung des deutschen Reiches in dieser Weise verlangten oder für den preußischen Landtag irgend einen Vorzug in Anspruch nähmen, der nicht jedem anderen Landtage auch bereitwillig gewährt werden würde.

(Sehr gut! rechts.)

Diesen Verdacht eines unbescheidenen Vordrängens des preußischen Landtages zum Nachtheil des Reichstages muß ich von meinem speziellen Vaterlande abwenden; und ich kann nur dringend empfehlen, daß der Reichstag sich in seinen Arbeiten nicht unterbrechen möge, namentlich nicht in diesem Augenblicke.

Die verschiedenen Vorlagen, die nahezu erledigt sind, sind zahlreich. Ich hoffe, daß nach mir vielleicht ein anderer Vertreter der verbündeten Regierungen sie Ihnen noch näher bezeichnen wird. Die Gesammtmasse derselben schwebt vielleicht im Augenblick den Herren Antragstellern nicht so genau vor.

(Abgeordneter Dr. Windthorst: Alle!)

Die Zeit, die wir noch haben bis zu Ostern und bis zur wahrscheinlichen Vertagung, ist 5 Wochen; ich rechne bis zum Palmsonntag, denn die Gewohnheit ist ja vorhanden, sich dann auf 3 Wochen zu vertagen. Also es bleiben uns noch 5 Wochen. Ziehen Sie nun von diesen eine ab, so bleiben noch 4 Wochen für die Gesammtheit der Geschäfte. Nach der Gangart, in welcher sich die Geschäfte bisher erledigt haben, kann ich kaum glauben, daß in diesen 5 Wochen das Pensum so rechtzeitig fertiggestellt werden wird, wie es wünschenswerth ist, damit dann der preußische Landtag, nachdem er jetzt sein Budget erledigt haben wird, seinerseits freies Feld finden könne für die anderen Geschäfte, die ihm obliegen.

Dazu kommt noch, daß gerade jetzt wichtige Sachen in suspenso sind, die zwischen der ersten und zweiten oder zwischen der zweiten und dritten Lesung schweben. Man sollte doch von einer regelrechten und auf das Wohl des Landes bedachten Geschäftsführung verlangen, daß solche Sachen erst abgemacht werden, daß namentlich nicht die Entscheidung solcher Fragen, die mit einer gewissen Spannung erwartet wird, die auf unser ganzes wirthschaftliches Leben von wesentlicher Rückwirkung ist, — daß die nicht in der Schwebe bleibe. Speziell die Zollnovelle, über die wir berathen, läßt eine Ungewißheit über Fragen, die tief in unser wirthschaftliches Leben eingreifen. Diese Ungewißheit wird den redlichen und regelmäßigen Handelsstand einigermaßen lähmen, die ungeregelte Spekulation wird sie begünstigen. Die Reichsfinanzen, deren Pflege Ihnen bei ihrer bedrückten Lage so sehr am Herzen liegt, werden wesentlich leiden, wenn die Gesetzgebung über diejenigen Zollpositionen aufgeschoben wird, die nicht durch das Sperrgesetz gedeckt worden sind.

Wenn nur die Anträge der Regierung in Bezug auf Zollerhöhungen angenommen werden, so werden das Reich und seine Finanzen, auch wenn die Einfuhr sich nicht unter diesen ungewöhnlichen Umständen durch Spekulation steigert, also nach

dem regelmäßigen Verlauf, einen wöchentlichen Verlust von mehr als 200 000 Mark haben. Wenn aber die über die Regierungsanträge hinausgehenden Zollerhöhungen, wie z. B. Viehzölle, angenommen werden sollten, so beläuft sich der Zollausfall des Reiches auf wöchentlich ziemlich eine halbe Million Mark im gewöhnlichen Verkehr.

(Hört, hört! rechts.)

Steigert dieser Verkehr sich einigermaßen und beutet die Spekulation das aus, so können wir die Verluste vielleicht auf das Doppelte höher anschlagen.

Also, meine Herren, im Interesse der Geschäfte, die uns gemeinsam obliegen, im Interesse einer abschließenden Beruhigung in unserem wirthschaftlichen Publikum und im Interesse der Reichsfinanzen, die Sie durch scharfe einschneidende Streichungen sonst so wesentlich vertreten haben, bitte ich Sie, verzichten Sie auf die weitere Hinausschiebung der wichtigen Ihnen obliegenden Verhandlungen.

(Bravo! rechts.)

Nach dieser Rede erklärten sich noch die Abgeordneten Frhr. von Wöllwarth und Dr. von Lenz in sehr warmen Worten gegen den Windthorst'schen Antrag, während der Abg. Frhr. von und zu Franckenstein sich für den letzteren aussprach, worauf der **Reichskanzler** zu folgenden Bemerkungen das Wort nahm (Stenogr. Ber., S. 1488):

Ich möchte mir erlauben, dagegen einzuwenden, daß dieselben Gründe, welche jetzt hindern, lange Sitzungen zu halten, in acht Tagen doch auch noch vorliegen werden

(sehr richtig! rechts),

und daß die Herren dann nichts gewonnen haben werden. Auf die Kürze oder Länge der Sitzungen haben die verbündeten Regierungen keinen Einfluß, auch nicht auf die Schnelligkeit

(sehr richtig!)

und auf die Art, in der die Geschäfte behandelt werden. Das liegt deshalb außer meiner Erwägung. Aber ich bitte doch, das zu bedenken, daß Sie, wenn Sie am 2. März wieder anfangen, den ganzen März hindurch — am 28. März ist Palmsonntag — ganz in derselben Konkurrenz mit dem preußischen Landtag sein werden. Warum sollte nicht dann auch ein Kompromiß stattfinden in derselben Art, wie es jetzt

Die verschiedenen Vorlagen, die nahezu erledigt sind, sind zahlreich. Ich hoffe, daß nach mir vielleicht ein anderer Vertreter der verbündeten Regierungen sie Ihnen noch näher bezeichnen wird. Die Gesammtmasse derselben schwebt vielleicht im Augenblick den Herren Antragstellern nicht so genau vor.

(Abgeordneter Dr. Windthorst: Alle!)

Die Zeit, die wir noch haben bis zu Ostern und bis zur wahrscheinlichen Vertagung, ist 5 Wochen; ich rechne bis zum Palmsonntag, denn die Gewohnheit ist ja vorhanden, sich dann auf 3 Wochen zu vertagen. Also es bleiben uns noch 5 Wochen. Ziehen Sie nun von diesen eine ab, so bleiben noch 4 Wochen für die Gesammtheit der Geschäfte. Nach der Gangart, in welcher sich die Geschäfte bisher erledigt haben, kann ich kaum glauben, daß in diesen 5 Wochen das Pensum so rechtzeitig fertiggestellt werden wird, wie es wünschenswerth ist, damit dann der preußische Landtag, nachdem er jetzt sein Budget erledigt haben wird, seinerseits freies Feld finden könne für die anderen Geschäfte, die ihm obliegen.

Dazu kommt noch, daß gerade jetzt wichtige Sachen in suspenso sind, die zwischen der ersten und zweiten oder zwischen der zweiten und dritten Lesung schweben. Man sollte doch von einer regelrechten und auf das Wohl des Landes bedachten Geschäftsführung verlangen, daß solche Sachen erst abgemacht werden, daß namentlich nicht die Entscheidung solcher Fragen, die mit einer gewissen Spannung erwartet wird, die auf unser ganzes wirthschaftliches Leben von wesentlicher Rückwirkung ist, — daß die nicht in der Schwebe bleibe. Speziell die Zollnovelle, über die wir berathen, läßt eine Ungewißheit über Fragen, die tief in unser wirthschaftliches Leben eingreifen. Diese Ungewißheit wird den redlichen und regelmäßigen Handelsstand einigermaßen lähmen, die ungeregelte Spekulation wird sie begünstigen. Die Reichsfinanzen, deren Pflege Ihnen bei ihrer bedrückten Lage so sehr am Herzen liegt, werden wesentlich leiden, wenn die Gesetzgebung über diejenigen Zollpositionen aufgeschoben wird, die nicht durch das Sperrgesetz gedeckt worden sind.

Wenn nur die Anträge der Regierung in Bezug auf Zollerhöhungen angenommen werden, so werden das Reich und seine Finanzen, auch wenn die Einfuhr sich nicht unter diesen ungewöhnlichen Umständen durch Spekulation steigert, also nach

dem regelmäßigen Verlauf, einen wöchentlichen Verlust von mehr als 200 000 Mark haben. Wenn aber die über die Regierungsanträge hinausgehenden Zollerhöhungen, wie z. B. Viehzölle, angenommen werden sollten, so beläuft sich der Zollausfall des Reiches auf wöchentlich ziemlich eine halbe Million Mark im gewöhnlichen Verkehr.

(Hört, hört! rechts.)

Steigert dieser Verkehr sich einigermaßen und beutet die Spekulation das aus, so können wir die Verluste vielleicht auf das Doppelte höher anschlagen.

Also, meine Herren, im Interesse der Geschäfte, die uns gemeinsam obliegen, im Interesse einer abschließenden Beruhigung in unserem wirthschaftlichen Publikum und im Interesse der Reichsfinanzen, die Sie durch scharfe einschneidende Streichungen sonst so wesentlich vertreten haben, bitte ich Sie, verzichten Sie auf die weitere Hinausschiebung der wichtigen Ihnen obliegenden Verhandlungen.

(Bravo! rechts.)

Nach dieser Rede erklärten sich noch die Abgeordneten Frhr. von Wöllwarth und Dr. von Lenz in sehr warmen Worten gegen den Windthorst'schen Antrag, während der Abg. Frhr. von und zu Franckenstein sich für den letzteren aussprach, worauf der **Reichskanzler** zu folgenden Bemerkungen das Wort nahm (Stenogr. Ber., S. 1488):

Ich möchte mir erlauben, dagegen einzuwenden, daß dieselben Gründe, welche jetzt hindern, lange Sitzungen zu halten, in acht Tagen doch auch noch vorliegen werden

(sehr richtig! rechts),

und daß die Herren dann nichts gewonnen haben werden. Auf die Kürze oder Länge der Sitzungen haben die verbündeten Regierungen keinen Einfluß, auch nicht auf die Schnelligkeit

(sehr richtig!)

und auf die Art, in der die Geschäfte behandelt werden. Das liegt deshalb außer meiner Erwägung. Aber ich bitte doch, das zu bedenken, daß Sie, wenn Sie am 2. März wieder anfangen, den ganzen März hindurch — am 28. März ist Palmsonntag — ganz in derselben Konkurrenz mit dem preußischen Landtag sein werden. Warum sollte nicht dann auch ein Kompromiß stattfinden in derselben Art, wie es jetzt

stattfindet? Die Arbeiten beider Körperschaften werden dann wegen des herannahenden Schlußtermins für den Budgetabschluß, des 1. April, von jeder Seite wahrscheinlich noch dringender empfunden werden; sie werden genöthigt sein, Abendsitzungen zu Hilfe zu nehmen. Das alles läßt sich gar nicht ändern, so lange Doppelmandate mit der Absicht angenommen werden, sie in jeder von beiden Versammlungen ausgiebig zu erfüllen, respektive auszunutzen. Dazu ist das Jahr nicht lang genug, dazu sind unsere Institutionen nicht eingerichtet. Die Regierung ist in der Unmöglichkeit, einem jeden Landtag neben dem Reichstag seine besondere Zeit zu verschaffen; das gleichzeitige Tagen des Reichstags und des preußischen Landtags ist eine gebotene Nothwendigkeit. Ziehen die Herren vor, indem sie erst um 2 Uhr anfangen und um 5 Uhr wieder schließen, den Vormittag aber der anderen Versammlung überlassen, die Sitzungen bis spät in den Sommer hinein zu ziehen —, ja, meine Herren, das hängt ganz von Ihnen ab, dazu können wir nichts thun. Ich verwahre mich nur jetzt schon gegen die Argumente, die ich dann wieder hören werde, daß in der Jahreszeit, wo es anfängt warm zu werden, im Mai und Juni, nicht mehr vom Reichstag verlangt werden könne, daß er weiter sich mit den Arbeiten des Volks beschäftige. Ich kann nur abrathen, aber ich habe darüber nichts mitzureden, und ich erwarte in Ruhe die Beschlüsse, die Sie fassen werden; — die verbündeten Regierungen werden ja demnächst in der Lage sein, auch die ihrigen zu fassen.

Auf eine Rede des Abg. Richter, in welcher derselbe äußerte, der Reichskanzler habe heute selbst gesagt, daß er nicht an die Möglichkeit einer Erledigung der Geschäfte bis Ostern denke, erwiderte der Reichskanzler Folgendes (Stenogr. Ber., S. 1489):

Ich glaube nicht gesagt zu haben, daß der Reichstag mit seinen Geschäften bis Ostern nicht fertig werden könnte; ich glaube nur gesagt zu haben, daß der Reichstag, wenn er 8 Tage hindurch keine Sitzung halten würde, wahrscheinlich nicht fertig werden wird. Der Herr Abgeordnete Richter hat mich darin mißverstanden, und das Argument, das er daraus entnommen hat, ist nicht durchschlagend. Wenn von allen Seiten die gleichen

Ueberzeugungen vorhanden wären, die ja leider nicht existiren, so würden meiner Ueberzeugung nach in 8 Tagen unsere ganzen Geschäfte erledigt werden können.

(Zustimmung und Widerspruch.)

Daß der Landtag in 8 Tagen so weit vorgerückt sein sollte mit seinen Geschäften, — eine Ansicht, in welcher die beiden Herren Vorredner von jener Seite (links) einig zu sein scheinen, — ist mir doch im höchsten Grade zweifelhaft. Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete Richter erlauben wird, daß ihm dieser Wechsel, den er auf 8 Tage hier ausstellt, dann wieder präsentirt werde, und ob er dann im Stande sein werde, ihn einzulösen. Ich wage es zu bezweifeln, daß der Landtag dann in dieser Beziehung zahlungsfähig sein werde.

Ich kann allen den Argumenten, die aus dem Zusammentagen der beiden Körperschaften gerade genommen werden, nur die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen entgegenstellen, daß im Interesse der Sache und der Geschäfte weder im Reichstag auf den preußischen Landtag, noch im preußischen Landtag auf den Reichstag die mindeste Rücksicht genommen werden kann und darf. Sobald Sie auf einander Rücksichten nehmen und den Geschäften eines einzelnen Landes gegenüber denen des Reiches den Vorzug einräumen, so werden Sie, glaube ich, nicht im Stande sein, Ihr übernommenes Mandat dem einen oder anderen gegenüber vollständig zu erfüllen. Nur wenn Sie es mit der Ueberzeugung übernommen haben, daß Sie es nach beiden Seiten hin vollständig erfüllen können, waren Sie meines Erachtens im Rechte, es anzunehmen. Sie kennen die Institution und die Lage des Landes, und wer im Besitze eines Mandates schon war und das zweite dazu nahm, der kann sich meines Erachtens jetzt nicht darauf berufen, daß der Reichstag der deutschen Nation vertagt werden soll, damit er sein Landtagsmandat ausüben könne. Den Muth würde ich nicht haben, das von dem deutschen Volke zu verlangen.

(Bravo! rechts).

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wurde schließlich der Antrag des Abg. Dr. Windthorst mit 137 gegen 118 Stimmen angenommen und das Haus vertagte sich bis zum Montag den 2. März.

Geldbewilligung zur Remunerirung von Beamten und zur Ausführung von Bauten in Kamerun, Togo und Angra Pequena.

(Sitzung vom 2. März 1885. Stenogr. Ber. S. 1501 ff.):

In der Regierungsvorlage einer Ergänzung des Entwurfs des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1885/86, welche in dieser Sitzung zur zweiten Berathung stand, wurden von den verbündeten Regierungen 248 000 Mark zur Remunerirung von Beamten und zur Ausführung unbedingt erforderlicher Bauten in Kamerun, Togo und Angra Pequena gefordert. Die Kommission hatte dem Hause vorgeschlagen, die geforderte Summe in ungetheilter Höhe zu bewilligen, nicht aber, wie die Regierung es verlangte, einen Theil derselben in den fortdauernden Ausgaben, sondern alle als einmalige Ausgaben. Weiter schlug die Kommission dem Reichstage vor, folgende Resolution anzunehmen:

Erstens: Der Reichstag erklärt:

Durch die von Seiten der verbündeten Regierungen an der Westküste von Afrika thatsächlich eingegangenen Engagements ist der Reichstag in die Nothwendigkeit versetzt, die erforderlichen Mittel zu bewilligen, um zur Wahrung des Ansehens des deutschen Reiches die Durchführung der begonnenen Maßregeln zu sichern.

Zweitens: Der Reichstag stellt an die verbündeten Regierungen das Ersuchen:

1. dem Reichstage bei Vorlegung des nächsten Reichshaushalts-Etats eine spezifizirte Mittheilung über die in den Schutzbezirken von Kamerun, Togo und Angra Pequena mit den für 1885/86 bewilligten Mitteln getroffenen Einrichtungen zu machen;
2. vor Herbeiführung fester Organisationen in den genannten Schutzbezirken und vor Aufnahme der Kosten dieser Organisationen unter die dauernden Ausgaben des Etats eine Regelung der Rechtsverhältnisse hinsichtlich der Schutzbezirke auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu veranlassen.

Nachdem der Berichterstatter der Kommission, Abg. **von Köller**, diese Vorschläge zur Annahme empfohlen und der Bundeskommissar die Regierungsvorlage vertreten hatte, äußerte sich der **Reichskanzler** über diese Angelegenheit folgendermaßen:

Ich kann nicht mit Sicherheit vorhersagen, welche Aufnahme die Bewilligung eines Pauschquantums statt der Einzelforderungen bei den verbündeten Regierungen finden wird; so viel aber kann ich vorher sagen, daß ich meinerseits sie befürworten würde. Ich halte den Zweck, den wir erstreben, für jetzt durch ein Pauschquantum ebenso gut erreicht, ja ich würde vielleicht in

der Lage gewesen sein, bei den verbündeten Regierungen sofort ein Pauschquantum beantragt zu haben, wenn ich hätte glauben können, daß in dieser Form Ihre Annahme der Sache wahrscheinlicher wäre als in der detaillirten; ich fürchtete aber, daß, wenn wir ein Pauschquantum gefordert haben würden, Sie dann von uns die Detaillirung verlangt hätten

(Heiterkeit),

und ich habe sie nur widerstrebend bis zu dem Maße, wie wir sie gegeben haben, gedruckt gesehen. Wir können ja nicht mit voller Sicherheit voraussehen, ob die Organisation, die wir Ihnen vorschlagen, nachdem wir ein Jahr Zeit gehabt haben werden, über Land und Leute, über die Begrenzung der Besitzungen die von unseren Landsleuten erworben sind, über die Haltung, welche die auswärtigen Regierungen zu unseren Unternehmungen beobachten, Erfahrungen zu sammeln, theils durch den Lauf der Ereignisse in diesem Jahr, theils durch die Berichterstattung amtlicher ad hoc von uns abgesandter Persönlichkeiten, ob die Organisation sich bewähren werde; erst dann werden wir in der Lage sein, Ihnen mit voller Ueberzeugung Detailvorschläge zu machen. Die, die wir bisher gemacht haben, haben wir in fidem, auf das Urtheil des Syndikats in Hamburg gemacht; wir haben das vorgeschlagen, was das Syndikat für nöthig hielt, prima facie. Ob unsere eigene Ueberzeugung übers Jahr vollständig damit übereinstimmt, kann ich nicht vorher sagen, und insofern ist es meines Erachtens, ohne den verbündeten Regierungen vorzugreifen, sogar nützlicher, ein Pauschquantum zu bewilligen, als die einzelnen Details.

Ich bedauere, daß bei dieser Gelegenheit in Form von Resolutionen eine erhebliche Anzahl von Fragen gestellt wurde, die weder von mir noch von sonst irgend Jemand haben beantwortet werden können. Ich glaube, daß kein lebender Mensch auf dieser Welt sie alle mit voller Sicherheit und Richtigkeit beantworten kann; ich bin wenigstens ganz sicher nicht in der Lage. Ich habe darauf diejenigen Antworten gegeben, die sich aus den Akten schöpfen lassen; den zukünftigen Entschließungen der verbündeten Regierungen kann ich und will ich nicht vorgreifen, um so weniger, als es sich für mich selbst doch um eine terra incognita handelt, über die ich ganz sichere Vorschläge nicht vertreten kann. Ueber diejenigen Rechtszustände, welche

späterhin in diesen Kolonien Platz greifen werden, habe ich mir bisher wenigstens eine feste Ansicht nicht bilden können, eine Ansicht, die ich entschlossen wäre zu vertreten. Ich weiß nicht, ob einer der Herren in der Kommission, die die Fragen gestellt haben, in der Lage gewesen wäre, darüber bestimmte Vorschläge zu machen. Wenn er es ist, und wenn er sich dabei auf Erfahrung und Sachkunde stützt, so würde ich ihm außerordentlich dankbar sein, wenn er seine mir unbekannte Wissenschaft mittheilen wollte.

Es ist dies vorsichtige Vorgehen in der Sache ja ganz natürlich bei dem System, welches wir für die Kolonien überhaupt adoptirt haben, welches ich im vorigen Jahre entwickelte, und welches im Prinzipe damals Ihre Sanktion gefunden hat, nämlich dahin gehend, daß wir nicht vollständige Systeme im Kopf und in der Theorie fertig machen und zur Annahme und Durchführung zu bringen suchen, die etwa wie die Minerva aus dem Haupte Jupiters vollkommen lebensfähig und erwachsen dastehen würden, sondern daß wir die Sache sich organisch entwickeln, sich krystallisiren lassen. Wir haben nicht die Prätention, die Kolonisationsbestrebungen des deutschen Volkes zu führen nach einer bureaukratischen Vorschrift und nach einem bestimmten System, über das wir selbst uns im Klaren wären; sondern wir haben die Absicht, ihnen zu folgen mit dem Schutze des Reichs da, wo wir eine Wahrscheinlichkeit der Entwickelung und Berechtigung auf diesen Schutz anerkennen. Daraus geht schon hervor, daß wir selbst lernbedürftig in der Sache sind und nicht alle Fragen beantworten können und konnten, die uns gestellt wurden. Ich bitte Sie, das also nicht dem Mangel an gutem Willen, sondern dem Mangel an eigener Wissenschaft und eigenen Entschlusses über die weitere Behandlung der Sache zuzuschreiben. Ich habe, als ich mich zuerst über unsere Kolonialabsichten ausgesprochen habe, vor Allem betont, daß eine Kolonialpolitik überhaupt nur dann möglich ist, wenn sie von einer Mehrheit des nationalen Willens mit Entschlossenheit und Ueberzeugung getragen wird. Eine Regierung, die sich mühsam abquält, gegen eine starke Minorität auch nur, oder gar gegen eine parlamentarische Majorität, um künstlich Kolonien ins Leben zu rufen, würde eine Danaidenarbeit verrichten, die ermüdend ist, die allenfalls ein neues Kapitel in den Budgetdiskussionen und in den jährlichen Tadelsvoten, die der Regierung ausgesprochen

werden, liefern könnte, aber einen praktischen Erfolg für unser deutsches wirthschaftliches Leben kaum haben würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich muß mich nun fragen, ob eine solche Stimmung im deutschen Volke überhaupt vorhanden ist. Ich habe den Eindruck gehabt, daß durch das Volk selbst ein frischer Zug nach dieser Richtung ging; aber ich habe nicht gefunden, daß er in der Majorität des Reichstags Widerklang gefunden hätte. Wenn wir dahin kämen, daß der Reichstag eine Kolonialpolitik, zu der die Regierung zögernd und vorsichtig schreitet, seinerseits ihr empfiehlt, darauf dringt, sie mahnt, — ja dann wäre unsere Situation eine ganz andere. Statt dessen sind wir — und damit will ich keinen Vorwurf machen, Sie wissen ja, warum Sie es thun — in diesen kolonialen Fragen im ganzen doch nur einer zögernden, dilatorischen Behandlung begegnet. Die Majorität in der Kommission hat durch ihre Fragen, die wir wenigstens nicht beantworten konnten, durch die ganze Behandlung der Sache in ihren Sitzungen, und auch die Beschlüsse des Plenums haben uns nicht den Eindruck gemacht, als ob in der Majorität des Reichstags ein Enthusiasmus für die koloniale Entwickelung des deutschen Volkes vorhanden wäre. Ich verlange keine „Schützenhausstimmung," wie das hier geringschätzig bezeichnet worden ist; aber eine gewisse tiefe Ueberzeugung, die entschlossen ist, die Regierung zu tragen und zu stützen, allen Ansprüchen und Schwierigkeiten gegenüber, die ihr vom Auslande auf diesem Wege entgegentreten, — die müssen wir haben, meine Herren. Wenn das nicht der Fall ist, wenn die Unterstützung übers Jahr ebenso matt, ebenso lau ist, dann, glaube ich, muß ich den verbündeten Regierungen rathen, auch diesen Versuch als einen verfehlten zu behandeln, ihn — wie ich mich schon früher ausdrückte — zu den Akten „Samoa" zu legen und abzuwarten, ob vielleicht ein Nachfolger von mir diesen dritten Theil der sibyllinischen Bücher wiederum der deutschen Nation anzubieten im Stande sein werde. Ich würde nicht dazu rathen, einen unfruchtbaren Weg einzuschlagen, auf dem der passive Widerstand und die Obstruktion, die dilatorische Behandlung die Kräfte, die anderweit nothwendig sind, ermüdet, und ihn gegen den Willen der Majorität weiter zu verfolgen. In einem solchen Falle würden die verbündeten Regierungen

die Verpflichtung haben, sich zu überzeugen, ob die Stimmung des Volkes bei den Neuwahlen

(aha!)

die Zurückhaltung, die die jetzige Reichstagsmajorität den kolonialen Bestrebungen gegenüber äußert, theilt — nun, dann ist das Urtheil über unsere kolonialen Bestrebungen wiederum gesprochen —, oder ob das deutsche Volk es anders will, ob die Mehrzahl unserer Landsleute von dem, was ich einen frischen Zug nannte, sich berührt und getragen fühlt. Ja, meine Herren, da muß es dieser Stimmung durch die Wahlen Ausdruck geben und die Regierungen in die Lage bringen, daß sie, wenn dieser Stimmung nicht entsprechend hier votirt wird, wiederholentlich an die Stimmung der Wähler, an das Votum der Wähler appelliren.

(Bewegung.)

Ich betrachte diese Frage nicht als abgeschlossen und bin weit entfernt, sie zu beantworten; ich spreche bloß von dem, was ich mit völlig kaltem Blute für die Pflicht der verbündeten Regierungen halte, nämlich die Kolonialpolitik fortzusetzen, so lange sie Hoffnung haben, von der Mehrheit des deutschen Volkes dabei getragen zu werden, sie fallen zu lassen dann, wenn sie diese Hoffnung aufgeben müssen und nicht unfruchtbaren Utopien im Kampfe mit der Mehrheit des Reichstags dauernd nachzugehen.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß auch die Stellung, die das Ausland zu unseren kolonialen Verhältnissen einnimmt, maßgebend ist. Ich darf wohl annehmen, daß die eine andere wäre, wenn der deutsche Reichstag einheitlich und mit einem gewissen Enthusiasmus den kolonialen Bestrebungen der verbündeten Regierungen zur Seite stände, und daß das Ausland — man untersucht ja die Verhältnisse, wie die Majorität entsteht, in einem fremden Lande nicht so genau — eine Ermuthigung, den deutschen kolonialen Bestrebungen fest gegenüberzutreten, daraus schöpft, das man in allen Zeitungen lesen kann, den ausländischen, wie den inländischen, daß die Mehrheit des Reichstags bisher nicht davon überzeugt ist, daß es für das deutsche Volk nützlich sei, Kolonialpolitik zu treiben. Wenn sie heutzutage die englischen Blätter lesen, so finden Sie das mit derselben Motivirung, wie in unseren deutschen Oppositionsblättern, mit einer so übereinstimmenden

Motivirung entwickelt, daß man versucht ist, an einen direkteren Zusammenhang

(hört, hört! rechts)

und an die Internationalität der Oppositionspresse gegenüber der deutschen Reichsregierung im allgemeinen zu glauben. Es finden sich die gleichen Artikel ziemlich gleichzeitig wieder in der Times und in anderen Blättern, die zu dem Cobdenschen System gehören; die machen gegen mich, den unglücklichen Repräsentanten der deutschen nationalen Politik, mit einer Uebereinstimmung Front, die ich für positive Zwecke der gesammten Nation wohl wünschen möchte. Sicher ist, daß die Tonart in der Korrespondenz, die von englischer Seite mit uns geführt ist, unter dem Eindrucke dieser Parlamentsverhandlungen während derselben — ob post hoc oder propter hoc, lasse ich unentschieden — eine schärfere und unfreundlichere geworden ist. Man hat dazu gegriffen, Aktenstücke, wie z. B. ein Schreiben eines australischen Königs an Seine Majestät unseren Kaiser, in englischen amtlichen Sammlungen früher zu drucken, als Seine Majestät der Kaiser es erhalten hatte. Wie es in englische Hände gerathen ist und in die amtlichen, weiß ich nicht. Es sind Aktenstücke ziemlich vertraulicher und ziemlich einschneidender Natur, die an uns gerichtet waren, in England amtlich abgedruckt worden, ehe wir sie erhalten hatten. Es sind vertrauliche Besprechungen, die ich hier mit den Vertretern Englands gehabt habe, — Besprechungen der vertraulichsten Natur, die sich auf sehr langjährige persönliche Bekanntschaften gründeten, die aber natürlich zur Meldung berechnet waren, — in amtlichen Aktenstücken resumirt und zum Druck bestimmt worden. Das alles sind Zeichen einer Verstimmung, die ich nicht für eine berechtigte halte, und die ich nur lebhaft bedauern kann. Auch hier spitzt sich diese Verstimmung gegen meine Person zu, in dem Maße, daß bei den jüngsten Verhandlungen des englischen Parlaments Lord Granville sich in einer Weise geäußert hat, als ob unsere durch mich vertretenen Ansprüche so weit gingen, daß sie England nöthigten — ich muß den englischen Text zitiren —,

„to abdicate all liberty of action in colonial matters,“

daß England also in jeder Freiheit der Bewegung auf kolonialem Gebiet durchaus beeinträchtigt würde. Die Tragweite dieser

Redewendung geht über das bescheidene Maß unserer Kolonialpolitik weit hinaus.

Es wird damit unsere Haltung auf anderen politischen aber auch afrikanischen Gebieten in Verbindung gebracht und vorausgesetzt, daß ich persönlich eine „unfavourable view," eine ungünstige Meinung über die egyptische Politik Englands hätte, und als Motiv dieser ungünstigen Meinung wird bei mir eine persönliche Empfindlichkeit darüber angenommen, daß von englischer Seite ein Rath, den ich früher bezüglich Egyptens gegeben hätte, nicht befolgt worden sei. Ich bedaure, daß mein englischer Kollege mich in die Lage bringt, seiner Kundgebung widersprechen zu müssen. Ich habe ihm gegenüber nie die englische Politik bezüglich Egyptens getadelt. Ich erlaube mir überhaupt über fremde Politik nicht leicht ein Urtheil, und am allerwenigsten habe ich das gethan wegen Nichtbefolgung eines Rathes von mir. Ich habe aber auch den Rath, der hier, als von mir stammend, angeführt ist, niemals gegeben. Lord Granville befindet sich im Irrthum, wenn er annimmt, daß mein Rath in Bezug auf Egypten dahin gelautet habe, „to take it," Egypten zu nehmen. Das ist ein Irrthum,

(Hört! hört!)

auf dessen Berichtigung ich halte, und der mich nöthigt, meinerseits in der Offenlegung vertraulicher Verhandlungen weiter zu gehen, als es sonst in meiner Gewohnheit liegt.

Ich darf als bekannt voraussetzen, daß der diplomatische Verkehr von englischer Seite neuerdings vorwiegend und fast ausschließlich in der Form schriftlicher Noten betrieben wird, also in der Gestalt von Noten, die in London redigirt werden, deren Text hierher geschickt wird, von dem hiesigen englischen Botschafter unterschrieben und mir dann der Form nach vorgelesen, eingehändigt oder in Abschrift belassen wird, je nachdem der Inhalt der Note ist. Aber im ganzen ist es eine Korrespondenz, der ähnlich, wie eine Privatkorrespondenz vom Schreiber zum Empfänger direkt schriftlich geht, fertig abgeschlossen, ohne Möglichkeit etwas zu ändern auf Grund des Eindrucks, den sie etwa macht, und bei der der Botschafter nur die Rolle des Ueberbringers hat. Jeder andere Beamte würde das auch thun können; ja die Post würde die Note mit derselben Sicherheit besorgen wie die Botschaft, wie die Diplomatie. Wenn dieses

System das zweckmäßige ist, dann ist unsere ganze kostspielige Diplomatie überflüssig

(hört! hört! Heiterkeit rechts),

dann kann der Weltpostverein, mein Herr Kollege Stephan, den sämmtlichen diplomatischen Verkehr in seine Hand nehmen.

(Heiterkeits rechts.)

Ich habe aber oft gefunden, daß es für das Verständniß unter Kabinetten nützlich ist, wenn man Geschäfte machen will, zunächst dem eigenen Vertreter den Auftrag zu geben, mündlich zu sondiren, welches die Aufnahme einer Eröffnung sein wird; ist sie ungünstig, kann man unter Umständen die Sache fallen lassen, modifiziren, oder, wenn man glaubt, es muß sein, sagen: wir werden es doch thun in irgend einer Form, ihr müßt euch dazu stellen in irgend einer Weise. Auf die Art bereitet man auf die Sache vor, und man kommt ohne Schwierigkeiten über eine Sache hinüber, die, wenn man sie fertig, schriftlich einer fremden Regierung mit der Post zuschickt, für dieselbe empfindliche Dornen haben kann, auf die man beim Schreiben gar nicht gerechnet hat. Es gehört schon eine ungewöhnlich genaue Kenntniß des fremden Hofes, der Leitung der fremden Politik dazu, wie sie die meisten Staaten wohl nicht haben, um mit Sicherheit die Wirkung einer geschriebenen Mittheilung vorher zu berechnen. Der Botschafter an Ort und Stelle ist eher in der Lage anzufühlen und vorzubereiten.

Ich halte also den mündlichen Verkehr für zweckmäßig; von englischer Seite wird der schriftliche vorgezogen. Wir haben seit dem vorigen Sommer an Noten — ich habe die Ziffer feststellen lassen, weil es mir auffiel, daß es so sehr viele waren; ich muß jede solche Note beantworten, und ich überwache die Redaktion selbst und prüfe sie; es hat mir viel Arbeit gemacht — wir haben seit dem vorigen Sommer einhundert und — ich glaube achtundzwanzig schriftliche Noten vom englischen Kabinet bekommen, die zusammen zwischen 7- und 800 Seiten lang

(hört! hört! rechts)

und zu beantworten waren. So viel haben wir von allen übrigen Regierungen in den 23 Jahren, daß ich auswärtiger Minister bin, nicht bekommen.

(Heiterkeit.)

Jede Nation und jede Regierung hat ja das Recht, die Geschäfte zu betreiben, wie sie es nützlich hält, und es ist ja gewiß, daß eine auswärtige Politik, wenn sie in gedruckten und veröffentlichten Noten betrieben wird, unter Umständen auf das eigene Parlament einen tieferen, günstigeren Eindruck machen kann als der mündliche, unbekannt bleibende Verkehr durch Diplomaten; aber man läuft dann unwillkürlich Gefahr, einigermaßen auch für den Eindruck im Parlament und nicht ausschließlich für den Eindruck auf die fremde Regierung und für den Frieden, das gute Einvernehmen mit ihr zu schreiben.

Die Anspielungen, die in verschiedenen von England veröffentlichten — und zum Theil zu meiner Ueberraschung veröffentlichten — Aktenstücken enthalten sind, auf frühere Verhandlungen über Egypten, und die in der jüngsten Rede des Grafen Granville vorhanden sind, werden sich richtig stellen durch das, was ich zu sagen im Begriff bin.

Ich habe niemals einen Rath über die Behandlung Egyptens an die englische Regierung ertheilt. Wohl aber bin ich um solchen befragt worden zu verschiedenen Malen sowohl von meinem verstorbenen persönlichen und politischen Freund Lord Ampthill hier im Auftrage seiner Regierung als auch durch Vermittlung unserer in England anwesenden Organe und mündliche Aufträge, die denen zur Bestellung an mich gegeben worden sind; in allen Fällen lautete die Anfrage an mich dahin, ob ich bereit wäre, der englischen Regierung einen Rath oder einen Wink — „an adwise or a hint" — zu geben über das, was sie augenblicklich in Egypten thun möchten, und was bei uns Billigung finden würde.

(Sehr gut! rechts. Heiterkeit.)

Darauf habe ich jedesmal — und einige Male bin ich sogar in der Lage, darüber die schriftlichen Aufzeichnungen der Organe zu besitzen, die ich mit der Beantwortung beauftragt habe — die Antwort in dem Sinne gegeben, wie in dem Schriftstück aus dem September 1882, welches ich hier mitgebracht habe: daß ich mich in meiner Eigenschaft als auswärtiger Minister des deutschen Reiches enthalten müsse, der englischen Politik einen Rath zu geben, weil ein solcher Rath, in der amtlichen Eigenschaft ertheilt, doch eine gewisse Verantwortlichkeit anderen Kabinetten gegenüber und auch für die Folgen, die er haben

kann, mit sich brächte. Ich müßte es also ablehnen, ihn zu ertheilen.

Ich bin dann weiter gefragt worden, ob ich denn nicht eine Meinung äußern wollte über das, was geschehen könne. Ich habe darauf gesagt: ich könne mich in den Fall hineindenken, daß ich englischer Minister wäre; und als Dilettant in der englischen Politik und als ein Liebhaber, vielleicht auch Kenner der Sache, hätte ich meine Ansichten, und wenn ich englischer Minister wäre, so würde ich in diesem Augenblicke nicht dazu rathen, Egypten zu annektiren, wohl aber sähe ich ein, daß es für England ein Bedürfniß wäre, eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindeglied ihres europäischen und ihres asiatischen Etablissements zu haben. Es könnte aber diese Stellung meines Erachtens, ohne mit den Verträgen in Kollision zu kommen, nur durch den Sultan gewinnen. Ich würde daher, wenn ich englischer Minister wäre, die Vermittelung des Sultans suchen, um durch ihn in Egypten eine Stellung zu erlangen, vermöge deren die englischen Interessen sicher gestellt würden. Ich wäre auch der Meinung, daß diese Form bei anderen Nationen kaum Anstoß erregen würde, einmal wegen ihrer Verträglichkeit mit den Verträgen, dann aber auch, weil sie den Hauptinteressenten an den egyptischen Finanzen, den französischen sowohl wie den englischen bondholders und auch denen der übrigen Nationen, mit Wahrscheinlichkeit eine sichere, geschickte und geordnete Verwaltung Egyptens durch die englischen Organe voraussehen ließen. Damit würden, beispielsweise bei der Bedeutung, die die finanziellen Interessen in Frankreich hätten, wahrscheilich keine französischen Rivalitäten und Unzufriedenheiten provocirt werden. Wenn dagegen England eine direkte Annexion Egyptens vornehmen wolle, so kann sich ein Verhältniß von ziemlicher Spannung mit mehreren europäischen Mächten bilden, die auch Interessen dort hätten, namentlich aber mit dem Sultan und zu dem gesammten Muhamedanismus. Diese Spannung würde fortfallen, wenn sie dort unter der Firma des Sultans erschienen, und ich gebrauchte noch den Ausdruck —, vielleicht wird mein englischer Herr Kollege sich dessen erinnern —, ich gebrauchte in englischer Sprache den Ausdruck eines „leaseholder" des Sultans in Egypten. Damit würden sie vermeiden, Frankreich und Andere zu verstimmen, und uns sei der gute Vertrag zwischen England und Frankreich dringend wünschens=

werth, denn ein Bruch zwischen diesen beiden großen Mächten in der Mitte Europas sei eine Kalamität für ganz Europa, in erster Linie aber für uns Deutsche als die nächsten Nachbarn, und ich legte deshalb einen großen Werth darauf, daß England mit Frankreich in guten Beziehungen bliebe. Dies wäre der Weg, auf dem ich, wenn ich englischer Minister wäre, versuchen würde, to obtain influence in Egypt. Ich habe dem hinzugefügt: wenn England vorziehen sollte, Egypten zu annektiren, so würden wir es nicht als unsere Aufgabe betrachten, das zu verhindern. Die Freundschaft mit England wäre für uns wichtiger — ich kann nur langsam lesen, weil ich übersetze — wäre für uns wichtiger als das zukünftige Schicksal von Egypten. Ich sei nicht Willens, ihnen einen Rath zu geben, aber ich sähe voraus, daß durch eine Annexion Egyptens England sich Schwierigkeiten bereiten würde, welche es vermeiden könne, ohne auf den Zweck gesicherter Verbindung zu verzichten, wenn England sich damit begnügen wolle, unter türkischer Souverainetät seinen Einfluß in Egypten auszuüben.

Dann folgt eben die schon erwähnte Betrachtung, daß die großen französischen Finanziers damit zufrieden sein würden in der Hoffnung, daß ihre geschäftlichen Interessen durch die englische Verwaltung ebenso gut gewahrt werden würden, als früher durch die gemeinsame Leitung, und daß bei dem augenblicklichen Vorwiegen der finanziellen Interessen die öffentliche Meinung in Frankreich leicht, vielleicht sogar die Annexion Egyptens ertragen würde, daß aber in dem Falle, immer doch some ill-feeling and uneasiness, eine üble Empfindung und — es ist schwer zu übersetzen — und Mißstimmung zurückbleiben werde, welche die Beziehungen dieser beiden Länder verbittern und Gefahren für den zukünftigen Frieden mit sich bringen könnten. Ich habe also nicht gerathen „to take it,“ sondern von der Annexion so dringend abgerathen, wie in meiner unbetheiligten Stellung thunlich war. Ich habe dann noch hinzugefügt, die Erledigung dieser Frage liegt ja ohne Zweifel allein der englischen Regierung ob, und ich meine, ihr dieselbe ausschließlich zu überlassen. Aber wie auch der Entschluß Englands ausfallen möge, wir werden ihm nicht im Wege stehen, wir empfehlen nur die Vorsicht und die Achtung vor den Verträgen und vor den Rechten des Sultans.

Nun, ich bin gegen meinen Willen genöthigt gewesen, diese Aufklärung zu geben, um den Insinuationen endlich einmal bestimmt zu widersprechen, die oft dahin gemacht worden sind, als hätte ich mir seit Jahren angelegen sein lassen, die englische Regierung durch lockende Versprechungen von fremdem Besitzthum von dem Pfade der Tugend abzulocken und dadurch in Europa Verwirrung anzurichten. Das ist vollständig unrichtig. Ich habe mich im Vertrauen und nur auf ausdrückliches Befragen nach meinem Rath darüber geäußert, was ich thun würde, wenn ich augenblicklich englischer Minister wäre. Ich habe das widerstrebend und auf wiederholtes Verlangen gethan; aber ich habe es schließlich gethan in der Ueberzeugung, daß ich auch auf diesem Wege dem Ziele, welchem ich nachstrebe, der Erhaltung des Friedens in Europa und unter seinen großen Mächten, nützlich sein könnte, wenn ich der englischen Regierung Rathschläge der Mäßigung gäbe. Wären sie befolgt worden, so wäre manche Verwickelung seitdem vielleicht nicht eingetreten.

Es ist dies eine Episode, die mit dem Gegenstande, der das Haus beschäftigt, äußerlich zusammenhängt, und von der ich hoffe, daß sie mit der Verstimmung, die sich in England daran knüpft, bald vorübergehen werde. Ich suchte ihren Grund in der Erfahrung, daß man, wenn man überhaupt übler Laune ist, den Grund der Ereignisse, über die man verdrießlich ist, immer eher bei Anderen als bei sich selbst sucht. Aber ich werde thun, was in meinen Kräften steht, um sine ira et studio in der versöhnlichsten Weise die Sache wieder in das Geleise des ruhigen und freundschaftlichen Verkehrs zu bringen, der zwischen uns und England jederzeit bestanden hat und der natürliche ist, weil keiner von Beiden vitale Interessen hat, die einander widersprächen. Denn ich kann es doch nur für einen Irrthum in der Schätzung halten, wenn England uns unsere bescheidenen Kolonialversuche mißgönnt. Wenn man auch geneigt ist, auf die Stimmung jedes einzelnen Kolonialrheders und Kaufmanns englischer Nation Rücksicht zu nehmen, so kann ich doch nicht glauben, daß man die Art, unserer Kolonialpolitik entgegenzuwirken, wie sie sich in Kamerun sowohl wie in Australien, in Neu-Guinea, in Fidschi und an anderen Orten gezeigt hat, beibehalten werde. Ohne Rücksicht auf die Stimmung zu nehmen, in welche die deutsche Nation dadurch versetzt wird bei den fremden Nationen, machen die

Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen, wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber, daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie über einander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabeistehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich unter einander bekämpfen. Es liegt eine eigenthümliche prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene Kollege Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen resp. niederzustimmen.

Nach längerer Debatte gelangten darauf die Anträge der Kommission zur Annahme.

Zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern.

(**Sitzung vom 12. März 1885.** Stenogr. Ber., Seite 1778 ff.)

In der Diskussion über die zur Berathung stehende Vorlage hatten die sozialdemokratischen Abgg. Dietz und Hasenclever die Annahme eines von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrages befürwortet und verlangt, daß in die zu eröffnenden Linien die Einstellung von nur neuen und in Deutschland, womöglich mit deutschem Material gebauten Schiffen stattfinden solle. Beide Redner betonten, daß sie und ihre Gesinnungsgenossen von dieser Einstellung ihre Zustimmung zu der Vorlage abhängig machen würden, auch wurde von dem Abg. Hasenclever besonders hervorgehoben, daß ihm und seinen politischen Freunden ein von den Konservativen gestellter Antrag: „In diese Linien einzustellende neue Dampfer müssen möglichst auf deutschen Werften gebaut werden,“ keinesfalls genügend erscheine und daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Falle der Nichtannahme ihres Antrages gegen die Dampfervorlage stimmen würden. Dem **Reichskanzler** gaben diese Ausführungen zu folgenden Aeußerungen Anlaß:

Ich würde bedauern, wenn wegen des Wortes „möglichst" unserer Gesammtvorlage größere Schwierigkeiten bereitet würden, als ohnehin vorhanden sind. Ich würde meinerseits gerne bereit sein, bei den verbündeten Regierungen die Streichung dieses Wortes in dem betreffenden Antrage zu befürworten und die Verpflichtung eingehen, daß das, was überhaupt neu gebaut wird, auf deutschen Werften gebaut werden soll. Es kann ja in Folge dessen vielleicht die Indienststellung neuer Schiffe etwas längere Zeit erfordern; schlechtere Schiffe würden wir auf deutschen Werften nicht bekommen, sie werden auf denselben ebenso gut gebaut werden. Ich sehe also keinen Grund, auf diese Klausel des „möglichst," die immer noch die von dem Herrn Vorredner bedauerte Fakultät der Regierung übrig läßt, ein erhebliches Gewicht zu legen; und ich glaube, nicht fehl zu gehen, wenn ich überzeugt bin, daß die verbündeten Regierungen derselben keinen Werth beimessen, sondern bereit sein werden, die Verpflichtung zu übernehmen, daß alle neu zu erbauenden Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden sollen.

Etwas anders liegt nun die Frage, ob alle Schiffe neu gebaut werden müssen, die in Dienst gestellt werden sollen, ob das gleich von Hause aus der Fall sein soll. Es ist ja ziemlich unzweifelhaft, daß so viel Schiffe, als in den von uns beabsichtigten neuen Unternehmungen überhaupt Verwendung finden, im Ganzen werden neu gebaut werden müssen; denn diese Unternehmungen bestehen im Augenblicke nicht, und die vorhandenen, jetzt existirenden Schiffe haben im Allgemeinen ihre Beschäftigung, wenigstens so weit, daß sie nicht regelmäßig jahraus jahrein für einen anderen Dienst in Anspruch genommen werden können. Es ist also wahrscheinlich, daß mit der Zeit — und ich glaube, daß hierzu nicht ein Zeitraum, wie der Herr Vorredner sagt, von 15 Jahren anzunehmen ist — so viele Schiffe auf deutschen Werften, wenn wir das „möglichst" streichen, neu erbaut werden, als überhaupt im Dienst der neuen Unternehmungen Verwendung finden. Ich kann da dem Herrn Vorredner und seinen Parteigenossen doch zu erwägen geben, daß das Beste wiederum des Guten Feind ist. Wenn von Hause aus der Zwang ausgesprochen werden soll, daß alle Schiffe neu sein müssen, die in Dienst gestellt werden, so kann das möglicherweise die Unternehmer, mit denen wir bisher unterhandelt haben, abschrecken. Jedenfalls werden die Kosten dadurch erheblich gesteigert werden.

Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen, wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber, daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie über einander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabeistehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich unter einander bekämpfen. Es liegt eine eigenthümliche prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene Kollege Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen resp. niederzustimmen.

Nach längerer Debatte gelangten darauf die Anträge der Kommission zur Annahme.

Zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern.

(Sitzung vom 12. März 1885. Stenogr. Ber., Seite 1778 ff.)

In der Diskussion über die zur Berathung stehende Vorlage hatten die sozialdemokratischen Abgg. Dietz und Hasenclever die Annahme eines von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrages befürwortet und verlangt, daß in die zu eröffnenden Linien die Einstellung von nur neuen und in Deutschland, womöglich mit deutschem Material gebauten Schiffen stattfinden solle. Beide Redner betonten, daß sie und ihre Gesinnungsgenossen von dieser Einstellung ihre Zustimmung zu der Vorlage abhängig machen würden, auch wurde von dem Abg. Hasenclever besonders hervorgehoben, daß ihm und seinen politischen Freunden ein von den Konservativen gestellter Antrag: „In diese Linien einzustellende neue Dampfer müssen möglichst auf deutschen Werften gebaut werden," keinesfalls genügend erscheine und daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Falle der Nichtannahme ihres Antrages gegen die Dampfervorlage stimmen würden. Dem Reichskanzler gaben diese Ausführungen zu folgenden Aeußerungen Anlaß:

Ich würde bedauern, wenn wegen des Wortes „möglichst“ unserer Gesammtvorlage größere Schwierigkeiten bereitet würden, als ohnehin vorhanden sind. Ich würde meinerseits gerne bereit sein, bei den verbündeten Regierungen die Streichung dieses Wortes in dem betreffenden Antrage zu befürworten und die Verpflichtung eingehen, daß das, was überhaupt neu gebaut wird, auf deutschen Werften gebaut werden soll. Es kann ja in Folge dessen vielleicht die Indienststellung neuer Schiffe etwas längere Zeit erfordern; schlechtere Schiffe würden wir auf deutschen Werften nicht bekommen, sie werden auf denselben ebenso gut gebaut werden. Ich sehe also keinen Grund, auf diese Klausel des „möglichst,“ die immer noch die von dem Herrn Vorredner bedauerte Fakultät der Regierung übrig läßt, ein erhebliches Gewicht zu legen; und ich glaube, nicht fehl zu gehen, wenn ich überzeugt bin, daß die verbündeten Regierungen derselben keinen Werth beimessen, sondern bereit sein werden, die Verpflichtung zu übernehmen, daß alle neu zu erbauenden Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden sollen.

Etwas anders liegt nun die Frage, ob alle Schiffe neu gebaut werden müssen, die in Dienst gestellt werden sollen, ob das gleich von Hause aus der Fall sein soll. Es ist ja ziemlich unzweifelhaft, daß so viel Schiffe, als in den von uns beabsichtigten neuen Unternehmungen überhaupt Verwendung finden, im Ganzen werden neu gebaut werden müssen; denn diese Unternehmungen bestehen im Augenblicke nicht, und die vorhandenen, jetzt existirenden Schiffe haben im Allgemeinen ihre Beschäftigung, wenigstens so weit, daß sie nicht regelmäßig jahraus jahrein für einen anderen Dienst in Anspruch genommen werden können. Es ist also wahrscheinlich, daß mit der Zeit — und ich glaube, daß hierzu nicht ein Zeitraum, wie der Herr Vorredner sagt, von 15 Jahren anzunehmen ist — so viele Schiffe auf deutschen Werften, wenn wir das „möglichst“ streichen, neu erbaut werden, als überhaupt im Dienst der neuen Unternehmungen Verwendung finden. Ich kann da dem Herrn Vorredner und seinen Parteigenossen doch zu erwägen geben, daß das Beste wiederum des Guten Feind ist. Wenn von Hause aus der Zwang ausgesprochen werden soll, daß alle Schiffe neu sein müssen, die in Dienst gestellt werden, so kann das möglicherweise die Unternehmer, mit denen wir bisher unterhandelt haben, abschrecken. Jedenfalls werden die Kosten dadurch erheblich gesteigert werden.

Es kann sein, daß diese gesteigerten Kosten dem Unternehmen noch mehr Gegner schaffen, als augenblicklich vorhanden sind, und daß es dann gerade durch diese Steigerung der Kosten ganz fällt. Dann würde für die Werftarbeiter noch schlechter gesorgt sein, als wenn der Antrag so angenommen wird, wie er jetzt steht; denn dann würden überhaupt für diesen Zweck einstweilen keine Schiffsbauten stattfinden und keine Indienststellung. Also da möchte ich doch empfehlen, daß wir den Bogen nicht zu stark spannen. Wenn der Reichstag bereit ist, auch die Mehrkosten, die dadurch verursacht werden, daß alle Schiffe neu sein müssen, zu bewilligen, ja, dann würden die verbündeten Regierungen sich dem schwerlich widersetzen; ich fürchte aber, daß die Gefahren, die Vorlage abgelehnt zu sehen, gesteigert werden, wenn wir diese strengen und, wie ich glaube, für den Beginn nicht erforderlichen Bedingungen von Hause aus stellen. Dieses Unternehmen, wie jedes andere, muß sich organisch entwickeln; es kann nicht gleich von Hause aus in höchster Vollkommenheit ins Leben treten. Wenn wir es überhaupt zur Lebensfähigkeit bringen, so lassen Sie unseren Zögling im ersten Augenblick immer schwächlich sein und zu manchen Ausstellungen und Desiderien noch Anlaß geben; die werden wir mit der Zeit noch aufbessern. Verlangen wir zu viel: — qui trop embrasse — ich will keine fremden Zitate machen: wer sich zu viel vornimmt, läuft Gefahr, gar nichts zu erreichen; und deshalb möchte ich bitten, an dem „möglichst" keinen Anstoß zu nehmen und das eventuell so anzusehen, als wenn es nicht da stände, die Forderung aber, daß alle Schiffe von Hause aus neu sein sollen, nicht zu stellen, wenn wir nicht die Gewißheit haben, daß die dadurch entstehenden Mehrkosten auch vom Reichstage bewilligt werden. Ich fürchte, daß wir da eine Fehlrechnung machen, und ich möchte gerade im Interesse der Arbeiter, die auf den Werften Beschäftigung finden sollen, davon abrathen, daß Bedingungen gestellt werden, die vielleicht dahin führen, daß wir gar nicht in die Lage kommen, ihnen neue Beschäftigung zu geben.

(Bravo!)

(**Sitzung vom 13. März 1885.** Stenogr. Ber., Seite 1798.)

In dieser Sitzung wurde die zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern, fortgesetzt. Bei § 1 der Vorlage: „Bezeichnung der Linien und Höhe der zu gewährenden Beihilfen," vertheidigte Abg. von Helldorff zunächst den Antrag der deutschen Konservativen, welcher im Wesentlichen die Regierungsvorlage wiederhergestellt und nur dasjenige hinzugefügt wissen wollte, was man als Ergebniß der Kommissionsberathung betrachten konnte, nämlich die „Anlage,"[1]) welche, wie der Redner meinte, geeignet sei, die Regierungsvorlage zu sichern, indem sie in einer gewissen Weise die Ziele, welche die Vorlage verfolge, und die Wege, auf denen sie erreicht werden sollten, präzisire. Nach dem Abg. von Helldorff erhielt der Abg. Rintelen das Wort, um für den von ihm gestellten Antrag einzutreten. Dieser Redner erklärte, daß er und seine politischen Freunde nur für die ostasiatische Linie nebst Mittelmeer-Zweiglinie und gegen die übrigen, und für die ostasiatische auch nur dann stimmen würden, wenn die in ihren Anträgen formulirten Bedingungen Genehmigung fänden. Dann ergriff der **Reichskanzler** das Wort, um dem Vorredner, der sich sehr eingehend mit der Kolonialfrage beschäftigt hatte, entgegenzutreten. Die Rede lautete, wie folgt:

Der Herr Redner hat in der Hauptsache nicht gerade gegen unsere Vorlage, die Dampfersubvention, sondern gegen die Kolonialpolitik im Allgemeinen gesprochen. Er nöthigt mich deshalb auch, mehr, als in meiner Absicht war, von der Vorlage und deren Thema abzuweichen und auf die von ihm in den Vordergrund gestellte Kolonialfrage einzugehen. Daß Beides im engen Zusammenhang steht, habe ich schon im vorigen Jahre gesagt in der Budgetkommission, indem ich darauf hinwies, daß die Ablehnung dieser Vorlage eine Entmuthigung für die Regierung auf dem Wege der Kolonialpolik nothwendig sein müsse.

Der Herr Vorredner hat diese Entmuthigung uns sehr viel direkter zu Theil werden lassen. Er hat nicht nöthig, noch gegen diese Vorlage zu stimmen; er hat uns durch seine Rede an und für sich schon zu verstehen gegeben, daß er mit der Kolonialpolitik des Deutschen Reichs nicht einverstanden ist. Er hat zwar damit begonnen, daß er und seine politischen Freunde im allgemeinen für Kolonialpolitik gestimmt wären, vielleicht in Berücksichtigung des lebhaften Interesses, das sich in unserer öffentlichen Meinung und auch bei den Wählern

---

[1]) Siehe Anlage II.

dafür geltend macht. Er hat dann aber zu dem gewöhnlichen Mittel gegriffen, Vorlagen der Regierung abzulehnen, die man im Prinzip nicht bekämpfen mag, indem er sie angebrachtermaßen ablehnte. Er sagt: ja, Kolonien wollen wir wohl, aber gerade diese nicht, und dann hat er gegen sie Motive aufgeführt, die in Bezug auf die Kolonien gerade am allerwenigsten zutreffen. Ich werde darauf nachher zurückkommen.

Einstweilen nehme ich davon Akt, daß der Herr Vorredner die Verbindung der heutigen Vorlage mit der Kolonialpolitik seinerseits auf das Schärfste, viel schärfer als ich, accentuirt hat. Ich möchte aber bitten, unter der Abneigung gegen die Kolonialpolitik doch diese Vorlage nicht unbedingt leiden zu lassen. Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als wenn wir gar keine Dampferverbindung mit den östlichen Meeren brauchten, wenn wir nicht diese Kolonien in Besitz genommen hätten oder zu nehmen beabsichtigten, daß ohne Kolonialpolitik keine Dampfersubvention nöthig wäre. Meine Position ist umgekehrt. Ich sage: ohne Dampfersubvention habe ich keine Aussicht auf Kolonialpolitik. Der Herr Vorredner hat das umgedreht und hat so gesprochen, als wenn das Bedürfniß der Dampfersubvention erst durch die Kolonialpolitik entstanden wäre. Ich mache den Herrn Vorredner darauf aufmerksam, daß die wichtigste der Linien, die, wie es scheint, auch er und seine Freunde bewilligen wollen, die nach Ostasien, mit unserer Kolonialpolitik in gar keiner Verbindung steht. Seine ganze Rede schwebt also in Bezug auf diese Hauptlinie der heutigen Vorlage vollständig in der Luft. Auch die Linie nach Australien, die schon mehr Beifall hat, als die afrikanische Linie, als die Koloniallinien, aber mehr Anfechtungen als die von Ostasien, hat mit den bestehenden Kolonien einstweilen noch keine Beziehung. In Samoa haben wir keine Kolonien, sondern nur Handelsverbindungen. Der Herr Vorredner wird mir also zugeben, daß seine Rede an dem Ziele, das er im Auge hatte, weit vorbeigeschossen und dasselbe gar nicht getroffen hat. Er hat lediglich gegen die Kolonialpolitik gesprochen, aber in einer Weise, die zur Ablehnung der uns heute beschäftigenden Vorlage nicht um eines Strohhalms Breite Material geliefert hat. Unsere Kolonialpolitik hat mit der Linie nach Ostasien nicht entfernt etwas zu thun; mit der nach Samoa auch nicht, mit der nach Neuholland auch nicht.

Nun, die afrikanische Linie hat nicht viel Chancen, und, meine Herren, wenn Sie diese Linie ablehnen, und wenn Sie auch noch eine und die andere ablehnen, so ist dies ein Fall, in dem wir von Seiten der Regierung durchaus nicht berechtigt sind zu sagen: ganz oder gar nicht! Wir sind in der Verpflichtung, auch kümmerliche Abschlagszahlungen auf diesem Gebiete, auf dem wir für die öffentliche Wohlfahrt gegen parlamentarische Opposition zu kämpfen haben, zu acceptiren, wir dürfen sie nicht ablehnen. Also wenn Sie uns nur eine Linie bewilligen, so werden wir sie dankbar annehmen. Wenn Sie uns zwei Linien bewilligen, so glauben wir, daß die öffentliche Wohlfahrt noch mehr Grund hat, sich bei den Abgeordneten zu bedanken. Aber die Ablehnung einer von den vier Linien oder mehrerer ist nicht für dieses Gesetz, wie man sagt, eine Kabinetsfrage. Wir müssen eben nehmen, was wir bekommen. Ich sagte schon gestern, daß diese Einrichtung ja nicht vollständig fertig ins Leben springen und nach allen Seiten jeder Kritik gerecht werden könnte, sondern immer durch die Erfahrung korrigirt, richtig gestellt und vervollständigt werden müsse. Wenn sie uns eine von diesen Linien bewilligen, so, glaube ich, werden die Erfahrungen, welche auf dieser Linie gesammelt werden, sehr bald das Bedürfniß, das auf diesem Wege unserem Export und unserer Schifffahrt noch weiter geholfen werde, klarer als bisher zur Erkenntniß Aller bringen. Sie werden dann, hoffe ich, selbst einsehen, daß wir auf dem richtigen Wege waren, und werden dann uns selbst zureden, auf diesem Wege weiter zu gehen. Wir verlangen ja nicht, daß Sie gegen Ihre Ueberzeugung uns irgend etwas bewilligen sollen. Haben Sie die Ueberzeugung noch nicht, theilen Sie die der Regierung noch nicht bezüglich dessen, was unserem wirthschaftlichen Verkehr und unserer Entwickelung im Handel und Schifffahrt über See nützlich ist — theilen Sie diese Ueberzeugung noch nicht, nun natürlich, dann werden Sie ablehnen und werden gegen uns stimmen. Ich schmeichle mir nicht, daß wir Sie zu alledem, was wir wünschen, heute werden überreden können; aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Umstände, die Geschichte, die nationale Entwickelung Sie übers Jahr im Reichstag werden weiter gebracht haben.

Also ich werde darum jede Theilzahlung, die Sie uns bewilligen, als einen Schritt vorwärts auf diesem Wege betrachten;

aber damit Sie dabei doch nicht zu ängstlich werden, so möchte ich versuchen, einige der Bedenken, die der Herr Vorredner gerade gegen diese Kolonie als besonders schlimme und übel gewählte geltend gemacht hat, zu widerlegen.

Dem Herrn Vorredner schienen als Kolonien vorzugsweise solche Länder vorzuschweben, nach denen hin der Deutsche aus allen Ständen auswandert, namentlich schien ihm derjenige Deutsche dazu prädestinirt, der im Vaterlande sein Fortkommen nicht gefunden hat: er deutete an, daß auch der Auswurf der Nation dahin gehen werde, — wo diese in Masse sich etabliren könnten und in ihrem Geschick in ihren Nebenmenschen nachsichtigere Richter finden würden, als sie zu Hause gefunden haben. Das paßt auf keine der bisherigen Kolonien; die bedeutendsten und zukunftsreichsten derselben liegen unter dem Aequator oder fast unmittelbar am Aequator; auch schon Angra Pequena, die ich hier ausnehme, liegt in einem sehr heißen Klima und ist eine Kolonie, die erst Werth bekommen kann, wenn sich die nach dem Urtheil Sachkundiger begründete Hoffnung bestätigt, daß sich dort eine Montanindustrie entwickeln wird. Hauptsächlich sind die Hoffnungen auf Kupfer gerichtet. Ob von dem Herrn Vorredner eine besondere Konkurrenz mit unseren Kupferwerken im Lande befürchtet wird, das lasse ich dahingestellt sein, das ist eine Nebensache; aber auf die anderen Kolonien passen weder die Argumente des Herrn Vorredners in Bezug auf die mangelnden Konsumenten dort, noch in Bezug auf den von dort zu befürchtenden konkurrirenden Import nach Deutschland. Die Bevölkerungen dieser Kolonie selbst werden keine Konsumenten sein, welche deutsche Erzeugnisse in sehr umfangreichem Maße verbrauchen; die dort etablirten kaufmännischen Filialen — mir fällt die richtige Bezeichnung nicht ein — sind eben die Spediteure des diesseitigen Handels für die Vermittelung des deutschen Absatzes nach dem Innern von Afrika. Daß er sich blos auf Branntwein beschränken wird, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte, ist mir neu. Wenn die Engländer auf ihre dortigen Kolonien einen so starken Werth legen, wenn sie — nicht die Regierung, aber viele von ihren Unterthanen — uns das Leben dort so schwer gemacht haben, wenn sie mit großer Zähigkeit an den Stellungen, die sie dort gewonnen haben, festhalten und sich mit einer nachahmenswerthen Energie aus-

zudehnen und zu verbreitern suchen, — sollte das ein bloßes Phantasiegebilde von den Engländern sein, sollte es nur auf irgend eine phantastische Schützenfestlaune hinauslaufen? Sollten da nicht solide englische Interessen dahinter stecken, die Hoffnung, englische Manufakte in großer Masse durch ihre Faktoreien an der Küste und nach dem Innern von Afrika an die Hunderte von Millionen abzusetzen, die diese Länder bewohnen, und die allmählich an einen größeren Verbrauch von europäischen Waaren sich gewöhnen? Sie spotten über das bunte Papier, von dem hier die Rede gewesen ist, aber von der Fabrikation dieses bunten Papieres leben in unseren Gebirgsdörfern eine rechte Masse achtbarer Arbeiter, über deren Bedürfnisse Sie doch sonst, bei den Wahlen, zu lachen nicht so sehr geneigt sind.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich möchte den Herren, die heute darüber spotten, empfehlen, in den thüringischen und anderen Dörfern, wo dieses bunte Papier und Glasperlen gemacht werden, die höhnischen Bemerkungen darüber zu wiederholen, die Sie hier gemacht haben, dann werden Sie wohl die richtige Antwort darauf bekommen.

(Sehr richtig! rechts).

Aber es beschränkt sich nicht auf diese Kleinigkeiten, Zierrathe und Schmucksachen. Der Abgeordnete Woermann hat schriftlich und mündlich uns Verzeichnisse geliefert von den Hunderten von Artikeln, die die deutsche Industrie nach jenen Gegenden hin liefert, und wenn nicht Jeder blos für seine Fraktion und seinen Wahlkreis zu sprechen und zu hören gewohnt wäre, so würde diese sehr lehrreiche Darlegung des Abg. Woermann die Herren abgehalten haben von Spöttereien über die Unbedeutendheit der Ausfuhr. Selbst die Portugiesen — warum halten sie denn ihre Kolonien so fest und sind eifersüchtig auf Stückchen davon? Und den Engländern mögen Sie vorwerfen, was Sie wollen, aber dumm in Handelssachen sind sie nicht

(Heiterkeit);

man läuft Gefahr, sebst dem Vorwurf zu verfallen, wenn man ihn den Engländern macht.

Ich halte für die aussichtsreichsten Kolonien diejenigen, die hier als „Gründungen" qualifizirt werden, weil die Namen Hansemann, Bleichröder darunter stehen, die in Neu-Guinea. Nach Allem, was ich von dort gehört habe, giebt es große, fruchtbare, und der Kultur leicht zugängliche Gegenden, die

jetzt mit steppenartigem, manneshohem Grase bewachsen sind, unter dem Aequator liegen, sich also für Kultur von Kaffee, Baumwolle und dergleichen tropischen Produkten vorzüglich eignen.

Nun sagt der Herr Vorredner: Das kommt doch nur einigen reichen Geschäftshäusern zu gute, die ohnehin reich genug sind. Ja, meine Herren, diese reichen Kaufleute sind doch sozusagen auch Menschen, ja sogar Deutsche

(Heiterkeit),

die auf unseren Schutz für ihren Reichthum und nach Maßgabe ihrer Unternehmungen denselben Anspruch haben, den der reiche Engländer von seiner Regierung beansprucht. Wenn es in England nicht eine erheblich größere Anzahl Millionäre gäbe als bei uns, so würde es dort auch nicht einen erheblich reicheren Mittelstand geben als bei uns. Das hängt eng zusammen. Schaffen Sie uns nur recht viele! Wir haben jetzt wenig reiche Häuser, das ist wahr; aber ich hoffe, wünsche und strebe auf jede Weise, durch die es zu erreichen ist, daß wir mehr solche reichen Häuser ins Land bekommen.

Sie erinnern oft an altpreußische Maximen; die Herren namentlich, die die altpreußische Zollgeschichte gar nicht kennen, haben mir die wunderlichsten Belehrungen darüber ertheilt. Aber ich erinnere Sie daran, wie viel Friedrich dem Großen, wie viel Friedrich Wilhelm I., dem großen Hausvater seines Landes, daran lag, reiche Leute ins Land zu ziehen, im Lande zu erhalten, reiche Leute zu machen. Ich wollte, wir könnten sofort ein paar hundert Millionäre im Lande mehr schaffen; sie würden ihr Geld im Lande ausgeben, und diese Ausgaben würden befruchtend auf den Arbeitsverkehr wirken nach allen Seiten hin. Die Leute können ja doch ihr Geld nicht selbst essen, sondern sie müssen die Zinsen davon an andere wieder ausgeben; also freuen Sie sich doch, wenn Leute bei uns reich werden: da fällt immer für die Gesammtheit etwas ab und nicht blos für den Steuerfiskus.

So kleinliche Auffassungen, wie der Herr Vorredner in der Beziehung uns zumuthet, muß ich von den Regierungen weit fortweisen. Wir wirthschaften und streben für die Hebung des wirthschaftlichen Gesammtvermögens der deutschen Nation; dazu gehören die reichen Leute so gut wie die armen; und wenn wir dabei zugleich eine Verbesserung des fiskalischen Einkommens

des deutschen Reiches erreichen, dann freuen Sie sich auch mit uns, dann werden Sie weniger Mühe haben mit den Ihnen so unbequemen Bewilligungen von Mitteln.

(Bravo! rechts.)

Die Kolonien wie Kuba, wie Portoriko, wie die westindischen und alle die äquatorialen Kolonien sind vom Mutterlande stets in ihrem Geldwerth sehr hoch geschätzt. Deshalb ist dahin aber noch keine große Auswanderung gegangen; man hat nicht darauf gerechnet, daß dort Weizen oder Wolle produzirt werde, welche nachher zum Schrecken des Herrn Vorredners zollfrei bei uns eingelassen werden sollten; sondern es sind eben tropische Produkte, die bei uns nicht wachsen. Das ist gerade die Hauptsache, dort Plantagen anzulegen, Deutsche des gebildeten und halbgebildeten Standes auf diesen Plantagen zu beschäftigen. Wer, wie ich, in der Nähe von Hamburg wohnt, der weiß, daß unter den gebildeten Hamburger Familien kaum eine ist, die nicht ein Mitglied zählte, welches einmal über See, „drüben," gewesen ist, wie sie sagen, und dort den besten Theil seiner Jugend zugebracht, dort Vermögen erworben hat und wiedergekommen ist. Das ist dort auf fremdem Gebiet erworben. Nehmen Sie an, wenn ein Theil der Baumwolle, des Kaffees, den wir bei uns importiren, auf deutschem Grund und Boden über See wüchse, wäre denn das nicht eine Vermehrung des deutschen Nationalreichthums?

(Sehr wahr! rechts.)

Wir kaufen jetzt die sämmtliche Baumwolle von Amerika und sind auf ein gewisses Monopol der Amerikaner angewiesen, weil die indische und ägyptische Baumwolle nicht in der Vollkommenheit bearbeitet und vorbereitet wird, daß sie sofort leicht in Verbrauch zu nehmen ist wie die amerikanische. Wenn wir dem gegenüber mit der gleichen Intelligenz, wie die Amerikaner ihre Baumwolle pflanzen und bearbeiten, in Gegenden, wie Neu-Guinea, wie Kamerun, wie die afrikanischen äquatorialen Gegenden, Baumwolle züchten könnten, die wir nicht mehr von Ausländern, sondern von deutschen überseeischen Besitzern kaufen würden, so wäre das ein Vortheil für unser Nationalvermögen, während jetzt das Geld, das wir für Baumwolle, Kaffee, Kopra und alle solche äquatoriale Produkte ausgeben, rein à fonds perdu herausgeht aus unserem Vermögen. Ich kann mir doch nicht denken, daß diese Vortheile dem Herrn

Vorredner so ganz entgangen sein sollten, daß er nicht darüber nachgedacht hat, was denn eigentlich andere Nationen davon haben, daß sie an ihren Kolonien festhalten.

Er hat auf die Schwierigkeiten der Franzosen in Hinterindien hingewiesen. Ja, die liefern mir doch nur den Beweis, daß eine kluge und richtig rechnende Nation, wie die Franzosen, auf den Besitz solcher Kolonien einen außerordentlich hohen Werth legt und Opfer, die wir niemand zumuthen, nicht scheut, um solche Kolonien zu erwerben. Ich bin auch weit entfernt, der französischen Politik auf diesem Pfade zu folgen; wir folgen überhaupt keinem fremden Beispiele, sondern wir folgen unseren Kaufleuten mit unserem Schutze. Das ist das Prinzip, das wir von Hause aus beobachtet haben, und woran Sie uns irre machen können, wenn Sie uns die Mittel nicht dazu bewilligen. Aber dann, meine Herren, wiederhole ich immer, muß ich auch fordern, daß Sie vor dem Volke die Thatsache klar stellen, daß nicht die Regierungen es sind, die die Mittel nicht hergeben wollen für diesen Schutz, sondern daß die Abgeordneten des Volkes es sind, die die Mittel dazu verweigert haben. Die Klarheit darf ich verlangen.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie dürfen nicht die Thatsache, daß Sie uns die Mittel dazu verweigern, bedecken, bemänteln durch allerhand andere Gründe: wir würden sie bewilligen, wenn dies, wenn das nicht wäre, wenn die Herren in der Kommission coulanter gewesen wären, wenn wir dies und jenes gewußt hätten, dann würden wir vielleicht haben — — damit kommen Sie nicht durch. Wir werden jedes Mittel anwenden, um Sie dahin zu bringen, daß Sie carte sur table spielen und Farbe bekennen müssen vor Ihren Wählern und dem Publikum, ob Sie Kolonialpolitik wollen oder nicht wollen

(Bravo! rechts),

ob Sie Kolonien wollen oder nicht wollen. Wir werden von Ihnen das Fragestellen lernen, wie es in der Kommission geschehen ist, und wir werden Sie mit Vorlagen und Fragen so in die Enge treiben, daß Sie Farbe bekennen müssen.

(Bravo! rechts.)

Ich habe über die Qualität unserer Kolonien gesprochen und, glaube ich, die Bedenken des Herrn Vorredners bezüglich der Gefahren, die von ihnen drohen, widerlegt und ausgeführt,

daß sie diejenigen Ansprüche, die der Herr Vorredner an die Kolonien zu machen schien, zu realisiren überhaupt nicht bestimmt sind. Nach meiner Ueberzeugung ist, wie gesagt, auf die tropischen Kolonien hauptsächlich Werth zu legen; auf Angra Pequena insoweit, als die Untersuchungen, die über den dortigen Metallreichthum angestellt waren, ein Resultat liefern; nach allem, was wir hören, ist das des Versuches immer werth; und doch macht es Ihnen eine gewisse Freude, wenn Sie recht geringschätzig von dieser Sandbüchse sprechen können. Sie sollten, glaube ich, lieber mit uns die Hoffnung theilen, daß die deutschen Bergleute einmal dort ihren lohnenden Erwerb werden finden können, und uns die Hand dazu bieten, zu ermitteln, ob das nicht der Fall sein könnte. Die Kamerunkolonie sind wir in der Hoffnung zu konsolidiren durch Verhandlungen, die zwischen uns und der englischen Regierung schweben, und die bisher einen erfreulichen Fortgang nehmen über gewisse Austausche und gegenseitige Anerkenntnisse

(Bravo! rechts);

ebenso glaube ich, daß wir über die Abgrenzung unseres Gebietes auf Neu-Guinea mit England zu einer Einigung gelangt sind.

(Bravo!)

Schließlich möchte ich noch auf eine Aeußerung zurückkommen, die der Herr Vorredner am Eingang seiner Rede that. Ich habe mir neulich gestattet, eine Analogie aus der altgermanischen Mythologie zu zitiren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling“ gebrauchte, auf das der Herr Vorredner zurückkam. Ich fürchte, daß ich dabei dunkler geblieben bin, als ich zu sein wünschte, und daß ich nicht deutlich ausgedrückt habe, was ich meinte; aber es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weit auszuspinnen. Es war nur etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten 20 Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage. Ich habe unter dem Begriff „Völkerfrühling“ mehr verstanden als die Kolonialpolitik, ich habe meine Auffassung — ich will nicht sagen, so niedrig — aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich — ich kann wohl sagen: — Gottes Segen über

Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bürgerkriege, der zur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Ueberzeugung, daß diese — ich möchte sagen — „chirurgische Operation" zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten nothwendig war; sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bürgerkrieges nicht gestört war, und daß wir alle als „ein einig Volk von Brüdern" den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten.

(Lebhaftes Bravo).

Das schwebte mir als „Völkerfrühling" vor; daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewonnen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, den deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als „Völkerfrühling" vor, — nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenig Jahre nach dem großen Siege vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff „Loki" verstand: der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet, — der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn der mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurtheilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall geräth

und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde.

(Lebhaftes Bravo rechts. Zischen links. Erneuerter lebhafter Beifall rechts. — Beifallklatschen auf den Tribünen).

Auch in dieser Sitzung gelangte die Berathung nicht zu Ende.

(Sitzung vom 14. März 1885. Stenogr. Berichte, Seite 1821.)

Bei der Fortsetzung der Berathung der Postdampfschiffs-Vorlage hatte sich in dieser Sitzung der Abg. Richter in sehr langer Rede gegen den Reichskanzler gewendet, viele Tadel gegen die Politik desselben ausgesprochen und der Ansicht Raum gegeben, daß seine Partei sich durch das ablehnende Verhalten gegenüber mehreren Vorlagen der verbündeten Regierungen, gegen den Willen des Reichskanzlers ein Verdienst um das Volk erworben habe und daß sie auch des Dankes in weiten Kreisen des Volkes sicher sei, wenn sie auf diesem Gebiete, auf dem es selbst dem großen König Friedrich und dem großen Kurfürsten nicht gelungen sei, besondere Lorbeeren zu ernten, für eine maßvolle Politik einträte, wenn seine Partei vorsichtig sei, gemäßigt, sorgsam prüfend allen Anforderungen gegenüber. Der **Reichskanzler** erwiderte dem Abg. Richter Folgendes:

Ich will auf die vielen Angriffe und auf den vielen Tadel, die der Herr Vorredner nach seiner Gewohnheit gegen meine Person gerichtet hat, nicht so sehr im Einzelnen eingehen; er thut es in einer so liebenswürdigen, verbindlichen Weise, aus der sein gutes Herz ja überall durchleuchtet, daß man ihm darüber nicht gram sein kann. Aber ich bin doch genöthigt, auf Einiges einzugehen, wenn ich mich auch im Ganzen mit dem Bekenntniß abfinde, daß ich ja gern einräume, daß ich schuldig bin an allem Uebel, das in diesem Deutschen Reiche überhaupt vorhanden ist, an der Zerrissenheit der Parteien, daß ich der Urheber einer jeden übelen Partei gewesen bin, und daß ich jeden Schaden, der angerichtet worden ist, sowohl durch den Schutzzoll wie durch den Freihandel, auf mein sündiges Gewissen nehmen muß. Der Herr Vorredner mag dies ja immer glauben und den Leuten aufbinden, die seine Rede lesen; ich verlasse mich auf die Thatsachen, gegen die ja schließlich auch die allerlängste Rede, und wenn sie auch von dem Abgeordneten Richter ausgeht, nicht aufkommen kann.

(Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat weniger im eigenen Namen gesprochen; er hat sich ab und zu mit Herrn von Bennigsen identifizirt und dann wieder mit den Ausdruck „Volk." So lange wie ich in parlamentarischen Geschäften thätig bin, seit 40 Jahren, hat jeder sich immer das Ansehen gegeben, und wenn er die kleinste Minorität vertrat, als wenn gerade er das Volk verträte und für das Volk allein spräche, und so hat auch der Herr Abgeordnete gesucht, sich in den weiten Mantel der deutschen Volksvertretung im allgemeinen zu hüllen, indem er diese Vertretung für sich und die Seinigen ganz insbesondere in Anspruch nahm gegenüber den übrigen Parteien, namentlich gegenüber der Regierung. Ich kann dem gegenüber nicht oft genug wiederholen, daß zum Volk wir alle gehören; ich bin auch Volk, und auch die Abgeordneten der Rechten sind Volk; auch die reaktionärsten unter ihnen sind vom Volke gewählt und vertreten das Volk in ihrer Weise; sie vertreten Schattirungen des Volks. Der Abgeordnete Richter vertritt eine im Volk nur gering vorhandene und nur durch die Täuschung der Ueberredung, des Kaukus und der Wahlbearbeitung

(sehr wahr! rechts)

sich so weit ausbreitende Minderheit des Volks, wie wir sie hier vor uns vertreten sehen. Der Herr Abgeordnete Richter ist meines Erachtens weit davon entfernt, im Namen der Mehrheit des deutschen Volkes überhaupt hier sprechen zu dürfen; er soll im Namen seines Wahlkreises oder seiner Wahlkreise oder seiner Partei sprechen, die ihn in den Stand gesetzt hat, durch eine geschickte Wahlmache mit einer Majorität von, ich weiß nicht wie viel, Stimmen den anderen Theil des Volks zu schlagen. Man soll hier doch nicht den Mund so voll von Volk nehmen, als wenn man ganz allein das deutsche Volk verträte.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich wiederhole — ich habe auch das schon gesagt, und der Herr Abgeordnete Richter notirt sich ja alles, was ich zweimal sage — ich wiederhole, daß eine viel größere Masse des deutschen Volkes in mir ihren Vertreter sieht als in dem Abgeordneten Richter.

(Lebhafte Zustimmung rechts. Unruhe und Widerspruch links.)

— Ich habe das vorausgesehen, meine Herren, geniren Sie sich nicht, — ich warte einen Augenblick, wenn Sie schreien wollen.

Ich war vollständig darauf gefaßt, daß der Abgeordnete den Hödur geschimpften Urwähler mir vorführen würde. Er hat sofort die seinigen ausgenommen; ich kann ihm aber darauf erwidern, daß ich nur die fortschrittlichen Urwähler gemeint habe.

(Große Heiterkeit rechts. Unruhe links.)

Das sind gerade diejenigen, die vorzugsweise getäuscht sind von den Rednern und von der Presse über das, was sie thaten. Hödur wußte eben auch nicht, was er that, und die Wähler, die Sie gewählt haben, haben wahrhaftig in der Mehrheit auch nicht gewußt, was sie thaten.

(Unruhe links.)

Der Herr Abgeordnete hat sich ferner an meinen Schlußworten gestoßen, daß die Feder verdürbe, was das Schwert gewonnen hätte. Er ist dabei sofort wieder auf die altpreußischen Quellen zurückgegangen und hat das Wort Blücher in den Mund gelegt. Ich glaube nicht, daß es von Blücher stammt; ich glaube, es stammt von Gneisenau. Aber das ist einerlei; Blücher nannte ja Gneisenau seinen Kopf. Das hat aber mit meiner Zitation gar nichts zu thun. Wenn damals die Federfuchser, die ich in den Gesammtbegriff „Loki“ zusammenfasse, Diplomaten waren, so sitzen die Herren heute wo anders, und ich hätte vielleicht heute nicht von der Feder sprechen sollen, sondern von der Rede, der Agitation, der Presse, der ganzen Täuschung dem unglücklichen Urwähler gegenüber; denn der erfährt ja kaum, wo seine Abgeordneten hier hinaus wollen. Wo soll er das erfahren? Die Presse giebt es ihm nicht. Der einzelne Abgeordnete, wenn er einmal Rechenschaft giebt, sagt wohl, was für ausgezeichnete Dinge er gethan hat; aber was den Urwähler kränken könnte in seiner Thätigkeit, weiß er sorgfältig zu verschweigen und zu bemänteln. Wir haben ja hier volle Oeffentlichkeit, aber trotz der Oeffentlichkeit weiß der Urwähler blutwenig; er erfährt es nicht, was die Herren hier thun. Wenn die Urwähler, die nicht mit im Interesse des Abgeordnetenkaukus sind, mit Aufmerksamkeit hier zuhörten und Glauben fänden bei ihren Mitwählern, dann würde die Wahrheit sich bald einen breiteren Weg schaffen als bisher, und wir würden weniger Abgeordnete von der Farbe sehr bald hier haben.

Wenn man dem Herrn Abgeordneten glauben sollte, dann bliebe mir, um den Beifall — oder ich will sagen, die Anerkennung meiner Mitbürger zu verdienen, eigentlich nichts

anderes übrig als zu sagen: ich habe mich in meinem ganzen Leben geirrt. Die einsichtigsten und gewissenhaftesten patriotischen Politiker waren ja von Anfang an die Herren vom Fortschritt; die allein wußten, was dem Vaterland frommte.

(Sehr gut! rechts. Heiterkeit.)

Ich muß gestehen, — wie es heißt: laudabiliter me subjicio — ich bin entschlossen, in Zukunft die fortschrittlichen Blätter zu bewundern und mich der absoluten Diktatur des Chefs derselben, des Abgeordneten Richter, in allen politischen Fragen zu fügen. Dann glaube, dann hoffe ich doch, würden Sie anerkennen, daß ich endlich Ihrer besseren Ueberzeugung meine schlechtere geopfert habe; aber — — ich will es mir noch etwas überlegen.

(Heiterkeit.)

Wie der Herr Abgeordnete über nationale Dinge denkt, das kam in einer Weise heraus, über die ich — weil sie ein so klares Schlaglicht auf seine Denkungsweise wirft — eine gewisse Befriedigung bei mir nicht unterdrücken konnte. Er sagte: je öfter die nationale Frage aufgeworfen wird —. Ja, für den Herrn Vorredner ist also unsere nationale Sache eine Sache, die wohl gelegentlich mal aufgeworfen und dann besprochen wird; dann fängt man an, sich seiner Nationalität zu erinnern, und dann wird man national. Für mich, meine Herren, ist es eine Frage, die an jedem Tage und in jeder Stunde mir oft mit hundert Beziehungen entgegentritt, die mir den Schlaf und die Ruhe am Tage raubt und mich dazu treibt, hier in meinem hohen Alter an die Beantwortung von Reden das Bischen Athem zu setzen, das mir noch übrig bleibt. Das ist eben die Liebe zu meiner Nation, die Liebe zu meinem Vaterlande, die sich bei dem Herrn Abgeordneten Richter ab und zu einzustellen pflegt; sie stößt ihm ab und zu auf, und dann geht er darauf ein.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, ich vermöchte die Widersprüche nicht zu würdigen. Nun, dann ist an mir Hopfen und Malz verloren; denn seit einigen 20 Jahren: was thue ich anders, als Widersprüche würdigen, ununterbrochen? Vom Anfang meiner politischen Laufbahn an ist der Widerspruch gegen mich in der Majorität gewesen. Als ich in dem Vereinigten Landtag mich zuerst als Minister vorstellte, da hatten wir — ich weiß nicht, war es in der ersten Periode

oder in der zweiten — elf Leute, die mit der Regierung stimmten, und ich weiß nicht, wie viel hundert, die gegen uns stimmten. Da habe ich doch wohl gelernt, Widerspruch zu würdigen. Sie erinnern sich ja auch, wie ich ihn gewürdigt habe, und ich würdige ihn noch heute; ich habe mich gegen den konträren Wind, der immer diesen Widerspruch veranlaßte, noch leidlich durch die Klippen geschlagen, die mir entgegenstanden.

Der Herr Abgeordnete hat noch außerdem mich mit vielen schweren indirekten und direkten Vorwürfen gegen mein ganzes Vorleben belastet; aber da muß ich sagen: deus nobis haec otia non fecit. Ich habe die Zeit nicht und habe den Athem nicht, das zu beantworten; ich will deshalb auf das kommen, was er über die heutige Vorlage gesagt hat, ohne daß es allerdings mit ihr direkt in Verbindung steht.

Es betrifft das eine eigenthümliche Erscheinung, die in allen Reden wiederkehrt, die ich bisher gehört und gelesen habe; — da es gestern leider nicht in meiner Möglichkeit war, der Sitzung bis zu Ende beizuwohnen, weil ich zu Sr. Majestät dem Kaiser befohlen war, so habe ich die Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst von gestern nur lesen können, aber ich habe die des Herrn Abgeordneten Rintelen gehört, ich habe heute wenigstens die letzten anderthalb Stunden den Herrn Abgeordneten Richter mit angehört.

(Heiterkeit rechts.)

Alle Herren sprachen hier in der Dampfersubventionsvorlage hauptsächlich gegen Kolonialpolitik, gegen die Brauchbarkeit unserer Kolonien, gegen unseren Beruf für Kolonien; als wenn wir überhaupt in einer Debatte über die Gründung von Kolonien ständen. Wenn man sich fragt: was kann eigentlich der Grund dafür sein, daß sie der Frage der Dampferverbindungen ausweichen und ihren ganzen Widerstand dem Gebiet der Kolonien entnehmen, so denke ich mir, unsere Kolonien sind ja noch klein und unscheinbar, und da lassen sich die Sachen leichter in das Absurde ziehen. Die Dampfschifffahrt ist ein großes Unternehmen an sich, aber in keiner Weise motivirt durch unsere kolonialen Bestrebungen. Ich habe schon gestern gesagt, daß es gerade umgekehrt der Fall ist; die Dampfersubventionen eben so gut wie unsere Kolonialbestrebungen sind Hülfsmittel für die Entwickelung der deutschen Schifffahrt und des deutschen Exports; und die Erwerbung und Anlage von

Kolonien ist ja auch nichts weiter, als ein weiteres Hülfsmittel zur Entwickelung der deutschen Rhederei, der deutschen Schifffahrt, des deutschen wirthschaftlichen Lebens. Sie thun aber hier, als wenn die Kolonien, unsere kleinen Kolonialanfänge, die alleinige Unterlage dieser großartigen Vorlage für Dampfersubventionen seien. Und die Kleinheit dieser Unterlage setzt sie taktisch in den Stand, eine Menge Argumente gegen die Dampfersubventionen anzuführen, die diese gar nicht treffen würden.

Der Herr Abgeordnete Rintelen sprach hauptsächlich gegen die Kolonialvorlagen, so daß ich zu äußern mir erlaubte, er habe in der Hauptsache nicht gerade gegen unsere Vorlage, die Dampfersubventionen, sondern gegen die Kolonialpolitik im Allgemeinen gesprochen u. s. w. Darauf hat der Herr Abgeordnete Windthorst das Bedürfniß gehabt, die Initiative dieser Verschiebung von seinem Fraktionsgenossen abzunehmen und mir aufzubürden, — welches Motiv er dabei gehabt hat, das will ich hier nicht weiter untersuchen: aber ich habe die Erfahrung, daß er ohne besonderes Motiv nichts thut, und deshalb glaube ich, er hat wohl seine Gründe gehabt, — als ob er die Rede des Herrn Abgeordneten Rintelen und den Eingang gar nicht gehört hätte. Das ist ja möglich, ich kann das auch nicht von ihm verlangen, und so beginnt er die seinige:

> Durch das Eingreifen des Herrn Reichskanzlers in die Debatte hat die Diskussion eine unerwartete Wendung genommen; wir sind von dem Gegenstande weit abgekommen, der uns beschäftigt, weit hinaus auf das Gebiet der Vergangenheit.

Nur durch die Rede des Herrn Abgeordneten Rintelen bin ich genöthigt worden, vorzugsweise die Kolonialpolitik zu behandeln und von dieser auf Politik überhaupt zu kommen. Unsere Dampfervorlage ist ja von den Kolonien in der Hauptsache ganz unabhängig, nur die an vierter Stelle stehende, die ex post und als letzte hinzugefügt ist, die afrikanische hat Beziehung zu unseren auswärtigen Kolonien, und es scheint ja in der Majorität bereits vollständiges Einverständniß darüber vorhanden zu sein, daß wir die auf keinen Fall bekommen. Nun, dann scheidet also die Kolonialfrage bei der Frage der Dampfersubvention vollständig aus. Ich habe früher gesagt, daß ich für die Kolonialfrage entmuthigt sein würde, wenn

die Herren die Dampfersubvention a limine ablehnten. Das ist ganz richtig, denn die Dampfersubvention ist das Näherliegende, die Gründung neuer Kolonien erst das Entferntliegende. Wenn in unserer öffentlichen Meinung für überseeischen Handel und Schifffahrt so wenig Interesse besteht, daß nicht einmal die gegenwärtigen Verbindungen mit Indien, mit Australien und mit den Südseeinseln gefördert werden sollen, dann kann ich noch viel weniger darauf rechnen, daß in neu auf wüstem Gebiete zu gründenden Kolonien etwas Gedeihliches mit allgemeiner Zustimmung geschaffen werden kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch der Abgeordnete Richter wahrscheinlich seine Gründe gehabt hat, von Dampfersubvention sehr wenig zu sprechen und sie nur als ein untergeordnetes Hülfsorgan für die geringen kolonialen Anfänge zu behandeln, die wir bisher haben. Ich mache hier nur aufmerksam auf die eigenthümliche Taktik und zwar auch das Publikum draußen, daß es sich nicht dadurch irreleiten lasse, als hätte die Dampfersubvention gar keine andere Bestimmung, als etwa die Verbindung mit Angra Pequena oder mit Kamerun oder mit Neu-Guinea aufrechtzuerhalten. Das sind ja Alles erst — ich will nicht sagen: Zukunftsmusik, aber Hoffnungen der Zukunft, auf die wir jetzt allerdings noch keine ergiebige Dampferverbindung basiren können. Es handelt sich aber hier nicht um die Kolonialfrage, sondern es handelt sich darum: soll unsere Handelsverbindung nach Ostindien, nach Samoa, nach Neu-Holland durch Subsidien unterstützt werden, eventuell auch die nach Afrika?

Der Abgeordnete Richter hat eine Wahrheit gesagt, die ich ihm in keiner Weise bestreiten kann, nämlich daß unsere Handelsbeziehungen zu Oesterreich-Ungarn bei weitem wichtiger sind, als die mit Japan. Aber das habe ich ja auch niemals bestritten, das ist wiederum eine andere Manier der Taktik, Behauptungen siegreich zu widerlegen, die der andere niemals aufgestellt hat. Daß die österreichische Tarifnovelle, wenn sie Gesetz werden sollte, für unsere Industrie eine ganz außerordentlich nachtheilige ist, das wird Niemand Herrn Richter bestreiten; daß sie aber in Zusammenhang stände mit unserer eigenen Zollnovelle und namentlich mit dem Schutz der landwirthschaftlichen Produkte, der dabei beabsichtigt wird, das kann ein so sachkundiger Redner, wie er ja selbst, nicht glauben.

Er wird doch diese Tarifnovelle gelesen haben. Daß das in der Tarifnovelle behauptet wird, das ist ja sehr wohl wahrscheinlich, denn daß die Industriellen von Cisleithanien irgend einen Vorwand brauchen, um einen starken Schutzzoll für ihre Industrie herbeizuführen, das glaube ich wohl; aber daß die agrarische Seite, daß Transleithanien, Ungarn, gerade das Bedürfniß hätte, die Einfuhr auf Wollstoffe und derartige Manufakte bedeutend zu erhöhen, das kann ich mir nicht denken; das ist aber gerade die einzige, die ungarisch-agrarische Hälfte, die unter unserem Zoll leidet, und die vielleicht etwas weniger leidet, wenn sie ihrerseits dasselbe System bei sich in Bezug auf den Schutz ihrer Landwirthschaft einführt. Bisher betrachtet sie sich als Trägerin des Transits eines großen Theils von südrussischem, bessarabischem, rumänischem Korn, das zunächst nach Wien verladen und von Wien weiter spedirt wird. Wenn die ungarische Produktion diese Rivalität nicht hätte, so glaube ich, daß sie weniger bedrückt durch unsere neue Zollgesetzgebung sich fühlen würde. Außerdem ist unsere neue Zollvorlage, wenn sie Gesetz wird, was man ja noch gar nicht wissen kann, bei den mannigfachen Zweifeln, die dagegen ausgesprochen werden, in keiner Weise ruinös für die ungarischen Kornproduzenten, namentlich bei Gerste, die dort eine große Hauptsache ist; sondern sie werden eben von der hohen Steigerung des Grund- und Bodenwerthes, die die ungarischen und russischen Güter in der Nähe der Eisenbahnen seit Vollendung des Eisenbahnnetzes erfahren haben, wieder eine Kleinigkeit zurückstecken. Aber der Handel wird bei 30 Mark mehr oder weniger für die Last derselbe sein.

Also Herr Richter ist vollständig im Irrthum, wenn er hier die österreichische Zollnovelle in Zusammenhang bringt mit der unsrigen. Daß diejenigen, die in Oesterreich für ihre Interessen Schutz wünschen, glauben zu machen suchen, als liege in der deutschen Zollnovelle eine gerechte Provokation dazu, das ist ja sehr natürlich; jeder Kaufmann kennt sein Geschäft und arbeitet dafür. Aber sie selbst glauben das wohl nicht, und ich kann mir auch nicht denken, daß der Herr Abgeordnete Richter, wenn er das genauer prüft, selbst daran glauben könnte.

Der Herr Abgeordnete Richter ist, wie in vielen Dingen, so auch darin mit Herrn Abgeordneten Windthorst einver-

standen gewesen, daß er der Regierung empfiehlt, darauf Bedacht zu nehmen, länger dauernde Verträge, seien es Tarifverträge, seien es, wie der Herr Abgeordnete Windthorst sich ausdrückt, politisch-pragmatische Verträge, mit Oesterreich-Ungarn abzuschließen. Ja, meine Herren, es ist eigenthümlich, daß ich einmal mit diesen beiden Herren, Windthorst und Richter, der Dritte im Bunde sein kann; ich bin auch nicht dagegen, und ich habe, wie Sie aus den Zeitungen wohl schon früher ersehen haben werden, wenn Sie andere Zeitungen als gerade die Ihrigen lesen, schon vor Jahren in Oesterreich den Vorschlag gemacht, oder wenigstens die Frage angeregt, ob es möglich sein würde, solche pragmatischen Einrichtungen, sei es auf dem Zollgebiet, sei es auf anderem Gebiet, zu treffen und dadurch die Lücke zu decken, die der Abgeordnete Windthorst zu seinem Bedauern durch die Ereignisse von 1866 in die deutschen Beziehungen gerissen fand. Wir haben aber bei näherer Prüfung gefunden, daß, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die bei uns eintreten könnten, in den österreich-ungarischen Verhältnissen noch sehr viel größere liegen, und daß es für eine dortige Regierung, die ganz bereit wäre, darauf einzugehen, doch zweifelhaft sein müßte, ob sie die nöthigen Bewilligungen der Körperschaften, deren sie dazu bedarf, finden würde. Also darüber brauchen die beiden Herren mit mir nicht Händel zu suchen; es ist nur nicht alles, was die Herren uns hinwerfen, so leicht auszuführen, wenn man der Sache praktisch näher tritt.

Der Abgeordnete Richter hat ferner seine Freude darüber ausgesprochen, daß über die Kolonialfragen in England eine Verständigung eingeleitet — ich kann wohl sagen, angebahnt und wahrscheinlich wäre. Ich kann ihm darauf nur sagen, daß diese Verständigung vielleicht noch leichter gewesen wäre, wenn er nicht hier einer Meinung, einer Auffassung Ausdruck gegeben hätte, die in den Verhandlungen unsere Stellung England gegenüber einigermaßen schwächte.

(Hört! hört!)

Die Engländer waren berechtigt, zu glauben, daß die Aeußerung des Herrn Abgeordneten Windthorst, daß, sobald es sich um auswärtige Fragen handelte, alle Parteien vereint ständen, doch auf den Herrn Abgeordneten Richter und die Fortschrittspartei keine Anwendung fände. Denn er hielt gleich darauf

eine Rede, die die Stellung der deutschen Regierung in den Verhandlungen mit London nothwendig schwächen mußte und geschwächt hat.

(Hört! hört! — Zurufe links.)

Wir würden schneller und vielleicht besser zum Ziele gekommen sein, wenn Herr Richter

(Zurufe links: Kalle!)

diese von mir sehr getheilte wohlwollende Parteinahme für England . . .

(Wiederholte Zurufe links.)

— Meine Herren, schreien Sie mich doch nicht nieder, meine Stimme ist ja ohnehin schwach, und nachher klagen Sie darüber, ich wäre nicht zu verstehen; namentlich der Herr Abgeordnete Richter ist ja darin sehr empfindlich. —

Also die Verständigung wäre mir leichter und vielleicht von besserer Tragweite geworden, wenn der Herr Abgeordnete Richter seine Gefühle, die ich ja übrigens vollkommen theile, zurückgehalten hätte; ich glaube, es war nicht gerade der diplomatisch angemessene Moment, sie zum Ausdruck zu bringen, noch weniger mit der sehr eigenthümlichen Bezugnahme, die er mündlich dabei vorgebracht hat, und die ich im stenographischen Bericht zu meiner Freude beseitigt fand.

(Zurufe links.)

— Es war das Wort „dynastisch." Wenn Sie noch weiter gehen: Sie brauchen an meiner Offenheit — ich habe immer den Muth meiner Meinung — nicht zu zweifeln.

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner in einer gewissen skurrilen Weise den Herrn Generalpostmeister verdächtigt, daß er Telegraphenverbindungen in unmöglichen Entfernungen anlegen wollte, und hat sich dabei auf einen afrikanischen Fürsten bezogen, der an Seine Majestät den Kaiser geschrieben habe. Ich will nur berichtigen — und das wird zugleich beweisen, wie wenig sicher solche äußerlichen Anknüpfungspunkte sind —, daß es sich nicht um einen afrikanischen Fürsten, sondern um einen Südseefürsten, einen sogenannten König dort handelte, der — ich glaube er heißt Malietoa oder ähnlich — an Seine Majestät den Kaiser geschrieben hatte, und dessen Schreiben früher in englischen Berichten gedruckt, als es hier angekommen war. Das thut ja aber zur Sache nichts; ich führe es nur an, um zu zeigen, wie ungerecht die Vorwürfe mitunter sind,

die man höheren Beamten wie dem Generalpostmeister macht, als wenn er vor dem Unmöglichsten nicht zurückschreckte und Telegraphenverbindungen nach der Südsee plante. Nachher entlehnt man daraus Argumente, um einer sehr natürlichen, bei allen übrigen seefahrenden Nationen bereits verwirklichten Vorlage scheinbar entgegenzutreten.

Ungern gehe ich noch auf einige Seiten der Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst näher ein; denn ich hatte ja gestern das eigentlich gesagt, was ich zu sagen hatte; aber der Herr Abgeordnete hat mit seinen Aeußerungen in einer Weise in das auswärtige Gebiet eingegriffen, die ich doch nicht so unwidersprochen lassen kann, ohne zu Mißdeutungen Anlaß zu geben.

Wenn ich nach der Reihenfolge seiner Aeußerungen verfahre, so hat er gewarnt, daß wir Geld und Mannschaften für die Kolonien zu geben haben würden, und die Kolonien uns dort in Verwickelungen führen könnten, die nicht gering zu veranschlagen seien. Nun, ich habe schon früher gesagt — die Herren Abgeordneten wiederholen ihre Argumente, ich muß die meinigen in Folge dessen auch wiederholen, und Sie vergessen sie ebenso leicht, wie ich die Ihrigen zu vergessen gezwungen bin — ich habe schon damals gesagt, daß dergleichen Konflikte sich eben nicht in den Kolonien ausfechten, sondern in Europa diplomatisch oder auf einem anderen Wege. Dies Argument ist also ein hinfälliges, wenn auch ein öfter vorgebrachtes.

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat ferner gesagt — und das ist namentlich, was mich zu einer Erwiderung zwingt —:

> Als ich früher darauf hinwies, hat der Herr Reichskanzler mir gegenüber hervorgehoben, wie friedlich unsere Beziehungen namentlich zu England seien, und heute steht alles in hellen Flammen.

Ich bin über diese Aeußerung wahrhaft bestürzt gewesen; ich habe weder Flammen noch Rauch wahrgenommen und weiß nicht, was der Herr Abgeordnete hat brennen sehen. Ich habe schon vorher gesagt, ich glaube nicht, daß er irgend etwas ohne einen bestimmten Zweck anführe; was für einen Zweck kann er nun haben, unser Verhältniß zu England so darzustellen, wie es nach seiner Aeußerung sein müßte: es steht alles

in hellen Flammen? Ich habe hier gerade die heutigen Zeitungsausschnitte.

> Nun, welchen Eindruck hat die gestrige Rede in London gemacht? Die „Times" erblickt in der gestrigen Reichstagsrede des Fürsten Bismarck ein Zeichen dafür, daß das jüngste Mißverständniß zwischen Deutschland und England sowohl in Berlin wie in London als beendigt betrachtet wäre; im Verein mit den Erklärungen des Ministers Gladstone werden sich alle Spuren des jüngsten Mißverständnisses sicherlich verwischen.

Wie ist es nun möglich, daß eine Rede, die jenseits des Kanals einen so friedlichen Eindruck gemacht hat, hier bei einem Herrn Abgeordneten, der zehn Schritte von mir sitzt, den Eindruck mache, als stünde zwischen uns und England alles vollständig in Flammen?

(Heiterkeit.)

Das ist mir vollständig unverständlich! — Die Worte von Herrn Gladstone, auf die hier Bezug genommen wird, und die ich gerne wiederhole, betonen die Freundschaft zwischen England und Deutschland, an der der Herr Abgeordnete Windthorst im Widerspruch mit meiner früheren Zusicherung hier Zweifel erhebt; sie betonen ausdrücklich, was Deutschland betreffe, so wünsche Herr Gladstone in seiner Zuneigung für dieses Land hinter niemand zurückzustehen. Er sagt:

> Werde Deutschland eine kolonisirende Macht, so rufe er ihm Gottes-Segen für seine Bestrebungen zu. Deutschland werde Englands Bundesfreund und Genosse sein zum Segen der Menschheit. Ich — fährt er fort — begrüße seinen Eintritt in diese Thätigkeit und werde es erfreulicher finden, daß es unser Genosse in der Verbreitung des Lichts und der Zivilisation in weniger zivilisirten Gegenden wird. Es wird bei diesem Werke unsere herzlichsten und besten Wünsche und jede Ermuthigung finden, die in unserer Macht steht.

Wie ist es möglich, daß dieselben Vorgänge, dieselben Fragen einen so verschiedenen Eindruck auf zwei Leute machen? Hat der Minister Gladstone mehr Liebe für das deutsche Reich übrig als der Herr Abgeordnete Windthorst? Das kann ich

mir doch nicht denken! Aber jedenfalls hat er mehr Verständniß für unsere Kolonialpolitik, als dieser Führer einer großen Partei bei uns in seinen jetzigen Aeußerungen gezeigt hat. Meine Herren, es haben solche Versuche, Zweifel an der Festigkeit des Friedens zu erregen, doch sicher ihre Bedenken!

(Sehr richtig!)

Ich spreche dabei durchaus nicht von der Börse. Die rührt das nicht; aber fortgesetzte Zweifel an der Beständigkeit des Friedens finden ab und zu, namentlich bei den Parteileuten, die in verba magistri zu schwören gewohnt sind, schließlich doch einigen Glauben, und dadurch wird der Friede mit der Zeit erschüttert. Es ist deshalb die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen. Mir ist das ja in meiner langen Erfahrung wiederholt entgegengetreten, und wir haben bei uns ja im Reiche Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können.

(Hört! rechts.)

Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich — das alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewissermaßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen eine gewisse Ungeduld empfinden, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint

(hört, hört! rechts),

und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen und ihn dadurch thatsächlich zu erschüttern suchen. Wir sehen ja, daß französische chauvinistische Blätter, daß namentlich polnische Blätter darauf ausgehen; und so deutsch die welfische Fraktion sein mag, ihr

Ideal, die Herstellung des Königreichs Hannover, zu dem sie sich offen bekennt bei allen ihren Wahlreden, kann doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland, Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschlachtung, der fremden Willkür preisgegeben sind.

(Hört, hört! rechts.)

Es ist also nicht so ganz obenhin zu nehmen, wenn angesehene politische Persönlichkeiten die Hand dazu bieten. Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Windthorst sich über die Tragweite seiner Worte und Friedenszweifel getäuscht hat; aber ich gebe ihm doch zu bedenken — ihm sind ja diese Fraktionen, von denen ich spreche, in allen ihren Bestrebungen noch durchsichtiger als mir — ich möchte ihn bitten, dergleichen Hoffnungen, die sich an unseren Untergang, muß ich geradezu sagen, knüpfen, nicht zu nähren, indem dann ohne allen Grund unsere friedlichen Beziehungen zu anderen Großmächten, mit denen wir sie sorgfältig pflegen, sich als zweifelhaft darstellen.

Der Herr Abgeordnete sagt:

> Bezeugt denn das, was von England aus zu uns herübertönt, was der Herr Reichskanzler hier auseinandergesetzt hat, und was er uns heute erklärt hat, daß wir im tiefsten Frieden mit England lebten?

(Ruf rechts: Jawohl!)

Nun, meine Herren, Sie haben aus den Zitaten, die ich aus der Rede des Herrn Gladstone hier gemacht habe, und aus dem Telegramm, das ich aus der „Times“ wiedergab, gesehen, wie berechtigt dieses „Ja“ auf der Rechten, und wie grundfalsch — um mich des Ausdrucks des Herrn Abgeordneten Windthorst zu bedienen — seine eigene Ansicht war. Er selbst fügt hinzu:

> Wir stehen nicht vor einem Kriege; der gesunde Instinkt beider Nationen . . . .

— ja, wenn der nicht alle Dummheiten der Diplomatie wieder gut machte, wie weit wären wir schon gekommen!

(Heiterkeit.)

Der Instinkt der Nation hat uns ja so herrlich weit gebracht, wie wir sind.

(Heiterkeit.)

Also Herr Windthorst sagt:

> Der Instinkt allein hat uns vor solchem Unglück bewahrt; ich hoffe auch, daß wir bald wieder auf friedlichen Fuß gelangen werden mit anderen Nationen.

— Meine Herren, wir sind es und sind nie davon heruntergekommen, wie ich wiederhole. Glauben Sie denn, daß ich meinen Sohn nach England geschickt haben würde, um dort Händel zu suchen?
(Heiterkeit. Abg. Windthorst: Um die Händel zu beseitigen!)
Zu dem Behufe würde ich ihn nicht einmal zu meinem verehrten Gegenüber schicken . . .

> — — die von gleichem Stamme, von gleicher Intelligenz ist

— das alles ist ja ganz herrlich, aber es kommt gerade so heraus, als ob ich das bestritte. Ich bin ja darin vollständig mit dem Herrn Abgeordneten einig. Er sagt weiter:

> Man wird nicht leugnen können, daß wir in einen Konflikt gerathen sind, der noch nicht gelöst ist;

— doch, er ist gelöst, ich hoffe, der Herr Abgeordnete wird eine herzliche Freude darüber empfinden —

> aber, wir dürfen nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers hoffen, daß er ausgeglichen wird

— er ist es schon —

> und dazu möchte ich ihm besonders Glück wünschen.

Ich bin ihm dankbar, aber es kommt mir heraus, wie der Franzose sagt „avec un rire jaune," indessen, ich nehme den Glückwunsch dankbar an.

Der Herr Redner hat nachher weiter gesagt:

> Bedenken Sie doch, wo liegen denn für England die Schwierigkeiten? In den Kolonien!

Ja, meine Herren, Schwierigkeiten können ja auch in kleineren Kolonien liegen, namentlich aber in so großen, wie in denen Englands, aber auch sehr reiche und mächtige Quellen des englischen Wohlstandes liegen darin.

(Sehr richtig! rechts.)

„Umsonst ist der Tod," pflegt man zu sagen, und das ganze reiche Indien zu besitzen und den Weg dazu in Egypten, daß das für England manche Unbequemlichkeiten nebenher verursacht, das ist wohl natürlich. Der Herr Abgeordnete sollte indeß doch nicht nur die Kehrseite der Sache in den Vordergrund schieben.

Der Herr Abgeordnete äußerte nachher, schon sein Fraktionsgenosse Rintelen habe gesagt, daß eine weise Kolonialpolitik, die langsam und mit Bedacht vorwärts schreite, auch seine Unterstützung finde. Aus der Rede des Herrn Abgeordneten Rintelen habe ich den Eindruck gehabt, daß keine Kolonialpolitik seine Unterstützung finden, sondern daß er an jeder das auszusetzen haben werde, was ihm gerade an dieser Kolonie nicht paßt. Ich will gerne zugeben, daß der Herr Vorredner darin anderer Meinung sein mag; aber ich mag mich drehen und wenden, wie ich will, ich kann es den Herren zu meinem Bedauern nie recht machen.

Es wird also gesagt: „mit Bedacht wolle man vorwärts schreiten." Später: „mit bedächtiger Ruhe fasse man die Verhältnisse auf, auf ruhige und beschauliche deutsche Art

(Heiterkeit rechts)

wolle man vorwärts gehen." Nun, das dachte der weiland Bundestag auch, und er kam leider dabei nicht vorwärts.

(Heiterkeit.)

Dann sagte Herr Windthorst:

> Wir finden überhaupt keine feste Leitung der Dinge mehr durch die Regierung, sondern die Regierung wartet stets, was wir aus unserer Initiative bringen.

Wie soll ich das zusammenreimen mit der späteren Behauptung, daß wir „zu unbedachtsam" vorwärts drängen.

> Der Herr Reichskanzler, sagt Herr Windthorst, will vor allen Dingen zu schnell vorwärts gehen; so rasch arbeitet eine große Nation nicht, sie kann nur langsam und allmählich — —

und dabei wird uns in demselben Athem vorgeworfen, wir warteten stets auf das, was der Reichstag thun will. Da möchte ich auch sagen: Erkläret mir, Graf Oerindur, — nicht diesen Zwiespalt der Natur, aber diese Worte des Herrn Abgeordneten! Gehen wir danach zu langsam, gehen wir zu rasch? Ich weiß es nicht. Warten wir zu lange darauf, wie sich der Reichstag entschließen wird? Sind wir zu rücksichtsvoll in Bezug auf die Wünsche des Reichstages? Lassen wir uns die Sachen zu sehr bringen, um zu sehen, ob wir es ihm recht machen, — oder ist das Andere begründet, daß wir vor allen Dingen schnell vorwärts wollen, rascher als eine Nation arbeiten kann? Ich kann mich aus diesem Dilemma nicht herausfinden.

Wenn der Herr Abgeordnete mir sagen will, was seine eigentliche Meinung ist, ob ich zu rasch oder zu langsam vorgehe, so werde ich ihm dafür dankbar sein. In allen Sätzen und Worten wiederholt es sich, daß Süß und Bitter aus einer Quelle fließen. Die entgegengesetzten Gedanken finden sich in demselben Satze; überall ein bestimmtes Aussprechen für das Eine und nachher auch ein Aussprechen für das Andere. Daß das mit derselben gerechten Abwägung, wie der Herr Abgeordnete Windthorst es hier vorträgt, in allen kleinen Provinzialblättern wiedergegeben werden wird, das kann ich mir eigentlich kaum denken. Die Leute werden nicht das Diszernement haben, sondern nothwendig die eine von den beiden Seiten der Sache — ja und nein stehen darin —, schärfer accentuiren, wie es gerade den dortigen lokalen Interessen besser paßt. Und insofern ist es ja ganz nützlich, wenn man in einer Rede alle Meinungen ausspricht, die überhaupt denkbar sind.

(Heiterkeit.)

Man kann dann nachher einer jeden von allen denen, die man ausgesprochen hat, näher treten, ohne mit sich in Widerspruch zu kommen. Man hat zwar das eine gesagt, aber das andere auch. Das ist bequem, aber nicht aufklärend für den Minister, der sorgsam und gespannt auf einen Luftzug wartet, der ihm die Wünsche des Reichstages zubringt.

(Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete bezieht sich auf das, was für die Flotte schon mehr bewilligt sei. Ja, wenn wir gar keine Kolonien hätten, und wenn wir namentlich die Dampfersubvention gar nicht vorgelegt hätten, — so wäre, glaube ich, eine gewisse Steigerung der Bewilligung für die Flotte doch unabweislich und zwar aus einer sehr erfreulichen Ursache; nämlich weil der deutsche Handel sich, und namentlich, je mehr er Kapital und Entschluß dazu findet, zur Dampfschifffahrt überzugehen, fortwährend ausbreitet, in die Weite und in die Breite sich mehrt und also eines größeren Schutzes bedarf. Daß wir so viel Schiffe in den ostasiatischen Gewässern und so viele Interessen an der Ost- und Westküste von Amerika zu schützen haben würden, wie jetzt das Bedürfniß sich herausstellt, das haben wir früher nicht geglaubt. Aber nun dieses erfreuliche Ergebniß, daß ein größerer Seehandel eines größeren Schutzes

durch die Flotte bedarf, nun wiederum auf das Konto unserer neuesten Vorlage zu schreiben, das ist doch auch nicht gerecht.

Für eine gesunde und gemäßigte Kolonialpolitik ist also der Herr Abgeordnete Windthorst, aber ich muß annehmen, daß wenigstens der Herr Abgeordnete Rintelen die unsrige dafür nicht hält. Ich möchte gern wissen, wo hier nach seiner Meinung der Mangel an Mäßigung oder die Krankheit sitzt; — ich kann es nicht herausfinden. Andere Kolonien sind auch nicht gesünder.

Der Herr Abgeordnete tadelt mich darüber, daß ich auf das Jahr 1866 überhaupt Bezug genommen habe, und fügt hinzu: „Wir sind hier der Einigkeit wegen." Nun, es ist mir lieb, daß mich der Herr Abgeordnete dessen versichert hat; ich hatte es bisher nicht gemerkt

(Heiterkeit);

ich hatte geglaubt, wir wären hier, um die Verschiedenheit unserer Meinungen zur Geltung zu bringen. Die Art, wie ich das Jahr 1866 erwähnt habe, wird meines Erachtens die Einigkeit nicht geschädigt haben

(sehr richtig! rechts),

ich glaube, ich habe es in einer sehr schonenden und für Niemand kränkenden Weise gethan

(sehr richtig! rechts),

und der Herr Abgeordnete kann mir daraus keinen Vorwurf machen. Er sagt: „die Erinnerung an 1866 wird diese Einigkeit leicht stören können." Das ist meine Ansicht nicht. Ich glaube im Gegentheil. Wenn noch der 1866er Krieg der einzige Bürgerkrieg wäre, der in Deutschland geführt wurde, — oder Bruderkrieg, wie Sie wollen —; aber es ist doch fast in jedem Jahrhundert einmal ein großer deutscher Krieg gewesen, der die deutsche Normaluhr richtig gestellt hat für hundert Jahre. Gehen Sie weiter zurück, Sie haben die Kriege zwischen Preußen und Oesterreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts; noch weiter, Sie haben den 30jährigen Krieg, Sie haben den schmalkaldischen und die Reformationskriege, und dahinter haben Sie die Welfen- und Ghibellinenkämpfe. Wir sind eben ein streitbares Volk, und so ganz ohne feste Handgreiflichkeiten sind selbst unsere Feste nicht immer abgegangen, noch viel weniger unsere politische Entwickelung. Aber daß das eine so sehr üble Erinnerung hinterließ, kann ich nicht finden; es war gewissermaßen die Morgenröthe einer besseren Zeit, die 1866 — aller-

dings blutig — anbrach. Allerdings eigentlich schon früher. Die Kugel kam ins Rollen mit dem dänischen Kriege von 1864, mit dem Tode des Königs von Dänemark, da fing es an. Meine Herren, ich muß sagen, daß ich es bedauern würde, wenn wir uns mit unserer historischen Vergangenheit, namentlich in der modernen Zeit, nicht beschäftigen wollten, denn sie ist außerordentlich lehrreich. Manche von Ihnen werden vielleicht unter den Veröffentlichungen der preußischen Archive das Buch von Herrn von Poschinger über den Bundestag gelesen haben, von dem ja heute schon mehrfach die Rede war. Nun, die Epoche, die dieses Buch beschreibt, liegt jetzt ungefähr 1/4 Jahrhundert hinter uns. Das ist ja nicht so sehr lange, aber nichtsdestoweniger, wenn wir in dem Buche von den Streitigkeiten lesen, die einige dreißig Souveräne, Regierungen über den Kästrich in Mainz, über das verschanzte Lager, über Liquidationswesen hatten, so macht uns das Alles einen kleinlichen Eindruck und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Partikularismus, der mit seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisirte und konsumirte.

Nun, meine Herren, das zeigt also, daß wir in diesem Vierteljahrhundert doch erhebliche politische Fortschritte gemacht haben. Keiner sehnt sich zurück nach der Zeit; wir blicken zurück von einer erfreulichen Höhe, die wir erstiegen haben, auf ein wüstes Land, und verstehen kaum, wie wir in unserer politischen Kindheit uns so über Lappalien haben streiten können, die wir vergessen haben. Nun, meine Herren, sollte es denn gar nicht möglich sein, daß, wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert, so wie dieser Bundestag einen Poschinger gefunden hat, ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsere jetzigen Fraktionsstreitigkeiten zurückblickte, man denn auch den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt wäre, daß man in den 25 Jahren erhebliche Fortschritte zum Besseren gemacht hätte, daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen wäre? Meine Herren, ich gebe darauf die Hoffnung nicht auf, daß die Poschinger-Leser von 1912 mit demselben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn sie einmal zusammengestellt wird, zurückblicken und

sagen werden: Nun, wir sind doch bessere Leute, als die damals lebten, — ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermuthigt, das sind die Zeichen an unserer heranwachsenden Generation.

(Sehr richtig! Bravo! rechts.)

In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteistempel nothwendig hindurchgegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird!

(Heiterkeit.)

Wir sind augenblicklich das Hinderniß seiner nationalen Entwickelung, — nicht ich allein, wie der Herr Abgeordnete Richter das annimmt; ich glaube sogar, der Herr Abgeordnete Richter in noch viel höherem Maße als ich; aber ich nehme mich nicht aus. Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob einer bei dieser oder jener Partei eintritt, ob ein Wahlsieg hier oder da, ob bei einer Abstimmung ein Sieg erfochten wird. Mit welchem Triumph erfüllt das die Herzen, — das meinige nicht ausgenommen! auch ich bin freudig wie ein Kind darüber. Aber ich habe zu der deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studirenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studirt hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurirte, das Vertrauen: die wird mit Poschinger'schen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde.

(Bravo! rechts.)

Ich werde es nicht mehr erleben, daß es so weit kommt; aber ich habe diese Hoffnung, wenn in trüben Momenten mir der Popanz vorschwebt, daß wir zum alten Bundestag zurückkehren könnten. Ja, meine Herren, mir passirt so manches, was den Menschen hypochondrisch stimmen kann, und von dem ich mir sage, wenn das am grünen Holze passirt, was soll erst am, ich weiß nicht wem geschehen; also ich sehe nicht immer rosig

in die Zukunft, denn ich sehe nicht immer jüngere Leute und deren Gesinnung vor mir, und die älteren sind verbittert, mit denen wird eine volle Einigkeit des deutschen Reiches, außer in großen Zwangsfragen, wenn wir uns unserer Haut wehren müssen, glaube ich, theoretisch nicht herzustellen sein. Wir haben bisher nur glückliche Kriege geführt, dank der ausgezeichneten Armee und dank der glänzenden Führung Seiner Majestät des Kaisers und unserer Feldmarschälle; aber lassen Sie uns einmal einen schweren unglücklichen Krieg führen: ob wir dann an der Volksvertretung die sichere Stütze finden werden, die wir im Jahre 1870 fanden? Nun, ich hoffe es, ich wünsche es wenigstens sehr lebhaft, daß dann die Aeußerung des Herrn Abgeordneten Windthorst von neulich sich vollständig bewahrheiten möge, daß wir da einig zusammenstehen. Aber es könnte doch leicht sein, daß das Ausland den Eindruck nicht hat, als ob wir so einig wären, und solche Ermuthigung sollte man dem Auslande nicht geben. Selbst wenn der Herr Abgeordnete Richter einen noch schlechteren Reichskanzler hätte, als ich bin, so sollte er sagen: Das Reich ist zu jung, wir wollen lieber mal unsere schmutzige Wäsche unter vier Augen waschen, nicht so vor der Oeffentlichkeit zwei Stunden lang den Reichskanzler analysiren und sein nicht wirkliches, sondern vom Feinde fingirtes Innere öffentlich bloßlegen, dem Feinde zeigen, was das für ein Mann ist, und wie tugendhaft wir dagegen sind, daß wir bei einer solchen Regierung noch solche Leute sind, wie wir sind.

(Heiterkeit.)

Das halte ich nicht für gerathen und für verständig für unsere Verhältnisse.

Ich bin hier auf Aeußerungen eingegangen, die ganz außerhalb der Sache liegen, und deren Erwähnung und Vortrag hier nur damit motivirt wurde, daß ich das Faß angestochen hätte, während ich wieder darauf gebracht wurde, weil der Herr Abgeordnete Rintelen nicht von den Dampfersubventionen, sondern von den Kolonien, von ihrem politischen Zusammenhang und vom Völkerfrühling sprach. Meine Herren, ich bin unschuldig an diesen Allotrien. Aber selbst wenn ich gelegentlich von etwas anderem spräche, so bin ich dazu in meiner Stellung als Vertreter der verbündeten Regierungen vollständig berechtigt. Ich habe nach der Verfassung das Recht, zu jederzeit das Wort

zu ergreifen. Wenn ich Ihnen etwas mitzutheilen hätte, was amtlich wäre, so würde ich die Geschäfte ja viel mehr aufhalten, wenn ich den Herrn Präsidenten um eine Pause in der Sitzung bäte und dann die Mittheilung machte; — es wäre vielleicht nicht der Mühe werth, aber mein formales Recht dazu steht nicht in Zweifel. Und ich sage das nur, um mich zu verwahren, als ob jemand das Recht hätte, mich zur Sache zu rufen oder überhaupt einen Regierungsvertreter. Das würde ich nicht annehmen.

Ich komme nach so vielen Umwegen zur Sache. Ich habe gestern gesagt, ich würde jede Abschlagszahlung dankbar annehmen. Ich möchte nur bitten, daß das nicht so ausgelegt wird, als ob ich auf irgend eine der Linien verzichtete an und für sich, und die Verantwortlichkeit dafür, daß sie überhaupt nicht berathen und nicht beschlossen wird, auf die Regierung übernehmen wollte. Wir halten die sämmtlichen Vorlagen aufrecht. Wir haben aber bereits gesehen, daß wir sie schwerlich alle viere durchbekommen; und wenn ich diesen nachgiebigen Ton anstimmte, so habe ich das hauptsächlich im Interesse des Ansehens des Reichstags gethan, das meines Erachtens nicht darunter gewinnen würde, wenn die Reichstagssitzung dasselbe negative Resultat hätte wie die Kommissionssitzungen. In der Kommission ist der Parteikampf so gewesen, daß jede einzelne Linie und jeder einzelne Antrag unterlegen ist, daß sie uns für nichts eine Majorität hat liefern können. Es wäre doch für den Reichstag, wenn öffentlich konstatirt würde, daß der für nichts eine Majorität zu Stande bringen könnte, daß bei der Zerfahrenheit im Parteihader nichts positives geleistet worden sei, — ein betrübendes Zeugniß, das ich gerne habe vermeiden wollen. Sie werfen mir immer vor, daß ich für das Ansehen des Reichstags nicht besorgt wäre. Aber mich hat lediglich das Gefühl geleitet, daß, wenn die Reichstagsberathungen dasselbe Ergebniß hätten wie die Berathungen der Kommission, das für Regierung und Reichstag etwas beschämendes haben würde; und deshalb habe ich gesagt: glauben Sie nicht, daß wir eine Abschlagszahlung, die Sie uns bewilligen würden, ablehnen werden. Wir werden deshalb nicht sagen, meine ich: damit ist das ganze Gesetz gefallen, und wir nehmen es ganz oder gar nicht. So habe ich mich auch gestern ausgedrückt. Ich würde es bedauern, wenn Sie Ihre Bewilligung nur auf eine

Linie beschränken würden; aber ich würde mich nicht berechtigt halten, den verbündeten Regierungen zuzureden, daß sie diese eine Linie nicht acceptirten. Man könnte ja Gründe dafür haben. Das Geschäft wird ja theurer, wenn man es auf eine Linie beschränkt. Ich halte die afrikanische Linie für diejenige, die, wenn Sie eine ausschließen wollen, es am ersten verträgt, daß sie in Jahr und Tag oder später wieder eingebracht wird, wenn unsere Kolonien dort etwas mehr Hand und Fuß gewonnen haben. So lange das nicht der Fall ist, glaube ich, daß der Dienst, der auf der Westküste von Herrn Woermann, auf der Ostküste von Herrn Sloman eingerichtet ist, einstweilen die Bedürfnisse nothdürftig deckt und zwar in deutschen Händen deckt. Also wollen Sie eine Linie zurückstellen, so hätte die afrikanische die meiste Zeit, zu warten.

Nächst der ostasiatischen lege ich das meiste Gewicht auf die Südseelinien, namentlich auf die nach Samoa; wir haben dort die größten eigenen Geschäfte. Wir haben vielleicht den größten Handel nach Neuholland, und ich möchte auch die Linie nicht fallen lassen; die beiden sind mir gleich wichtig.

Ueber die ostasiatische Linie ist, wie ich nach dem Zeugniß mehrerer der Herren Redner annehmen darf, überhaupt keine Meinungsverschiedenheit, und ich kann daher meinen Vortrag mit der tröstlichen Rechnung schließen, daß das negative Ergebniß, wie es aus der Kommission gekommen ist, von unseren Reichstagsverhandlungen nicht zu erwarten steht, daß uns das, was ich für eine Beschämung halte, auf diese Weise erspart werden wird. Aber ich hoffe, Sie lassen es bei der einen Linie nicht bewenden, sondern Sie halten die beiden anderen, die Zweiglinie von Samoa und die von Neuholland, mit gleicher Entschiedenheit fest; es spricht für sie das Gleiche, und sie sind gleich unabhängig von der Frage, ob wir Kolonien überhaupt haben oder nicht.

Ich habe die Herren nur noch um Entschuldigung zu bitten, daß ich so lange Ihre Geduld in Anspruch genommen habe; aber Sie können auch nicht von mir verlangen, wenn ich überhaupt Ihren Verhandlungen nicht gänzlich fern bleiben soll, daß ich bei den hundert Sätzen, von denen jeder anfängt: der Reichskanzler hat gesagt, der Reichskanzler meint, der Reichskanzler hat vor 10 Jahren, vor 5 Jahren dies und das gesagt, — daß ich ruhig dabei sitzen und nicht antworten soll. Also,

wenn ich so viel angegriffen werde, so müssen Sie sich auch gefallen lassen, daß ich viel antworte.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Es sprachen noch die Abgg. Dr. Hammacher und Dr. Windthorst sowie der Bevollmächtigte zum Bundesrath, Staatssekretär des Reichspostamts, wirklicher Geheimer Rath, Dr. von Stephan, worauf sich das Haus vertagte.

(Sitzung vom 16. März 1885. Stenogr. Ber. S. 1844 ff.):

Der Reichstag führte in dieser Sitzung die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern, zu Ende. Nach einer sehr ausführlichen Darlegung des Kommissarius des Bundesraths, Königlich preußischen Geheimen Regierungs-Rath, Professor Dr. Reuleaux, in welcher derselbe die von den Abgg. Rintelen und Richter nur für die Linie nach Ostasien vorgebrachten Gründe widerlegte, nahm der Reichskanzler zu folgenden Ausführungen das Wort:

Ich habe einen Irrthum zu berichtigen, in welchem ich mich vorgestern dem Herrn Abgeordneten Richter gegenüber befunden habe. Es war mir, ich weiß nicht mehr ob aus Zeitungen oder aus mündlichen Mittheilungen, bekannt geworden, daß er in der Rede, die er als captatio benevolentiae für England hielt, unter den Motiven, die unsere Haltung England gegenüber zu bestimmen hätten, auch die Verwandtschaften unserer Dynastie ins Feld geführt hätte. Ich ließ mir deshalb den stenographischen Bericht vorlegen, und in demselben wurde mir die Hauptrede des Herrn Abgeordneten von jener Sitzung, die erste, als die Rede bezeichnet. Bei ihrer Durchlesung fand ich diese Wendung der Sache nicht wieder. Ich schloß daraus, daß der Herr Abgeordnete Richter in Bezug auf politischen Takt mit mir die gleichen Ansichten gehabt und bei der Korrektur die Anspielung auf die Verwandtschaften unserer Dynastie unterdrückt hätte, und erlaubte mir, darüber in meiner vorgestrigen Rede meine Freude zu erkennen zu geben. Der Herr Abgeordnete Richter hat sehr bald Gelegenheit genommen, diese Freude mir zu zerstören, und ich habe, durch seinen Widerspruch veranlaßt, nunmehr den vollständigen Sitzungsbericht gelesen und bin Aufklärung schuldig, wie ich zu dem Irrthum gekommen bin.

ganz besonderes Gewicht gelegt hat. Er sagt, daß er überzeugt sei,

> die Ansichten weiter Kreise im deutschen Volke zu vertreten

— denke ich mir; der Satz ist nicht ganz zusammenhängend —

> die sich keineswegs durch parlamentarische Debatten, die an dieser Stelle wenigstens durchaus überflüssig sind, in einen künstlichen Gegensatz zu einem uns stammverwandten Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist, wollen hineinbringen lassen.

Nun, der Herr Abgeordnete Richter hat nicht im Sinne der von dem Herrn Abgeordneten Windthorst akzentuirten Einigkeit aller Parteien gegenüber dem Ausland gehandelt, indem er gerade in diesem Moment, bei divergirenden und rivalisirenden Interessen zweier Nationen, für die andere Seite und nicht für die deutsche eintrat; was ihn dabei geleitet haben kann, darüber will ich mich nicht äußern. Ich bin gewohnt, den Widerstand des Herrn Abgeordneten Richter auf allen Wegen zu finden, die ich in der inneren sowohl wie in der auswärtigen Politik zu gehen habe, und sehe überall mich der Nothwendigkeit gegenüber, diesen Widerstand, der durch eine sehr eindringliche und ausdauernde Beredsamkeit unterstützt wird, zu bekämpfen. Indeß, das ist seine Sache zu erwägen. Ich ergreife hier nur das Wort, um mich gegen diese Verwerthung der dynastischen Verwandtschaften in Fragen der auswärtigen Politik zu verwahren in meiner Eigenschaft als ein langjähriger und erprobter Diener unserer Dynastie und Seiner Majestät des Kaisers.

(Bravo! rechts.)

Es ist eine solche Einbeziehung dynastischer Interessen und Verwandtschaften in die großen nationalen Interessen, die zwischen zwei Nationen divergiren können, für die Dynastien niemals nützlich gewesen

(sehr richtig! rechts,)

und ich frage mich: was hat denn den Herrn Abgeordneten Richter bewogen, seine erste Aeußerung dadurch zu vervollständigen, daß er die Verwandtschaften unserer Dynastie in seine zweite Auflage derselben Aeußerung einbezog?

der seine Rede wirkt, läuft noch immer fort. Unsere Verhandlungen mit England sind ja im besten Wege, sie sind aber noch nicht abgeschlossen; und daß es auf die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht ist, wenn der Führer der Opposition im deutschen Reichstag, der sich an der Spitze der der Regierung entgegenstehenden Majorität befindet, in dem Augenblick, wo streitige Interessen diskutirt werden, für die fremdländischen Partei nimmt, — nun, meine Herren, das ist nach englischen Begriffen doch sehr wohl erklärlich! Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Herr Abgeordnete Richter, wenn nicht ganz isolirt, doch mit wenigen Gefährten steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß das nicht wahrscheinlich ist, wird einem Deutschen, der unsere Politik versteht und aus deutschen Gesichtspunkten beurtheilt, einleuchtend sein; aber für einen Engländer — nach dessen parlamentarischen Auffassungen — ist es ganz natürlich.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter täuscht sich über das Gewicht seines Auftretens wenigstens in England. Der Abgeordnete Richter hat in England ein viel größeres Schwergewicht als bei uns in Deutschland.

(Heiterkeit rechts.)

Ich muß darauf aufmerksam machen: der, welcher an der Spitze der Opposition gegen die Regierung steht, an der Spitze einer Majorität, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie bringt, ist doch für England der herrschende Punkt, der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so ausschließlich Platz greift, wie es in England der Fall sein dürfte.

Ich habe das angeführt, was der Herr Abgeordnete Richter in seiner ersten Rede gesagt hat. Wenn ich nun zwei Seiten weiter umschlage, so finde ich, daß er genau denselben Gedanken nochmals wiederholt hat; er schien eines vergessen zu haben und nachholen zu müssen: das waren die verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastie. Die zweite Wendung ist im Uebrigen ganz identisch mit der ersten, sie hat wenige Minuten nachher unter wiederholter Meldung zum Wort stattgefunden. Ich muß daher annehmen, daß Herr Richter auf diese Einschaltung ein

ganz besonderes Gewicht gelegt hat. Er sagt, daß er überzeugt sei,

die Ansichten weiter Kreise im deutschen Volke zu vertreten

— denke ich mir; der Satz ist nicht ganz zusammenhängend —

die sich keineswegs durch parlamentarische Debatten, die an dieser Stelle wenigstens durchaus überflüssig sind, in einen künstlichen Gegensatz zu einem uns stammverwandten Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist, wollen hineinbringen lassen.

Nun, der Herr Abgeordnete Richter hat nicht im Sinne der von dem Herrn Abgeordneten Windthorst akzentuirten Einigkeit aller Parteien gegenüber dem Ausland gehandelt, indem er gerade in diesem Moment, bei divergirenden und rivalisirenden Interessen zweier Nationen, für die andere Seite und nicht für die deutsche eintrat; was ihn dabei geleitet haben kann, darüber will ich mich nicht äußern. Ich bin gewohnt, den Widerstand des Herrn Abgeordneten Richter auf allen Wegen zu finden, die ich in der inneren sowohl wie in der auswärtigen Politik zu gehen habe, und sehe überall mich der Nothwendigkeit gegenüber, diesen Widerstand, der durch eine sehr eindringliche und ausdauernde Beredsamkeit unterstützt wird, zu bekämpfen. Indeß, das ist seine Sache zu erwägen. Ich ergreife hier nur das Wort, um mich gegen diese Verwerthung der dynastischen Verwandtschaften in Fragen der auswärtigen Politik zu verwahren in meiner Eigenschaft als ein langjähriger und erprobter Diener unserer Dynastie und Seiner Majestät des Kaisers.

(Bravo! rechts.)

Es ist eine solche Einbeziehung dynastischer Interessen und Verwandtschaften in die großen nationalen Interessen, die zwischen zwei Nationen divergiren können, für die Dynastien niemals nützlich gewesen

(sehr richtig! rechts,)

und ich frage mich: was hat denn den Herrn Abgeordneten Richter bewogen, seine erste Aeußerung dadurch zu vervollständigen, daß er die Verwandtschaften unserer Dynastie in seine zweite Auflage derselben Aeußerung einbezog?

Ich bin bei dem Herrn Abgeordneten Richter ebenso gut wie bei anderen hervorragenden Parlamentariern gewohnt, daß sie nicht so leicht etwas ohne Ursache thun, daß irgend eine Berechnung auf die Wirkung, die sie erzielen könnten, dahinter steckt.

Nun ist das Hineinziehen der dynastischen Verwandtschaften in die internationalen Interessen erfahrungsmäßig in der Geschichte den Dynastien niemals nützlich gewesen, es sind stets die Gegner der Dynastien gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund geschoben haben bei internationalen Fragen.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich brauche gar nicht so weit zurückzugreifen, daß ich an die Zeit der ersten französischen Revolution erinnere, wo es der Dynastie der alten französischen Könige außerordentlich nachtheilig war, daß man den Verdacht verbreiten konnte, als ob die nahe Verwandtschaft des französischen Hauses mit dem österreichischen Hause die französische Politik im österreichischen Sinne beeinflußte. Jedermann, der die Geschichte der damaligen Zeit mit Aufmerksamkeit liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß das ein mächtiges Hilfsmittel der Gegner des Königshauses war, das letztere der österreichischen Politik zu verdächtigen. Wenn ähnliches in England passirte, würde man da nicht sofort von german influence oder foreign influence in irgend einer Weise sprechen? Würde es einem englischen Parlamentarier, namentlich von der der freisinnig-radikalen etwa entsprechenden Richtung einfallen, die Verwandtschaften der in England regierenden Dynastie mit deutschen Häusern dafür anzuführen, daß England in den Interessen der Nation sich nachgiebig gegen Deutschland erweisen möge? Ich glaube kaum, daß dies jemand in England riskiren würde. Ich habe sonst bei dem Herrn Abgeordneten Richter niemals gefunden, daß er für dynastische Verwandtschaften und Einflüsse ein wesentliches Interesse an den Tag gelegt hätte

(Heiterkeit rechts,)

und ich bin deshalb nothwendig veranlaßt, darüber nachzudenken, welche Gründe ihn in diesem Falle veranlaßt haben können, das Gewicht der dynastischen Verwandtschaft in die Wagschale in seinem Plaidoyer für England mit einzuwerfen.

Auch aus unserer eigenen neuesten Geschichte darf ich wohl daran erinnern, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern

unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft derselben mit dem russischen Kaiserhause jederzeit ausgebeutet worden ist, um sie als abhängig, als beeinflußt von dem Auslande darzustellen. Ich brauche Sie nur zu erinnern — oder vielleicht haben es viele von Ihnen nicht gelesen; aber ich habe es damals gelesen — an das bekannte Gedicht von Herwegh, wo er in etwas gezwungenem Reim auf Meleager sagt: „Behüt' uns vor dem Zaren, deinen Schwager!“ — Dieselbe Tonart, die Herwegh im Jahre 1840 und 1841 anschlug, zog sich durch das ganze Jahr 1848. Im Jahre 1848 war es ja in Plakaten überall zu lesen: „Die Russen kommen!“ — Für die Popularität der eigenen Dynastie war die Behauptung dieses fremden Einflusses niemals nützlich. Ich bin der Behauptung ja noch begegnet im Anfange meiner ministeriellen Laufbahn zu den Zeiten der polnisch-russischen Kartellkonvention. Was wurde hauptsächlich gegen die Politik Seiner Majestät des Königs, die ich damals vertrat, ausgespielt? Unsere Abhängigkeit von Rußland in Bezug auf die Kartellkonvention, in Bezug auf alles; kurz, es wurde die Dynastie im Lande verdächtigt, daß sie nicht die nationalen Bedürfnisse allein, sondern auch ihre verwandtschaftlichen Rücksichten auf die nahestehende russische Dynastie in der Politik mit zum Ausdruck brächte. Diese historischen Erinnerungen und Erwägungen und das wenige Vertrauen, das mir der Royalismus des Herrn Abgeordneten Richter einflößt

(Heiterkeit rechts),

nöthigen mich, hier seiner Bezugnahme auf dynastische Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegenzutreten, daß das Gewicht der deutschen Dynastien und insbesondere unserer Kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jederzeit auf Seiten der nationalen Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Wage fallen wird.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Nachdem hierauf die Abgg. Dietz, Baron Zorn von Bulach und Dr. von Jazdzewski gesprochen, welch' letzterer dagegen Protest erhob, daß der Reichskanzler sich in Anklagen gegen die Polen ergehe, während diese für sich geltend machen könnten, daß die Umsturzideen des Nihilismus, Anarchismus und Sozialismus an

ihrer Festigkeit abprallen, erhielt noch der Abg. Lohren das Wort. Nach diesem sprach der Reichskanzler, Folgendes bemerkend (Stenogr. Ber., S. 1854 ff.):

Der Herr Abgeordnete für Krotoschin hat sich vorher dahin geäußert, daß ich in meiner vorgestrigen Rede seine Fraktion ungerecht beschuldigt hätte, als ob sie zu denen gehörte, deren Ideale nur durch Störung der Einheit des deutschen Reiches, nur durch Losreißung von Landestheilen von einzelnen Staaten, die das deutsche Reich bilden, verwirklicht werden könnten. Er hat nach dem, was mir darüber gemeldet ist, aus dem Zusammenhange meiner Worte geschlossen, daß ich auch seine Fraktion gemeint hätte. Das ist ja außer Zweifel; das braucht man nicht aus dem Zusammenhange zu verstehen. Ich habe es ganz ausdrücklich gesagt.

Der Herr Abgeordnete hat aber doch meine Aeußerungen ein klein wenig verschoben, indem er mir die Behauptung in den Mund legt, daß die Fraktionen, von denen ich sprach, förmlich darauf spekulirten, denjenigen Krieg hervorzurufen, der, wenn er unglücklich für Deutschland abliefe, dahin führen könnte, ihre offen ausgesprochenen Ideale zu verwirklichen. Nun, meine Herren, wenn ich das gesagt hätte, ob ich mich da von der objektiven Wahrheit so weit entfernt hätte, das will ich hier unentschieden lassen; ich bin auch nicht verpflichtet, mich darüber auszusprechen, denn ich habe es nicht gesagt. Ich will aber das, was ich gesagt habe, nochmals richtig stellen durch Wiederanführung der Hauptstellen, auf deren Auslegung es hier ankommt, und ich glaube, daß die Versammlung davon überzeugt werden wird, daß ich niemanden über Gebühr angeschuldigt und belastet habe in den Voraussetzungen, die ich hier aussprach. Ich habe gesagt:

> Es ist die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen.

— Das ist eine allgemeine Wahrheit, die der Herr Abgeordnete nicht wird erschüttern können. —

> Mir ist das in meiner Erfahrung wiederholt entgegengetreten, und wir haben bei uns im Reiche ja Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch

> Krieg und zwar durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können.

Ich frage den Herrn Abgeordneten: ist nicht die Herstellung des Königreichs Polen eins von den offen aufgestellten Idealen seiner Landsleute und namentlich der Fraktion, die hier vertreten ist? Er wird das nicht bestreiten. Er sagt aber: wir wollen die Wiederherstellung nicht durch Krieg, wir wollen sie durch den Druck der öffentlichen Meinung erreichen. Ja, meine Herren, das ist absolut unmöglich; das Ideal, das ich früher anführte, die Losreißung von Provinzen von dem preußischen Staate, wie er heute unter der Garantie des deutschen Reiches steht, ist nur durch Krieg möglich oder durch ein anderes Mittel, ebenso gewaltsam, durch Revolution. Zwischen den beiden allein steht die Wahl. Es gibt keine andere Auslegung; der Druck der öffentlichen Meinung, und was man sonst noch vorgeben mag, kann nicht gemeint sein. Es liegt ja allerdings im Interesse der Herren, mit ihren Absichten nicht zu früh an den Tag zu treten und einen Mantel über dieselben zu breiten und sich dadurch das Recht zu erkaufen, in dem Schoße des deutschen Reichstags das deutsche Reich zu bekämpfen. Aber in unserem Interesse, in dem der Regierungen liegt es, jede Verdunkelung in diesem Punkte nach Möglichkeit zu verhüten und die Absichten derer, die uns und, wie wir glauben, der Zukunft des Reiches in ihren letzten Plänen feindlich gegenüberstehen, offen an den Tag zu legen, damit die Nation weiß, woran sie sich zu halten hat, woran sie ist.

(Bravo! rechts.)

Ich habe weiter gesagt:

> Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens.

Den Gedanken an Revolution habe ich aus Rücksicht auf den Ort, an dem wir uns befinden, unterdrückt; er ist aber doch das einzige, was übrig bleibt, wenn man sagt, daß man an einen Krieg nicht denke; das andere ist eine Redensart, an die kein Mensch glauben wird, und die man nur unter Umständen vor Gericht, wo man nicht gezwungen werden kann, über seine Gedanken Auskunft zu geben, hinstellen kann; der Richter muß sich damit zufrieden geben, er kann nichts anderes thun. Ob aber der Richter, hier das deutsche Volk, sich mit dieser Aus-

kunft zufrieden geben wird: wir erwarten die Wiederherstellung des Königreichs Polen auf Kosten der preußischen Provinzen von dem Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland, — ja, meine Herren, das glaube ich doch nicht.

(Heiterkeit.)

Also ich sagte:

> Die Herstellung des Königreichs Polen u. s. w. ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich — das alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewissermaßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen —

Ob auch der Herr Abgeordnete für Krotoschin zu den strebsamen Mitgliedern seiner Fraktion gehört, das überlasse ich ihm selbst zu ermessen; ich habe die Fraktion im Ganzen noch nicht angeklagt und auch nicht davon gesprochen, daß die Herren nach der angegebenen Richtung förmlich spekuliren; ich habe mich schonend ausgedrückt:

> wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen eine gewisse Ungeduld empfinden darüber, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen suchen. Wir sehen, daß chauvinistische und namentlich polnische Blätter darauf ausgehen —

und ich füge hinzu: auch polnische Blätter, die in Petersburg in russischer Sprache redigirt werden, die aber entschieden im polnischen Interesse und von Polen geschrieben und mit polnischem Gelde unterhalten werden, ich könnte die Namen nennen —

> diese Ziele, sagte ich weiter, können doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland und Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschlachtung, der fremden Willkür preisgegeben sind.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete hat im Interesse seiner eigenen Landsleute nicht wohl gethan, mich durch seinen Angriff zu nöthigen, diese meine gestrige Aeußerung noch einmal zu unterstreichen und ihr eine weitere Publizität durch eine nochmalige Wiederholung zu verschaffen. Ich glaube, daß die Herren aus den polnisch redenden Landestheilen überhaupt ihrem Interesse besser dienen würden, wenn sie die Regierung des Landes und des Reiches bis auf Weiteres unterstützten. Sie können eben nur durch einen unglücklichen Krieg ihre außerhalb unserer staatlichen Existenz liegenden Ideale verwirklichen. Findet aber dieser unglückliche Krieg statt, dann werden die Herren ja doch davon profitiren; und das gilt auch für andere zentrifugale Bestrebungen. Sie können ja den Erfolg des Krieges ruhig abwarten und können inzwischen der staatlichen Gemeinschaft, in der Sie sich nach Gottes Willen einstweilen befinden, nach dem Spruche: „Seid unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat" — und das möchte ich namentlich auch den konfessionellen Fraktionen ans Herz legen — ruhig und ehrlich dienen. Der Vortheil, den Sie von einem unglücklichen Kriege für Ihre antistaatlichen Ideale haben können, der läuft Ihnen deshalb nicht weg.

(Heiterkeit.)

Wenn das deutsche Reich zertrümmert, wenn Preußen zerschlagen und niedergeworfen ist, ja dann kommt es nur darauf an, durch wen; das heißt, ob unsere polnischen Provinzen einem anderen Reiche einverleibt werden, oder ob der Sieger ein solcher ist, der seinerseits ein Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat; im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen, Sie mögen in der Zwischenzeit sich gegen die jetzige Regierung freundlich benommen und Ihren Landsleuten und Ihrem engeren provinziellen Gemeinwesen das Wohlwollen der jetzigen Regierung erworben haben oder nicht. Das wird sich dabei ganz gleich bleiben, und die Resurrektion des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihr Zuthun vom Auslande selbst gemacht werden; denn es giebt ausländische Bestrebungen, denen eine Zerreißung der preußischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elementes in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann. Also warten Sie doch ruhig ab, bis der unglückliche Krieg gekommen und geführt ist, und enthalten Sie sich der Sünde, ihn an die Wand zu

malen; denn die Hoffnung, ihn dadurch zu beschleunigen und herbeizuführen, ist doch eine eitle, die wird sich nicht verwirklichen! Die Regierungen sind sich in ihrem Interesse dazu zu klar, die Regierungen sowohl innerhalb Deutschlands wie außerhalb Deutschlands.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Als nach dem Reichskanzler der Abg. Dr. Virchow in längerer Rede die Ausführungen des Abg. Richter gegen die Auslegung derselben durch den Reichskanzler in Schutz genommen und verschiedene Argumente für seine Behauptung, daß Fürst Bismarck sich die überseeischen Plätze ausgesucht, vorgebracht hatte, erwiderte der Reichskanzler (Stenogr. Ber., S. 1862 ff.):

Der Herr Vorredner hat meine Ausführungen ein klein wenig verschoben, — im letzten Theil seiner Rede; auf den Haupttheil derselben habe ich nichts zu erwidern, nur in Bezug auf den Schluß. Die Verschiebung charakterisirt sich am besten durch die Behauptung des Herrn Vorredners: es sei doch nicht zu verwundern, wenn der Herr Abgeordnete Richter neulich, nachdem er den Akzent darauf gelegt, daß England mit uns durch die germanische Abstammung stammverwandt sei, gemeinsame Kämpfe mit uns bestanden habe, hinzugefügt hätte, daß auch die Dynastien verwandt wären. Die Argumentation des Herrn Abgeordneten Richter war, wie der Text zeigt, genau die umgekehrte; er hat die dynastische Frage voran und die anderen in zweite Linie gestellt.

(Rufe links: Nein!)

— Ja, meine Herren, ich berufe mich auf den Text. Nach Herrn Virchow hätte der Herr Abgeordnete Richter neulich gesagt, daß wir nicht nur durch die germanische Abstammung und die gemeinsame Geschichte verwandt wären, sondern auch noch durch die Dynastien. Er hat aber gesagt, daß wir nicht nur durch unsere Dynastien, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt wären; — er hat die Dynastie in den Vordergrund gestellt. Es käme ja an und für sich auf diese Wortstellung gar nicht an; ich mache auf dieselbe nur aufmerksam, weil sich darin die ganze Verschiebung charakterisirt, die der letzte Herr Redner mit meinen Argumenten vorgenommen hat.

Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als ob die Anführung des Herrn Richter eine ganz nebensächliche gewesen wäre, die ich Unrecht thäte so aufzunehmen, und er hat außerdem gesagt, man wäre an dergleichen gewöhnt. Nun, meine Herren, das kann ich doch nicht zugeben. Wo ist denn bei uns die Gewohnheit, namentlich auf Seite der Fraktion, der der Herr Abgeordnete Richter angehört, auf die Verwandtschaften der Dynastien bei politischen Erwägungen und internationalen Fragen ein besonderes Gewicht zu legen? Meine Gewohnheit reicht ziemlich lange zurück, aber der Fall ist mir noch nicht vorgekommen.

(Sehr wahr! rechts.)

Es ist ja eine Aeußerung in dem Munde des einen etwas anderes als in dem Munde des anderen. Wenn ein enthusiastischer Royalist dergleichen Aeußerungen thut, nun, so liegt das in der Konsequenz seiner Gesinnung; wenn aber der Herr Abgeordnete Richter die Dynastie ins Gefecht zieht, so habe ich nicht von Hause aus die Ueberzeugung, daß er das gerade im Interesse der Dynastie thut.

(Oho! und Unruhe links. Sehr wahr! rechts.)

Meine Herren, ich behaupte damit noch nicht, daß er bewußterweise die Dynastie schädigen will; aber ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete Richter für die Dynastie dieselbe Feinfühligkeit hat wie ein Royalist von meinem Schlage zum Beispiel.

(Unruhe links.)

Es ist vielleicht der Schaden, den er der Dynastie anthut, wenn er sie in einen gewissen Gegensatz mit nationalen Interessen bringt, dem inneren Auge des Herrn Abgeordneten Richter nicht so klar wie dem meinigen. Er hat auch vielleicht nicht die Liebe zu dem dadurch geschädigten Prinzip, die mich feinfühlig macht. Ich habe nur behauptet, daß die Aeußerung des Herrn Richters, das Hineinziehen der dynastischen Fragen in internationale, den Dynastien nicht nützlich sei, und ich richte die Frage an jeden, der ehrlich und ruhig mir antworten will: ist es für die Dynastie ein Vortheil, wenn man bei internationalen Fragen darauf hinweist, daß verwandtschaftliche Rücksichten doch eine gewisse gegenseitige Nachsicht, das heißt ein minder scharfes Wahrnehmen der eigenen nationalen Interessen, empfehlenswerth machen könnten? Erweist man damit der Dynastie einen Dienst? Ich habe auf historische

Fälle verwiesen, wo Dynastien dadurch geschädigt worden sind. Ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete Richter mit mir an demselben dynastischen Strang zieht; ich glaube nicht, daß, wenn er von Dynastie spricht, er dasselbe Gefühl tiefer innerer Anhänglichkeit und Ehrerbietigkeit damit verbindet, wie ich es thue.

(Oho! und Unruhe links. Bravo! rechts.)

— Ich glaube das nicht, meine Herren, und Sie werden mich davon schwer überzeugen. Unsere ganze politische Vergangenheit spricht dagegen, — und ich rufe die öffentliche Meinung gegen Ihre mißbilligenden Ausrufe zum Richter darüber an, ob sie in dem Herrn Abgeordneten Richter jemals einen dynastischen preußischen Politiker sehen wird.

Dann hat der Herr Vorredner in seiner Aeußerung die politische Bedeutung, die der Herr Abgeordnete Richter in England als Führer der Opposition hat, doch unter das wirklich vorhandene Niveau heruntergedrückt; er hat bei den Engländern ein Verständniß für unsere Verhältnisse vorausgesetzt, wie es nicht vorhanden ist. Es ist mir erinnerlich, daß zur Zeit, wie die Samoadebatten hier waren — es ist schon ziemlich lange her — der Botschafter einer westeuropäischen Macht hier anwesend war und den Herrn Abgeordneten Richter gehört hat. (Abg. Richter ruft: Ich habe damals gar nicht gesprochen!) — Nicht? sollte es wirklich nicht der Fall sein?

(Zurufe links: Nein!)

— Nun dann muß dieser Botschafter den Herrn Abgeordneten mit jemand anderem verwechselt haben.

(Heiterkeit links.)

Nun, ich erinnere mich der Samoadebatte nicht mehr so genau, wohl aber einer Konversation mit dem erwähnten Botschafter, welcher sagte — —

(Zurufe links.)

— Nun bitte ich, mich nicht wieder zu unterbrechen; ich lasse mich einmal auf ein Zwiegespräch ein, aber nicht zweimal. — Der Herr Botschafter sagte mir — und das ist das einzige Faktum, das ich verbürgen kann —, es sei ihm sehr unwahrscheinlich und überraschend, daß der Herr Abgeordnete Richter bei uns noch nie Minister gewesen sei; er könne sich die Rolle, die er spiele, nicht erklären, wenn er noch nie Minister gewesen sei und keine Aussicht habe, es zu werden. Ich sagte: Ueber

das letztere habe ich kein Urtheil, aber gewesen ist er es noch niemals.

(Heiterkeit.)

Und darin wird er mir Recht geben.

Ob dieser Botschafter seine Verwunderung darüber, daß ein Abgeordneter, der diese Rolle bei uns im Parlament spiele, noch nie Minister gewesen sei, gerade aus einer Rede über die Samoafrage geschöpft hat oder nicht, weiß ich nicht, ich habe nur gesagt: in der Zeit der Samoadebatte war es, um zu zeigen, daß es nicht ein novissimum sei. Der Herr Abgeordnete ist ja seitdem gewachsen an Bedeutung und Ansehen in seiner Partei; er ist heutzutage in seiner Herrschaft über die Partei

(lebhafter Widerspruch links),

über die sehr bedeutende Partei kaum mehr angefochten. — Meine Herren, Sie (nach links), die Sie darüber murren, — ist einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht?

(Große Heiterkeit auf beiden Seiten des Hauses)

der gegen ihn mit Widerspruch aufzukommen vermag? Hier vor dem Publikum haben Sie den Muth, dagegen zu murren; wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich thun.

(Große Heiterkeit.)

Und daß ein Mann von der persönlichen Bedeutung Herrn Richters nicht einmal bei uns Minister werden sollte, — mein Gott, man braucht noch gar nicht Engländer zu sein, um zu glauben, das er es einmal wird.

Aber ich habe nur das Wort genommen, um mein Bedauern darüber zu wiederholen, daß der Herr Abgeordnete Richter die Bezugnahme auf die dynastische Verwandtschaft nicht gestrichen hatte, — und mein Bedauern darüber, daß ich mit dieser meiner Auffassung im Irrthume gewesen sei.

Der Herr Abgeordnete Virchow hat behauptet, daß die Rede, die Herr Richter hier gehalten hat, in Bezug auf die Verhandlungen, die in England schwebten, einen Einfluß gar nicht üben könnte, und er hat zur Unterstützung dessen angeführt, daß er in keinem englischen Blatte etwas über die Rede des Herrn Abgeordneten Richter gelesen hätte. Ja, die Politik wird eben doch nicht ganz ausschließlich durch die Zeitungen gemacht. Ich habe es zu spüren geglaubt, daß in der Bereitwilligkeit, mit der uns von englischer Seite im ersten

Augenblicke entgegengekommen wurde, ein Kallentando eingetreten ist; ob dies propter hoc oder post hoc gewesen ist, das muß ich unentschieden lassen. Ich schreibe das einigermaßen dem Eindrucke zu, daß man gefunden hat, in unseren Ansprüchen, die wir England gegenüber verfechten, stände doch nicht die ganze Nation hinter uns. Wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstage seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England natürlich den Eindruck: die Nation in ihrer Gesammtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und ihrer Politik. Es schlägt das in das Fach hinein, das ich schon öfter besprochen habe: eine koloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem — ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen, entschlossenen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage und zwar in der Mehrheit des Reichstages und auch durch die Führer derselben findet. Zu den Führern dieser Mehrheit gehört doch der Herr Abgeordnete Richter; und daß er diese nationalen Aspirationen nicht theilt, ebenso wenig theilt, wie die Führer der anderen Hälfte der Majorität, des Zentrums, — ja, meine Herren, das liest man aus ihren Reden hinlänglich heraus. Daß das unsere Stellung bei den Verhandlungen mit dem Auslande wesentlich abschwächt, das muß doch jedes Kind einsehen, und ich weiß nicht, wie wir hier darüber streiten können. Eine Regierung, die ihre ganze Nation hinter sich hat, die tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Auslande gegenüber auf als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht. Ich muß mich da an die Wortführer der Opposition halten, und einer derer ist der Herr Abgeordnete Richter, der seine Opposition ausdrücklich mit der Rücksicht auf die Schonung, die wir England aus dynastischen und anderen Interessen schuldig wären, begründet hat.

Der Herr Abgeordnete Virchow hat mir vorgeworfen — dem Reichskanzler, wie er sich ausdrückte — daß ich gerade die Plätze ausgesucht hätte, die keiner hätte haben wollen. Es fehlt nicht viel, so würde er in dem Sinne, den ich ja an seinen Geschäftsfreunden gewohnt bin, mich als die Wurzel alles Uebels

zu betrachten, mir auch noch die Malaria aufgebürdet und behauptet haben

(Heiterkeit),

daß ich die expreß erfunden habe, um das deutsche Volk mit irgend einem reaktionären Plane zu schädigen. Ich muß die ganze Kette seiner Argumente zurückweisen, die davon ausgeht, daß ich die Plätze ausgesucht hätte. Das ist nicht wahr; der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht und hat von mir Schutz gefordert und zwar im Apell an die Würde des Reiches und an das Ansehen unserer Flagge im Auslande.

Wenn der deutsche Handel sich diese ungesunden Plätze aussucht und dort seine Faktoreien hat, so muß er doch glauben, daß er dort leben könne, so muß auch das Klima für weiße Leute möglich sein. Aber kurz und gut, ich kann darüber nicht rechten. Der Herr Abgeordnete Virchow ist ja in Bezug auf klimatische und anthropologische Fragen viel sachverständiger als ich. Aber wenn ein deutscher Unternehmer das deutsche Reich um Protektion anruft — soll ich dann erst das Gesuch zur Begutachtung an das medizinische Amt

(Heiterkeit),

dessen Mitglied der Herr Abgeordnete Virchow ist, richten und ihn fragen: können Sie mir auch ein Sanitätsattest für das Klima abgeben? Das würde das Geschäft doch sehr verweitläufigen. Außerdem glaube ich auch nicht, daß der Abgeordnete Virchow in dieser Beziehung eigene Erfahrung hat sammeln können; er wird sie aus Büchern und Schriften und Beobachtungen anderer genommen haben, die uns allen zugänglich sind. Ich habe einen großen Glauben an seine wissenschaftliche Autorität in allen Dingen, die er selbst gesehen und erkannt hat, und deshalb gerade nicht an seine Ueberzeugung auf politischem Gebiet; aber in Bezug auf anthropologische ganz sicher, so weit seine eigene Forschung reicht; hier aber in Bezug auf Neu-Guinea und anderes ist er ebenso gut wie wir auf die Erzählungen anderer angewiesen. Ich habe weder Neu-Guinea noch Alt-Guinea ausgesucht, sondern der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht, und ich habe mir die Frage vorlegen müssen: wollen wir ihn dort schützen in seinen Unternehmungen oder nicht? — und habe sie mit Ihnen zusammen in der Hauptsache bejaht. Wenn ich darin Ihre Unterstützung finde, so werden wir ihn schützen; wenn ich die Unterstützung nicht finde,

so werden wir ihn nicht schützen. Der deutsche Handel hat sich dafür beim deutschen Reichstag zu bedanken; aber die verbündeten Regierungen sind daran unschuldig.

Dann hat der Herr Abgeordnete, glaube ich, den Begriff „Kolonie" doch zu doktrinär aufgefaßt; er hat uns über die Etymologie des Wortes zwar aufgeklärt, aber ich glaube, daß der Begriff dessen, was man modern unter Kolonie versteht, dabei etwas zu kurz gekommen ist. Er leitet es von colere und colonus ab und bringt die Kolonien alle in Verbindung mit Ackerbau. Ich sehe darin einen erfreulichen Beweis, daß tief im Herzen des Herrn Vorredners doch auch die Ueberzeugung schlummert, daß der Ackerbau von allen Gewerben das wichtigste ist. Das, was er Kolonie nennt, ist also nicht nur in Neu-Guinea, sondern auch in Brandenburg, Pommern, Westfalen und Württemberg der Fall. Es ist der Ackerbau eben überall. Es ist unwillkürlich das in seiner Partei sonst nicht gern zugegebene Axiom über seine Lippen gekommen, daß der Ackerbau, mit anderen Worten die Landwirthschaft, das Hauptgewerbe des Menschen ist, und daß die ganze menschliche Existenz auf ihm basirt und roulirt. Deshalb braucht aber noch nicht alles das, was wir nach dem heutigen modernen Begriff, der sich von dem etymologischen doch ziemlich losgesagt hat, unter Kolonie verstehen, eine Ackerbaukolonie zu sein; es können Plantagenkolonien mit fremden Arbeitern sein. Wenn der Herr Vorredner darin eine abschreckende Erfahrung gesehen hat, daß in Westindien die weiße Bevölkerung sich nach der Aufhebung der Sclaverei nur noch auf 5 Prozent belief, so wäre ich sehr dankbar gewesen, wenn er diese Mittheilung durch eine Angabe darüber vervollständigt hätte, auf wie viel Prozent sie sich denn früher belaufen hat. Sehr viel über 5 Prozent kann die weiße Bevölkerung in jenen Gegenden niemals betragen haben. Es ist das eben eine Plantagenkolonie gewesen, und das können einige der unsrigen auch werden; die basiren auf Arbeitskräften, die an das Klima gewöhnt sind. Ich will mich nicht darauf einlassen, ob der Deutsche sich allmählich akklimatisirt, wie der Herr Vorredner uns das in drei oder vier Generationen vielleicht versprochen hat; ich will auch nicht empfehlen, mit Rücksicht auf die Akklimatisation vielleicht den Anwohner unserer nördlichen Provinzen, den Pommer und Uckermärker, zu Hause zu lassen und den südlicheren Sachsen und Schwaben vielleicht

als schon etwas akklimatisirter dahin zu schicken, wie die Engländer das ja machen, indem sie ihre Truppe zuerst nach Malta und Gibraltar schicken, ehe sie sie in tropischen Gegenden verwenden. Ich glaube, wir bedürfen dieser Akklimatisirung gar nicht; die hanseatischen Kaufleute, die uns da vorausgegangen sind, leben doch in jenen Gegenden und treiben das Geschäft, das für den Deutschen dort zu treiben ein Bedürfniß ist; sie betreiben es, ohne wie die Fliegen dahin zu sterben. Es ist in Afrika überhaupt von einem Ackerbau, von colere in diesem Sinne gar nicht die Rede; da ist nur von Handeltreiben einstweilen die Rede. Ob das in Ostafrika anders sein wird, das wollen wir abwarten.

Der Herr Vorredner meint, wir hätten das imperial charter etwas zu früh lanzirt; ich glaube aber, wenn wir damit lange gewartet hätten, dann würden wir überhaupt nicht in die Lage gekommen sein, uns die Frage vorzulegen, ob wir dort eine deutsche Kolonie für möglich halten wollen. Längst würden andere zugegriffen haben, wenn wir auch nur einige Monate damit gewartet hätten. Das ist diese beschauliche und behagliche Art des Abwartens, ob die Tauben nicht noch etwas besser angebraten werden können, ehe man den Mund öffnet, um sie entgegenfliegen zu machen.

Aber die Regierung hat geglaubt, sich auf diese abwartende Stellung, die ja sehr viel bequemer und sehr viel weniger verantwortlich ist — für träge Minister wäre sie ja außerordentlich angenehm —, nicht zurückziehen zu dürfen; sondern sie hat den Augenblick wahrgenommen, um dort ein Thor für deutsche Arbeit, deutsche Zivilisation und deutsche Kapitalanlage offen zu halten. Wenn das, was hinter diesem Thore liegt, sich nicht so bewährt, so ist das Aufgeben dessen ja immerhin möglich. Sie gaben für Versuchsstationen — ich weiß nicht was, für Aquarien und dergleichen im Ausland — in unserem Budget doch ganz erhebliche Summen, die mit dem, was für Kamerun bewilligt ist, vollkommen in die Schranken treten können: warum wollen Sie nicht uns einmal erlauben, eine Versuchsstation zu öffnen das erste Mal in diesem Leben für deutsche überseeische Unternehmungen, namentlich da für diese, die die Mißgunst des Herrn Vorredners auf sich gezogen zu haben scheint, einstweilen gar nichts gefordert wird?

Wir sind alle darüber einig: Sie werden die afrikanische Linie einstweilen nicht bewilligen, was ich sehr bedaure; wir werden, wenn Sie sie ablehnen, Ihnen aber sehr gern wieder Gelegenheit geben. Wir halten sie für nothwendig und nützlich, und vielleicht würde gerade eine solche Linie das Samenkorn dorthin tragen, das die Anlage dort fruchtbar machen kann.

Ueber die Gegenden westlich von dem Reiche Zanzibar, über die dieses imperial charter ausgestellt ist, habe ich noch in keiner Beschreibung von den Leuten, die da gewesen sind, etwas Nachtheiliges erfahren; im Gegentheil, die gelten nach dem Zeugniß der Engländer, Amerikaner, Belgier, Deutschen, die ich darüber gesprochen habe, für den besten Theil von dem ganzen Innern von Afrika: die Gegenden zwischen der Westgrenze des Sultanats von Zanzibar und den großen Seen, die in der afrikanischen Nilquellengegend sich befinden. Der Herr Vorredner hat dieselben in seiner Aufzählung der ungesunden Gegenden nicht erwähnt; ich glaube, er hat sie vermieden, weil er seinerseits noch nichts Uebles von dieser Gegend gehört hat. Ich habe sehr viel gutes darüber vernommen, und aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich doch, die Frage nicht übers Knie zu brechen. Es handelt sich um einen Landstrich, der, glaube ich, fast so groß ist wie das Königreich Preußen, als ich geboren wurde, und der alle Klimaten, alle möglichen Arten von Vegetationen enthält, von der tropischen bis zur europäischen, und der von einem vergleichungsweise gesitteten und bildsamen Menschenschlage bewohnt wird; alle Vorbedingungen für eine Anknüpfung kolonialer Beziehungen, die man sich in der Theorie denken kann, treffen dort zu. Ob sich das praktisch bewährt und verwirklicht, meine Herren, dafür kann ich nicht verantwortlich sein, dafür sind verantwortlich die Leute, die da waren, und die Leute, die hingehen.

Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob man den unwissenden Deutschen verleite und an das Messer des Klimas liefern würde. Jeder ist seines Glückes Schmied, und wer dahin geht, hat eben einen Ueberschuß von Unternehmungsgeist und verwerthet denselben auf einem Gebiet, in einer Richtung, die bisher nur für unsere Jugend in Lesebüchern eine erhebliche Anziehungskraft hatte, ohne daß wir sehr viel erwachsene Mitbürger besäßen, die darüber mitzureden wüßten. Also lassen Sie sie doch! Wenn die deutsche Nation einen Ueberschuß von

Kraftgefühl, Unternehmungsgeist und Entdeckungsgeist in sich verspürt, so öffnen Sie ihr doch wenigstens ein Thor, durch welches sie das verwirklichen kann, und nöthigen Sie uns nicht, wie damals bei den Samoa-Verhandlungen, auf die ich schon vorhin anspielte, auch diese Vorlage wieder zu den Akten zu schreiben und zu sagen: ja, die Regierung würde sehr gern den Erwägungen und der Initiative des Handels folgen mit ihrem Schutz, aber ohne den Reichstag kann sie es nicht, und der Reichstag hat keine Neigung dazu. Bewahren Sie uns vor der Nothwendigkeit, meine Herren, die Schuld, daß auch hier den Deutschen nicht einmal freie Fahrt geöffnet wird, auf den Reichstag zu schieben!

(Lebhafter Beifall rechts.)

Als dann der Abg. Racke in einer von großer Unruhe des Hauses begleiteten Rede die Behauptung aufstellte, daß die konservativen Mitglieder der Kommission Instruktionen vom Reichskanzler erhalten hätten, und ferner darlegte, daß er seine Abstimmung von der Aufnahme seiner Redeweise, namentlich bei seinen Gegnern, abhängig machen werde, nahm der Reichskanzler nochmals das Wort. Derselbe entgegnete:

Ich ergreife nur das Wort, um eine irrthümliche Auffassung richtig zu stellen, welche der Herr Vorredner bezüglich meines Verhältnisses zu den konservativen Mitgliedern der Kommission hervorgerufen hat durch seine Aeußerung, daß den Herren eine Instruktion von Seiten des Reichskanzlers zugegangen sei. Meine Herren, es ist das ja ein trauriges Gewerbe, das von der einen Seite betrieben wird, die Meinungsäußerungen der gegnerischen Fraktion dadurch herunterzusetzen, daß man sie als Byzantinismus, als Inspiration der Regierung darstellt; und in welchem Irrthum — ich meine, in einem Irrthum, in dem ein Abgeordneter eigentlich nicht mehr befangen sein sollte — der Herr Vorredner dabei gewesen ist, geht daraus hervor, daß, wie ich glaube mit Bestimmtheit versichern zu können, ich während der ganzen Dauer der Kommissionssitzung mit keinem einzigen Mitgliede der konservativen Partei ein Wort über die Dampfervorlage gewechselt habe, auch nicht indirekt, auch nicht schriftlich. Ich erkläre also die Behauptung für eine Erfindung, die man zum Schaden einer Gegenpartei machen kann, die man

aber mit solcher Entschiedenheit doch nicht in die Welt schicken sollte, wenn sie absolut unwahr ist und so leicht widerlegt werden kann.

Im Uebrigen hat der Herr Vorredner ja selbst und mit einer gewissen Emphase erklärt, daß seine Abstimmung nicht von der Beurtheilung der Sache

(sehr richtig! rechts),

sondern von der Aufnahme abhänge, die seine Art zu reden in dieser Versammlung, namentlich bei seinen Gegnern gefunden hat. Wenn der Herr Vorredner seine Abstimmung davon abhängig macht, dann gebe ich allerdings die Hoffnung auf, ihn für unsere Sache zu gewinnen.

(Heiterkeit rechts).

Im Uebrigen will ich nur die Zweifel des Herrn Abgeordneten Richter an der Einschätzung seiner politischen und ministeriellen Bedeutung, die er mir gegenüber im Wege der Unterbrechung geltend machte, dadurch zu beseitigen suchen, daß ich ihm ein glaubwürdigeres Zeugniß, für ihn wenigstens glaubwürdiger als das meinige, dafür anführe; es ist das seines Fraktionskollegen, des Abgeordneten Bamberger, der zu derselben Zeit, von der ich sprach, in denselben Kreisen, die ich berührte, in denselben diplomatischen Kreisen, in derselben Weise der Verwunderung darüber, daß der Herr Abgeordnete Richter bisher noch nicht Minister gewesen sei, begegnet ist. In der Sitzung vom 27. April 1880 sagte der Herr Abgeordnete Bamberger:

> Wenn ein französischer Präfekt in Lille eine Rede hält oder ein englischer Homeruler in Dublin, dann sind wunderlicherweise unsere Zeitungen mit enggedruckten Spalten gefüllt, während die Ausländer kaum wissen, was bei uns vorgeht. Ich habe neulich eine merkwürdige Gelegenheit gehabt, das wieder bestätigt zu sehen. Ich war mit zwei Mitgliedern zweier verschiedener angesehener Gesandtschaften zusammen,

— es scheint also damals im diplomatischen Korps die Legende gewesen zu sein —

> es knüpfte das Gespräch an parlamentarische Angelegenheiten an, und der eine der Herren sagte: wie seltsam ist es doch, daß ein Mann von so großen

Leistungen wie Eugen Richter noch nicht Minister geworden ist! —

(hört, hört! rechts)

— darauf folgte eine ganz unberechtigte Heiterkeit —

worauf der andere erwiderte: wie, ist Herr Richter noch nie Minister gewesen? Dieser Herr ist schon mehrere Jahre hier bei einer großen Gesandtschaft. — Das sind so ungefähr die Aufmerksamkeiten, die man unseren Vorgängen schenkt u. s. w.

Dies genügt, um meine Auffassung mit dem ganz unverdächtigen Zeugniß eines Herrn, der mich sonst nicht zu unterstützen pflegt, zu belegen, daß der Herr Abgeordnete Richter das Gewicht, das das Ausland seiner Opposition gegen die Regierung beilegt, unterschätzt, und ich möchte ihn bitten, von der Bedeutung und dem Gewicht seiner Persönlichkeit sich eine klarere und richtigere Anschauung zu bilden als bisher.

(Bravo! rechts).

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Meier wurde dann der Antrag auf Schluß der Diskussion, worüber auf Antrag des Abg. Rickert namentliche Abstimmung erfolgte, mit 178 gegen 148 Stimmen angenommen. Es folgten zahlreiche persönliche Bemerkungen und ein kurzes Schlußwort des Referenten, Abg. Broemel. Nunmehr wurde zur Abstimmung geschritten, die theilweise eine namentliche war. Zunächst wurde ein Antrag Dietz, welcher zwischen den Worten „sowie“ und „Australien“ im § 1 die Worte „dem Festlande von“ eingeschaltet wissen wollte, abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr in namentlicher Abstimmung mit 170 gegen 159 Stimmen ein Antrag Richter, der dahin ging, im § 1 die Worte „sowie Australien“ zu streichen. Darauf wurde der Antrag Dietz und Genossen: auf Streichung der Worte „und Afrika“ im § 1, mit 166 gegen 157 angenommen. Ein Antrag Lohren, zwischen den Worten „andererseits“ und „auf,“ einzuschalten: „ferner zwischen Aden und Port Elisabeth“ wurde abgelehnt, die Anträge des Abg. Graf von Behr und des Abg. Dietz: hinter „geeignete“ das Wort „deutsche“ einzuschalten, dagegen angenommen. Ebenfalls angenommen wurden die ferneren Anträge dieser Abgeordneten: hinter dem Worte „Unternehmer“ die Worte „auf dem Wege der engeren Submission einzeln oder zusammen“ einzuschalten. Nach diesen Abstimmungen folgte die Abstimmung über die Zahlen. Da nur zwei Linien bewilligt worden waren, so glaubte der Präsident annehmen zu dürfen, daß das Haus sonach auch die von der Regierung geforderte Zahl von 5400000 Mark und die in dem Antrage Lohren geforderte Summe von 4900000 Mark

abgelehnt habe. Da kein Widerspruch erhoben wurde, so konstatirte der Präsident, von Wedell-Piesdorf, die Ablehnung beider Zahlen und ließ nunmehr über die vom Abg. Beiel beantragte Summe von 4000000 Mark abstimmen. Dieselbe wurde bewilligt. Durch diese Abstimmungen hatte der § 1 der Regierungsvorlage folgende Fassung erhalten:

„Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffsverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien andererseits auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Submission einzeln oder zusammen zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich vier Millionen Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen."

Es lag nun aber noch der Antrag Rintelen[1]) vor, über dessen Nr. I abermals namentlich abgestimmt wurde. Durch die Annahme dieser Nr. I würde § 1 der Regierungsvorlage in seiner nunmehrigen Gestalt wieder erledigt worden sein. Diese Nummer des Rintelen'schen Antrages wurde jedoch mit 170 gegen 154 Stimmen abgelehnt und demnächst der § 1 der Regierungsvorlage angenommen. Zur Geschäftsordnung nahm darauf der Abg. Freiherr von und zu Franckenstein das Wort, um zu erklären, daß — nachdem durch die Majorität des Hauses zwei Linien bewilligt worden — der zweite Theil des Antrages Rintelen abzuändern sei, und zwar dahin, daß es nicht „Hauptlinie," sondern „Hauptlinien" und nicht 200000 Mark, sondern 400000 Mark heißen müsse. Da in dem jetzigen Stadium der Berathung eine Abänderung nicht zulässig sei, so werde Redner eine solche bei der dritten Lesung beantragen. Darauf wurde die Nr. II des Antrages Rintelen, auf Einschaltung eines § 1a angenommen und dann die weitere Berathung vertagt.

Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung von Reichs-Stempel-Abgaben.

(Börsen-Steuer).

(Sitzung vom 4. Mai 1885. Stenogr. Berichte, Seite 2521 ff.)

Zur Berathung stand in dieser Session der Bericht der XI. Kommission über den derselben überwiesenen Antrag des Abgeordneten von Wedell-Malchow, betreffend Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung von Reichs-Stempel-Abgaben vom 1. Juli 1881. Wie der Berichterstatter der Kommission, Abg. Dr. Grimm hervorhob, waren es keineswegs neue Fragen und

---

[1]) Siehe Anlage III.

neue Verhältnisse, die den Gegenstand der Berathungen der Kommission bildeten. Bereits bei der Berathung des Reichs-Stempel-Gesetzes in den Jahren 1880 und 1881 waren dieselben Fragen sowohl im Reichstage als auch in dessen Kommission und späterhin bei Berathung des Antrages von Wedell-Malchow 1882 wiederum im Schooße derselben berathen worden. Das, was die Berathungen der jetzigen Kommission von den früheren unterschieden hatte, war wesentlich eine größere Uebereinstimmung der Mehrheit in Bezug auf die prinzipiellen Grundlagen, welche man dem zu erlassenden Gesetze geben sollte. Als Grundlage für das Gesetz hatte sich die Kommission für eine prozentuale Besteuerung des Börsengeschäftes nach dem Gedanken des Abg. von Wedell-Malchow entschieden und man hatte dazu als Form der Steuererhebung — gewissermaßen als Unterantrag dazu — die obligatorische Schlußnote acceptirt. Nach dem Berichterstatter, der sich vorbehielt, den Standpunkt der Kommission gegenüber den anderen Antragstellern[1]) im Laufe der Debatte zu vertheidigen, erhielt der Abg. Oechelhäuser das Wort, der in längeren Ausführungen die Ansichten der Antragsteller zu vertheidigen suchte und besonders darauf hinwies, daß die Hauptdifferenz für dieselben in dem Tarif läge. Diese Differenz ihrer Anschauungen gegenüber dem Kommissions-Entwurfe sei eine zweifache. Zunächst sei sie eine Differenz im Prinzip, also im Prinzip der prozentualen oder degressiven Besteuerung, und zweitens eine Differenz in Bezug auf die Höhe der Besteuerung. Redner ging auf diesen Gegenstand spezieller ein. Nach ihm nahm der Reichskanzler das Wort und äußerte sich wie folgt:

Wenn ich in diesem Augenblicke das Wort in dieser Angelegenheit nehme, so geschieht es nicht, um jemand zu überzeugen oder zu widerlegen, sondern nur, um, was ich kann, dazu beizutragen, daß einige Punkte der Vorlage im Laufe der Diskussion noch eine weitere Aufklärung und Beleuchtung erhalten, als sie bisher haben. Es ist das bei einer so umfassenden und verwickelten Vorlage an sich zu wünschen, hier aber namentlich auch deshalb, weil die Vorlage nicht eine Vorlage der Regierung ist, sondern aus dem Reichstage kommt, und die Regierungen also, wenn in dieser Sitzung noch eine Verabschiedung erfolgen soll, in die Lage gebracht werden müssen, über alle Einzelheiten in Betreff der Meinung des Reichstages vollständig aufgeklärt zu sein — mehr, als dies für mich wenigstens bisher der Fall ist. Ich bin ja außer Stande, jetzt schon im Sinne der Regierungen zu sprechen; ich spreche nur zum Nutzen der Orientirung darüber, wie in

[1]) Dr. Arnsperger und Genossen und Dr. Buhl und Genossen.

Bezug auf einige Punkte die Meinung der Majorität des Reichstages sich gestaltet. Die Regierungen sind ja hier, in diesem Stadium der Verhandlungen, noch nicht einmal im Stande, ihren Anschauungen über irgend einen Punkt durch ein Amendement, welches sie selbst stellen könnten, Ausdruck zu geben; sie müßten befreundete Abgeordnete bitten, ein Amendement zu stellen. Es wird aber das immer doch nicht als ein direkter Antrag der Regierung angesehen werden können. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Vorlage aus diesem Hause in einer Gestalt hervorgehen werde, in der sie von der Regierung mit Ja oder Nein beantwortet werden könnte. Wahrscheinlich wird die Hauptsache dessen, was hier beschlossen werden kann, den Regierungen annehmbar erscheinen, das Ganze aber so, wie es liegt, ihnen doch nicht annehmbar sein, wenn nicht einzelne Abänderungen getroffen werden. Ich will versuchen, nur über einige wenige der Punkte, über die ich selbst Zweifel habe, diese Zweifel anzuregen, damit sie in der Diskussion nach Möglichkeit beleuchtet werden.

Es ist das einmal der Umstand, der mir auch bei den Berathungen im preußischen Staatsrathe entgegengetreten ist, daß nämlich die Einwendungen, die gegen eine prozentuale Besteuerung gemacht werden, ihre Wurzel vorzugsweise in der Schädigung des Arbitragegeschäftes an den Börsen haben. Ich gebe zu, daß das Arbitragegeschäft ein wirthschaftliches Bedürfniß für unseren gesammten Geldverkehr ist, daß es sehr geringe Reinerträge abwirft, und daß es wünschenswerth ist, es zu erhalten. Ich habe die Möglichkeit, das Arbitragegeschäft mehr, als es in der Vorlage der Fall ist, zu begünstigen, ohne mit dem Steuersatz zu niedrig zu gehen, im Staatsrath unter den vielen sachkundigen Leuten, die dort waren, nur von einer einzigen Stimme anführen hören, aber diese Stimme — kann ich nicht leugnen — hat mir einen gewissen Eindruck gemacht. Sie war die eines unserer bedeutendsten Finanziers. Derselbe war der Ansicht, daß man, um die Arbitragegeschäfte in ihrer bisherigen Lebensfähigkeit zu erhalten, einen prozentualen Satz, für den er im Uebrigen stimmte, wohl für Effekten und für Waaren, aber nicht für Wechsel in Ansatz bringen sollte, und zwar weil die Arbitragegeschäfte sich, soviel ich davon verstehe, in der Hauptsache auf den Wechselkauf und Verkauf beziehen. Es spricht für diesen Gedanken der Umstand, daß Wechsel an

sich mit einem Prozentualstempel belastet sind, und sogar mit einem höheren, als derjenige ist, der hier in Aussicht genommen ist, daß sie also gewissermaßen ihren Theil an der Last, die hier aufgelegt werden soll, schon tragen.

Es ist mir auffällig gewesen, daß bei der großen Kalamität, die in der Schädigung der Arbitrage erblickt wird, weder von irgend einer anderen Seite der Gedanke, die Wechsel und die Effekten ungleich zu besteuern, aufgenommen ist, noch die Bemerkung dieses meines Gewährsmannes zu irgend einer Gegenbemerkung Anlaß gegeben hat. Ich bin daher nicht frei von der Besorgniß, daß meine Sachkunde auf diesem Gebiete nicht ausreicht, um die Hindernisse zu entdecken, die einer differentiellen Behandlung der Wechsel im Gegensatz zu den Effekten und Waaren im Wege stehen könnten, und ich würde dankbar sein, wenn die Herren, die mehr von der Sache verstehen, bei der Diskussion ihre Aufmerksamkeit darauf richten würden, diese Möglichkeit zu beleuchten und das Material zu liefern, dessen die Regierungen nachher bedürfen werden, um schnell über die Beschlüsse, die ihnen der Reichstag vorlegen wird, ihrerseits Beschluß zu fassen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß der Bundesrath die Vorlage, die ihm der Reichstag machen wird, seinerseits amendirt, sei es in der Form, sei es in der Sache; und daß auf diese Weise, was bei der kurzen Zeit, die wir vor uns haben, nicht unbedenklich ist, die ganze Angelegenheit aus dem Bundesrath nochmals in diese Räume wird zurückkommen müssen, ehe sie zu einer zweiseitigen Verabschiedung reif werden kann.

Diesen einen Punkt erlaube ich mir also der Erwägung zu empfehlen, ohne daß ich jetzt hier schon Anträge stelle. Ich kann das im frühesten Stadium im preußischen Staatsministerium thun, wenn die Beschlüsse des Bundesraths dort vorbereitet werden, hier aber nicht. Ich bin überhaupt nicht legitimirt, in der Versammlung Amendements und Anträge anders als im Namen der verbündeten Regierungen zu stellen.

Eine andere Frage für mich ist diejenige, ob die ersten Antragsteller — ich meine die politischen Freunde des Herrn von Wedell — sich in allen Stadien die Wirkungen, die die jetzige Fassung des Textes auf die landwirthschaftlichen und industriellen Geschäfte ausüben kann, vollkommen klar gemacht haben. Es ist ursprünglich ja, wie ich überzeugt bin, beab-

sichtigt worden, das zu schaffen, was man mit einem kurzen Ausdruck eine Börsensteuer nennt, das heißt eine Steuer, deren Lasten hauptsächlich die Träger der Börsenthätigkeit zu ihren übrigen übernehmen sollen. Ich will von der Schwierigkeit, die es hat, diesem Theil der Steuerpflichtigen eine besondere Präzipuallast aufzulegen, ohne daß sie im Stande wären, sie auf ihre Kunden abzuwälzen, nicht weiter sprechen; ich will darauf kein Gewicht legen, ob sie das können, da ich nicht die distributive, sondern die finanzielle Seite der Sache hier mehr ins Auge fassen will; es genügt, wenn aus dem Verkehr mit den beweglichen Gütern etwas aufkommt, was einigermaßen weniger im Mißverhältniß mit dem Aufkommen aus dem Verkehr in unbeweglichen Gütern steht, wie er sich in Kauf und Pacht verstempeln muß. Also die Frage der Abwälzung lasse ich unberührt, sie ist eine unfruchtbare; ich will nur die Frage des direkten Treffens dieser Steuer ins Auge fassen.

Der ursprüngliche Gedanke der Börsensteuer, wie er vor Jahren angeregt war, hat sich unter den Händen der Finanzmänner sehr bald mehr oder weniger in eine Geschäftssteuer verwandelt. Die Börse ist dabei in den Hintergrund getreten, und, ich fürchte, wenn nicht andere Kautelen noch getroffen werden, als sie bisher vorliegen, so wird die erste Wirkung und die vorzüglichste dieser Vorlage sein, daß in erster Linie die vielfachen Belastungen unserer produktiven Thätigkeit und insbesondere der Landwirthschaft sich wieder um eine neue vermehren werden. Die Schutzmittel, die man dagegen angewendet hat, decken meines Erachtens nicht ausreichend; wenigstens ich würde zu ihnen als Landwirth das genügende Vertrauen nicht besitzen. Der eine Theil sucht das Schutzmittel hauptsächlich in dem Wort „börsenmäßige Usance.“ Wenn das die Breite hätte in der Deckung, die die Herren Antragsteller ihm zuschreiben, dann könnte man ja ganz zufrieden sein. Das glaube ich aber nicht, und selbst durch den Zusatz des Buhl'schen Antrages, wonach, kurz ausgedrückt, der Produzent für den Verkauf seiner eigenen Waaren frei sein soll, halte ich doch nicht jede Fuge, jede ungedeckte Spalte für beseitigt. Ohne den Antrag aber finde ich in diesem Ausdruck „börsenmäßige Usance“ nach meiner Erfahrung von landwirthschaftlichen Geschäften durchaus nicht die Deckung, die gesucht worden ist. Es ist in all den Kreisen, die nicht mit den Gewohnheiten der Landwirthschaft östlich von der Oder oder

der Elbe vertraut sind, eine allgemeine Annahme, als ob die Geschäfte dort sich meist baar und Zug um Zug machten, also in einer anderen Form, als das Gesetz im Auge hat. Das ist doch, wie jeder größere Landwirth, namentlich aus den östlichen Provinzen, mir aus seiner Erfahrung bestätigen wird, nicht der Fall. Schon der einfachste Wirth, der nur Korn verkauft, wird fast in jedem Jahre, wenn er nicht zu den Wohlhabenden gehört, in die Lage kommen, im Sommer und zur Zeit der Ernte, im Herbst, wo er viel Tagelohn braucht, in Korn Geschäfte zu machen in der Weise, daß er sagte: 20 Wispel Roggen verkauft, im Oktober zu liefern. Ja, das ist ein Zeitgeschäft. Wo ist da die Deckung gegen „börsenmäßige Usance?" Ich will zugeben, daß sie vorhanden sein mag bei einer sehr wohlwollenden Auslegung. Aber die Landwirthschaft, in Preußen wenigstens, ist nicht gewohnt — die Gegenwart immer ausgenommen — im Finanzministerium wohlwollende Auslegung zu finden.

(Heiterkeit).

Im Gegentheil, was sich fiskalisch aus dem Wortlaut der Gesetze hat herausdrücken lassen, das ist herausgedrückt worden. Und wenn nun ein Finanzminister, ein anderer als der jetzige — der jetzige würde es nicht thun —

(Heiterkeit)

in dem Sinne entscheidet und den Stempel erhebt, wie wollen Sie damit durchkommen? Im Wege des Zivilprozesses — werden Sie mir sagen. Ja, haben Sie beim Zivilrichter überall eine sichere und wohlwollende Würdigung der landwirthschaftlichen Interessen? Ich weiß es nicht; es liegen Erfahrungen vor, daß sie in einzelnen Fällen nicht vorhanden ist. Im Ganzen kann man nicht sagen, daß gerade der Großgrundbesitz in richterlichen Kreisen eine beliebte Erscheinung wäre, die in hoher und parteiischer Gunst stände, und es sind auch da Auslegungen möglich, gegen die man, wenn man sicher gedeckt sein will, festere Garantien als diesen Ausdruck der „Börsenusance" haben muß.

Ich glaube, daß Geschäfte von Zucker fast gar nicht anders gemacht werden als nach einer gewissen Börsenusance, daß der einfache und gewöhnliche Zuckerproduzent, der von kaufmännischen Börsengeschäften sich ganz frei hält, der keine Art Spekulation und keine Zeitkäufe irgend einer Art macht, doch in der Regel

seine Geschäfte so abschließt, daß er im August, September sich mit irgend einem Hause einigt, mit irgend einem Abnehmer und sagt: „Ich will dir den Zucker meiner ganzen Campagne liefern, du zahlst dafür während des Monats Oktober denjenigen Preis, der am 15. Oktober, am Medio, börsenmäßig notirt sein wird in dem Börsenblatt so und so in Magdeburg. In gleicher Weise rechnen wir für November, in gleicher Weise für den Dezember." Ich glaube, es gehört schon eine sehr feste, vorgefaßte Ueberzeugung bei einem Richter und noch mehr bei einem Finanzherrn dazu, um zu sagen, daß auf diese Geschäfte die „börsenmäßige Usance" keine Anwendung finde.

Ebenso werden die geläufigen Korn- und Spiritusgeschäfte, ja selbst die meisten Fettviehgeschäfte abgeschlossen. Die Waare wird nicht zu Markt getrieben und dort gegen baar verkauft, sondern wenn jemand fette Ochsen kauft, dann kauft er sie gewöhnlich in Gegenden, wo der Markt nicht ganz flott geht, eine Zeitlang vor der Abnahme, und es wird irgend ein Lieferungstermin bedungen. Wenn jemand — und zwar gilt dies von dem Landwirth, der keinen Vorschuß im Anfang des Herbstes braucht vom Kaufmann — seinen Spiritus oder Roggen verkauft, so pflegt er mit irgend einem kaufmännischen Hause zu verabreden: ich werde so und so viel liefern, 100000 Liter in der und der Zeit, — und das Gewöhnliche wird wohl sein, daß jedesmal am Tage der Ablieferung das Börsenblatt der nächstgelegenen Börse, welches beide lesen, durch seine Börsennotizen den Preis fixiren soll, entweder daß direkt darnach gehandelt wird, oder, was auf dem Lande üblicher ist, 1 bis 2 Mark unter der Börsennotiz — wie der Ausdruck lautet. Wie wollen Sie sich da mit dem Wort, daß nicht nach Börsenusancen gehandelt werde, schützen? Ich befürchte, daß, wenn nicht ein weiterer Schutz gesucht wird, dann zunächst die Landwirthe — was die Herren Antragsteller, glaube ich, nicht beabsichtigt haben —, die ersten Opfer dieser Steuer sein werden.

Das Amendement der Herren Abgeordneten Buhl und Genossen deckt einigermaßen dagegen. Ich bemerke, daß ich für meine Person mit dem ersten Satz nicht vollständig einverstanden bin; zwar mit dem Schlußnotensystem bin ich es im Gegensatz zur Buchkontrole, aber ich bin für prozentuale

Besteuerung, die hier nicht angenommen ist. Was den Artikel „Befreiungen" anbelangt, so ist darin der Produzent allerdings bedingterweise ausgenommen, aber doch nur bedingterweise, während er meiner Meinung nach unbedingt ausgenommen werden sollte; denn ich glaube nicht, daß Sie den Produzenten in Industrie oder Landwirthschaft gerade mit dieser Steuer von Neuem treffen wollen, während Sie im übrigen auf seine Erleichterung bedacht sind.

Es ist da gesagt:

> für Geschäfte aber solche inländische Waaren, welche von einem der Kontrahenten selbst erzeugt und hergestellt sind.

Das würde, so viel ich prima facie übersehen kann, hinreichen. Nun sind aber noch einige Zwischensätze: hinter „solche" folgt „zur Weiterveräußerung bestimmte." Das wird die meisten decken. Das meiste Getreide und all dergleichen landwirthschaftliche Produkte und Zucker werden nicht zur direkten Konsumtion verkauft. Warum sollten aber dabei ausgenommen sein diejenigen, die zur weiteren Veräußerung nicht bestimmt sind? Also z. B. dasjenige, was der Militärfiskus ankauft, oder was die Verwaltung einer Strafanstalt oder eine Fabrik oder sonst irgend eine Einrichtung, die einen großen Konsum hat, für sich — nicht zum Weiterverkauf, sondern zum Verzehr — ankauft? Ich sehe den Nutzen nicht ein.

Dann:

> inländische Waaren, welche von einem der Kontrahenten selbst erzeugt oder „handwerks- oder fabrikmäßig" hergestellt sind.

Warum gerade handwerksmäßig oder fabrikmäßig? Das legt wieder eine Restriktion in diese Befreiung hinein, über deren Auslegung und Tragweite ich mir kein recht deutliches Bild machen kann.

Und dann in Nr. 4 ist auch wieder die Rede von Geschäften:

> über solche Sachen oder Waaren, welche zur Weiterveräußerung nach vorgängiger „handwerks- oder fabrikmäßiger" Be- oder Verarbeitung durch einen der Kontrahenten bestimmt sind.

Ich möchte diese Bedingung, daß die Waare zur Weiterveräußerung bestimmt sein soll, und daß sie handwerksmäßig

20*

oder fabrikmäßig nothwendig erzeugt sein muß, wenn ich im Regierungsstadium über die Sache verhandelte, durch ein Unteramendement zum Amendement Buhl zu streichen beantragen. Nun weiß ich nicht, welche Bedenken ich durch einen solchen Antrag hier in diesem Stadium der Verhandlung erzeugen könnte. Der Landwirth kann die Besteuerung, die ihn hierbei treffen würde in keiner Weise abwälzen; die Börse wird dazu, meines Erachtens, immer im Stande sein, und ich glaube, Sie werden die Aalglätte dieses Körpers nie so vollständig überwinden, daß Sie ihn greifen und zum Zahlen und zum Bluten nöthigen. Es giebt zu viel Leute, die seiner bedürfen, und die seine Hilfe erstreben.

Ich sehe deshalb eine eigentlich wirthschaftliche Ausgleichung in dem Ergebniß dieses Gesetzes nicht; ich halte es aber finanziell für nicht außerordentlich, aber einigermaßen nützlich. Ich halte den Ertrag nicht für nicht so groß, wie er geschätzt wird; aber ich halte es für das moralische Gerechtigkeitsgefühl unserer Steuerzahler für eine fiche de consolation, die weder sehr viel einbringen noch denjenigen, den sie treffen will, dauernd belasten wird. Ich halte es für ein dringendes Erforderniß der Zeit, eine Steuer dieser Art einzuführen.

Ich hoffe, daß mir die Diskussion Gelegenheit geben wird, weiterhin wenigstens meine persönliche Ansicht zu äußern und mich für das Stadium, in dem ich tiefer einzugreifen berufen sein werde, zu belehren. Es ist mir heute nur ein Bedürfniß gewesen, diese beiden Punkte zu berühren, die mir vorzugsweise bedenklich schienen in der jetzigen Fassung, und von denen ich mir nicht vollkommen Rechenschaft geben kann, warum sie von niemand sonst schärfer aufgefaßt worden sind in der vielseitigen und breiten Diskussion, der die Sache unterlegen hat; ich bin also in der Sorge, daß die Wünsche, denen ich heute direkt oder indirekt Ausdruck gegeben habe, irgendwo einen Anstoß finden, der mir bisher entgangen ist, und ich würde für jede Belehrung hierüber dankbar sein.

Nach dieser Rede empfahl der Abg. von Wedell-Malchow das Gesetz zur Annahme und erklärte sich entschieden gegen das Steuer-Privilegium der Börse. Der **Reichskanzler** bemerkte dann Folgendes (Stenogr. Ber., S. 2525):

Ich muß das Haus verlassen und will die wenigen Augenblicke, die mir bleiben, nur benutzen, um zu erklären, daß mich die Beruhigungen des Herrn Vorredners über die landwirthschaftliche Seite der Frage doch nicht vollständig befriedigen; ich muß darauf erwidern: auf das Eis trete ich noch nicht und möchte nicht, daß mein Name nachher unter einem Gesetze steht, das die Landwirthe, vielleicht der Herr Vorredner nicht ausgenommen, alsdann in der Richtung kritisiren würden. Ich halte die Bedenken für schwerwiegender, als der Herr Vorredner sie schätzt. Die Geringfügigkeit der Abgabe ist allein noch nicht tröstlich gegenüber der Verantwortlichkeit, die jeder, der dieser Steuer pflichtig wird, übernimmt für Beamte, Stellvertreter, für Versehen, bei den außerordentlich hohen Strafen und bei der Unannehmlichkeit, die es überhaupt hat, in die Lage zu kommen, daß man seinen steuerlichen Verpflichtungen nicht vollständig nachgekommen ist. Aber immerhin, mag die Abgabe auch für manchen nicht lästig sein, keinesfalls liegt es doch in unserer Absicht, diese Steuer auf andere als auf die Kreise des Zwischenhandels — will ich einmal sagen — auf den Produzenten anzuwenden.

Wenn wir diese Absicht haben, warum sollen wir sie denn nicht deutlicher aussprechen, als in dieser, wie ich glaube, ziemlich gewundenen und zweifelhaften Definition von Börsenusancen und Kursnotizen geschehen ist? Warum wollen wir nicht einfach sagen: der Produzent soll für das, was er produzirt, — im Sinne des Buhl'schen Antrages, — befreit sein? Ich weiß nicht, warum man sich dagegen sperrt, und ich würde mich schwer entschließen können, in einem späteren Stadium, wie gesagt, mit meiner Unterschrift für die Sache einzutreten, wenn nicht die Sicherheit geboten wäre, daß der Produzent in Landwirthschaft und Industrie und im Handwerk jedenfalls durch einen festeren Schild gegen diese Steuer gedeckt sei, als es hier geschehen.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß derjenige Landwirth, der nun unter diese Steuer fiele, denn auch die Vortheile des Börsenverkehrs hätte —, ja, ich glaube, die sind für einen Landwirth sehr gering anzuschlagen; er hat im Ganzen sehr viel häufiger Erfahrung von den Nachtheilen des Börsenverkehrs als von den Vortheilen hinter sich, und da möchte ich mich doch nicht damit vertrösten. Ich kann in Bezug auf

diesen Punkt schon jetzt ganz bestimmt Widerspruch einlegen gegen den Mangel der Fassung, und muß bevorworten, daß, wenn dieser Mangel nicht zu voller Befriedigung für den Produzenten gehoben wird, ich der erste sein würde, der im Bundesrath den Antrag stellte, die Bestimmung nach dieser Richtung hin zu ergänzen.

Dann, was die Arbitrage anbelangt und die Verstempelung der Wechsel, so glaube ich, habe ich mich vielleicht nicht ganz deutlich in meiner ersten Aeußerung ausgedrückt. Ich habe gefragt, ob Gründe dem entgegenstehen, die Wechsel niedriger zu verstempeln als Effekten und Waaren. Die Waaren ganz heraus zu lassen, dafür bin ich durchaus nicht. Denn gerade die dem Lande und seiner Wirthschaft schädlichsten Börsengeschäfte sind die Börsenspekulationen in Landesprodukten, in Getreide, Oel, Spiritus und all dergleichen; die möchte ich am meisten treffen, und wenn es nicht eine Erschwerung des Geschäfts wäre, so würde ich für die einen sehr viel höheren Satz vorschlagen, als für die anderen. Wenn hier einzelne Leute, die keine Million im Vermögen haben, auf einen Schlag für 12 und 15 Millionen Roggen verkaufen oder ankaufen, so ist das ein ungesunder Zustand, bei dem gar keine Preisbildung und gar kein regelmäßiger wirthschaftlicher Verkehr in dem Getreidehandel mehr möglich ist.

(Sehr wahr! rechts.)

Und dagegen kann man nicht scharf genug auftreten.

Also die Waaren heraus zu lassen, kann ich nicht rathen. Aber ich habe schon vorhin mir zu sagen erlaubt, alle diejenigen Herren, welche gegen prozentuale Verstempelung gesprochen haben, die haben, so viel ich habe hören und lesen können, immer als Hauptgrund gegen die Annehmbarkeit des Prozentsatzes die Schädigung des Arbitrageverkehrs angeführt. Ich frage deshalb: kann man den Arbitrageverkehr nicht decken und dadurch den Zustand, an den der Herr Vorredner zuletzt appellirte, das heißt, daß die Gegner der Vorlage selbst die Hand dazu bieten, sie zu Stande zu bringen, einigermaßen uns näher bringen? Ich weiß nicht, ob ich mich in der Annahme nicht irre, daß der Arbitrageverkehr fast ausschließlich auf dem Handel in Wechseln beruht und viel weniger auf dem Handel mit Effekten und Waaren. Wenn ich mich darin irre, so ist mein Auskunftsmittel allerdings nicht so wirksam und

vielleicht nicht anwendbar, obschon ich mich auf Autoritäten, die mit der Börse vollständig vertraut sind, berufen kann. Im Staatsrath haben dieselben ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Fähigkeit des Arbitrirens der Börse im ausreichenden Maße gewahrt bleibe, wenn nur der Verkehr in Wechseln geringer verstempelt würde. Ein Herr schlug vor, daß, wenn $^1/_{10}$ pro Mille für den gewöhnlichen Verkehr genommen würde, $^1/_{40}$ pro Mille für Wechsel, um die Arbitrage zu schonen, gewonnen würde. Also ganz in dem Sinne, wie Herr von Wedell vorher sagte: die Arbitrage kann irgend welche Besteuerung vertragen. Das kann sie auch; ich frage mich nur, ist dieses Hauptargument der Gegner des Prozentsatzes, die Arbitrage, damit aus dem Felde gerückt, daß man den Wechselverkehr geringer und so gering besteuert, daß selbst der geringe Profit, der an der Arbitrage ist, darunter seine Anziehungskraft nicht verliert. Wenn ich hierbei im Irrthum bin — das wird mir die künftige Diskussion ja zeigen — so ist dieses von mir gedachte Auskunftsmittel nicht anwendbar.

An meinem anderen Bedenken, den Schutz der Landwirthschaft betreffend, aber würde ich unbedingt festhalten müssen.

Die Berathung wurde an diesem Tage nicht beendigt.

(**Sitzung vom 5. Mai 1885.** Stenogr. Ber., Seite 2551.)

Der Reichstag setzte die Berathung des Börsensteuer-Gesetzentwurfs (Bericht der XI. Kommission über den Antrag des Abg. von Wedell-Malchow 2c.) fort. Als erster Redner trat der Abg. Dr. Bamberger auf, der in sehr langen Auseinandersetzungen sich überhaupt gegen jede Besteuerung der Börsengeschäfte erklärte. Ihm folgte der Abg. von Helldorff in entgegengesetztem Sinne, nach welchem der Abg. Dr. Meyer das Wort erhielt, um auszuführen, daß das Gesetz auf falschen Grundlagen beruhe, weshalb er und seine Freunde nicht für dasselbe zu stimmen vermöchten. Nachdem dann noch der Abg. Kayser (Soz.-Demokrat) ausführlich sich zur Sache geäußert und mit der Erklärung geschlossen hatte, daß seine Partei im Prinzip der Börsensteuer zustimme, weil sie es für durchaus gerechtfertigt halte, daß die Spekulation mit Werthen, die nicht vorhanden sind, ganz gut eine Steuer rechtfertige und eine Steuer vertragen könne, nahm der **Reichskanzler** das Wort:

Der Herr Vorredner hat einem Irrthum einen unzweideutigen Ausdruck gegeben, der mir schon gestern in der Sitzung

beim Beginn der Rede, die auf die meinige folgte, entgegengetreten ist und noch mehr in einzelnen Preßorganen, die ich gesehen habe, dem Irrthum nämlich, als hätte in meinen gestrigen Aeußerungen ein Regierungsprogramm gelegen, welches dem Zustandekommen einer Börsensteuer irgendwie nachtheilig wäre oder entgegenstände. Der Herr Vorredner hat verbo tenus gesagt, er sei seit gestern gewiß, daß diese Steuer nicht zur Durchführung gelangen werde. Ja, dann muß er seine Gewißheit darüber doch anderswoher genommen haben als aus meiner Rede. Ich kann ihm versichern, daß ich nicht den mindesten Zweifel habe, daß die Sache zur Durchführung kommt

(hört! hört! rechts),

und daß ich in dieser Zuversicht sehr bestärkt worden bin durch die Zusage des Beistandes des Herrn Vorredners und seiner Parteigenossen

(Heiterkeit);

das sind schon, glaube ich, ein Viertelhundert Stimmen mehr, auf die diese Vorlage zählen kann, und auf die ich kaum gerechnet hätte. Ich glaube, die Gesinnungsgenossen des Herrn Vorredners würden aus anderen Gründen anders stimmen; ich freue mich, sie hier auf der Seite der Auffassung zu finden, die ich selbst vertrete, und die von meinen politischen Freunden vertreten wird.

Wenn der Herr Vorredner behauptet hat, durch meine gestrigen Aeußerungen hätte ich an Popularität nicht gewonnen, so ist das ja recht beruhigend für mich. Popularität hat für mich immer etwas Unbehagliches.

(Heiterkeit rechts).

Daß ich auf der Rechten dadurch verloren hätte, das glaube ich nicht; daß ich auf der Linken nicht an Popularität gewonnen habe, ist mir außerordentlich erfreulich.

(Heiterkeit rechts).

Ich würde sehr nachdenklich werden, was ich wohl dem Lande Schädliches beabsichtigt oder unbeabsichtigt herbeigeführt haben könnte, wenn ich dort (nach links) an Popularität gewonnen hätte.

(Bravo! rechts).

Der Herr Vorredner kann wohl sicher sein, daß ich danach nicht strebe, wie ich denn überhaupt nach Popularität in meinem ganzen Leben nie einen Pfifferling gestrebt habe.

(Bravo! rechts).

Ich bin bei wohlwollenderen Beurtheilern, als im Allgemeinen der Herr Vorredner nach meiner Einschätzung ist, dem Eindruck begegnet — ich muß mich unvollkommen ausgedrückt haben, wofür ich meinen Gesundheitszustand bitte als Entschuldigung geltend machen zu dürfen —, als ob ich gestern die Meinung hier hätte erwecken wollen, daß ich der Situation eine andere Wendung zu geben wünschte, als ob diese Berathung nur informatorischer Natur wäre, um aufklärend vorzubereiten auf eine künftige Regierungsvorlage. Meine Absicht war — und ich glaube, mich auch dahin ausgesprochen zu haben —, daß ich mein Scherflein dazu beitragen wollte — obschon in diesem Stadium die Mitwirkung der Regierung aus formellen und materiellen Gründen ja eine sehr beschränkte ist —, daß ich mein Scherflein dazu beitragen wollte, die Vorlage, die der Reichstag diesmal dem Bundesrath machen wird, so einzurichten, daß möglichst wenig Hin- und Herschieben nothwendig wäre, daß sofort mit Ja — und hoffentlich mit Ja, nicht mit Nein — darauf werde geantwortet werden können. Wenn die Vorlage, die der Reichstag dem Bundesrath machen wird, nicht pure anzunehmen wäre, so würde eine Amendirung im Bundesrath stattfinden, die Vorlage würde zurückgehen, und wir würden zu einem Hin- und Herschieben kommen, was, wenn wir noch im Winter wären, nichts zu sagen hätte, aber in diesem Augenblicke, namentlich wenn das Wetter wieder besser werden sollte als in den letzten Tagen

(Heiterkeit),

doch manche Gemüther mit Unbehagen erfüllen würde, da die Sitzung sich ins Unbestimmte verlängern müßte. Nur zu diesem Zweck habe ich mitarbeiten wollen, und da ich im anderen Hause, wenn ich so sagen darf, doch meine Stimme abzugeben und im Namen der Regierung des Königs, meines Herrn, dort thätig zu sein habe, so äußerte ich gestern den Wunsch, daß einige Bedenken, die ich in mir selbst der Vorlage — so, wie sie ist — gegenüber nicht überwinden und nicht todt machen konnte, mir aufgeklärt oder widerlegt würden, oder daß ihnen Abhilfe gewährt werde.

Der Herr Vorredner hat aus meiner Rede nicht überall die wohlthuenden oder die für mich erwünschten Konsequenzen gezogen, sondern einiges Gift. Er hat mich dargestellt als einen, der für Arbitrage und deren Vortheile und Gewinne

eine große Begeisterung hätte. Ich habe mich widerstrebend überzeugt, daß die Arbitrage unter Umständen, namentlich so lange wir die reine Goldwährung haben, eine gewisse Nützlichkeit und manchmal ein Bedürfniß ist. Aber ich möchte, um auch den Herrn Vorredner darüber zu beruhigen, daß ich keinen übertriebenen Werth auf dieses Börsenhausmittel gegen Goldmangel lege, doch die Freunde der Arbitrage und die Gegner des Gesetzes davor warnen, daß sie den Begriff „Arbitrage" oder die Fürsorge, das Interesse, welches für die Arbitrage vorhanden sein kann, nicht zu schwer belasten und nicht zu weit in ihren Forderungen dem Gesetz gegenüber zu Gunsten der Arbitrage gehen möchten. Ich glaube, ohne Unrecht zu thun, behaupten zu dürfen, daß — ich will nicht sagen, daß das Wort sich da einstellt, wo der Begriff fehlt — aber daß ein großer Theil von dem Gewicht, welches das Wort Arbitrage bei uns ausübt, von der Bedeutung, die wir ihm beilegen, das Gewicht, wie man zu sagen pflegt, des großen Unbekannten ist. Es wissen nicht alle, was sie sich darunter zu denken haben, und es wird von den Eingeweihten, von den eigentlichen Priestern der Börsengeheimnisse ein Weihrauch um die Sache verbreitet, der ihre Bedeutung und ihr Schwergewicht einigermaßen verdunkelt.

(Heiterkeit).

Deshalb möchte ich die Herren bitten, doch das Entgegenkommen, welches in meiner Empfehlung liegt, die Wechsel geringer zu besteuern, sie unter Umständen ganz herauszulassen, nicht so kühl zurückzuweisen und daraus nicht zu schließen, daß nun aus der ganzen Sache nichts werden würde, und daß sie ad Calendas graecas verschoben werden sollte. Das ist weder meine Ueberzeugung, noch auch die der verbündeten Regierungen, so weit sie mir bisher bekannt ist. Wir haben ernstlich die Absicht, noch in diesem Monat ein Gesetz mit Ihnen zusammen hierüber zu verabschieden

(Bravo! rechts);

und damit wir in die Lage kommen, ist es wichtig, daß die Hindernisse, die das Gesetz, um im Bundesrath angenommen zu werden, jetzt noch an sich tragen möchte, geglättet und beseitigt werden. Wenn eine wirksame Arbitrage nicht allein mit Wechseln gemacht zu werden pflegt, so glaube ich doch, daß es vorwiegend geschieht, und daß, wenn die Wechsel geringer verstempelt oder ganz freigelassen werden, das Geschäft der

Arbitrage immerhin sehr wesentlich und in der Hauptsache erleichtert und minder geschädigt werden wird, als es sonst der Fall sein würde, und daß der Vortheil, der dann beim Arbitragiren übrig bleibt, immer noch anziehend genug sein wird, um diese Operation überall da eintreten zu lassen, wo sie zu einem öffentlichen Bedürfniß wird. Wenn sie das wird, so, bin ich überzeugt, muß auch mit ihrer Seltenheit ihr Werth und der Preis, der dafür bezahlt wird, insofern also auch das Benefizium, das dabei sein wird, sich steigern. Aber ich glaube nicht, daß es möglich ist, den Herren Arbitrageurs weiter entgegenzukommen, als daß man die Wechsel differentiell behandelt respektive ganz freiläßt.

Ich glaube auch nicht, daß die Andeutung zutreffend ist, die der Herr Abgeordnete Dr. Meyer machte, dessen klarer und sachkundiger Rede ich mit Vergnügen gefolgt bin, daß nämlich zur Arbitrage außer den Wechseln noch vieles andere nothwendig sei, auch die Waaren, als deren Schatten er die Wechsel bezeichnete. Das leuchtet mir doch nicht so ganz ein. Ich glaube, daß bei der Arbitrage hauptsächlich der Wechsel als Waare selbst thätig ist, daß die Waare, die er ursprünglich repräsentirt, und die mit ihm bezahlt wird, zu der Zeit und während der Aktion der Arbitrage der Vergangenheit oder der Zukunft angehört und dabei noch nicht mit thätig ist. Der Herr Abgeordnete zieht da die Geschäfte, die den Zustand herbeigeführt haben, der eine Arbitrageoperation wünschenswerth und einträglich macht, mit hinein in die Arbitrageoperation; sie gehören aber nicht mit dahin, sondern stehen nur im Kausalnexus dazu.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube deshalb, daß die Herren nicht gut thun, wenn die Majorität dieses Hauses auf meine Anregung eingehen sollte, oder wenn die Regierung sich dafür einsetzte, das Entgegenkommen, das ihnen durch günstigere Behandlung der Wechsel angeboten wird, so geringschätzig von der Hand zu weisen und vielleicht daran die Hoffnung zu knüpfen, daß aus der ganzen Sache nichts wird. Es würde doch immer nur vorübergehend nichts daraus werden; die Litispendenz der Sache würde dadurch nicht unterbrochen werden, und es ist sehr die Frage, ob es nicht der Börse dann mit den Vorschlägen eines künftigen Jahres ähnlich wie mit den sibyllinischen Büchern gehen könnte;

nicht in Bezug auf die Höhe der drohenden Besteuerung — ich glaube, das hat die Börse lange nicht so empfindlich berührt, weil sie meiner Ueberzeugung nach die Last wird ganz oder zum größten Theil abwälzen können —, sondern in Bezug auf die andere Seite der Frage, in der ich mich mehr auf Seiten der Börse stelle, in Bezug auf die Kontrolmaßregeln. Ich möchte sagen: benutzen Sie, die Herren von der Börse, die Zeit, wo Sie noch die Mitwirkung und unter Umständen nicht unbedeutende Mitwirkung eines Reichskanzlers im Geschäft haben, der hierin ein mitfühlendes Herz für die Leiden, denen Sie entgegensehen, besitzt

(Heiterkeit),

und der Ihre Bücher zu schützen bereit ist. Ich glaube, daß darin ein viel unangenehmerer Zwang und ein viel größeres Uebel von den meisten Herren der Börse gesehen werden wird und vielleicht auch wirklich liegt, wenn die Kontrole eine Natur annimmt, vermöge deren ihr Büchergeheimniß nicht mehr gewahrt bleibt, und ihre Buchführung unter eine Aufsicht gestellt wird, der man die Familiengeheimnisse und intimeren Geschäfte gern entzieht. Deshalb brauchen sie noch nicht solche zu sein, die man vor der Oeffentlichkeit zu verbergen hat; aber ich glaube, ich brauche den Herren, zu denen ich im Augenblicke spreche, die von der Steuer wahrscheinlich getroffen werden, oder die zu treffen man beabsichtigt, das nicht näher zu beweisen, wie nützlich es ihnen ist, einen Vertheidiger für ihre Interessen in Bezug auf eine zu weit getriebene Kontrole zu haben, die von dem Grundsatz ausgeht, daß jeder Steuerpflichtige an sich ein unehrlicher Mensch ist, und daß man der Mehrzahl der Menschen zutrauen darf, daß sie für Geld überhaupt amtlich und schriftlich lügen würden. Das ist ein Irrthum, in dem die meisten Steuerverwaltungen befangen sind, und den ich nicht theile. Ich habe, weil ich ihn nicht theile, seit Jahren für die Selbsteinschätzung der Einkommensteuer gestimmt und glaube, daß wir damit finanziell sehr gute Geschäfte machen würden.

(Hört! hört! links.)

Ich gehe dabei immer von dem Grundsatze aus: schon der Schmuggel gilt heutzutage nicht mehr für so anständig wie noch vor einigen Jahrzehnten — selbst bei Damen nicht mehr —

(große Heiterkeit),

die Neigung, direkt und offenbar zu lügen auf die Frage: haben Sie etwas Steuerpflichtiges bei sich? Es giebt immer weniger Leute heute als ehemals, die dazu geneigt sind, vor Zeugen Nein zu sagen, wenn sie nachher überführt werden können, daß es Ja ist. Ich glaube, daß überhaupt die Zahl der Steuerpflichtigen, die fähig sind, aus Geldinteressen wissentlich zu lügen, so groß nicht ist, als die Finanzminister es häufig anzunehmen geneigt sind.

(Bewegung.)

Also ich bin im Stempelgeschäft für keine andere Kontrole als für diejenige, die bei unseren Stempeln bisher üblich ist, oder für irgend eine, die das Eindringen in das kaufmännische Buchgeheimniß nicht zu einer alltäglichen Pflicht macht, sondern die Berechtigung dazu den exzeptionellen Fällen reservirt, denen sie heute gesetzlich bereits zur Seite steht. Es mag dadurch mancher Stempel unter Umständen verloren gehen; aber ich glaube, die Uebel, die mit der Offenlegung der Bücher, anfangs vielleicht in geringem Maße, schließlich vor jedem Beamten, der es der Mühe werth findet, verbunden sind, sind größer als der mäßige finanzielle Verlust der defraudirten Stempel, die dadurch gespart werden könnten. Ich will nicht sagen, daß man statt der doppelten Buchführung vielleicht zu einer Vervierfachung auf diesem Wege gelangen könnte, indem man neben den wirklichen Büchern noch andere führte, Geheimbücher.

Kurz und gut, ich kann den Herren, die von diesem Stempel bedroht sind, in Bezug auf die Kontrole meine Bundesgenossenschaft, soweit sie reicht, einigermaßen in Aussicht stellen, in Bezug auf Prozentsätze und auf Verschiebung der Steuer aber nicht, und ich bitte Sie, meine Herren, die Zeit zwischen der zweiten und dritten Lesung benutzen zu wollen, damit die einander gegenüberstehenden Parteien, die wirklich beiderseits das Gute und das Beste des Staates wollen, sich verständigen können, so weit es zwischen ihnen möglich sein wird, damit die Hoffnungen, die auf einen passiven Widerstand der Regierung gegründet sein könnten, das Feld räumen, und die etwaigen Zweifel an dem guten Willen der Regierung ebenfalls verschwinden. Ich möchte nur wünschen, daß die Herren sich so weit näher kommen, daß eine möglichst starke Majorität mit einheitlichen Anträgen demnächst dem Bundesrath die Vorlage machen wird, über die er alsdann zu beschließen haben wird.

Eine eifrige Betheiligung bei der Fertigstellung dieser Vorlage im jetzigen Stadium, wie der Herr Vorredner sie zu wünschen schien, kann ebenso wenig von dem Bundesrath verlangt werden, wie es von den Herren Abgeordneten verlangt werden kann, daß sie sich bei den Vorbereitungen einer Regierungsvorlage in ihrem amtlichen Charakter als Abgeordnete und nomine des Reichstages betheiligen und mitwirken sollten. Es sind ja eben zwei gesetzgebende Körper, aus deren Uebereinstimmung die Gesetze hervorgehen, die jeder für sich arbeiten müssen, und von denen jeder seine Initiative allein durchzuführen hat. Ich bin in keiner Weise ein Gegner der Reichstags- und parlamentarischen Initiative überhaupt; im Gegentheil, ich freue mich, so oft in ernster und ehrlicher Absicht von ihr Gebrauch gemacht wird, weil sie ja dazu beiträgt, den Stoff viel gründlicher zu klären und die öffentliche Meinung durch Diskussion vor Eingriff der Regierung unbefangen zu belehren. Bei einer Regierungsvorlage ist doch für viele, die darüber urtheilen, schon der Ursprung ein unerfreulicher, der eine gewisse feindliche Stimmung dagegen rege macht, weil sie von der Regierung, oder weil sie gerade von „dieser“ Regierung kommt. Es ist dem unabhängigen, freiheitsliebenden Deutschen, namentlich demjenigen, der so die Erinnerungen der dreißiger und vierziger Jahre noch an sich hat, überhaupt beinahe ehrenrührig, mit der Regierung gleicher Meinung zu sein und etwas, was von der Regierung kommt, ohne Weiteres als richtig und vernünftig anzunehmen.

(Heiterkeit rechts.)

Die Unzufriedenheit mit der Regierung und deren Polizei und die Verdienstlichkeit des — ich will nicht sagen Schimpfens — aber des scharfen Kritisirens der Regierung ist uns aus jenen Jahren noch zu naheliegend und überkommen, und wenn ich nicht selbst zur Regierung gehörte, dann würde ich, bin ich überzeugt, in dies nationale Laster auch verfallen.

(Große Heiterkeit.)

Also dieser Klippe entgeht eine Vorlage aus der Mitte der Versammlung vollständig, diesem Odium, von der Regierung abzustammen. Außerdem wird sie bekannter und verliert manches von ihren auf den ersten Anblick scheinbar unerfreulichen Eigenschaften durch das Durchsprechen; es wird dadurch einem Mangel

abgeholfen, den ich bei den Regierungsvorlagen sehr häufig schon empfunden habe.

Gerade so, wie vorsichtige Familienväter den Grundsatz haben, den Wein, den sie im nächsten Jahre trinken wollen, schon im Jahre vorher in den Keller zu legen, so wäre es, glaube ich, auch bei den Gesetzen nützlich, wenn man diejenigen, die man im Jahre 1886 einbringen will, im Jahre 1885 schon publici juris machen und drucken ließe, so daß sie allgemein und allseitig durchgesprochen und durchdiskutirt werden könnten. Ich habe immer wenigstens eine gewisse Furcht davor, wenn ich mit einem Gesetze, das ganz neue Zustände behandelt, und das in der öffentlichen Meinung noch gar nicht durchgesprochen und breitgetreten ist, plötzlich vor das Parlament treten soll — mit einem Gesetz, das vielleicht niemand erwartet. Ein Gesetz über eine Materie, die breit durchgesprochen ist, die jedermann erwartet hat, bringt sich viel leichter an, und man kommt darüber leichter zu einer Verständigung. Deshalb, meine Heren, hoffe ich, daß wir auch über dieses Gesetz zu einer Verständigung kommen werden, die keinen von beiden Theilen ganz unzufrieden lassen wird.

(Lebhaftes Bravo.)

Es sprachen dann noch die Abgg. Dr. Buhl, Dr. Bamberger und der Berichterstatter der Kommission Dr. Grimm, der, nach längerem Schlußwort, an das Haus die Bitte richtete, den Antrag Buhl, betreffend Tarifnummer 4, nicht anzunehmen und den Kommissions-Vorschlägen die Genehmigung zu ertheilen. Der Reichstag beschloß demgemäß: der Antrag Buhl wurde abgelehnt, die Kommissions-Vorschläge bezüglich der Tarifnummer 4 angenommen und zwar mit 177 gegen 74 Stimmen. Das Haus nahm das Resultat dieser Abstimmung mit „Bewegung" auf. Ebenso wurde der § 1 und die übrigen in Frage kommenden Paragraphen bis zu § 30 Absatz 1 nach den Vorschlägen der Kommission, mit einer von den Abgg. Frhrn. von Buol-Berenberg und Gamp in § 37 Absatz 3 beantragten Abänderung angenommen. Dann trat Vertagung ein.

Die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 1. Juli 1883.

(Sonntags-Frage.)

(Sitzung vom 9. Mai 1885. Stenogr. Ber., S. 2675 ff.)

Die X. Kommission des deutschen Reichstages hatte einen Gesetzentwurf[1]), betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 1. Juli 1883, vorgeschlagen, welcher in dieser Sitzung auf Grund des ersten Berichts dieser Kommission in Verbindung mit dem Antrage der Abgg. Dr. Buhl und Genossen[2]) zur ersten Berathung stand. Die Annahme des Kommissions-Entwurfs, in welchem es sich um die Sonntagsruhe der Arbeiter und um die Beschränkung der Beschäftigung der Lehrlinge und Gehilfen Seitens der Inhaber von Verkaufsstellen an Sonn- und Festtagen handelt, wurde vom Referenten Ag. Dr. Scheffer mit dem Hinweise empfohlen, daß derselbe keineswegs, wie man vielfach fürchte, einen puritanischen Sonntag herbeiführen, sondern nur dem christlichen und allgemein menschlichen Standpunkt Geltung verschaffen werde. Der Abg. Rödiger erklärte sich für den Gesetzentwurf, jedoch gegen den Antrag Buhl, während der Abg. Lieber der Ansicht Raum gab, daß eben so gut, wie eine Kongokonferenz mit glänzendem Erfolge möglich gewesen sei, auch die Forderungen der Religion und der Humanität, die sanitären und sozialpolitischen Gesichspunkte des gewerblichen Lebens durch derartige Kongresse international geregelt werden könnten, so daß die Befürchtung, die deutsche Industrie könnte gegenüber dem Auslande durch diese Arbeiterschutzbestimmung konkurrenzunfähig werden, völlig hinfällig wäre. Auch der Abg. Ackermann sprach warm für den Kommissions-Antrag, der aber von den Abgg. Dr. Buhl und Nobbe bekämpft wurde, weil derselbe praktisch undurchführbar erscheine. Letzterer hob allerdings hervor, daß auch er eine baldige Regelung nicht nur der Sonntagsfrage, sondern auch der Fragen des Verbots der Kinderarbeit, der Einschränkung der Arbeit jugendlicher und weiblicher Personen 2c. wünsche. Seine Partei wolle voll und ganz die Arbeiterschutzgesetzgebung weiter fördern helfen und werde daher dem Antrage Buhl zustimmen, der ihr dazu den richtigen Weg zu zeigen scheine. Hierauf nahm der **Reichskanzler**, wie folgt, das Wort:

Ich glaube, wenn dieser Gesetzentwurf vor einigen Monaten in dieses Haus eingebracht worden wäre, und man hätte die Möglichkeit gehabt, ihn reichlich zu erwägen und zu diskutiren und auf einen etwaigen Beschluß des Bundesraths vielleicht nochmals zu diskutiren, — ich glaube, daß man auch dann zu der Ueberzeugung gekommen wäre, daß in dieser Frage eine weitere Ermittelung der Thatsachen nothwendig ist. Eine

[1]) Siehe Anlage IV.
[2]) Siehe Anlage V.

Enquete, wie sie hier beantragt ist, wird unentbehrlich sein, wenn mit Aussicht auf wirklich praktischen Erfolg dieser Sache näher getreten werden soll. So wie die Sache hier augenblicklich liegt, kann ich kaum annehmen, daß die Herren Antragsteller an einen praktischen Erfolg auf der Basis dieser Anregung ihrerseits wirklich glauben sollten. Wenn ein solcher aber nicht eintritt, wenn die verbündeten Regierungen, der Bundesrath, auf Ihre Vorlage demnächst einen Beschluß faßt: entweder er halte heute angebrachtermaßen dieses Gesetz so nicht für annehmbar, oder die Sache sei nicht reif zur Entscheidung, es müsse eine Enquete veranstaltet werden — so ist für die öffentliche Meinung die Vertheilung des Eindrucks ziemlich ungleich. Diejenigen Herren, die den Antrag gestellt haben, werden ja bei den Wahlen und sonst im Lande den Eindruck auf den Arbeiter machen, als wenn sie wirklich eine ernste Verbesserung für ihn nicht nur erstrebt, sondern auch erreichbar vor sich gesehen hätten, so daß nur die Hand hätte ausgestreckt zu werden brauchen, um sie zu ergreifen. „Hätte sich bei den verbündeten Regierungen das gleiche Interesse für den Arbeiter gefunden, dann würden wir jetzt diese Frage erledigt haben" — so ungefähr, denke ich mir, wird der Eindruck sein. Für die Herren Antragsteller kann derselbe unter Umständen ein willkommener sein — für die Regierung ist er nicht annehmbar, und deshalb muß ich mich gegen die Stellung verwahren, die hierbei dem Bundesrath und den verbündeten Regierungen zugemuthet wird.

Die Herren Antragsteller stellen sich gewissermaßen dazu, wie, was im Französischen le bon prince genannt wird. Ich habe Fürsten der Art gekannt, die der Ueberzeugung waren, ihre Unterthanen in der Weise glücklich zu machen; daß alles im befriedigenden Gleise bliebe und nichts gestört werde, das hinge nur von dem Willen des regierenden Herrn ab; wenn der vorhanden wäre, dann müsse das von selber gehen. Wie das zu machen sei, sei die Sache der Schreiber von Ministern und Räthen, die das zu besorgen hätten; darüber brauche sich ein hoher Herr den Kopf nicht zu zerbrechen, es genüge sein Wollen. Die Rolle dieses hohen Herrn, dünkt mich, übernehmen die Herren Antragsteller einigermaßen. Wenn, wie ich höre, der Herr Abgeordnete Lieber gesagt hat, ich hätte früher den Vorwurf — ich weiß nicht, wem — gemacht, daß nichts

Positives zu Stande gebracht sei, nun sei hier ein Gesetz, und das sei fertig, so muß ich doch diese Bezeichnung der Vorlage als eines wirklichen Gesetzes als eine sehr schmeichelhafte charakterisiren

(Heiterkeit),

die die Vorlage nicht verdient. Ich sehe in ihr höchstens den Rahmen zu einem Gesetz; die Ausfüllung dieses Rahmens soll der Bundesrath besorgen

(sehr richtig! rechts);

ich sehe darin eine Vollmacht für den Bundesrath seinerseits. Das eigentliche Ingrediens im Gesetze fehlt gänzlich; Sie sind darüber, wie man sagt, mit einem Triller hinweggegangen, mit der Hinweisung auf den Bundesrath: — das Nähere bestimmt das Gesetz, heißt es in der Verfassung; hier heißt es: das Nähere bestimmt der Bundesrath. Das ist für den Bundesrath nicht annehmbar, da ist seine Rolle zu nachtheilig dabei. Es sieht so aus, als hätten Sie gewußt, wie der Bundesrath die Sache nachher zu machen habe, und nur der Bundesrath wisse es entweder nicht oder wolle wider besseres Wissen dem Arbeiter nicht zur Sonntagsruhe, die jeder ihm ja von Herzen gönnen wird, verhelfen. Die Ausfüllung des Rahmens ist das Wesentliche. Das Gemälde, die Anfertigung desselben überlassen Sie aber theils dem Bundesrath, theils in dringenden Fällen sogar der Ortspolizeibehörde; auf die bürden Sie Ihre legislatorischen Aufgaben ab.

(Heiterkeit.)

Es wäre das für die Polizeibehörde, über deren Uebergewicht man so häufig klagt, und auch für die Regierung, für den Bundesrath, wenn sie wirklich so herrschsüchtig wären, wie man glaubt, unter Umständen eine außerordentlich nützliche Pressionsmethode. Zum Beispiel: Sie sind wegen der Unabhängigkeit der Wahlen immer so sehr in Sorge. Wenn nun irgendwo ein fortschrittlicher Fabrikherr nicht nach dem Sinn der Ortspolizeibehörde mit seinen Arbeitern stimmte, so hätte hier die Ortspolizeibehörde eine ganz hübsche Handhabe, dem Herrn die Nachtheile seiner politischen Ueberzeugung begreiflich zu machen; oder der Bundesrath, wenn er findet, daß man seinen Wünschen nicht hinreichend entgegenkommt, könnte unter Umständen eine Pression ausüben, — nicht der jetzige, aber die Personen wechseln, es kann einmal eine andere Schattirung an das Ruder

kommen; dann wird man alle die Mittel, die es in der Welt giebt, um auf die Wahlen Einfluß und einen Druck auf die Beamten auszuüben, sehr viel schärfer anwenden, als wir es heute thun.

(Heiterkeit links.)

Dann wird das auch für Sie nützlich sein; für uns Jetzige — wir sind zu schüchtern, um von dergleichen Gebrauch zu machen

(große Heiterkeit),

Die große Frage, die sich einem zuerst aufdrängt: ist dem Arbeiter überhaupt mit dieser zwangsweisen Sonntagsfeier gedient unter polizeilicher Aufsicht? — die könnte durch eine Enquete gelöst werden. Wenn man nun die Arbeiter darüber abstimmen ließe: „wollt ihr, daß auch bei Strafe verboten wird, Sonntags zu arbeiten?" so werden sie die Frage, ob sie ihrerseits bereit sind, 14 Prozent ihres Jahreslohns zu verlieren, ganz bestimmt verneinen, in denjenigen Betrieben, in denen bisher nach dem Zwange der Natur des Geschäfts die Sonntagsarbeit bedauerlicherweise stattfindet.

Sie haben hier schon in der Vorlage selbst eine Anzahl solcher Betriebe angeführt, in denen es nicht möglich ist, an einem einzelnen Tage die Arbeit zu unterbrechen. Es giebt ja deren noch unzählige andere, und zwar unter den allergewöhnlichsten Betrieben. Nehmen Sie z. B. Brennereien und Brauereien. Wenn am Sonntage nicht gemaischt werden darf, hat das Vieh am Mittwoch nichts zu fressen; wenn am Sonntag nicht gebrannt werden darf, kann am Donnerstag nicht gemaischt werden, und kann am Sonntag das Vieh auch nicht fressen. Das ist also schon eine nothwendige Ausnahme, die für viele Betriebe zutrifft. Es giebt aber noch andere chemische und sonstige Verarbeitungsprozesse, bei denen das Erkalten der Feuer, das Austrocknen oder Säuern der Unterlagen des Betriebs nothwendig eintritt, sobald einen Tag pausirt wird, die sich nicht am Sonnabend abschließen und am Montag wieder neu beginnen lassen. Kurz, das Feld der Ausnahmen, die da gemacht werden können, ist unbegrenzt.

Aber überall da, wo eine solche Ausnahme nicht eintritt, wird zunächst für mich die dringlichste Frage die sein, ob der Arbeiter bereit ist, 14 Prozent seines Lohnes zu entbehren. Sie nehmen an, daß der Unternehmer diese 14 Prozent an

Sonntagslohn, vielleicht in einer Vertheilung von je $^1/_6$ auf die übrigen Wochentage, zahlen kann, so daß also eine Lohnsteigerung eintreten muß, um den Arbeiter für das ausfallende Siebentel seines Lohnes zu entschädigen. Meine Herren, sind Sie ganz sicher, daß der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber diesen Wechsel einlösen kann, daß der Arbeiter wirklich seinen Lohn nicht verlieren wird? Ich bin nicht ganz gewiß, daß das eintreten wird; ich fürchte, daß der knappe Lohn des Arbeiters auf diese Weise, wenn auch nicht um ein Sechstel, so doch vielleicht um ein Zehntel benagt werden wird, und daß er den Verlust in irgend einer Weise wird theilen müssen. Wenn derselbe wirklich 14 Prozent direkt beträgt, so sind das bei einem Jahreslohn — ich will es sehr niedrig nehmen: 600 Mark, 200 Thaler — immer 72 Mark; auf den Monat 6 Mark. Würden Sie bereit sein, dem Arbeiter einen solchen Abzug mit seiner Zustimmung aufzulegen? Ich glaube kaum. Aber jedenfalls wider seine Zustimmung halte ich es für ein gewaltthätiges Experiment, ihn auf einen unbestimmten Kampf mit seinem Arbeitgeber anzuweisen, ob er das Siebentel verloren gehenden Lohnes sich wieder erobern kann oder nicht.

Es scheint mir das Verfahren, das von den Herren Antragstellern eingeschlagen wird, und das sie legislatorisch nennen, ein rein empirisches zu sein; sie schieben den Regierungen die Verantwortung dafür zu, wie der Versuch der Empirie ausfallen wird. Zeigt sich, daß es nicht geht, dann heißt es von den Antragstellern: ja, wir haben den besten Willen gehabt, den Arbeitern zu helfen, wir verstehen die Sachen so genau nicht. Aber wenn die Regierung so etwas unterschreibt, so muß sie wissen, was sie thut. Es wäre Ihnen vielleicht ebenso lieb, wenn die Regierung nichts thut, sondern Halt macht in dem Stadium, wo Sie an das Thor der Regierung pochen mit einer Forderung für die Arbeiter, die sehr befriedigend klingt, wenn die Regierung die Achsel zuckt und sagt: wir bedauern — wir übersehen nicht, wohin das führen kann. Schneidet die Sache da ab, dann stehen Sie glänzend da, dann sind Sie, was man sagt, schön raus

(Heiterkeit)

gegenüber der Regierung und können den Arbeitern sagen: hier ist das Gesetz — wie es der Herr Abgeordnete Lieber nennt —, das könnte helfen, wenn die Regierung unter-

schrieben hätte, aber die Regierung hat kein Herz für den Arbeiter, die kümmert sich um den Arbeiter nicht, wir thun was wir können, aber die Regierungen folgen uns auf dem Wege nicht.

Meine Herren, wir können ja nicht hindern, daß Sie Ihrerseits die Attitüde annehmen, als ob das so wäre, aber Sie können sich nicht wundern, wenn die Regierungen und ich in ihrem Namen uns etwas dagegen wehren, auf diese Weise an die Wand gemalt zu werden, als ob wir etwas leicht Mögliches hinderten. Ich bestreite, daß es leicht möglich ist und so ohne Weiteres ins Werk gesetzt werden könnte.

Wenn die Industrie wirklich den ganzen Ausfall übernehmen würde, was sie, bin ich überzeugt, nicht wird thun wollen, — aber wenn sie es thäte, so wäre mir doch fraglich, ob sie bei einem Siebentel Abzug exportfähig bliebe. — Ja, meine Herren, nehmen Sie eine Industrie, die einen Umsatz von 70 000 Mark oder von 700 000 Mark hat — ich bleibe bei der Ziffer stehen, des leichten Divisors wegen —; wenn Sie der einen Ausfall von 10 000 Mark jährlich zumuthen, der anderen einen von 100 000 Mark, sind Sie sicher, daß sie dann in demselben Maße exportfähig bleibt? Es müßte eine schön rentirende Sache sein, die einen solchen Ausfall ohne weiteres tragen kann! Hört die Industrie, um die es sich handelt, auf, exportfähig zu sein, ja dann ist der Arbeiter wiederum der Gestrafte — schließlich heißt es: plectuntur Achivi —; die Industrie, die geschädigt wird, stellt entweder ihren Betrieb ein, und eine Menge Leute muß sieben Sonntage in der Woche machen, oder die Industrie geht ganz ein; in manchen Fällen wird dies geschehen, und der Arbeiter weiß dann nicht, an wen er sich halten soll dafür, daß er brotlos geworden ist, und daß die Industrie, von der er lebte, eingegangen ist. Ich habe hier eine sehr schöne und tröstliche Redensart über die höheren Güter, die man nicht aufs Spiel setzen müsse um gemeinen Gewinns willen, — in dem Kommissionsbericht gefunden. Es heißt da:

> Endlich sei zu erwägen, daß bei Einhaltung wöchentlicher Arbeitspausen in den häufigsten Fällen die von ausgeruhten Leuten hergestellten Arbeitsprodukte qualitativ, ja sogar zuweilen quantitativ gewönnen.

Woraus wollen Sie das schließen, meine Herren? Die Leute arbeiten so viel, wie sie können und mögen, nach ihren Kräften. Wenn sie nun am Sonntag ausgeruht haben werden, so sind sie am Montag gewiß arbeitsfähiger. Wenn sie aber den Sonntag ihren Vergnügungen gewidmet haben, dann wird der Montag blau

(Heiterkeit),

und am Montag ist die Arbeitskraft noch geringer. Darüber können Sie den Leuten keinen Zwang auferlegen, wie sie den Sonntag zubringen sollen.

Weiter sagt der Bericht:

> Auch könnten materielle Verluste nicht in Frage kommen, wenn es sich um die höchsten Güter eines Volkes, seine geistige und körperliche Gesundheit handle.

Ja, wenn aber dabei die Mittel zum Leben verloren gehen und geringer werden, und der Arbeitslohn ausfällt, was helfen dem Volke dann die höchsten Güter, wenn es Hunger leiden muß?

(Hört! hört! links.)

Meine Herren, ich will dafür die Verantwortung nicht übernehmen, so etwas ohne Weiteres, wie es heute liegt, dicht vor Schluß des Reichstags, wo ein Hin- und Herverhandeln zwischen den beiden gesetzgeberischen Körperschaften so gut wie ausgeschlossen ist, in die Welt zu schicken. Der Sache näher zu treten durch Enquete, durch Ermittelung, dafür bin ich sehr dankbar; Sie scheinen offenbar vorauszusetzen, daß die Regierung über das, was zu thun ist, um diese Zirkelquadratur zu erreichen, gelehrter und informirter sei, mehr wisse als Sie selbst. Darin irren Sie sich. Wir wissen das auch nicht besser als Sie. Wenn Sie es gewußt hätten, so hätten Sie die Unterscheidung selbst gemacht und hätten den Rahmen, den Sie dem Bundesrath hingeworfen haben, selbst ausgefüllt. Aber Sie überschätzen uns in unserem Wissen. Wir bedürfen auch der Belehrung darüber und sind sehr bereit, auf die Enquete einzugehen. Dann ist der Arbeitgeber sowohl, wie namentlich die Arbeiter zu hören — deren Stimme ist mir bei weitem am wichtigsten —, ob die diesen Zwang wollen, ob ihnen damit gedient ist, und ob etwas mehr erreicht wird als ein neues Agitationsmittel allen denjenigen Arbeitern gegenüber, die am Sonntag, anstatt bei Musik und schönem Wetter im Freien zu sein, genöthigt sind, hinter den dumpfen und feuchten Fabrikmauern zu arbeiten. Ein beklagenswerthes Schicksal!

Aber gar keine Arbeit zu haben, erschüttert zu sein in der Unterlage der Existenz, dem Hunger möglicherweise gegenübergestellt zu werden, um ein Sonntagsvergnügen erreichen zu können, — dazu, meine Herren, werden die verbündeten Regierungen wenigstens nicht die Hand bieten, ehe sie nicht besser als jetzt informirt sind — möge die Enquete gründlich sein — und ehe sie nicht namentlich die Stimmung der Arbeiter in den weitesten Kreisen über dieses Gesetz sondirt haben werden.

(Lebhaftes Bravo auf beiden Seiten des Hauses).

Nach dieser Rede bemerkte der Abg. Dr. Haarmann, daß die Industrie bei Abschaffung der Sonntagsarbeit nur gewinnen könne. Aber die Vorlage sei noch lückenhaft und er und seine politischen Freunde wollten, daß durch die von ihnen beantragte Erhebung festgestellt werde, welche Betriebszweige von dem Verbote der Sonntagsarbeit auszunehmen, und wie die Kinderarbeit zu behandeln sei. Als dann der Abg. von Kleist-Retzow erklärt hatte, es habe ihn tief betrübt, daß der Reichskanzler gegen die konservative Partei den Vorwurf erhoben habe, dieser ganze Antrag sei ein bloßes Wahlmanöver und hervorhob, daß der Reichskanzler ihn von Jugend auf kenne und wisse, daß er nicht nach Popularität hasche, und dann noch bemerkte, er habe gegen die Enquete nichts einzuwenden, doch seien Enqueten oft resultatlos vorübergegangen, sah sich der Reichskanzler zu folgender Erwiderung veranlaßt (Stenogr Ber., S. 2680 ff.):

Der Herr Abgeordnete hat zunächst damit begonnen, zu betheuern, daß seinerseits eine Einwirkung auf Wahlen und ein Haschen nach Popularität mit diesem Antrage nicht verbunden gewesen sei. Ich würde das ohne seine Versicherung geglaubt haben. Ich erinnere mich auch nicht, gesagt zu haben, daß diese Berechnung dem Antrage zum Grunde liege. Ich glaube nur die thatsächliche Wirkung des Antrags dargestellt zu haben, vermöge deren die Antragsteller in einem besseren Lichte vor den Arbeitern erscheinen als der Bundesrath, und habe gesagt, daß der Bundesrath dabei in einer Zwangslage sich befindet, aus der heraus er die Sache nicht lösen kann. Das hat der Herr Vorredner selbst zugegeben. Er nimmt an, daß der Bundesrath seinerseits eine Art Enquete anstellen werde. Ob ihm dazu die Mittel ohne einen Beschluß dieses Hauses zu Gebote stehen, das will ich hier nicht entscheiden.

Der Herr Vorredner hat gesagt: der Bundesrath wird das nicht gleich unterschreiben, — er wird es liegen lassen, er wird sich erkundigen: wie liegt die Sache? Nun, ohne Erkundigungen, die Geld kosten, werden wir auch nicht mehr darüber lernen, als wir bisher wissen, und wird namentlich das, was wir erfahren, nicht in dem Maße publici juris sein. Wenn wir so, wie die Enqueten in anderen Ländern sind, in verschiedenen Gegenden Hunderte von Arbeitern jeden einzelnen ohne Rücksicht auf den anderen darüber wollen vernehmen lassen, wie sie sich die Einführung der obligatorischen Sonntagsruhe denken, so müssen wir eine Geldbewilligung haben; die haben wir bis jetzt nicht. Also schien mir der Herr Vorredner selbst vor der Möglichkeit, daß der Bundesrath dieses, wie ich glaube, unfertige Elaborat ohne Weiteres sich aneignen und unterschreiben könnte, zurückzuschrecken.

Ich kann dem Herrn Abgeordneten außerdem nur das Zeugniß geben, daß er mit der sehr großen Beredsamkeit, die ihm seine christliche Ueberzeugung einflößt, von Neuem für die Heiligung des Sonntags und für die Freiheit des Sonntags von Arbeit, für die Sonntagsruhe Alles gesagt hat, was sich dafür sagen läßt. Aber über die Art, wie die Schwierigkeiten, die der praktischen Ausführung seiner Wünsche entgegenstehen, zu überwinden seien, darüber hat er uns nicht um ein Haar breit klüger gemacht, als wir vorher waren. Er hat auch nicht versucht, darüber eine Andeutung zu machen; er hat auch seinerseits keine Erfahrung zur Verfügung, die Anderen eine Beruhigung über die wahrscheinliche praktische Wirkung eines solchen Gesetzes gewähren könnte. Diese Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, den Sonntag für die Arbeit absolut und zwangsweise zu entbehren, sind ja ganz genau dieselben, als der Festsetzung eines annehmbaren und nicht allzu ermüdenden mäßigen Arbeitstages im Wege stehen. Finden Sie das Geheimniß mit dem Sonntag, dann werden wir auch das mit dem Arbeitstag finden, daß wir, ohne die Industrie und ohne den Arbeiter selbst durch Schwächung der Industrie, von der er lebt, zu schädigen, auch den Arbeitstag limitiren können in der Weise, wie es in viel weiteren Kreisen unter den Arbeitern selbst wenigstens gewünscht wird.

Der Herr Vorredner sagt, das Wichtigste von allem, was für den Arbeiter geschehen könne, sei die Sonntagsruhe. Ich

halte das für sehr richtig, für in hohem Grade wünschenswerth, für ein glänzendes Ziel, wenn man es erreichen kann. Aber ich halte die billig und schonend bemessene Dauer des Arbeitstages doch noch für viel wichtiger. Fragen Sie den Arbeiter, was er lieber will: ob er lieber Sonntagsruhe haben will auf die Gefahr hin, an den übrigen sechs Wochentagen das einarbeiten zu müssen, was er am Sonntag nicht gemacht hat, oder ob er lieber einen festen, mäßigen Arbeitstag wünscht, sodaß er an jedem der sechs Wochentage sein Sechstel Sonntag mit eingeschoben bekommt. Ich glaube, daß diese Zerstückelung des Sonntags auf die übrigen Wochentage — wobei ich von der konfessionellen, christlichen Seite der Sache ganz absehe — für das Behagen des Arbeiters durch die Kürzung des Arbeitstages im Vergleich mit dessen stellenweis übermäßiger Länge sehr viel werthvoller noch sein würde als die zwangsweise Freiheit am Sonntag in denjenigen Branchen und Geschäften, die nicht überhaupt am Sonntag feiern. Es sind doch, glaube ich, nur die Minderheit der Geschäfte, die ihrer Natur nach Sonntag und Werktag arbeiten; die meisten feiern schon jetzt; es ist also nur ein Theil der Arbeiter, um den es sich handelt.

Der Herr Vorredner sagt, in England und Amerika fände diese Sonntagsruhe statt, und dennoch, vermöge des göttlichen Segens, der sich an diese Ruhe knüpfe, wären diese Länder industriell überlegen. Ich glaube, er irrt sich in den thatsächlichen Gründen dieser Ueberlegenheit; ich glaube, daß dieselben in anderem, in der Beschaffenheit der Länder liegen. England würde uns nicht in dem Maße überlegen sein, wenn bei ihm nicht Kohle und Eisen dicht nebeneinander lägen, und wenn es nicht einen Kulturvorsprung von mehreren Jahrhunderten vor uns gehabt hätte. Wir können aus vielen Zeugnissen ermessen, daß schon zur Zeit Shakespeares, also vor 300 Jahren, in England eine Wohlhabenheit, ein Kulturzustand und ein Maß von belletristischer Bildung herrschte, von dem wir zu gleicher Zeit in Deutschland weit entfernt waren. Wir sind in Deutschland außerdem durch den dreißigjährigen Krieg mehr als irgend eine andere Nation zurückgeworfen worden, und ich kann dem Herrn Vorredner nicht zugeben, daß die Engländer im Ganzen bessere Christen wären als die Deutschen. Ich glaube, daß namentlich auch die katholischen Mitunterzeichner des Antrags nicht zugeben würden, daß England uns

in der Bethätigung des Christenthums irgendwie überlegen ist. Schon damit, daß ich diese Frage stelle, die jeder sich in seinem Herzen beantworten möge, werde ich dem Herrn Vorredner beweisen, daß er die Wirkungen, die vorhanden sind, falschen Ursachen zuschreibt und den Ursachen Wirkungen, die sie nicht haben. Wenn in England die Sonntagsruhe nicht üblich wäre, wenn es dort bisher so gegangen wäre wie bei uns heute, — ob dann irgend eine Regierung stark genug wäre oder ein Parlament, um sie heute zu erzwingen, das ist mir sehr fraglich. Die Sitte thut darin viel mehr als der Zwang, und ich hoffe und wünsche, daß wir mit der Sitte so weit kommen, wie denn doch die Sitte bei uns darin schon sehr mächtig ist. Es ist für den Landwirth beispielsweise eine sehr große Versuchung, wenn in der Erntezeit bei beinahe trockenem Getreide Wolken am Himmel stehen, am Sonntag arbeiten und einfahren zu lassen; ja selbst die Arbeiter haben so viel Passion für das Geschäft, daß sie häufig dazu drängen. Aber ich kenne doch nur wenig größere Besitzer, die es gestatteten, oder die den Leuten — wenigstens in meiner Gegend — ihre Sonntagsruhe verderben, mag darüber die Ernte verregnen oder nicht. Man trägt es in Ruhe und stellt dem lieben Gott das Weitere anheim. Das zeigt, wie mächtig die Sitte darin ist. Ich muß sagen, ich habe von dem englischen Sonntag, wenn ich in England gewesen bin, immer einen peinlichen und unbehaglichen Eindruck gehabt,

(sehr wahr!)

ich bin froh gewesen, wenn er vorbei war; ob es den Engländern auch so ging — bei manchen muß ich es wenigstens glauben, denn sie beschleunigten den Gang der Zeit in einer Weise, ohne Zeugen, die ich hier nicht weiter charakterisiren will, und waren froh, wenn der Montag anbrach. Wer in England in der Gesellschaft gelebt hat, wird wissen, was ich meine. Wenn man dagegen hier des Sonntags auf das Feld kommt, in die Umgegend von Berlin, wenn es nicht gerade in der Nähe einer Bockbierbrauerei ist —

(Heiterkeit)

wenn man auf die Dörfer hinkommt, so hat man doch seine Freude an den geputzten und frohen Leuten, und dankt Gott, daß wir nicht unter dem Zwange des englischen Sonntags leben. Ich war gerade an einem Sonntag zum ersten Mal

in meinem Leben — ich glaube, es war vor einigen vierzig Jahren — in England an das Land getreten und war so froh, eine schlechte Fahrt überstanden zu haben, daß ich unwillkürlich irgend ein Lied pfiff — nicht sehr laut —, und ein Bekannter vom Schiff, der mit mir ging, sagte mir etwas ängstlich: „Bitte, Herr, pfeifen Sie nicht!" Ich sagte: Warum sollte ich nicht? ich bin vergnügt. — „Es ist Sonntag!"

(Heiterkeit.)

Das war in Hull, und er setzte mir mit Wohlwollen auseinander, ich liefe Gefahr, Unannehmlichkeiten zu erleben. Das hatte für mich die Folge, daß ich sofort wieder an Bord ging und nach einer anderen Gegend fuhr.

(Heiterkeit.)

Ich führe das nur an, um zu sagen, daß ich mich mit einer solchen Zwangsfeier, so lange ich lebe, nicht befreunden würde, auch nicht glaube, daß dies Gottes Gebot entspricht, und daß es geeignet ist, den Menschen zu bessern.

Ich kann also aus den Aeußerungen des Herrn Vorredners nur so viel entnehmen, daß er selbst doch auch einer Enquete nicht zuwider ist; er setzt voraus, daß die Regierung sie auf eigene Hand machen werde. Ich erkläre, daß die Regierung auf eigene Hand nicht das Geld dazu hat, — und werde dankbar sein, wenn Sie es ihr bewilligen oder im Vertrauen auf die haushälterischen Gewohnheiten dieser Regierung ihr die Vollmacht geben wollen, gewisse Etats zu diesem Behuf zu überschreiten. Die Annahme der Vorlage, wie sie ist, kann ich nicht empfehlen; denn ich kann nicht in Aussicht stellen, daß sie ohne Weiteres die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden wird, und ich muß die letzteren nochmals, ohne damit irgend die Absicht eines Antragstellers verdächtigen zu wollen, gegen das Licht verwahren, welches dadurch, daß die Herren zu glauben scheinen, ihr Antrag könne ohne Weiteres Gesetz werden, auf die Intentionen der Regierungen den Arbeitern gegenüber geworfen wird. Ich kann erklären, daß die verbündeten Regierungen für die Arbeiter genau so viel Wohlwollen haben, wie irgend einer der Herren Unterzeichner dieser Vorlage haben kann, daß sie aber genöthigt sind, ehe sie ihre Unterschrift von sich geben, dem Inhalt dieser Piece etwas genauer ins

Gesicht zu sehen und ihn näher zu erforschen, als die Herren, die den Antrag unterschrieben haben und unterstützen.

(Bravo!)

Nunmehr erhielt der sozialdemokratische Abg. Stolle das Wort, der seiner Verwunderung Ausdruck gab, daß der Reichskanzler, der doch immer arbeiterfreundlich sein wolle, sich auf die Seite der Arbeitgeber stelle. Redner verwahrte den deutschen Arbeiter gegen den Vorwurf, daß er, wenn er sich am Sonntag Vergnügen bereite, am Montag leicht blau mache, und hob hervor, daß durch Enqueten nichts erreicht werde. Ehe man mit den Untersuchungen fertig sei, würden die Arbeiter an Leib und Seele vernichtet sein. Durch Annahme dieses Gesetzes würde dem soliden Geschäfte so gut wie dem Arbeiter ein Vortheil geschaffen werden. Der **Reichskanzler** entgegnete darauf Folgendes (Stenogr. Ber., S. 2683 ff.):

Der Herr Vorredner hat wiederum der ganz unbestrittenen Wahrheit Ausdruck gegeben, wie Herr von Kleist, daß es im höchsten Grade wünschenswerth wäre, allen Arbeitern die Sonntagsruhe zu schaffen. Es handelt sich aber, wie ich wiederhole, doch hier nur um den geringen Theil der Arbeiter, die sie bisher nicht haben. Ich erinnere daran, als wir im Unfallgesetz den durchschnittlichen Lohnsatz berechnet haben, da ist ohne Widerspruch als im Allgemeinen gültige Regel anerkannt worden, daß der Lohntage im Ganzen nur 300 im Jahre wären. Es ist also damals unbestritten von der Annahme ausgegangen, daß die meisten Arbeiter ihre Sonntagsruhe jetzt schon haben. Es handelt sich also hier nicht etwa um alle Arbeiter, um den Arbeiterstand, für den der Herr Vorredner eben zu sprechen meinte, sondern nur um den bedauerlichen Theil desselben, der bisher der Sonntagsruhe entbehrt. Da es eben die Minderzahl ist, so ist vermöge der Freizügigkeit jedermann in der Lage, sich diesem Drucke, der vorzugsweise schärfer wäre, wenn er nicht durch andere Vortheile aufgewogen würde, zu entziehen.

Es wäre mir lieber gewesen, wenn der Herr Vorredner seine Meinung wenigstens darüber klar ausgesprochen hätte — aber er hat sich wohl gehütet, es zu thun —, wer den Ausfall von einem Siebentel, von 14 Prozent tragen soll. Hätte er gesagt: wir, im Namen der Arbeiter sprechend, sind bereit dieses eine Siebentel unseres Jahreslohns zu entbehren für den Vortheil, daß wir dafür den freien Sonntag haben, — gut,

das wäre eine Stimme, die von Seiten der Arbeiter in der Richtung gesprochen hätte. Die Regierung würde freilich das Bedürfniß gehabt haben, außer dem Herrn Vorredner doch auch noch andere zu hören. Oder hätte er auf der andern Seite gesagt: es ist eine Forderung der natürlichen Gerechtigkeit, daß die Unternehmer diesen Ausfall tragen, daß sie jedem Arbeiter für die sechs Tage, die er nachher noch arbeitet, den Lohn, den er bisher am siebenten Tage bekam, zulegen, daß sie also bei einem Lohnsatz von 14 Silbergroschen, will ich einmal sagen, den Wochenlohn auf 16 Silbergroschen erhöhen, wobei sie darauf rechnen, daß nun der am Sonntag ausgeruhte Arbeiter die übrigen sechs Wochentage hindurch um so mehr arbeitet, — das hätte ich eine aufrichtige Stellungnahme von Seiten des Herrn Vorredners genannt. Anstatt sich aber für eine dieser Alternativen frank und frei auszusprechen, hat er sich begnügt, nach Art vieler anderen Herren von anderen Fraktionen seine Rede in der Hauptsache nicht mit sachlichen Argumenten, sondern mit persönlichen Invektiven gegen mich und gegen das, was ich gesagt habe, auszurüsten. Es ist das ja außerordentlich leicht; wenn ich ein Abgeordneter in der Minorität wäre, gänzlich ohne Verantwortung für das, was im Lande geschieht, und was die Regierung thut, — da wollte ich Ihnen noch ganz anders grobe und eindringliche Reden als der Herr Vorredner halten. Es ist ein altes gutes Sprüchwort, — ich fürchte leider ein französisches —: „um geistreich zu sein, braucht man nur vor nichts mehr Respekt zu haben, dann findet sich das sehr leicht.“

(Oh! links.)

Ja, den Respekt vor dem, was aus der Nation und ihren wirthschaftlichen Einrichtungen wird, wenn gewisse Sachen, die im Feuer der Rede und des Parteibedürfnisses gesprochen werden, ins Leben treten; diesen Respekt hat der Herr Vorredner nicht.

Ich möchte also, daß der Herr Vorredner, wenn ihm Zeit dazu bleibt und dem Hause, es anzuhören, doch vielleicht noch einmal auf die Tribüne tritt, sich für eine dieser Alternativen entscheidet und sagt: ich fordere im Namen des Arbeiters den freien Sonntag für das Opfer von einem Siebentel seines Jahreslohns, oder: ich fordere von dem Arbeitgeber, daß er diesen Ausfall überträgt. Die meisten Arbeiter, die nicht so situirt sind, wie der Herr Vorredner, daß sie an der Spitze

einer Bewegung stehen, von der sie ihrerseits mit Leichtigkeit getragen werden —, die, glaube ich, können die 70 Mark jährlich nicht entbehren; und wenn der Herr Vorredner mir das nachweisen kann, an welchem Item ihrer Ausgaben das möglich sein wird, so würde ich ihm sehr dankbar dafür sein. Das würde mir den Beweis liefern, daß die Arbeiter trotz aller Klagen, die wir von verschiedenen Seiten über Vertheuerung des Brodes und des Getreides und über die Unmöglichkeit, zu leben und Steuern zu zahlen, hören, doch noch 70 Mark per Kopf übrig haben. Ich glaube es nicht. Der Herr Vorredner aber, muß ich annehmen, glaubt es, sonst würde er so nicht sprechen.

Der Herr Vorredner hat mir gegenüber in der Uebertreibung gesprochen, die mit dem Bedürfniß verbunden ist, zunächst meine Person in der Achtung der Arbeiter herunterzusetzen. Er wünscht, daß die Arbeiter ihm folgen und nicht dem Reichskanzler. Da finde ich das ganz natürlich, daß er mich, wie er kann, herunterreißt und sagt: man hat uns das versprochen, — jetzt war der Moment gekommen, wo der Reichskanzler alle seine Versprechen erfüllen konnte, man hat ihm diese Sonntagsvorlage suppeditirt, wenn die unterschrieben worden wäre im Bundesrath, so hätte er alle seine Versprechungen erfüllt, — aber nun hat er recht gezeigt, daß er doch eigentlich bei den Manchesterleuten und mehr auf Seiten der Arbeitgeber als der Arbeiter steht, und daß alles, was er früher für den Arbeiter bei anderen Gelegenheiten gesagt hat, — der Herr Vorredner sagte es nicht geradezu, er aber meinte es doch im Grunde — eine Heuchelei gewesen ist, die ihren politischen Zweck wohl haben kann. So ungefähr kam es heraus. Nun, ich verlange gar nicht, daß der Herr Vorredner gerecht gegen mich ist, ich will nur anderen und will dem Lande sagen, daß er mir damit bitteres Unrecht thut. Ich stehe weder auf Seiten der Arbeitgeber noch der Arbeiter, ich stehe auf Seiten der Nation und ihres wirthschaftlichen Gedeihens und thue, was ich nach bestem Ermessen ohne Popularitätssucht nach der einen oder anderen Seite hin glaube verantworten und mit der Unterschrift meines Namens decken zu können.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mehrmals gesagt, ich spielte den Arbeiterfreund. Ja, meine Herren, wer hier mehr spielt, das heißt,

eine Rolle, auf welcher Seite das theatralische, das circensische Element ist und auf welcher Seite das mehr sachliche, — das überlasse ich jedermann zu unterscheiden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bestreite, daß es wahr ist, was der Herr Vorredner sagte, daß mit der Annahme dieses Entwurfs alle Wünsche des Arbeiters zufriedengestellt, daß die Arbeiterklagen sozusagen mit dem freien Sonntag abgefunden werden würden. Der Herr Vorredner lehnt die Enquete ab; er fürchtet, daß die Arbeiter dabei gefragt werden. Den Herren ist es ja immer unangenehm, wenn die Arbeiter ohne ihre Führer und Vormünder vernommen werden; aber darauf gerade wollen wir hinaus. Der Herr Vorredner stößt die Regierung gewissermaßen von hinten hinein auf diese Vorlage. „Nun darauf, nur rasch unterschrieben!" das macht sie mir doppelt verdächtig. Ich habe von dieser Seite noch nie eine Unterstützung meiner ehrlichsten Bestrebungen für die Arbeiter bisher gehabt. Daß sie alle unehrlich gewesen sind, wird der Herr Vorredner vielleicht behaupten wollen, aber andere nicht glauben machen können. Neulich haben Sie für die Börsensteuer, glaube ich, gestimmt,

(Zuruf: Nein!)

oder nicht, — nun das hat auch mit den Arbeitern weiter nichts zu thun. Wenn der Herr Vorredner mit solcher Leidenschaftlichkeit und mit solcher Neigung, mich vor dem Lande schwarz darzustellen, auftritt, so bin ich als Diplomat gewohnt, nach der Absicht zu suchen. Ich denke mir also, der Herr Vorredner erwartet, wenn wir den Arbeiter, den unbeeinflußten Arbeiter, nicht hören, könnten wir vielleicht etwas thun, was ihn nachher unzufrieden macht, oder was überhaupt Schaden in die Industrie bringt und in Folge dessen Unzufriedenheit. Wo Unzufriedenheit ist, da blüht die Agitation; und vielleicht ist der Herr Vorredner gerade deshalb mit der Schärfe in dieser Sache, die ich, glaube ich, bisher nur sehr sachlich behandelt habe, aufgetreten. Ich halte die Herren Agitatoren der sozialdemokratischen Partei für Leute, zu denen man sich der That versehen kann; sie wissen mit derselben Feinheit, mit der der Diplomat seine Berechnung macht, immer den Punkt ausfindig zu machen: wie kann Unzufriedenheit gesät werden? Unzufriedenheit brauchen sie, um zu prosperiren, und wo sie keine finden, können sie den Hebel ihrer Agitation nicht einsetzen. Ich komme also unwillkürlich

zu der Vermuthung, daß sie von der Vollziehung dieses Gesetzes, von seiner übereilten, sofortigen Einführung, doch noch mehr Drachensaat erwarten, als ich bisher darin gewittert habe. Ich traue Ihren Rathschlägen nicht.

(Zuruf links: Wir auch nicht!)

— Das ist wahrscheinlich gegenseitig; Sie den meinen auch nicht — das bestreite ich auch gar nicht.

Ich bitte doch auch die anderen Herren, zu erwägen, daß die Zahl der Arbeiter, die von dieser Wohlthat berührt werden, doch im Ganzen eine geringe ist; die Arbeiter, die sechs Arbeitstage in der Woche überhaupt nur haben, sind bisher die Mehrzahl. Ehe wir die Minderzahl, die bisher alle sieben Tage gearbeitet hat, ohne ihren Willen, dazu werfen und ihr ein Siebentel ihres Lohnes kürzen, habe ich das Bedürfniß, diese Arbeiter vorher selbst in möglichst unabhängiger und unbeeinflußter Weise zu hören, wie sie darüber denken, mag das nun in Form einer votirten Enquete sein oder, wie Herr von Kleist annahm, so, daß wir im Bundesrath jetzt uns einmal in die Sommerfrische begeben und dann vielleicht späterhin allmählich herumhören; so ungefähr dachte er es sich. Dabei erfährt man aber nicht genug; man wird immer, glaube ich, um uns zu informiren, Geld brauchen, und ich befürworte deshalb, daß die Herren, wenn ihnen daran liegt, die Sache ernstlich zu fördern und nicht blos eine captatio hinzustellen, eine Resolution fassen, in der sie die verbündeten Regierungen dazu ermuthigen, Geld für eine solche Enquete auszugeben, um diese, wie ich glaube, nicht spruchreife Frage im nächsten Winter, bei der nächsten Parlamentssitzung, einer weiteren Beschlußnahme zu unterbreiten.

(Bravo!)

Nachdem hierauf der Abg. Dr. Windthorst in längerer Rede den Antrag der Kommission vertheidigt und der Abg. Röbiger sich ebenfalls für denselben erklärt hatte, nahm der Reichskanzler nochmals das Wort zu folgenden Ausführungen (Stenogr. Ber., S. 2688 ff.):

Ich glaube, die hohe Versammlung wird sich aus den Ausführungen der beiden Redner von der sozialdemokratischen Partei schon haben überzeugen können, daß die Wirkung der Vorlage, der Art und des Inhalts ihrer Anregung, daß nämlich der Bundesrath als der Schuldige dasteht, wenn der Arbeiter nicht glücklich wird, falls nicht erstrebt, so doch faktisch schon

erreicht ist. Sie sehen, daß diese Herren, die sich besonders die Vertreter der Arbeiter nennen, erfreut sind über den Anlaß und die Möglichkeit, über den Vorwand, der ihnen gegeben ist, auf den Bundesrath mit Fingern zu zeigen: hic niger est, das ist derjenige, der uns schädigt, — Sie sehen, daß hiervon jetzt schon der reichlichste Gebrauch gemacht ist. Ich will nicht behaupten, daß diese Wirkung erstrebt wäre, ich halte sie von vielen der Unterzeichner wenigstens nicht für vorausgesehen; aber daß sie schon eingetreten ist, werden sie mir nach den beiden Reden, die wir von sozialdemokratischer Seite hier gehört haben, nicht bestreiten; und daß sie von diesen Herren Rednern und ihren Kollegen in der Agitation in dem Sinne nun breiter ausgenutzt werden wird, gestützt auf die konservativen Unterzeichner dieses Antrags, in den Volksversammlungen, um die verbündeten Regierungen als die bête noire in der ganzen Einrichtung darzustellen, das läßt sich doch wohl voraussehen. Der Herr Vorredner ist insofern meinen Wünschen schon mehr entgegengekommen als sein Fraktionsgenosse, der vor ihm gesprochen hat, wie er sich dieses Tragen des Ausfalles, der nothwendig eintreten muß, denkt. Er tritt der Frage schon näher, indem er sagt, eine kleine Schädigung werden sich allerdings die Unternehmer gefallen lassen müssen. Wenn er sagt „eine kleine,“ so nehme ich an, daß der doch nicht die $^1/_7$ des ganzen Bruttoumsatzes des Geschäfts meint. Dann muß er also voraussetzen, daß von der Schädigung, die im Ganzen eine große sein wird, doch noch ein erheblicher Theil für den Arbeiter übrig bleiben wird. Nun fehlt uns aber der Beweis, daß der Arbeiter bereit ist, diese Schädigung zu tragen.

Er hat von der häuslichen Arbeit gesprochen. Auf dem Gebiete hat ja jeder von den Herren wohl Erfahrungen gemacht. Ich habe bisher nicht gefunden, daß der Sonntagsgendarm, wenn ich ihn so nennen darf, der einen bei der häuslichen Arbeit abfaßt, eine willkommene Erscheinung wäre, daß der den Uebertreter vor sich selbst und vor seiner eigenen Neigung sich mehr anzustrengen, als die Obrigkeit ihm gestatten will, zu seiner Genugthuung schützt; unter Umständen wird ein Beobachtungsposten ausgestellt, wenigstens bei ländlichen Handwerkern, um zu sehen, ob nicht etwa ein Gendarm kommt, und alles ist darüber einig, sich dem Sonntagsgendarm nach Möglichkeit zu entziehen.

Solchen Erscheinungen gegenüber darf man es doch wohl den verbündeten Regierungen nicht übel nehmen, wenn sie sich über die Stimmung, mit welcher die Arbeiter dieser Sache selbst gegenüberstehen, doch noch etwas näher, als von den Führern der Agitation zu entnehmen ist, zu unterrichten wünschen.

Der Herr Vorredner hat gemeint, man würde die ganze Sozialdemokratie beseitigen, wenn man vernünftige Ansprüche der Arbeiter befriedigte. Zum Erforderniß der Vernünftigkeit des Anspruches rechne ich vor allen Dingen das, daß er aufgestellt wird von demjenigen, von dem behauptet wird, er hätte ihn. Daß bei dem Arbeiter der Anspruch auf einen Zwang zum Nichtarbeiten wirklich vorhanden sei für den Sonntag, darüber haben wir die Neigung einige Ermittelungen anzustellen, und das werden sie uns nicht verargen.

Der Herr Vorredner ist gleichwie sein Fraktionsgenosse auf die Andeutung zurückgekommen, die ich über den blauen Montag machte. Beide Herren haben meine Bezugnahme sofort erheblich erweitert, wie es ja für ihren Gebrauch nützlich ist. Die unparteiischen Herren werden sich erinnern, daß ich sagte: „es giebt Leute, es kommt vor unter Umständen.“ Der erste der Vorredner nahm schon an, ich hätte den deutschen Arbeiter im Allgemeinen nationaliter angeklagt, daß er überhaupt den Montag blau zu machen pflege, der zweite Redner nimmt das als eine ganz sichere Beschuldigung an, die ich allgemein ausgesprochen habe. Er ist ehrlich genug, hinzuzufügen, daß es seiner Erfahrung nach einige Arbeiter gebe, die blauen Montag machen. Nun, mehr habe ich auch nicht gesagt. Es wäre ja eine ganz absurde und unberechtigte Behauptung, wenn ich den Arbeiterstand im Allgemeinen dessen anklagen wollte. Ich habe nur gesagt, es würde nicht bei allen zutreffen, daß sie ausgeruht vom Sonntag in die Woche kämen, wie es ja bisher bei der großen Mehrzahl derjenigen, die den Sonntag frei haben, doch nicht immer der Fall ist. Das sind aber die Ausnahmen, die ich wohl conversando genannt habe, auf die ich aber kein Gewicht lege. Sobald die Herren mich überzeugt haben, daß die Arbeiter das wirklich wollen und mir dankbar sein würden, wenn ihnen bei Strafe geboten wird, am Sonntag sich der Arbeit zu enthalten, dann will ich auch gerne bei dem Bundesrath das befürworten; aber diese Sicherheit muß ich erst haben; bisher glaube ich nicht daran, wie überhaupt an die Zweckmäßigkeit und das

Willkommensein irgend eines Sonntagszwanges und irgend eines Zwanges zur Ruhe, der außerhalb der Sitte liegt und etwa von der Polizei erzwungen werden muß.

Als hierauf der Abg. Dr. Lieber die Ausführungen des Reichskanzlers zu entkräften sich bemühte und dabei besonders hervorhob, daß im Regierungsbezirk Düsseldorf die Sonntagsruhe mit Erfolg durchgeführt und dasselbe jedenfalls auch für das ganze Reich möglich sei, sah sich der Reichskanzler schließlich noch zu folgenden Bemerkungen veranlaßt (Stenogr. Ber., S. 2692 ff.):

Der Vorgang der Regierung in Düsseldorf, den der Herr Vorredner zitirt hat, beweist, glaube ich, unwiderleglich, daß die preußische Staatsregierung den Tendenzen, die der Antrag verfolgt, nicht feindlich gegenüber steht — sonst wäre diese Stellung der Düsseldorfer Regierung dazu ja nicht möglich; daß also alle die Beschuldigungen und Insinuationen, die ich aus anderen Reden habe heraushören können, unbegründet sind. Auf der anderen Seite beweist er aber auch, daß das bestehende gesetzgeberische Material ausreicht, um erhebliche Fortschritte in der Richtung zu machen, ja um fast den besten Theil dessen, was die Antragsteller anstreben, zu decken, ohne daß man genöthigt ist, zu gesetzlichem Zwange in der Allgemeinheit zu greifen, wie er hier vorgeschlagen ist.

Der Herr Vorredner hat gesagt, der Bundesrath habe sich andere Fakultäten, die ihm zustehen, ganz ruhig gefallen lassen und besitze sie und übe sie; — warum er nun diese nicht annehmen wolle? Fakultäten im Interesse der Reichen akzeptire er, im Interesse der Armen scheine er sie nicht üben zu wollen. Ja, meine Herren, darin liegt der Unterschied nicht; reich und arm ist dem Bundesrath vollkommen egal. Er übernimmt diejenigen Fakultäten, die er als ausführbar, als möglich wegen ihres begrenzten Inhalts ansehen darf. Dabei ist keine Schwierigkeit; das Gesetz giebt die Hauptsachen an die Hand, der Bundesrath hat nur die einzelnen Fälle zu bestimmen nach so genau begrenzten und zweifellosen Kriterien, daß dabei von einer Willkür seinerseits nicht die Rede sein kann, daß kein Arbeiter sagen kann: mich hat der Bundesrath auf eine ungerechte Weise ausgeschlossen, anderen hat er es bewilligt; wo er ausschließen kann, da schließt er

aus. Das sind die Anklagen, die man hören kann; die haben mit den anderen Fakultäten nichts zu thun. Es ist also nur der Beweis geliefert, daß die Regierung, sei es der Bundesrath, sei es die preußische Regierung, in Düsseldorf und anderswo thut, was sie zu Gunsten der Arbeiter kann, aber daß sie sich unerfüllbare Arbeiten nicht so ohne Weiteres stellen läßt in der Form, daß die Auftraggeber, hier der Reichstag, nun ganz ex nexu sind und mit der Art, wie die Schreiber im Bundesrath das ausführen, nichts weiter zu thun haben.

Unter den Vorwürfen, die der Herr Vorredner mir gemacht hat, ist mir der schmerzlichste der gewesen, daß ich in Wiederholungen verfalle. Er hat mir hier vorgelesen, daß ich im Januar ganz dasselbe gesagt habe, wie jetzt. Nun, wenn der Herr Vorredner mal 70 Jahre alt sein wird, wird ihm das vielleicht auch passiren; alte Leute verfallen bekanntlich in die Gewohnheit, dieselbe Geschichte mehrmals zu erzählen.

(Heiterkeit).

Es beweist das doch nur, — ich hatte vergessen, daß ich das jemals gesagt hatte, — daß mein Ideengang ein ganz konstanter gewesen ist, und daß meine inneren Ueberzeugungen heute ganz dasselbe reproduziren, wie sie es ohne mein Wissen vor fünf oder sechs Monaten gethan haben.

Der Herr Vorredner hat sich berufen auf sehr viele Beispiele im Ausland. Im Ausland und wo anders liegen die Sachen einmal anders. Dann ist auch die Ausführung dort eine andere. Est modus in rebus, — il y a des arrangements avec le ciel, wie die Herren ja wissen, — also ganz gewiß mit der Polizei. Bei uns, wenn so etwas Gesetz wird, wird es mit bureaukratischer Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit ausgeführt. Ob das in der Schweiz oder anderswo mit der gleichen Schärfe und Genauigkeit, wie es bei uns der Fall sein würde, geschieht, darüber lassen meine Nachrichten mich sehr im Zweifel. Es ist ja möglich, daß die Berichterstattungen nicht ganz unparteiisch sind; man hat mir aber gesagt, daß die Durchführung dieses Gesetzes in jenen Ländern nur möglich sei, weil es eben nicht beobachtet würde, und weil die Ausnahme anfängt, die Regel zu bilden; so wird es wohl auch mit der ostschweizer Bewegung sein. Es ist ja möglich, daß meine Nachrichten darüber falsch sind; aber sie liegen aktenmäßig vor.

Der Herr Vorredner hat ferner, wie der sozialdemokratische Herr, der vor ihm sprach, einen kleinen Stein zur Aufklärung oder zum positiven Aufbau beigetragen, mit der Voraussetzung, die er aussprach, daß der Arbeiter den Ausfall tragen werde; er behauptete aber, daß der Arbeiter dafür durch die Ruhe entschädigt werden wird. Der Herr aber, der vorhin von der Tribüne sprach, sagte, daß die Arbeitgeber allerdings eine kleine Schädigung dabei erleiden würden. Der Herr Vorredner schien anzunehmen, daß der Arbeiter den Ausfall tragen werde in der Hauptsache, daß er ihn aber doch auch werde abwälzen können nach der einen oder nach der anderen Seite hin. Nun, damit berührt er gerade die Hauptschwierigkeit, die mir im Wege steht, um einfach der Sache beizutreten. Wenn ich gewiß wüßte, daß der Arbeiter den Ausfall tragen will — ich habe das schon mal gesagt, es hilft mir aber nicht, auch wenn ich es noch viermal sage, man wird doch vorziehen, es nicht zu hören, — wenn also der Arbeiter sagt, er wolle den Ausfall tragen, dann ist es gut, dann bin ich zufrieden. Volenti non fit injuria! Es ist nur die Frage, wie lange. Wenn durch eine Regierungsinstruktion das ins Leben gerufen wird, — die kann man ändern, ein Gesetz nicht, das kann man ohne ein neues Gesetz nicht wieder ändern, und ich wünsche nicht, daß wir im deutschen Reich in die traurige Lage kommen, die Gesetze nicht in vollem Maße ausführen zu können, weil die Schädigung der Ausführung größer ist als die der Nichtbeobachtung. Also ich bedarf der Erklärung der Arbeiter, ob sie den Ausfall tragen wollen. Ich kann den Arbeiter damit nachher nicht zufriedenstellen und, wenn er hungert, ihn damit nicht satt machen, daß ich ihm die eloquenten Reden vorlese, die hier zu seinen Gunsten gehalten worden sind, wie sehr er sich freuen würde und wie leicht er diese Kleinigkeit von seinem Lohn, 14 Prozent, entbehren würde. Dafür wird er mir wenig Dank wissen, das macht ihn nicht satt.

Der Herr Vorredner hat uns ferner — und ich weiß nicht, ob mir persönlich oder der Regierung im Allgemeinen — wieder Mangel an Thätigkeit, Mangel an Fleiß vorgeworfen; er sagt: warum haben Sie denn die Enquete nicht schon längst gemacht? Ja, meine Herren, ich habe hinreichend zu thun gehabt. Für einen Menschen, der alt und krank ist wie ich, glaube ich, habe ich in den letzten 7 Jahren, in denen mir der Herr Vorredner Trägheit im Enquetiren vorwirft, hinreichend gearbeitet, wenigstens

ebenso viel wie irgend einer, der hier gegenwärtig ist. Ich habe mehr zu thun, als ohne Anregung über alle Fragen und noch einige andere in der Welt Enqueten anstellen zu lassen. Wenn Sie aber diese Frage anregen, — wie ich glaube, unreif und zu früh anregen, — so bin ich bereit, diese Enquete anstellen zu lassen und Arbeitskräfte aufzuwenden. Aber ehe ich nicht weiß, ob dem Arbeiter damit gedient ist, ob er es haben will, würde ich mich nicht dazu verstehen können, im Bundesrath die Sache zu befürworten.

Nach dieser Rede trat Vertagung ein.

Die Abänderung des Zolltarifs.

(Sitzung vom 11. Mai 1885. Stenogr. Ber., Seite 2715 ff.)

Auf der Tagesordnung stand die dritte Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879.[1]) Nachdem in der General-Diskussion verschiedene Redner das Wort genommen hatten und dann in die Spezial-Diskussion eingetreten worden war, richtete bei der Position Weizen, Roggen der Abg. Dr. Möller an das Haus die Bitte, die Regierungsvorlage wieder in ihr Recht treten zu lassen und den Zollsatz auf Roggen von 3 auf 2 Mark herabzusetzen, während Abg. von Schalscha ersuchte, es bei den Beschlüssen der zweiten Lesung (Weizen 3 Mark, Roggen 3 Mark) zu belassen. Dann erklärte der Reichskanzler Folgendes:

Nachdem der Reichstag in den beiden ersten Lesungen beschlossen hat, den jetzigen Roggenzoll wesentlich zu erhöhen, habe ich für den Fall, daß diese Beschlüsse in der dritten Lesung aufrechterhalten werden und demnächst bei den verbündeten Regierungen die Zustimmung finden sollten, es für meine Pflicht gehalten, zu versuchen, ob die Schwierigkeiten, die der spanische Handelsvertrag und seine Bindung des Roggenzolls einer Ausführung dieser Beschlüsse im Sinne der Absichten, von denen sie eingegeben sind, entgegensetzt, — zu beseitigen seien oder nicht.

Ich habe deshalb mit der Königlich spanischen Regierung Verhandlungen angeknüpft über die Bedingungen, unter denen

---

[1]) Vergl. die Reden in erster und zweiter Berathung, Seite 151 ff. und 193 ff.

sie etwa auf die Bindung des Roggenzolls verzichten wolle. Nach längeren Verhandlungen sind wir zu einem Uebereinkommen gelangt — und deshalb erfolgt diese Mittheilung so spät; die Vorlage wird vielleicht heute Ihnen noch zugehen, aber ich habe die Mittheilung nicht eher machen können; erst gestern Abend ist es mir gelungen, mit der spanischen Regierung ein Abkommen zu treffen, wonach dieselbe auf die Bindung des Roggenzolls verzichtet.

(Mehrseitiger lebhafter Beifall).

Die Gegenkonzessionen, die wir natürlicherweise zu machen haben, um diesen Vortheil zu erreichen, haben sich dadurch vielleicht einigermaßen gesteigert, daß die spanische Regierung einsah, von welcher Unbequemlichkeit die jetzige Situation für die Steuerverwaltung wäre, von welchen Nachtheilen für die Einnahmen der Finanzminister, daß sie sich darüber klar war und in Folge dessen ihre Gegenbedingungen gestellt hat. Diese Gegenbedingungen betreffen lediglich Finanzzölle auf Südfrüchte und denaturirtes Olivenöl. Aber die Vortheile, die die Finanzen des Reiches bei diesem Abkommen gewinnen, wenn sie schon jetzt in den Genuß des vollen Roggenzolles treten, so wie er Aussicht hat, angenommen zu werden, sind doch sehr viel bedeutender als die Gegenkonzessionen, die von Spanien verlangt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe mit Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers heute früh den Vertrag dem Bundesrath vorgelegt. Es ist Grund, anzunehmen, daß noch heute im Laufe des Tages der Bundesrath einen genehmigenden Beschluß fassen, und noch vielleicht, bevor diese Ihre Sitzung geschlossen sein wird, Ihnen die Vorlage des Bundesraths darüber zugehen werde.

(Bravo! rechts.)

Ich lasse den Eingang, wie er bei allen Verträgen gleichmäßig üblich ist, weg und nenne nur die Konzessionen, die unsererseits zu machen wären. Die nachbenannten Gegenstände erhalten bei der Einfuhr in Deutschland die dabei vermerkn Ermäßigung des Eingangszolls: Zitronenschalen, Orangeschalet und Schalen von sämmtlichen Südfrüchten, frisch oder getrocknet, sowie unreife Pomeranzen, auch in Salzwasser eingelegt, sollen von 4 auf 2 Mark für 100 Kilogramm herabgesetzt werden; Safran von 50 auf 40 Mark für 100 Kilogramm; Oliven

von 30 auf 20 Mark pro 100 Kilogramm; Johannisbrod von 2 auf 1 Mark pro 100 Kilogramm. Diese sämmtlichen Positionen erreichen in unseren Zollintraden noch nicht 40 000 Mark im Durchschnitt.

Ferner wird Olivenöl spanischer Herkunft oder Fabrikation in Fässern, amtlich denaturirt, bei der Einfuhr in Deutschland vom Zoll frei sein. Das ist die Hauptkonzession. Im Vergleich mit dem Zustande, in dem wir bisher gelebt haben, ist es keine. Das denaturirte Olivenöl ist bis jetzt zollfrei gewesen; es war aber die Absicht, mit Rücksicht auf die Verschiebungen, die an den Oelzöllen überhaupt stattfinden, auch dem denaturirten Olivenöl einen Zoll aufzulegen, der, wenn die Einfuhr unter dem Druck dieses Zolles sich nicht erheblich vermindert, den Reichsfinanzen eine Zolleinnahme von vielleicht 200 000 Mark jährlich hätte versprechen können. Es würde also die Verpflichtung entstehen, diesen Gegenstand vom Zoll so wie bisher frei zu lassen für die Dauer des spanischen Handelsvertrages, die sich bis in den Juli 1887 erstreckt; dafür würden wir aber sofort in den Genuß der vollen Revenue eines erhöhten Roggenzolls treten können und all der Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten der Zollverwaltung überhoben sein, die mit der Unterscheidung zwischen dem spanischen Roggen, dem meistbegünstigten Roggen und dem nicht meistbegünstigten, jetzt verbunden sind und zu den schwierigsten und unerquicklichsten Streitigkeiten führen. Abgesehen davon würde der wirthschaftliche Zweck, der bei dem Roggenzoll denen, die dafür votirt haben, vorschwebt, natürlich sofort nachhaltiger und in größerer Ausdehnung erreicht werden. Die Reichsfinanzen würden ihrerseits einen Zuwachs erhalten, über den es schwer ist eine genaue Ziffer jetzt in diesem Augenblicke anzugeben, der aber ganz sicher das Maß von 300 000 Mark übersteigen wird.

Dann heißt es im Artikel 2 des Abkommens mit Spanien:

> Die Königlich spanische Regierung willigt ihrerseits darin, daß in demselben Tarif A die Bestimmung, wonach der Zoll für Roggen nur 1 Mark für 100 Kilogramm betragen soll, in Wegfall kommt.
>
> Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt, und die Ratifikationen ausgewechselt werden.

(Bravo! rechts.)

Es war nicht meine Absicht, in die Diskussion gegenwärtig einzugreifen, da es mir schwer sein würde, etwas zu sagen, was nicht ich oder andere Vertreter dieser Zölle nicht schon einmal, sondern häufig gesagt haben, und da ich es auch nicht für meine Pflicht halte, die Gegengründe zu widerlegen, die bereits widerlegt sind. Es war nicht meine Absicht, in die Diskussion einzugreifen; aber da das gestern eingetretene Novum auf Ihre Abstimmung doch vielleicht nicht ohne Einwirkung bleiben wird, so habe ich für meine Pflicht gehalten, Ihnen schon jetzt während der Diskussion, und bevor die Vorlage hier hat eintreffen können, Mittheilung von deren Inhalt zu machen.

(Lebhaftes Bravo).

Das Wort erhielten hierauf nach einander die Abgg. Lipke, Stolle, Gerlich und von der Decken. Während der Abg. Stolle in seiner längeren Rede u. A. äußerte, er habe nicht so weit gehen können, wie der Herr Reichskanzler, daß er das Volk auffordere, Bäckerläden zu stürmen, hatte der Abg. von der Decken in seinen Ausführungen gesagt: „Wir Großgrundbesitzer aus Hannover, die wir uns mit dem größeren Theil des hannoverschen Volkes in der Beurtheilung des Jahres 1866 und in den Bestrebungen nach Wiederherstellung des Königreichs Hannover eins wissen, — wir wenigstens möchten nicht diese günstige Position, die wir in dem Vertrauen des größeren Theils des hannoverschen Volkes besitzen, aufgeben gegen ein höchst zweifelhaftes Gut.“ Beide Redner wurden nachträglich für diese Aeußerungen vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Nach dem Abg. von der Decken ergriff der **Reichskanzler** das Wort (Stenogr. Ber., Seite 2723 ff.):

Wenn zwischen den beiden letzten Herren Rednern in der Sanftheit des Vortrages ein erheblicher Unterschied war, so schien mir doch, daß in der Tendenz der Rede und in der Art der Motivirung sie sehr nahe mit einander verwandt sind. Die Rede, die der hannoversche Herr Abgeordnete soeben gehalten hat, hätte von jedem Sozialdemokraten hier, glaube ich, auch gehalten werden können, ohne gegen die sozialdemokratische Theorie anzustoßen, und Herr von der Decken hätte seine Argumentation durch sehr viele der Gründe, die der Herr Abgeordnete Stolle anführte, noch unterstützen können, ohne aus der Rolle zu fallen. Es war eine gewisse Abneigung gegen Verbesserung der Lage der Großgrundbesitzer bei beiden.

Wenn auch gewiß von ganz verschiedenen Motiven ausgehend, vereinigen sie sich doch wiederum in der Besorgniß, die Regierung, die Zentralisation zu stärken. Ja, beide Redner haben, glaube ich, wenn sie ihre Ideale verwirklichen wollen, das Interesse, die Regierungsgewalt zu lockern; sowohl die sozialdemokratischen Ideale als auch die Herstellung des Königreichs Hannover, die der Herr Vorredner noch in diesem Augenblicke als sein und seiner Wähler Streben bezeichnete, werden sich ohne Erschütterung der bestehenden Zustände nicht erreichen lassen. Ich finde es also natürlich, wenn man dieses Bestreben einmal vor Augen hat, wenn man sich davor fürchtet, unsere Institutionen zu konsolidiren durch Stärkung des Reiches und seiner Gewalt, daß man dann sich auch vor einer Verbesserung unserer wirthschaftlichen Einrichtungen scheut und sich ihrer zu erwehren sucht, der eine aus sozialdemokratischen Gründen, der andere aus welfischen; beide kommen in dem Ziele zusammen: man muß die Regierung verhindern zu erstarken. Ich lasse mich durch die Form des Vortrages, die ja in Ton und Ausdrucksweise bei dem letzten Herrn Redner sehr viel anmuthender war als bei dem vorhergehenden

(Heiterkeit),

nicht irre machen; die Tendenz ist genau dieselbe und auch die Neigung, den Dingen Seiten abzugewinnen, die sie für Leute, welche ohne Vorurtheil, ohne Tendenz sie beurtheilen, absolut nicht haben können.

Der letzte Herr Redner bekämpft die Kornzölle, weil sie nicht geeignet sind, der Doppelbesteuerung abzuhelfen. Nun, diese Doppelbesteuerung gebe ich ja sehr gerne zu; aber gerade um ihr abzuhelfen, streben wir nach größeren Einnahmen. Wie sollen wir denn dazu kommen? Der Staat und das Reich können von dem, was sie brauchen, nichts missen. Um die Doppelbesteuerung zu beseitigen, — und wenn nicht zu beseitigen, so doch zu vermindern —, brauchen wir nothwendig andere Einnahmequellen, und ich möchte doch bitten, gegen die finanzielle Seite des Zolles die Augen nicht zu verschließen. Der Herr Vorredner hat einige Schwierigkeit gehabt, über den Huene'schen Antrag im preußischen Landtag hinwegzukommen, ohne anzuerkennen, daß dieser gerade einen Theil der üblen Wirkung der Doppelbesteuerung abzustellen oder zu ermäßigen bestimmt ist. Ich will auf dessen Diskussion hier nicht eingehen; aber der

Herr Vorredner ist doch zu gebildet seinerseits, um das nicht anzuerkennen und logisch zugeben zu müssen, daß der Huene'sche Antrag diese Tendenz hat, und daß der Zweck, einen großen Theil des Druckes zu mildern, der vermöge der Doppelbesteuerung auf unseren Provinzen und Gemeinden lastet, nicht erreichbar ist, wenn hier nicht die Mittel dazu geschaffen werden. Auf diesem Gebiete kann ich also, wenn ich von der welfischen Abneigung gegen unsere bestehenden Einrichtungen absehe, kein anderes Motiv für die ablehnende Stellung des Herrn Vorredners finden. Ich bedaure, daß Sie noch immer mit der Unbefangenheit, wie der Herr Vorredner es that, an Ihren Bestrebungen festhalten und sie offen bekennen. Es sind jetzt 19 Jahre vergangen, daß die jetzigen Verhältnisse, welche die Basen des deutschen Reiches und unserer jetzigen Einrichtungen bilden, bestehen. Wenn ich zurückdenke an meine Jugendzeit, so waren 1834 oder 1835 ungefähr 19 Jahre vergangen nach der Theilung Sachsens, die auch ein Ergebniß von kriegerischen Ereignissen war. Gegen das Verhalten des damaligen Königs von Sachsen, sobald man vom nationalen, vom deutschen Standpunkt absieht und ihn rein in seiner Eigenschaft als den Ersten der Sachsen betrachtet, berufen, die Vortheile der sächsischen Gemeinschaft und die Ehre der Sachsen zu vertreten, — gegen das Verhalten des damaligen Königs von Sachsen vom Standpunkt der Moral und Ehre kann man nichts einwenden. Nichtsdestoweniger ist er das Opfer des Krieges gewesen mit der Hälfte seines Landes, das Land blieb nicht zusammen, es wurde zerrissen. Dennoch hatten 1834 oder 1835 die Einwohner des preußischen Sachsen sich vollständig mit ihrem Geschicke befreundet, sie hatten sich darein gefunden, und es dachte keiner daran, für die Wiederherstellung der alten Verbindung, für die Losreißung dieser Provinz von Preußen zu konspiriren; noch weniger fiel es einem ein, sich offen dazu zu bekennen und auf die Gefahr hin, im gesammten Vaterlande Umsturz, Unglück und Verwirrung anzurichten, einseitig das zu erstreben, was sich ein Theil des hannöverschen Adels heute noch zum Ziele gesetzt hat. Ich bedaure, meine Herren, daß Sie an diesem utopistischen Gedanken festhalten; denn ich habe viele Sympathien, ich habe Verwandte und Freunde in Ihrer Mitte, und ich habe im Ganzen für die Traditionen des hannöverschen Adels viel übrig; aber ich fürchte, er wird dabei zu Grunde gehen. Sie werden sich den Kopf an

der Mauer einrennen, — Sie werden die Mauer nach allen Seiten hin, sowohl nach der Seite des nationalen Bewußtseins im ganzen deutschen Reiche als nach der Seite der Kraft und Entschlossenheit der preußischen Regierung, unzerbrechlich finden.

(Bravo! rechts).

Ich halte es für meine Pflicht, dergleichen Pronunziamentos, wie der Herr Vorredner es wieder gemacht hat, nicht unbemerkt, nicht ungestempelt — will ich nur sagen — dem deutschen Reich gegenüber hier vorübergehen zu lassen. Man thut, als ob das etwas natürliches und berechtigtes wäre, — es ist Landesverrath und Reichsverrath, was Sie treiben, meine Herren!

(Lebhaftes Bravo rechts).

Ich habe schon erwähnt, daß der Herr Abgeordnete Stolle sagte, wenn diese Kornzölle das Korn nicht vertheuern, dann helfen sie auch dem Bauer nichts. Wenn sie es nicht vertheuern, so bezahlt sie also das Ausland. Herr Stolle wird mir aber zugeben müssen, daß die Zölle dann wenigstens den Reichsfinanzen aufhelfen, und einen Betrag, mit dem das Ausland in irgend einer Form zu den Reichsfinanzen herangezogen werden kann — ich weiß nicht, wie hoch er sich stellen wird — 20, 30 Millionen sollten doch die Herren nicht so geringschätzig behandeln; sie gehen über die finanzielle Seite der Sache immer vollständig weg. Der Herr Abgeordnete bezieht sich blos auf die wirthschaftliche Seite der Sache und läßt die finanzielle außer Auge. Ich glaube, daß sie ihn nicht interessirt; denn sein Weizen blüht, wenn unsere Finanzen schlecht sind. Dann steigt die Unzufriedenheit, und dann steigen die Aussichten aller derer, die geneigt sind, ihre eigene Herrlichkeit auf den Trümmern des Vaterlandes aufzubauen, mögen sie adeligen oder bürgerlichen Standes sein; und zu den letzteren rechne ich natürlich die Sozialdemokraten; deshalb begreife ich, daß er für die finanzielle Seite der Sache kein Auge hat.

Wenn einige Bäcker, obschon die Kornpreise sich nicht um ein Haar breit geändert haben, sondern sogar eher gesunken sind, die Unverschämtheit haben, öffentlich zu erklären

(sehr gut! rechts),

daß sie deshalb ihre Brotpreise in die Höhe steigern, so wundere ich mich, daß sich die Entrüstung des Herrn Abgeordneten nicht gegen die Bäcker richtet, das ist doch das Natürlichste, ich bedaure diese Bäcker, sie fordern, wenn einmal eine Theuerung kommt,

den Hungrigen auf sich heraus, wenn sie so frivole Vorwände nehmen zu steigern. „Weil hier ein Zoll beschlossen wird, der auf die Getreidepreise noch keinen Einfluß hat, deshalb steigern wir die Brodpreise," — das ist doch wahrlich, als wenn man die Kunden und das Publikum verhöhnen und sich über sie lustig machen will; aber darüber fehlt Herrn Stolle jeder Anflug von Entrüstung über die Bäcker. Den Bäcker zu schädigen, daran liegt ihm nichts; aber die Regierung, die Ruhe, die Zufriedenheit zu schädigen, — das ist das einzige, woran ihm liegt, und deshalb muß alles hervorgesucht werden, was dazu dienen kann, die große Menge und die weniger Urtheilsfähigen unter ihnen zu verstimmen gegen die Regierung und gegen die Besitzenden.

Der Abgeordnete Stolle hat auch gesagt, von den 27 Millionen bei der Landwirthschaft Interessirten, von denen ich gesprochen, hätten 20 Millionen gar kein Interesse daran, ob das Korn theurer wäre oder wohlfeiler. Ja, das können Sie doch auf jeden Betrieb und auf jeden Beruf anwenden. Sie können das Gleiche sagen von dem Tuchmacher oder dem Eisenarbeiter: wenn das Gewerbe aus einem Fabrikanten und 100 Arbeitern besteht, so haben die 100 Arbeiter vor der Hand sehr wenig Interesse daran, ob die Elle Tuch etwas theurer oder wohlfeiler ist. Die kann der Abgeordnete Stolle ganz ebenso gut ex nexu der Tuchmacherei setzen; er kann das Tuchmachergewerbe mit der größten Entschlossenheit, mit Bewußtsein schädigen und sagen: das schadet ja nur dem reichen Unternehmer, die 100 Arbeiter leiden darunter nicht. Wie lange kann das denn dauern? Ist nicht das Gedeihen der Arbeiter eines jeden Berufs, einer jeden Branche unserer Wirthschaftlichkeit eng verbunden mit dem Gedeihen des ganzen Berufs? Wovon sollen denn die 20 Millionen Arbeiter leben, die Herr Stolle als an der Landwirthschaft ganz uninteressirt hinstellt, — ich meine, mit Kind und Kegel, es kommt auf eine Hand voll Millionen gar nicht an. Nehmen wir an, daß es 1 Million, 3 Millionen sind; wovon sollen die denn leben, wenn die Branche, durch die sie existiren, zu Grunde geht, nicht mehr rentirt, ihre Arbeit einschränken muß? Dem Schuhmachergesellen ist es vielleicht auch einerlei, was der Stiefel kostet, das trifft nur den Meister; wenn Sie von dem Schuhmachergewerbe alle Gesellen abziehen und nur die Meister lassen, wie Herr Stolle

es bei der Landwirthschaft thut, dann kommen Sie auf eine kleine Minderheit. Im Kaufmannsstande ist das noch viel mehr der Fall; da ist die Zahl der Chefs im Vergleich zu der großen Menge, die vom Handel und Wandel lebt, noch viel kleiner; wir können aber doch nicht das ganze Transportwesen — ich spreche von den Kommis und Handlungsdienern gar nicht — aber das ganze Transportwesen, das vom Handel lebt, nicht ex nexu setzen bei der Frage, ob Sie den Handel begünstigen oder schädigen wollen.

Ich habe heute noch keine Klage gehört, wie sie sonst bei den Kornzöllen üblich ist, über die nachtheiligen Wirkungen, die sie auf den Handel der Ostseestädte haben; aber ich setze voraus, das wird doch noch kommen.

(Heiterkeit.)

Es würde ein Akt in unserer gewöhnlichen Aufführung dieses Stückes fehlen, wenn die Klagen über Danzig und Königsberg und ihre Leiden in Folge der Kornzölle hier nicht vorgebracht würden; und da ich nicht weiß, ob ich gerade — ich habe noch mannigfache andere Geschäfte — dabei sein kann, so erlaube ich mir, ein kleines vorbereitendes Argument auf diesem Gebiet mitzutheilen, das vielleicht nachher den Herren, die gewohnt sind, diese Rolle in unserem Drama zu spielen, Anlaß giebt, darauf sich zu äußern.

Es ist hier ein Artikel in einem, wie ich glaube, seiner politischen Stellung nach unverdächtigen Blatt — es ist die „Königsberger Hartungsche Zeitung" —, welcher über die Wirkung der bisherigen Zölle einige Andeutungen giebt, die in einer erfreulichen Weise koinzidiren mit unserer Diskussion. Es heißt darin:

> Die Zufuhr an russischem Getreide in dieser Woche hat auch noch die nicht unbedeutende der beiden Vorwochen überflügelt. Es gingen ein über Prostken 2018, über Eydtkuhnen 124, zusammen 2142 Waggons, gegen 1941 beziehungsweise 90, zusammen 2031 Waggons der Vorwoche, und 1336 beziehungsweise 59, zusammen 1395 Waggons der Woche vom 19. bis 25. April.

— Nun, der Sinn dieser vielen Ziffern ist, daß in den letzten 3 Wochen die Einfuhr russischen Getreides von 1395 Waggons auf 2142 Waggons gestiegen ist. —

Es sind somit allein auf dem Landwege in diesen letzten 3 Wochen zirka 50 112 000 Kilogramm oder 1 002 240 Zentner Getreide aller Art hier eingelaufen, und dieselbe Zufuhr auf dem Wasserwege ist in dieser Zeit auch eine bedeutende gewesen. Die Ausfuhr hat lange nicht und theilweise aus Mangel an Dampfern in dieser Woche gleichen Schritt mit der Einfuhr gehalten, und deshalb sind alle Speicherräume mit Getreide so angefüllt, daß dasselbe am Quaibahnhof im Freien lagern muß, und die russischen Wittinen Tage lang auf ihre Entlöschung warten müssen. Die nächste Woche wird Abhilfe bringen; denn es werden viele Dampfer erwartet, die alle mit Getreide wieder ausgehen sollen. Heute Vormittag sind bereits zu diesem Zweck leer eingelaufen die Dampfer „Hero,“ „Urd,“ „Dwina,“ „Christina,“ „Arla“ und „Avance.“ Unsere Arbeiter haben denn auch in Folge dieser Zufuhr jetzt vollauf lohnende Beschäftigung.

Warum will denn Herr Stolle den Arbeitern diese lohnende Beschäftigung nicht gönnen? Und will der Herr Abgeordnete hieraus nicht entnehmen, daß ganz zweifellos die russischen Importeure genöthigt sind, den Kornzoll dort in unseren Ostseehäfen auf sich zu nehmen und zu tragen, und daß trotz Zoll und Zoll die Ausfuhr fort und fort im Steigen ist, und die Beschäftigung der Leute doch auch?

Wenn also, wie hiernach zu vermuthen ist, die Zölle, jetzt sofort wenigstens, auf eine Steigerung der Kornpreise, geschweige denn der Brodpreise einen Einfluß nicht haben werden, so mag Herr Stolle doch wenigstens den Finanzen des deutschen Reiches diese Sublevation gönnen, die uns in die Möglichkeit bringt, nach anderen Seiten hin, wie es jetzt durch den Huene'schen Antrag beabsichtigt wird und in ähnlicher Richtung weiter beabsichtigt werden kann, Erleichterungen eintreten zu lassen. Aber die Herren von der Oppositionsrichtung haben immer die größte Furcht, daß es dem Staat wohlergehen, und daß in Folge dessen der Deutsche sich mit den bestehenden Einrichtungen zufrieden finden werde. Das wollen sie nicht.

(Bravo! rechts).

Hierauf sprach der Abg. Dr. Meyer, um im Namen seiner Partei nochmals zu erklären, daß dieselbe jede Erhöhung der Zölle auf Getreide ablehne. Nach ihm nahm der Reichskanzler noch einmal das Wort (Stenogr. Ber., Seite 2727):

Ich will zuerst für den Herrn Abgeordneten Gerlich, da ich glaube, daß er vielleicht nicht zum Worte kommen könnte, eine Richtigstellung eintreten lassen. Die Herren haben dort auf jener Seite (links) einen lapsus linguae dieses Herrn Abgeordneten mit großer Befriedigung zu lautem Triumphgeschrei benutzt; darüber ist die Aufklärung des Herrn Abgeordneten kaum hörbar geblieben, daß er mit der Angabe, daß der Kornzoll ein Zoll auf den Lohn sei, eben die dort ironisch aufgeführte Behauptung eines Gegners anführte. Er hatte nur im Augenblick in der Tonart des Vorlesens sich geirrt, und dadurch sind Sie verleitet worden, die ironische Behauptung, die er vorlas, so zu verstehen, als wäre sie die eigentliche Meinung von Marx gewesen.

Dem Herrn Vorredner erlaube ich mir auf die Betonung der Veränderung der Situation durch meine Mittheilungen zu erwidern, daß die Beschlüsse, die hier gefaßt sind, doch nicht nur für den Augenblick, auch nicht für die Dauer von zwei Jahren und einem Monat — es sind nicht drei Jahre, wie der Herr Vorredner angab — gefaßt worden sind, sondern als eine dauernde Institution, von der der Herr Vorredner selbst zugiebt — oder war es einer der anderen Herren Vorredner —, man würde sich nachher schwer wieder davon losmachen können. Die Beschlüsse, die wir heute fassen, werden muthmaßlich 1888 und 1890 in derselben Giltigkeit sein wie jetzt; sie sind ja nicht für einen Augenblick, nicht nur für die Zwischenzeit giltig, für die der spanische Vertrag, wenn er nicht modifizirt worden wäre, in derselben Form fortbestanden haben würde. Dergleichen Zufälligkeiten, daß ein Handelsvertrag eine Aenderung erleidet, ist jedes Geschäft ausgesetzt. Nehmen Sie doch einfach den Fall an, daß irgend ein Krieg entsteht, oder daß — was Gott verhüten möge, wozu keine Aussicht vorhanden ist — daß zwischen uns und Spanien ein Kriegszustand einträte: dann wäre der ganze Vertrag sofort hinfällig gewesen. Wollen Sie in solchen Fällen auch diejenigen, die dadurch Schaden erleiden, entschädigen? Ich möchte Ihnen lieber vorschlagen: nehmen Sie da ein Beispiel an der praktischen Schneidigkeit, mit der Frankreich in solchen Fällen vorgeht.

Dort haben Sie vor Kurzem landwirthschaftliche Zölle eingeführt, die treten gleich von dem Tage an, an dem sie publizirt wurden, in Kraft; dieses Gefühl von Gerechtigkeit, welches das Bedürfniß hat, die Regierungsvorlage und das Gesetz abzuschwächen, hat dort kein Echo gefunden, und ich möchte, daß es bei uns ebenso wäre.

Der Herr Vorredner hat ferner darauf hingewiesen, welchen Eindruck die neue Situation bei dem uns befreundeten Oesterreich machen könnte. Da geht der Herr Vorredner wieder von der Annahme aus, daß Oesterreich, daß das Ausland unter diesem Zolle leiden und ihn tragen würde, wenn wir unsere Arbeiter, unsere Inländer belasten. So viel Menschenliebe kann ich bei den Oesterreichern nicht voraussetzen, — obschon sie uns herzlich wohlwollen, wie ich glaube, — daß sie darüber so sehr aufgeregt sein werden, daß wir unsere eingeborenen Deutschen mit einem Zoll belasten.

(Heiterkeit).

Sie müssen also Ihrerseits wohl annehmen, daß die österreichischen Produzenten den Zoll für die österreichische Einfuhr zu tragen haben würden.

Diese Argumentation, wer geschädigt wird, wechselt ja ab nach Bedürfniß, wie eine spanische Wand, auf welcher die Bilder erscheinen, wie vorher schon gesagt worden ist. Einmal ist es der Konsument, dann ist es der Produzent, zu dessen Gunsten angeblich die Steuer aufgelegt werden soll; und hilft gar nichts mehr gegen die Thatsachen, die beweisen, daß der Handel in keiner Weise beeinträchtigt wird, ja, dann nimmt man zu allerhand Zufälligkeiten die Zuflucht, ohne sich bei der Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit der Sache nur weiter aufzuhalten.

Der Herr Vorredner sagte: die Folge des Zolles ist die Schädigung des Allgemeinen; der Handel hört schließlich ganz auf. Es fiel ihm ein, daß ich aus der Hartung'schen „Königsberger Zeitung" einen Beweis geliefert hatte, daß der russische Kornhandel in Folge des Kornzolls nicht nur nicht aufgehört hat, sondern post hoc, wenn nicht propter hoc sehr blühend gerade in diesem Augenblick ist. Da sagte er nun, das wäre ein Ausbruch der Besorgniß vor schlimmeren Dingen, die noch kommen könnten. Nun ist ja aber der Zoll mit der Sperre dort schon eingeführt. Ich hoffe also, daß dieser Ausbruch der Besorgniß, der so befruchtend auf unseren Handel wirkt, noch

recht lange, vielleicht ein Jahrzehnt, anhalten und immerfort dieselben Resultate haben wird.

Der Herr Vorredner führte ferner an, daß die Eröffnung der Schifffahrt und das Aufgehen des Eises diesen Handel belebte. Ich sehe daraus mit Bedauern, ich habe vielleicht undeutlich gelesen; es war nicht von der Schifffahrt, sondern von Eisenbahnwaggons die Rede; die frieren doch in der Regel nicht ein.

(Heiterkeit).

Die Vorräthe hatten sich von 1300 auf 2000 Waggons in einer Woche gesteigert, und so weit von der Schifffahrt die Rede war, so war von Wittinen, also von Flußschiffen, die Rede. Die Weichsel und der Niemen, soweit sie in Betracht kommen, sind seit lange aufgethaut, da ja sogar schon der Hafen von Kronstadt frei ist, — also das ist wohl nicht der Grund. Aber ehe die Herren jemals zugeben werden, wir haben uns in unseren Berechnungen und Prophezeiungen geirrt, beweisen Sie uns lieber, daß der Himmel nicht blau ist, und finden immer wieder ein Loch oder ein Auskunftsmittel, weshalb es in diesem Falle so gekommen ist. Den augenscheinlichsten Beweisen stimmen Sie nicht zu. Dagegen läßt sich auf die Dauer nicht ankämpfen.

Die Herren betrachten es immer als etwas ganz Selbstverständliches und Nachgewiesenes, daß in Folge des Kornzolls das Brod theurer wird. Es ist ja die Frage sehr streitig, ob theures Brod hohe Löhne in einem für die Arbeiter günstigerem Verhältnisse, oder ob wohlfeiles Brod wohlfeile Löhne in einem für die Arbeiter nachtheiligen Verhältniß zur Folge hat. Davon will ich nicht reden; aber wenn wirklich das Brod so theuer ist, daß eine Kalamität daraus entsteht, warum wollen Sie dann das ausländische Brod wohlfeiler machen? Dann heben Sie doch die Steuern auf, die auf der inländischen Getreideerzeugung ruhen, das ist doch bei Weitem das Wichtigere. 400 Millionen Zentner bauen wir im Inland, und nur 30 Millionen Zentner führen wir ein; an den inländischen klebt der Schweiß unserer inländischen Arbeiter. Also dann schaffen Sie doch die Grundsteuer ab! Ich verlange es nicht; aber es ist die Konsequenz: wenn Sie wohlfeileres Brod haben wollen, so liegt es doch sehr nahe, das Brod dadurch wohlfeiler zu machen, daß Sie die inländische Broderzeugung von jeder Steuer befreien

(sehr richtig! rechts)

und dann erst daran denken, wie Sie das Ausland beglücken wollen. Was bedeuten solche Redensarten, wie „Blutzoll?“ Ich kann die Grundsteuer auch eine Blutsteuer nennen, — die ruht doch auch auf dem Getreidebau, und schließlich vertheuert sie das Brod, das im Inlande gebaut wird, also auch die Blutbereitung.

(Heiterkeit rechts).

Diese ganze böswillige und unwahre Bezeichnung von „Blutzoll,“ die findet auf jede Besteuerung Anwendung, namentlich aber, wenn man sie auf die Getreidezölle anwenden will, auf die Grundsteuer und die Zuschläge zu der Grundsteuer in allererster Linie; denn da ist es der Inländer, der uns doch näher am Herzen liegt als der Ausländer, der davon betroffen wird.

(Lebhaftes Bravo rechts).

An der weiteren Debatte betheiligten sich die Abgg. Gamp und Rickert, worauf die Diskussion geschlossen und der Zoll für Weizen mit 3 Mark, sowie jener für Roggen mit 3 Mark — dieser in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 139 Stimmen — endgültig genehmigt wurde.

Anhang.

Anlagen zum fünften Bande

der

Reden des Fürsten von Bismarck

gehalten

in der

I. Session der VI. Legislatur-Periode des Reichstags

vom

20. November 1884 bis 15. Mai 1885.

Anlage I.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend Post-Dampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§ 1.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Post-Dampfschiffsverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien und Afrika andererseits, auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete Unternehmer zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihülfen bis zum Höchstbetrage von jährlich fünf Millionen vierhunderttausend Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen.

§ 2.

Die im § 1 bezeichneten Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesraths.

Die Verträge, sowie die auf Grund derselben geleisteten Zahlungen sind dem Reichstag bei Vorlage des nächsten Reichshaushalts-Etats mitzutheilen.

§ 3.

Die nach § 1 zahlbaren Beträge sind in den Reichshaushalts-Etat einzustellen.

Urkundlich ꝛc.

Gegeben ꝛc.

Erläuterungen.

I.

Das Deutsche Reich verfügt bis jetzt über keine eigene direkte Schnelldampferverbindung nach Asien, Australien und Afrika, und die zur Zeit bestehenden, für Deutschland benutzbaren regelmäßigen Dampfschiffverbindungen nach diesen Erdtheilen genügen weder den fortdauernd steigernden Anforderungen des Verkehrs, noch den Ansprüchen einer gedeihlichen Entwickelung der deutschen Handelsbeziehungen.

In immer weiteren Kreisen hat sich die Ueberzeuguug von der außerordentlichen Wichtigkeit derartiger direkter Verbindungen für die Erweiterung unseres Absatzgebietes nach überseeischen Ländern und die Empfindung Bahn gebrochen, daß Deutschland auf diesem Gebiete hinter anderen Nationen zurückgeblieben ist.

So sehr auch die Meinungen über die Grenzen der Einwirkung der Staatsgewalt auf das wirthschaftliche Leben und den freien Wettbewerb in Handel und Gewerbe verschieden sein mögen, so ist doch grundsätzlich kaum jemals bestritten worden, daß der Staat berufen ist, positiv schaffend und fördernd in das Gebiet der Verkehrsmittel und des Transportwesens einzugreifen. Dies entspricht nicht allein der historischen Entwickelung der Einwirkung der Deutschen Staaten und der Kommunen in Betreff der Verkehrswege, der Eisenbahnen und Kanäle; es hat auch noch neuerdings das Reich durch die Subvention für Herstellung der Gotthardbahn ohne jedes prinzipielle Bedenken selbst über seine Grenzen hinaus in das Gebiet des internationalen Verkehrswesens eingegriffen. Wenn die Mitwirkung der Staaten bei der Herstellung und Unterhaltung der Landstraßen und Eisenbahnen berechtigt und in vielen Fällen unentbehrlich ist, so trifft das Gleiche auch für die überseeischen Verbindungen zu; die letzteren sind als Verlängerungen der nationalen Verkehrslinien behufs Ausdehnung des heimischen Verkehrs und des Handels und der Gewinnung neuer Absatzmärkte unentbehrlich.

Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß eine Anknüpfung, Unterhaltung und ersprießliche Förderung internationaler überseeischer Beziehungen in erster Linie von der Herstellung guter Verbindungen, sowie eines geregelten Postdienstes zwischen den betreffenden Ländern abhängig ist, und daß für Vermittelung des Seepostdienstes nur solche Dampferlinien von nachhaltigem Nutzen sind, auf denen regelmäßige, beschleunigte Fahrten nach bestimmten Handelsplätzen, unter Einhaltung eines sowohl bezüglich der Zeitdauer als auch der Anlegeplätze fest geregelten Fahrplans, stattfinden. Erfahrungsmäßig sind Privat-Schiffsunternehmer und Gesellschaften wenig geneigt, derartige Pflichten zu übernehmen, da es ihrem Interesse bei weitem mehr entspricht, in der Anordnung ihrer Fahrten völlig freie Hand zu behalten, als sich Beschränkungen zu unterwerfen, durch welche ihnen unter Umständen nicht nur eine Mindereinnahme erwächst, sondern durch welche sie auch zu Mehrausgaben gezwungen werden. Ausreichende Verbindungen dieser Art sind nur mit Hülfe staatlicher Unterstützungen möglich.

Alle europäischen Kulturvölker sind genöthigt gewesen, diesen Weg zu beschreiten, insbesondere auch die eigentlichen Industrie- und Handelsvölker, wie England, Holland, Belgien und Frankreich, und verwenden auf die dauernde Unterhaltung überseeischer Dampferlinien noch gegenwärtig verhältnißmäßig viel bedeutendere Mittel, als der Entwurf sie fordert.

Die Bemessung solcher Unterstützungen erfolgt in den verschiedenen Staaten und auch innerhalb dieser für die einzelnen Linien nach verschiedenen Grundsätzen. Theils werden Subventionen, theils Schifffahrtsprämien, oder beides gleichzeitig, theils Pauschsummen für Beförderung der Post gewährt; theils wird die Vergütung nach dem Gewicht der Postladung unter Vereinbarung bestimmter Sätze für jedes Kilogramm Briefe und Zeitungen berechnet. Ob in dem einzelnen Falle das eine oder das andere System den Vorzug verdient, kann nicht nach allgemeinen Grundsätzen beurtheilt, sondern muß je nach Lage der Umstände jedesmal bestimmt werden, daher erklärt es sich auch, daß in ein und demselben Staate verschiedene Systeme nebeneinander bestehen.

Der Betrag, welchen Großbritannien an Subventionen und Vergütungen für überseeische Postverbindungen aufwendet, hat für das Etatsjahr 1883/84 die Höhe von 578 991 Pf. Sterl. oder 11 564 982 ℳ erreicht. Außerdem zahlen die australischen Kolonien Viktoria, Queensland, Neu-Süd-Wales und Neu-Seeland jährlich 3 800 000 ℳ für diese Zwecke und daneben werden der großbritannischen Verwaltung von einzelnen Kolonialverwaltungen alljährlich pptr. 1 600 000 ℳ für die Unterhaltung der asiatischen Linien erstattet.

Frankreich verwendet jährlich an Subventionen für überseeische Postdampfer 25 374 629 Franken oder 20 299 703 ℳ und zahlt außerdem an Schifffahrtsprämien für die Postbeförderung noch ungefähr 6 Millionen Mark.

Auch die Postsubventionen anderer Staaten erreichen eine beträchtliche Höhe. So zahlt z. B. Oesterreich-Ungarn jährlich ungefähr 4 Millionen Mark, Italien gegen 7 Millionen, Belgien annähernd 3/4 Million und Niederland 1/4 Million Mark.

Deutschland hingegen zahlt für die Leistungen der deutschen Schiffsunternehmungen im überseeischen Postbeförderungsdienst nur 320 000 ℳ jährlich, wovon allein auf den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktiengesellschaft über 300 000 ℳ entfallen.

Dieser Unterschied in den Ausgaben gegenüber anderen Staaten findet seine Erklärung im wesentlichen darin, daß die genannten Länder ausgedehnte direkte überseeische Schnelldampferverbindungen unterhalten, wie z. B. Großbritannien, außer zahlreichen guten Linien nach Amerika, 5 mit Asien, 3 mit Australien, 6 mit Afrika; Frankreich, außer mit Amerika, 6 mit Asien, 1 mit Australien, 5 mit Afrika; während Deutschland nur nach Amerika solche Postdampferverbindungen besitzt.

Die Erfahrungen der genannten Länder haben zur Genüge gezeigt, daß es nicht möglich ist, in fest bestimmten regelmäßigen Zwischen-

räumen fahrende Postdampfer nach entf.rnten Ländern ohne Unterstützung der Staaten zu unterhalten, wenn diesen Unternehmungen das Aufsuchen und Aufnehmen von Frachten nur in bestimmten. vorgeschriebenen Häfen gestattet und die Innehaltung bestimmter Fahrzeiten vorgeschrieben ist. Nur unter ausnahmsweisen Verhältnissen und auf kürzeren Linien, auf welchen ein großer ausgedehnter Verkehr stattfindet, wie beispielsweise mit Amerika, ist dies möglich. Eben deswegen hat es auch in Deutschland bisher nicht gelingen wollen, solche regelmäßige Verbindungen mit den in Aussicht genommenen Ländern, insbesondere mit China, Australien, Japan und Ostindien, lediglich auf Kosten und auf Risiko von Privatunternehmern herzustellen. — Die deutschen Dampferlinien, welche von Hamburger Rhedern nach asiatischen und australischen Verkehrsorten — und neuerdings auch nach Orten der afrikanischen Westküste — hergestellt sind, haben weder für die Ankunft am Bestimmungsort, noch für die Zwischenstationen regelmäßige Fahrzeiten; ihre Dampfer besitzen keine große Fahrgeschwindigkeit und können daher wegen des mäßigen Kohlenverbrauchs und der geringeren Zahl an Schiffsmannschaft entsprechend wohlfeiler unterhalten werden. Die Dampfer suchen in der Regel auf der Fahrt Ladung, wo solche zu finden ist, und nehmen zu diesem Zwecke häufig längeren oder kürzeren Aufenthalt in verschiedenen fremdländischen Häfen, so daß auf pünktliche Innehaltung fahrplanmäßiger Ueberfahrtszeiten nicht zu rechnen ist. Beispielsweise haben deutsche, von Hamburg nach Australien fahrende Dampfer auf diese Art im Jahre 1883 190, 200, 210 bis 272 Tage, im Jahre 1884 178, 189, 206, 213 bis 232 Tage, zu einer Hin- und Rückfahrt verwendet. Aus dieser Veranlassung ist die Reichs-Postverwaltung im Verkehr mit Asien, Australien und Afrika gezwungen, von der Benutzung deutscher Dampfer zur Postbeförderung fast ganz abzusehen und sich der Vermittelung fremdländischer Dampferlinien zuzuwenden, welche durch staatliche Beihülfen in die Lage gesetzt sind, regelmäßige und beschleunigte Fahrten nach und von bestimmten Handelsplätzen der genannten Welttheile zu unterhalten. Ebenso ist der deutsche Handel, der deutsche Export und Import für den Verkehr mit Ostasien, Australien und Afrika vorwiegend auf die Benutzung englischer Schiffe angewiesen und wird dadurch die deutsche Rhederei in hohem Grade von der Theilnahme an dem Weltverkehr ausgeschlossen.

Die in diesen Ländern so zahlreichen und so bedeutenden deutschen Handelsfirmen müssen sich meist der ausländischen Schiffe bedienen, auch dann, wenn es sich um Sendungen nach Deutschland oder von Deutschland handelt Es bedarf keiner Ausführung, daß dies die Waare am Bestimmungsort vertheuert und die Konkurrenz m t fremdländischen Produkten erschwert. Diese Lage ist für den deutschen Handel um so bedenklicher, als die konkurrirenden Nationen in ihren seit längerer Zeit bestehenden regelmäßigen Dampferverbindungen einen bedeutenden Vorsprung besitzen. Die baldige Herstellung deutscher regelmäßiger Dampfschiffverbindungen ist daher schon zur Aufrechthaltung der Konkurrenzfähigkeit geboten und liegt im dringenden Interesse der exportirenden deutschen Industrie, des Handels und der Rhederei.

II.

Die wünschenswerthe Verbesserung der Stellung Deutschlands im Weltverkehr soll durch Einrichtung der im Gesetzentwurfe bezeichneten Postdampferlinien nach Süd- und Ostasien, nach Australien, sowie nach der West- und Ostküste von Afrika herbeigeführt werden Es würden hierdurch direkte Verbindungen geschaffen werden mit Ländern, in denen bereits erhebliche deutsche Handelsinteressen vorhanden sind. Die neuen Linien würden für die Verbesserung unseres überseeischen Post- und Handelsverkehrs von großem Nutzen sein und ein wirksames Mittel zur Befestigung und Erweiterung bestehender, sowie zur Anknüpfung neuer direkter Geschäftsverbindungen: hiermit zur Vermehrung des Absatzes der Erzeugnisse des heimischen Gewerbefleißes, sowie zur Begründung neuer Niederlassungen und Unternehmungen bilden.

Wie sich aus den in Anlage A enthaltenen Aufzeichnungen über den Handelsverkehr Deutschlands mit den in Betracht kommenden überseeischen Ländern ergiebt, hat Deutschland einen sehr erheblichen Antheil an dem Handel mit den ostasiatischen Reichen, wie mit Australien, Polynesien und Indien, einen Antheil, der weit größer ist, als ziffermäßig nachgewiesen werden kann, weil er noch vielfach unter fremder Flagge und fremder Firma vor sich geht. Es drängt sich aber zugleich die von allen deutschen Handelshäusern in jenen Ländern vertretene Ueberzeugung auf, daß dem Mitbewerb anderer industrietreibender Nationen gegenüber, welche durchweg staatlich gesicherte und geförderte Verbindungen mit jenen Gegenden unterhalten, auch deutscherseits mit Staatsmitteln eingegriffen werden muß, um in dem gegenwärtigen Wendepunkte der handelspolitischen Entwickelung jener Länder dem deutschen Handel ebenbürtige Hülfsanstalten darzubieten.

Die nach West- und Ostafrika in Aussicht genommene Hauptlinie findet zwar nicht bereits einen so ausgebildeten Verkehr vor, wie die übrigen Linien, aber der deutsche Handel mit verschiedenen Punkten der Westküste und auch der Ostküste ist gleichfalls im raschen Wachsen und es handelt sich hier um ein wichtiges Zukunftsgebiet, welches erst jetzt von den europäischen Völkern mit großer Entschiedenheit in den Bereich der Kultur gezogen wird. Es kommt darauf an, Deutschland in dieser Beziehung für die Zukunft den ihm gebührenden Antheil zu sichern.

Auch der Stellung und Bedeutung Deutschlands im Weltpostverein entspricht es, eigene Postdampferverbindungen mit den im Entwurf bezeichneten Ländern herzustellen. Ueber den Umfang dieses Verkehrs und die vorhandenen Beförderungsgelegenheiten enthält die Anlage B nähere Angaben.

Neben der handelspolitischen und postalischen Bedeutung deutscher Dampferlinien wird auch diejenige für Zwecke der kaiserlichen Marine in Betracht zu ziehen sein. Die in den Gewässern fremder Welttheile zur Erfüllung von Aufgaben des handelspolitischen und diplomatischen Dienstes stationirten deutschen Kriegsschiffe bedürfen einer regelmäßigen und beschleunigten Verbindung mit dem Heimathlande. Die nach dieser Richtung bisher den regelmäßigen Postdampfern fremder Nationalität übertragene Vermittelung entspricht nicht den Interessen

des Reichs und macht die Marineverwaltung auf diesem Gebiet zum großen Theil vom Auslande abhängig. Die hierin liegenden, nicht zu verkennenden vielfachen und zum Theil nicht unbedenklichen Mißstände würden bei Einrichtung deutscher Postdampferlinien wenigstens theilweise in Wegfall kommen. Den deutschen Dampfern würde nicht allein die unmittelbare Besorgung des Postdienstes im Verkehr mit den betreffenden deutschen Marinestationen, sondern auch die Beförderung eines Theils des zum Ersatz bestimmten Marinematerials sowie der Marineablösungsmannschaften gegen entsprechende Vergütungssätze dauernd übertragen werden können.

Es ist auch in Betracht zu ziehen, daß die deutschen Postdampferlinien mit dazu beitragen werden, die deutsche seemännische Bevölkerung dem vaterländischen Seedienste vollständiger zu erhalten; die deutschen Postdampfer würden eine Gelegenheit bieten, für die deutsche Kriegsmarine in vermehrtem Umfange geeignete und bewährte Schiffsmannschaften zu erziehen. Daß außerdem der Bedarf an Postdampfern den deutschen Schiffswerften vermehrten Anlaß zur Schiffsbauthätigkeit gewähren würde, ist selbstverständlich. Endlich bedarf es keiner Ausführung, daß die Herstellung regelmäßiger Verkehrsbeziehungen mittelst großer deutscher Dampfer zwischen Deutschland und den überseeischen Häfen naturgemäß eine innigere Beziehung der Deutschen im Auslande mit dem Vaterlande herbeiführen und erhalten, n cht minder auch das Ansehen der deutschen Nation erhöhen und somit die Stellung der Angehörigen des Deutschen Reichs im Auslande verbessern wird.

Bei Bemessung der Subventionsvergütungen für die in Vorschlag gebrachten Linien und bezüglich der Vertragsdauer ist unter Berücksichtigung aller in Betracht zu ziehenden Verhältnisse und auf Grund der in sachkundigen Kreisen eingezogenen Erkundigungen über das Maß des Nothwendigen nicht hinausgegangen worden. Während für die Befriedigung des Bedürfnisses nach Herstellung direkter deutscher Verbindung mit Asien, Australien und dem südlichen und östlichen Afrika die Unterhaltung besonderer Postlinien als nothwendig erkannt wurde, erachtet man es für angängig, die im Interesse des Handels- und Postverkehrs für die westafrikanischen Küstenplätze nothwendige Regelmäßigkeit und Beschleunigung der Verbinduugen durch Umgestaltung der bereits bestehenden deutschen Linie gegen Gewährung eines Zuschusses erreichen zu können.

III.

Im Einzelnen ist zu dem Gesetzentwurf noch Folgendes zu bemerken.

Zu § 1. Es ist zunächst, und zwar vorbehaltlich etwaiger sich als nothwendig erweisender Aenderungen in Aussicht genommen, folgende Dampferlinien einzurichten:

I. Für den Verkehr mit Ostasien:

a) eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Hongkong, über Rotterdam bezw. Antwerpen, Su z, Colombo, Singapore;
b) eine entweder von Triest (bezw. Venedig) über Brindisi, oder von Genua über Neapel führende Zweiglinie nach Alexandrien, welche zugleich als Zugangslinie für die unter II a erwähnte australische Hauptlinie dienen soll;

c) eine Zweiglinie zwischen Hongkong und Yokohama über Shanghai, Nagasaki und einen noch zu bezeichnenden Hafen in Korea.

II. Für den Verkehr mit Australien:

a) eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Sydney über Rotterdam bezw. Antwerpen, Suez, Adelaide und Melbourne;
b) eine Zweiglinie von Sydney nach den Tonga- und Samoa-Inseln und zurück nach Sydney.

III. Für den Verkehr mit West- und Ost-Afrika:

eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Zanzibar über Rotterdam (bezw. Antwerpen), Havre (bezw. Cherbourg), Gorée, Angra Pequena, Capstadt, Natal, Delagoabay und Mozambique.

Im Anschluß an diese letztere Hauptlinie wird eine Umgestaltung der schon jetzt bestehenden deutschen Dampferlinie nach der westafrikanischen Küste beabsichtigt, vermöge deren der Postdienst nach den westafrikanischen Plätzen regelmäßig ausgeführt werden kann.

Bei der Einrichtung der Linien wird vor Allem auf Regelmäßigkeit und Pünklichkeit des Fahrdienstes Bedacht genommen werden. Unbeschadet der auf die Sicherheit des letzteren zu nehmenden Rücksichten sollen die einzustellenden Postdampfer — namentlich auf der ostasiatischen und auf der australischen Linie — in Beziehung auf Einrichtung und Fahrgeschwindigkeit den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationalität, insbesondere den englischen und französischen, nicht nachstehen. Im Uebrigen werden bei der Einrichtung der Linien folgende Gesichtspunkte ins Auge zu fassen sein:

1. Die Fahrten sollen auf der ostasiatischen und der australischen Linie, sowie auf der Linie Deutschland—Zanzibar in Zeitabschnitten von je 4 Wochen stattfinden.
2. Die Unternehmer werden verpflichtet, auf Erfordern der Reichsverwaltung die Einrichtung von Leuchtfeuern und Landungsvorrichtungen an den Landungsplätzen der afrikanischen Küsten auf ihre Kosten herzustellen.
3. Ungerechtfertigte Verzögerungen bei der Fahrtausführung sollen eine Kürzung der Reichsbeihülfe zur Folge haben, wogegen bei Beschleunigung innerhalb der mit Rücksicht auf die Sicherheit der Fahrt zulässigen Grenzen eine entsprechende Vergütung eintreten wird.
4. Die Dampfer führen die deutsche Postflagge und befördern die Post ohne besondere Vergütung.
5. Die Ausführung der Fahrten wird geeigneten Unternehmern auf eine Zeitdauer bis zu fünfzehn Jahren vertragsmäßig übertragen.
6. Den Unternehmern wird die Einnahme an Fracht- und Passagegeld überlassen. Die Feststellung der Tarife erfolgt unter Mitwirkung der Reichsverwaltung.

Für Leistungen zu Zwecken der Marineverwaltung und auf Verlangen deutscher Reichsbehörden sollen die Unternehmer gewisse Verpflichtungen bei Beförderungsleistungen für staatliche Zwecke zu erfüllen haben.

7. Zur Sicherstellung der Erfüllung der Vertragsverbindlichkeiten wird, soweit erforderlich, den Unternehmern die Bestellung einer Kaution auferlegt werden.
8. Die Beihülfe des Reichs wird in der Weise gewährt, daß nach Zurücklegung jeder Doppelreise der vertragsmäßig vorzusehende Betrag derselben gezahlt wird. In den Verträgen soll vorgesehen werden, daß bei Erzielung einer gewissen Bruttoeinnahme die Vergütung sich entsprechend ermäßigt, und daß im Falle der Nichterfüllung der von den Unternehmern eingegangenen Verpflichtungen ein Theil der Beihülfe einbehalten wird. Streitigkeiten über die Erfüllung der Verträge sollen schiedsrichterlicher Behandlung unterworfen werden.

Zu § 2. Um die Sicherheit für die zweckentsprechende Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel zu verstärken und zugleich eine allen betheiligten Interessen entsprechende Prüfung des Inhalts der abzuschließenden Vereinbarungen zu gewährleisten, wird die Genehmigung des Bundesraths zu den abzuschließenden Verträgen vorzubehalten sein. Dem Reichstag sollen die Verträge bei Vorlegung des Reichshaushalts-Etat mitgetheilt werden.

Zu § 3. Mit Rücksicht auf die nach der jetzigen Lage der Verhältnisse bei Einrichtung der überseeischen Postdampferverbindungen vorzugsweise in Betracht kommenden allgemeinen kolonial- und handelspolitischen Interessen würden die für diese Anlagen aus Reichsmitteln zu gewährenden Beihülfen auf den Etat des Reichsamts des Innern zu übernehmen sein.

Für die verfassungsmäßige Behandlung des Gegenstandes ist die Form eines besonderen Gesetzes gewählt, um die Reichsverwaltung in den Stand zu setzen, die Ausführung des Postdampferdienstes zur Abwendung weiterer Benachtheiligung des deutschen Verkehrs so zeitig vorzubereiten, daß mit der Eröffnung der neuen Linien womöglich schon bei Beginn des Finanzjahres 1886/87 vorgegangen werden kann. Die demnächstige Bewilligung der in Folge der abzuschließenden Verträge erforderlichen Geldmittel würde dem Reichshaushalts-Etat für das erste Jahr nach dem Vertragsabschluß vorzubehalten sein.

Anlage II.

Die „Anlage" des Kommissions-Berichts, wie sie nach den Beschlüssen der Kommission in zweiter Lesung festgestellt worden, lautete:

1. Die Fahrten müssen in Zeitabschnitten von mindestens je 4 Wochen stattfinden.
2. Die in die Fahrt einzustellenden Dampfer dürfen in ihrer Konstruktion und Einrichtung, namentlich in Bezug auf Personenbeförderung und Sicherheit den auf derselben Linie laufenden Postdampfern anderer Nationen nicht nachstehen.
3. Die Fahrgeschwindigkeit ist auf mindestens 11½ Knoten im Durchschnitt festzusetzen. — Die Zeitdauer der Reise ist mit entsprechendem Zuschlag für den Aufenthalt in den anzulaufenden Häfen in Stunden mit einem Abschlag von 1 Knoten pro Stunde für die Fahrt gegen den Monsun zu berechnen.
4. Der Bau neuer Dampfer ist, bei gleichen Herstellungskosten und gleicher Zuverlässigkeit der Arbeitsleistung wie bei fremden Werften deutschen Werften zu übertragen.
5. Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch Sachverständige der Kaiserlichen Marine als den vorstehenden Anforderungen genügend anerkannt werden.
6. Für ungerechtfertigte Verzögerungen bei der Fahrtausführung werden entsprechende Abzüge von der Subventionssumme gemacht.
7. Die Dampfer führen die deutsche Postflagge und befördern die Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung.
8. Die regelmäßigen Fahrten müssen spätestens 12 Monate nach Abschluß der Verträge beginnen.
9. Zur Sicherstellung der Erfüllung der Vertragsverbindlichkeiten ist, soweit erforderlich, den Unternehmern die Bestellung einer Kaution aufzuerlegen.
10. Erwachsen den Unternehmern aus dem Betriebe dieser Linie dauernd größere Gewinne, so kann die Regierung den Unternehmern größere Leistungen, z. B. in Bezug auf schnellere oder vermehrte Fahrten u. s. w., auferlegen oder die Subventionssumme entsprechend kürzen.

Anlage III.

Antrag zur zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Rintelen. Racke. Der Reichstag wolle beschließen:

I.

an Stelle des § 1 der Regierungsvorlage folgenden § 1 zu setzen.

„Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffsverbindungen zwischen der deutschen Küste einerseits und Ostasien andererseits auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Submission zu übertragen, und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihülfen bis zum Höchstbetrage von jährlich einer Million siebenhunderttausend Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen;"

II.

einen neuen § 1a einzuschalten:

„Der Reichskanzler wird ferner ermächtigt, zum Anschluß an die Hauptlinie (§ 1) die Einrichtung und Unterhaltung einer Zweiglinie von Triest über Brindisi nach Alexandrien auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Submission zu übertragen, und in den hierüber abzuschließenden Verträgen eine Beihülfe bis zum Höchstbetrage von jährlich einhunderttausend Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen;"

III.

in § 2 der Regierungsvorlage hinter dem Wort „Verträge" einzuschalten:

„müssen die in der Anlage zusammengestellten Hauptbedingungen enthalten und;"

IV.

der in § 2 gedachten Anlage folgenden Inhalt zu geben:

1. Die Fahrten müssen in Zeitabschnitten von mindestens je vier Wochen stattfinden.
2. Die in die Fahrt einzustellenden Damfer dürfen in ihrer Konstruktion und Einrichtung, namentlich in Bezug auf Personenbeförderung und Sicherheit, den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationen nicht nachstehen.

3. Die Fahrtgeschwindigkeit ist auf mindestens 12 Knoten im Durchschnitt festzusetzen. — Die Zeitdauer der Reise ist nach diesem Verhältniß mit entsprechendem Zuschlag für den Aufenthalt in den anzulaufenden Häfen in Stunden mit einem Abschlag von 1 Knoten pro Stunde für die Fahrt gegen den Monsun zu berechnen.

4. Die Unternehmer der Hauptlinie (bezw. Hauptlinien) (§ 1) sind verpflichtet, bei der Hin- und Rückfahrt, Rotterdam oder Antwerpen anzulaufen.

(6.) 5. Der Bau neuer Dampfer ist bei gleichen Herstellungskosten und gleicher Zuverlässigkeit der Arbeitsleistung wie bei fremden Werften, den deutschen Werften zu übertragen.

(7.) 6. Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch Sachverständige als den vorstehenden Anforderungen genügend anerkannt sein. Die Ernennung der Sachverständigen erfolgt durch den Reichskanzler. Unter denselben müssen Angehörige der Kaiserlichen Marine sich befinden.

(8.) 7. Für ungerechtfertigte Verzögerungen bei der Fahrtausführung werden entsprechende Abzüge von der Subventionssumme gemacht.

(9.) 8. Die Dampfer führen die deutsche Postflagge und befördern die Reichspost und die Königlich bayerische und württembergische Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung.

(10.) 9. Die regelmäßigen Fahrten müssen spätestens 12 Monate nach Abschluß der Verträge beginnen.

(11.) 10. Zur Sicherstellung der Erfüllung der Vertragsverbindlichkeiten ist, soweit erforderlich, den Unternehmern die Bestellung einer Kaution aufzuerlegen.

(12.) 11. Erwachsen den Unternehmern aus dem Betriebe dauernd größere Gewinne, so kann die Regierung den Unternehmern größere Leistungen, z. B. in Bezug auf schnellere oder vermehrte Fahrten u. s. w., auferlegen, oder die Subventionssumme entsprechend kürzen.

12. Dem Reichskanzler oder den von demselben bestimmten Organen steht die Einsicht in die kaufmännischen und nautischen Bücher der subventionirten Unternehmungen offen.

Berlin, den 11. März 1885.

Rintelen. Racke.

Unterstützt durch:

v. Alten. Baron v. Arnswaldt-Hardenbostel. Beckmann. Biehl. Graf v. Bernstorff. Dr. Bock (Aachen). Borowski. Freiherr v. Buol. Burger. Cegielski. Graf v. Harbuval und Chamaré. Dr. v. Chelmicki. v. Chlapowski. Freiherr von Dalwigk-Lichtenfels. v. d. Decken. Dieden. Graf v. Droste zu Vischering. v. Estorff. Freiherr von und

zu Franckenstein. Fritzen. Freiherr v. Fürth. Geiger. Gielen. Gl
v. Graeve. Graf v. Grand-Ry. Freiherr v. Gravenreuth. H
Dr. Freiherr v. Heereman-Zuydwyk. Graf v. Hompesch.
Freiherr v. Huene. Dr. v. Jaźdzewski. v. Kalkstein (Klono
v. Kalkstein (Pluskowens). v. Kehler. Freiherr v. Ketteler. Ko
v. Koscielski. Graf v. Kwilecki. Lehner. Letocha. Dr. jur. Li
Lucius. v. Lyskowski. Magdziński. Marbe. Menken. Dr. M
Dr. Moufang. Müller (Bamberg). Müller (Pleß). Dr. v. My
Graf v. Nayhauß-Cormons. Erbgraf zu Neipperg. Götz v. Olen
Dr. Orterer. Dr. Perger. Dr. Porsch. Graf v. Praschma.
Radziwill. Roß. Schelbert. Schmidt. Graf von Schö
Wiesentheid. Dr. Freiherr v. Schorlemer-Alst. v. Scza
Senestrey. Graf v. Skorzewski. Spahn. Stötzel. Graf zu St
Stolberg. v. Strombeck. Utz. Graf v. Waldburg-Zeil. Fr
v. Wangenheim (Hanover). Wildegger.
Dr. Windthorst. v. Wolszlegier.

Anlage IV.

Gesetz-Entwurf der X. Kommission des deutschen Reichstages, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 1. Juli 1883.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c.
verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

Artikel I.

Hinter § 105 der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

§. 105 a. Die Gewerbetreibenden können die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen nicht verpflichten. Sie dürfen dieselben an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigen in Fabriken, Werkstätten und bei Bauten.

Inhaber von Verkaufsstellen aller Art dürfen ihre Gehülfen und Lehrlinge an Sonn- und Festtagen im Ganzen höchstens fünf Stunden beschäftigen. Die Beschäftigung muß für alle in demselben Geschäfte beschäftigten Gehülfen und Lehrlinge gleichzeitig stattfinden.

Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung der örtlichen und konfessionellen Verhältnisse die Landesregierungen. An den besonderen Festtagen seiner Konfession kann kein Arbeiter zum Arbeiten verpflichtet werden.

Arbeiten zur Ausführung von Reparaturen, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist, sowie Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter die vorstehenden Bestimmungen nicht. In diesen Fällen muß in Fabriken, Werkstätten und Bauten für jeden Arbeiter an jedem zweiten Sonntage mindestens die Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends frei bleiben.

Art, Umfang und Dauer der Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, setzt für alle Anlagen jeder bestimmten Gattung der Bundesrath fest. Diese Festsetzung kann bei veränderten Verhältnissen, jedoch immer nur für alle Anlagen der betroffenen Art, abgeändert oder aufgehoben werden. Für bestimmte Gewerbe dürfen weitere Ausnahmen durch Beschluß des Bundesraths zugelassen werden. Die von dem Bundesrath getroffenen Bestimmungen sind dem Reichstag spätestens in der nächstfolgenden Session vorzulegen.

In dringenden Fällen kann die Ortspolizeibehörde die Beschäftigung an Sonn- und Festtagen gestatten. Jede Verfügung dieser Art ist schriftlich zu erlassen. Die Erlaubniß darf, falls die Ortspolizeibehörde vorgängig nicht erreicht werden kann, auch nachträglich erfolgen. Die Ortspolizeibehörde hat über die von ihr gestatteten Ausnahmen ein Verzeichniß zu führen und dasselbe vierteljährlich der höheren Verwaltungsbehörde, für Fabriken auch dem besonderen Aufsichtsbeamten (§ 139 b) einzureichen.

Artikel II.

An Stelle des § 154 Absatz 1 der Gewerbeordnung tritt folgende Bestimmung:

Die Bestimmungen der §§ 105 bis 133 finden auf Gehülfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften nur insoweit Anwendung, als sie sich auf solche ausdrücklich beziehen.

Anlage V.

Antrag der Abgg. Dr. Buhl und Genossen zum Gesetz-Entwurf der X. Kommission des deutschen Reichstages, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 1. Juli 1883.

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

für den Fall, daß die der X. Kommission überwiesenen Anträge in der gegenwärtigen Session nicht mehr zur Erledigung gelangen, unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Arbeiter sowohl wie der Arbeitgeber vorzunehmende Erhebungen darüber anzuordnen:

1) ob und in welchem Umfange die Beschäftigung von Arbeitern (Gesellen, Gehülfen, Lehrlingen) an Sonn- und Festtagen in gewerblichen und Handelsbetrieben verboten werden kann;

2) ob beziehungsweise mit welchen Ausnahmen Kinder zwischen 12 und 14 Jahren von der Beschäftigung in gewerblichen Betrieben auszuschließen sind;

3) ob und in welchem Umfange eine Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener weiblicher Arbeiter in gewerblichen Betrieben, insbesondere die Ausschließung derselben von der Nachtarbeit, durchgeführt werden kann;

4) ob die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter in gewerblichen Betrieben geboten erscheint.

Sachregister zu Bismarcks Reden.

Band V.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

